



Friedemann Bringt

Umkämpfte Zivilgesellschaft

Mit menschenrechtsorientierter
Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien
der Ungleichwertigkeit

Friedemann Bringt
Umkämpfte Zivilgesellschaft

Soziale Arbeit und Menschenrechte

herausgegeben von

Prof. Dr. Silvia Staub-Bernasconi

Band 4

Friedemann Bringt

Umkämpfte Zivilgesellschaft

Mit menschenrechtsorientierter
Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der
Ungleichwertigkeit

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2021

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<https://portal.dnb.de> abrufbar.

Diese Publikation wurde unter dem Titel „Umkämpfte Zivilgesellschaft.
Wann gelingt Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit?“
an der Fakultät Erziehungswissenschaften der Universität Bielefeld als
Dissertation eingereicht und angenommen.

© 2021 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter
der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International
(CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter
Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.
www.budrich.de



Die Verwendung von Materialien Dritter in diesem Buch bedeutet nicht, dass diese
ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz unterliegen. Steht das verwendete
Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz und ist die betreffende
Handlung gesetzlich nicht gestattet, ist die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers für
die Weiterverwendung einzuholen. In dem vorliegenden Werk verwendete Marken,
Unternehmensnamen, allgemein beschreibende Bezeichnungen etc. dürfen nicht frei
genutzt werden. Die Rechte des jeweiligen Rechteinhabers müssen beachtet werden, und
die Nutzung unterliegt den Regeln des Markenrechts, auch ohne gesonderten Hinweis.

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download
bereit (<https://doi.org/10.3224/84742535>).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen
werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-2535-9 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-1683-8 (eBook)
DOI 10.3224/84742535

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Titelbildnachweis: Foto: Bettina Lehfeldt
Satz: Anja Borkam, Jena – kontakt@lektorat-borkam.de

Geleitwort

Wer nur die mediale Berichterstattung über die Situation in Ostdeutschland und besonders in Sachsen liest, wird vor allem über neonazistische Strukturen und rechtsextreme Gewaltverbrechen, informiert sein. Wer allerdings das Buch von Friedemann Bringt liest, muss sich nicht nur mit den teilweise noch unverarbeiteten Umbruchserfahrungen oder nicht geheilten Wunden des Niedergangs der DDR, sondern auch mit dem bevorstehenden Strukturwandel durch das Ende der Braunkohleproduktion und den damit verbundenen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Wertschätzung von Demokratie in Ostdeutschland auseinandersetzen. Eine Perspektive, die weit über die Beschreibung eines rechtsextremen Randes der Gesellschaft hinausgeht.

Die breite empirische und theoretische Grundlage des Buches – ursprünglich seine Dissertation – bilden zwei mehrjährige Projekte der Gemeinwesenarbeit des Kulturbüro Sachsen e.V. in einem Mittelzentrum und einem touristisch geprägten Dorf in Sachsen. Bringt führt hier die Theorie der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ und eine Denkfigur zu deren Reproduktionsunterbrechung ein. Ihr Fokus liegt auf strategischen Einflussmöglichkeiten, mit denen Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit im lebensweltlichen Kontext der Menschen tätig werden kann. Dies ermöglicht nicht nur je nach Situation sowohl differenzierte als auch komplexe Analysen von Problematiken und Machtverhältnissen in einem Gemeinwesen, sondern auch die Wahl spezifischer Arbeitsweisen bzw. Methoden.

„Wenn wir uns treffen, da wird nicht liebevoll gelacht, sondern da wird gemeckert. Da ist allgemeine Unzufriedenheit. Die Leute bangen um ihre Zukunft.“ (S. 184)

Wer die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufgegeben hat, wer sich nicht mehr als wertvoller Mensch, und geschätzte*r Bürger*in mit Einflussmöglichkeiten in einer funktionierenden Demokratie versteht, wird anfällig für Ideologien, die eine Selbsterhöhung durch Macht- und Gewaltfantasien gegenüber „Schwächeren“ oder aufgrund rassistischer oder antisemitischer Stereotype als Feind markierten Menschengruppen versprechen (zu allen Syndromelementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vgl. S. 36 f.). In jedem Gemeinwesen gibt es Menschen und Milieus mit geringerer sozialer Stellung und damit größerer Gefährdung für Diskriminierung und sozialen Ausschluss. Rechtspopulistische und extrem rechte Interessengruppen verstehen sich gut darauf, „das Meckern“ und die Unzufriedenheit wirkungsvoll zu organisieren und aggressiv gegen sozial schwächere Gruppen zu wenden.

Bringt und das von ihm im Jahr 2001 mitgegründete Kulturbüro Sachsen haben keine Zauberformel, um diesen schwierigen gesellschaftlichen Konstellationen begegnen zu können. Das Buch lädt vielmehr dazu ein, sich politik-

und sozialwissenschaftlich sowie mittels Gemeinwesenarbeit – nicht zuletzt auch im internationalen Kontext – der Komplexität dieser gesellschaftlichen Problematik zu stellen. Es zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, wie Menschen als Akteur*innen einer demokratischen Zivilgesellschaft, auf der Grundlage national wie international geltender Menschenrechte, durch Gemeinwesenarbeit angesprochen werden können. Die theoretisch-wissenschaftliche Grundlage ist ausführlich dargestellt, ebenso die darauf fußenden Arbeitsweisen und Methoden der Gemeinwesenarbeit. Am Schluss werden Gelingensfaktoren für Soziale Arbeit als Demokratieförderung in Gemeinwesen zusammengefasst. Damit verbindet Bringt die Grundlagen der Forschung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit der Entwicklung einer Konzeption für Gemeinwesenarbeit, die sich konsequent mit den Ursachen menschenfeindlicher Ideologien auseinandersetzt.

Der Text ist so geschrieben und gegliedert, dass er zum Selbst- und Weiterdenken anregt. Aber besonders zu würdigen ist das große Engagement von Friedemann Bringt und aller Mitarbeiter*innen im Kulturbüro Sachsen e.V., die sich seit zwanzig Jahren in einem der wohl schwierigsten Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit engagieren. So wünsche ich dem Buch hoffentlich viele interessierte Leser*innen, die merken, dass das von ihm behandelte „Problem“ immer aktueller wird.

Prof. Dr. Silvia Staub-Bernasconi, Zürich & Berlin

Inhalt

Einleitung	13
1 Zentrale wissenschaftliche Grundlagen der Arbeit	20
1.1 Politikwissenschaftliche Gegenstandsbeschreibung: Rechtsextremismus	20
1.1.1 Die Unbrauchbarkeit der Rand-Mitte-Dichotomie für die theoretische Fundierung von Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit	21
1.1.2 Multidimensionale Analyse extrem rechter Orientierungen	27
1.2 Sozialwissenschaftliche Gegenstandsbeschreibung: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	32
1.2.1 Desintegration und Verlustangst	33
1.2.2 Das Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	37
1.2.3 Innere Zusammenhänge im Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	43
1.2.4 Forschungsergebnisse zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen	44
1.2.5 Reproduktion menschenfeindlicher Einstellungen und Unterbrechungsmöglichkeiten	45
1.3 Sozialraumbezug in der Forschung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit: Projekt Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort	49
1.4 Kritik zu Theorie und Forschung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	54
1.5 Theoretische Grundlagen sozialräumlicher Demokratieförderung	56
1.5.1 Demokratie in Gefahr	58
1.5.2 Die Rolle der Zivilgesellschaft für eine lebendige demokratische Kultur	61
1.5.3 Zivilgesellschaft als gelebter Verfassungsschutz – demokratiethoretische Perspektiven für gelingende Gemeinwesenarbeit	63

2	Verortung sozialprofessioneller Demokratiearbeit im Sozialraum ...	66
2.1	Die Sozialraumtheorie bei Pierre Bourdieu	68
2.1.1	Kapitalformen	69
2.1.2	Der Sozialraum als Schichtungsmodell soziokultureller Milieus	73
2.1.3	Habitus	74
2.2	Die System-Lebenswelt-Differenzierung bei Habermas	77
2.3	Sozialraumtheorie der Chicago School	79
2.4	Der Sozialraum als kommunikative Lebenswelt (psychosoziales Feld)	80
2.5	Schlussfolgerungen für ein integrativ-interdisziplinäres Sozialraumkonzept	82
2.6	Habitus- und Milieukonstitution: Ressourcenaneignung im Sozialraum	83
2.6.1	Typisierung deutscher Milieus nach Dispositionen für extrem rechte Orientierungen	84
2.6.2	Macht als strategische Ressource zur Durchsetzung einer menschenrechtsorientierten Zivilgesellschaft in der Gemeinwesenarbeit	89
2.6.3	Legitime und illegitime Machtausübung. Das sozialprofessionelle Spannungsfeld zwischen Macht und Bedürfnissen	91
2.6.4	Umkämpfte Zivilgesellschaft – Wege zur kulturellen Hegemonie demokratischer (Grund-)Werte im Alltag	93
3	Sozialräumliche Demokratiearbeit als GWA	100
3.1	Das US-amerikanische Modell: Community Organizing (CO)	100
3.2	Das frankofone Modell: Soziokulturelle Animation	107
3.3	Das deutsche Modell: Gemeinwesenarbeit (GWA)	110
3.4	Social Change Theory – sozialpsychologisches GWA-Fundament	114
3.4.1	Professionelle Rahmung	116
3.4.2	Kritik und Synthese	118
3.5	Demokratieförderung durch aktivierende Sozialraumanalyse und Gemeinwesenarbeit	120

3.5.1	Hintergründe der Sozialraumforschung	120
3.5.2	Sozialraumanalyse als Aktionsforschung	122
3.5.3	Grounded Theory	123
3.5.4	Sozialraumforschung als Erforschung individueller Lebenswelten	124
3.5.5	Methoden der empirisch begründeten Aktionsforschung	125
3.6	Empowerment	133
3.6.1	Grundprinzipien des Empowerment-Konzeptes	134
3.6.2	Ressourcen als Grundlagen des Empowerments und ihre Aktivierung	135
3.6.3	Machtsensible Ressourcenanalyse: prozessual- systemische Denkfigur	136
3.6.4	Methoden des Empowerments auf unterschiedlichen Ebenen	138
3.7	Sozialräumliche Demokratieförderung im Kulturbüro Sachsen e.V.	140
3.7.1	Die spezifisch sächsische Situation sozialräumlicher Demokratiearbeit	140
3.7.2	Mobile Beratung als gemeinwesenorientierter Beratungsansatz zur Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien	145
3.7.3	Gemeinwesenarbeit als konzeptionell-strategische Reaktion auf sächsische Verhältnisse	146
4	Sozialräumlicher, konzeptioneller und strategischer Kontext in Projekten der Gemeinwesenarbeit im Kulturbüro Sachsen e.V.	148
4.1	Der Einfluss von Rahmenbedingungen auf Konzept und Praxis der Gemeinwesenarbeit	150
4.1.1	Organisatorisch-strategische Bedingungen der Förderprogramme	151
4.1.2	Theoretischer und sozialräumlicher Rahmen für ortsspezifische Inhalte und Konzeption der Gemeinwesenarbeit	152
4.1.3	Soziokultureller und politischer Rahmen	171
4.2	Lebensweltanalyse und Aktivierung mit Gemeindeporträt	181
4.2.1	Feldzugang und methodisches Vorgehen	181
4.2.2	Gemeindeporträt für Urlaubsdorf	185

4.2.3	Gemeindeporträt für Mittelstädte	202
5	Praxisreflexion der GWA im Kulturbüro Sachsen e.V.	214
5.1	Kommunale Kontextanalysen als Grundlage für die Praxisreflexion	215
5.2	Reflexionsdesign	216
5.2.1	Die externe wissenschaftliche Begleitung	217
5.2.2	Interne Prozessreflexion und Controlling im Projektverlauf	218
5.2.3	Beurteilungskriterien zur Prozessqualität	220
5.2.4	Die drei Dimensionen der formativen Evaluation	221
5.3	Hinderungsfaktoren im Prozessverlauf der Gemeinwesenarbeitsprojekte	223
5.4	Projektaktivitäten zur Überwindung behindernder Faktoren	225
5.5	Defizite in den Gemeinwesenarbeitsprojekten und ihre Bearbeitung	235
5.6	Externe Perspektive: Reflexion der Prozessqualität	237
5.6.1	Strukturanalyse	238
5.6.2	Akteursanalyse	240
5.6.3	Interaktionsanalyse	242
5.7	Nachhaltigkeit	246
5.8	Gemeinwesenarbeit oder gemeinwesenorientierte Demokratieförderung?	248
5.9	Persönliche Bemerkung zur formativen Praxisreflexion	250
6	Empfehlungen für zukünftige Gemeinwesenarbeitsprojekte	252
6.1	Ausgangsbedingungen zukünftiger Gemeinwesenarbeit	253
6.2	Thesen für eine Erziehungswissenschaft als Praxisförderung ...	258
6.3	Empfehlungen zum Verlauf zukünftiger Gemeinwesenarbeitsprojekte	261
6.4	Plädoyer für eine langfristige Implementierung menschenrechtsorientierter Diskurse durch Gemeinwesenarbeit	269

6.5 Bedingungen und Chancen für die Auseinandersetzung mit der Reproduktion Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Ergebnisse aus der Reflexion der Gemeinwesenarbeitsprojekte im Kulturbüro Sachsen e.V.	270
6.6 Gelingensfaktoren für Gemeinwesenarbeit als Demokratieförderung	273
Internetquellen	277
Literaturverzeichnis	282
Abkürzungsverzeichnis	296
Tabellenverzeichnis	297
Abbildungsverzeichnis	297

Einleitung

Im November 2011 erfuhr die Öffentlichkeit von der Existenz der neonazistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die mutmaßlich zehn Menschen ermordete sowie weitere Mordversuche beging. In dem Maß, wie der NSU-Komplex durch Recherchenetzwerke, juristische und parlamentarische Aufarbeitung offengelegt wurde, zeigte sich selbst langjährigen Beobachter*innen¹ ein erschreckendes Ausmaß an Organisationsvermögen und aggressiver Militanz rassistischer und neo-nationalsozialistischer Akteure und ein Versagen der Informationsbeschaffungs- und Strafverfolgungsbehörden in Deutschland.

Auch bei der Eindämmung von Kriegen, Naturkatastrophen und bitterer Armut im Nahen Osten oder Afrika, die Fluchtgründe für immer mehr Menschen nach Europa darstellen, versagen politische Institutionen, wie die Weltgemeinschaft und die Europäische Union. Die so hervorgerufenen Flucht- und Migrationsbewegungen führen zu einer aggressiven Verteidigung vermeintlicher Identitäten und Vorrechte einerseits, aber auch zu Solidarität und Mitmenschlichkeit andererseits. Im Zuge dieser rassistisch aufgeladenen Verteidigung des mitteleuropäischen Wohlstands finden ohnehin gesellschaftlich unterschätzte Ideologien der Ungleichwertigkeit in Deutschland erneuten Zulauf. Gewalt gegenüber Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen sind besonders in Ostdeutschland Realität. Hier ist die Gefahr, Opfer solcher Angriffe zu werden, zehnmal höher als in Westdeutschland.² Im Jahr 2015 wurde im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge mit 9,76 Angriffen je 100.000 Einwohner*innen das bundesweit größte Ausmaß an Hasskriminalität gemessen, gefolgt von den ebenfalls ländlichen Landkreisen Uckermark in Brandenburg mit 8,24 und Saalekreis in Sachsen-Anhalt mit 7,99 Angriffen.³ Brandanschläge gegen Unterkünfte Geflüchteter begehen nicht mehr nur organisierte Neonazis, sondern zunehmend Menschen, deren rassistisch-islamfeindliche Haltungen

1 Im deutschsprachigen geisteswissenschaftlichen Kontext etablierte sich ab den 1990er Jahren zunehmend eine Schreibweise, die Geschlechtervielfalt benennt und Frauen, Männer, Transgender, Transsexuelle, Intersexuelle, Lesben und Schwule als je eigene Genderform versteht. Zuletzt beschloss der Deutsche Bundestag am 13.10.2018 auf Verfügung des Bundesverfassungsgerichts vom 10.10.2017 (1 BvR 2019/16) die Einführung der Option „divers“ für Menschen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen wollen. Die in dieser Arbeit verwandte Schreibweise mit Binnensternchen soll meine Offenheit in Bezug auf die genannten Geschlechtsidentitäten symbolisieren und Personen inkludieren, welche im Schreibfluss nicht benannt und gedanklich häufig ausgeblendet werden.

2 Entorf/Lange (2019): 29.

3 Ebd.: 9.

sie bisher nicht in organisierte Strukturen führten.⁴ Zwar weisen nur 7,6 Prozent der Ostdeutschen und 4,8 Prozent der Westdeutschen ein geschlossenes „rechtsextremes Weltbild“ auf.⁵ Dennoch steigt die aggressive Abwertung von Minderheiten in der Gesamtbevölkerung.⁶ Zusätzlich führt ein seit Jahren anhaltender Prozess der (Selbst-)Delegitimierung politischer Eliten und integrativer Akteure,⁷ wie Gewerkschaften, Kirchen und Verbände zu einem hohen Maß an Demokratieverdrossenheit: 2014 meinten 73,1 Prozent der Ostdeutschen, „die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht“. 57 Prozent aller Bürger*innen waren 2016 überzeugt, die politischen Eliten dächten „zu wenig an die Interessen der deutschen Bevölkerung“.⁸ Diese Befunde bestätigte der Sachsen-Monitor 2017 und zeigte: je weiter entfernt Menschen demokratische Institutionen von ihrer Lebenswelt wahrnehmen, desto geringer ist das Vertrauen in sie. Das geringste Vertrauen hatten die Befragten in Parteien (20 Prozent), gefolgt von EU-Kommission (27 Prozent) und EU-Parlament (28 Prozent). Auch Bundesregierung (39 Prozent), Bundestag (40 Prozent), Sächsischer Landtag (48 Prozent) und Landesregierung (51 Prozent) erhielten schlechte Vertrauenswerte.⁹

Die seit Herbst 2014 in Dresden und anderen Städten stattfindenden Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) mit zwischenzeitlich mehreren zehntausend Teilnehmenden forcierten bundesweit und besonders in Sachsen eine Abwertungs- und Bedrohungsspirale mit dramatischen Folgen für Geflüchtete und Engagierte in Willkommensbündnissen. Die verbalen Aggressionen von PEGIDA und anderer mit der Neuen Rechten¹⁰ verbundener Gruppen (z. B. Ein Prozent

4 Vgl. NDR (2015).

5 Vgl. Decker/Kiess/Brähler (2016): 48. (In dieser Dissertation wird der Begriff Rechts-extremismus aufgrund der im Text dargelegten Gründe nur bei Zitationen verwandt.)

6 Vgl. Zick/Klein (2014): 73.

7 Entgegen der sonst verwendeten genderneutralen Schreibweise schreibe ich den Begriff Akteur nicht mit Genderstern, da er fast immer als Konzept und nicht als reine Personenbezeichnung verstanden werden kann.

8 Vgl. FAZ (2015).

9 Vgl. dimap (2017): 21f.

10 Die Neue Rechte ist eine geistige und politische Strömung, deren Ziel die intellektuelle Erneuerung rechter Orientierungen ist. Sie grenzt sich vom historischen Nationalsozialismus ab und bezieht sich auf Vordenker der sogenannten Konservativen Revolution und des Faschismus wie Ernst Jünger, Carl Schmitt oder Julius Evola. Methodisch nutzt er die Strategie der „kulturellen Hegemonie“ des italienischen Marxisten Antonio Gramsci und verankert ideologische Positionen durch Beeinflussung öffentlicher Debatten. Dafür wichtige publizistische Aktivitäten leisten Medien, wie das Leipziger *Compact*-Magazin oder das „Institut für Staatspolitik“ (IfS) im sachsen-anhaltischen Schnellroda mit seiner Zeitschrift *Sezession*. Viele Protagonisten der Strömung, wie die IfS-Gründer Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, stammen aus völkisch-nationalistischen Studierendenverbindungen, vgl. Weiß (2017): 15ff., Bruns/Glösel/Strobl (2015): 11ff.

Bewegung oder Identitäre Bewegung¹¹ und ihren – zumindest in Ostdeutschland – unzähligen lokalen Ablegern wie „Wir sind Deutschland“ oder „Zukunft Heimat“¹²), richten sich sowohl gegen vermeintliche Migrant*innen als auch gegen zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für geflüchtete Menschen engagieren. Deutschland erlebte von 2015 bis 2017 eine Welle rassistisch motivierter Gewalt, ähnlich der zu Beginn der 1990er Jahre, die in den Pogromen von Hoyerswerda, Rostock und den Brandanschlägen in Mölln und Solingen gipfelte. Es grenzt an ein Wunder, dass die Angriffe auf Geflüchtete, deren Unterkünfte oder Helfer*innen sowie muslimische oder jüdische Einrichtungen noch keine Todesopfer forderte, sind doch seit 1990 bereits mindestens 169 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland zu beklagen.¹³ Die Zahl tätlicher Angriffe stieg von 1.249 (davon 126 Brandanschläge)¹⁴ im Jahr 2015 auf 3.768 (116 Brandanschläge)¹⁵ in 2016. 2017 wurden 2.281 Angriffe (23 Brandanschläge)¹⁶ verübt.

Die neue Qualität des Alltagsrassismus besteht darin, dass an den Aktivitäten neurechter Aktionsplattformen, wie den oben genannten, vielfach sowohl extrem rechte als auch reaktionär-bürgerliche Personen teilnehmen und dass sich – auch durch die mediale Berichterstattung – offen rassistische und gewalttätige Haltungen im öffentlichen Diskurs normalisieren. Seit 2014 zog die Alternative für Deutschland (AfD) mit einem immer deutlicher islamfeindlichen, nationalchauvinistischen und rechtspopulistischen Programm in alle Landesparlamente und mit 12,6 Prozent in den Bundestag ein. Sie wurde in Ostdeutschland mit 21,9 Prozent zweitstärkste, in Sachsen mit 27 Prozent stärkste Kraft.¹⁷ Ein relevanter Teil der Partei sympathisiert offen mit der

11 Die Identitäre Bewegung ist ein aktionsorientiertes Netzwerk der Neuen Rechten, das kulturrassistische Positionen vertritt. Die Ein Prozent Bewegung ist ein Kampagnenformat mit großen personellen und ideologischen Überschneidungen zur Identitären Bewegung. Die Politikwissenschaft nennt beide Bewegungen rechtsextrem, vgl. bpb (2014), Brinker/Dittrich (2016).

12 Die Bürgerinitiative „Wir sind Deutschland“ entstand 2015 im sächsischen Plauen und ist seitdem auch in Bautzen und unter anderem Namen in Würzen aktiv. Sie wird von Gewerbetreibenden getragen und ist eng mit Kampagnen der Neuen Rechten wie Identitäre Bewegung und Ein-Prozent-Bewegung verflochten. Das gilt auch für die Bürgerinitiative „Zukunft Heimat“ in Cottbus.

13 Ein Projekt von *Die Zeit* und *Tagesspiegel* recherchierte mit konservativer Zählung 169 Todesopfer, vgl. Jansen et al. (2018). Eine weniger konservative Zählung der Amadeu Antonio Stiftung errechnete dagegen bis zu 193 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland, Brausam (2017). Das Bundesinnenministerium korrigierte 2018 seine Zahlen auf 83 Todesopfer seit 1990 nach oben, Deutscher Bundestag (2018b).

14 Amadeu Antonio Stiftung (o. J. a).

15 Amadeu Antonio Stiftung (o. J. b).

16 Amadeu Antonio Stiftung (o. J. c).

17 Bundeswahlleiter (2017): 9.

Neuen Rechten¹⁸ und PEGIDA.¹⁹ Besonders in Sachsen ist eine aggressive und menschenfeindliche soziale Bewegung²⁰ zu erkennen, die in der bürgerlichen Mitte verankert ist. Diese Situation spiegelt wider, was die soziologische Einstellungsforschung²¹ seit Jahren attestiert: „Zivilgesellschaften sind nicht unbedingt progressiv, demokratisch, tolerant [...] und gemeinwohlorientiert. Sie können [...] reaktionär, antidemokratisch, ethnozentristisch [...] und aggressiv eigenwohlorientiert sein.“²² Mit Blick auf diese „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“²³ untersucht diese Forschungsarbeit speziell für solche Situationen konzipierte Projekte der Gemeinwesenarbeit (GWA) des Kulturbüro Sachsen e. V. (KBS). Im Fokus stehen die Bedingungen einer gelingenden Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit, indem die Projekte reflektiert und Vorschläge für ihre konzeptuelle Weiterentwicklung gemacht werden.

Damit sich GWA sozialräumlich, also am Schnittpunkt individueller Lebenswelt und Gesellschaft, gelingend mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und deren Reproduktionsmechanismen auseinandersetzen kann,²⁴ benötigt sie eine wissenschaftliche Grundlage und darauf aufbauende Handlungskonzepte. Im gesellschaftspolitischen Kontext von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)²⁵ und rechter Gewalt steht sie vor der schwierigen Aufgabe, nicht nur punktuell zu intervenieren, sondern gleichzeitig gesellschaftliche Demokratisierungs- und Vernetzungsprozesse zu initiieren und zu begleiten.

-
- 18 Vgl. Bundesverband Mobile Beratung (2017): 5, Häusler et al. (2016), Kemper (2016): 25ff.
 - 19 Der heutige AfD-Vorsitzende Alexander Gauland nahm am 15.12.2014 an einer PEGIDA-Demonstration in Dresden teil. Siegfried Däbritz (PEGIDA-Organisationsteam) sprach am 18.5.2016 ein Grußwort auf einer von Björn Höcke (AfD-Parteivorstand) angemeldeten Demonstration gegen einen geplanten Moscheebau in Erfurt. Die AfD beschloss im März 2018 eine Tolerierung von PEGIDA, vgl. AfD (2018).
 - 20 Zur Diskussion um die Einordnung des Rechtsextremismus als soziale Bewegung vgl. u. a. Grumke (2008).
 - 21 Seit den 1980er Jahren weisen empirische Einstellungsstudien die große Verbreitung extrem rechter Haltungen nach, die den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen ablehnen, vgl. u. a. SINUS-Institut (1981), Falter/Klein (1994), Niedermayer/Stöss (1998), Heitmeyer (2002 bis 2012), in deren Folge Zick et al. (2014, 2016, 2019), Decker/Niedermayer/Brähler (2003), in deren Folge Decker/Rothe/Weissmann/Geißler/Brähler (2008), Decker/Weissmann/Kiess/Brähler (2010), Decker/Kiess/Brähler (2012, 2013, 2014, 2016).
 - 22 Schedler (1996): 242.
 - 23 Vgl. Roth (2004a): 41ff.
 - 24 Vgl. Sozialarbeitsdefinition der International Federation of Social Workers (IFSW, 2014).
 - 25 Das GMF-Forschungsprojekt des IKG und die an der Universität 2004 bis 2013 erarbeiteten und seitdem vom IKG weitergeführten Mitte-Studien (vgl. Fußnote 21) haben das Ausmaß rassistischer, antisemitischer und minderheitenfeindlicher Einstellungen in der bundesdeutschen Bevölkerung herausgearbeitet und die Praxiserfahrungen zivilgesellschaftlicher Initiativen wissenschaftlich erhärtet.

Solche Veränderungsprozesse finden immer in konkreten Sozialräumen und mit konkreten Akteuren, Ressourcen und Problemlagen statt. Sie bieten aber Ansatzpunkte, über den Sozialraum hinaus beispielhaft zu wirken. Solche politische GWA setzt sich zum Ziel, sozialen und gesellschaftlichen Wandel planvoll herbeizuführen.²⁶ Sie steht vor der komplexen Anforderung, aus politischen und soziologischer Meta- und sozialpädagogischer Praxistheorie gelingende sozialräumliche Handlungsansätze zu entwickeln und benötigt Erklärungs- und Handlungswissen für alle System- und Prozessebenen. Dabei bilden alltägliche rassistische Erfahrungen den emotionalen und konzeptionellen Ausgangspunkt. Die Solidarität mit davon Betroffenen gilt es, in einen sozialräumlichen wie gesamtgesellschaftlichen Blick zu nehmen.

Der in diesem Zusammenhang häufig genutzte Begriff Rechtsextremismus suggeriert dagegen eine Problemlage am Rand der Gesellschaft, die mit staatlich-ordnungspolitischen Aktivitäten zu bearbeiten sei. Manche politisch Verantwortliche meinen gar, das Problem mit Blick auf Wahlperioden kurzfristig lösen zu können. Diese Arbeit will daher den auch in der Sozialen Arbeit häufig dominierenden, staatsfixierten Demokratiebegriff und die aus ihm folgenden ordnungspolitischen Ansätze (Strafvermeidung, Wiederherstellung der Ordnung, Anpassung, Extremismusprävention) kritisch hinterfragen. Stattdessen wird die Hypothese aufgestellt, dass durch persuasiv-sozialräumliche Interventionen²⁷, die eine demokratische Alltagskultur stärken und ermöglichen, Ideologien der Ungleichwertigkeit projekt- und beteiligungsorientiert zurückgedrängt (oder isoliert) werden können. Der für diese persuasive Praxis untaugliche Begriff (Rechts-)Extremismus wird daher in Kapitel 1.1 zugunsten einer systematischen Darstellung sozialwissenschaftlicher Problemanalysen mit dem Fokus auf GMF aufgelöst. In Kapitel 1.2.5 wird ein heuristisches Denkmodell Wilhelm Heitmeyers zur GMF-Reproduktion(-sunterbrechung) diskutiert, welches eine Verknüpfung empirischer Einstellungsbefunde mit sozialräumlicher Demokratiewerkarbeit vorschlägt und eine Grundlage für die in Kapitel 1.3 dargestellten interventionsnahen Sozialraumanalysen (SoRA-ZO) des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld war. Denkmodell und SoRA-ZO-Konzept werden vor dem Erfahrungshintergrund zweier in den Kapiteln 5 und 6 reflektierter GWA-Projekte kritisiert und stattdessen in Kapitel 7.5 auf Grundlage der Praxisreflexion eine eigene prozessual-systemische Denkfigur entwickelt.

In dieser Arbeit werden extrem rechte Orientierungen als gesamtgesellschaftliche Herausforderung begriffen, denen durch die Wiedergewinnung einer menschenrechts- und prozessorientierten Demokratieperspektive mündiger Akteure begegnet werden kann, die sich gegenüber illiberalen Angriffen

26 Vgl. IFSW (2014): Global Definition of Social Work .

27 Als persuasiv (überredend/überzeugend) werden Konzepte oder Programme bezeichnet, die „nicht auf Verständigung oder Informationsaustausch, sondern auf Einstellungsveränderung“ abzielen (Stöss 2003: 95ff.).

als wehrhaft erweist. Dafür wird in Kapitel 1.5 auf die herausragende Bedeutung eines normativ-menschenrechtsorientierten Demokratiebegriffs und einer entsprechend fundierten Zivilgesellschaft für die sozialräumliche Verankerung demokratischer Alltagskultur verwiesen. Kapitel 3 betrachtet den Sozialraum als konkreten Ort sozialprofessioneller Intervention. Er wird in Kapitel 3.3 bis 3.5 um eine ressourcenorientierte Perspektive hinsichtlich Milieubildung und -differenz und in Kapitel 3.6 um eine machtsensible Perspektive ergänzt, die zur konzeptionellen Begründung der GWA besonders wichtig erscheint.

Die interdisziplinären, metatheoretischen Grundlagen der Kapitel 2 und 3 werden in Kapitel 4 mit einer Praxistheorie von GWA untersetzt. Der Fokus dieses Teils der Arbeit liegt auf der lebensweltlichen Erschließung emanzipatorischer Potenziale und deren Nutzbarmachung für sozialräumliche Demokratisierungskonzepte. Wo Menschen sich menschenrechtsorientiert entfalten und die Erfahrung eigener Wirksamkeit in (kommunal-)politischen Prozessen machen können, wird die in Kapitel 3 dargelegte Demokratieperspektive als Alltagskultur (Lebensform) erfahrbar. Eine solche Vitalisierung demokratischer Grundwerte bedarf sozialprofessioneller Arbeit, die mit soziokulturellen Aktivierungs-, Ermächtigungs-, Bildungs-, Beratungs- und Vernetzungsangeboten in der Lebenswelt der Menschen ressourcenadäquate Angebote unterbreitet. Den sowohl praxisanalytischen als auch handlungsintendierenden Zugang zu konkreten Gemeinwesen und Akteuren stellt schließlich die Aktionsforschung zu sozialen und kulturellen Problemlagen und insbesondere zu soziokulturellen Ressourcen, Akteuren und potenziellen Aktivierungsmöglichkeiten in Kapitel 3.5.2 dar. Diese wird in der Arbeit auch in Abgrenzung zu einem als unterkomplex und nicht aktivierend kritisierten SORA-ZO-Konzept des IKG Bielefeld entwickelt. Im Verständnis der Aktionsforschung sind sozialräumliche Analysen sowohl empirische Handlungsgrundlage als auch Felderschließung und erste Intervention in einem sozialen Veränderungsprojekt. Wo Alltagsdemokratie und normativ-demokratische Instanzen aufgrund neoliberaler Sanierungsdiktate weggespart wurden entstehen Freiräume für minderheitenfeindlich-antidemokratische, neonazistische oder rechtspopulistische Akteure. Daher wird Gemeinwesenarbeit (GWA) als Element einer sich modernisierenden deliberativen Demokratie²⁸ und Keimzelle für die Zurückerlangung menschenrechtsorientierter Ressourcen und Gestaltungsräume im Alltag konzipiert. Kapitel 5 konkretisiert die aus den vorangegangenen theoretischen Ansätzen entwickelte GWA in einer analytischen Darstellung zweier konkreter GWA-Projekte in Sachsen, an denen der Verfasser als Projektleiter konzip-

28 Deliberative Demokratie bezeichnet einen partizipativen Prozess der Konsensfindung zu gesellschaftlich relevanten Themen. Sie steht konträr zu einem Demokratieverständnis, in dem Demokratie als unveränderlicher Zustand konzipiert und ohne Bildungs- und Vermittlungsinstanzen dem freien Spiel der Interessengruppen überlassen wird (vgl. u.a.: Dewey (2015 [1916]), Barber (1984), Habermas (1987a), Habermas (1987b)).

tionell und inhaltlich beteiligt war. Kapitel 6 reflektiert schließlich beide Projekte unter Bezug auf die wissenschaftliche Basis und das Konzept kommunaler Kontextanalysen des IKG. Die Praxisreflexion der GWA als kritische Bestandsaufnahme ist schließlich Grundlage für Perspektiven einer zukünftigen gelingenden GWA im KBS, die abschließend in Kapitel 7 entwickelt werden.

1 Zentrale wissenschaftliche Grundlagen der Arbeit

Nachfolgend werden grundlegende politikwissenschaftliche Begriffe und theoretische Zugänge erläutert, die für die GWA als Variante zivilgesellschaftlicher Demokratiewerkarbeit handlungsleitend sind. Der politologische Begriff Rechtsextremismus bildet dabei, als gesellschaftliche Problembeschreibung und Gegenstand sozialprofessioneller Präventions- und Interventionsarbeit, den Ausgangspunkt. Er wird kritisch diskutiert und zugunsten einer sozialwissenschaftlichen Beschreibung aufgelöst, für deren demokratietheoretische Grundlagen die soziologischen Begriffe Zivilgesellschaft und Sozialraum notwendig sind.

1.1 Politikwissenschaftliche Gegenstandsbeschreibung: Rechtsextremismus

Der wissenschaftliche Diskurs zu rassistischen, antisemitischen und nationalchauvinistischen Orientierungen ist vielfältig. An eine allgemein anerkannte Definition oder gar eine durchgehende Theorie ist schon deshalb nicht zu denken, weil verschiedene Wissenschaften ihn aus unterschiedlichen Blickwinkeln führen. „Der Begriff ist umstritten, die Terminologie verwirrend“, konstatiert der Politikwissenschaftler Richard Stöss.²⁹ Seine Bedeutungsvielfalt zeigt einerseits die intensive wissenschaftliche und praktische Auseinandersetzung mit dem Phänomen: Eine Untersuchung stellt fest, dass „in 13 wissenschaftlichen Studien insgesamt 37 unterschiedliche, wenn auch sich teilweise überschneidende Bedeutungen von ‚Rechtsextremismus‘“³⁰ Verwendung fanden. Andererseits steht Soziale Arbeit dadurch vor der Herausforderung, einen eigenen, die Zielsetzungen und Aufgaben einer normativ-menschenrechtsorientierten GWA ausreichend fundierenden Begriff zu entwickeln. Denn mit dem sowohl in den Geistes- und Sozialwissenschaften als auch bei Politik, Ordnungs- und Sozialbehörden und in der Bürgergesellschaft verankerten Rechtsextremismus-Begriff dominiert eine der Staatsrechtslehre entnommene, von Verfassungsschutzämtern, Strafverfolgungsbehörden sowie Gerichten ausgebaute Terminologie die sozialwissenschaftliche Debatte. Erst mit der rot-grünen Bundesregierung 1998 gewannen sozialwissenschaftlich-empirische Deutungen rechter Orientierungen und GMF in Bundesprogrammen gegen

29 Vgl. Stöss (2000): 572.

30 Druwe (1996): 73.

Rechtsextremismus Bedeutung.³¹ In der Tradition solcher auf sozialräumliche Einstellungsveränderung in der Bevölkerungsmitte orientierender Ansätze steht auch diese Arbeit.

1.1.1 Die Unbrauchbarkeit der Rand-Mitte-Dichotomie für die theoretische Fundierung von Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit

Soll diese Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt [...] auch denen eingeräumt werden, deren Streben [...] darauf geht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? [...] Ich [...] bin der Meinung, dass nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. [...] Demokratie ist nur mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitsentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen. (Carlo Schmid, SPD, Rede im Parlamentarischen Rat 8.9.1948)

Der Extremismusbegriff verweist bereits semantisch auf einen Gegenpool: Erst mit einem spezifischen Verständnis von Normalität ist das Extreme konstruierbar. Ein äußerster Rand kann nur mit der Idee von einer Mitte beschrieben werden.³² Eine Rand-Mitte-Dichotomie bringt es mit sich, dass die scheinbar „normale“ gesellschaftliche Mitte als konstantes Gebilde idealisiert wird, die frei von demokratiegefährdenden Ideologien und Ausgrenzungsmechanismen ist. Diese Vorstellung monopolisiert ein staatsrechtlich argumentierendes, ordnungspolitisches Demokratieverständnis, welches sich gegenüber strafrechtlich deviantem Verhalten schützt, hinsichtlich seiner immanent-strukturellen Ausgrenzungs- und Aushöhlungsmechanismen allerdings keinerlei kritische Selbstreflexion ermöglicht.³³ Die Folgen einer solchen Engführung können darin bestehen, dass die Auseinandersetzung mit den vielfältigen Phänomenen extrem rechter Orientierungen und Handlungsformen lediglich auf neonazistische Strukturen und Organisationen begrenzt wird. Die Akzeptanz und Anschlussfähigkeit minderheitenfeindlicher Positionen an gesamtgesellschaftliche Diskurse bleiben jedoch unbeachtet oder erscheinen unkritisch. Die Rand-Mitte-Dichotomie entzieht die als gut postulierte freiheitlich-demokratische Rechtsordnung systematisch einer kritischen Analyse. Alltagsrassismen, gesellschaftliche Vorurteile und Machtverhältnisse, wie sie auch in den Gesetzen des Rechtsstaates und administrativen Handlungen staatlicher Behörden vorkommen können, bleiben so unbeleuchtet.

31 Vgl. Bringt/Korgel (2005): 7.

32 Klärner/Kohlstruck (2006): 16.

33 Kopke/Rensmann (2000): 1451.

Umfangreiche Kritik wird insbesondere an der maßgeblich von Uwe Backes und Eckhart Jesse entwickelten „normativ-ordnungspolitischen Rahmentheorie eines politischen Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten“³⁴ geübt. Sie ist angelehnt an die Totalitarismuskonzeption des sogenannten Veldensteiner Kreises³⁵ und keine interdisziplinäre Theorie. Sie ist vielmehr eine staatswissenschaftlich hergeleitete politikwissenschaftliche Theorie mit dem Ziel, politische Positionen, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat richten, inhaltlich zu beschreiben und zu ordnen. Jesse zufolge stellt sein Extremismusbegriff „eine Anwendung des Totalitarismusbegriffes auf diejenigen antidemokratischen Kräfte dar, die innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates wirken“.³⁶ Er bezieht sich demnach auf einen definierten Minimalkonsens dessen, was den Wesenskern des demokratischen Verfassungsstaates ausmache.³⁷ Dieser Minimalkonsens wurde im Zuge der beiden ersten Parteiverbotsverfahren in der bundesdeutschen Geschichte³⁸ vom Bundesverfassungsgericht in der Freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) definiert:

Die freiheitlich demokratische Grundordnung ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung [...] darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten [...], die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteiensystem und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsgemäße Bildung und Ausübung einer Opposition.³⁹

Jesse zufolge fußt der demokratische Verfassungsstaat

auf zwei Bestandteilen, der demokratischen und der institutionellen Komponente. Mit der demokratischen sind die Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränität und das Ethos fundamentaler Menschengleichheit gemeint. Die institutionelle stellt insbesondere auf die Geltung des Rechtsstaatsprinzips ab.⁴⁰

34 Vgl. Backes/Jesse (1989).

35 Der Veldensteiner Kreis – nach Burg Veldenstein im mittelfränkischen Neuhaus, wo die Gruppe erstmalig 1990 tagte – ist ein Debattierkreis um die Politikwissenschaftler Eckhardt Jesse und Uwe Backes zur „Erforschung von Extremismus und Demokratie in Geschichte und Gegenwart.“

36 Jesse (2004): 13.

37 Vgl. ebd.: 21.

38 Verboten wurde die Sozialistische Reichspartei (SRP) im Jahr 1952 und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956.

39 Vgl. BVerfGE 2,1 (1952): 12f.; BVerfGE 5, 85 (1956) und Neue Juristische Wochenschrift (1956): 1393.

40 Jesse (2004): 9.

Extremist*innen lehnten dieser ex negativo konzipierten Theorie zufolge mindestens eines dieser beiden Elemente ab.⁴¹ Anhand einer zweidimensionalen Vier-Felder-Matrix mit den Kategorien extrem-egalitär/anti-egalitär und anarchisch/totalitär teilt die Extremismustheorie den politischen Raum grob auf. Dieses Schema wurde nach den Terroranschlägen in den USA im September 2001 aufgrund der Diskussion zu religiösem Fundamentalismus um eine dritte Dimension mit den Kategorien religionsfeindlich/theokratisch erweitert (religiöser Extremismus).⁴² Dieses Gut-Böse-Schema findet sich bereits bei dem eingangs zitierten Verfassungsvater Carlo Schmidt, der im Antitotalitarismus das grundlegende Konzept der „wehrhaften Demokratie“ sah. Mit dem Grundgesetz erhielten eine Reihe von Regelungen Verfassungsrang, die den Bestandsschutz der parlamentarischen Demokratie gegenüber verfassungsfeindlichen Bestrebungen gewährleisten sollten. Der Staat schützte sich damit vor seinen Feind*innen rechtlich und institutionell. Die historische Erfahrung des Scheiterns der ersten deutschen Demokratie von 1918 bis 1933, dessen Ursache die Mehrheit in Politik und Wissenschaft in der Ablehnung von Demokratie und Rechtsstaat durch Nationalsozialist*innen und Kommunist*innen (also linken und rechten Antidemokrat*innen gleichermaßen) sah, bildete eine konzeptionelle Grundlage dieser stark vereinfachten Totalitarismus- und in der Folge Extremismustheorie. Dieses Konzept einer wehrhaften Demokratie erfuhr als „Staatsideologie des Kalten Krieges“⁴³ gegenüber dem Realsozialismus der Ostblockstaaten eine starke ideologische Aufladung. Der Terror der Roten Armee Fraktion im sogenannten Deutschen Herbst 1977ff. schien diesen Befund zu bestätigen und bildet einen Ankerpunkt für die Veldensteiner Extremismustheorie. Deren Extremismusbegriff umfasst alle Einstellungen, Verhaltensweisen, Institutionen und Ziele, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte und Spielregeln richten.⁴⁴ Negiert der Extremismus „das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit“, wird er als Rechtsextremismus bezeichnet. Dehnt er den „Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche“ aus und überlagert dabei „die Idee der individuellen Freiheit“, handelt es sich um Kommunismus. Unter dem Begriff Linksextremismus werden unterschiedliche Strömungen wie Anarchist*innen, die zentrale Organisationsformen generell ablehnen, autonome Gruppierungen, die Autoritäten zugunsten eines hohen Maßes an Subjektivismus ablehnen, und unterschiedliche Formen des Kommunismus mit den drei Hauptströmungen sowjetisch orientierter, Maoismus und Trotzismus subsummiert.⁴⁵ Jedoch bleibt die theoretische Fundierung des Linksextremismus im Unterschied zum

41 Ebd.: 10.

42 Vgl. Backes (2006): 245ff.

43 Vgl. Wippermann (1997): 111ff.

44 Vgl. Backes/Jesse (1996: 45; 2005: 23f.).

45 Vgl. Jesse (2003): 356.

vielfältig wissenschaftlich diskutierten Rechtsextremismus weitgehend unscharf.

Für den Rechtsextremismus sei ein rabiater Antiegalitarismus gepaart mit ethnozentristischer und rassistischer Orientierung grundlegend.⁴⁶ Er sei

eine antiindividualistische, das demokratische Grundaxiom menschlicher Fundamentalgleichheit negierende Abwehrbewegung gegen die liberalen und demokratischen Kräfte und ihr Entwicklungsprodukt, den demokratischen Verfassungsstaat. An die Stelle eines auf das Prinzip gleicher politischer Rechte aller Mitglieder gegründeten Gemeinwesens soll eine politische Ordnung treten, in der die auf Herkunft, Leistung, nationaler, ethischer oder rassistischer Zugehörigkeit basierende fundamentale Ungleichheit der Menschen institutionalisiert ist.⁴⁷

Als verbindende Elemente beider Extremismen werden Absolutheitsanspruch, Dogmatismus, die Ablehnung pluralistisch-demokratischer Systeme, Freund-Feind-Denken, der Gebrauch von Verschwörungstheorien⁴⁸ und ein Fanatismus, dem „jedes zum Ziel führende Mittel legitim erscheint“ genannt.⁴⁹ Allerdings dürften diese „Gemeinsamkeiten [...] in Gegenüberstellung zum demokratischen Verfassungsstaat [...] die fundamentalen Unterschiede nicht überdecken. Zwischen rechten und linken Extremismen [...] bestehen beträchtliche Divergenzen“.⁵⁰ Es sei Aufgabe der Wissenschaft, Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, die „das Feld politischer Extremismen strukturieren“.⁵¹

Diese Extremismustheorie, die an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angebunden ist und den demokratischen Rechtsstaat als feststehendes Gebilde ins Zentrum ihrer Analyse stellt, hat sich seit Gründung der BRD in staatlichen Organen durchgesetzt. Sie wurde zum Bestandteil der Staatsrechtslehre in den Ausbildungsgängen für staatliche Verwaltungen, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden. Obwohl der Begriff Extremismus weder in einem Gesetz normiert, noch durch eine Gerichtsentscheidung definiert wurde, findet er seit 1974 in den Berichten des Verfassungsschutzes Verwendung.⁵² Er definiert Bestrebungen als extremistisch, die sich „gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes [richten] oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane [...] oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben“.⁵³

46 Backes/Mletzko/Stoye (2010): 4.

47 Vgl. Backes/Jesse (1996): 59.

48 Backes/Jesse (1989: 298ff.; 1996: 252ff.).

49 Vgl. Backes/Jesse (1996): 45.

50 Ebd.: 47.

51 Ebd.

52 Vgl. Neugebauer (2000): 15.

53 Stöss (2000): 16.

Der ordnungspolitische Extremismusbegriff wurde jedoch auch zu einem zentralen Begriff im gesellschaftspolitischen und geisteswissenschaftlichen Diskurs.⁵⁴ Eine starke politische Funktionalisierung als antiextremistisches Instrument durchzieht die Geschichte der politischen Bildung und Ansätze präventiver Jugendarbeit in Deutschland nach 1945 wie ein roter Faden. Bereits die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer begriff die Bundeszentrale für politische Bildung als Projekt des „positiven Verfassungsschutzes“.⁵⁵ In den Leitlinien der aktuellen Bundesprogramme gegen Extremismus⁵⁶ setzt sich die aus der ordnungspolitischen Extremismustheorie abgeleitete Verengung präventiver Demokratiearbeit als Extremismus- und Delinquenzvermeidung fort. Sie wird jedoch vonseiten der evidenzbasierten sozialwissenschaftlichen Theoriebildung ebenso kritisiert wie von zivilgesellschaftlichen Projekten gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Gero Neugebauer führt hierfür drei Gründe an:

1. Die Theoriekonstruktion sei unterkomplex und bilde die politische Struktur und Komplexität der Gesellschaft nicht ausreichend ab.
2. Die Theorie verorte den Extremismus nicht in der Mitte der Gesellschaft, sondern konstruiere ihn als Randphänomen.
3. Die Theorie mache die vom Extremismus vermeintlich oder tatsächlich ausgehende Bedrohung für den Kern der Verfassungsordnung zu dessen Alleinstellungsmerkmal.⁵⁷

Kritiker*innen erkennen in der normativen Fixierung der Extremismustheorie auf die FDGO sowohl eine Vernachlässigung der gesellschaftlichen Ursachen demokratiefeindlicher Bestrebungen als auch deren individueller Entwicklung vom Vorurteil hin zur Ideologie. Somit würde auch eine präventive (Bildungs-, Beratungs- und Projekt-)Arbeit hinsichtlich der Ursachen für menschenfeindliche Handlungen und möglicher Interventionsstrategien zu deren Überwindung nicht theoretisch fundiert. Vielmehr folge die Theorie unkritisch verfassungsrechtlichen Paradigmen und ziele durch ihre bipolare Normsetzung „auf die Ausgrenzung politischer Positionen aus dem Demokratiebegriff des Grundgesetzes“.⁵⁸ So besteht aber die Gefahr, Menschen danach einzuteilen, ob sie für oder gegen die bestehende demokratische Ordnung sind, obwohl es konkurrierende Auffassungen von Demokratie und ihrer Gestaltung geben

54 Vgl. Widmaier (2018): 153f.

55 Vgl. u. a. Widmaier (1987): 27ff., Jaschke (1991): 226, Hentges (2013): 142–146.

56 Die aktuellen extremismuspräventiven Programme sind das vom Bundesministerium des Innern geförderte Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend getragene Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Die Kritik der antiextremistischen Engführung persuasiver Programme gilt aber für sämtliche Bundesprogramme seit 1990.

57 Vgl. Neugebauer (2010): 13.

58 Jaschke (1991): 46. Entgegnungen zu dieser Argumentation siehe u. a. Backes/Jesse (2005): 174ff.

können muss.⁵⁹ Damit kann die Theorie zwar für Strafverfolgungsorgane bei der Ermittlung verfassungsfeindlicher Aktivitäten handlungsleitend werden, nicht aber für persuasive Bildungs- und Sozialarbeit wie die hier diskutierte GWA. Da empirische Forschung wiederholt zeigte, dass minderheitenfeindliche und antidemokratische Einstellungen hohe Zustimmungswerte innerhalb der Bevölkerungsmitte aufweisen, greifen extremismustheoretische Konzepte sichtlich zu kurz.⁶⁰



Abbildung 1: Extremismusmodell; Quelle: Stöss (2010): 18

Backes selbst versuchte – vor dem Hintergrund erdrückender Befunde empirisch gestützter sozialwissenschaftlicher Theoriebildung – weg von der Staatstheorie hin zu sozialpsychologisch-soziologischen Erklärungen für menschenfeindliche Orientierungen mit dem Konzept des „Extremismus der Mitte“ eine Theorieergänzung.⁶¹ Allerdings ist auch diese konzeptionelle Erweiterung der Extremismustheorie umstritten, weil er seine Richtungsbezogenheit und Wechselbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie negiert.⁶² Denkt man diese Wechselwirkung zwischen Mitte und vermeintlich extremen Positionen zu Ende, verschieben sich die Extreme mit jedem gesellschaftlichen Entwicklungs- oder Wandlungsprozess der Mitte. Termini wie Ethnozentrismus, Neue Rechte und Rechtspopulismus dokumentieren das Spektrum minderheitenfeindlicher Ideologien, das sich weiter ausdifferenziert und mit dem Extremismusbegriff nicht ausreichend theoretisch durchdrungen werden kann.

Die Extremismustheorie wurde weder dazu entwickelt, noch ist sie in der Lage, die Ursachen für Einstellungen von Menschen oder sozialen Gruppen und deren Interaktionen zu analysieren.⁶³ Somit kann sie auch sozialprofessionelle Demokratiearbeit wie GWA nicht theoretisch fundieren, die demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen persuasiv eindämmen und in

59 Vgl. Stöss (2005): 20.

60 Vgl. u. a. Heitmeyer et al. (1993), Neugebauer (2000), Kopke/Rensmann (2000) sowie Butterwegge (1996, 2002).

61 Backes (2006): 250.

62 Vgl. Kraushaar (1994): 35.

63 Vgl. Stöss (2005): 24f.

Richtung demokratischer Werte positiv verändern will. Sie konstruiert vielmehr politische Idealtypen, denen auf einem komplexitätsreduzierten Achsen- oder Hufeisenmodell bestimmte Orte zugewiesen werden (vgl. Abbildung 1).⁶⁴ Diese theoretische Herangehensweise klammert die dem Verhalten zugrunde liegenden politischen Einstellungen, deren Genese und mögliche Verhinderungsfaktoren aus. Da das Grundgesetz Meinungsfreiheit gewährleistet und staatliche Zensur von Gedanken und Einstellungen verfassungswidrig wäre, ist dies in einem staatsrechtlich-ordnungspolitischen Konzept auch notwendig. Diese Perspektive verhindert jedoch, wird sie sozialprofessionellen Handlungsstrategien zugrunde gelegt, dass menschenfeindliche Orientierungen wie Rassismus oder Antisemitismus präventiv wahrgenommen und einer (sozial-)pädagogischen Veränderung im Sinne der Durchsetzung einer demokratischen Kultur und Menschenrechtsorientierung im gesellschaftlichen Alltag unterzogen werden können.

1.1.2 Multidimensionale Analyse extrem rechter Orientierungen

Wie gezeigt wurde, ist der ordnungspolitische Extremismusbegriff für die soziale, pädagogische oder soziokulturelle Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungen in der GWA-Praxis untauglich. Daher ist es notwendig, eine Definition des Gegenstands zu entwickeln, die eine empirisch gestützte, multidimensionale Entwicklung praktischer Handlungsansätze erlaubt. Denn solche praxistheoretischen Zugänge zum Thema sind weitaus vielfältiger, als es bei einer Fokussierung auf den Rechtsextremismus scheint. So erschließen neuere Ansätze zur Faschismustheorie⁶⁵ und die klassischen Analysen zum Autoritarismus⁶⁶ oder zum antidemokratischen Denken⁶⁷ eine Vielzahl anderer, für die soziale und pädagogische Praxis sinnfälliger Zugänge zum Gegenstand. Der Soziologe Andreas Klärner und der Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher Michael Kohlstruck plädieren für eine pragmatisch-wissenssoziologische Perspektive auf den Begriff. Da die Zuordnungen auf gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Kräfteverhältnissen und Diskursen beruhen, sei er als „diskursive Konstruktion“ zu interpretieren.⁶⁸ In der sozialwissenschaftlichen Forschung zu extrem rechten Orientierungen dominieren heute makrosoziologische (sozialisations- und modernisierungstheoretische) Ansätze gegenüber mikrosoziologischen (sozialpsychologische oder sozialisationstheoretische) Erklärungsmodellen.

64 Bendel (2002): 222.

65 Vgl. Wippermann (1997), Saage (2007).

66 Vgl. Adorno (1995).

67 Vgl. Schwan/Sontheimer (1969): 5.

68 Klärner/Kohlstruck (2006): 14.

Um aktuelle empirische Daten aus der Meinungs- und Einstellungsforschung analytisch einordnen und GMF und extrem rechte Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte empirisch beschreiben zu können, bedarf es eines Fokus auf das konflikthafte Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft als einer Quelle der Demokratiegefährdung. Die vorliegende Untersuchung basiert auf den Theoriemodellen, wie sie der GMF-Forschungsverbund am IKG-Bielefeld entwickelt hat. Ausgangspunkt für das Modell waren die Studien Theodor W. Adornos zum autoritären Charakter am Frankfurter Institut für Sozialforschung. Dabei wurde eine konstituierende analytische Quelle der klassischen Frankfurter Schule, die Konzeption des Vaters als zentraler Sozialisationsinstanz eines Individuums, wie sie Sigmund Freud entwickelte, durch modernere Vorstellungen ersetzt, die Sozialisationsinflüsse von Peergroups und Milieus betonen.⁶⁹ Dennoch behalten die grundlegenden Erkenntnisse der Autoritarismusstudien für die GMF-Theorie ihre Gültigkeit: „Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft bleibt ein grundlegendes Problem auch in der Gegenwart. Denn die Gesellschaft begegnet Individuen weiterhin mit – wenn auch größtenteils symbolischer – Gewalt.“⁷⁰ Frühe persönliche Erfahrungen von Gewalt als anerkanntem Mittel zur Durchsetzung eigener Überzeugungen oder Bedürfnisse in Familie und Peergroup fördern sozialisationstheoretischen Konzepten zufolge die Ausprägung einer gewaltaffinen Persönlichkeit. Hingegen sei das Erlernen von Empathie mit Betroffenen von Gewalt ein Schutzfaktor gegen die Ausprägung autoritärer Charaktere.⁷¹

Im GMF-Konzept rekurren die Forschenden anders als in den Mittelstudien darauf, dass die Ausprägung extrem rechter Einstellungen auch von der Zugehörigkeit der Individuen zu bestimmten Gruppen oder Gesellschaftsschichten und deren Ängsten vor Statusverlust und sozialer Desintegration abhängig sei.⁷² Die Desintegrationsidee fußt auf der im Paradigma der Risikogesellschaft formulierten Annahme, traditionelle Bindungen, Kollektive und Milieus befänden sich immer mehr in Auflösung, wodurch Lebensrisiken immer mehr dem Verantwortungsbereich einzelner Individuen zugewiesen würden und in immer stärkerem Maß überfordernde Ohnmachtserfahrungen hinterließen. Der „Unmittelbarkeit persönlich und sozial erlebten Elends“ stehe in der Risikogesellschaft „die Ungreifbarkeit von Zivilisationserfahrungen gegenüber, die erst im verwissenschaftlichten Wissen bewusst werden und nicht direkt auf Primärerfahrungen zu beziehen sind“.⁷³ An solchen individuellen Ohnmachtserfahrungen oder Ängsten könnten neonazistische Ideologien mit einfachen Scheinlösungen ansetzen, die die Komplexität des Lebens reduzieren. Fremde und schwächere Gruppen erschienen in dieser Perspektive als

69 Vgl. Hopf (1992): 52ff.

70 Decker/Weissmann/Kiess/Brähler (2010): 137.

71 Vgl. etwa Labuhn et al. (2004): 93ff.

72 IKG (2009): 9.

73 Beck (1986): 68.

Ursache der Probleme und riefen feindliche Haltungen gegenüber solchen Gruppen hervor. In der Konsequenz könnten sich feindliche Einstellungen zu einer Ideologie der Ungleichwertigkeit und verbunden mit einer hohen Gewaltbereitschaft gegenüber abgewerteten Gruppen zu manifesten extrem rechten Haltungen oder Handlungen verdichten.⁷⁴ Ab 1998 entwickelte die Arbeitsstelle Empirische Politische Soziologie im Otto-Stammer-Zentrum der Freien Universität Berlin auf Grundlage repräsentativer Studien eine Rechtsextremismus-Konzeption.

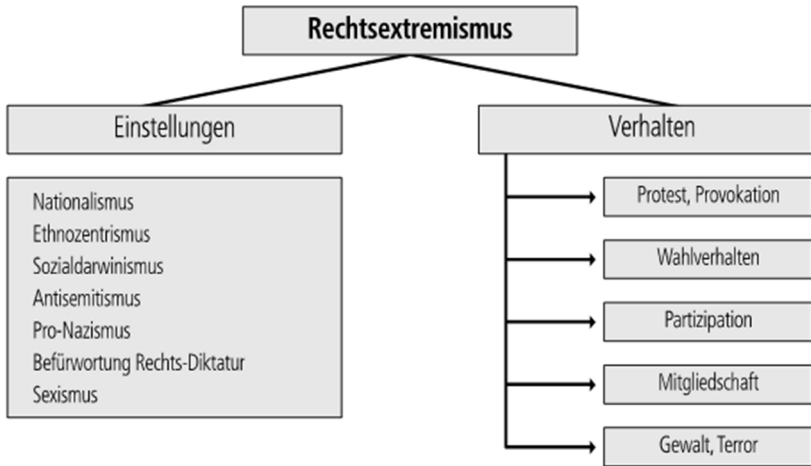


Abbildung 2: Rechtsextremismusdimensionen, Quelle Stöss (2010): 25

Der Politologe Richard Stöss entwirft darin ein Syndrom „rechtsextremer“ Einstellungen, dass sich aus den Dimensionen „Befürwortung autoritärer Regime, chauvinistischer Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus bzw. Rassismus, Antisemitismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus“ konstituiert und mit destruktiven Haltungen (Ablehnung des parlamentarischen Pluralismus, Negierung der universellen individuellen Freiheits- und Gleichwertigkeitsrechte und daraus folgend feindseligen Haltungen gegenüber Minderheiten und anderen Völkern) einhergeht.⁷⁵ Stöss unterteilt Rechtsextremismus in Einstellungs- und Verhaltensoptionen. Angelehnt ist diese duale Definition aus Einstellungen und Handlungen an Forschungsbefunde von Heitmeyer, der diese Unterscheidung bereits 1987 vorschlug (vgl. Abbildung 2).⁷⁶

74 Holtmann (2001): 1ff.

75 Stöss (2005): 199.

76 Vgl. Heitmeyer (1987).

Diese duale Definition extrem rechter Orientierungen liegt sowohl den an der Universität Leipzig ab 2006 bis 2013 von einer interdisziplinären Forschungsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker konzipierten Mitte-Studien, als auch der an der am IKG konzipierten GMF-Forschung zugrunde. Während die Mitte-Studien extrem rechte Einstellungen in der Bevölkerung (Weltbild) messen, liegt der Schwerpunkt der für diese Arbeit relevanteren GMF-Studien auf der „Bemessung der Gleichwertigkeit von Gruppen in der Gesellschaft“⁷⁷ bzw. der Normalisierung von Desintegration und Diskriminierung von Gruppen in der Gesellschaft, die eine theoretische Grundierung unterschiedlicher Ansätze für sozialen Wandel darstellen soll. Der GMF-Forschungsansatz basiert aber über die oben eingeführte Rechtsextremismusdefinition nach Stöss hinaus auf weiteren theoretischen Annahmen, wie dem von Reimund Anhut und Wilhelm Heitmeyer in den 1980er Jahren entwickelten Bielefelder Desintegrationsansatz⁷⁸ und der von Robert K. Merton 1938 entwickelten Anomietheorie. Grundgedanke der Anomietheorie ist, dass die meisten Menschen nach der Erreichung kulturell anerkannter Positionen streben. Ein anomischer Zustand entwickelt sich demnach, wenn Individuen oder Milieus der Zugang zu den zur Erreichung dieser Positionen notwendigen Ressourcen versperrt bleibt. Die Folge ist ein abweichendes Verhalten, das sich durch Innovation (als Innovation wird in diesem Zusammenhang kriminelles Verhalten verstanden), Rebellion (Kampf um strukturelle Veränderung), sozialen Rückzug oder Konformität (Anpassung an bestehende Situation) ausdrücken kann.⁷⁹ Die in Abbildung 3 zusammenfassend skizzierte GMF-Forschung zielt darauf ab, feindselige und diskriminierende Einstellungen gegenüber Personengruppen unterschiedlicher Milieus und sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit einem integrativen Konzept großer Spannweite empirisch zu erfassen und zu systematisieren. In der GMF-Forschung werden demnach auf bestimmte Gruppen (Minderheiten) bezogene Vorurteile in einen Gesamtzusammenhang antidemokratischer Mentalitäten gestellt.

77 Zick/Klein (2014): 13.

78 Vgl. u. a. Heitmeyer et al. (1993), vgl. auch nachfolgendes Kapitel 2.2.1.

79 Vgl. Merton (1968): 186f.

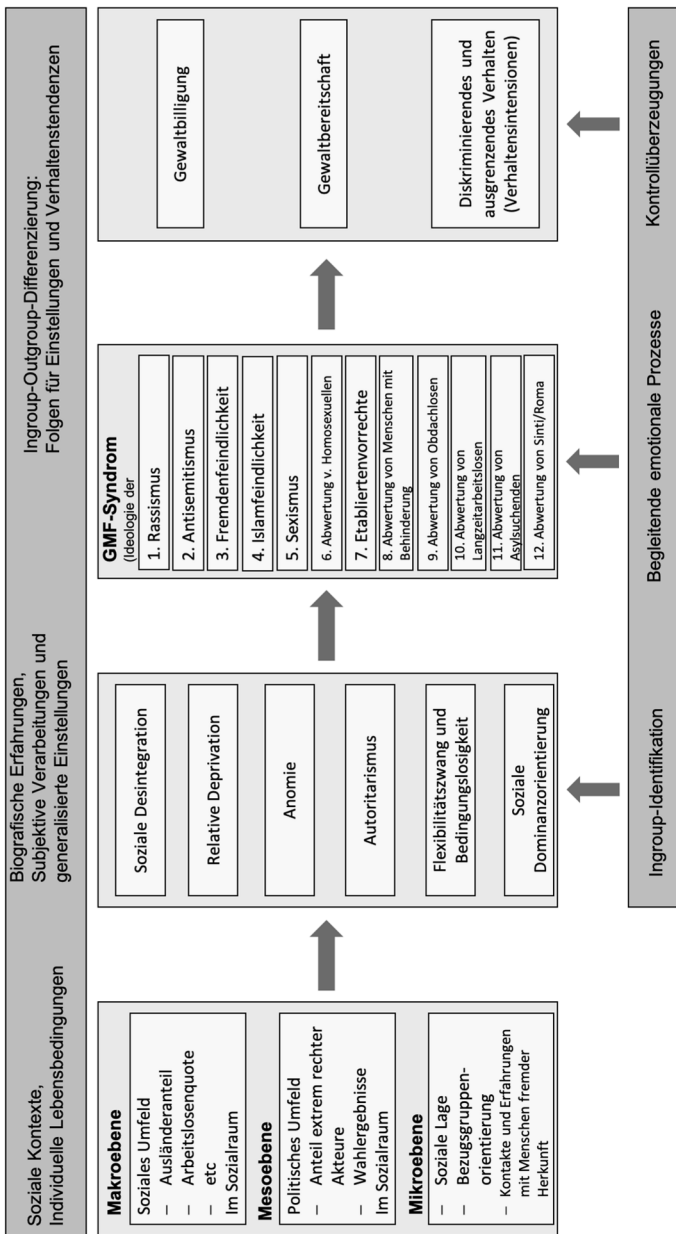


Abbildung 3: GMF-Forschungsmodell, Quelle: Bringt 2019 auf Grundlage von Heitmeyer (2002): 28

Trotz vergleichbarer Grundlagen operierten beide Forschungsrichtungen lange Zeit mit unterschiedlichen Termini und Schwerpunkten. Daher bestand der Bedarf nach einer verbindenden, auf Grundlage bestehender Forschungsbefunde operationalisierten, Rechtsextremismusdefinition. Eine interdisziplinäre Konferenz erarbeitete schließlich unter Mithilfe von Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Fachbereiche⁸⁰ eine gemeinsame Definition:

Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.⁸¹

Im Ergebnis der Konsensfindung wurden einheitliche Dimensionen extrem rechter Orientierung für die empirische Forschung entwickelt: (1) Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, (2) Chauvinismus, (3) Ausländerfeindlichkeit, (4) Antisemitismus, (5) Sozialdarwinismus, (6) Verharmlosung des Nationalsozialismus. Jeder Dimension können jeweils zwei bis drei Fragen zugeordnet werden, was einen Fragebogen mit achtzehn Einzelfragen ergibt⁸² welcher Grundlage für die seit 2014 durchgeführten neuen Mitte-Studien, die beide oben genannten Forschungskonzepte miteinander verbinden soll, war.⁸³

1.2 Sozialwissenschaftliche Gegenstandsbeschreibung: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die GMF-Langzeitstudie in Deutschland untersuchte von 2002 bis 2012⁸⁴ die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Der GMF-Begriff umfasst nicht nur Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten, sondern fokussiert sämtliche in der Mehrheitsbevölkerung vorherrschenden Abwertungsmechanismen gegenüber Personengruppen aufgrund ethnischer, kultureller oder religiöser Merkmale, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, körperlicher Ein-

80 An dieser Konferenz waren beteiligt: Elmar Brähler (Leipzig), Michael Erdinger (Jena), Jürgen Falter (Mainz), Andreas Hallermann (Jena), Joachim Kreis (Berlin), Oskar Niedermayer (Berlin), Karl Schmitt (Jena), Siegfried Schumann (Mainz), Richard Stöss (Berlin), Bettina Westle (Erlangen) und Jürgen Winkler (Mainz).

81 Decker/Brähler (2006): 20.

82 Ebd.: 20f.

83 Zick/Klein (2014).

84 Die Forschungsergebnisse der Langzeitstudie wurden in der Publikationsreihe „Deutsche Zustände“ in den Jahren 2002 bis 2012 veröffentlicht.

schränkungen oder aus sozialen Gründen. Abwertende Einstellungen, so die These, bestehen nicht nur gegenüber Gruppen fremder Herkunft. Auch Personengruppen gleicher Herkunft, die aber vermeintlich oder offensichtlich von den Normvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft abweichen, werden mit Vorurteilen seitens der Mehrheitsgesellschaft belegt.⁸⁵ Die GMF-Forschung spricht von „Menschenfeindlichkeit“, weil diese das Wesen des Vorurteils zum Ausdruck bringt und hinter den singulären Urteilen liegt. Sie spricht von „gruppenbezogen“, um der Beobachtung Rechnung zu tragen, dass es bei Vorurteilen um Abgrenzungen zwischen Gruppen geht, nicht um eine persönliche Misanthropie. Die GMF-Forschung geht davon aus, dass Vorurteile – also eine generalisierte Ablehnung von Fremdgruppen – ein Syndrom bilden, dessen innerer Zusammenhang eine Ideologie der Ungleichwertigkeit bildet.⁸⁶ Mit dieser der Medizin entlehnten Bezeichnung für den Diskriminierungskomplex wird ausgedrückt, dass verschiedene GMF-Symptome oft gleichzeitig und korreliert auftreten. Dieser gemeinsame Wesenskern aller GMF-Elemente wird als Ideologie der Ungleichwertigkeit verstanden.

1.2.1 Desintegration und Verlustangst

Die Ursache für extrem rechte Orientierungen und entsprechendes Handeln wird in der GMF-Theorie in einer auf gesellschaftlicher Makroebene zu konstatierenden Desintegration gesehen, die sich auf individueller Ebene in einer relativen Deprivation zeigt. Die Begriffe Desintegration und Deprivation werden hier synonym verwendet,⁸⁷ wobei der Desintegrationsbegriff für die gesellschaftliche Makro- und Mesoebene verwendet wird, während der Begriff Deprivation der individuellen Ebene von Personen vorbehalten bleibt, die im GMF-Konzept, ausgehend vom Bielefelder Desintegrationsansatz,⁸⁸ im Zentrum des Interesses steht. Deprivation wird als Gefühl verstanden, das sich sowohl aus objektiven Deprivationserfahrungen (Arbeitslosigkeit oder ein Leben am Existenzminimum) als auch aus diffusen subjektiven Deprivationsängsten ohne objektive Erfahrungen und Lebenslagen speist und daher relativ ist. Relative Deprivation auf der Mikroebene beschreibt die

Prekarität des Zugangs zu gesellschaftlichen Teilsystemen [...], der Partizipation an öffentlichen Einrichtungen und der Sicherung gemeinschaftlicher Einbindung. [...] Relative Deprivation betont den vom Individuum subjektiv empfundenen

85 Vgl. Heitmeyer (2002): 19.

86 Vgl. Zick (2011): 43.

87 Diese Entscheidung folgt einem Vorschlag von Rippl/Baier/Boehnke (2012): 291f.

88 Vgl. Anhut/Heitmeyer (2000): 47.

Grad der Benachteiligung und des Ungerechtigkeitsempfindens im Vergleich mit anderen Personen der eigenen Gruppe.⁸⁹

Prekär bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Individuen oder Personen-
gruppen tatsächlich oder gefühlt davon ausgeschlossen sind, Arbeit oder Bil-
dung zu erhalten, Gemeinwesen politisch mitzugestalten oder soziale Netz-
werke aufzubauen.⁹⁰ Die Deprivationsforschung untersucht Bedingungen, die
als Ursache für Gefühle und Wahrnehmungen sozialer Benachteiligung und
empfundener Mangels infrage kommen⁹¹ und steht somit der Sündenbockthe-
orie⁹² nahe. Diese nimmt an, dass Frustration und Benachteiligung zur Ableh-
nung anderer ethnischer Gruppen beitragen, wenn negative Gefühle auf die
Mitglieder einer anderen Gruppe projiziert werden, weil zum Beispiel eine auf
den*die Verursacher*in gezielte Aggression nicht möglich ist.⁹³ Viele Studien
zeigen, dass objektive Faktoren von Deprivation (u. a. Einkommen, Arbeitslo-
sigkeit) kaum direkten Einfluss auf die Entwicklung von Vorurteilen oder Ge-
walttätigkeit haben und stattdessen subjektive Wahrnehmungen entscheidend
sind.⁹⁴ Die in den Sozialisationsbedingungen und -erfahrungen liegende Ur-
sache für eine besondere Anfälligkeit von Menschen, in Zeiten gesellschaftlicher
Krisen eher extrem rechte Positionen einzunehmen, wird in der Desintegrati-
onstheorie in der Regel ausgeklammert. Die Psychologie spricht von Resilienz,
der Fähigkeit, mit belastenden Lebensereignissen umzugehen. Sozialpsycho-
logische Studien zu Faktoren, die Resilienz befördern, deuten auf Deprivation
als wichtigem Faktor beim Zustandekommen von Vorurteilen hin.⁹⁵

Ein auf Seymour Martin Lipset und Richard Hofstadter zurückgehender
Forschungsansatz⁹⁶ sieht in einem bedrohten Sozialstatus (Deklassierung) ei-
nen Auslöser für rechtsextreme Einstellungen: Menschen, die ihren sozialen
Status in Gefahr sehen oder einen gesellschaftlichen Status einnehmen, der un-
ter einem gewünschten oder erwarteten liegt, neigen – so die Desintegrations-
theorie – eher dazu, extrem rechte Positionen zu vertreten.

Die Desintegrationstheorie schlägt drei Ebenen vor, auf denen gesell-
schaftliche Desintegration analysiert werden kann und auf denen mit integrativen
Maßnahmen angesetzt werden kann (Vgl. dazu nachfolgende Tabelle 1). An
erster Stelle steht die „individuelle“ oder „sozioemotionale Ebene“ (Mikro-
ebene), auf der es um die Störung emotionaler und sozialer Beziehungen ein-
zelner Personen und um die Wiederherstellung und Förderung individueller
Beziehungsstrukturen im Sinne einer kulturell expressiven Sozialintegration

89 Heitmeyer (2002): 28f.

90 Vgl. Rippl/Baier/Boehnke (2012): 290.

91 Vgl. Zick (1997): 97.

92 Vgl. Allport (1954).

93 Vgl. Zick (1997): 82, 96.

94 Etwa Albrecht (2001), Hill (1993, Rippl/Seipel (2002).

95 Vgl. Decker/Brähler (2006): 17.

96 Vgl. Lipset (1962), Hofstadter (1964).

geht. Auf dieser Ebene werden individuelle emotionale oder expressive Beziehungen zwischen Personen eingegangen und in Form kollektiv-symbolhafter Identitätsbildung (Zugehörigkeit) vergemeinschaftet. Um Sinn- und Identitätskrisen, Orientierungslosigkeit, eine Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls oder Wertediffusion zu vermeiden, werden erhebliche Zuwendungs- und Aufmerksamkeitsressourcen, aber auch die Gewährung von Freiräumen sowie eine Ausbalancierung emotionalen Rückhalts und normativer Anforderungen benötigt. Die Fähigkeit, sich durch Geborgenheit und Einbindung sozioemotionalen Rückhalt zu sichern, ist die Voraussetzung für eine Integration auf institutioneller und struktureller Ebene.⁹⁷

Integrationsdimensionen	Individuell-funktionale Systemintegration (soziostrukturelle Ebene)	Kommunikativ-interaktive Sozialintegration (institutionelle Ebene)	Kulturell-expressive Sozialintegration (individuelle sozioemotionale Ebene)
Operationalisiert als	Teilhabe an materiellen Gütern einer Gesellschaft	Ausgleich konfligierender Interessen, ohne Integrität anderer Personen zu verletzen	Herstellung emotionaler Beziehungen zwischen Personen (Sinnstiftung und Selbstverwirklichung)
Lösung der Aufgabenstellung	Zugang zu Teilsystemen wie Arbeits- und Wohnungsmarkt (objektiv)	Teilnahmechancen (objektiv) und -bereitschaft (subjektiv) an politischem Diskurs und Entscheidungen	Anerkennung der personalen Identität durch soziale Umwelt
Beurteilungskriterien	Anerkennung der beruflichen und sozialen Position (subjektiv)	Einhaltung von Interessenausgleich bei moralischer Anerkennung sichernder Normen (Fairness, Gerechtigkeit, Solidarität)	Anerkennung und Akzeptanz kollektiver Identitäten und ihrer Symbolik durch andere Kollektive
Anerkennungsform	positionale Anerkennung	moralische Anerkennung	emotionale Anerkennung

Tabelle 1: Ziele/Beurteilungskriterien für erfolgreiche soziale Integration (Kaletta (2008): 38, angelehnt an Anhut/Heitmeyer (2000))

Auf der „institutionellen Ebene“ (Mesoebene) geht es im Sinne einer kommunikativ-interaktiven Sozialintegration um die Sicherstellung einer gleichwertigen Behandlung und damit verbundener Rechte von Individuen gegenüber Institutionen. Hier werden soziokulturelle Grundprinzipien des Zusammenlebens (Fairness, Solidarität) ausgehandelt und erlernt. Integrationsziel ist die Entwicklung einer kollektiven und individuellen Identität und eines sozialen Rückhaltes. Dies erfordert aus Sicht des Desintegrationsansatzes die Einhaltung basaler demokratischer Prinzipien, die die moralische Gleichwertigkeit des (politischen) Gegners gewährleisten und die von den Beteiligten als fair

97 Vgl. Kaletta (2008): 37.

und gerecht bewertet werden. Die Aushandlung und konkrete Ausgestaltung dieser Prinzipien bedingt jedoch ebenfalls entsprechende Teilnahmechancen (objektiv) und -bereitschaften (subjektiv) der Akteure.

Auf der „(sozio-)strukturellen Ebene“ (Makroebene), auf der sich der Grad von Teilhabe und Zugehörigkeit in sozialen Systemen analysieren lässt,⁹⁸ müssen schließlich grundlegende Zugänge zu ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen wie Arbeits-, Wohnungs- und Konsummärkten, aber auch Bildungschancen und symbolischem Kapital analysiert werden. Für eine erfolgreiche Integration muss der Zugang zu diesen Ressourcen objektiv sichergestellt werden. Subjektiv erfordert eine Integration aber auch eine Zufriedenheit des Individuums mit seiner jeweiligen ökonomischen, sozialen und kulturellen Position.⁹⁹

Soziale Desintegration kann passiv sein, zu sozialem Rückzug oder psychosozialen Erkrankungen wie Depression führen. Sie kann aber auch aktive Integrationsanstrengungen auf der individuell-funktionalen Ebene bewirken, etwa die Abwertung anderer, zumeist noch schwächerer Gruppen und die damit verbundene Aufwertung des eigenen Selbst.¹⁰⁰ Desintegrationserfahrungen können schließlich auch aggressiv verarbeitet werden. Neuere empirische Analysen zeigen deutliche Zusammenhänge zwischen Sozialisierungserfahrungen, Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit.¹⁰¹ Autoritarismus stellt ein „Syndrom unterschiedlicher Dimensionen“ dar, das durch die grundlegenden Merkmale „,autoritäre Unterwürfigkeit‘ (gegenüber der Eigengruppe), ,autoritäre Aggression‘ (gegenüber Schwächeren, die als abweichend erfahren werden) und ,Konventionalismus“ gekennzeichnet ist.¹⁰² Autoritarismus korreliert stärker mit institutioneller als mit struktureller Desintegration und verursacht vor allem kollektive Bedrohungsgefühle, weniger individuelle.¹⁰³ Werden relative Desintegrationserfahrungen mit Abwertung und autoritärer Aggression kombiniert, können extrem rechte Handlungen wie die Beteiligung an rassistisch motivierten Gewalttaten die Folge sein.¹⁰⁴ Daneben bestehen auch unabhängig von Desintegrationswahrnehmungen starke Beziehungen zwischen Autoritarismus und neonazistischen Einstellungen.¹⁰⁵ GMF erklärt sich also dadurch, dass bei sich wahrgenommene Defizit an Integrationschancen anderen aggressiv zu verwehren und so das eigene Selbstwertgefühl zu heben.

98 Vgl. Anhut/Heitmeyer (2000): 47.

99 Vgl. Anhut (2002): 38ff., 381ff.

100 Ebd.: 395.

101 Vgl. Rippl/Baier/Boehnke (2012): 298ff., Möller (2000), Rieker (2002)

102 Anhut (2002): 296.

103 Ebd.: 306.

104 Ebd.: 381f. Dies bestätigen Längsschnittbefunde in Rippl/Baier/Boehnke (2012): 308.

105 Rippl/Baier/Boehnke (2012): 306.

1.2.2 *Das Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*

Die in der GMF-Forschung untersuchten Elemente werden mit unterschiedlicher Qualität und zeithistorischem Gewicht konzipiert. Es gibt Personengruppen, die traditioneller Abwertung unterliegen und bei denen historische Verläufe und Konjunkturen festgestellt werden können, wie People of Colour mit Rassismus, Menschen jüdischen Glaubens und Herkunft mit Antisemitismus, Frauen mit Sexismus oder Sinti und Roma mit Antiziganismus.¹⁰⁶ Daneben gibt es Bereiche wie Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte oder Islamfeindlichkeit, die erst im Zusammenhang mit jüngeren gesellschaftspolitischen Entwicklungen an Bedeutung gewinnen.¹⁰⁷ Ebenso ist es möglich, dass sich abwertende Haltungen gegenüber bestimmten Gruppen reduzieren oder ganz verschwinden. Wie die Befunde der GMF-Längsschnittstudien zeigen, nehmen sexistische Haltungen gegenüber Frauen im mehrjährigen Vergleich stetig ab und abwertende Haltungen gegenüber Menschen mit Behinderung verharren auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.¹⁰⁸ Die jeweiligen Kriterien für die Auf- oder Abwertung von Gruppen unterliegen gesellschaftlichen Diskursen und damit einhergehenden Bedrohungsgefühlen und imaginierter Desintegrationszenarien in der Mehrheitsbevölkerung. Die GMF-Forschung betont, dass die untersuchten Kategorien nicht willkürlich sind, sondern in Abhängigkeit von spezifischen soziohistorischen Faktoren und damit zusammenhängenden Überzeugungssystemen und Mythen stehen.¹⁰⁹ So wurde etwa in der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft die vorher vorherrschende „Ethnisierung“ sozialer Probleme seit den Terrorangriffen von 2001 durch eine „Islamisierung“ ersetzt. Dementsprechend richten sich aktuelle Abwertungsszenarien nicht mehr wie vorher auf „die Ausländer*innen“ oder „Türk*innen“, sondern allgemeiner auf „Muslim*innen“.¹¹⁰ Aufgrund jüngster Diskussionen

über das Recht der Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit für rumänische und bulgarische Staatsangehörige sowie durch Debatten über Asylsuchende in Europa, [...] geriet die Gleichwertigkeit von asylsuchenden Personen wie auch von Sinti und Roma immer stärker in Bedrängnis. Hierfür gaben insbesondere Besitzstandsängste der Bevölkerung den Ausschlag.¹¹¹

Diese Kategorisierungen vermischen sich, verstärken sich zudem oft gegenseitig und führen dazu, dass die beforschten Elemente stetig ausdifferenziert werden. So wurden zu Beginn der GMF-Forschung im Jahr 2002 lediglich sieben

106 Vgl. Zick et al. (2008): 7.

107 Vgl. Heitmeyer (2002): 21.

108 Zick/Klein (2014): 80f.

109 Vgl. Zick et al. (2008): 7.

110 Open Society Institute (2010): 80.

111 Zick/Klein (2014): 79.

Syndromelemente beschrieben: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Heterophobie (Abwertung von Gruppen, die von der Normalität abweichende Verhaltensweisen und Lebensstile aufweisen) und Etabliertenvorrechte.¹¹² Das Syndromelement „Islamophobie/Islamfeindlichkeit“ wurde dagegen im Jahr 2003 zusätzlich in die Forschung aufgenommen. Das ursprünglich zusammengefasste Element „Heterophobie“ wird seit 2005 in drei voneinander getrennten Elementen „Homophobie“, „Abwertung von Behinderten“ und „Abwertung von Obdachlosen“ untersucht.¹¹³ Auch die 2007 aufgenommene Kategorie „Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen“ sowie die seit 2011 beforschten Abwertungen gegenüber „Asylsuchenden“ und „Sinti und Roma“ sind Erweiterungen des ursprünglichen Forschungsdesigns.¹¹⁴ Aktuell werden zwölf Syndromelemente untersucht:

1. „Rassismus“: Der Begriff Rassismus ist wissenschaftlich und ideologisch umstritten.¹¹⁵ Die GMF-Forschung verwendet einen sehr engen Rassismusbegriff, der in Kauf nimmt, dass auch andere GMF-Facetten Rassismen enthalten. Rassismus beschreibt jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die die Abwertung von Gruppenangehörigen fremder Herkunft auf „Grundlage einer biologistisch konstruierten ‚natürlichen‘ Höherwertigkeit der Eigengruppen vornehmen“.¹¹⁶ Zum Syndromelement Rassismus zählt nach Ansicht der GMF-Forschung zum Beispiel die von 10,6 Prozent der Befragten im Jahr 2018 vertretene Auffassung, Weiße seien zu Recht führend in der Welt (2016: 13,3 Prozent; 2014: 12,1 Prozent). Der Aussage, Aussiedler*innen sollten bessergestellt werden als Ausländer*innen, da sie deutscher Abstammung seien, schlossen sich 20,9 Prozent der Befragten an (2014: 20,5 Prozent).¹¹⁷
2. „Antisemitismus“: Der traditionelle Antisemitismus beschreibt feindselige Mentalitäten gegenüber Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft. Ihnen werden bedrohliche Absichten, wie „Verschwörung und Ausbeutung“ unterstellt.¹¹⁸ Im Verlauf der GMF-Forschung gewannen mehr und mehr transformierte, subtilere Facetten des Antisemitismus an Bedeutung.¹¹⁹ Antisemitische Einstellungen werden über Umwege kommuniziert, etwa wenn mit vermeintlich jüdischen Stereotypen und unsachgemäßen historischen Vergleichen zum NS-Regime der Staat Israel kritisiert oder auf den Holocaust referiert wird. Der traditionelle Antisemitismus hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Klassisch antisemitische Stereo-

112 Heitmeyer (2002): 20.

113 Vgl. Heitmeyer (2011: 10; 2012: 17), IKG (2006: 4; 2009: 2f.).

114 Heitmeyer (2012): 17, 68f., 183f., vgl. auch Zick/Klein (2014): 81.

115 Eickhof (2010): 27.

116 Zick/Küpper/Krause (2016): 44f.

117 Zick/Küpper/Berghan (2019): 66, Zick/Küpper/Krause (2016): 44f., Zick/Klein (2014): 63.

118 Zick/Küpper/Krause (2016): 44f., Zick/Klein (2014): 63, vgl. auch Heitmeyer (2002): 20.

119 Vgl. Küpper/Zick (2009).

type vertraten im Jahr 2018 noch 8,1 Prozent der Deutschen, indem sie der Aussage zustimmten: „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ (2014: 13,7 Prozent).¹²⁰ 7,5 Prozent (2014 10,4 Prozent) stimmten der Aussage zu: „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig.“ Höher ist dagegen der israelbezogene Antisemitismus. 26,6 Prozent (2014: 27,9 Prozent; zuvor nicht erfasst) der Deutschen stimmten im Jahr 2018 der Aussage zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ 39,4 Prozent (2014: 39,9 Prozent) meinten im Jahr 2018: „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.“¹²¹

3. „Fremdenfeindlichkeit“: Das Element beschreibt feindselige Haltungen gegenüber Personen und Gruppen, die im Vergleich zu den vertrauten Lebensumständen aufgrund ihrer Herkunft, Nationalität, Religion, Hautfarbe oder weil sie später hinzugezogen sind als fremd und daher von der Mehrheitsgesellschaft bedrohlich empfunden werden. Hierbei geht es um die (subjektive) Wahrnehmung von Konkurrenz um knappe Ressourcen (Arbeitsplätze, Wohnraum, Bildung) und eine als bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz (etwa in Werten und Lebensweisen).¹²² Weil Fremdenfeindlichkeit auf Gruppen abzielt, die nicht klassisch mit dem Begriff Ausländer*in bezeichnet werden können, wurde die Bezeichnung Ausländerfeindlichkeit zunehmend abgelöst. Fremdenfeindlichkeit als kulturelle und materielle Konkurrenz ist eng mit aktuellen Diskussionen zu den Migrationsbewegungen verbunden. Sie hängt im besonderen Maß von ökonomischen Rahmenbedingungen und daraus erwachsenden Verunsicherungen und Verteilungsängsten der Mehrheitsgesellschaft ab.¹²³ 2018 stimmten 35 Prozent (2014: 37,1 Prozent) der befragten Deutschen der Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Der Forderung, Ausländer*innen in ihre Heimat zurückzuschicken, wenn die Arbeitsplätze knapp werden, stimmten 2018 18,7 Prozent zu (2014: 18,2 Prozent).¹²⁴
4. „Islamfeindlichkeit“: Das Element beschreibt die Ablehnung von Muslimen*as, ihrer Kultur und ihrer öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten.¹²⁵ Sie äußert sich unter anderem in einer generellen Ablehnung gegenüber vermeintlich Religionszugehörigen und deren religiösen Symbolen.¹²⁶ Die Feindseligkeit besteht unabhängig davon, ob die Betroffenen religiös sind oder welcher Glaubensausrichtung sie angehören. In islamfeindlichen Einstellungen vermischen sich religiöse, kulturalistische, rassistische und sozioökonomische Argumentationsmuster. Die GMF-Forschung misst seit Jahren hohe Zustimmungswerte zu negativen Einstellungen gegenüber dem Islam und Muslimen*as. Das Syndromelement wird seit 2003 anhand verschiedener Aussagen erfasst, etwa der wahrgenommenen Überfremdung

120 Zick/Küpper/Berghan (2019): 71, Zick/Klein (2014): 68.

121 Ebd.: 70.

122 Vgl. Heitmeyer (2002): 20, Zick/Klein (2014): 63.

123 Vgl. Heitmeyer (2002): 21.

124 Zick/Küpper/Berghan (2019): 71, vgl. Zick/Klein (2014): 68.

125 Vgl. Zick/Klein (2014): 64.

126 Vgl. Leibold/Kühnel (2008): 95.

durch Muslime*as (2014 stimmten 31,5 Prozent zu, 2018 34,9 Prozent) oder der Forderung eines Zuwanderungsverbots für Muslime*as (2014: 18,2 Prozent; 2018: 17,6 Prozent).¹²⁷ Negative Einstellungen gegenüber Muslimen*as verstärkten sich ab 2010 besonders mit der öffentlichen Debatte um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“¹²⁸ und ab 2014 mit der Aufnahme von deutlich mehr Geflüchteten aus muslimischen Ländern. Die GMF-Forschung geht davon aus, dass Islamfeindlichkeit ein „zentraler Bestandteil rechtsextremer und -populistischer Orientierungen“ ist.¹²⁹ Durch die muslimfeindlich-rassistische Bewegung PEGIDA und die Rechtsradikalisierung der AfD¹³⁰ befeuert, nahmen auch gewalttätige Angriffe auf Muslime*as und muslimische Einrichtungen zu: Im Jahr 2017 gab es in Deutschland mindestens 950 Angriffe mit insgesamt 33 Verletzten.¹³¹

5. „Sexismus“: Das Element beschreibt eine angenommene Überlegenheit des Mannes und eine traditionelle Rollenverteilung im familiären und beruflichen Umfeld zulasten der Gleichberechtigung von Frauen. In der GMF-Forschung ist es ein Sonderfall, da es sich nicht wie bei den anderen Elementen um Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber einer zahlenmäßigen Minderheit handelt. Wie beim Rassismus oder Antisemitismus tritt Sexismus nicht nur in seiner klassischen Variante auf, sondern in vielen subtilen Formen. Dazu gehört die Leugnung bestehender Ungleichheiten und struktureller Benachteiligungen von Frauen und die Überbetonung individueller Chancen.¹³² Der klassische Sexismus ist seit 2002 rückgängig. Die Rückverweisung der Frau in die Rolle als Ehefrau und Mutter hat von 29 Prozent (2002) auf 12,1 Prozent (2018) abgenommen. Die Forderung, als Karrierehelferin des Mannes zu fungieren und eigene Ambitionen zurückzustellen, sank von knapp 19 Prozent (2002) auf 8,5 Prozent (2018).¹³³
6. „Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen“: Dieser Begriff wurde bei der Einführung des GMF-Forschungsprojekts im Jahr 2002 noch im Sammelbegriff Heterophobie erfasst und thematisiert feindselige Einstellungen gegenüber Menschen mit homosexueller Identität. Aufgrund eines von der heterosexuellen Norm abweichenden Verhaltens und Auftretens in der Öffentlichkeit wird die Zubilligung gleicher Rechte verweigert. Das Ausmaß abwertender Einstellungen gegenüber Homosexuellen ist seit 2002 rückläufig. 2018 empfanden es noch 14,8 Prozent (2014: 20,3 Prozent; 2005: 35 Prozent; zuvor nicht erfasst) als „ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“. Im Jahr 2018 verurteilten 6,6 Prozent der Befragten (2014: 11,6 Prozent ; 2011: 16 Prozent) Homosexualität als unmoralisch.¹³⁴
7. „Etabliertenvorrechte“: Dieses Element umfasst die von Alteingessenen postulierte räumliche und zeitliche Vorrangstellung gegenüber später zuge-

127 Zick/Klein (2014): 67, Zick/Küpper/Berghan (2019): 67.

128 Heitmeyer (2012): 178.

129 Zick/Küpper/Hövermann (2011): 30, 46ff., vgl. auch Decker/Kiess/Brähler (2015): 57.

130 Vgl. BMB (2017): 4ff.

131 Deutscher Bundestag (2018a).

132 Vgl. Heitmeyer (2002): 20f., Zick/Küpper (2014): 64.

133 Vgl. Heitmeyer (2002): 20f., Zick/Küpper/Berghan (2019): 73.

134 Vgl. Zick/Küpper/Berghan (2019): 73., Zick/Klein (2014): 68, Heitmeyer (2011): 7.

- zogenen Gruppen.¹³⁵ Es zielt auf eine vermeintliche Höherwertigkeit etablierter Gruppen und ihrer Definition dessen, was richtig und falsch ist, und beschneidet die Gestaltungsmacht von Gruppen, die sich einer vorherrschenden Definition (noch) nicht angepasst haben. Die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten stieg in den letzten drei Jahren sprunghaft. 2018 stimmten 37,5 Prozent der Befragten der Aussage zu, Alteingesessenen sollten mehr Rechte zustehen als Hinzukommenden. Hinsichtlich der Verteilung von Gütern gaben im Jahr 2018 65,3 Prozent an (2014: 60,8 Prozent), dass sich Neuhinzugezogene mit weniger zufriedengeben sollten.¹³⁶
8. „Abwertung von Menschen mit Behinderung“: Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung werden als von einer Normalität abweichend betrachtet. Dazu gehört die unterstellte zu große Unterstützung dieser Gruppe, die nicht als Persönlichkeiten mit eigenen Begabungen und Fähigkeiten, sondern als überflüssiger Kostenfaktor gesehen werden. Die in der GMF-Langzeitstudie gemessene Abwertung gegenüber Menschen mit Behinderung ist seit Jahren rückläufig. Nur gut 3,2 Prozent plädierten 2018 für Restriktionen der Förderung (2014: 4 Prozent).¹³⁷
 9. „Abwertung von Obdachlosen“: Mit dieser Abwertung werden Menschen stigmatisiert, die den Vorstellungen eines geregelten Lebens nicht entsprechen. Die Abwertung wohnungsloser Menschen ist seit 2002 nahezu unverändert. In der Stadtbevölkerung ist sie stärker verbreitet als auf dem Land. Die GMF-Forschung zeigt seit einigen Jahren starke wohlstandschauvinistische Deutungen. Der Einfluss ökonomistischer Wertmaßstäbe von Kosten und Nutzen, Effizienz und ein überbordender Individualismus ist im zwischenmenschlichen Bereich hoch.¹³⁸ Im Jahr 2018 waren 24,4 Prozent (2014: 30,7 Prozent) der Deutschen der Ansicht, „bettelnde Obdachlose [sollten] aus den Fußgängerzonen“ entfernt werden.¹³⁹ 11,7 Prozent (2014: 20,9 Prozent) teilten die Unterstellung, die meisten Obdachlosen seien „arbeitscheu“.¹⁴⁰
 10. „Abwertung von Langzeitarbeitslosen“: Langzeitarbeitslose gelten in dieser Kategorie als weniger nützlich für die Gesellschaft und werden daher abgewertet. Ihnen wird unterstellt, Sozialleistungen zu erschleichen, nicht motiviert genug zu sein, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen.¹⁴¹ Dieses Syndromelement wurde in Reaktion auf gesellschaftliche Trends nach den neoliberalen Sozial- und Arbeitsmarktformen der rot-grünen Agenda-2010-Politik im Jahr 2007 neu in die GMF-Forschung aufgenommen. Im Forschungsverlauf blieb die negative Einstellung gegenüber langzeitarbeitslosen Menschen unverändert hoch: Im Jahr 2018 fanden es 63,8 Prozent (2014: 61,8 Prozent) empörend, dass „sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben“ machten. 50,6 Prozent der

135 Vgl. Heitmeyer (2002): 20.

136 Vgl. Zick/Küpper/Berghan (2019): 75, Zick/Klein (2014): 67.

137 Ebd.

138 Zick/Klein (2014): 19, 103ff.

139 Ebd.: 67.

140 Vgl. Zick/Küpper/Berghan (2019): 75, Zick/Klein (2014): 67.

141 Vgl. Zick/Klein (2014): 64f.

Befragten (2014: 44,8 Prozent) unterstellten Langzeitarbeitslosen, „nicht wirklich daran interessiert“ zu sein, „einen Job zu finden“.¹⁴² Das Phänomen „marktkonformer Extremismus“¹⁴³ wird in der Summe der GMF-Elemente Abwertung von Obdachlosen und Menschen mit Behinderung, Feindseligkeit gegenüber Langzeitarbeitslosen und Etabliertenvorrechten besonders deutlich.

11. „Abwertung von Asylsuchenden“: Dieser Begriff erfasst Vorstellungen von Illegitimität mit diskriminierender Verhaltensabsicht bezüglich Asylsuchenden. Dieses Syndromelement wurde aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen und der öffentlichen Debatten zu Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2011 neu in die GMF-Forschung aufgenommen.¹⁴⁴ Sie gewann durch die anfangs liberale Flüchtlingspolitik unter Angela Merkel in den Jahren 2014/2015 Brisanz, denn seitdem die Bundesregierung ab 2016 eine weitaus restriktivere Flüchtlingspolitik unterhält, erscheint auch die Feindseligkeit gegenüber Asylsuchenden staatlich legitimiert.¹⁴⁵ Da die Vorurteile eine heterogene Gruppe betreffen, wird zudem eine starke Verallgemeinerung begünstigt: Der Vorwurf der Immigration allein aus wirtschaftlichen Gründen, also ohne Schutzstatus aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention und des deutschen Asylrechtes, wird an die gesamte Gruppe vermeintlicher Immigrant*innen gerichtet. Menschen, die selbst keinen persönlichen Kontakt und keine Erfahrung mit Geflüchteten und Migrant*innen haben, stimmen Diskriminierungshandlungen eher zu. Ein großes Problem ist die gesonderte Unterbringung von Asylsuchenden, da Menschen, die an bestimmten Orten konzentriert untergebracht werden, besonders schutzlos sind. Im Jahr 2018 stimmten 44,2 Prozent (2016: 41 Prozent, 2014: 24,1 Prozent) der Aussage zu: „Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht wirklich verfolgt.“
12. „Feindseligkeit gegenüber Sinti und Roma“ (Antiziganismus): Dieses Element wurde aufgrund der schwierigen Lage von Sinti und Roma in Europa im Jahr 2011 neu in die GMF-Forschung aufgenommen. Antiziganismus (der Begriff hat sich in Wissenschaft und Praxis in Anlehnung an den Begriff Antisemitismus¹⁴⁶ durchgesetzt) beschreibt negative Stereotype und Vorurteile gegenüber als „Zigeuner*innen“ stereotypisierten Menschen.¹⁴⁷ Im Unterschied zum Antisemitismus ist er bis heute in allen Schichten und Milieus gesellschaftsfähig und so virulent, dass viele Sinti und Roma aus Furcht ihre

142 Vgl. Zick/Küpper/Berghan (2019): 75, Zick/Klein (2014): 67.

143 Zick/Klein (2014): 19.

144 Vgl. Heitmeyer (2012): 66.

145 Durch die sogenannten Asylverfahrensbeschleunigungsgesetze I–III wurden durch Beschluss der Mehrheit des Deutschen Bundestages immer mehr Staaten zu sogenannten sicheren Herkunftsländern und die Leistungen, auf die Asylsuchende Anspruch haben, wurden immer weiter eingeschränkt, vgl. Pro Asyl (2015). Mit sogenannten Ankerzentren und deutlichen Einschränkungen für die Einreise traten im Jahr 2018 weitere Verschärfungen ein, vgl. Pro Asyl (2018).

146 Wippermann (2005a): 2.

147 Betroffen sind zumeist Romnija/Roma, Sintezze/Sinti und Jenische, vgl. End (2009): 5.

Identität verleugnen. Der Aussage „Ich hätte ein Problem damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten“ stimmten im Jahr 2018 28,6 Prozent der Befragten zu. Dass „Sinti und Roma zu Kriminalität“ neigen würden, beantworteten 2018 36,7 Prozent (2014: 38,3 Prozent) mit Ja.¹⁴⁸ Damit werden Sinti und Roma in fast allen europäischen Ländern als unerwünschte Zugewanderte betrachtet¹⁴⁹ und sind mit Abstand am unbeliebtesten, gefolgt von Asylsuchenden und Muslim*as.

1.2.3 *Innere Zusammenhänge im Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*

Menschen teilen ihre soziokulturelle Umwelt in Kategorien wie Fremdgruppen und Eigengruppe ein. Das sind automatische Prozesse der menschlichen Psyche und helfen, die Komplexität der Lebenswelt zu bewältigen. Hierbei sind gesellschaftspolitische Diskurse und deren mediale Verarbeitung von Bedeutung, denn diese steuern unsere Aufmerksamkeit auf spezifische Merkmale einer Gruppe, wie „Ausländer“, „Muslim“, „homosexuell“ oder „Behinderung“.¹⁵⁰ Auf Grundlage dieser kategorisierenden Gruppenmerkmale können Menschen einer Fremdgruppe generalisierende Stereotype zugeteilt werden. Solche Stereotype sind häufig – wie bei abwertenden Haltungen gegenüber Muslimen*as, Sinti und Roma oder Juden und Jüdinnen – kulturell über lange Zeiträume gewachsen und resistent. Jedoch können Menschen durch Bildungs- und Sozialisierungseffekte solche Stereotype revidieren. „Mit der Stereotypisierung von anderen geht auch eine Selbststereotypisierung einher: In dem Maße, in dem wir andere abgrenzen, weisen wir uns selbst stereotype Eigenschaften der Eigengruppe zu.“¹⁵¹ Dieser Zuschreibung folgt die Bewertung oder affektive Aufladung der Gruppen. Aufgrund der psychischen Tendenz, eine positive soziale Identität und den eigenen Selbstwert erhalten zu wollen, bewerten Menschen Eigengruppen meist positiv und werten im Gegenzug Fremdgruppen ab. Indem Fremdgruppen ausgegrenzt und abgewertet werden, kann darüber hinaus der Zusammenhalt der Eigengruppe gestärkt werden. Abwertung und Feindseligkeit richten sich dabei nicht vordergründig gegen einzelne Personen, sondern gegen Individuen als Repräsentant*innen einer bestimmten, mit Vorurteilen und feindseligen Haltungen belegten Gruppe.¹⁵²

So entstandene Vorurteile und Gruppenidentitäten legitimieren Diskriminierung und Ausgrenzung bis hin zu Gewalt. Sie verweisen auf eine vermeintliche natürliche Ordnung („biologische Unterschiede“ oder „typische Charaktereigenschaften“), die bestimmten Gruppen angeblich über- oder untergeord-

148 Vgl. Zick/Küpper/Berghan (2019): 73, Zick/Klein (2014): 67.

149 Zick/Küpper/Hövermann zitiert in Heitmeyer (2012): 66.

150 Vgl.: Zick/Küpper/Hövermann (2011): 33.

151 Ebd.: 34.

152 Heitmeyer (2005): 6.

nete Positionen im sozialen Feld zuweisen.¹⁵³ Die aktuell untersuchten zwölf Fremdgruppen als GMF-Elemente werden im Wesenskern ebenso wie die ursprünglich im Jahr 2002 untersuchten sechs Gruppen von einer Ungleichwertigkeitsvorstellung von Menschen getragen. Bereits zu Beginn der GMF-Forschung war festgestellt worden, dass es sich in der Summe der einzelnen miteinander in Zusammenhang stehenden Elemente um ein Syndrom handelt.¹⁵⁴ Dabei wird die Abwertung einer Minderheit dann Syndrom, „wenn die Ansicht konsensfähig wird, eine [Gruppe] weiche von Werten und Normen ab, sei biologisch und sozial minderwertig [...] ‚anders‘ oder ‚fremd‘“.¹⁵⁵ Als Kernelemente des Syndroms werden Etabliertenvorrechte, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Abwertung von Asylsuchenden gesehen, während die Abwertung von Menschen mit Behinderung, Sexismus und Homophobie eher locker mit dem Syndrom verbunden scheinen.¹⁵⁶ Somit ist es sehr wahrscheinlich, dass eine Person zugleich feindlich gegenüber Muslimen*as, Asylsuchenden und Fremden eingestellt ist und Etabliertenvorrechte vertritt. Obwohl die Wahrscheinlichkeit signifikant größer ist, muss die gleiche Person jedoch nicht sexistisch, homophob oder behindertenfeindlich eingestellt sein.¹⁵⁷ Abwertendes Handeln gegenüber Minderheiten oder (im Fall von Sexismus) einer deutungsmächtigen Minderheit gegenüber der Mehrheit ist eine soziokulturelle Praxis aller Schichten und Milieus, nicht nur offen rassistischer oder neonazistischer Gruppen. Die Schwächung statusniedriger Gruppen oder ihre ökonomische Verarmung und schließlich die Zuweisung subdominanter Statuspositionen werden durch die im GMF-Syndrom zentral gestellte Ideologie der Ungleichwertigkeit erzeugt und zugleich legitimiert. Dabei wird Ungleichwertigkeit durch sozioökonomische Traditionen und entsprechende gesellschaftliche Entwicklungen verstärkt oder abgeschwächt. Das GMF-Konzept bietet die große Chance, die dahinterliegenden Strategien und Mechanismen in den Blick zu nehmen.

1.2.4 Forschungsergebnisse zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen

Nach dem erläuterten Forschungsdesign wurden im Jahr 2011 im Land Sachsen GMF-Daten und seit 2016 jährlich mit ähnlichem Forschungsdesign¹⁵⁸ der sogenannte Sachsen-Monitor erhoben. Die jeweiligen Datensätze enthalten

153 Zick/Küpper/Hövermann (2011): 41.

154 Heitmeyer (2012): 21.

155 Ebd.: 65.

156 Ebd.: 69.

157 Ebd.

158 Dimap (2017): 32.

stets mehr als 1.000 Interviews.¹⁵⁹ Diese Analysen zeigen die höchsten Messwerte aller Bundesländer bei den Syndromelementen Fremdenfeindlichkeit (56 Prozent), Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen (36 Prozent), Feindlichkeit gegenüber Muslimen*as (62 Prozent) und Nationalismus (62 Prozent).¹⁶⁰ Dennoch ist Sachsen kein Ausnahmefall. Fast alle Werte entsprechen dem ostdeutschen Mittel, welches meist deutlich höher ist als das westdeutsche. Eine Ausnahme bildet die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, die mit 43 Prozent deutlich niedriger ausfällt als im Westen. Die in Tabelle 2 dargestellten Zustimmungssanteile wurden aus den kumulierten, jährlichen Erhebungen des GMF-Projektes berechnet und geben einen guten Gesamtüberblick, obwohl die Werte nicht mehr ganz aktuell sind.¹⁶¹ Der Trendverlauf zeigt, dass die Zustimmung zu islam- und fremdenfeindlichen Positionen über den gesamten Beobachtungszeitraum in Sachsen bei vergleichsweise geringem Migrationsanteil am ausgeprägtesten ist. Der Einfluss von PEGIDA und AfD auf diese Tendenzen in der sächsischen Gesamtbevölkerung wird durch den seit 2016 jährlich erhobenen Sachsen-Monitor nachgewiesen.

2002–2012	Sachsen (in %)	Westdeutschland (in %)	Ostdeutschland (in %)
Fremdenfeindlichkeit	46,5	32,2	46,0
Rassismus	13,0	10,5	12,6
Antisemitismus	10,6	11,5	10,4
Islamfeindlichkeit	28,9	23,9	30,1
Abw. Langzeitarbeitslose	45,0	49,4	48,4

Tabelle 2: GMF-Werte in Sachsen

1.2.5 Reproduktion menschenfeindlicher Einstellungen und Unterbrechungsmöglichkeiten

Sollen Ursachen, Erscheinungsformen und Konsequenzen menschenfeindlicher Einstellungen sowie Perspektiven zu deren präventiver Bearbeitung dargestellt werden, ist die analytische Beschreibung komplexer Zusammenhänge nötig. Hierfür wurde von der GMF-Forschung, insbesondere von Heitmeyer 2007 eine prozessual-systemische Denkfigur zur Reproduktion und Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas vorgeschlagen. Diese Denkfigur ist für die in dieser Arbeit zu evaluierende GWA-Praxis geeignet, die vielfältigen Bedingungen für die Reproduktion und Stabilisierung menschenfeindlicher Ein-

159 Vgl. IKG (2016: 10; 2012: 2), Dimap (2017): 6f.

160 IKG (2012a): 2, Dimap (2017): 32.

161 Das Projekt wurde gefördert von einem Stiftungskonsortium unter Federführung der Volkswagen-Stiftung, Freudenberg Stiftung und Marga und Kurt Möllgaard Stiftung.

stellungen und Handlungen zu erkennen und sozialräumliche Interventionen für deren Prävention zu beschreiben.¹⁶² Das Modell differenziert sechs relevante Strukturelemente, (in Abbildung 4 grau unterlegt dargestellte Akteursgruppen mit identifizierbaren Handlungsweisen):

- a) politische und ökonomische Eliten (treffen folgenreiche Entscheidungen für die sozioökonomische und politische Entwicklung der Gesellschaft, z. B. Agenda 2010 oder Verschärfung der Asylgesetzgebung)
- b) Medien (Aufgreifen, Vervielfältigen und Zuspitzen von Stimmungen, Produktion von Bildern zur gesellschaftlichen Situation und dem Verhalten einzelner Gruppen, z. B. skandalisierende Berichterstattung zu „Armutsmigration“ von Sinti und Roma – Beispiele gelingender Integration interessieren kaum)
- c) ältere Menschen (tragen politisch-soziokulturelle Verantwortung im Gemeinwesen, sind relevant für Sozialisationsprozesse, Identitätsbildung, Anerkennung und Geborgenheit und Beeinflussung von Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher)
- d) Jugendliche (als Peergroup, Sozialisationsinstanz und haltungsbildend für Heranwachsende, gleichzeitig selbst Akteur für Befürwortung oder Ablehnung von Ausgrenzung und mitunter neonazistische Handlungen)
- e) organisierte extrem rechte Akteure (Bindungs- und Mobilisierungspotenziale für Jugendliche und Erwachsene, Anerkennungspotenziale und Sozialisationsinstanz)¹⁶³

Ein GWA-Konzept, das die Zurückdrängung feindseliger Haltungen gegenüber Minderheiten in konkreten Sozialräumen zum Ziel hat, muss sich mit diesen Akteursgruppen (Strukturelemente) sowie weiteren acht Interaktionskategorien (Prozesselemente) befassen:

1. *Desintegration.* Die Folgen sozioökonomischer und politischer Entscheidungen bewirken eine größer werdende soziale Spaltung der Gesellschaft, einen Anstieg von Desintegrationsängsten und eine „dramatische Veränderung von Integrationsqualität“.¹⁶⁴ Solche Prozesse sind besonders in Regionen relevant, deren sozioökonomische Entwicklung negativ ist, die also von Abwanderung, hoher Arbeitslosigkeit, Abstiegsängsten, geringeren Zukunftsperspektiven und wahrgenommener politischer Machtlosigkeit geprägt sind. Hier sind die ländlichen Regionen Ostdeutschlands überdurchschnittlich problematisch.
2. *Identitätskampagnen.* Werden solche Desintegrationsprozesse populistisch mit Identitätskampagnen und Patriotismusaufrufen kompensiert, verstärkt das die kollektive Selbstbezogenheit und -überhöhung der eigenen Gruppe, die mit einer Abwertung von Fremdgruppen einhergeht. Infolgedessen können bereits latent vorhandene chauvinistische und abwertende Haltungen in der Bevölkerung wie Etabliertenvorrechte und Fremdenfeindlichkeit zuneh-

162 Heitmeyer (2007): 13.

163 Vgl. Heitmeyer (2007): 284.

164 Vgl. ebd.: 285.

- men. Dresdner Forscher machten einen „ethnokulturellen Zentrismus“ und „sächsischen Chauvinismus“ als ursächlich für die besondere Stärke von PEGIDA in Sachsen aus.¹⁶⁵
3. *Populistisches Aufgreifen von Stimmungen.* Solche Kampagnen spiegeln die politische Kultur führender Eliten wider und können von Teilen der Bevölkerung gegenüber schwachen Gruppen rechtspopulistisch aufgeladen werden.
 4. *Vervielfältigen und Zuspitzen von Themen.* Medien wie Fernsehen und Zeitungen tragen durch Vereinfachung und falsche Zuspitzungen zu einer Verschärfung der Abwertung bei. Sie setzen auf ikonografische Bilder von Skinheads, statt auf die Diversifizierung und Modernisierung neonazistischer oder neurechter Akteure einzugehen und verhindern durch moralisierende oder skandalisierende Talkformate eine selbstkritische Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus und Rechtspopulismus.¹⁶⁶
 5. *Normalisierung von Abwertung und Ausgrenzung.* Lebensweltliche Gelegenheitsstrukturen wie Arbeitsplatz, Verein, Kirche, Kneipe oder Familienfeste sind im Kampf um Deutungshoheit und Normalisierung menschenfeindlicher Einstellungen besonders relevant. Die Kommunikationswissenschaft diskutiert diese Räume in der Theorie der Schweigespirale, der zufolge Personen abwertende Haltungen vehementer vertreten, wenn sie sich im Einklang mit der vorherrschenden Meinung wähnen.¹⁶⁷
 6. *Intergenerationelle Sozialisation.* Abwertende Haltungen sind in allen Bevölkerungs- und Altersgruppen vorhanden. Zwischen den Altersgruppen besteht ein Komplementärverhältnis, in dem Ältere der empirischen Forschung zufolge höhere Abwertungstendenzen und stärker gewaltbilligende Einstellungen aufweisen, während jüngere eher zu Gewaltbereitschaft neigen. Je autoritärer und homogener die eigene Bezugsgruppe ist, desto eher werden abwertende Tendenzen intergenerationell weitergegeben. Dies ist besonders im ländlichen Raum bedeutsam, weil dort der Konformitätsdruck besonders hoch ist, also der soziale Druck, sich vorherrschenden Deutungen und Verhaltensmustern unter- oder einzuordnen.
 7. *Organisationsangebote und Anerkennungspotenzial (Attraktivitätsprobleme).* Abstiegsängste, geringe Zukunftsperspektiven und wahrgenommene politische Machtlosigkeit werden von organisierten neonazistischen oder mehrheitlich alltagsrassistischen Gelegenheitsstrukturen durch Selbstaufwertung und gleichzeitige aggressive Abwertung vorzugsweise schwächerer Gruppen kompensiert. Stellen Abwertungs- und Aggressionsmechanismen bei der intergenerationellen Interaktion und Sozialisation ein Komplementärverhältnis dar, sind sie in der Kommunikation zwischen Jugendgruppen und subkulturellen Neonazis als Austausch zu verstehen. Das funktionale Äquivalent für fehlende Anerkennung und Perspektive ist die eigene Machtdemonstration und Aufwertung zuungunsten einer schwächeren Gruppe.

165 Vorländer/Herold/Schäller (2016): 144.

166 Vgl. Heitmeyer (2007): 287.

167 Vgl. Ebd.

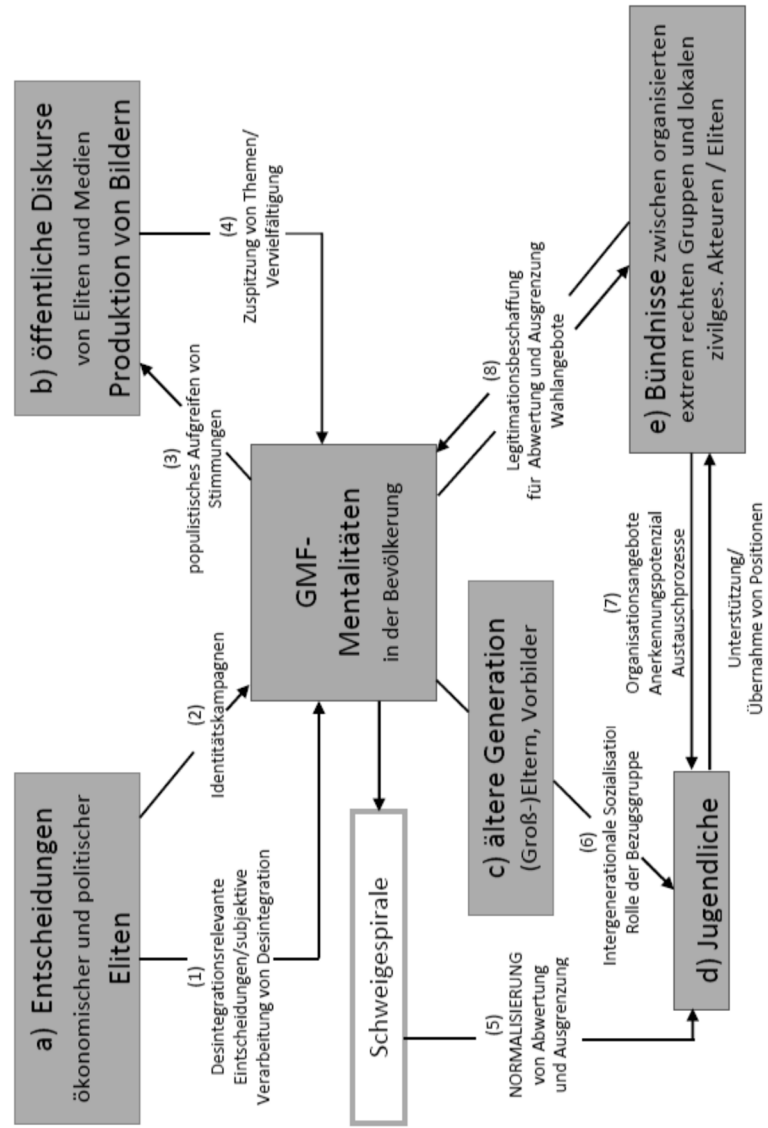


Abbildung 4: Prozessual-systemische Denkfigur GMF-Reproduktion, Quelle: Heitmeyer (2007): 283

8. *Legitimationsbeschaffung für Abwertung und Ausgrenzung (Legitimationsprobleme)*. Weil aggressive Abwertungs- und Ausgrenzungsszenarien vielerorts zum gesellschaftlichen Alltag gehören, ist es besonders in ländlichen Sozialräumen mit hohem Konformitätsdruck ein Zeichen großen Mutes, sich diesen alltäglichen Mechanismen zu entziehen und andere Haltungen öffentlich zu leben. Häufig jedoch übernehmen Jugendliche als Gegenleistung für Anerkennung und Aufwertung durch die Neonazis deren aggressives Abwertungsverhalten. Wo neonazistische Gruppierungen oder eine rassistische Alltagskultur anerkannt und somit gesellschaftliche Normalität sind, laufen staatliche Repressionsstrategien ins Leere.

Abbildung 4 zeigt die heuristisch angenommenen Interdependenzen der acht Prozesselemente und ihre sich gegenseitig verstärkenden Einflüsse auf die als Strukturelemente identifizierten Akteursgruppen. Als Folge dieses sich gegenseitig verstärkenden Prozesses stabilisieren sich auch GMF und parallel dazu wird dies immer stärker verdrängt (Schweigespирale) und extrem rechte Akteure können sich immer mehr verankern.

1.3 Sozialraumbezug in der Forschung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit: Projekt Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort

Das IKG leitete in den Jahren 2008 bis 2010 in sechs ostdeutschen und drei westdeutschen Kommunen das Projekt Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort (SoRA-ZO). Es übertrug GMF-Konzept und Reproduktionsmodell auf den Sozialraum mit dem Ziel, eine Grundlage für selbstreflexive und demokratisierende Effekte zu schaffen.¹⁶⁸ Ein Sozialraum, in dem eines der beiden in dieser Arbeit analysierten GWA-Projekte stattfand war auch Gegenstand einer SoRA-ZO-Analyse. Dessen Projektdesign lag die Annahme zugrunde, dass die unmittelbare Lebenswelt der Menschen besonderen Einfluss auf Meinungen und Erfahrungen ausübt und damit mögliche abwertende Einstellungen gegenüber Minderheiten prägt.¹⁶⁹ Ziel des Projekts war es, die Bedeutung der Struktur von Städten, Gemeinden und Stadtvierteln für die Entstehung von GMF empirisch zu untersuchen. Die weite Verbreitung menschenverachtenden Denkens im Gemeinwesen bilde zudem, so die Forschungshypothese, eine Legitimationsgrundlage für die Aktivitäten neonazistischer Gruppierungen und sichere deren gesellschaftliche Anschlussfähigkeit.

168 Vgl. Marth/Grau/Legge (2010): 61.

169 In der ersten Erhebungsrunde wurden Befragungen in fünf ostdeutschen Kommunen durchgeführt, darunter im hier näher beschriebenen Mittelstätt.

Gesamtgesellschaftliche Prozesse

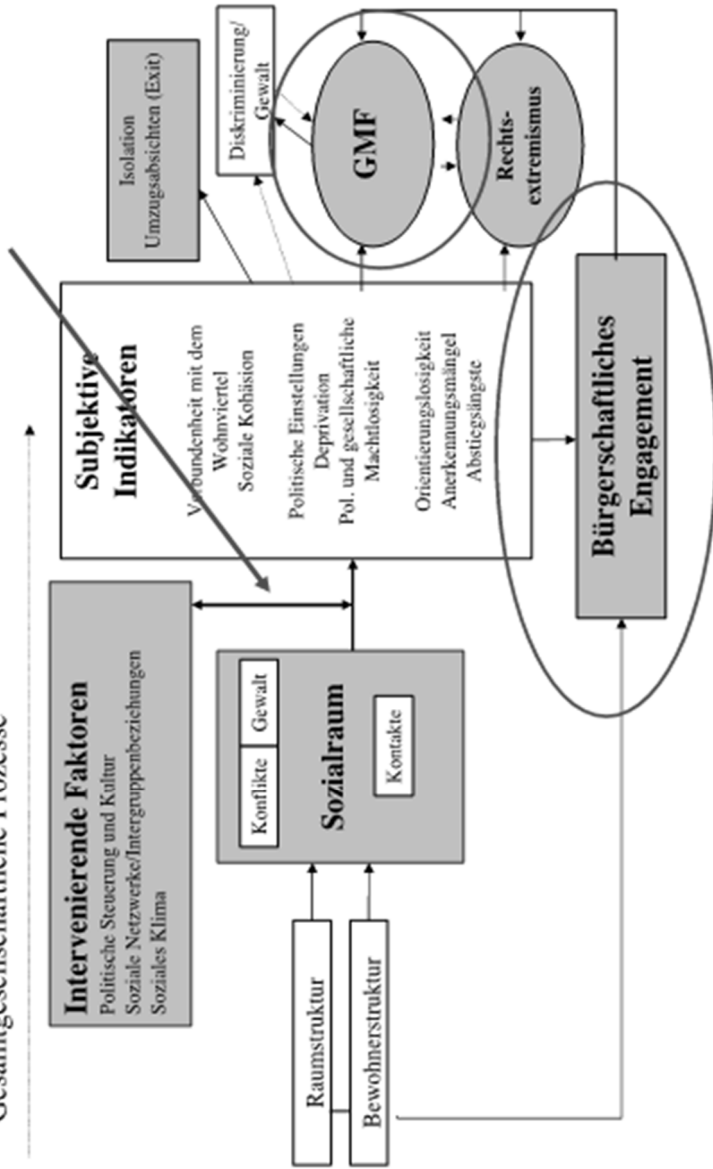


Abbildung 5: SoRA-ZO-Denkfigur; Quelle: IKG (2008); unveröffentlichte Projektbeschreibung

Zentrale Kategorie von SoRA-ZO war die politische Kultur im analysierten Gemeinwesen. Um diese genauer zu beschreiben, wurde über den bereits erläuterten grundlegenden Einflussfaktor der Desintegration als reale oder drohende Erfahrung hinaus gefühlte politische Machtlosigkeit als Einflussgröße auf das ebenfalls gemessene bürgerschaftliche Engagement (untere Kreismarkierung in Abbildung 5) begriffen. GMF - ebenfalls von (gefühlter) politischer Machtlosigkeit beeinflusst verstanden (lokale Ausprägung feindseliger Mentalitäten in der Bevölkerung, in Form von Diskriminierung und Gewaltaffinität [im rechten Teil von Abbildung 5 eingerahmt hervorgehoben]) - wurde als Legitimationsgrundlage für „Rechtsextremismus“ (Haltungs- und Handlungsperspektive) gemessen.¹⁷⁰ Beide beeinflussen, so die Hypothese, sozialräumliche Aktivierungspotenziale.

Auf einer vertiefenden, sozialräumlichen Analyseebene stellte SoRA-ZO die Frage, welche Verbreitungsgrade GMF in spezifischen Gemeinwesen hat und wodurch sie sich erklären lässt. Dabei wurde dem Einfluss soziostruktureller Bedingungen wie Arbeitslosenquote, Infrastruktur, Vereinsstruktur etc. auf die Mentalitäten und Engagementpotenziale der lokalen Bevölkerung eine besondere Bedeutung zugesprochen. Diese würden letztlich die Einstellung gegenüber sozialen Minderheiten maßgeblich beeinflussen.¹⁷¹ Zweite und bis dato für die GMF-Forschung gänzlich neue Zielsetzung von SoRA-ZO war eine Fokussierung auf die Herstellung reflexiver Diskurse im Sozialraum, die zu verändertem Handeln und Interagieren (sozialer Wandel) führen sollten (interventionsnahe Zielsetzung). Damit verbunden war mit der empirischen Analyse von Engagementpotenzialen und (gefühlter) politischer Machtlosigkeit eine Fokussierung auf die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements im Sozialraum. Dem explizit als Aktionsforschung verstandenen SoRA-ZO legte das IKG-Forscherteam eine konkrete Erwartung zugrunde:

Je genauer Aussagen über die Qualität des Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen (gemessen am Ausmaß von GMF sowie dem Grad der Engagementbereitschaft vor Ort) im Sozialraum, mit dem sich die befragten Menschen identifizieren (Nachbarschaft, Wohnquartier, Gemeinde usw.), vorliegen, desto mehr Möglichkeiten für die Aktivierung bzw. Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement sind gegeben.¹⁷²

Da es kaum objektive Maßstäbe für eine Problembewertung in einzelnen Sozialräumen gibt, bleibt eine Bewertung zwangsläufig Teil der gesellschaftlichen Debatte und vom Sensibilisierungsgrad der Menschen vor Ort abhängig. Für den Erfolg des Projekts als interventionsgenerierende Praxisforschung war daher besonders die aktivierende Vermittlung der Forschungsergebnisse als Verbindungselement von Interesse: Wie kann die GMF-Analyse zu einer

170 Vgl. Marth/Grau/Legge (2010): 153.

171 Vgl.: IKG (2008): 1.

172 Ebd.

reflexiven öffentlichen Debatte im Sozialraum und zu einem stärkeren Engagement von Menschen führen, wenn „vornehmlich Ignoranz, Verdrängung oder Verlagerung“¹⁷³ anzutreffen sind. Dazu erschienen drei Problemebenen interessant: (1) Auf der individuellen Ebene wurde gefragt, wie subjektive Wahrnehmungen und Ängste so thematisiert werden können, dass sie zivilgesellschaftlich präventive Arbeit ermöglichen, nicht behindern (markierte Struktur- und Mentalitätsdaten in Abbildung 6). (2) Auf gesellschaftlicher Ebene stand eine „produktive Unruhe“ im Fokus: Wie kann die Reflexion von GMF im Gemeinwesen initiiert werden? Wie werden GMF-Themen sicht- und diskutierbar und wie können dadurch zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt und lokale Hinderungsfaktoren überwunden werden (markierte Vermittlung der SoRa-ZO-Ergebnisse in Abbildung 6)? (3) Ziel war die Etablierung einer Kultur der Anerkennung, also autopoetischer Integrationsprozesse, die es ermöglichen sollten, GMF durch selbst initiierte sozialräumliche Interventionen entgegenzuwirken (schwarzer Kreis in Abbildung 6 als Interventionsraum).

SoRa-ZO wollte diese drei Problemebenen mittels Übersetzungswerkstätten ansprechen. Der Schwerpunkt dabei lag auf der Vermittlung der Analyseergebnisse, die „in die Sprache der jeweiligen Institutionen vor Ort übersetzt“ und in „praxisrelevante Handlungs- und Interventionsstrategien“¹⁷⁴ formuliert wurden. Hierzu zählten die Planung gemeinsamer Aktivitäten mit lokalen Kooperationspartner*innen sowie Bürgerdiskussionen zu Interventions- und Debattiererfahrungen. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse im Sozialraum präsentiert – jeweils angepasst an lokale Rahmenbedingungen und Zielgruppen (Schüler*innen, Hausfrauen und -männer, Senior*innen, Medien etc.).¹⁷⁵ Ziel war es, die Kommunikationsprozesse vor Ort zu intensivieren und die aktive sozialräumliche Auseinandersetzung mit der GMF-Problematik zu fördern. Als gemeinwesenübergreifendes SoRa-ZO-Ergebnis wurde die zentrale Rolle politischer Akteure für die lebensweltliche politische Kultur hervorgehoben. Die Forschung hat gezeigt, dass politische Teilhabe auf lokaler Ebene mit geringerer Abwertung gegenüber Minderheiten einhergeht.¹⁷⁶ Somit können politische Akteure über die Gestaltung der politischen Kultur, etwa mit Beteiligungsmöglichkeiten für Bewohner*innen an zentralen Entscheidungen, starken Einfluss auf die Einstellungen und Bewertungen innerhalb der Bevölkerung nehmen. Ausschlaggebend für die Qualität des Zusammenlebens vor Ort seien nicht nur objektive sozioökonomische Rahmenbedingungen, sondern auch deren subjektive Bewertung und Interpretation durch die Bewohner*innen.

173 Ebd.

174 IKG (2008): 4.

175 Vgl. ebd.

176 Vgl. Marth/Grau/Legge (2010): 155f.

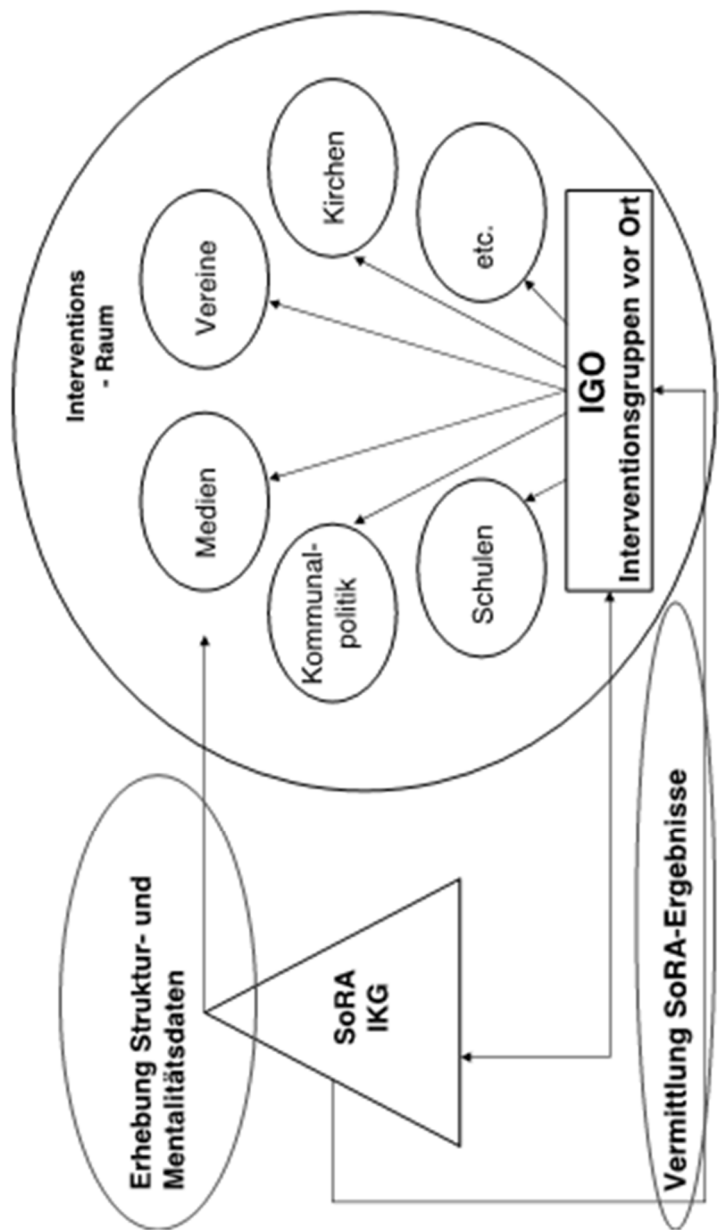


Abbildung 6: sozialraumnahe Intervention; Quelle: IKG (2008); unveröffentl. Projektbeschreibung

Die Ergebnisse für Mittelstätt zeigten darüber hinaus Besonderheiten: Vor allem die Zustimmung zu Fremdenfeindlichkeit war höher als in den Vergleichs-orten. So stimmten 50,4 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Es leben zu viele Ausländer in [Mittelstätt].“ 42,5 Prozent denken, dass Ausländer*innen „eine Belastung für das soziale Netz“ sind. Zudem war die Abwertung wohnungsloser Menschen stark. Schließlich zeigte sich eine Normalisierung der NPD, ein Prozess, der weiter fortgeschritten war als in anderen Orten: Fast 25 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu: „Die NPD ist eine Partei wie jede andere auch.“¹⁷⁷

Die SoRA-ZO-Ergebnisse wurden in Übersetzungswerkstätten präsentiert, welche als Grundlage für eine selbstorganisierte sozialräumliche Weiterarbeit mit den Ergebnissen dienen sollten. Die SoRA-ZO-Ergebnisse für Mittelstätt zeigten wichtige Anknüpfungspunkte für die in dieser Arbeit evaluierte GWA. Ein im KBS erstelltes Gemeindeporträt als qualitative Sozialraumanalyse bestätigte deren zentrale Ergebnisse. Gleichwohl werden nachfolgend erhebliche konzeptionelle Unterschiede zwischen beiden sozialräumlichen Ansätzen deutlich.

1.4 Kritik zu Theorie und Forschung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Die GMF-Theorie und ihre Empirie können aufgrund ihrer vielfältigen Rezeption in Wissenschaft und Öffentlichkeit gleichermaßen als der derzeit prominenteste Erklärungsansatz für die Entstehung extrem rechter Orientierungen angesehen werden. Allerdings gibt es von wissenschaftlicher Seite auch eine Reihe ernstzunehmender Kritikpunkte sowohl an den theoretischen Grundlagen als auch am Forschungsdesign der GMF-Studien. Den Kontext der Theorie bilden gesellschaftliche Individualisierungsprozesse, die im Unterschied zur Individualisierungsthese Ulrich Becks¹⁷⁸ im GMF-Modell als faktisch gesetzt werden. Als deren Folge stünden letztlich individuelle Desintegrations- und Anomieerfahrungen im Zentrum der Ursachenforschung für die Ausprägung von Ungleichwertigkeitsideologien, kaum aber strukturell-gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie eine Ungleichwertigkeitszustände perpetuierende Migrations- und Gleichstellungspolitik¹⁷⁹ oder kulturell tradierte Homogenitätsvorstellungen und Exklusionsmechanismen.¹⁸⁰ Der GMF-Ansatz sei darüber hinaus theoretisch kaum begründet. Daher sei die Formulierung und

177 Vgl. Borstel et al. (2009).

178 Vgl. Beck (1986).

179 Attia (2014).

180 Lengfeld/Dilger (2018): 181–199.

Differenzierung seiner Syndromelemente beliebig, was sich auch auf die Items auswirkt, die in den Befragungen zum Einsatz kommen.¹⁸¹ Die rassismuskritische Forschung bemängelt mit dem gleichen Argument vor allem die GMF-Syndromelemente Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie.¹⁸² Diese Kategorien erfassten die Breite gängiger Rassismustheorien¹⁸³ nur rudimentär, da sie die Abwertung von Gruppen aufgrund einer „biologistisch konstruierten ‚natürlichen‘ Höherwertigkeit der Eigengruppe“¹⁸⁴ sehr eng und kaum anschlussfähig konzipierten und die Unterscheidung dieser drei Syndromelemente nicht wissenschaftlich begründeten.¹⁸⁵ Qualitative Befunde zu Einflussfaktoren für die Zustimmung zu bestimmten extrem rechten Aussagen, die Brähler und Decker im Jahr 2006 in zwölf Gruppendiskussionen erhoben haben, weisen darauf hin, dass die ausschließlich quantitative Erhebung der GMF-Forschung ein Defizit im Forschungsdesign ist. Eine qualitative Vertiefung und mögliche Überprüfung des Designs könnte Aufschluss darüber geben, ob die in der GMF-Forschung verwandten Fragestellungen und Items trennscharf und verständlich genug sind. Schließlich erscheinen, wie im Folgenden gezeigt wird, auch die auf der GMF-Theorie aufbauende Denkfigur zur GMF-Reproduktion und die in ihrem Kontext entwickelte SoRA-ZO-Konzeption hinsichtlich ihres Sozialraumverständnisses, ihrer Grundannahmen zu Zugängen und Aktivierungspotenzialen im Gemeinwesen und schließlich ihrer unterkomplexen Elaboration möglicher Mitwirkungsmöglichkeiten für lokale Akteure analytisch unscharf und wenig theoriegeladen.

Trotz dieser Kritikpunkte, die der Autor vor allem bezüglich ihrer geringen Aussagekraft für die Aktivierung und Nutzung zivilgesellschaftlichen Engagements für sozialen Wandel teilt, erscheint die GMF-Theorie und insbesondere die prozessual-systemische Denkfigur zur GMF-Reproduktion für die hier diskutierte GWA und die Reflexion der beiden analysierten Projekte als hilfreiche Grundlage. Gerade die Denkfigur zur GMF-Reproduktion bezieht ja die Wirkung exkludierender und strukturell rassistischer Politikdiskurse auf den Sozialraum in ihre analytischen Überlegungen ein und widerlegt somit die am GMF-Konzept aus rassismuskritischer Perspektive geübte Kritik der Individualisierung strukturell-gesellschaftlicher Prozesse. Bezogen auf das SoRA-ZO-Konzept ergeben sich aber aus der im weiteren Verlauf dargestellten Praxis

181 Vgl. Attia (2013): 7ff.

182 Vgl. Heitmeyer (2002: 25; 2012: 28), Zick/Klein (2014): 63.

183 So konzipieren etwa Robert Miles (1999, 2000) oder Karin Scherschel (2006) Rassismus als Prozess ideologischer Bedeutungskonstruktion und Stuart Hall (1994, 2000) Rassismus als ideologischen Diskurs. Sie nehmen damit gesellschaftliche Prozesse und Mechanismen der Abwertung und Diskriminierung von Minderheiten in den Fokus. Aktuelle Critical-Whiteness-Studies (vgl. Morrison 1992, Jungwirth 2004 oder Dietze 2009) dagegen analysieren, wie sich Herrschaftsstrukturen durch Mechanismen des Othering (Konstruktion eines weniger wertigen Anderen) als Norm stabilisieren.

184 Zick/Klein (2014): 63.

185 Vgl. Butterwegge (2008): 20.

vielfältige Hinweise für eine sowohl theoretische als auch praktische Überarbeitung und Weiterentwicklung.

1.5 Theoretische Grundlagen sozialräumlicher Demokratieförderung

Demokratie ist eine Lebensform. [...] Sie zeigt sich im Besitz und der ständigen Nutzung bestimmter Einstellungen, die den Charakter eines Menschen bestimmen und seine Wünsche und Vorstellungen in allen Dingen des Lebens prägen.¹⁸⁶

Der US-amerikanische Sozialphilosoph und Pädagoge John Dewey argumentierte bereits 1939, Demokratie sei kein politisches Konstrukt, sondern eine Lebenseinstellung, die „vom Glauben an das Potenzial der menschlichen Natur gelenkt“ werde.¹⁸⁷ Er beließ dieses Ideal nicht nur im Philosophischen, sondern setzte es in praktische Reformpädagogik und GWA um. Ihm ging es um eine gelebte politische Alltagspraxis, die er – trotz erreichter Fortschritte – als verbesserungswürdig und -fähig ansah. An der University Elementary School in Chicago entwickelte er in enger Verbindung mit den sozialreformerischen Ideen Jane Addams' und der Chicagoer Schule für Soziologie (vgl. Kapitel 4) eine demokratiepädagogische Theorie, die er in einer der Universität angeschlossenen Laborschule und in seinem ehrenamtlichen Engagement im Projekt Hull House¹⁸⁸ alltagspraktisch prüfte. So wurde er zu einem wichtigen Vordenker der Reformpädagogik. Sein Hauptaugenmerk galt dem Erfahrungslernen. Das von ihm mitentwickelte Schulcurriculum sollte die sozialen, kommunikativen, forschenden und künstlerischen Potenziale der Schüler*innen ansprechen.¹⁸⁹ Tätigkeiten aus dem Arbeitsalltag setzte er als pädagogisches Mittel im Unterricht ein, um die Chancen menschlicher Entwicklung und technischen Fortschritts zu verbinden.¹⁹⁰ In der Unterscheidung zwischen akademischer und praktischer Ausbildung sah Dewey „ein Instrument des un-

186 Vgl. Dewey (1991 [1939]): 225.

187 Ebd.

188 Das 1889 von Jane Addams mit Universitätskolleg*innen in Chicago gegründete Settlement Hull House verstand sich als Universitätsniederlassung inmitten eines sozialen Brennpunktes. Die zumeist wohlhabend-bürgerlichen Aktivist*innen forderten eine Demokratisierung aller Lebensbereiche: Bildung, Wirtschaft, Familie, Kultur. Hier wurde unmittelbare Hilfe und soziale und kulturelle Bildung angeboten. Gleichzeitig bildete die wissenschaftliche Praxisforschung die Grundlage für sozialpolitische und sozialreformerische Interventionen.

189 Dewey (2008 [1900]): 61.

190 Ebd.: 38, 42f.

veränderten Fortdauerns der existierenden industriellen Gesellschaftsordnung, statt eine Transformation zu bewirken“.¹⁹¹

Deweys prozess- und handlungsorientierter Demokratiebegriff wird ähnlich auch von anderen Gesellschaftstheoretiker*innen formuliert.¹⁹² Jürgen Habermas legte 1981 seine *Theorie des kommunikativen Handelns* vor, die sich von dem Gedanken einer neo marxistischen Revolution ab- und dem Ideal einer gesellschaftlichen Reformation und Demokratisierung der kapitalistischen Gesellschaft im Sinne des Pragmatismus Deweys zuwendet. Habermas unterstützt eine deliberative Demokratieidee, die (institutionelle) Gewalt als Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte zugunsten einer auf Aushandlungs- und Kommunikationsprozessen basierenden alltagsdemokratischen Konfliktbewältigung ablösen will. Er rekurriert auf die Vernunft aufgeklärter Bürger*innen und auf das der verbalen oder nonverbalen Kommunikation innewohnende Ziel der Verständigung. Er verbindet so Lebensweltkonzept, Sprachakttheorie und psychoanalytische Erkenntnisse über gelingende oder misslingende Kommunikation zu einer umfassenden Gesellschaftstheorie. Habermas' Diktum von Systemrationalität und kommunikativer Vernunft zufolge, kolonisiert die Systemebene, insbesondere das Wirtschaftssystem (marktregulierte Ökonomie) und das politische System (bürokratischer Verwaltungsstaat), mithilfe ihrer jeweils systemeigenen Steuerungsmedien Geld (Wirtschaft) und Macht (Politik/Verwaltung) in unseren postmodernen Industriegesellschaften immer mehr die Lebenswelt der Menschen. Im Verlauf der gesellschaftlichen Evolution hätten sich symbolische und materielle Gesellschaftsreproduktion zu selbständigen Handlungssphären entkoppelt. Die Lebenswelt habe aufgrund gesellschaftlicher Differenzierung die mittlerweile autonomen Handlungssphären Wirtschaft sowie Politik und Verwaltung freigesetzt. Dieser dualen Differenzierung entspreche heute die Unterscheidung in Teilnehmende und Beobachtende, weil die Selbsterhaltungslogik der Gesellschaft sich „nicht nur in der Teleologie der Handlungen ihrer individuellen Mitglieder, sondern zugleich in den funktionalen Zusammenhängen aggregierter Handlungseffekte durchsetzt“.¹⁹³ Die materielle Reproduktion der Gesellschaft wird im Verlauf dieses Differenzierungsprozesses nicht nur unabhängig von ihrer kulturellen Reproduktion, sondern bestimmt diese auch zunehmend. Infolge dieser natürlichen gesellschaftlichen Arbeitsteilung etablieren sich immer neue, wirkmächtige gesellschaftliche Subsysteme gegenüber der Lebenswelt der Menschen. Statt aber diese Differenzierung passiv zu beklagen, komme es darauf an, den Abkoppelungs- und Verselbstständigungsprozessen gesellschaftlicher Subsysteme durch kommunikatives (Aus-)Handeln entgegenzuwirken.

191 Dewey (2015 [1916]): 316.

192 Vgl. Bessette (1980, 1994), Gutmann/Thompson (2004), Habermas (2007): 431f.

193 Habermas (1987 [1981a]): 533.

Dieser über gesellschaftliche (Ordnungs-)Verfahren weit hinausgehende Demokratiebegriff als Lebensform liegt nicht nur der hier untersuchten GWA zugrunde, sondern auch anderen zivilgesellschaftsorientierten Handlungsansätzen wie Demokratiepädagogik, politischer Bildung, soziokultureller Arbeit oder Mobiler Beratung. Deweys normatives und Habermas darauf aufbauendes deliberatives Demokratieverständnis legen großes Vertrauen in das Potenzial aufgeklärter Menschen. Damit weisen sie Bildung, als einem Mittel diese Potenziale freizusetzen und zu entwickeln, eine entscheidende Funktion zu. Allerdings beziehen sich diese Demokratievorstellungen eher auf eine US-amerikanische Freiheitstradition, die die Verfassung als Vertragsergebnis eines Gemeinschaftswirkens freier und gleicher Individuen interpretiert.¹⁹⁴ Reale Rahmenbedingungen bundesdeutscher oder westeuropäischer parlamentarischer Demokratien, die sich in gesellschaftliche Subsysteme diversifizieren, sind weniger im Fokus. Ein derart freiheitliches und prozesshaftes Demokratieverständnis führt unweigerlich zu konstruktiver Kritik an herrschenden Verhältnissen, denn eine demokratische Gesellschaft zeichnet sich laut Dewey dadurch aus, „dass sie nicht nur ihre eigenen Gebräuche und Gewohnheiten perpetuiert, sondern innerhalb ihres Systems Entwicklungen und soziale Fortschritte zulässt und ermöglicht“.¹⁹⁵ Zwei Gedanken stehen im Zentrum dieser Demokratietheorie:

1. Die partizipative Demokratie impliziert, dass Demokratie mehr ist als nur ein institutionelles Gefüge (Regierungsform). Sie ist auch eine Lebensweise, die auf der möglichst umfassenden Teilhabe aller an den Gütern und Interessen einer Gesellschaft beruht, und zwar zu gleichen Bedingungen und in allen relevanten Lebensbereichen.
2. Die plurale Demokratie sieht in der Vielfalt unterschiedlicher Gruppen, Kulturen und Gesellschaften keine Bedrohung, sondern Potenziale für demokratische Gemeinwesen, soweit die institutionellen Voraussetzungen für einen möglichst freien und umfassenden Austausch unterschiedlicher Lebensentwürfe gewährleistet sind.

In beiderlei Hinsicht ist Demokratie ein visionäres Entwicklungsprojekt, keine Beschreibung gesellschaftlicher Realität. Ihr Ziel „ist ein radikales [...], das bisher noch zu keiner Zeit und in keinem Land adäquat verwirklicht worden ist“.¹⁹⁶

1.5.1 Demokratie in Gefahr

In der aktuellen bundesdeutschen Politikdebatte erscheint die Demokratieidee – in Gesetze, parlamentarische Verfahren und die staatsrechtliche

194 Vgl. Dewey (1996 [1927]): 129.

195 Vgl. Reich (2005): 52.

196 Dewey (1991 [1937]): 299.

Formel der FDGO gegossen – als elitär und unveränderbar. Folgerichtig gibt es gerade in den scheinbar gefestigten westlichen Demokratien wachsende

„Zweifel an der politischen Leistungsfähigkeit sowie der demokratischen Qualität und Legitimation des eingespielten Politikbetriebs. [...] Gleichzeitig ist der öffentliche Sektor in einer Weise geschrumpft und an den Maßgaben der Privatwirtschaft ausgerichtet, dass von ihm keine Gestaltungsimpulse mehr ausgehen.“¹⁹⁷

2010 äußerten 79 Prozent der Befragten Zweifel daran, dass ihre Interessen in der Politik ausreichend berücksichtigt werden.¹⁹⁸ Verliert das demokratische System aufgrund ökonomischer Gerechtigkeitslücken und fehlender Wirksamkeitserfahrung bei den Menschen an Legitimität, wird schnell der Ruf nach autoritären Heilsbringer*innen, wie bei PEGIDA-Kundgebungen oder Wahlerfolgen der AfD, laut.

Auf der lebensweltlich-sozialräumlichen Ebene zeigt die Demokratie dort ihre Defizite, wo Menschenrechte nicht für alle Menschen gleichermaßen nach ihren Bedürfnissen durchgesetzt werden. Die Idee, rassistischen und minderheitenfeindlichen Einstellungen und extrem rechten Strömungen mit konkreten Bildungs- und Beratungsangeboten und sozialräumlicher Projektarbeit eine vitale, demokratisch orientierte Zivilgesellschaft entgegenzustellen, entsprang den beklemmenden Erfahrungen der rassistischen Pogrom- und Anschlagswelle gegenüber Geflüchteten, Asylsuchenden, Migrant*innen oder People of Colour Anfang der 1990er Jahre. Die mit den Namen Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen verbundene Gewaltwelle deutete auf antidemokratische Tendenzen in der gesamten bundesdeutschen Gesellschaft hin.¹⁹⁹ Dabei war das Ausmaß körperlicher Gewalt und neonazistischer Organisation im Osten Deutschlands signifikant höher als im Westen. Diese Erfahrungen wiederholten sich erschreckend deutlich in der Zeit 2015/16.²⁰⁰ Schockierend war und ist nicht nur das schiere Gewaltausmaß, sondern auch die Zustimmung von Anwohner*innen und weiter Teile der Gesellschaft.²⁰¹ Die rassistische Gewalt wirkt wie ein Ventil für die Ungleichwertigkeitsvorstel-

197 Vgl. Roth (2011): 2ff.

198 Vgl. ebd.: 4.

199 Vgl. Bringt/Korgel (2005): 7f.

200 Das Bundesinnenministerium ermittelte im Jahr 2018 eine gleichhohe Gesamtzahl rechtsextremer und fremdenfeindlicher Straftaten von 20.431 (2017: 20.520; 2016: 23.555) wie 2017. Darunter waren mit 1.156 neonazistischen Gewalttaten (2017: 1.130) etwa gleichviele, wie im Jahr zuvor (vgl. BMI 2017, 2018). Aufgrund der unterschiedlichen Zählweise und teils erschreckend niedriger Aufklärungsquoten in einzelnen Bundesländern besteht jedoch eine sehr hohe Dunkelziffer. Für 2018 zählte allein die Beratung für Betroffene rechter Gewalt in Sachsen 317 rechtsmotivierte und rassistische Angriffe (Anstieg gegenüber 2017 um 38 Prozent).

201 In Freiberg, Heidenau, Clausnitz und Bautzen zeigte jeweils eine große Zahl Schaulustiger ihre Zustimmung zu verbaler und körperlicher Gewalt.

lungen weiter Bevölkerungsteile. Parallel zur beginnenden öffentlichen Debatte über diese Befunde verschärfte die damalige Bundesregierung Zuwanderungsregelungen und schaffte das Grundrecht auf Asyl faktisch ab. Die Bundesregierung und viele Fachkräfte der Sozialen Arbeit reagierten auf die rassistische Gewaltwelle der 1990er Jahre mit täterorientierter akzeptierender Jugendarbeit. Im Dialog zwischen Wissenschaft und zivilgesellschaftlicher Praxis entwickelte sich eine direkte Auseinandersetzung mit dieser Sozialpolitik.²⁰² Die Suche nach neuen, nachhaltigeren und gesamtgesellschaftlichen Strategien in der Arbeit gegen GMF ging darauf zurück, dass Konzepte, die auf Jugendhilfe und -arbeit eingeengt waren, für ihre einseitige Fokussierung auf die individuelle Betreuung devianter Jugendlicher kritisiert wurden. Sie hätten die gesellschaftlichen Ursachen für die fremdenfeindliche Gewalt ausgeblendet und daher zu kurzfristig interveniert.²⁰³ Als Folge dieser mehrjährigen unzureichenden Interventionen wurde sogar eine Verfestigung neonazistischer Gruppen und Strukturen konstatiert. Darüber hinaus forderten Kritiker die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gegenkräfte, die auf den unveräußerlichen Menschenrechten aufbauen und sozialräumlich orientiert sind.²⁰⁴ Sie interpretierten das Scheitern täterbezogener Intervention als Konsequenz minderheiten-feindlicher Einstellungen in der Gesellschaft, mit denen Blockaden in der Politik und den lokalen Verwaltungen einherging.²⁰⁵ Der neue sozialpolitische Ansatz, unter dem Leitsatz „Arbeit für demokratische Kultur ist nachhaltige Arbeit gegen Rechtsextremismus“²⁰⁶ zusammengefasst, entwickelte stattdessen sozialräumliche Ressourcen für demokratische Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft. Er überwand damit die bis dahin vorherrschenden individualtherapeutischen Ansätze Sozialer Arbeit zugunsten einer stärkeren systemisch-sozialräumlichen Perspektive. Der neue Ansatz basierte zudem auf einer grundsätzlichen Solidarisierung mit den Betroffenen rechter Gewalt.

202 Bringt/Korgel (2005): 7.

203 Vgl. Buderus (1998), Zentrum Demokratische Kultur (1999).

204 Vgl. Kalb/Sitte/Petry (1999), Zentrum Demokratischer Kultur (2000).

205 Vgl. u. a. Lynen von Berg/Roth (2003), Roth (2010b): 25.

206 Demokratische Kultur bedeutet die Anerkennung der Würde, Freiheit und Gleichwertigkeit jedes Menschen. Daraus folgt der Anspruch, gleichberechtigt an der Steuerung der Gesellschaft teilzunehmen. Die grundsätzliche Freiheit des Individuums ist das Prinzip zur Lösung persönlicher und gesellschaftlicher Probleme, ihre Beschränkung ist legitimationsbedürftig. Demokratische Kultur zielt somit auf eine Form der Kommunikation und Herstellung von Entscheidungen, die „im Rahmen von grundlegenden Rechten (Menschenrechte) und wechselseitigem Respekt möglichst alle Betroffenen (Partizipation) mit ihren unterschiedlichen Forderungen und Bedürfnissen (Pluralismus) in einen Diskussions- und Meinungsbildungsprozess (Kommunikation)“, Strobl/Lobermeier (2009): 19f.

1.5.2 *Die Rolle der Zivilgesellschaft für eine lebendige demokratische Kultur*

Die Herausbildung der Zivilgesellschaft war ein Prozess, in dem Individuen und gesellschaftliche Gruppen ihre Freiheit gegenüber Staat oder Wirtschaft erkämpften. Ob Frauenrechtsbewegungen, Bürgerrechtsbewegungen in den USA oder im ehemaligen Ostblock: Allen ging und geht es um die Wiedergewinnung der eigenen Würde, demokratische Gestaltungskraft und eine offene, soziale und gerechtere Gesellschaft.²⁰⁷ Der funktional-soziologische Begriff Zivilgesellschaft beschreibt also Individuen und ihre Interessenvertretungen an der Peripherie der Gesellschaft. Ihnen gegenüber – im Zentrum der Gesellschaft – steht der staatliche Machtapparat und die ihn tragende Politik.²⁰⁸ Zivilgesellschaft als normativ-handlungspolitischer Begriff fokussiert dagegen selbstbewusste und aufgeklärte Menschen, die sich ihrer universellen Menschenrechte bewusst sind und andere als gleichwertig anerkennen. Er bezeichnet eine normative Kategorie mit eigenem Bewusstsein von sich selbst und ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung. In Anlehnung an ein Diktum Karl Marx' ist es das Ziel einer emanzipatorischen Demokratiearbeit, Zivilgesellschaft von einer „Kategorie an sich“ in eine „Kategorie für sich“ umzuwandeln, in der Menschen und ihre freiwilligen Assoziationen als Expert*innen ihrer Belange auf Grundlage des Respekts gegenüber der Gleichwertigkeit der Menschen und der Menschenrechte miteinander leben. Solche Akteure übernehmen Verantwortung für die Gestaltung ihrer sozialen Umwelt und diskutieren Probleme, um durch Interaktion zu einer mehrheitsfähigen Lösung zu kommen. Die Vielfalt der Interessen von Menschen generiert jedoch noch kein demokratisch-emanzipatorisches Potenzial.²⁰⁹ Die Zivilgesellschaft steht permanent in der Gefahr, ihre emanzipatorischen Potenziale zu vernachlässigen und in autoritären Machtstrukturen zu erstarren. Nur in der Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen und ihrer (Menschen-)Rechte, die ein Alltagsverhalten von gegenseitigem Respekt und Toleranz prägen, liegt die Basis für eine sich wechselseitig verstärkende Verknüpfung zivilgesellschaftlichen Engagements und demokratischer Entwicklung.²¹⁰ Insofern ist die funktional-soziologische Zivilgesellschaft „gleichzeitig [...] Ziel wie auch Mittel der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“.²¹¹ Sie ist nicht per se demokratiefördernd und menschenrechtsorientiert, sondern ein Spiegelbild der Gesellschaft.

207 Vgl. u. a. Honneth (1992, 1995), Taylor (1993), Habermas (1992).

208 Habermas (1992): 429ff.

209 Zur „dunklen Seite der Zivilgesellschaft“, also deren antiemanzipatorischer Seite, vgl. Roth (2004a): 41ff.

210 Vgl. Habermas (1983: 98ff.; 1991: 134; 1992: 130ff., 370), Roth (2009): 34.

211 Palloks/Steil (2008): 20.

In den klassischen Vereinsstrukturen Ost- wie Westdeutschlands fehlt häufig eine klare Haltung gegenüber Alltagsrassismen und GMF. Darüber hinaus erschweren in Ostdeutschland fehlende Ressourcen die Arbeit zivilgesellschaftlicher Gegenkräfte aufgrund gering ausgeprägter bürgerschaftlicher Institutionen. Empirische Studien belegen diese Defizitanalyse: In Ostdeutschland bestehe ein geringer „zivilgesellschaftlicher Organisationsgrad“ bei einem gleichzeitig hohen Potenzial für wenig formalisiertes und flexibles „bürgerschaftliches Engagement“.²¹² Obgleich also in Ostdeutschland ein hohes demokratisches Potenzial besteht, scheint sich eine unabhängige Zivilgesellschaft, die in der DDR nur sehr rudimentär vorhanden war,²¹³ auch nach 1990 nicht eigenständig zu entwickeln.

Ein ideales Zivilgesellschaftsmodell²¹⁴ entwirft der Soziologe Ralf Dahrendorf, indem er den Fokus auf nichtstaatliche und dezentrale „Organisationen und Institutionen als Organe des Volkswillens“ legt.²¹⁵ Ziel müsste es sein, „das schöpferische Chaos der vielen vor dem Zugriff des (Zentral-)Staates [zu] schützen“.²¹⁶ Parteien, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, NGOs, Kirchen etc. sind Institutionen der Zivilgesellschaft. Die Sphäre, in der diese operieren, muss von Pluralismus, Autonomie und Gewaltlosigkeit geprägt sein und bedarf andererseits einer demokratischen Organisation, in der die Meinungen und kulturellen Bilder von Minderheiten Beachtung finden. Ihr herausragendes Merkmal seien „Bürgertugenden“ wie die aktive Wahrnehmung von Bürgerrechten (etwa politische Partizipation und selbständige Bildung freier Assoziationen) und Zivilcourage (Bereitschaft zur Verteidigung moralischer Werte und Normen auch gegenüber anderen Akteuren der Zivilgesellschaft oder staatlicher Gewalt).²¹⁷ Diese Tugenden seien jedoch in Gefahr, da viele Menschen von sozialer und kultureller Partizipation ausgeschlossen würden. Solche Desintegration manifestiere sich in unvollständigen Bildungskarrieren, Arbeitsverhältnissen und politischen oder sozialen Rechten (Staatsbürger*innen vs. Migrant*innen).²¹⁸ „Unvollständigkeit“ sei das zentrale Problem westlicher Gesellschaften. Ihre Randgruppen seien eine „ständige Anklage gegen die Zivilität der Gesellschaft“.²¹⁹ Desintegration gesellschaftlicher Gruppen und Milieus erfolge durch die Limitierung ökonomischen Kapitals (Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg), aber auch durch beschränkten Zugang zu kulturellem Kapital (Bildung kostet). Um diese Entwicklung zu begrenzen, schlägt Dahrendorf die Etablierung staatsbürgerlicher Rechte durch mehr demokra-

212 Vgl. Backhaus-Maul et al. (2003).

213 Vgl. ebd.: 14.

214 Dahrendorf übersetzt *civil society* ausschließlich mit Bürgergesellschaft. Im vorliegenden Kontext erscheint mir die Übersetzung Zivilgesellschaft jedoch geeigneter.

215 Vgl. Dahrendorf (1991): 262.

216 Dahrendorf (1992): 69.

217 Ebd.: 70.

218 Dahrendorf (1991): 251.

219 Ebd.: 252.

tische Mitbestimmung und durchlässige politische Verfahren vor: „Sie müssen zu [...] Normen [werden], die ohne äußere Sanktionen befolgt werden, weil sie zu einem Bestandteil des sozialen Habitus der Menschen geworden sind“.²²⁰

1.5.3 *Zivilgesellschaft als gelebter Verfassungsschutz – demokratiethoretische Perspektiven für gelingende Gemeinwesenarbeit*

GMF mit ihrer verankerten rassistischen Gewalt bis hin zu soziokulturellen extrem rechten Denkweisen in der Mitte der bundesdeutschen und insbesondere sächsischen Gesellschaft widersprechen dem Ideal einer Demokratie als Lebensform auf Grundlage einer emanzipatorisch-menschenrechtsorientierten Zivilgesellschaft. Auch der schleichende Vertrauensverlust demokratisch-rechtsstaatlicher Institutionen in weiten Teilen der Bevölkerung oder die Neigung mancher Politiker*innen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, zivilgesellschaftliches Engagement in Bürgerinitiativen und NGOs zu kriminalisieren, ist dem Zusammenleben auf demokratischer Grundlage nicht zuträglich.²²¹ Die jahrelange zivilgesellschaftliche Beratungspraxis zeigt, dass lokale Demokratieprojekte ihre bürgerlichen Freiheitsrechte nicht nur gegen organisierte Neonazis verteidigen. Sie müssen sie immer wieder auch gegenüber der Mehrheitsbevölkerung und der (Ordnungs-)Politik durchsetzen.²²²

Ein solcher Demokratiebildungsprozess erfordert mündige Menschen, die unabhängig von staatlichen politischen Interessen agieren. Demokratie als emanzipatorische Lebensform braucht Orte und Gelegenheitsstrukturen, in denen Werte wie Solidarität, Gemeinwohlorientierung, Verantwortung, Kooperationsbereitschaft und Zivilcourage – der Bürgersinn Dahrendorfs²²³ – erlernt

220 Ebd.: 257.

221 Von 2011-14 mussten sich Projekte gegen (Rechts-)Extremismus, um eine Förderung des damals CDU-geführten BMFSFJ zu erhalten, mit einer „Demokratieerklärung“ zur FDGO bekennen und für die demokratische Gesinnung ihrer Mitarbeitenden und Projektpartner*innen bürgen. 2017 kündigte das hessische Innenministerium an, künftig alle Mitarbeiter*innen geförderter Demokratieprojekte vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Nach breiten Protesten der Zivilgesellschaft wurde die ministerielle Anordnung zurückgezogen. Sächsische Innenbehörden und Dresdner Staatsanwaltschaft versuchten wiederholt, die zumeist friedlichen Blockaden gegen Neonaziaufmärsche in Dresden zu kriminalisieren, bis hin zu eidesstattlichen Falschaussagen von Polizeibeamt*innen in einem Strafprozess gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König.

222 Das zeigen meine Erfahrungen in der Demokratietarbeit der Strukturprojekte in MBTs, Opferberatungsteams und lokalen Projekten der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus seit 2001.

223 Vgl. Dahrendorf (1992).

und umgesetzt werden. Diese Strukturen können alternative Jugendinitiativen, lokale Vereine, Seniorenkreise, Kirchengemeinden, Bürgerdiskussionen und -initiativen oder soziokulturelle Einrichtungen sein. Findet an und in ihnen eine gelebte demokratische Kultur statt, die Lust auf Mitgestaltung macht, Kritik zulässt und Macht gleichberechtigt verteilt, können sie Leuchttürme gelebter Demokratie sein. Dies erfordert ein Miteinander vieler Akteure statt eines Beharrens auf je eigenen ökonomischen, sozialen, kulturellen oder symbolischen Ressourcen.²²⁴ In Bezug auf menschenrechtsorientierte Bildungsarbeit und GWA bedeutet dies, GMF und Ideologien der Ungleichwertigkeit in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen, sie als ein Problem der gesellschaftlichen Mitte zu thematisieren. Dies beinhaltet eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus sowie Formen strukturell-staatlicher Diskriminierung, etwa in der Asyl- und Ausländergesetzgebung (menschenuwürdige Massenunterkünfte für Asylsuchende, Verpflegung mit Lebensmittelpaketen oder die Limitierung von Bildungschancen durch Residenzpflicht und fehlende Sprachkurse, Reglementierung des Familiennachzuges etc.). Ziel dieser Demokratiewerkarbeit ist die

Herausbildung eines politischen Bewusstseins, eines Selbstwertgefühls und -begriffes der begleiteten Personen und -gruppen, die das [...] zivilgesellschaftliche Potenzial zur Selbstorganisation, partizipativen Interessenartikulation, Integration und Machterlangung (über Diskurse, in Parlamenten etc.) aktiviert.²²⁵

Eine kritische, gesellschaftskontrollierende und -verändernde Perspektive einzubringen, ist die ureigenste Aufgabe einer demokratischen Zivilgesellschaft und ihrer NGOs. Von staatlichen Ordnungsbehörden (Verwaltung, Strafverfolgungs- und Informationsbeschaffungsorgane) sind solche auf gesellschaftliche Veränderung und die (Selbst-)Kontrolle staatlichen Handelns angelegten Debatten kaum zu erwarten.

Ausgehend von der Erkenntnis, nicht überall selbstständige handlungsfähige Initiativkerne kritisch-emanzipatorischer Demokratieentwicklung vorzufinden, bedarf es der Entwicklung von (Bildungs-)Angeboten, die die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur, die gleichberechtigte Teilhabe am politischen Leben und Wirksamkeitserfahrungen bei Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen ermöglichen.²²⁶ Emanzipative, auf lebensweltliche Lernerfahrungen ausgerichtete Bildungs- und Beratungsangebote müssen in der Lebenswirklichkeit der Menschen partizipativ eingeübt werden. Statt weitab der Lebenswelt der Menschen in Seminarhäusern und politischen Akademien vermittelt zu werden, müssen sie ständig neu an die jeweiligen lokalen Themen angepasst werden. Die Eigenverantwortung und Kreativität lokaler Akteure kann

224 Vgl. Sozialraumtheorie bei Bourdieu (1983): 196 sowie Bourdieu/Waquant (1996): 151f.; vgl. Kapitel 3.1.

225 Zimmer/Priller (2004): 26.

226 Vgl. KBS (2008b).

durch sozialräumliche Analyse identifiziert und mit aktivierender Beratung, partizipativen Lern- und (Selbst-)Erfahrungsformen, Vermittlung professioneller Hilfe und unterstützender Projektarbeit gestärkt werden. Dazu bedarf es vielfältiger Formate und Strukturen auf unterschiedlichen Ebenen wie Demokratiepädagogik in frühkindlicher Bildung und Schulunterricht sowie Ganztagsangebote, aufsuchende (non-)formale und intergenerationelle politische Bildung, soziokulturelle Bildungsarbeit und emanzipatorische GWA. Wertschätzende Vermittlungsformen sollen Menschen in die Lage versetzen, ihre eigenen Ziele und Ideen gewinnbringend für die Gesellschaft zu verwirklichen. Die Potenziale lokaler Initiativen und Vereine werden genutzt: Mit den je eigenen Qualifikationen und dem Erfahrungswissen ihrer überwiegend Ehrenamtlichen arbeiten sie kontinuierlich, kleinteilig direkt vor Ort an ihren eigenen Belangen.

Weder die Ausweitung der Befugnisse von Strafverfolgungs- und Informationsbeschaffungsbehörden, noch rechts- und demokratiewidriges Auswuchern des Verfassungsschutzes in die politische Bildungsarbeit ermöglichen solch nachhaltiges Einüben eines demokratischen Alltags bei den Menschen. Um Lernerfahrungen einer lebendigen demokratischen Alltagskultur zu ermöglichen, bedarf es vielmehr eines veränderten Blicks darauf, was Demokratie im Kern ist: ein utopisches, emanzipatorisches, generationsübergreifendes Projekt freier Menschen, das unter anderem durch politische Bildungsarbeit erlernt und verstanden werden kann. Dazu muss Demokratiewerkarbeit Perspektiven für eine Anerkennungskultur und emanzipatorisches Bürgerengagement in der Lebenswelt der Adressat*innen eröffnen. Dies ist insbesondere in Sachsen dringend notwendig, wo demokratische Institutionen und Verfahren zwar nach 1990 aufgebaut, deren Funktion jedoch selten ausreichend erlernt und deren Wirksamkeit kaum überprüft oder weiterentwickelt wurden. Mit anderen Worten: Es gilt, vielerorts eine demokratische Zivilgesellschaft überhaupt erst zu entwickeln.

Die deliberative Demokratieidee und in diesem Sinne arbeitende Demokratieprojekte stehen vor großen Herausforderungen – besonders in Ostdeutschland, wo sich gefestigte Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Selbstaneignung demokratischer Werte nur bei wenigen Akteuren entwickeln konnten. Massive rechte Gewalt und der parallele soziale Ausschluss alternativer Gegenkulturen oder von Menschen mit Migrationshintergrund und People of Colour durch Kommunalpolitik, Verwaltung und Teile der Gesellschaft haben vielen Regionen Ostdeutschlands ein Strukturproblem und den politisch Verantwortlichen ein Handlungsproblem beschert. Diesem entgegenzuwirken ist Aufgabe von intervenierender GWA.

2 Verortung sozialprofessioneller Demokratietarbeit im Sozialraum

Die SoRA-ZO-Studien wandten sich dem sozialen Raum zu, um das soziale Kapital und bürgerschaftliche Engagement zu stärken, wie es in Wissenschaft und Praxis umfassender diskutiert wurde. Allerdings fehlte eine ausreichende theoretische Klärung dessen, was der Sozialraum ist und wer was in ihm leisten kann und soll. Daher fiel es auch schwer, konkrete Zugänge zum und Rahmenbedingungen des Sozialraumes zu erarbeiten:

Sozialraum ist derzeit der wohl am inflationärsten verwendete Begriff im Sprachgebrauch der Administrationen und Organisationen. [Sein] Verständnis [...] ist vielfältig: Es kann der technokratische Zuschnitt von Hilfebudgets auf Versorgungsdistrikte gemeint sein, der rein geografisch definierte Bezirk, das territorial gefasste Quartier oder ein Ensemble der Kommunikation und Kooperation von Menschen.²²⁷

Für diese Forschungsarbeit zu Gelingens- und Hinderungsbedingungen von GWA gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit erscheint es maßgebend, zu klären, welches soziale Problem (GMF) an welchem Ort zu bearbeiten ist, ehe dafür passende Methoden und Maßnahmen erörtert werden. Daher ist es notwendig, den Sozialraum als Ort der GWA in einer mehrdimensionalen Rahmentheorie zu elaborieren.

Ein häufiges Missverständnis sowohl bei Sozialprofessionellen als auch in (Sozial-)Politik und Verwaltung ist es, Sozialraumorientierung bedeute, Organisationen und soziale Interventionen auf geografische Räume festzulegen. Diese unterkomplexe Deutung des Sozialraumbegriffs trug durch ihre Anschlussfähigkeit an politische Diskurse und (kommunale) Verwaltungslogiken stark zur Renaissance sozialräumlicher Programmatiken in der Sozialen Arbeit bei. Die dem Sozialraumbegriff innewohnende Raumsemantik²²⁸ unterstützt eine Verräumlichungstendenz, deren Überbetonung zu einer Reduktion Sozialer Arbeit auf geografische Räume führt.²²⁹ Folge dieser Entwicklung kann eine Überbetonung der Aktivierung von Potenzialen und Ressourcen in benachteiligten Räumen (Quartiere, etc.) bei gleichzeitiger Vernachlässigung struktureller Ursachen und interessengesteuerter Exklusionsprozesse sein.²³⁰ Außerdem begünstigt eine Raumfixierung den Einschluss deprivierter Bewohner*innen in benachteiligten Stadtteilen (Containerisierung) und führt zu fatalen Homogenitätsunterstellungen, statt benachteiligte Sozialräume systema-

227 Langhanky/Fries/Hußmann/Kunstreich(2004): 9f.

228 Vgl. Fehren (2009): 288.

229 Kessl/Krasmann (2005): 235f.

230 Vgl. Fehren (2009): 286.

tisch in gesamtstädtische Entwicklungen und Ressourcenströme zu integrieren.²³¹ Damit entsteht der Eindruck, Räume seien aus sich selbst heraus benachteiligend. Jedoch handelt es sich bei sozialen Problemlagen immer um individuelle und/oder institutionelle Benachteiligungen, die es für die Soziale Arbeit zu beachten gilt. Schließlich werden sozialraumorientierte Ansätze von Kommunalpolitik und Verwaltung nicht wegen ihrer überzeugenden Programme wertgeschätzt, sondern wegen erhoffter Einsparungseffekte durch zu entdeckende „Schatztruhen des Stadtteils“,²³² also Selbsthilfe- und Unterstützungspotenziale ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftlichen Engagements.²³³ Die politisch-strategische Kritik an der Containerisierung geht davon aus, die Soziale Arbeit drohe, vor dem Hintergrund aktueller neoliberaler „Governance-Strategien des Sozialstaates, zum Verbündeten eines postsozialen Arrangements“ zu werden,²³⁴ „die nicht mehr an den tiefer liegenden Ursachen sozialer Probleme ansetzte und stattdessen auf die Eigenverantwortlichkeit hilfebedürftiger Bürger*innen setzte, damit diese ihre vermeintlich selbst erzeugten Bedürftigkeiten alleine managen“.²³⁵ Einer drohenden ökonomisierten Neuausrichtung der Sozialen Arbeit sei mit der Verwendung veräumlichter Formeln wie Stadtteil, Quartier oder Sozialraumorientierung die Erinnerung an den Zielort ihrer Interventionen abhandengekommen: den vielschichtigen Handlungsort namens „Community“ (vgl. Kapitel 2.3).²³⁶

Statt solcher unterkomplexen aber anschlussfähigen Deutungen bedürfe die sozialraumorientierte Sozialarbeitspraxis einer mehrdimensionalen Sozialraumtiefe, die es ihr ermögliche, „auf die Inanspruchnahme des ‚aktivierenden Sozialstaats‘ mit vernünftigen Argumenten reagieren zu können“.²³⁷ Die folgenden Abschnitte entwerfen daher einen qualifizierteren Sozialraumbegriff, der sich besonders an vier theoretischen Bezügen orientiert:

1. der makrosoziologischen Theorie des sozialen Feldes bei Pierre Bourdieu,
2. der Lebenswelt-System-Differenzierung, wie sie Jürgen Habermas makrosoziologisch entwickelt,
3. dem mesosozologisch-sozialökologischen Community-Begriff der Chicago School of Sociology und
4. dem mikrosoziologisch-sozialpsychologischen Lebensweltbegriff, wie er von Kurt Lewin und anderen entwickelt wurde.

231 Vgl. Ebd.

232 Vgl. Budde/Früchtel (2005: 241, 2006: 35ff).

233 Vgl. Biesel (2007): 4f.

234 Ziegler (2001): 27

235 Biesel (2007): 83.

236 Vgl. Fehren (2008): 143.

237 Vgl. Biesel (2007): 82.

2.1 Die Sozialraumtheorie bei Pierre Bourdieu

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu zeigt eine Möglichkeit auf, die Gesellschaft und die in ihr stattfindenden Interaktionen von Menschen in einem zweidimensionalen Sozialraum aus sozialer Milieudifferenzierung und individueller Lebensweltorientierung (Lebensstile und Habitus) zu erfassen. Er unterscheidet drei Dimensionen: den physischen Raum, den sozialen Raum und den angeeigneten physischen Raum (auch objektivierter sozialer Raum). Sein Sozialraumkonzept ist ein Werkzeug, mit dem gesellschaftliche Unterschiede in einem gesellschaftsanalytischen Raummodell dargestellt werden können. Die Differenzen ergeben sich aus gesellschaftlichen Positionen, die aus dem materialistischen Klassenkonzept von Marx abgeleitet werden, und individuellen Lebensstilen, die auf dem subjektiven kulturell-symbolischen Konzept von Max Weber basieren. Bourdieu zufolge kann man dieses Konzept

nur dann wirklich verstehen [...], wenn man das generative Prinzip konstruiert, auf dem diese Unterschiede in der Objektivität beruhen. Ein Prinzip, das nichts anderes ist als die Distributionsstruktur der Machtformen oder Kapitalsorten, die in dem betrachteten sozialen Universum wirksam sind [...].²³⁸

Es unterscheidet sich von anderen Analysemodellen, in denen die Gesellschaft zum Beispiel mit dem Bild einer Zwiebel²³⁹ oder eines Hauses²⁴⁰ dargestellt wird, und ermöglicht neben der Darstellung sozialer Hierarchien und Lebensstile auch die Abbildung von Interaktionen zwischen den Milieugruppen. So werden Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Menschen(-gruppen) sichtbar und ein differenzierter Blick auf eine sich stetig verändernde Gesellschaft möglich, in dessen Fokus die strukturelle und symbolische Reproduktion sozialer Ungleichheit und die aktive Beteiligung der Menschen an diesen Prozessen stehen. Diese Sozialraumkonstruktion bietet „analog einer Landkarte einen Überblick [...], einen Standpunkt oberhalb der Standpunkte, von denen aus die Akteure in ihrem Alltagsverhalten [...] ihren Blick auf die soziale Welt richten“.²⁴¹ Bourdieu weist darauf hin, dass sich Individuen aufgrund ihrer sozialen Unterschiede im Sozialraum positionieren. Er geht mit seinem prozessualen Sozialraumverständnis weit über das Klassengesellschaftsmodell des wissenschaftlichen Materialismus bei Marx hinaus,²⁴² das sich seinen Kapitalbegriff von einer

ökonomischen Praxis habe aufzwingen lassen, [...] der die Gesamtheit gesellschaftlicher Austauschverhältnisse auf den bloßen Warenaustausch und somit

238 Bourdieu (1998): 49.

239 Vgl. Bolte/Kappe/Neidhardt (1967): 316.

240 Vgl. Dahrendorf (1965): 105, aktuellerer Versuch bei Geißler (1996): 84.

241 Bourdieu (1987): 277.

242 Vgl. Bourdieu (1998): 24.

Profit- und Nutzenmaximierung ausrichte und implizit alle anderen Formen sozialen Austausches zu nicht-ökonomischen, uneigennütigen Beziehungen erkläre [...].²⁴³

Als Kriterium zur Bestimmung von Milieus sieht Bourdieu nicht ausschließlich die Verfügbarkeit materieller, sondern ebenso kultureller und sozialer Ressourcen. Vom sozialen Raum reden heißt für Bourdieu, den Klassenbegriff zu überwinden, ohne seinen Kern zu verneinen: die sozialen Unterschiede, die Ursprung individueller Antagonismen und kollektiver Konfrontationen zwischen unterschiedlich positionierten Akteuren im Sozialraum sein können.²⁴⁴ Dem makrosoziologischen Sozialraummodell Bourdieus auf Grundlage von Habituskonzept und Milieutheorie gelingt es, komplexe empirische Phänomene zu beschreiben und so den Ansprüchen der Sozialarbeitswissenschaft gerecht zu werden, die Aufbau, Funktion und Veränderung von Gesellschaft auf individuell-sozialräumlicher wie (welt-)gesellschaftlicher Ebene erklären will. Es ermöglicht eine Abstraktion von Gesellschaft und ist somit das Gegenteil verräumlichter Sozialraumkonzepte. Gleichzeitig bildet es die Prozesshaftigkeit der Gesellschaft ab, die sich durch die „systematische Hervorbringung und Anwesenheit sozialer Divergenz und Differenz charakterisieren lässt“.²⁴⁵

2.1.1 Kapitalformen

Die Eigenschaften, die den Habitus sozialer Akteure erzeugen, nennt Bourdieu Kapital im Sinne von Ressource oder Vermögen. „Das Prinzip der primären, die Klassen der Lebensbedingungen konstituierenden Unterschiede liegt im Gesamtvolumen des Kapitals als Summe aller effektiv aufwendbaren Ressourcen [...]“. Er unterscheidet a) ökonomisches Kapital, b) kulturelles Kapital und c) soziales Kapital“ und benennt als vierte Kapitalform, die sich aus diesen durch gesellschaftliche Zuschreibungen generiert, das d) symbolische Kapital.²⁴⁶

a) **Ökonomisches Kapital**

Das ökonomische Kapital umfasst alle Elemente, die sich in Geld ausdrücken oder mit Geld erwerben lassen. Es wird über die berufliche Stellung, intergenerationelle Weitergabe (Vererbung) erworben, objektiviert sich in Kapitalanlagen, etwa in Wertpapieren, Edelmetallen etc., und institutionalisiert sich in Eigentumsrechten.²⁴⁷ „Dem Kapital wohnt eine Überlebenstendenz inne; es

243 Steinrück (1992): 50f.

244 Vgl. Bourdieu (1998): 49.

245 Ebd.: 87.

246 Bourdieu (1987): 196.

247 Bourdieu (1997): 52.

kann ebenso Profite produzieren wie sich selbst reproduzieren oder auch wachsen.²⁴⁸ Ökonomisches Kapital lässt sich (mit etwas Aufwand) in alle anderen Kapitalarten umwandeln und ist somit die wesentliche Einflussgröße für die Positionierung von Individuen und Milieus im Sozialraum.²⁴⁹ Seine transformierten Erscheinungsformen sind allerdings nicht vollständig darauf zu reduzieren.²⁵⁰ Mit Geld lassen sich Statusgüter erwerben, die neben einem ökonomischen Marktwert auch symbolischen Wert haben wie Haus, Auto, Yacht oder Kunstobjekte (als Geldanlage). Die Umwandlung ökonomischen Kapitals in kulturelles oder soziales Kapital setzt eine Investition von Arbeit und Zeit in Austauschbeziehungen voraus. Reproduktionsstrategien beinhalten die Nutzung und Konvertierung der verschiedenen Kapitalarten, um möglichst hohe Erträge bei niedrigen Kosten aus dem vorhandenen Kapital zu erzielen, über Generationen zu erhalten oder gar zu akkumulieren.

b) Kulturelles Kapital

Kulturelles Kapital nennt Bourdieu Kapitalformen, die sich nicht unmittelbar in Geld ausdrücken. Menschen verfügen für die Aneignung kulturellen Kapitals über unterschiedliche Voraussetzungen, die durch Sozialisation und Zugang zu ökonomischem Kapital bestimmt werden. Höhere Bildung oder bessere Sozialisationsbedingungen setzen den Einsatz ökonomischer Ressourcen für musische und künstlerische Bildung, den Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen, Auslandsaufenthalte etc. voraus. Institutionalisiertes Kulturkapital wie Bildungsabschlüsse und Qualifikationen und damit erreichbare berufliche Stellungen ermöglichen im Gegenzug bessere Zugangschancen zu ökonomischem Kapital. Somit ist Bildung der Schlüssel zum Erwerb von Anerkennung (symbolisches Kapital) und Teilhabe. Kulturelles Kapital ist in ökonomisches (re-)transformierbar. Es hat für Bourdieu darüber hinaus eine Eigenlogik in drei Dimensionen, die es vom ökonomischen Kapital unterscheidet:²⁵¹

1. *Verinnerlichung (Inkorporation)*. Kulturelle Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissensformen können durch primäre Sozialisation in der Familie und sekundäre Sozialisation während der Ausbildung oder des lebenslangen Lernens in Form dauerhafter Dispositionen des Organismus erworben werden. Dieser Prozess wird als Inkorporation bezeichnet: „Was der Leib gelernt hat, das besitzt man nicht wie ein wieder betrachtbares Wissen, sondern das ist man.“²⁵² Diese Akkumulation von Kultur setzt einen individuellen Lernprozess voraus (eine Delegation ist ausgeschlossen), der persönliche Zeit und

248 Ebd.: 50.

249 Vgl. ebd.: 70f.

250 Bourdieu (1983): 196.

251 Vgl. ebd.: 185ff.

252 Bourdieu (1987): 135.

„sozial konstituierte Libido“ (Geduld, Ausdauer, Fleiß etc.) kostet.²⁵³ Verinnerlichtes kulturelles Kapital kann deshalb, anders als Geld, Besitz oder Adelstitel, nicht verschenkt, vererbt oder durch Tausch kurzfristig weitergegeben werden. Die Gewinner dieses Ressourceneinsatzes legen fest, welche Kultur als legitim gilt. Da nicht alle Menschen in gleicher Weise in Bildung investieren können, ist inkorporiertes Kapital selten und strukturell ungleich verteilt.

2. *Objektivierter Zustand.* Objektiviertes Kulturkapital sind käufliche Ergebnisse inkorporierten Kulturkapitals wie Bücher, Gemälde, Maschinen, Instrumente etc.²⁵⁴ Übertragbar ist hier das juristische Eigentum, nicht aber die Voraussetzung zur Aneignung des objektivierten Kapitals, das Verfügen über die kulturellen Fähigkeiten zu deren Gebrauch (etwa dem Genuss der Buchlektüre oder dem Gebrauch der Maschine). Kulturelle Güter können demzufolge materiell (Einsatz ökonomischen Kapitals und Lebenszeit) oder etwa als Buchlektüre oder Ausstellungsbesuch symbolisch (Einsatz inkorporierten Kulturkapitals) angeeignet werden.
3. *Institutionalisierter Zustand.* Institutionalisiertes Kulturkapital ist der verbriefte Nachweis von Kultur, etwa in Form von Bildungstiteln. Ein (schulischer oder akademischer) Titel verleiht dem von einer bestimmten Person inkorporierten kulturellen Kapital institutionelle Anerkennung. Mit einem Titel fügt eine Person dem inkorporierten das institutionalisierte Kulturkapital hinzu und unterscheidet sich so vom Autodidakten, der unter Umständen über ähnliche inkorporierte Kompetenzen verfügt. Durch den Titel wird eine Wertbestimmung kulturellen Kapitals möglich, die sich auch in ökonomischem Kapital messen lässt: Der Wert eines Titelinhabers ist „im Vergleich zu anderen unauflöslich mit dem Geldwert verbunden, für den er auf dem Arbeitsmarkt getauscht werden kann“.²⁵⁵ Wichtig ist diese Kapitalform neben bestimmten Berufszugängen auch die damit verbundene gesellschaftliche Anerkennung.

c) **Soziales Kapital**

ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind [...]; es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen.²⁵⁶

Solche sozialen Netze beruhen auf der Zugehörigkeit zu bestimmten klassenabhängigen Gruppen (einflussreiche Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Vereine, politische Parteien, informelle Netzwerke).²⁵⁷ „Das Gesamt-Kapital,

253 Vgl. Steinrück (1992): 52ff.

254 Vgl. ebd.: 59f.

255 Ebd.: 62.

256 Bourdieu (1983): 191; vgl. auch Bourdieu/Wacquant (1996): 151f., Bourdieu (1997): 63.

257 Bourdieu/Wacquant (1996): 190f.

das die einzelnen Gruppenmitglieder besitzen, dient ihnen allen gemeinsam als Sicherheit [...].²⁵⁸ Der individuelle Umfang sozialen Kapitals hängt „sowohl von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen ab, die [jemand] tatsächlich mobilisieren kann, als auch vom Umfang des (ökonomischen, kulturellen oder symbolischen) Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht.“²⁵⁹ Soziales Kapital wirkt bei der Aneignung ökonomischen oder kulturellen Kapitals wie ein Multiplikator, denn Personen mit vielfältigen sozialen Beziehungen sind gefragter und haben bessere Profitchancen. Soziale Kontakte sind jedoch flüchtig und bedürfen stetiger Investition. Diese Beziehungspflege ist nicht delegierbar. Sie erfordert personellen Einsatz in Form von Zeit, Geduld, Ausdauer, Fleiß etc. Soziales Kapital ist nicht direkt in ökonomisches Kapital transformierbar, zumeist unveräußerlich und kann juristisch nicht abgesichert werden. Es kann nicht als Privateigentum einer bestimmten Person betrachtet werden, denn es konstituiert sich in gegenseitigen Beziehungen, ist jedoch delegierbar, wenn eine Gruppe eine*n Repräsentant*in ernennt, welche*r über ihr Kapital verfügen darf. Das birgt jedoch die Gefahr von Missbrauch.²⁶⁰

d) Symbolisches Kapital

Als übergeordnete Kategorie kommt das symbolische Kapital hinzu. Damit sind Chancen zur Gewinnung und Erhaltung sozialer Anerkennung auf Grundlage der drei erstgenannten Kapitalarten gemeint, die Einzelne oder Gruppen durch geschickte Verwendung des gesellschaftlichen Symbolsystems gewinnen können.²⁶¹ Es wird in intellektuellen Milieus durch höhere Bildungstitel generiert, aber auch durch die verinnerlichte soziale Statusunterscheidung (z. B. Adel, Direktor*in, Pfarrer*in, Richter*in implizieren eine inkorporierte Distinktionsfähigkeit). Innerhalb von Milieus, die sich stärker über ökonomisches Kapital und seine Statussymbole definieren, sind dagegen teure Autos oder Luxusartikel Statussymbole und Distinktionsmerkmale. Anerkennung kann auch durch den Einsatz ökonomischen Kapitals als Spende oder durch mediale Präsenz (Sportler*innen, Schauspieler*innen, Politiker*innen) zustande kommen und sich demnach in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen realisieren. Die wichtige gesellschaftliche Funktion des symbolischen Kapitals ergibt sich daraus, dass es bei kapitalreichen Akteuren gebündelt ist. Aus der Anerkennung dieser speziellen Gruppen folgt die Anerkennung und Legitimation gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Dem ökonomischen Klassenkampf und den direkten, auf ökonomischem Kapital beruhenden Machtmitteln schaltet Bourdieu damit einen symbolischen Klassenkampf vor:

258 Bourdieu (1997): 63.

259 Bourdieu (1983): 192.

260 Vgl. Haug (1997): 5.

261 Vgl. Bourdieu (1985): 11.

Symbolische Macht existiert in dem Maß, „wie es ihr gelingt, [...] sich Anerkennung zu verschaffen“.²⁶²

2.1.2 *Der Sozialraum als Schichtungmodell soziokultureller Milieus*

Menschen reproduzieren durch die Verinnerlichung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen (etwa Bildungs- und Sozialisationsprozesse) soziale Ungleichheit und strukturieren gleichzeitig ihre individuellen Wahrnehmungen der Wirklichkeit – ihre Lebenswelt.²⁶³

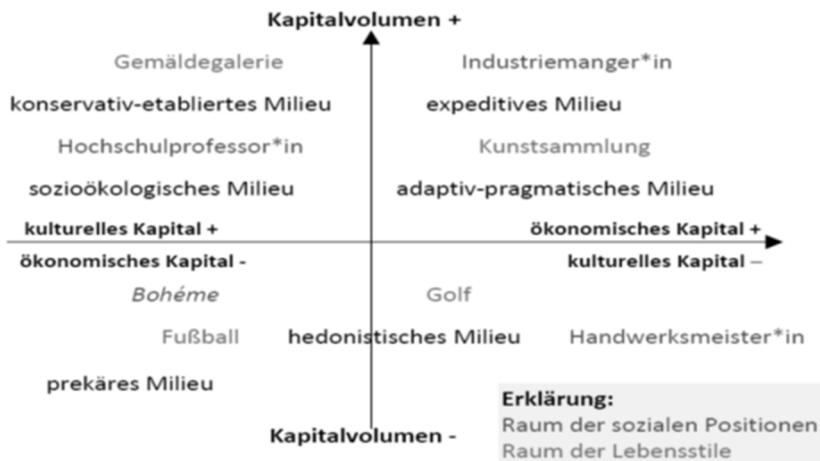


Abbildung 7: Sozialraum-/Schichtungsschema nach Bourdieu (1982): 212f.) und unter Einbeziehung ausgewählter Milieus der Sinus Milieustudie 2017

Bourdieu erklärt für sein metaphorisches Sozialraumkonzept den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, insbesondere zu ökonomischem und kulturellem Kapital, für entscheidend.²⁶⁴ In der vertikalen Achse des Sozialraumschemas in Abbildung 7 ist der soziale Raum durch das Gesamtvolumen an kulturellem und ökonomischem Kapital bestimmt. Diese beiden Unterscheidungsprinzipien werden im Modell als Dimensionen zur Positionierung gesellschaftlicher Akteure, Gruppen oder Institutionen herangezogen. Die horizontale Achse unterscheidet die Volumina materieller Ressourcen. Sie werden im Sozialraum akkumuliert und distribuiert. Eine Position wird durch Relationen zu

262 Bourdieu (1982): 82.

263 Bourdieu (1997): 17.

264 Ebd.

anderen, durch Nähe oder Entfernung bestimmt. Soziale Gruppen (Milieus) weisen mehr Gemeinsamkeiten auf, „je näher sie zueinander in diesem Raum sind; umso weniger, je ferner sie sich sind“.²⁶⁵ Akteure mit räumlicher Nähe haben mehr Umgang miteinander, haben ähnliche Lebensstile und Sozialisationsverläufe, sind sich demnach vertrauter. Durch die Wechselwirkungen und Tauschbeziehungen unterschiedlicher Kapitalarten in der sozialen Praxis entstehen schließlich soziale Positionierungen als intellektuelle und ökonomische Cluster: „Der soziale Raum und die in ihm sich ‚spontan‘ abzeichnenden Differenzen funktionieren auf der symbolischen Ebene als Raum von Lebensstilen.“²⁶⁶ Bourdieu zeigt anhand empirischer Studien, dass die Machtverhältnisse zwischen Individuen und Milieus ständigem Wandel unterworfen sind und jeweils neu justiert werden müssen. Dieser Vorgang ermöglicht es, dass die „hierarchisierte soziale Ordnung innerhalb einer sozialen Formation eine objektive Existenz“ bekommt. Sie wird von den Individuen verinnerlicht; die „soziale Ordnung brennt sich ein. So werden soziale Unterschiede zur Grundlage der sozialen Unterscheidung, die die Wahrnehmung der sozialen Welt organisiert“.²⁶⁷

2.1.3 *Habitus*

Bindeglied zwischen der Position im Sozialraum und sozialen Praktiken und Vorlieben ist der Habitus.²⁶⁸ Er entsteht im Sozialraum und lässt sich nicht völlig frei wählen, sondern leitet sich aus den mentalen und körperlichen Ressourcen (kulturelles und symbolisches Kapital) ab. Er ist ein System von Dispositionen (Haltung, Erscheinungsbild, Gewohnheit, Lebensweise), die als unbewusste Interpretationsschemata (Wahrnehmung, Denken und Handeln) im Alltag fungieren und zu verschiedenen Lebensstilen (Geschmack, Ästhetik, Überzeugungen) führen.²⁶⁹ Er bewirkt somit auch Abgrenzungen (Distinktion) gegenüber anderen Milieus. Jedes Milieu hat eigene Wertevorstellungen und Strukturen, nach denen es funktioniert. Wichtig am Habitusbegriff ist für diese Arbeit einerseits, dass eine historische Dimension bedacht wird: Sozialisation, das Lernen aus den Erfahrungen vorheriger Generationen, aber auch Machtverteilung und Status, werden nicht nur für aktuelle Interaktionen zwischen Menschen erkannt, sondern auch als intergenerationeller Aneignungsprozess. Andererseits ist mit Verweis auf milieueigene Interpretationsmuster und ihre Entstehung auch eine Verknüpfung zu Lebensweltkonzeptionen angelegt (vgl. Kapitel 3.3, 3.5).

265 Bourdieu (1992): 139.

266 Bourdieu (1985): 21.

267 Bourdieu (1982): 549.

268 Vgl. Bourdieu/Wacquant (1996): 24f.

269 Vgl. Bourdieu (1987): 278ff.

Die Sozialstrukturen in konkret abgrenzbaren geografischen Räumen, die Lebensverhältnisse, Nutzungs- und Wahrnehmungsmuster entstehen also nicht im Nahraum selbst, sondern sind Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheits- und Machtverhältnisse. Die Auseinandersetzung mit Macht(-mitteln) und ihrer Reproduktion bildet den Hintergrund der Sozialraum- und Milieutheorie Bourdieus. Kultur ist für ihn „ein Herrschaftsprodukt, dazu bestimmt, Herrschaft auszudrücken, zu legitimieren“.²⁷⁰ Der Zusammenhang zwischen Kultur und Bildung auf der einen und der Reproduktion und Legitimation bestehender Machtverhältnisse auf der anderen Seite bietet eine wichtige analytische Basis für sozialräumliche Ressourcenanalysen und Interventionen. Zwei Dimensionen des Sozialraums sind in Bourdieus Konzeption zu unterscheiden: eine metaphorisch-soziale und eine geografische. Während er den Begriff nur als Bild verwendet, um soziale Prozesse zu verdeutlichen, folgen seine Ausführungen einer geografischen Raumlogik zum angeeigneten physischen Raum, in dem soziale Prozesse stattfinden.²⁷¹ Die Milieus verteilen sich in der metaphorischen Raumdimension entsprechend der Zusammensetzung der ihnen verfügbaren Kapitalarten (dem spezifischen Gewicht einzelner Kapitalsorten bezogen auf das Gesamtvolumen), in der geografischen Dimension entsprechend des Gesamtumfangs an verfügbarem Kapital.²⁷² Im Sozialraum werden Konkurrenzen und Machtkonflikte²⁷³ ausgetragen, kämpfen Individuen sowohl für sich selbst als auch als Milieuzugehörige um Zugänge zu Ressourcen und um den Erhalt oder die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Bei diesem Hegemoniestreben geht es um die Durchsetzung der Partikularinteressen, die dem eigenen Milieu am meisten entsprechen.²⁷⁴ Innerhalb von Milieus entstehen um die kapitalstärksten Akteure und Gruppen Kraft- und Machtzentren.

Im physisch-geografischen Raum bilden sich Bewegungs-, Nutzungs- und Wahrnehmungsmuster ab, die im gesellschaftlich-metaphorischen Sozialraum auf der Grundlage des Besitzes der verschiedenen Kapitalarten konstituiert werden. Diese Unterscheidung ist wichtig, weil sie zeigt, „dass das Wesentliche des vor Ort zu Erlebenden und zu Sehenden, d. h. die erstaunlichsten Einblicke und überraschendsten Erfahrungen, ihren Kern ganz woanders haben“.²⁷⁵ Gesellschaftliche Teilhabe oder Ausgrenzung manifestieren sich in konkreten geografischen Räumen, werden aber im metaphorischen Sozialraum gebildet und sind auch nur dort – also auf gesellschaftspolitischer Ebene – nachhaltig beeinflussbar.

Untersuchungen zum Wertewandel zeigen, dass Milieus mit geringem kulturellem und ökonomischem Kapital eher materiell orientiert sind, während

270 Ebd.: 114.

271 Vgl. Löw (2001): 182.

272 Bourdieu (1985): 11.

273 Vgl. Bourdieu/Wacquant (1996): 38f., Schwingel (1998): 91, Bourdieu (1998): 49f.

274 Vgl. Bourdieu (1985): 34.

275 Bourdieu (1997): 159.

materiell Gesättigte eher kulturellen Kapitalformen zuneigen. Die gesellschaftliche Rangordnung organisiert sich in umgekehrter Richtung als die Verbreitung kulturellen Wandels. Milieus versuchen ihr Sozialkapital zu steigern, indem sie sich Gegenstände und Verhaltensweisen von Milieus mit nächsthöherem Rang aneignen (vgl. Abbildung 8).²⁷⁶

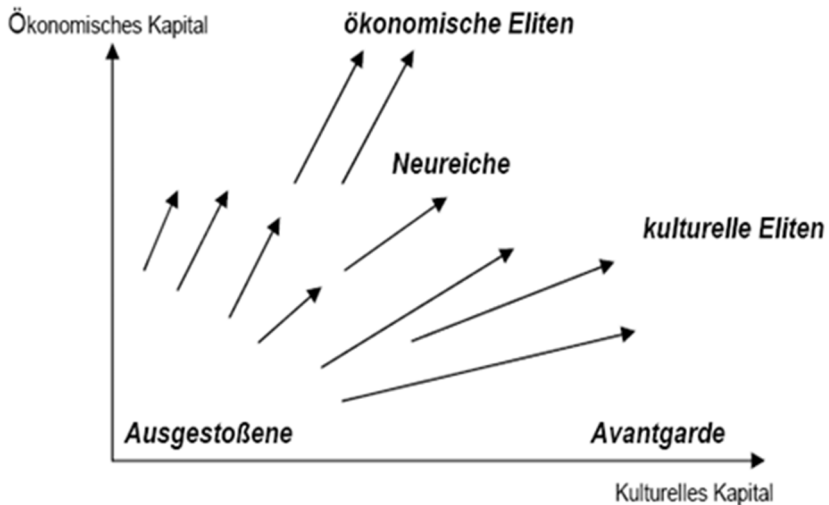


Abbildung 8: Wertewandel und habituelle Orientierung soziokultureller Milieus

Auf diese Weise wandern kulturelle Praktiken und Werte der ökonomischen und kulturellen Eliten innerhalb der Gesellschaft von oben rechts im Schema nach unten links, entgegengesetzt zu den in der Abbildung vermerkten Pfeilen, die die soziale Orientierungsrichtung darstellen. Kulturelle Eliten verfügen über ein Maximum kulturellen Kapitals, welches nur durch einen erheblichen Aufwand ökonomischen Kapitals zu erreichen ist (Bildung kostet). Die ökonomische Elite hingegen definiert sich über ihr Einkommen oder Vermögen und lässt ihren Kindern mit dieser Ressource gern gediegene Bildung zukommen. Die Funktion der Avantgarde in Kunst und Wissenschaft ist übertragbar auf die Entwicklung alltagskultureller Muster.²⁷⁷ Die Verbreitung kultureller Praktiken durch Imitation ist an zwei Bedingungen geknüpft: (1) Zwischen imitiertem und imitierendem Milieu darf kein großer sozialer Abstand bestehen und (2) der soziale Kontakt muss intensiv sein. Die alte BRD wurde vor der Wiedervereinigung immer diverser, während in der DDR eine gesellschaftliche Angleichung auf Ebene der unteren Mittelschicht stattfand. Gründe dafür waren Flucht und Ausreise großer Teile der traditionellen ökonomischen und

276 Vgl. Wagner W. (1999): 82.

277 Vgl. ebd.: 86.

kulturellen Eliten in den Westen, die bis in die 1980er Jahre betriebene Auflösung der traditionellen Mittelschicht und ein „Bildungsprivileg für Angepasste“.²⁷⁸

2.2 Die System-Lebenswelt-Differenzierung bei Habermas

Habermas eint mit seinem normativen Demokratiebegriff (vgl. Kapitel 1.5) die Überzeugung, dass (institutionelle) Gewalt als Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte zugunsten einer auf Kommunikationsprozessen basierenden alltagsdemokratischen Aushandlung abgelöst werden könnte.²⁷⁹ In seiner Gesellschaftstheorie rekurriert er auf die Vernunft aufgeklärter Bürger*innen und dem der Kommunikation immanenten Ziel der Verständigung. Damit verbindet er Lebensweltkonzept, Sprechakttheorie²⁸⁰ und psychoanalytische Erkenntnisse über misslingende Kommunikation miteinander zu einer umfassenden Gesellschaftsanalyse. Habermas' Analyse zufolge treten in heutigen (post-)modernen Gesellschaften offen Konflikte zwischen den Werten und Normen der Lebenswelt der Menschen und den Handlungslogiken der differenzierten Industriegesellschaften zutage. Die materielle Reproduktion der Gesellschaft wird im Verlauf dieses Prozesses nicht nur unabhängig von der kulturellen

oder sozialen, sondern bestimmt diese auch zunehmend (Ökonomisierung). Statt dies zu beklagen, sollte aber den gesellschaftlichen Abkoppelungs- und Verselbstständigungsprozessen durch Kommunikatives (Aus-)Handeln entgegengewirkt werden.²⁸¹ Habermas' Lebensweltbegriff schließt an Überlegungen Edmund Husserls und Alfred Schütz' an, die diesen Begriff als Teilnehmendenperspektive handelnder Subjekte im Alltag in die soziologische Debatte einführten. Habermas wendet den phänomenologischen Lebensweltbegriff jedoch kommunikativ. Der Zugang zur Lebenswelt erschließt sich für Habermas nicht über eine (externe) phänomenologische Beobachtung, sondern über gelebte Teilhabe an sozialer Interaktion.

Das Verstehen einer symbolischen Äußerung erfordert grundsätzlich die Teilnahme an einem Prozess der Verständigung. Bedeutungen, ob sie nun in Hand-

278 Vgl. Klier zitiert in Wagner, W. (1999): 97.

279 Vgl.: Habermas (1987 [1981a]): 533.

280 Der Sprechakttheorie (Sprachhandlungstheorie) zufolge werden mit sprachlichen Äußerungen nicht nur Sachverhalte beschrieben, sondern auch Handlungen vollzogen und Wirklichkeit verändert, vgl. Habermas (1987 [1981a]): 429ff.

281 Habermas bezieht die Aussage „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ (Böckenförde 1976: 60) auf die öffentliche, herrschaftsfreie Kommunikation, die aus sich selbst heraus demokratische Tugenden schaffen kann, die der freiheitliche Staat zum Überleben braucht.

lungen, [...] Worten, Kooperationszusammenhängen oder Dokumenten verkörpert sind, können nur von innen erschlossen werden. [...] Die Lebenswelt öffnet sich nur einem Subjekt, das von seiner Sprach- und Handlungskompetenz Gebrauch macht.²⁸²

Die Lebenswelt ist für Habermas der Ort symbolischer (kultureller) gesellschaftlicher Reproduktion, in dem über kommunikatives Handeln Sinn gestiftet wird. „Die Lebenswelt ist gleichsam der transzendente Ort, an dem sich Sprecher und Hörer begegnen“²⁸³ und damit der Ort gesellschaftlicher Reproduktion.²⁸⁴

Kommunikatives Handeln erfolgt laut Habermas in sozialen Situationen, die ein Ausschnitt der Lebenswelt sind und eine kommunikative Verständigung (z. B. eine Entscheidung) erfordern. Den Hintergrund solcher Sprechakte bilden individuelle Situationsinterpretationen, die sich ausreichend überschneiden müssen, damit eine Verständigung (Entscheidungsfindung) gelingen kann. Andernfalls müsste zunächst versucht werden, in einem Verständigungsprozess eine gemeinsame Situationsinterpretation auszuhandeln. Indem sich Kommunikationsteilnehmende über eine Situation verständigen, nutzen und reproduzieren sie kulturelle Wissensbestände, bekräftigen soziale Beziehungen und Gruppenzugehörigkeiten und entwickeln (besonders als Heranwachsende) ihre kommunikative Handlungsfähigkeit und Identität. Der Erhalt und die Erneuerung der Lebenswelt einer sozialen Gruppe ist also gebunden an die Teilnahme an kommunikativer Alltagspraxis. Habermas zeigt auch die Grenzen solcher Lebensweltherstellung: Die biologischen, psychischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Handelns sind den Handelnden nur teilweise transparent. Eine sich im lebensweltlichen Verstehen gesellschaftlicher Wirklichkeit erschöpfende Sozialwissenschaft, die von der Fiktion autonom und aufgeklärt handelnder Individuen ausgeht und die kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als Verstehenshorizont nicht infrage stellt, greift zu kurz. Vielmehr bedarf es eines dreifachen analytischen Zugangs zur Lebenswelt:

1. Analyse der „äußeren Not“ durch eine objektivierende Beobachterperspektive, in der sich menschliches Handeln und Erleiden als Teilaspekt eines größeren Systemzusammenhangs darstellt (gesellschaftliche Systemanalyse),
2. Erschließung der Subjektsicht durch gezielte Teilnahme am Kommunikationsprozess,
3. Analyse der „inneren Not“ durch psychoanalytische Aufklärung verdrängter Selbsttäuschungen.²⁸⁵

282 Habermas (1987 [1981a]): 164f.

283 Habermas (1987 [1981b]): 192.

284 Vgl. ebd.: 202.

285 Vgl.: Habermas (1994 [1973]):

2.3 Sozialraumtheorie der Chicago School

Ein anderer sozialwissenschaftlicher Sozialraumzugang besteht in dem von Ernest Burgess, Robert Park und Roderick McKenzie 1925 im Sammelband „The City“ entwickelten Community-Ansatz. Unter Community verstehen sie eine Ansammlung von Menschen und Institutionen in einem bedingt abgrenzbaren Territorium, wobei den Institutionen eine besondere Rolle zukommt: „Not people, but institutions, are final and decisive in distinguishing the community from other social constellations.“²⁸⁶

Die Forscher schärfen ihren Community-Begriff anhand ethnozoologischer Studien im Chicago der 1920er und 1930er Jahre. Ihre als Chicago School bekannt gewordene Sozialraumperspektive teilt urbane Räume in fünf konzentrische „Urban Areas“, Zonen mit je signifikantem Nutzungs- und Strukturprofil: (1) Central Business District (Zentrale Geschäftszone), (2) Zone of Transition (Übergangszone), (3) Zone of Workingman’s Homes (Arbeitsviertel mit Industrieanlagen), (4) Zone of Better Residences (Mittelschichtwohngebiet) und (5) Commuters’ Zone (Pendlerzone).²⁸⁷ Insbesondere die Übergangs- und Arbeitsviertel waren in Chicago ab 1918 von einem enormen Zuzug, wachsender Segregation und der Herausbildung ethnisch geprägter Wohngebiete betroffen, die die Forscher „Little Sicily“, „Chinatown“ oder „The Ghetto“ nannten und soziologisch beschrieben. Sie untersuchten die Ausprägungen des sozialen Lebens in diesen Räumen und entwickelten an der Universität von Chicago Theorien und eine Sozialarbeitspraxis, in der mit ethnozoologischer empirischer Forschung, Sozialplanung und „Neighborhood Work“ die Lebenssituation der Wohnbevölkerung verbessert werden sollte. Die Chicago School konnte nachweisen, dass jede Community Teil einer größeren und umfassenderen Community ist und es somit keine isoliert zu betrachtenden geografischen Sozialräume gibt.²⁸⁸ Sie untersuchten typische Entwicklungs- und Verteilungsmuster moderner Städte und deuteten diese als Ergebnis der Interaktion von räumlichen und sozialen Strukturen. Die unter der Bezeichnung Humanökologie oder Stadtsoziologie in den 1940er und 1950er Jahren auch in Europa bekannt gewordene Theorie bemühte sich deshalb um einen zeitlichen und strukturellen Vergleich von Raumprozessen und -zuständen unterschiedlicher Stadtgebiete, wobei die Raummuster vor allem durch die Bewohnerstruktur und deren Raumnutzung gebildet wurden.²⁸⁹ Ihr Sozialraumbegriff der Community verknüpft somit die strukturelle Raumebene mit der personalen Handlungs- und Nutzungsebene in einem räumlich begrenzten Forschungsgebiet. Das Community-Konzept verbindet einerseits geografische

286 Park (1929): 115.

287 Vgl. Burgess (1929), Riege/Schubert (2002): 9f.

288 Vgl. Fehren (2008): 145.

289 Ebd.

und soziale Perspektiven wie „Natural Area“ oder „Neighborhood“ und weist – wie die anderen hier beleuchteten Sozialraumtheorien auch – darauf hin, dass der Sozialraum als Ort sozialprofessionellen Handelns kein geografisch abgrenzbares Gebilde darstellt. Andererseits begreift Community den Sozialraum nicht vornehmlich metaphorisch, sondern auch räumlich: „Formal ist eine Community das Ergebnis einer politischen, administrativen Gestaltung. Informell ist die Community eine lebendige, politisch-kulturelle Einheit, die sich ständig weiterentwickelt und erneuert.“²⁹⁰

Ab den späten 1920er Jahren entwickelte Saul D. Alinsky dieses Community-Verständnis weiter. Er gilt bis heute als einer der einflussreichsten Protagonisten communitybezogener sozialprofessioneller Praxistheorien. Indem er die durch den Wirtschaftsaufschwung des New Deal hervorgerufene Transformation ethnischer Communitys, die von der Chicagoer Schule so intensiv bearbeitet worden waren, als soziale Klassen oder Milieus erkannte (Wanderarbeiter*innen, organisierte Arbeiter*innen, Kleinbürger*innen, Mittelschicht etc.) und diese Milieus als Interessengemeinschaften interpretierte, entwickelte er einen Sozialraumbegriff als Ort kollektiver Selbstorganisation benachteiligter Bevölkerungsgruppen.²⁹¹ „To organize a community, you must understand, that in a highly mobile urbanized society the word ‚community‘ means community of interests, not physical community.“²⁹²

2.4 Der Sozialraum als kommunikative Lebenswelt (psychosoziales Feld)

Eine für diese Arbeit weitere bedeutsame Perspektive auf den Sozialraum liefert Kurt Lewin, ein aus Deutschland geflüchteter Sozialpsychologe, der ab den 1940er Jahren am Massachusetts Institute of Technology die sozialpsychologischen Grundlagen für eine Entnazifizierung Deutschlands nach einem Sieg der Alliierten gegen Nazideutschland erforschte. Lewin wurde so zum Mitbegründer der experimentellen Sozialpsychologie und Aktionsforschung (action research, vgl. Kapitel 4.5.2). Lewin gehört zur „zweiten Generation der Gestaltpsychologie“, die sich nach dem Ersten Weltkrieg um Max Wertheimer, Kurt Koffka und Wolfgang Köhler in Berlin konstituierte und nach der NS-Machtübernahme aus Deutschland emigrieren musste. Seine Sozialraumtheorie befasst sich mit dem konkreten Fall, nicht mit abstrakten Theorien und nimmt die Gesamtsituation eines konkreten Menschen in seinen wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Individuum und Umwelt in den Fokus. Seine

290 Szynga (2006): 162.

291 Vgl. Fehren (2008): 146.

292 Alinsky (1971): 120.

versuchsgestützte Willens- und Motivationsforschung (affektive Spannungssysteme von Individuen) führte zu einer Weiterentwicklung der Gestaltpsychologie. Seinen Forschungen zufolge erreichen physikalisch definierte und messbare Reizeinwirkungen die Lebenswelt (bei Lewin „konkrete Umwelt“) eines Individuums nicht. Solche äußeren Reize würden vielmehr nur subjektiv transformiert Bestandteil des individuellen Systems. Nicht physikalische Messgrößen bestimmen somit Nähe und Distanz im Lebensraum eines Individuums, sondern deren subjektiv empfundene, psychologische (zeitliche) Ausdehnung. Äußere Reize könnten lediglich entsprechende innere Prozesse auslösen.²⁹³

Diese Ganzheitlichkeit wurde zum zentralen Thema der von Lewin entwickelten Feldtheorie. Das dynamische Konzept einer möglichst vollständigen Erklärung des Erlebens und Verhaltens von Einzelpersonen und Gruppen ist bis heute die Basis der modernen Motivationspsychologie. Bestandteil der Feldtheorie ist auch der Begriff Lebensraum. Lewin zufolge interagieren Person und Umwelt in diesem Lebensraum, er „ist die Gesamtheit der für das Verhalten einer Person aktuell wirksamen psychologischen Faktoren wie Werte, Ziele, Erwartungen und Befürchtungen“.²⁹⁴ Auch Bedingungen, die nicht zum eigenen Lebensraum gehören, wie politische Verhältnisse oder topografische oder infrastrukturelle Besonderheiten, können als „äußere Hülle des Lebensraums“²⁹⁵ Einfluss auf unser Verhalten haben. Die das menschliche Erleben und Verhalten determinierende Lebenswelt (konkrete Umwelt) ist abhängig von allen für die Person im Augenblick relevanten Wahrnehmungen, Gedanken, Gefühlen, Erinnerungen, Erwartungen etc. Lewins Verständnis einer konkreten Umwelt ist also keine objektivierte materielle (physikalische, chemische, biologische) oder soziale (institutionelle, kulturelle) Abbildung, sondern ein psychologisch beschreibbarer Lebensraum, wie ihn das Individuum in einer bestimmten Situation wahrnimmt.²⁹⁶ Dieser Lebensraum umfasst alle relevanten Erfahrungen des Individuums sowie die aktuellen Wahrnehmungen seiner inneren und äußeren Situation (also auch die kulturell angeeigneten, demnach historischen). Bereits in den 1940er Jahren beschrieb Lewin also eine konkrete, forschungsbasierte „Lebensweltorientierung“, wie sie in der Sozialen Arbeit erst viel später zum Paradigma wurde. „In das Konzept des Lebensraumes gehen das Individuum selbst, als Person mit allen Merkmalen, ein, und die Umwelt in der Bedeutung, wie sie von diesem Individuum erlebt wird.“²⁹⁷ Lewins Konzept fordert (1) den Übergang von einem monopersonalen (elementaristischen) zu einem interpersonalen/relationalen (systemischen) Ansatz

293 Vgl. Lewin (1969 [1936]): 73, 90, 177.

294 Hellbrück/Fischer (1999): 78.

295 Ebd.: 79.

296 Lewin (1971 [1930/31]): 19.

297 Ebd.: 20f.

und (2) den Übergang von einer wesenszentrierten (statischen) zu einer funktionszentrierten (z. B. gruppendynamischen) Erklärungsweise.²⁹⁸

Motivation ist Lewin zufolge ein Zustand, der alle wirksamen Kräfte im Person- und Umweltbereich umfasst, einschließlich für die aktuelle Situation relevanter Erfahrungen. Positive oder negative Valenzen stehen im Fokus der Motivationsforschung. Sie entstehen durch die Wechselwirkung von Eigenschaften der angestrebten Umwelt mit Bedürfnissen und Erwartungen (Hoffnungen) des Individuums. Wenn also ein angestrebtes Umweltojekt, wie die Veranstaltung der Bürgerinitiative „Demokratieanstiftung“, in einer Person die Hoffnung weckt, deren innere Bedürfnisse nach Wertschätzung durch andere Personen und Erwartungen, nach spezifischer Bildung (zu extrem rechten Strukturen im Heimatort) zu befriedigen, wird die Person dahin tendieren (positive Valenz), die Veranstaltung zu besuchen. Das aktuelle Anspruchsniveau einer Person ist abhängig von zwei Bedingungen: dem, was sie haben möchte, und dem, was sie sich in einer bestimmten Situation zu erreichen zutraut.²⁹⁹

2.5 Schlussfolgerungen für ein integrativ-interdisziplinäres Sozialraumkonzept

In einem Konzept, das mit unterschiedlichen Perspektiven (gesellschaftsphilosophisch, politisch, raumsoziologisch und sozialpsychologisch) arbeitet, wird der Sozialraum als Ergebnis sozialen und organisatorischen Handelns von Individuen und Institutionen innerhalb politisch-gesellschaftlicher und soziokultureller Rahmenbedingungen verstanden. Er bezeichnet ein komplexes Gebilde, das durch das Zusammenspiel räumlicher und sozialer Strukturen einerseits und deren lebensweltlicher Deutung und Nutzung durch Individuen andererseits entsteht. Individuen und Milieus gestalten ihn mit – durch Ressourcenaneignung (Summe verfügbarer Kapitalarten) aus ihrer materiellen und soziokulturellen Umwelt und alltagstaugliche Bewältigungsstrategien zum Ausgleich für den Mangel an Ressourcenzugängen. Der Habitus der Akteure (soziale Stellung) führt zu unterschiedlichen, individuell gestalteten Lebensstilen, zu einer unterschiedlichen Wahrnehmung und Nutzung des physischen Sozialraums und zu unterschiedlichen Machtpotenzialen (Ressourcenzugang). Diese interdisziplinäre Perspektive auf den Sozialraum ist für die hier untersuchte GWA als sozialräumliche Demokratisierungsarbeit leitend.³⁰⁰

Eine Integration unterschiedlicher Sozialraumperspektiven, als sozial erlebtem und physisch angeeignetem Raum, ist bereits in der humanökolo-

298 Vgl. Herber/Vásárhelyi (2002): 43.

299 Vgl. Ebd.: 45.

300 Vgl. Riege/Schubert (2002): 34ff.

gischen Tradition mit ihrem Fokus auf sozialräumliche Strukturen und sozio-ökonomische Indikatoren angelegt. GWA zur Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit muss diese Differenz sowohl organisatorisch (Projektanbindung im Sozialraum, kooperative Klärungsprozesse mit Kommunalverwaltung) als auch fachlich (Lebenswelt- und Partizipationsorientierung, Machtsensibilität) in ihre Handlungsstrategien integrieren. Dabei sollte sie stärker als die Humanökologie auf die Pluralität der Lebensverhältnisse, Aneignungsweisen und Bewältigungsstrategien achten und auf die erkennbaren und artikulierten Bedürfnisse der Adressat*innen eingehen, individuelle und sozialräumliche Ressourcen nutzen und stärken sowie Teilhabe und Beteiligung fördern. So wie die Ursachen für GMF auf (1) gesellschaftspolitisch-makrosoziologischer, (2) gruppenspezifisch-mesoziologischer und (3) sozialpsychologisch-mikrosoziologischer Ebene liegen, sind auch sozialpädagogische Interventionsstrategien auf diesen drei Ebenen nötig: (1) strukturell-politisch, (2) gelegenheitsstrukturell-gemeinschaftlich und (3) individuell-lebensweltlich. Gelingende GWA erfordert dazu mehrdimensionale Sozialraumanalysen mit: Strukturanalysen in Administrationsräumen, systematischen Beobachtungen und Erhebungen in Nutzungsräumen, Erhebungen der Lebensweltperspektiven durch individuelle Befragungen und Erhebung subjektiver Nutzungsaspekte im Sozialraum.³⁰¹

2.6 Habitus- und Milieukonstitution: Ressourcenaneignung im Sozialraum

Bourdieu skizziert einerseits eine Perspektive auf die in der Gesellschaft wirkenden Kräfte und Ressourcen und entwickelt andererseits eine Folie, vor der die Ressourcenausstattung von Individuen und ihre Machtposition im sozialen Raum sichtbar wird. Damit werden die Ausgangsbedingungen für sozialprofessionelle Demokratietarbeit sichtbar. Das Habituskonzept verknüpft zwei Dimensionen gesellschaftlichen Geschehens: Es transformiert materielle Strukturen in ideelle Systeme, generiert also Einstellungen und bringt systematisch spezifische Formen der Lebensführung zum Ausdruck. Bourdieu beschreibt diese Perspektive als konstruktivistischen Strukturalismus³⁰² und etabliert so eine Verbindung objektivistischer und subjektivistischer bzw. makro- und mikrotheoretischer Zugänge.³⁰³

Mit diesem theoretischen Hintergrund wird es möglich zu erklären, wie extrem rechte Einstellungen entstehen und in welchen Milieus sie wirksam

301 Vgl. Ebd.: 43ff.

302 Vgl. Bourdieu (1992): 135ff.

303 Scherschel (2006): 67.

werden. So können gesellschaftliche Gruppen wissenschaftlich beschrieben werden, in denen die Reproduktion von GMF und eine Zunahme nationalistischer Themen feststellbar oder besonders wahrscheinlich ist. Dies erlaubt einen handlungstheoretischen Blick darauf, dass neonazistische Diskurse (Hegemonie), wo und durch wen zurückgedrängt werden müssen. Schließlich können mit Bourdieus milieutheoretischem Stratifikationsmodell gesellschaftliche Machtverhältnisse abgebildet und in diese handlungstheoretischen Überlegungen einbezogen werden.

2.6.1 Typisierung deutscher Milieus nach Dispositionen für extrem rechte Orientierungen

Einen anderen Zugang zu milieutheoretischen Stratifikationsmodellen vermittelt das deutsche Sinus-Institut.³⁰⁴ Die sogenannten Sinus-Milieus gruppieren Menschen, in Anlehnung an Bourdieu, die sich in ihrer Lebensauffassung, ihrem Lebensstil und ihrer Lebensweise (Lebenswelt) ähneln. Die Milieueinteilung erfolgt entlang zweier Dimensionen: Hinsichtlich der vertikalen Dimension Soziale Lage wird von Oberklassen-, Mittelklassen- und Arbeiterhabitus gesprochen. Hinsichtlich der horizontalen Dimension Grundorientierung wird zwischen den Determinanten Tradition, Modernisierung/Individualisierung und Neuorientierung unterschieden. Empirische Grundlage für die Sinus-Milieuforschung bilden qualitative Lebensweltinterviews, in denen Wertorientierungen ebenso berücksichtigt werden wie Alltagseinstellungen, etwa zu Arbeit, Familie, Freizeit, Konsum, Medien etc. Soziodemografische Variablen wie Alter, Geschlecht, Bildung oder Einkommen dienen der näheren Beschreibung der Milieus. Der Forschungsansatz dient allerdings weniger gesellschaftsanalytischer Wissenschaft, sondern wird von führenden Markenartikelherstellern und Dienstleistungsunternehmen, Medienunternehmen und Werbe- und Mediaagenturen weltweit für deren Marketing, Produktentwicklung und Kommunikation genutzt. Aus diesem Grund genießt die Sinus-Milieuforschung große Verbreitung und finanzielle Unterstützung, verarbeitet große Datenmengen und wird kontinuierlich an die soziokulturellen und -strukturellen Veränderungen angepasst. Auch politische Parteien, Ministerien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden greifen auf die jährlich erhobenen Datensätze zurück.

304 Vgl. Sinus (2017).

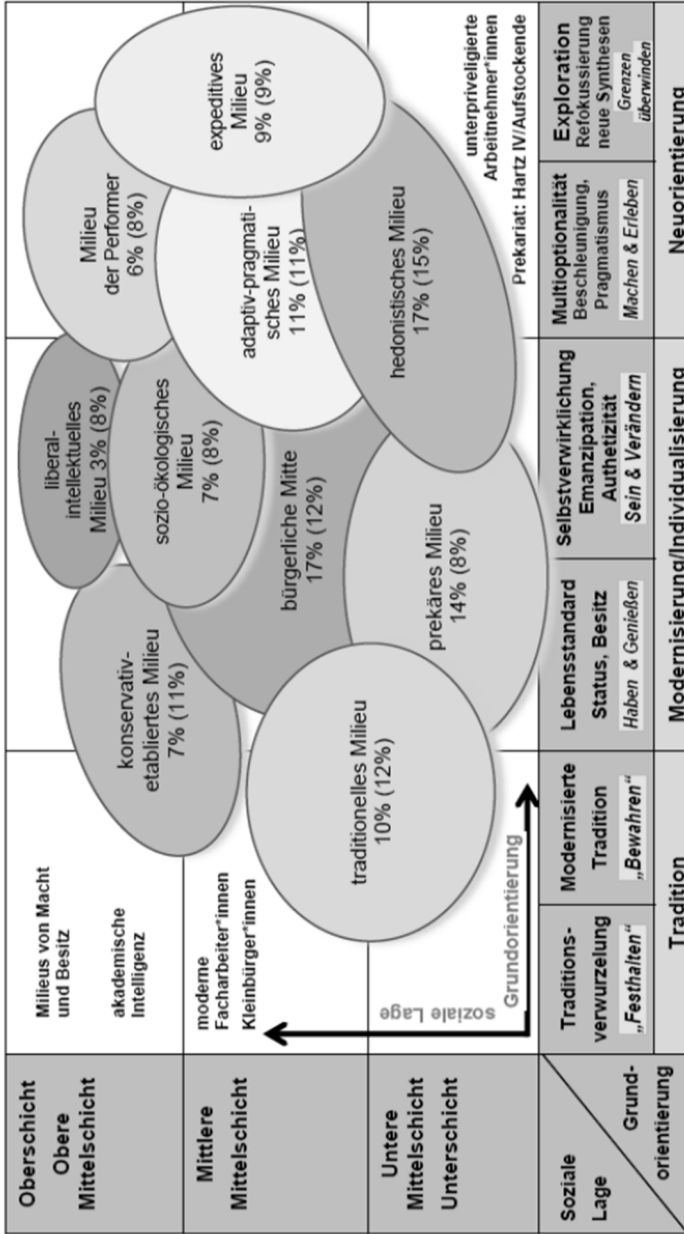


Abbildung 9: Soziokulturelle Milieus in Sachsen (Angaben in Klammern für Westdeutschland), Quellen: Sinus-Institut (2018), Neugebauer (2006), Vester/Gardemin (2009)

Das Manko dieser Forschung besteht in ihrem unkritischen Fokus auf die Reproduktion sozialer Ungleichheit in kapitalistischen Systemen und den daraus folgenden ungleichen Voraussetzungen sozialer Milieus für die demokratische Teilhabe. Da jedoch die Aktualität der Sinus-Datenlage, ihre Schwerpunktsetzung auf soziokulturelle Prozesse der Lebensstilreproduktion und ihre Theorieparallelen zu Bourdieus Milieuanatz vielversprechend erscheinen, zieht der Verfasser sowohl die aktuellsten Sinus-Milieudaten als auch etwas ältere Daten der Forschungsgruppe Milieu und Habitus der Universität Hannover heran. Aus diesen Daten ergeben sich für zehn Milieutypen in drei vertikalen Etagen und drei horizontalen Kategorien entsprechend dem Modernitätsgrad der jeweiligen Etage. Das so konstruierte Sozialstrukturmodell für Deutschland 2018 (vgl. Abbildung 9) ergibt folgendes Bild:

Bei den oberen 20 Prozent finden wir die eher anspruchsvollen Geschmacks- und Lebensstile der „feinen Leute“, die sich meist als Vorbilder der Gesellschaft auffassen und von der Gesellschaft so aufgefasst werden.

Bei den mittleren 50 Prozent ist die Lebensmoral stark an der Absicherung des sozial „Erreichten“ und am Vorbild höherer Schichten orientiert. [In Ostdeutschland ist die Gruppe signifikant kleiner als in Westdeutschland; d.V.]

Bei den unteren 30 Prozent finden wir die an eigenen Grenzen orientierte Alltagskultur der „einfachen Leute“. [Diese Schicht ist in Ostdeutschland erheblich größer als in Westdeutschland; d.V.]³⁰⁵

In Deutschland fallen die Volumina lebensweltlicher Sozialmilieus für West- und Ostdeutschland sehr unterschiedlich aus. Grund sind die verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen bis 1989, aber auch sozioökonomische Verwerfungen während der Restrukturierung der ostdeutschen Industrie nach 1990 (Treuhandpolitik der Regierung Helmut Kohl, Agendapolitik der Regierung unter Gerhard Schröder ab 2003). Die Grundstruktur der Milieutypen gleicht sich jedoch. Für diese Arbeit sind besonders die Milieuverteilungen in Sachsen im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern relevant, weshalb ich in Abbildung 9 die sächsischen Werte angebe (westdeutsche Durchschnittswerte in Klammern). Der Anteil der Unterschicht- und unteren Mittelschichtmilieus ist in Sachsen mit rund 63 Prozent gegenüber rund 50 Prozent in Westdeutschland erheblich höher. Entsprechend prägen traditionell-materialistische Werte und die Orientierung an kleinbürgerlichen Sekundärtugenden die sächsische Gesellschaft mehr als die westdeutsche. Die Konkurrenz um gering qualifizierte Arbeit ist vor dem Hintergrund einer verstärkten (Arbeits-)Migration und verbreiteter Angst vor struktureller Benachteiligung, wie sie die 1990er Jahre in Ostdeutschland prägten,³⁰⁶ insbesondere für ländliche Milieus in

305 Vgl.: ebd.

306 So generiert der aktuell vor dem Aus stehende Braunkohleabbau in den beiden sächsischen Revieren Mitteldeutschland und Lausitzer laut einem Bericht des MDR vom

Ostdeutschland, mit weniger qualifizierten Jobangeboten als in den Städten, wertebestimmend. Diese Konkurrenz wird mittels aggressiver Verteidigung vermeintlicher Etabliertenvorrechte zugunsten der ostdeutschen Unter- und Mittelschicht beeinflusst werden. Der Oberschichthabitus, der sich gegenüber sozioökonomischen Krisen abgesichert wähnt, fällt hingegen mit 37 Prozent in Sachsen gegenüber 50 Prozent im westdeutschen Mittel signifikant geringer aus.

Viele empirische Untersuchungen zeigen, dass die Sozialisation im Herkunftsmilieu entscheidend für die spätere Stellung von Individuen im sozialen Raum ist. Das umfasst sowohl die Positionierung im Sozialraum, die auf dieser Grundlage möglichen individuellen Bildungskarrieren als auch den im Herkunftsmilieu angeeigneten Habitus, also lebensweltliche Wahrnehmungen und politische Orientierungen.³⁰⁷ Wolfgang Wagner hat darüber hinaus gezeigt, dass Habituseigenschaften (Werte, politische Orientierungen) durch Adaption zwischen Milieus ausgetauscht werden und sich Milieus mit geringerem Kapitalvolumen an denjenigen mit besserer Kapitalausstattung orientieren. Wenn also nachwachsende Generationen in ähnlichen Milieus sozialisiert werden wie ihre (Groß-)Eltern und entsprechend deren Wertesystem, Handlungsweisen und politische Orientierungen übernehmen, muss auch von einer intergenerationellen und milieummanenten Übertragung von GMF-Facetten und extrem rechten Orientierungen ausgegangen werden. Die Verbreitung habitueller Praktiken und Wertevorstellungen knüpft Wagner an zwei Bedingungen: (1) geringen sozialräumlichen Abstand zwischen dem wertebildenden und dem übernehmenden Milieu und (2) intensive Kommunikation zwischen diesen Milieus.

Da sich der makrosoziologische Sozialraum Sachsens (und Ostdeutschlands) vom westdeutschen durch seine Konzentration auf kleinbürgerliche Mittel- und Unterklassenmilieus und eine im Vergleich zum Westen stärker kleinstädtisch und dörflich geprägte Struktur unterscheidet, sind die Voraussetzungen für eine Transmission entsprechender Wertevorstellungen im Osten auch sozialstrukturell günstiger. Milieus mit geringerem sozialen Prestige unterliegen so einer tendenziell stärkeren Affinität zur GMF-Reproduktion als prestigemächtige.

24.10.2018 noch immer rund 11.000 direkte Arbeitsplätze und ungezählte periphere Jobs für Dienstleistungen und Versorgung, vgl. MDR (2018).

307 Vgl. Wagner, H. (1999): 167.

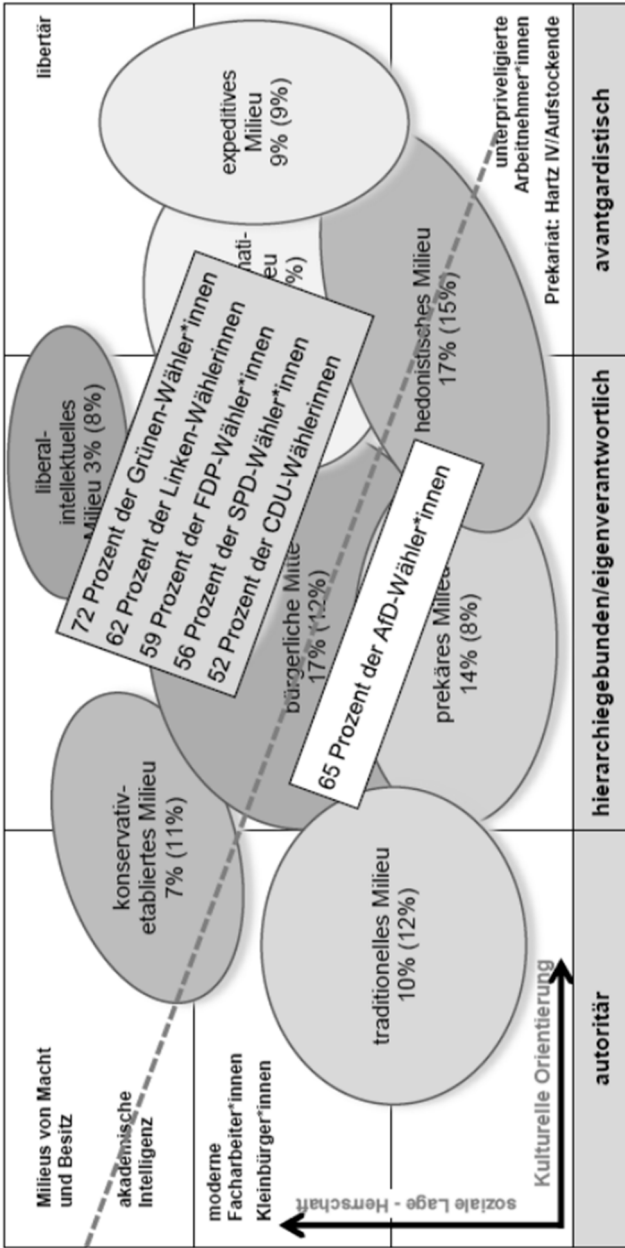


Abbildung 10: Autoritär-reaktionäre Hegemonie im Sozialraum (Anfälligkeit sozialer Milieus für GMF & extrem rechte Orientierungen); eigene Grafik unter Verwendung von: Wagner, H. (1999): 167; SINUS-Institut (2018); Neugebauer (2006); Vester/Gardemin (2009) und Vehrkamp/Wegschatder (2017)

Die diagonale Trennlinie in Abbildung 10 zeigt, mit Bezug auf die Wähler*innenstimmen zur Bundestagswahl 2017, die Affinität bundesdeutscher Milieus zu nationalistischen Wertedispositionen.³⁰⁸ In der Unter- und unteren Mittelschicht, die mit der zwangsweisen sozioökonomischen Milieuangleichung der DDR auf etwa 63 Prozent der Bevölkerung anwuchs und sich nach 1989 weitgehend zementierte, wirkt ein tradierter autoritär-reaktionärer Habitus als Nährboden für rechte Orientierungen. Abbildung 10 verbildlicht darüber hinaus die vielfach empirisch belegte These, extrem rechte Wertedispositionen entstünden in der Mitte der Gesellschaft und seien an beinahe alle soziokulturellen Milieus anschlussfähig.

2.6.2 Macht als strategische Ressource zur Durchsetzung einer menschenrechtsorientierten Zivilgesellschaft in der Gemeinwesenarbeit

Bei der GMF-Reproduktion, rechter Gewalt und der Verankerung nationalistischer Akteure gerade im ländlichen Raum Ostdeutschlands beruhen rassistische und nationalistische Habitus nicht nur auf individuellen Sozialisierungseffekten und subjektiven Desintegrationserfahrungen. Auch gesellschaftliche Einflüsse wie die politische Instrumentalisierung reaktionärer und autoritärer Einstellungen, über Jahrzehnte verschleppte gesellschaftliche Klärungen zum Thema Migration und Integration, sozioökonomische Ängste im Zusammenhang mit strukturellem Wandel und nicht zuletzt eine vernachlässigte politische Bildung in der Schule sind für die Verfestigung menschenfeindlicher Einstellungen mitverantwortlich. So kommt das „Ranking Politische Bildung 2018“ der Universität Bielefeld zu dem Ergebnis, dass die politische Bildung in der bundesdeutschen Bildungspolitik vernachlässigt wird, wobei Sachsen, neben einer Reihe anderer ostdeutscher Bundesländer, mit dem siebten Platz unterdurchschnittlich abschneidet.³⁰⁹ Da solche Deutungsebenen, wie in den vorangegangenen Kapiteln deutlich wurde, gesellschaftlich umstritten sind, benötigt GWA, will sie sich lösungsorientiert der Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion zuwenden, eine tiefere Auseinandersetzung mit sozialräumlicher Erlangung von Diskursmacht.

Hannah Arendt bietet hierfür eine praktikable Ausgangsperspektive. Ihre politische Theorie begreift Macht im Gegensatz zum Gewaltbegriff als „consent of the governed“ oder gemeinschaftlich-produktive Aushandlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Regierten.³¹⁰ Sie ist demnach eine positive kommunikative Ressource: „Alle politischen Institutionen sind Manifestationen

308 Vgl. Vehrkamp/Wegschaidter (2017): 15.

309 Vgl.: Gökbudak/Hedtke (2019): 7.

310 Vgl. ebd.: 45.

und Materialisationen der Macht; sie erstarren und verfallen, sobald die lebendige Macht des Volkes nicht mehr hinter ihnen steht und sie stürzt.“³¹¹

Wenn wir von jemand sagen, er „habe die Macht“, heißt das in Wirklichkeit, daß er von einer bestimmten Anzahl von Menschen ermächtigt ist, in ihrem Namen zu handeln. In dem Augenblick, in dem die Gruppe, die den Machthaber ermächtigte [...] auseinandergeht, vergeht auch „seine Macht“.³¹²

In dieser Definition zeigen sich zwei hier relevante Aspekte: (1) Macht ist eine für gesellschaftliche Entwicklung notwendige und positive Eigenschaft von Menschen oder Menschengruppen. (2) Machtprozesse sind kommunikative (Ermächtigungs-)Prozesse, in denen Gruppen ihren Vertreter*innen zeitlich begrenzt Vertrauen und Legitimation übertragen. Diese Legitimationsübertragung bedarf einer permanenten Vergewisserung, die im formalisiert-parlamentarischen Demokratieprozess durch Volksentscheide und Wahlen hergestellt wird. Im normativen Verständnis von Demokratie als kulturellem Alltagsprozess geschieht dies durch direkte Zuschreibung von Vertrauen und Legitimation. Schließlich liefert Arendt auch einen zivilgesellschaftlichen Ansatz, indem sie auf den öffentlichen Raum als Ort von Machtaushandlung hinweist, der „aus der gleichzeitigen Anwesenheit zahlloser Aspekte und Perspektiven, in denen ein Gemeinsames sich präsentiert“, entsteht.³¹³

Auch bei Bourdieu ist Macht als symbolischer Kampf um Deutungshoheit ein positiv besetzter, prozesshafter Begriff. Ihm zufolge sind die Lebensverhältnisse der Menschen Ausdruck ungleich verteilter Ressourcen, also kapitalistischer Machtverhältnisse. Um auf gesellschaftlicher und individueller Ebene des Sozialraums Strukturen und Bedingungen zu verändern, bedarf es – wie bei Arendts Machtdefinition – kollektiv-produktiver Handlungen und symbolischer Macht. Für das Bestreben sozialer Milieus und Akteursgruppen nach Prestigezuwachs bedeutet das, sich die Lebenswelt über symbolische Machtausweitung anzueignen. Dafür kommen zwei Formen infrage: (1) Mit kollektiven Repräsentationshandlungen, also gemeinschaftlichen Symbolhandlungen, können bestimmte gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse oder soziokulturelle Probleme sowohl gesamtgesellschaftlich als auch lebensweltlich in die öffentliche Debatte geholt werden. Beispiele sind politische Demonstrationen (etwa die „Wir sind Viele“-Demonstrationen im Oktober 2018 in Deutschland), Streiks, zivilgesellschaftliche Vernetzungshandlungen mit Entfaltung von Bürgeranliegen (z. B. lokale Aktionspläne), Menschenketten oder andere medial wirksame Aktivitäten. (2) Beim subjektiven Ressourcenausbau können Einzelne die kognitiven und evaluativen Strukturen von Individuen oder Gruppen versuchen zu verändern – unter Einsatz bestimmter Kategorien der Wahrnehmung und Bewertung der Lebenswelt. Gemeint ist die

311 Arendt (1970): 42.

312 Ebd.

313 Ebd.: 56.

Aneignung symbolischen Kapitals, also Bildungsabschlüsse und -titel, Prestigesteigerung durch Verwandlung individueller in kollektive Forderungen durch Vernetzung, Reputationssteigerung durch Akquirierung von öffentlichen oder privaten Finanzmitteln.³¹⁴ Bourdieus Gesellschaftsbild der soziokulturellen Schichtung ermöglicht, die Gesellschaft und ihre Prozesse makrosoziologisch zu analysieren und gleichwohl aus dieser Analyse Impulse für sozialräumliche und lebensweltliche Demokratisierungsprozesse zu gewinnen. Die möglichst genaue Beschreibung sozialer Wirklichkeit ist besonders dann von Bedeutung für Soziale Arbeit, wenn es um die Machtprozesse innerhalb einer Gesellschaft geht.

2.6.3 *Legitime und illegitime Machtausübung. Das sozialprofessionelle Spannungsfeld zwischen Macht und Bedürfnissen*

Ob Macht problematisch ist, hängt von den Regeln ab, mit denen Ressourcen, Mensch und Wertebasis verknüpft werden.³¹⁵ Sie bestimmen einerseits Zugänge zu Kapitalformen, aber auch die Positionsverteilung von Menschen im Sozialraum (vgl. Kapitel 2.1.2). Andererseits bestimmen diese Regeln die Gültigkeit symbolischen Kapitals, wodurch Schichtung und Hierarchisierung legitimiert werden. Silvia Staub-Bernasconi spricht von der „Wahl der allgemeinsten obersten Idee“.³¹⁶ Bei diesen Regeln handelt es sich um eine Form gesellschaftlicher Konsensfindung für soziale Kontrolle einerseits und Umgang mit Dissens andererseits. Demnach sind die bürgerlich-freiheitlichen Rechte (Grundrechtekatalog im Grundgesetz der BRD) mit direktem Bezug auf die universellen Menschenrechte (Art. 1 Grundgesetz) eine Form solcher Regelungen. Sie erstrecken sich in dieser Untersuchung über die „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“³¹⁷ direkt auf die hier analysierte GWA. Für Sozialprofessionelle ist Macht allerdings dann problematisch, wenn sie Menschen bei der gleichberechtigten Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse behindert, ihnen den Zugang zu erforderlichen Ressourcen verwehrt. Das Spannungsfeld zwischen Macht und menschlichen Bedürfnissen ist der Handlungsraum sozialprofessioneller Arbeit. Macht ist darüber hinaus eine zentrale Kategorie sozialer Systeme. Sozialarbeit tangiert den analytischen Machtbegriff in dreifacher Weise.³¹⁸

314 Vgl. Scherschel (2006): 71.

315 Vgl. Staub-Bernasconi (1995): 25.

316 Ebd.: 26.

317 Vgl. BMFSFJ (2016).

318 Vgl. Arnegger/Moser (2004): 46.

1. *Verteilung knapper Ressourcen:* Machtprozesse wirken gesellschaftsstrukturierend, sie führen zu einer vertikalen Distinktion, in der auch der Zugang zu Ressourcen als notwendige Voraussetzung von Bedürfnisbefriedigungen bestimmt wird. Machtprozesse sind somit zentrale Gegebenheiten Sozialer Arbeit. Sie zu verstehen und zu analysieren ist daher von zentraler Bedeutung.
2. *Bewertung der Verteilungen:* Soziale Arbeit übt regulierenden Einfluss auf gesellschaftliche Machtverhältnisse aus, indem sie bedürfnisgerechte Verteilungen anstrebt. Sozialprofessionelle üben selber Macht aus, indem sie illegitime Macht begrenzen und legitime Macht fördern.
3. *Machterhaltung durch soziale Kontrolle:* Sozialprofessionelle übernehmen kontrollierende Funktionen innerhalb der Gesellschaft, setzen Regeln der Machtverteilung und Verhaltenssteuerung durch (aufgrund von Gesetzen und Verordnungen) und überprüfen deren Einhaltung.

Punkt 1 impliziert zudem, dass neben der Frage der Verteilung knapper Ressourcen und begehrter Güter im makrosoziologischen Sozialraum auch die Anordnung von Menschen und Gruppen zur Produktion und zum Erhalt materieller und kultureller Güter³¹⁹ analysiert werden müssen. Staub-Bernasconi unterscheidet vier Analysekatgorien zur Ermittlung von Regeln bei Machtproblemen:³²⁰

1. Wie lassen sich Ressourcen auf Individuen und Gruppen verteilen? Wie und an wen sollen Ressourcen verteilt werden, die nicht der Bedürfnisbefriedigung, sondern der Wunscherfüllung dienen? (entspricht 1a)
2. Wie können Menschen sozial angeordnet werden? Wie sollen Menschen problem- und aufgabenbezogen, also funktional und zugleich menschen- und bedürfnisgerecht angeordnet werden? (entspricht 1b)
3. Wie können die Verteilungs- und Anordnungsvorschriften begründet werden? An welche Werte und kollektiv geteilte Kriterien sind sie geknüpft und mit welchen Konsensfindungsverfahren gehen sie einher? (entspricht 2)
4. Mit welchen Mitteln (positive/negative Sanktionierung durch soziale Kontrollinstanzen) sollen diese Vorschriften durchgesetzt werden? (entspricht 3)

Die Antwort auf diese vier Fragen liegt in der Beschreibung unterschiedlicher Machtstrukturen: Macht wirkt legitim, wenn sie als bedürfnisnahe Begrenzungsmacht reguliert, das heißt Akteure mit Behinderungsmacht an der Diskriminierung nach unten (Verweigerung des Zugangs zu gesellschaftlich relevanten und für Bedürfnisbefriedigung notwendigen Gütern) hindert und eine umfassende Umverteilung von Ressourcen nach oben beschränkt.³²¹ Macht wirkt illegitim, wenn sie die Menschen an der Befriedigung ihrer Bedürfnisse hindert. Behinderungsmachtstrukturen wirken oft atomisierend, weil sie „zu ihrer Erhaltung auf die Fragmentierung, Individualisierung und Desolidarisie-

319 Vgl. Geiser (2000): 187.

320 Vgl. Staub-Bernasconi (1995): 28.

321 Vgl. ebd.: 32.

„... der Unterlegenen angewiesen ist“ und eine einseitig, auf persönliche Gewinnmaximierung ausgerichtete Autonomie erfordern.³²²

2.6.4 *Umkämpfte Zivilgesellschaft – Wege zur kulturellen Hegemonie demokratischer (Grund-)Werte im Alltag*

Für die in dieser Arbeit reflektierten GWA-Projekte sind strategische Elemente einer sozialräumlichen Auseinandersetzung um Diskursmacht mit extrem rechten Orientierungen und GMF-Reproduktion relevant. Sie sind die Basis, auf der Perspektiven für sozialräumliche Interventionen durch GWA entwickelt werden können.

Illegitime Machterlangung extrem rechter Orientierungen und Akteure im Sozialraum

a) Subjektorientierte Strategie: Schaffung individueller Angsträume

Die Strategie der „national befreiten Zonen“, wie 1991 vom NPD-nahen Nationalen Hochschulbundes konzipiert, sind ein praktisches Ergebnis intellektueller Auseinandersetzung extrem rechter Vordenker*innen mit machtheoretischen Überlegungen.

National Befreite Zonen [...] sind Mikrokosmen der Gemeinschaft [...]. Befreite Zonen [...] sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird. Es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, [...] Heimat für die Heimatlosen.³²³

In subtilerer Form sind solche Hegemoniebestrebungen einer modernisierten autoritären Rechten auch heute zu beobachten. Zivilgesellschaftliche Demokratieprojekte nutzen den psychologischen Begriff der Angstzone, der einerseits die Perspektive (potenzieller) Opfer rechter Gewalt in den Blick nimmt und andererseits die Perpetuierung nationalistischer und rassistischer Kampfbegriffe vermeidet. Den gesellschaftlichen Kontext der untersuchten GWA-Projekte in den Jahren 2006 bis 2011 prägten die eingangs zitierten NPD-Strategien ebenso, wie die in Abbildung 10, Kapitel 3.6.1 bildlich dargestellte gesellschaftliche Hegemonie eines konservativ-reaktionären Blocks in Sachsen. Ohne diese Einordnung der Kräfteverhältnisse, insbesondere in der ländlichen Peripherie Sachsens, in denen die hier nachfolgend dargestellten und reflektierten GWA-Projekte durchgeführt wurden, ist der für diese Arbeit titelgebende Halbsatz „Umkämpfte Zivilgesellschaft“ nicht hinreichend erläutert, denn kein

322 Vgl. ebd.: 37.

323 Nationaldemokratischer Hochschulbund (1991).

Sozialraum, in dem das KBS Mobile Beratung oder GWA durchführt, ist von diesem gesellschaftlichen Kontext nicht betroffen.

Das Zitat am Kapitelanfang verdeutlicht die Bedeutung alltagskultureller Kategorien für die politische Strategiebildung der extremen Rechten, zu der Große Teile der heute in Sachsen relevanten AfD ebenso zählen, wie die zur Zeit der GWA-Projekte relevanten Kameradschaftsstrukturen. Ihr zentrales Thema damals wie heute ist die Herstellung einer völkisch determinierten kulturellen Identität, die Besetzung von Diskursen um Identität und Heimat mit rassistischer und antisemitischer Symbolik und die aggressive Ausgrenzung von nicht zu diesem Identitätskonstrukt gehörenden Personengruppen. Rassismus wird so zur symbolischen Ressource eines nationalistisch strukturierten und ethnisch klassifizierten sozialen Raums.³²⁴ Ein ursprünglich von Antonio Gramsci entworfenes Konzept, nach dem der Überbau (politische Institutionen, kulturelle Traditionen) durch Verschiebung und Umwertung von Wertesystemen im gesellschaftlichen Diskurs beeinflusst werden kann, wird hier mit extrem rechter Konnotation umgesetzt. Diese Strategie steht hinter planmäßigen Dominanzbestrebungen in Jugendszenen und -zentren, Bürgerinitiativen oder völkisch aufgeladenen Alltagsdebatten um Migration, Integration, Heimat, Sicherheit oder Kulturpolitik. So werden Orte und Diskurse geschaffen, in denen nationalistische und rassistische Positionen, kulturelle Bezüge und Akteure anerkannt und bestimmend werden. Diese Strateg*innen wissen, dass die schleichende Übernahme von Diskursmacht umso wirkungsvoller ist, je länger sie von der Bevölkerungsmehrheit oder Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft nicht erkannt wird. Die Herstellung kultureller Dominanz geht auch mit der Besetzung öffentlicher Räume einher. Bei der Errichtung von Angstzonen wird Gewalt gezieltes Instrument rassistischer Ideologie.

Tatsächliche oder angedrohte Gewaltanwendung führt dazu, dass Andersdenkende solche Räume meiden. Zur Jahrtausendwende war diese Strategie vielfach in ostdeutschen Jugendzentren zu beobachten. Ein Anlass für das GWA-Projekt des KBS, das in dieser Arbeit beschrieben wird, war ein so entstandener rechtsdominierter Jugendklub im untersuchten Urlaubsdorf (Name anonymisiert). Rechte Jugendliche drängten durch dominantes Verhalten andere Jugendliche heraus und schufen eine Alltagskultur, in der sich nur Gruppenmitglieder angstfrei bewegen konnten. Jugendklubs, die sich nicht dem massiven Ansturm von rechts beugten, oder Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen waren in Gefahr. Die Angst potenzieller Betroffener rechter Gewalt war und ist einkalkuliert und die Gefahr für Andersdenkende und Migrant*innen, in Ostdeutschland Opfer von rechter Gewalt zu werden, zehnmal höher als in Westdeutschland.³²⁵ Auch heute werden systematisch staatliche Hoheit und geltendes Recht unterlaufen. Behörden sind vielfach aus strukturellen

324 Scherschel (2006): 79.

325 Entorf/Lange (2019): 9.

Gründen (geringer Personalschlüssel bei größer werdender räumlicher Zuordnung), mehr noch aber aus inhaltlichen Gründen (Ignorieren des Gefährdungspotenzials; Teilen gleicher Werte) nicht in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Nicht mehr der Staat und seine handlungsleitenden Menschenrechtsprinzipien, sondern eine illegitime rassistische Ordnung sind in solchen Räumen vorherrschend. „Die Logik des rechtsextremen Feldes, die in ihm akzeptierten Kapitalsorten, entscheiden darüber, wer Geltungsansprüche formulieren und seine Sicht der Welt durchsetzen kann.“³²⁶

b) Objektorientierte Praktik: Subversion der Zivilgesellschaft

Die extreme Rechte greift gesellschaftliche Themen und lokale Debatten auf, um sie zielgerichtet politisch aufzuladen. Die kulturelle Dominanz rechtsnationaler Orientierungen nicht nur in Sachsen lässt sich am besten mit Blick auf Sozialräume bewerten. Ein besonders im ländlichen Raum verbreitetes autoritäres Gesellschaftsverständnis, das stark auf staatliche Ordnung und behördliches Handeln setzt und zivilgesellschaftliches Engagement diskreditiert oder ablehnt, begünstigt diese Dominanz. Die Anschlussfähigkeit an chauvinistische Ideologieelemente der späten DDR führt vor dem Hintergrund einer in weiten Teilen als ungerecht und ausgrenzend empfundenen neoliberalen Wirtschaftsordnung zu stillen Übereinkünften eher unpolitischer, reaktionär-konservativer und extrem rechter Milieus und Akteure. Wo mit der 1989 errungenen Demokratie blühende Landschaften und schneller allgemeiner Wohlstand verbunden wurden und diese Hoffnungen im Verlauf der letzten 30 Jahre zerbarsten, sind der Rekurs auf autoritäre aber klar strukturierte, (national-)sozialistische³²⁷ und völkisch-homogene Verhältnisse nicht weit. Migrant*innen, die seit 2015 zumindest medial erfahrung zahlreicher nach Deutschland kamen, werden in dieser Konstellation vielfach als Konkurrenz um knappe Ressourcen, nicht als Chance für einen neuen Aufbruch begriffen und aggressiv ausgegrenzt. Diese Situation nutzt vor allem die extreme Rechte innerhalb oder außerhalb der sächsischen AfD strategisch, um ihre Positionen diskursfähig und -mächtig zu machen. Um das Konzept der völkisch geschlossenen Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, beschwören neurechte Akteure immer wieder „ethnisch reine nationale Identitäten“ und ein Volk als „Schicksalsgemeinschaft“. Gemeinsame (Kultur-)Merkmale wie Sprache, Abstammung oder Geschichte werden als vopolitische Kriterien präsentiert, die angeblich die Existenz der Volksgemeinschaft beweisen. Solidarität nach innen wird mit dem Freund-Feind-Schema über eine aggressive Abwehr vermeintlich

326 Scherschel (2006): 71.

327 Am 19.6.2019 wurde der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine achtseitige Denkschrift der beiden Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag Sachsen-Anhalt bekannt, in der eine Koalition der CDU mit der AfD nachgedacht und eine Versöhnung des Sozialen mit dem Nationalen gefordert wird.

Außenstehender (Migrant*innen) generiert. Ohne die Anwendung von Gewalt ist eine solche völkisch-rassistische Vorstellung nationaler Identität nicht aufrechtzuerhalten. Feindseligkeit gegenüber als fremd definierten Menschen gerät zu einer Bedingung des nationalen Überlebens. Je stärker diese Merkmale auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen und je geringer der demokratisch-menschenrechtsorientierte Widerstand ausfällt, desto größer ist die extrem rechte Diskurs- und Wirkungsmacht. Rechte Gewalt wird parallel als Gewalt rivalisierender Jugendgruppen bagatellisiert oder verdrängt. Betroffene wurden in Sachsen in den letzten Jahren immer wieder kritisiert: Diejenigen, die das Problem ansprechen, würden durch ihre Problemwahrnehmung die öffentliche Ruhe und Ordnung stören. Häufig wurde und wird ihnen unterstellt, sie seien linksextrem.³²⁸ Die Situation in Ostdeutschland ist besonders. Die emanzipatorische Tradition erscheint hier schwächer als der kulturell tradierte, auch von der DDR genutzte, reaktionäre Nationalismus.

Soziales Kapital als Ressource demokratisch-menschenrechtsorientierten Engagements

In Politik und Wissenschaft vielfach diskutierte Hinweise zu sozialem Kapital gab Robert D. Putnam in seinem 1995 erschienenen Essay „Bowling alone: Americas declining Social Capital.“ Soziales Kapital mit Bürgertugenden wie Gemeinwohlinteresse und partizipativem Verhalten wird darin als sozialer Kitt für moderne, globalisierte Gesellschaften beschrieben.³²⁹ Das Konzept sollte die komplexen Zusammenhänge von Utopien, Normen und Einstellungen einerseits und sozialen Verhaltensweisen wie vertrauensvoller Zusammenarbeit andererseits erklären helfen, die für die Durchsetzung kollektiver Ziele von Individuen und Gruppen in der Zivilgesellschaft ausschlaggebend sind.³³⁰ Soziales Kapital ist in den Überlegungen Putnams neben physischem Kapital (Werkzeuge, Maschinen) und Humankapital (kulturelles Kapital: Bildung, Wissen) zentraler Faktor für den Erfolg gemeinschaftlicher Vorhaben in der Zivilgesellschaft.³³¹ Putnam geht über die Sozialkapitalidee Bourdieus hinaus, indem er ein kommunikativ-interaktives Konzept der Entwicklung und Stärkung sozialen Kapitals entwirft, das für den Kontext dieser Arbeit fruchtbar erscheint. Während „capital social“ für Bourdieu akkumulierte soziale Energie in objektiver und verinnerlichter Form bedeutet, ist „social capital“ für Putnam Vertrauen, Gegenseitigkeit und gemeinschaftliche, freiwillige Assoziation, wobei solche gemeinschaftlichen Unternehmungen (etwa in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Arbeitsgruppen im Gemeinwesen) Gegenseitigkeit stärken

328 So wird seit Monaten im ostsächsischen Bautzen die Bloggerin und engagierte Demokratin Annalena Schmidt bedroht (vgl. MDR 2019, Rietzschel 2019).

329 Vgl. Haug (1997): 11.

330 Vgl. Putnam (1993: 167, 180; 1995: 664f.).

331 Putnam (2001): 763; vgl. aber auch Coleman (1988), Bourdieu (1983).

sowie Vertrauen aufbauen und vermehren. Die Voraussetzungen für die Bildung freiwilliger Kooperationen zivilgesellschaftlicher Akteure sind Putnam zufolge in einer Gemeinschaft mit hohem Sozialkapital besser. Allerdings bleibt sein Sozialkapitalkonzept hinter der ressourcen- und machtsensiblen Sozialraumtheorie Bourdieus zurück, da die sich teilweise widerstrebenden, unterschiedlichen Interessen und ökonomischen oder kulturellen Zugangsmöglichkeiten sozialer Akteure zu Ressourcen kaum beleuchtet werden. Die Problematik unterschiedlicher Machtpositionen und Einflussmöglichkeiten und somit fehlender Gleichberechtigung im Sozialraum bleibt bei Putnam unreflektiert, der auch eine operationale Begriffsdefinition und empirisch überprüfbare Theorie vermissen lässt.³³²

In Putnams Konzept, das er aus empirischen Studien in Norditalien und den USA ableitet, stehen drei Elemente zentral: (1) soziales Vertrauen, das die zur gesellschaftlichen Entwicklung erforderliche Kooperation von Individuen erleichtert; (2) die Norm generalisierter Reziprozität, also das Revanchieren für erhaltene Unterstützung, das zur Lösung sozialer Dilemmata beiträgt; und (3) Netzwerke zivilgesellschaftlichen Engagements, die generalisierte Reziprozitätsnormen pflegen und soziales Vertrauen aufbauen.³³³ Schwaches Vertrauen beschränkt sich auf die Abwesenheit von Furcht und Misstrauen in der Interaktion mit anderen Akteursgruppen und der Annahme von Beziehungsreziprozität (eine Leistung wird mit einer Gegenleistung vergolten). Starkes Vertrauen beruht auf der Hoffnung, andere Akteure seien im Prinzip wohlgesonnen (eine Leistung wird zu einem späteren Zeitpunkt angemessen vergolten) und eine Kooperation nütze allen.³³⁴ Die drei Elemente Vertrauen, Reziprozität und Netzwerke könnten sich darüber hinaus gegenseitig in einem „virtuos circle“ verstärken oder aufgrund von Defiziten bei einem Element auch in einem „vicious circle“ schwächen. Regelmäßige Inanspruchnahme sozialen Kapitals fördere dessen Potenzial, mangelnde Inanspruchnahme hingegen führe zu einem langfristigen Verfall dieses Kapitals.³³⁵ Erkenntnis- und Handlungskompetenzen wie Aufmerksamkeit, Vertrauen, Initiativnahme, Organisationsfähigkeit und gegebenenfalls Gleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber Minderheiten und Migrant*innen können demnach in Bürgerinitiativen und Vereinen erworben und verstärkt werden und sich über die konkreten temporären Themenstellungen des Assoziationszusammenhangs hinaus verbreiten.³³⁶ Somit hat vernetztes Handeln in freiwilligen Assoziationen der Zivilgesellschaft nicht allein individuellen und gruppenspezifischen, sondern immer auch gesellschaftlichen Nutzen und ist somit ein Kollektivgut.

332 Vgl. Haug (1997): 1.

333 Vgl. Putnam (1993): 170ff.

334 Vgl. Offe/Fuchs (2001): 419.

335 Vgl. Putnam (1993): 170.

336 Vgl. Offe/Fuchs (2001): 429f.

Für den Kontext dieser Arbeit ist aber besonders Putnams soziostrukturelle Differenzierung sozialen Kapitals in „bridging“ und „bonding capital“³³⁷ von Belang. „Brückenschlagende Netzwerke“ knüpfen lockere Vertrauensbeziehungen zwischen Akteuren unterschiedlicher Milieus und politischer Überzeugungen. Wenn etwa im Zuge einer Lesung mit anschließender Diskussion zum Thema rechte Gewalt Kontakte zwischen der für dieses Thema stehenden Bürger*inneninitiative und allgemein kulturinteressierten Bewohner*innen intensiviert werden können, hilft dieses bridging capital, die Reichweite des Diskurses über GMF und Ungleichwertigkeitsideologien im Gemeinwesen zu vergrößern. Dagegen verbinden „verbindende Netzwerke“ (bonding capital) Akteure, die sich sozial, ethnisch, ideologisch etc. nahestehen. Diese Kapitalform kann demnach sowohl die Zugehörigkeit zur Eigengruppe und dadurch Selbstwirksamkeitsvertrauen und Selbstidentität stärken, gleichzeitig aber auch zum Phänomen der Filterblase, also selbstreferenzieller Debatten im eigenen Zirkel beitragen.

Putnams Systematisierung des Sozialkapitalkonzeptes als brückenbauende, milieuübergreifende Netzwerkarbeit³³⁸ reicht über Bourdieus Fokus auf Milieubegrenzung (Distinktion) hinaus und ist deshalb für diese Arbeit gewinnbringend. Gleichzeitig macht sie deutlich, dass soziales Kapital mehr noch in Putnams als in Bourdieus Sinne kein normativer Begriff ist. Dieser Hinweis ist hier insofern wichtig, als er deutlich macht, dass die Konsequenzen sozialen Netzwerkes nicht zwangsläufig positiv im Sinne des Gemeinwohls oder genauer: einer deliberativ-demokratischen, menschenrechtsorientierten und zivilen Gesellschaft sind. Auch mafiöse Familienclans oder neurechte Akteure und Netzwerke verfügen über soziales Kapital.³³⁹ Strobel/Würtz/Klemm führen aus diesem Grund für die Netzwerkanalyse in Projekten gegen GMF die alternative Formulierung „vernetztes bürgerschaftliches Engagement“ ein, die Kooperationsstrukturen bezeichnet, die demokratischen und humanistischen Werten verpflichtet sind.³⁴⁰ Wenn es also wie in dieser Arbeit darum geht, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke zur Bekämpfung extrem rechter Orientierungen voranzubringen, muss GWA einerseits starke (bonding) Beziehungen für die jeweiligen lokalen Initiativgruppen ermöglichen, die eine langfristige, vertrauensvolle Kooperation auch emotional absichern. Da solche homogenen Akteursgruppen jedoch dazu neigen, sich im Sinne der bereits erwähnten Filterblase gegen neue Sichtweisen und Ideen anderer Akteure abzuschotten, muss GWA andererseits für die Netzwerkarbeit im Gemeinwesen immer auch schwache Beziehungen fördern, die den Zugang zu externen Ressourcen und neuen Informationen ermöglichen. Gelingen solche Brückenkooperationen, können sich nachhaltig wirksame

337 Vgl. Strobel/Würtz/Klemm (2003): 35.

338 Vgl. Putnam (2000) 22ff.

339 Vgl. Roth (2004a): 41ff, Roßteutscher (2008): 61ff.

340 Vgl. Strobel/Würtz/Klemm (2003): 35ff.

Machverschiebungen und in der Folge soziokulturelle Veränderungen im Gemeinwesen ergeben. GWA in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit bedarf demnach einer ausgewogenen Mischung starker und schwacher Beziehungen.

Meine Ausführungen in den Kapiteln 3.6.1 und 3.6.2 haben aber auch deutlich werden lassen, welche langwierigen sozialstrukturellen Prozessen und Machtverhältnissen sich GWA in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit gegenübersehen. Für die Milieubildung und -veränderung sind komplexe sozioökonomische Prozesse ausschlaggebend, die sich in sozialräumlichen persuasiven Projekten kaum durch GWA beeinflussen oder gar verändern lassen. Dennoch erschien es dem KBS notwendig, den Fokus auf kleinteilige sozialräumliche Veränderungsprozesse durch GWA zu legen, um den vielen aktiven und im besten Sinne demokratischen Akteur*innen, die es in Sachsen eben auch gibt, ein anderes Angebot über die sporadisch stattfindenden Beratungsgespräche und Projekte mit den Mobilien Beratungsteams des KBS hinaus zu machen. Ohne die – zumindest in Teilen des ländlichen Raums – prekäre gesamtgesellschaftliche Situation aus dem Blick zu verlieren, sollen deshalb nachfolgend Perspektiven und methodische Überlegungen für eine GWA angestellt werden, die sich ein Verständnis für das Machbare erhält und dennoch GWA-Projekte (weiter-)entwickelt, die GMF-Reproduktionsprozesse wirksam unterbinden können.

3 Sozialräumliche Demokratiearbeit als GWA

Die GWA gilt innerhalb der Theorie und Praxis der Sozialarbeitswissenschaft als dritte Säule neben der sozialen Einzelfallhilfe und der sozialen Gruppenarbeit. Allerdings wurde diese dritte Säule ab Mitte der 1980er Jahre in Deutschland – anders als in vielen europäischen Nachbarstaaten und den USA – immer weiter zugunsten der anderen beiden Säulen und ihrer staatlichen Pflichtleistungen Sozialer Hilfen in den Hintergrund gedrängt. Aufgrund schrumpfender ländlicher Gemeinden zugunsten der Großstädte und zunehmender Gentrifizierung innerhalb derselben gewannen ab Mitte der 1990er Jahre stattdessen sozialräumliche Quartiers- und Stadtteilmanagementstrategien an Bedeutung. Sie waren als Instrumente sozialer Befriedung und Integration für Stadtentwicklungsprozesse konzipiert. Vernachlässigt wurde dabei die in den Ursprüngen der GWA angelegte emanzipatorisch-bürgerrechtsorientierte Perspektive. Diese Quelle gelangte erst ab Mitte der 2000er Jahre wieder verstärkt in den Fokus von Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Sie werden in diesem Kapitel mit ihren unterschiedlichen kulturellen Quellen und Schwerpunktsetzungen dargestellt – als Ausgangspunkt einer emanzipatorischen GWA, mit der eine demokratische Alltagskultur vitalisiert werden und GMF-Reproduktion lebensweltlich bearbeitet werden kann. Den nachfolgend skizzierten GWA-Ansätzen sind zwei Grundüberlegungen gemeinsam:

- Menschen stehen mit ihrer Umwelt in Beziehung, werden von ihr beeinflusst und beeinflussen wiederum diese Umwelt.
- Diese Mensch-Umwelt-Beziehungsgeflechte (Systeme) können von außen beeinflusst und damit zur Veränderung bewegt werden.

3.1 Das US-amerikanische Modell: Community Organizing (CO)

„Demokratie ist eine Lebensweise. Man kann sie nicht haltbar machen wie Marmelade. Sie ist ein Prozess – ein pulsierender, lebendiger Schwung der Hoffnung und des Fortschritts, der stets nach der Erfüllung seines Ziels im Leben strebt – der Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde.“ Alinsky (1969): 46f.

Community Organizing (CO) ist ein bürgeraktivierendes Konzept, das seine Wurzeln in der Settlement-Bewegung um 1900 und später der Social Welfare-Bewegung der Industrialisierungszeit um den Ersten Weltkrieg in den USA

hat.³⁴¹ Die Settlementbewegung entstand Ende des 19. Jahrhunderts in Großbritannien. Ihr Mitbegründer war Arnold Toynbee, der 1892 im Londoner East End (einem damaligen Arbeiterslum) mit Akademiker*innen und Studierenden ein Haus bezog, um eine Brücke zwischen Arm und Reich zu schlagen. In den Niederlanden wurde diese Idee wenig später durch die Volkshausbewegung aufgegriffen, deren Gemeinschaftshäuser eine Kombination aus Begegnung, Erholung und Bildung als ganzheitlichen Lebensansatz vertraten. Kultur und Kunst wurde von den zumeist bürgerlich-humanistischen Pionieren der Bewegung als soziokulturelles Vermittlungsmedium für die drei Bereiche: Begegnung, Erholung und Bildung begriffen.

Saul D. Alinsky, der Begründer des CO, verfolgte dagegen eine radikal-konfrontative Idee organisierten sozialen Wandels nach dem Vorbild gewerkschaftlicher Arbeits- und Sozialkämpfe der Jahrhundertwende. Alinsky hatte diese Kämpfe als Gewerkschaftsfunktionär im Chicago der 1940er Jahre selbst mitgestaltet und wollte diese Formate auf soziale und menschenrechtliche Themen übertragen. CO ist eng mit der Universität Chicago und ihrer Chicago School of Sociology verknüpft, an der Alinsky Soziologie und Kriminologie studierte. Von ihr übernimmt Alinsky sowohl den Community-Begriff (Sozialraum) als auch deren ethnosoziologische Forschungsmethoden.³⁴² Darüber hinaus ist CO wohl die GWA-Methode, die sich am intensivsten mit dem Thema Macht und Machterlangung im Sozialraum auseinandersetzt. Obwohl CO grundsätzlich kooperativ angelegt ist, zeichnet es sich, im Unterschied zu vielen anderen Methoden Sozialer Arbeit, durch eine strategische Konfliktfokussierung und -bearbeitung aus. Ohne Auseinandersetzungen mit Kommunalverwaltungen, Industrieunternehmen oder wirkungsmächtigen bürgerschaftlichen Institutionen seien organisierte Veränderungsprozesse nicht möglich.³⁴³

CO ist ein Prozess, in dem Menschen durch Selbstorganisation selbst formulierte konkrete Verbesserungen ihrer Lebenswelt durchsetzen. Dabei handelt CO nach den Grundsätzen der Selbstbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität und auf Grundlage eines humanistischen Menschenbildes. Das Vertrauen in die Fähigkeit von Menschen, ihre Lebensbedingungen selbst zu gestalten, ist für CO grundlegend. Mit dem Aufbau sozialer und kultureller Beziehungen zwischen lokalen Akteuren wird deren politisches Handeln angeregt. Den Anlass für die Arbeit stellen nicht allgemeine gesellschaftliche Probleme, sondern konkrete Angelegenheiten vor Ort, die Issues genannt werden. CO zielt in der Problembearbeitung nicht unbedingt auf eine Konfrontation mit dem sogenannten Gegner ab. Vielmehr sollen Konflikte lösungsorientiert und konstruktiv ausgetragen werden. Bei der Durchsetzung eigener Interessen werden Konflikte als unvermeidbar akzeptiert, denn nur so können auch

341 Vgl. Szyuka (2014): 11.

342 Vgl. Alinsky zitiert in Szyuka, (2014): 12.

343 Vgl. Müller/Szyuka (2014): 17.

Veränderungen hervorgerufen werden. Kontroversen haben aber nur Erfolg, wenn vorher eine Aktivierung möglichst vieler Personen im Gemeinwesen erreicht werden kann.

Kernpunkte des CO

Der Aufbau tragfähiger Beziehungsnetzwerke, die Selbstorganisation, das Identifizieren gemeinsamer Themen und die lokale Aktion von Bürger*innen ermöglichen, ist Ziel des CO. Menschen, die bislang keinen Kontakt zueinander hatten (etwa Einwohner*innen mit verschiedenem Glauben, Arme und Reiche) sollen gemeinsam machtvolle und lebendige Organisationen bauen. Mit solchen tragfähigen Beziehungsnetzwerken sollen schließlich strategische Vorgehensweisen und Konflikttaktiken abgestimmt werden, mit denen „mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das Bestmögliche für die Community herausgeholt“ und entwickelt werden kann.³⁴⁴

Der *Change Agent* (oder der*die GWA-Arbeiter*in) benötigt einen Handlungsauftrag (Legitimation). Er*Sie sollte zum Beispiel von einer Initiativgruppe gerufen werden. Seine*Ihre Rolle im Organizing-Prozess ist die eine*r Ratgeber*in, externen Expert*in und Moderator*in. Alle wichtigen Entscheidungen werden von den lokalen Akteuren selbst getroffen. Der Change Agent steht konsequent auf der Seite der Benachteiligten – eine neutrale Vermittlerposition lehnt Alinsky ab. Oberster Grundsatz der Praxisberatung ist, am Erfahrungshorizont der Menschen anzusetzen und ihren individuellen Hintergrund zu respektieren. Sitten und Gebräuche des Gemeinwesens müssen dazu aufmerksam beobachtet und in die eigene Strategie eingebaut werden. Hierfür sind Kneipengespräche, Einkäufe oder Spaziergänge hilfreich.

Um ein Gemeinwesen organisieren zu können, muss der Change Agent die lokalen *Leader* (Schlüsselpersonen) identifizieren, denn „der einzige Weg, mit dem Volk ins Gespräch zu kommen, ist der über die informellen Führer,“ die als natürliche Autoritäten anerkannt werden.³⁴⁵ Das sind nicht etwa Gemeinderät*innen, Gewerkschaftsleitende, Pastor*innen oder Geschäftsleute, sondern viele kleine Persönlichkeiten oder „die größten Halme aus den Graswurzeln der Demokratie“.³⁴⁶ Sie lassen sich nicht mit den üblichen Mitteln wie Fragebogen oder Interviews ausfindig machen, sondern nur durch geduldige Nachforschungen (Achten auf Gesten und Wörter der Einheimischen) in zahllosen zwanglosen Situationen. Dazu bedarf es eines vertraulichen Umgangs mit allen entsprechenden Interessengruppen des Sozialraums.³⁴⁷ Alinsky schlägt dafür Kneipengespräche, Kartenspiele etc. vor, bei denen sich die zwanglose Stimmung gegen Misstrauen und Zurückhaltung durchsetzt.

344 Ebd.

345 Vgl. Alinsky (1984): 101.

346 Ebd.

347 Ebd.: 69.

Schlüsselpersonen leiten die entstandenen Bürgerorganisationen und bestimmen deren Ziele. Sie werden vom Change Agent unter Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen geschult.

Einzel- oder Gruppengespräche der Schlüsselpersonen mit Bürger*innen oder deren Vereinigungen ergeben, welche Themen zu *Issues* (Anliegen) werden, also den größten Anlass für Ärger oder Besorgnis darstellen. Als Technik der Evaluation von Anliegen werden beim CO vorwiegend Interviews verwendet, die auch das Instrument zur Aktivierung der Betroffenen sind. Die Anliegen werden in Arbeitsgruppen weiterbearbeitet. Hier formulieren die Betroffenen ihre Interessen und planen Strategien zu deren Durchsetzung. Eine Bürgerorganisation im Sinne des CO ist daher nicht wie eine Bürgerinitiative um ein einziges Problem herum gebildet, sondern baut auf Beziehungen, von denen der Erfolg des Organizing-Prozesses abhängt.

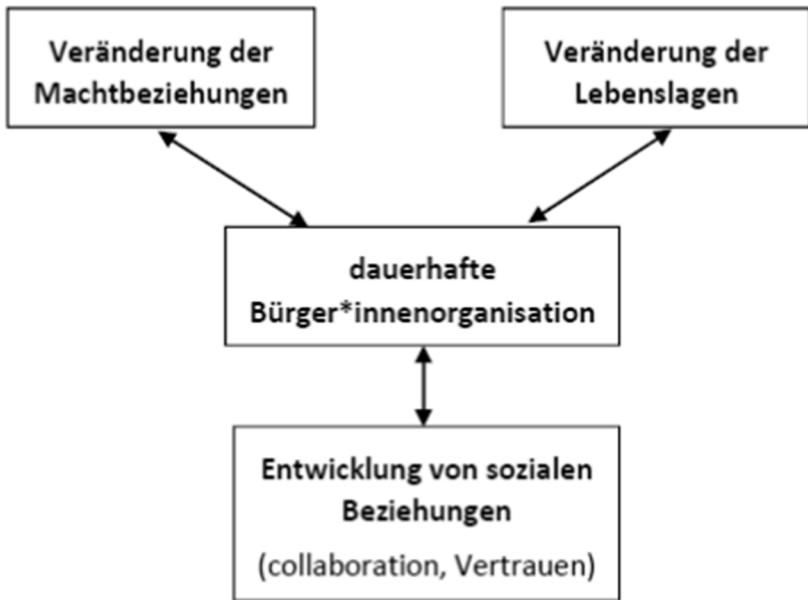


Abbildung 11: Dimensionen des Community Organizing (Rothschuh (2010): 1)

CO beinhaltet einen Lernprozess, um die Betroffenen und deren Organisationen handlungsfähig zu machen. Die Schlüsselpersonen sollen in ihrer Entwicklung gefördert und ihre natürliche Führerschaft von einer begrenzten Rolle zu einer umfassenderen ausgedehnt werden. Solche Lernprozesse sind Grundlage des Wachstums der Bürgerorganisation.³⁴⁸ Schlüsselpersonen lernen, wie man

sich organisiert und andere dazu motiviert, mit politischen Entscheidungsträger*innen zu verhandeln. Die Fähigkeit, mit sehr unterschiedlichen Menschen eine konstruktive und tragfähige Beziehung einzugehen, wird in moderierten Gruppenprozessen systematisch trainiert. Die organisierten Bürger*innen sollen so ernst zu nehmende Verhandlungspartner*innen für Politik und Verwaltung werden.

Abbildung 11 verdeutlicht die Dimensionen des CO. Durch den Aufbau dauerhafter Bürgerorganisationen werden Machtbeziehungen verändert und zugleich konkrete Verbesserungen der Lebenslagen der Menschen erreicht. Die Entwicklung sozialer Beziehungen und Netzwerke ist Nährstoff für diesen Prozess. Beim CO geht es um Veränderung, jedoch nicht zwangsläufig um ein Wir-hier-unten-gegen-die-da-Oben. CO kann sich auch auf Abgrenzung gegenüber extrem rechten Akteuren richten.³⁴⁹

CO kann schließlich definiert werden als Prozess, in dessen Verlauf ein Gemeinwesen seine Bedürfnisse und Ziele erkennt und in eine Rangfolge bringt, das Vertrauen und den Willen entwickelt (Mobilisierung innerer und äußerer Quellen), diese Bedürfnisse durch Selbstaktivität zu befriedigen.³⁵⁰

Macht im CO

Macht ist ein Schlüsselbegriff des CO, er bedeutet die „Fähigkeit zu handeln“.³⁵¹ Vor jeder geplanten Aktion werden sorgfältig bestehende Machtfelder analysiert, um die Interessen und Kräfte im Gemeinwesen realistisch einschätzen zu können. Durch die permanente Konfrontation mit den Bürger*innen sollen die dominanten, finanziellen oder institutionellen Machtträger*innen im Ort herausgefordert und gezwungen werden, sich mit den Belangen der Bewohner*innen auseinanderzusetzen. Für Alinsky ist eine Bürgerorganisation eine Konfliktgruppe, deren einziger Entstehungsgrund der Kampf gegen das soziale Unrecht ist. Um eine konkrete Veränderung von Verhältnissen zu bewirken, muss dieser Konflikt bewusst herbeigeführt werden. Erst beim Austragen von Konflikten könnten Menschen ihr volles Kräftepotenzial entwickeln und konstruktive Veränderungen erkämpfen. Für das Verhalten in derartigen Konflikten hat Alinsky Regeln aufgestellt, „wie sich die Besitzlosen Macht von den Besitzenden nehmen können“:³⁵²

1. Macht ist nicht nur das, was man hat, sondern auch das, von dem die Gegenseite glaubt, dass man es habe.
2. Verlasse niemals den Erfahrungsbereich der eigenen Mitstreiter*innen (führt zu Verwirrung, Angst oder Zurückhaltung).

349 Ebd.

350 Vgl. Oelschlägel (2014): 230.

351 Vgl. Alinsky (1984): 70.

352 Alinsky (1974): 108ff., vgl. auch Szyuka (2006): 243, FOCO/Stiftung Mitarbeit (2014): 17f.

3. Verlasse, wo immer möglich, den Erfahrungsbereich des*der Gegners*in (hier sollen Verwirrung und Angst gerade einen strategischen Vorteil für die eigene Sache erbringen).
4. Zwinge den Gegenpart dazu, nach seinen*ihren eigenen Regeln zu leben. Damit kannst du ihn*sie delegitimieren, weil er*sie niemals den eigenen Gesetzen gerecht werden kann.
5. Spott ist die mächtigste Waffe des Menschen. Er verführt die Gegenpartei zu falschem Verhalten und deckt ihre Schwächen auf. Denn die Praxis des Community Organizing habe gezeigt, dass:
6. die eigentliche Aktion in der Reaktion des Gegenübers besteht. Ein gereizter Gegenpart wird durch wütende Reaktionen zur größten Stärke der eigenen Seite.
7. die Gruppe Spaß haben sollte. Solange man lachen und sich freuen kann, wird der Wille zur Aktion nicht erlahmen.
8. der Druck niemals nachlassen darf. Ständiger Druck führt zu Fehlreaktionen des Gegners und unterstützt die eigene Aktion.
9. die Drohung in der Regel mehr abschreckend als die Sache selbst ist.
10. der Preis für einen erfolgreichen Angriff eine konstruktive Alternative sein muss.
11. eine personalisierte Zielscheibe mehr Erfolg bringt als anonyme Verwaltungen, Konzerne oder ganze Systeme anzugreifen. Ein solcher Angriff verpufft in den bürokratisch organisierten Vorgängen großer Einheiten. Es hilft zur Konfliktschärfung, wenn eine Person in den Fokus genommen wird: mit gezielten Argumenten, Spott und Ironie, plötzlichen Aktionen oder langfristigen Strategien.

Diese Regeln sind nicht besonders fair, für Alinsky heiligt der Zweck jedoch die Mittel, das heißt, wenn Menschen ungerecht behandelt werden und unter undemokratischen Bedingungen leben, ist ein breites Spektrum von Vorgehensweisen legitim, um dies zu verändern.

Umsetzung eines CO-Prozesses

Der Organisationsprozess unterteilt sich in vier Phasen:

1. Einzelgespräche: CO verzichtet zunächst auf eine breite Öffentlichkeitsarbeit, wie Pressemitteilungen oder Flugblätter. Primär sollen Einzelgespräche mit den Stadtteilbewohner*innen geführt werden, um Beziehungen aufzubauen, die später Grundlage für ein gemeinsames Handeln sein können. Ziel ist es, den*die Gesprächspartner*in besser kennenzulernen, Sorgen zu konkretisieren und herauszufinden, wofür sich jede*r Einzelne engagieren würde.
2. Planung und Recherche: Konkrete Probleme und das Engagement der Gesprächspartner*innen werden identifiziert. Dabei entsteht ein umfassendes Bild der Problemlage und Lösungsvorschläge. Es ist wichtig, Expert*innen (etwa Verwaltungsangestellte oder Wissenschaftler*innen) in die Recherche

- einzu beziehen. Ziel dieser Phase ist das Sammeln umfassender Informationen.
3. Aktion: Wenn klar ist, wer die Entscheidungsträger*innen für das jeweilige Problem sind und wie Lösungsvorschläge aussehen könnten, wird eine Bürgerversammlung einberufen. Alle involvierten Personen werden eingeladen. Die Versammlung dauert nicht länger als eine Stunde und soll konkrete Ergebnisse bringen. Im Podium sitzen ausschließlich Schlüsselpersonen bestimmter Organisationen, die vom Change Agent auf die Veranstaltung vorbereitet wurden. Höhepunkt der Diskussionsrunde ist, den geladenen Entscheidungsträger*innen exakt formulierte Forderungen und Fragen zu präsentieren. Die Gäste werden nicht bloßgestellt, sondern kennen die Themen aus Vorgesprächen und können sich vorbereiten.
 4. Auswertung: Die Auswertungsphase widmet sich sowohl der Analyse der Aktion als auch dem konkreten Gefühlsleben der beteiligten Personen. Anschließend setzt sich der Prozess mit Einzelgesprächen fort. Der Erfolg von CO bemisst sich an der zufriedenstellenden Lösung konkreter Probleme.

Probleme der Übertragbarkeit auf bundesdeutsche Verhältnisse

Um mächtig zu sein, muss eine Bürgerorganisation der CO unabhängig sein. Sie finanzieren sich daher über eigene Mitgliedsbeiträge, Spenden und mithilfe von Stiftungen. Um Abhängigkeitsverhältnisse auszuschließen, werden staatliche Zuwendungen prinzipiell abgelehnt. Unabhängigkeit bezieht sich aber auch auf das Selbstverständnis der sich organisierenden Bürger*innen: Selbstverständnis und Handlungsspielräume sind größer, wenn alle Aktivitäten selbst finanziert werden, denn ein Konflikt mit staatlichen Institutionen ist unmöglich, wenn sie die materielle Grundlage bieten. Zudem unterscheidet sich die US-amerikanische Gesellschaft, in der Alinsky seine Praxeologie entwickelte, stark von der Wohlfahrtsgesellschaft westeuropäischen Stils, in der die Betroffenheit sozial Benachteiligter wohl weniger existenziell ausfällt. Hinzu kommt die gänzlich unterschiedliche strukturelle Anbindung sozialprofessioneller Arbeit in Europa: Während hier die Sozialarbeit von Wohlfahrtsorganisationen oder Kommunen und Ländern betrieben oder doch zumindest finanziert wird, werden in den USA Sozialprofessionelle hauptsächlich von lokalen privaten (Selbsthilfe-)Gruppen, Kirchengemeinden etc. angestellt, die ein ungebundeneres Agieren ermöglichen und fordern.³⁵³

353 Vgl. Hinte/Karas (1989): 22.

3.2 Das frankofone Modell: Soziokulturelle Animation

Soziokulturelle Animation (SKA) wurzelt ebenfalls in der Sattelmembewegung und hat sich vor allem in Frankreich und der Schweiz in den letzten Jahren neben den traditionellen Arbeitsfeldern Sozialarbeit und Sozialpädagogik – vergleichbar mit der GWA der 1980er Jahre in der BRD – als dritter eigener Bereich der Sozialen Arbeit herausgebildet. Die Wortbestandteile in Soziokultureller Animation gehen auf Animation und Soziokultur zurück. Animation kommt von Lateinisch *animare*, das „beseelen“ oder „Leben einhauchen“ bedeutet. In der SKA wird es übertragen als „in Bewegung setzen“, „aktivieren“, „initiiieren“, „begeistern“ verstanden. Das Animieren vollzieht sich in den drei Schritten: (1) anregen, (2) ermutigen und (3) befähigen, und wird unterstützt von einem Set partizipativer Methoden.

Soziokultur stellt eine konzeptionelle Verknüpfung von Kultur-, Bildungs- und Sozialarbeit her, die ihren Schwerpunkt in der Kulturarbeit hat. Sie entstand in Westdeutschland insbesondere in der konstruktiv-kritischen Auseinandersetzung der Achtundsechziger-Generation mit dem bürgerlichen Kulturbegriff. Es sollte nicht mehr nur die Sphäre der Kunst und die Umgangsformen des Bildungsbürgertums als Kultur begriffen werden, sondern allgemeiner jede Form, mit der Menschen ihr Zusammenleben und ihre Beziehungen gestalten, auch die Art und Weise, in der sie ihren Wünschen, Zielen oder Ängsten Ausdruck verleihen. Ihren vielfach zitierten Ausdruck fand diese neue Sichtweise in der Forderung zweier wissenschaftlicher Protagonisten der Soziokultur, Hermann Glaser und Karl Heinz Stahl, die meinten jegliche Kultur solle Soziokultur sein.³⁵⁴ Dieser erweiterte Kulturbegriff hat sich seither in den Sozial- und Kulturwissenschaften durchgesetzt und Elemente Sozialer Arbeit und politisch-kultureller Bildung stärker in die Kulturarbeit integriert. Die Ursache liegt im erklärten Anspruch der Soziokultur, Gesellschaft (nicht nur Kunst) zu gestalten und darüber hinaus folgende Anliegen zu vermitteln:³⁵⁵

1. Kultur von allen auf- und ernst nehmen, also Räume bereitstellen, wo eigene Kreativität entdeckt und so eine eigene Identität entwickelt werden kann.
2. Kultur für alle fördern und praktizieren, den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern.
3. Politische Kultur praktizieren, deren Kern der sich entfaltende Partizipations- und Gestaltungswille der Menschen in ihrer Lebenswelt ist.³⁵⁶
4. Kultur wieder in einen Erfahrungszusammenhang mit gesellschaftlicher Wirklichkeit im Alltag bringen, also eine Vielfalt sich ergänzender Kultur-, Bildungs- und Sozialarbeit anbieten, die politisch aktuelle und gesellschaftlich relevante Themen aufgreift und gesellschaftskritische Themen setzt.

354 Vgl.: Glaser/Stahl (1984 [1974]): 135ff.

355 Vgl. Pallas (2013).

356 Vgl. Sievers/Wagner (1992): 21f.

Ihre steigende Bedeutung ist eng verknüpft mit gesellschaftlichen Veränderungen: Rasanter sozialer Wandel und der Übergang von der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft vor dem Hintergrund technologischen Fortschritts und Globalisierung führen zu Verunsicherung und Orientierungsschwierigkeiten. Immigration führt zur Auseinandersetzung mit fremden Menschen. Landflucht und fortschreitende Urbanisierung verursachen ein wachsendes Stadt-Land-Gefälle mit daraus folgenden gesellschaftlichen Spaltungstendenzen. Eine fortschreitende Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen und wachsende Konsumangebote erhöhen den ökonomischen Druck in der Freizeitgestaltung.

SKA ist als eine Dienstleistung für Individuen, Gruppen und Organisationen zu verstehen, die mit planvollen Arrangements auf kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zielt und Spaltungstendenzen entgegenwirkt. Der Anhaltspunkt für das soziokulturelle Funktionieren ist vorwiegend, aber nicht ausschließlich, die sozialräumlich-lebensweltliche Freizeitgestaltung. Obwohl Aktivitäten auch auf Arbeit, Schule, Betreuung oder Erziehung ausgerichtet sein können, erreicht SKA die Leute primär im Bereich ihrer Freizeit.

SKA ist eine soziokulturelle Intervention im Rahmen vorhandener ökonomischer, kultureller, sozialer und politischer Rahmenbedingungen. Sie umfasst sämtliche Aktivitäten und Initiativen, die Einzelne, Gruppen und Gemeinschaften dazu befähigen und motivieren, sich ihr Alltagsleben in Verbindung mit dem jeweiligen soziokulturellen Umfeld wieder und weiter anzueignen.³⁵⁷

SKA sieht ihre Potenziale in vier Funktionsbereichen gesellschaftlichen Lebens: (1) Partizipation, (2) kulturelle Vermittlung, (3) Bildung und (4) Prävention (vgl. Abbildung 12). Da die Angebote der SKA auf Freiwilligkeit beruhen, müssen die Bedürfnisse der Adressat*innen erkannt und auf sie eingegangen werden. So sollen die demokratischen Handlungsmöglichkeiten der Menschen in ihrem Umfeld vergrößert werden. Die „SKA stellt eine Interventions- und Handlungsweise dar, die Einzelne und Gruppen darin bestärkt, selbstbewusst und eigenverantwortlich an den Veränderungsprozessen des modernen Lebens zu partizipieren“.³⁵⁸ Dabei kommt kultureller Vernetzung, Kommunikation auf demokratischer Grundlage und individueller Wirksamkeitserfahrung besondere Bedeutung zu. Bei SKA geht es also um die Veränderung bestehender Verhältnisse und um die Verbesserung des demokratischen Zusammenlebens auf lokaler Ebene.

357 Definition des Dachverbandes Schweizerische Koordination der Höheren Fachschulen für Soziokulturelle Animation in KBS (2002a), vgl. auch Hochschule Luzern (2017).

358 KBS (2002a).

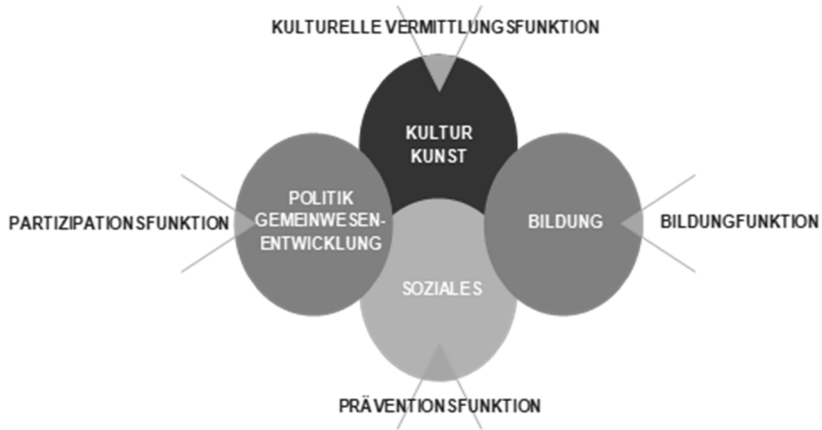


Abbildung 12: Arbeitsbereiche und Funktionen der SKA; Quelle: KBS (2002); [unveröffentlicht/Arbeitsmaterial]

SKA zwischen System und Lebenswelt

Auch in der SKA hat die rege Debatte der 1980er Jahre um die Systemtheorie und die Grenzen externer Interventionen nachhaltige Spuren hinterlassen. Seither wird die „Eigenverantwortung der Klienten für die Lösung ihrer Probleme [betont]. Entscheidungen sollen möglichst nicht durch die professionellen Helfer getroffen werden. Dem stellvertretenden Handeln und der Überidentifikation wird dadurch vorgebeugt.“³⁵⁹ Für die GWA-Arbeiter*innen sei es wichtig, die Systemgrenzen zu akzeptieren und eigenes Handeln und dessen Intentionen in die Sprache des Systems zu übersetzen: Sie sind mehr Impulsgeber*innen als Macher*innen. Für eine systemische Sicht von Animationsprozessen sind folgende Merkmale wichtig:

1. SKA will soziale Systeme beeinflussen. Allerdings ist dieses Veränderungsinteresse weiter gefasst als bei der Organisationsentwicklung, die von klar definierten Aufträgen ausgeht.
2. Animation muss akzeptieren, dass sie in fremde Systeme eingreift, deren innere Dynamik sie nicht außer Kraft setzen kann.
3. Animation setzt von außen keine konkreten Ziele, sondern geht davon aus, dass das angepeilte System diese selbst entwickelt.
4. Animation baut auf das Aktivierungspotenzial lokaler Akteure. Dies setzt voraus, dass der*die Praktiker*in mit dem System vertraut ist. Er*Sie sollte:
 - a) Ansatzpunkte erkennen, die das System veranlassen, aktiv zu werden (Bedürfnisse);

359 Moser et al. (1999): 75.

- b) fähig sein, die eigenen Überlegungen in die Sprache des Systems zu übersetzen;
 - c) unterstützend eingreifen, wo Ressourcen nicht ausreichen, um Geplantes zu realisieren.
5. Ziel von Animationsprozessen ist nicht, ein besseres Funktionieren des Systems zu erreichen (wie teilweise in der Organisationsberatung), sondern das System mit Impulsen dazu zu bringen, seine eigene Identität – in Auseinandersetzung mit sich selbst und der Umwelt – zu überprüfen und sich dadurch weiterzuentwickeln.
 6. Animation kann systembildend wirken: Um die Initiativgruppe bildet sich ein – häufig kurzfristig angelegtes, manchmal aber auch andauerndes – Subsystem. Dies übernimmt zwar die Perspektiven und tradierten Muster des übergeordneten Systems, kann aber auch Sonderregeln entwickeln.

SKA schafft einen geschützten Ort (Gelegenheitsraum), der die Möglichkeit bietet, anderen Menschen in einer lockeren Atmosphäre zu begegnen. Für viele ist dies eine der wenigen Chancen, öffentliche Manifestation und Artikulation einzuüben. Aufgrund dieser Nischenfunktion leistet SKA verschiedene Beiträge: Sie etabliert soziale Infrastruktur in Quartieren, Nachbarschaften und Dörfern, schlägt Brücken zwischen sozialen und institutionellen Netzen, verbindet Menschen mit individuellen Themen (z. B. Arbeitsvermittlung, Bildung) und sozialen Problemen (etwa soziale Absicherung), fördert gesellschaftliche Partizipation, individuelle Selbstverwirklichung und soziale Verantwortung.

3.3 Das deutsche Modell: Gemeinwesenarbeit (GWA)

Integrativ-affirmative GWA

Der von Murray Ross Ende der 1960er Jahre in den USA entwickelte Ansatz³⁶⁰ geht davon aus, dass der von der Verfassung verbürgte demokratische Rahmen unserer Gesellschaft Herrschaft und Macht gerecht verteilt, dieser allerdings von den Menschen nicht kreativ ausgefüllt wird. Dies liege daran, dass innerhalb des Gemeinwesens zu wenig oder nicht konstruktiv kommuniziert werde und so keine dauerhafte Kooperation zwischen den verschiedenen Interessengruppen zustande komme. Ross zufolge ist das Gemeinwesen eine dynamische Größe, in der es zwar Spannungen und (gesunde) Konkurrenzen zwischen Interessengruppen gibt, jedoch keine Konflikte ausgetragen werden dürften, da sonst das harmonische Klima zerstört würde. So sollten alle Interessengruppen des Gemeinwesens ihre Probleme erkennen und auf Grundlage eines von allen

360 Vgl. Ross (1968).

geteilten demokratischen Wertekanonens versuchen, Missstände zu beseitigen.³⁶¹ Der zentrale Begriff bei Ross lautet daher Integration: „Integration ist eine Qualität des gemeinsamen Lebens, die aus dem Miteinander erwächst, wenn Leute sich bei Anliegen, die alle betreffen, ‚aneinander reiben‘, ihre Gedanken über gemeinsame Projekte austauschen und nach gemeinsamen Zielen suchen.“³⁶² Somit bestehe die einzig akzeptable Interventionsstrategie der Sozialprofessionellen aus kooperativen Taktiken (vernünftige Gespräche und sachliche Kompromisse). Der*Die Change Agent*in müsse lokale Akteure dahingehend lenken, vorhandene Entrüstung über einen Missstand in produktive Kanäle zu überführen, jedoch keine Disharmonien zu erzeugen.³⁶³ Ziel dieser integrativen Intervention ist ein Zielfindungsprozess und das Übertragen von Verantwortung auf einzelne Mitglieder des Gemeinwesens über einen kooperativen Diskurs. Auf der Basis gemeinsamer Werte sollten unterschiedlich strukturierte und denkende Interessengruppen ein harmonisches Ganzes³⁶⁴ gestalten.

Dieser Ansatz setzt allerdings voraus, dass es allgemein anerkannte gesellschaftliche Spielregeln gibt und keine negativen Darstellungen der Probleme, die harmonische Problemlösung behindern. Wolfgang Hinte und Fritz Karas kritisieren diesen Weg als gesteuerte Unzufriedenheit und billige Flickschusterei, ohne echte Partizipation und Entscheidungsfreiheit der Betroffenen und ohne den Anspruch, Konflikten zugrundeliegende gesellschaftliche Ursachen zu bearbeiten. In diesem Konzept sei der Change Agent ein gesellschaftliches Neutrum, das keinerlei Stellung beziehen könne, allen Interessengruppen zur Verfügung stehen müsse und auf Ausgleich bedacht sei.³⁶⁵

Transformativ-kritische GWA

Anhand dieser Kritik an der integrativ-affirmativen GWA skizziert Wolfgang Müller ein transformativ-kritisches GWA-Konzept mit dem Ziel, „Kräfteverhältnisse und Machtstrukturen durch den solidarischen Zusammenschluss benachteiligter Minderheiten“ zu verändern.³⁶⁶ Dieses Konzept strebt eine gerechtere Verteilung von Macht und Herrschaft sowie die sich daraus ergebende Änderung des gesellschaftlichen Systems an. Den Forderungen der Achtundsechziger Studierendenbewegung folgend, führe der Weg über die Organisation der Arbeiterklasse als der Gruppe, die am fühlbarsten unter den herrschenden sozioökonomischen Strukturen leide. Aktionsformen, wie die Verletzung der Verkehrsregeln (Demonstrationen, Sitzstreiks) oder gesetzlicher Normen

361 Vgl. Hinte/Karas (1989): 15f.

362 Ross (1968): 68.

363 Ebd.: 66.

364 Bei Ross „Verschiedenheit in der Einheit“, vgl. Ross (1968): 67.

365 Vgl. Hinte/Karas (1989): 17.

366 Vgl. Müller (1971): 232ff.

(Hausbesetzungen, Steuerverweigerung, öffentlicher Ungehorsam) sollten disruptiv sein, also die Arbeit der Behörden und Institutionen stören, aber nicht zerstören.³⁶⁷ Allerdings würde nicht jede Situation solche disruptiven Taktiken erfordern.

Diese an das CO erinnernde GWA war allerdings kaum an die mitteleuropäische und besonders die deutsche Sozialarbeitstradition anschlussfähig, die keine Tradition in solcherart aggressiv-transformativen Taktiken hat. Weder bestand innerhalb der bundesdeutschen Zivilgesellschaft hierfür ein ausreichendes politisches Potenzial, noch dafür erforderliche taktisch-strategische Fertigkeiten. Darüber hinaus entwickelte diese Form der GWA, trotz ihres hohen Anspruchs, nicht die dafür notwendige sozialprofessionelle Debatte um Aktivierungsmöglichkeiten und -methoden.³⁶⁸ Dennoch räumt dieser Ansatz mit der naiven Sichtweise auf, ein Gemeinwesen sei eine harmonische Einheit. Er zeigt vielmehr die unterschiedlichen Interessenlagen, deren Zustandekommen und Äußerungen in den psychischen Strukturen der Betroffenen und den Alltagserscheinungen der Kommunikation von Ohnmächtigen mit Mächtigen auf. Die transformativ-kritische GWA erinnert an den konfrontativen Ansatz der Mobilien Beratung (vgl. Kapitel 4.7.2).

Katalytisch-aktivierende GWA

Das katalytisch-aktivierende Konzept ist betont pragmatisch und berücksichtigt die Erfahrungen beider vorangestellten GWA-Konzepte. Grundlegend ist die Vorstellung einer herrschaftsfreien Gesellschaft ohne Unterdrückung, in der die Menschen in der Lage sind, sich selbst oder solidarisch einander zu helfen und ein kreativ-soziales Leben zu entwickeln. Der aus der Chemie entlehnte Katalysebegriff bezeichnet einen Fremdkörper, der in einer chemischen Substanz Veränderungen und beschleunigte Reaktionen bewirkt, ohne sich dabei selbst zu verändern. Die Funktion der GWA ist es, einzelne Gruppen zu vernetzen und zu moderieren. Menschen mit ähnlichen Problemen sollten sich selbstorganisiert in (Selbsthilfe-)Gruppen zusammenschließen, über ihre Perspektiven austauschen, gegenseitig unterstützen und Problemlösungen erarbeiten. Hier soll der Change Agent lediglich Anregungen geben und bei Bedarf unterstützen, sich sonst aber im Interesse der Gruppenselbsthilfe zurücknehmen. Solche Gruppen (etwa Bürger*inneninitiativen) könnten als Mikronetze sich selbst helfen, als Mesonetze miteinander kooperieren und als Makronetze mit den Behörden in Verbindung treten.³⁶⁹

Bei der katalytisch-aktivierenden GWA geht es um stärkere Partizipationsmöglichkeiten von Akteuren, mit Schritten in kleinen Bereichen ohne großes Risiko des Scheiterns. Strategisch plädiert dieses GWA-Konzept für Koali-

367 Ebd.

368 Ebd.

369 Vgl. Hinte/Karas (1989): 23f.

tionen auf Zeit, auf Grundlage kleinster gemeinsamer Nenner (Grundwerte), auf deren Basis möglichst viele Gruppen mitarbeiten oder Projekte initiiert werden können. Als solchen Minimalkonsens werden von Vertreter*innen der Züricher Schule³⁷⁰ die Menschenrechte vorgeschlagen, auf die sich, zumindest auf dem Papier, beinahe alle gesellschaftlichen Gruppen (nicht aber extrem rechte) einigen können.³⁷¹

Solange aber latente gemeinsame Werte durch Diskussionen über langfristige Utopien und Gesellschaftsentwürfe verdeckt würden, ließe sich keine Einigung über mögliche Allianzen finden. Zusätzlich bedürfe es rechtlich verbriefter Partizipationsmöglichkeiten bei politischen Prozessen. Katalytisch-aktivierende GWA müsse demnach auf individueller Ebene selbstbestimmtes Handeln ermöglichen und auf gesellschaftlicher Ebene politische Rechte erkämpfen und auszubauen helfen. Eine Auflösung autoritärer Charakterstrukturen müsse einhergehen mit der Veränderung der Bedingungen, die diese Menschen (re-)produzieren.

Die positive Lernerfahrung mit selbstbestimmtem Handeln im unmittelbaren Alltagsbereich ist die Voraussetzung für die Bereitschaft zu weitergehendem Engagement auch in anderen Bereichen. [...] Erst wenn Menschen mehr Vertrauen zu sich und ihren Fähigkeiten haben, wächst ihr Bedürfnis nach Selbstbestimmung. Sie melden politische Partizipationsbedürfnisse an und kämpfen darum.³⁷²

Umverteilung von Macht (Systemveränderung) dürfe nur von den Betroffenen selbst erkämpft werden, nicht von anderen Leuten für sie. Selbst systemstabilisierende Projekte würden, weil die Betroffenen in ihnen solidarisch Erfolge erringen, tendenziell Veränderung bewirken. Hier müsste sich ein Change Agent*in, auch wenn er eine andere Auffassung zu Zielen und Projekthalten habe, in jedem Fall zurücknehmen, um die Adressat*innen nicht zu verunsichern. Ein Konflikt dürfe nur riskiert werden, wenn die Menschen, die ihn durchstehen sollen, dazu auch bereit seien. Dies müsse die Bürgerinitiative selbst entscheiden.

370 Die Züricher Schule ist eine in den 1970er Jahren an der Hochschule für Soziale Arbeit in Zürich von einer Gruppe Sozialarbeitswissenschaftler*innen (Silvia Staub-Bernasconi, Werner Obrecht, Kaspar Geiser, Petra Gregusch, Edi Martin u. a.) entwickelter Ansatz, der sich – im Gegensatz zum Mainstream-Diskurs der Sozialen Arbeit in Deutschland – an den zentralen Theorien und Standards (z. B. der IFSW/IASSW-Definition) der internationalen Community der Sozialen Arbeit als Handlungswissenschaft auf Grundlage der Menschenrechte orientiert. Der Kern dieser Handlungswissenschaft wird auch als „Systemtheoretisches Paradigma der Sozialen Arbeit“ (SPSA) diskutiert.

371 Vgl. Staub-Bernasconi (2013): 27ff.

372 Ebd.: 25.

3.4 Social Change Theory – sozialpsychologisches GWA-Fundament

Forschungsarbeiten zu Umsetzungswiderständen bei Veränderungsprozessen innerhalb von Organisationen führten in den USA in den 1960er Jahren zur Social Change Theory.³⁷³ Sie beruht auf Lewins Überlegungen zum Sozialraum als sozialpsychologische Lebenswelt (vgl. Kapitel 2.4). Lewins Modell des selbstregulierten Verhaltenswandels bei Menschen (Homöostase) mit seinen drei Hauptphasen des Auftauens (unfreezing), der Veränderung (moving) und der erneuten Stabilisierung (refreezing)³⁷⁴ bot die Grundlage für eine Systematik planvoll gestalteter Veränderung (vgl. Abbildung 13), die vor allem in der Organisationsentwicklung Anwendung fand.

Anders als die Luhmannsche Systemtheorie hält die Social Change Theory die Beeinflussbarkeit sozialer Systeme nicht nur für möglich, sondern für organisiert herstellbar. Notwendig ist ein Moment der Fremdorganisation, also der Aktivierung von außen, für die vier grundlegende Elemente notwendig sind:³⁷⁵

1. Klientensystem (client system): Im Mittelpunkt des Veränderungsprozesses steht der lern- und entwicklungsfähige Mensch. Seine Weiterentwicklung verändert die Organisation. Das Klientensystem macht aber auch deutlich, dass es eine Trennung gibt zwischen dem Change Agent als Organizer und externem Impulsgeber und denen, die organisiert werden, den systeminternen Expert*innen.
2. Kollaboration (collaboration): Ausgangspunkt jedes Entwicklungsprozesses ist die geklärte Rolle von Change Agent und lokalen Adressat*innen, welche zur Zusammenarbeit und Gestaltung eines partizipativen Entwicklungsprozesses bereit sind. Die Adressat*innen tragen als Expert*innen ihrer Lebenswelt den organisierten Wandel. Daher verläuft der Entwicklungsprozess möglichst gleichberechtigt.
3. Change Agent: Er soll auf Grundlage der verhaltenswissenschaftlichen Erkenntnisse Lewins Methoden einsetzen, die die lokalen Akteure zur eigenständigen Veränderung ihres Verhaltens und somit ihrer Lebenswelt bewegen. Dabei muss sich der*die Change Agent*in soweit als möglich zurücknehmen und die internen Expert*innen eigene Wege finden lassen.

373 Zur Arbeit des Tavistock Institute of Human Relations vgl. u. a. Jaques (1951), Menzies (1960), Rice (1963). Zur Arbeit der National Training Laboratories vgl. u. a. Blake/Shepard/Mouton (1964), Bradford/Gibb/Benne (1972).

374 Vgl. Lewin zitiert in Herber/Vásárhelyi (2002): 43. Lewin entwickelte dieses Modell in experimentellen Untersuchungen zur Umstellung der Ernährung von Säuglingen durch deren Mütter.

375 Vgl. Bennis (1966): 82.

Arbeitsschritte	Phase	Ziel	Inhalte	Methoden
1. Ausgangslage 2. Analyse 3. Definition	Aufbauphase -unfreezing-	Umsetzungswiderstände jedes Gruppenmitglieds erkennen	Widerstände erkennen und analysieren	teilnehmende Beobachtung Einzelgespräche narrative Interviews Fotostreifzug, etc.
4. Strategie 5. Projektplanung 6. A.) Projektumsetzung	Veränderungsphase -moving-	Umsetzungswiderstände in Einzel- und Gruppenprozessen überwinden	Verhalten durch Überwindung sozialer und kognitiver Defizite, Einstellungs- oder Wertedifferenzen beeinflussen	moderierte Gruppenreflexion aktivierende Befragung Zukunftswerkstatt Aktionsplanung
6. B.) Projektumsetzung 7. Kontrolle	Stabilisierungsphase -refreezing-	erreichte Veränderungen sichern	Gruppenmitglieder in ihrer veränderten Haltung bestärken	öffentliche Anerkennung (Medienberichte, Feste, etc.)

Abbildung 13: Phasen organisierten Wandels nach Lewin/Bennis (Grafik: Bringt 2007)

4. Fachwissen (valid knowledge): Da die Theorie der geplanten Veränderung auf verhaltenspsychologischen Modellen aufbaut, gehören verhaltenspsychologische Einzel- und Gruppenmethoden zur Grundausstattung des Change Agent. Hinzu kommen Kenntnisse entsprechender Analysemethoden zum Erkennen der Umsetzungswiderstände und Gespür für das richtige Verhältnis von Führen und Moderieren.

Lewin formuliert vier Rahmenbedingungen der Social Change Theory: (1) das Problem steht zentral; (2) die Analyse startet vom Problempunkt; (3) sozialer Wandel vollzieht sich in arbeitsteiligem Arbeiten an Problemlösungen und durchläuft dabei sieben Phasen (vgl. Abbildung 13); (4) Veränderung ist nur durch die Partizipation der direkt Betroffenen möglich. Das Problemlösungsmodell der Social Change Theory ist eine systematische, in sieben Phasen ablaufende Methode. Sie umfasst den kompletten Zyklus von der Gründung einer Gruppe bis zu konkreten Projekten und deren Auswertung: (1) Dem Change Agent kommt während der Aufbauphase die Aufgabe zu, Art und Wirkungsweise von Umsetzungswiderständen im Sozialraum zu ergründen. In der Veränderungsphase entwickelt er eine spezifische Strategie der Verhaltensbeeinflussung, auf deren Basis einzelne lokale Akteure in einem Trainingsprogramm lernen, wie diese diagnostizierten Widerstände beseitigt werden können. Zur Beseitigung dieser Widerstände setzen Change Agents auf frühzeitige Partizipation lokaler Akteure, gruppenspezifische Prozesse und Effekte und die ihnen zur Verfügung stehenden Interventionstechniken (valid knowledge). Die Interventionstechniken der Social Change Theory haben einen Doppelcharakter: Sie sollen als verhaltenswissenschaftliches Verfahren einerseits den Wandel beherrschbar und planbar machen und andererseits die Beteiligten zur Teilnahme an den gruppenspezifischen Prozessen bewegen, in denen der Schlüssel zum geplanten sozialen Wandel liegt. In der Stabilisierungsphase sollen die erreichten Verhaltensänderungen im Sozialraum gefestigt werden (refreezing).

3.4.1 Professionelle Rahmung

Das Wissen um ein Problem allein reicht nicht. Damit Menschen ihr Verhalten ändern (können), müssen sie dies intrinsisch wollen. Erst wenn der Leidensdruck hoch oder das innere Gefühl vorhanden ist, wird Veränderung angestrebt. Nicht jedes durch Change Agents von außen analysierte Problem wird daher auch von lokalen Akteuren als solches gesehen:

Problems are things, that an outside observer looking at a community would say are wrong with. But not everybody in the community would agree. People need to feel strongly about a problem for it to be an issue. It must be something, that enough people feel strongly about to be willing to work to change. So issues are problems, that people feel strongly about and want to do something about. But in

order to be a good issue, a problem must have a solution that can be achieved by people working together.³⁷⁶

Das verdeutlicht den Unterschied zwischen einem (abstrakten, nicht im eigenen Lebensraum positive Valenzen erzeugenden) Problem und einer Angelegenheit, einem Issue. Schon die deutsche Übersetzung von Issue in Anliegen macht deutlich, dass es sich hier um etwas handelt, an dem einer Person gelegen ist, sodass das innere Gefühl entsteht, hier wirklich tätig werden zu müssen und zur Lösung der Angelegenheit beitragen zu können. Zu einem konstruktiven Umgang mit diesem Aktivierungsproblem lassen sich neben den sozialpsychologischen Überlegungen Lewins auch soziologische Thesen heranziehen, die als Rahmung verstanden werden. Der US-amerikanische Soziologe Erving Goffman betrachtet Rahmen als Organisationsprinzipien die regeln, welche Bedeutung Menschen sozialen Ereignissen subjektiv beimessen.³⁷⁷ Aus der Vielfalt möglicher Sichtweisen wird durch die Rahmung also eine ganz bestimmte herausgegriffen. Anders formuliert ist eine Rahmung „die Reduktion der Komplexität eines Sachverhaltes durch die Ausrichtung der Wahrnehmung und des Handelns an einem leitenden Gesichtspunkt“.³⁷⁸ Natürlich gibt es in jeder Problemkonstellation, abhängig von den beteiligten Personen und der sozialräumlichen Konstellation, immer mehrere Organisationsprinzipien oder leitende Gesichtspunkte. Hier kann nicht einfach nach richtig oder falsch unterschieden werden. Vielmehr gilt es, die Gesichtspunkte zu identifizieren, denen sich möglichst viele Akteure (Menschen, Vereine, Wirtschaftsunternehmen, Institutionen) anschließen können. Dieser Faktor wird als Anschlussfähigkeit eines Rahmens bezeichnet. Um die Anschlussfähigkeit zu erhöhen, kann dessen Ausweitung dann erforderlich sein, wenn zum Beispiel das Anliegen der Vorreitergruppe (Initiativnehmer*in) im täglichen Leben (nach Lewin: Lebensraum; in der gängigen Sozialarbeitswissenschaft: Lebenswelt) möglicher Unterstützer*innen (potenzielle Bündnispartner*innen) keine bedeutende Rolle spielt.

Bereits die Benennung eines Problems, die etwa im Namen einer Bürgerinitiative zum Ausdruck kommt, ist demnach ein Akt der Mobilisierung nach innen (Mitglieder der Initiativgruppe) und nach außen (potenzielle Bündnispartner*innen). Um eine größtmögliche Basis für die geplante Veränderung im Sozialraum zu gewährleisten, kommt es darauf an, möglichst weitgesteckte und anschlussfähige leitende Gesichtspunkte im Rahmen zu kommunizieren. Im Allgemeinen eröffnet eine positive Ausrichtung des Rahmens mehr An-

376 Kahn zitiert in Schuringa (1997): 50.

377 Im englischen Originaltext heißt es: „I assume that definitions of a situation are built up in accordance with principles of organization which govern events – at least social ones – and our subjective involvement in them; frame is the word I use to refer to such of these basic elements as I am able to identify. That is my definition of frame.“ Goffman (1974): 10f.

378 Ebd.

schlussmöglichkeiten als eine negative.³⁷⁹ Grundsätzlich hat die Rahmung eines sozialen Problems Prozesscharakter: Es ist immer möglich, einen gesetzten Rahmen zu reframe, also neu zu definieren, etwa wenn sich Problemlagen oder das Zielsystem der Initiativgruppe verändert haben.

Dieser Aspekt korreliert mit den doppelten Interventionstechniken des*der Change Agent*in. Um Menschen für ein Projekt zu begeistern, kann es notwendig sein, doppelbödig zu arbeiten. Intern ist zum Beispiel das hier untersuchte Thema die (Diskurs-)Mächtigkeit extrem rechter Orientierungen in sozialen Räumen das Social Problem.³⁸⁰ Extern beschreiben Anliegen (Social Issues) einen dringenden Handlungsbedarf in Verbindung mit dem starken Gefühl, eigenes Engagement könne wirklich etwas bewirken. Nach Strobl, Würtz und Klemm umfasst das Anliegen acht Perspektiven.³⁸¹

1. Das Problem angehen, bringt Nutzen
2. Die Problembearbeitung vereinigt Menschen und spaltet nicht
3. Das Problem betrifft viele
4. Menschen sind zur Problembeseitigung organisierbar/erreichbar
5. Das Problem eignet sich gut für Öffentlichkeitsarbeit
6. Rund um das Problem leben starke Emotionen
7. Das Problem ist einfach zu erklären/zusammenzufassen
8. Menschen wollen sich engagieren.

3.4.2 *Kritik und Synthese*

Die drei GWA-Modelle (das US-amerikanische, das französisch-schweizerische und das deutsche) sowie die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen eint die gleichen historischen und sozialpsychologischen Grundlagen. GWA ist demnach ein heterogenes und zugleich voraussetzungsreiches Konzept sozialraumbezogener Sozialer Arbeit. Es wird sowohl als eigenständiges Handlungsfeld (dritte Säule) als auch als übergreifendes Arbeitsprinzip Sozialer Arbeit verstanden,³⁸² das jedoch ab 1990 in Deutschland aufgrund neoliberaler Governancestrategien, aber auch mangelnder konzeptioneller Konsistenz und unzureichender Eigenprofilierung³⁸³ immer mehr unter Druck geriet. Die deutsche Rezeption des GWA-Ansatzes war bereits früh von Konflikten gekennzeichnet. Die angloamerikanische Tradition des CO, die große Überschneidungen mit der aktivierenden GWA in Deutschland hat, zielt auf die Veränderung bestehender Machtverhältnisse ab. Anders dagegen akzeptiert die in der Tradition der preußischen Sozialgesetzgebung stehende herkömmliche Soziale

379 Ebd.: 42.

380 Kahn zitiert in Schuringa (1997): 50.

381 Ebd.: 50f.

382 Vgl. Stövesand/Stoik/Troxler (2013): 14, Holubec (2005).

383 Vgl. Galuske (2007): 99.

Arbeit bestehende Machtverhältnisse und ungleiche Verteilung von Zugängen zu Ressourcen tendenziell eher. „Organizing schafft Macht, Sozialarbeit hilft und macht abhängig“ lautet der polemische Vorwurf.³⁸⁴ Die Übertragung früherer Erfahrungen auf deutsche Verhältnisse erwies sich auch bei der Aktivierung unabhängiger finanzieller Ressourcen als problematisch. Während es in Großbritannien und den USA normal ist, für soziale Projekte zu spenden, bleibt die Lösung sozialer und kultureller Fragen und insbesondere der Sozialen Arbeit in Deutschland eher von staatlicher Alimentierung abhängig. Die finanzielle Unabhängigkeit von CO-Projekten ermöglicht einen gänzlich anderen Umgang mit Machtkonflikten. In Deutschland besteht dagegen eine weit verbreitete Skepsis gegenüber dem Wort Macht.

Auch eine intensivere Rezeption der SKA blieb in Deutschland bisher aus. Einerseits fristet die soziokulturelle Landschaft, in die die SKA konzeptionell am besten passen würde, ein strukturelles und inhaltliches Schattendasein. Andererseits verbinden Sozialprofessionelle mit dem Begriff Animation eher ungeliebte Bilder animierten Rehasports. Dabei herrscht gerade für sozialräumliche politisch-kulturelle Bildung nach SKA-Format großer Bedarf, insbesondere in der präventiven Arbeit für demokratische Kultur gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Die Verknüpfung sozialer und kultureller Themen mit einem partizipativen Bildungsansatz in der Lebenswelt der Adressat*innen birgt immense Chancen, desintegrierten Menschen und Milieus größeren Selbstwert, demokratisch-menschenrechtsorientierte Grundstandards und eigene Ausdrucksmöglichkeiten zu gewährleisten.

Zwischenzeitlich schien sich eine ganze Generation deutscher Sozialprofessioneller von der GWA verabschiedet zu haben. Zu ideologisch überfrachtet und zu allmächtsphantastisch erschienen ihre kämpferischen Ansätze in der Rezeption der 68er Generation. Besonders aufgrund neoliberaler Governancestrategien, die sich in der Sozialen Arbeit als Spar- und ordnungspolitisches Diktat auswirkten und noch immer auswirken, erschienen die komplexen sozialräumlichen Strategien der GWA kaum umsetzbar. In der GWA gab es immer schon weit auseinanderliegende Konzepte und Weltbilder. Doch befördert durch staatliche Förderpolitiken, weitgehende finanzielle Abhängigkeit und eine von den politischen Ideen der Gründer*innen der GWA immer weiter abgekoppelte Soziale Arbeit setzte sich sogar ein „technisches und managerielles Verständnis von GWA durch, das geplanten Wandel von oben mittels eingesetzter Expert*innen mit dem Erhalt des Status Quo“³⁸⁵ verknüpfte und weitgehend ohne wirkliche Adressat*innenbeteiligung auskam. Ziel solchen Quartiermanagements war es zumeist, die Lebensqualität von Wohnvierteln und deren Auslastung zu erhöhen sowie soziale Dienstleistungen und deren Effizienz auszubauen. Ein politisches Verständnis im Sinne einer Stärkung menschenrechtsorientierter Demokratievorstellungen und eines verbesserten

384 Ebd.

385 Stövesand (2019).

Zusammenlebens von Angestammten und Zugewanderten in Verbindung mit einer Ächtung extrem rechter Akteure und von Ideologien der Ungleichwertigkeit entstand vermehrt erst wieder, als ab 2013 mehr geflüchtete Menschen nach Deutschland kamen, die integrativ mit Sozialarbeit begleitet wurden. Zudem scheint sich die Sozialarbeit in Reaktion auf die gesellschaftliche Rechtsdrift auf ihre politisch-ethischen Wurzeln zu besinnen und so eine Renaissance der GWA zumindest als konzeptionelle Größe Sozialer Arbeit an deren Ausbildungsstätten anzubahnen.³⁸⁶ Anknüpfen kann diese politische GWA an Ideen Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession und politische GWA-Projekte,³⁸⁷ in deren Tradition sich auch die GWA im KBS sieht. Für eine methodische und handlungstheoretische Einordnung ist der Blick auf andere Traditionen und Erfahrungen hilfreich.

3.5 Demokratieförderung durch aktivierende Sozialraumanalyse und Gemeinwesenarbeit

Sozialräumliche Demokratieförderung bedarf der vertrauensvollen Mitarbeit der Menschen im Gemeinwesen. Sie geben Inhalte, Tempo und Energie vor, welche die Systematik sozialräumlicher Handlungsansätze, wie GWA oder Mobile Beratung entscheidend beeinflussen. Im nachfolgenden Kapitel werden die (praxis-)wissenschaftlichen und methodischen Grundlagen der Sozialraumanalyse vor dem handlungslogischen Hintergrund der Aktionsforschung für planvollen sozialen Wandel dargestellt und aufgezeigt, wie die Anliegen und Ideen lokaler Akteure in eine demokratiefördernde Aktionsplanung einbezogen werden können.

3.5.1 Hintergründe der Sozialraumforschung

Die Geschichte der Sozialraumanalyse ist beinahe 100 Jahre alt und eng mit der Geschichte sozialer Bewegungen gegen soziale, kulturelle und ökonomische Missstände verbunden. Die Grundlagen systematischer, raumbezogener

386 Innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) gibt es z. B. eine aktive Sektion GWA, die mit unterschiedlichen Ausbildungsstätten Sozialer Arbeit im deutschsprachigen Raum bestens vernetzt ist.

387 Verweisen sei hier etwa auf das Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung der evangelischen Kirchengemeinde Düren, gwa-dueren.de/index.php/das-team, das Forum Weingarten e. V. in Freiburg/Br., forum-weingarten.de/index.php/verein, das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, dico-berlin.org/das-dico.html oder das bundesweit agierende Forum Community Organizing, fo-co.info [aufgef.: 28.6.2019].

Analysen legte die Chicago School um 1920. Ihre Urban Area Studies gliederten den Sozialraum in Zonen, die ein signifikantes Struktur- und Nutzungsprofil aufwiesen. Dabei untersuchten die Forscher*innen typische Entwicklungsmuster und Verteilungsmuster in modernen Städten und deuteten diese als Ergebnis der Interaktion von räumlichen und sozialen Strukturen. Sozialraumanalysen bilden also die Verknüpfung der strukturellen Raumebene mit der personalen Handlungsebene in räumlich begrenzten Forschungsgebieten ab.³⁸⁸ Die Chicago School entwickelte erstmals Modelle sozialer Räume und spezifische Erfassungsmethoden. Diese theoretischen Annahmen und praktischen Handlungsschritte wurden in der Humanökologie³⁸⁹ der späten 1940er Jahre zu dem Instrumentarium entwickelt, das noch heute einen wichtigen praxistheoretischen Zugang für die Charakterisierung sozialer Räume in dreierlei Hinsicht darstellt:³⁹⁰

1. Betrachtung subsozialer Beziehungen der Bewohner*innen (wirtschaftliche Produktionsweise, Wettbewerb zwischen sozialen Gruppen)
2. Betrachtung soziokultureller Raumidentität, die sich aus Institutionen, sozialen Prozessen und physischen Merkmalen des Raums und seiner Bewohnerschaft bildet (soziokulturelle Interaktion sozialer Gruppen)³⁹¹
3. Untersuchung räumlicher Verteilungen sozialer Phänomene

Diese drei Typisierungen sozialer Räume wurden von unterschiedlichen Strömungen der Humanökologie verschieden stark gewichtet und ausgeformt. Das Verfahren der Sozialraumanalyse besteht aus vier aufeinanderfolgenden Schritten:³⁹²

1. Abgrenzung (Zonierung) des Raums.
2. Beschreibung der internen Charakteristik nach räumlich-funktionalen Strukturen und Verteilungen.
3. Ermittlung der Beziehungen und Differenzen zu anderen Gebieten.
4. Ermittlung fester sozialer und physischer Potenziale im Raum.

Die Sozialraumanalyse gewann in der deutschen Fachdebatte erst in den 1970ern aufgrund des Analysebedarfs der aufstrebenden GWA an Bedeutung.

388 Hamm (1984): 282ff.

389 Die Human Ecology geht davon aus, dass Sozialforschung immer auch die räumliche Eingebundenheit von Menschen zu berücksichtigen habe.

390 Vgl. Riege/Schubert (2002): 11.

391 Die spezifische Betrachtung kultureller Werte, Normen und Symbole, mit denen Bevölkerungen organisatorisch und mit den vorhandenen technischen Möglichkeiten Strukturen bildend reagieren, wurde insbesondere von Duncan in den späten 1950er Jahren in die humanökologische Debatte eingebracht.

392 Vgl. Riege/Schubert (2002): 11f.

3.5.2 Sozialraumanalyse als Aktionsforschung

Nachdem bereits Alinsky den Urban Area Studies eine zu starke wissenschaftliche Präferenz bei Vernachlässigung der sozialprofessionellen Handlungsebene attestiert hatte, befasste sich auch Lewin mit einer stärkeren Aktionsorientierung. Er nahm in den USA der 1940er Jahre wahr, dass es zivilgesellschaftlichen Gruppen und Institutionen nicht gelang, ihre Gesellschaftskritik in verändernde Tat umzusetzen. Neben der Analyse der gegenwärtigen Situation (1), die die Urban Area Studies ermöglichten, blieben zwei weitere Fragen unbeantwortet: „Wo liegen die Gefahren“ und Hinderungsfaktoren? (2) und – noch wichtiger – „Was sollen wir tun?“ (3).³⁹³ Eine Forschung mit der Absicht, die soziokulturelle Wirklichkeit zu verändern, musste anders aussehen:

Die für die soziale Praxis erforderliche Forschung lässt sich am besten als eine Forschung im Dienste sozialer Unternehmungen oder sozialer Technik kennzeichnen. Sie ist eine Art Tat-Forschung („action research“), eine vergleichende Forschung der Bedingungen und Wirkungen verschiedener Formen sozialen Handelns und eine zu sozialem Handeln führende Forschung.³⁹⁴

Die „reine Diagnose“ genügte Lewin nicht. Die Forschung sollte vielmehr zu planvollem sozialem Handeln führen.³⁹⁵ In der Aktionsforschung – sowohl bei Alinsky als auch bei Lewin – werden Sozialprofessionelle zu Change Agents, Befähiger*innen oder Trainer*innen, mit dem Ziel, die Beziehung zwischen Individuum und sozialer Umwelt neu zu strukturieren. Lewin zufolge kann dies am besten in Kleingruppen erfolgen, da diese den alltäglichen Lebenskontext von Menschen reproduzieren. Hier könnten sowohl Change Agents als auch Adressat*innen Lernende und Akteure gleichermaßen sein. Die Aktionsforschung lässt sich durch folgende Besonderheiten kennzeichnen:

- Die Problemstellung erfolgt nicht primär aus wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse, sondern entsteht aus konkreten Missständen für eine soziale Gruppe.
- Das Forschungsziel besteht nicht vorrangig im Überprüfen theoretischer Aussagen, sondern in der praktischen Veränderung der untersuchten Problemlage.
- Das Problem wird als sozialer Prozess aufgefasst, aus dem einzelne Variablen nicht isoliert als objektive Daten erhoben werden können. Die Datenerhebung ist Teil des sozialen Prozesses.
- Change Agents haben keine Distanz zum Forschungsobjekt, sind selbst in den untersuchten Prozess einbezogen (teilnehmenden Beobachtung bis zu gezielter Einflussnahme).

393 Lewin (1968): 278.

394 Ebd.: 280.

395 Ebd.: 283.

- Auch die anderen Akteure geben ihre Rollen (Befragte/Beobachtete) auf. Sie beteiligen sich aktiv an Zieldiskussion, Datenerhebung und -auswertung.

Die in den letzten beiden Kapiteln dargestellten Grundlagen sozialräumlicher und emanzipatorischer Sozialer Arbeit wurden 1967 von Barney Glaser und Anselm Strauss in ihrer Grounded Theory versucht zu systematisieren, die nachfolgend dargestellt wird.

3.5.3 *Grounded Theory*

Die Grounded Theory ist ein induktives und gegenstandsbezogenes Analyseverfahren, das keine Theorie beweisen, sondern eine Annäherung von theoretischer und empirischer Forschung ermöglichen will: Theorien sollen nicht abstrakt, sondern in möglichst intensiver Auseinandersetzung mit dem konkreten Gegenstand (soziale Realität) entwickelt werden (theoretical coding). Die Relevanz bestimmter Beobachtungen stellt sich somit erst im Forschungsprozess heraus. Datenerhebung und -analyse erfolgen eng am Forschungsgegenstand und erfordern eine forschungsbegleitende Auswahl der Daten (theoretical sampling). Die Theoriebildung erfolgt also in einem Austauschprozess zwischen erhobenem Datenmaterial und daraus gewonnenen Erkenntnissen. Philipp Mayring fasst den Grundgedanken dieser Theoriebildung so zusammen: „Gegenstandsbezogene Theoriebildung geht davon aus, dass der Forscher während der Datensammlung theoretische Konzepte, Konstrukte, Hypothesen entwickelt, verfeinert und verknüpft, so dass Erhebung und Auswertung sich überschneiden.“³⁹⁶

Die Grounded Theory gibt kaum Anweisungen zur Erhebung oder Auswertung von Daten. Auch Datenerhebung und -bewertung erfolgen forschungsbegleitend. Wesentliche Arbeitsschritte sind (1) Datenerhebung; (2) Codieren, also Bildung von Kategorien und Zuordnung von Indikatoren zu diesen; (3) Kontrastieren (constant comparison, permanenter Vergleich) von Fällen zur Überprüfung der Reichweite der bislang entwickelten Kategorien; (4) theoretical sampling, das heißt die Fallauswahl gemäß dem jeweiligen Stand der Datenauswertung und der daraus entstandenen Ideen und Fragen, auch mit dem Ziel, neue Vergleichsfälle zu generieren; (5) Schreiben von Memos, also das Festhalten von Ideen, Kommentaren, insbesondere zum jeweiligen Stand der Codierung. Anhand der Memos soll im Verlauf der Forschung letztlich die Theorie entwickelt werden. Die Grounded Theory bietet sich aufgrund ihrer Offenheit und Prozesshaftigkeit für die aktivierende Sozialraumforschung an.

396 Mayring (1990): 78.

3.5.4 *Sozialraumforschung als Erforschung individueller Lebenswelten*

Der Sozialraum ist der Ort, wo sich die Deutungen, Wahrnehmungen und Anliegen der Menschen (Lebenswelt) und die Handlungslogiken und Machtverhältnisse des wirtschaftlichen oder politischen Systems begegnen und miteinander verschränken lassen. Nach dem Siegeszug des individualisierenden Lebensweltparadigmas innerhalb der Sozialraumforschung ist im letzten Jahrzehnt eine leichte Rückbesinnung hin zu makrosoziologischen Fragestellungen nach gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wahrzunehmen. Insbesondere die theoretischen Arbeiten von Bourdieu zum Sozialraum haben die Handlungstheoretiker darauf hingewiesen, dass lokale Sinnaushandlungen nicht ohne den Hintergrund gesellschaftlicher (Macht-)Verhältnisse, Wertediskurse und Ressourcenanalysen gedacht werden können. Bourdieu identifiziert zwei in Bezug stehende Sozialraumdimensionen: Den Habitus, der aus den mentalen und körperlichen Ressourcen der sozialen Akteure (ökonomisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital) gebildete metaphorische Raum, und das soziale Feld, der durch die Akkumulation und Distribution materieller Ressourcen (Kapitalarten) sozial angeeignete geografische Raum.

Im physisch-geografischen Raum bilden sich Bewegungs-, Nutzungs- und Wahrnehmungsmuster von Akteuren ab, die im metaphorisch-gesellschaftlichen Raum auf Grundlage des individuell angeeigneten ökonomischen, sozialen, kulturellen oder symbolischen Kapitals konstituiert werden. Lokale Veränderungsprozesse verdichten sich im physisch-geografischen Raum und sind in diesem ablesbar. Eine nachhaltige Veränderung lokaler Diskurse und Machtgefüge kann also nur durch eine Auseinandersetzung mit den im Habitus immer wieder reproduzierten gesellschaftlichen Werte- und Normvorstellungen der Menschen erwirkt werden.

Der geografische Ort kann in einem Stadtteil, dem Büro einer Lokalredaktion, der Skaterbahn als Treffpunkt einer Jugendclique, dem Sitzungssaal eines Gemeinderates oder dem Treffpunkt einer Bürgerinitiative liegen. Das, was vor Ort erlebt wird, hat seine Ursache allerdings in Mechanismen, die gänzlich anderen sozialstrukturellen, politisch-gesellschaftlichen oder auch individualsozialpsychologischen Sphären zuzuordnen sind.³⁹⁷ Daher fokussiert die Sozialraumorientierung auf Wechselbeziehungen zwischen physischem Ort, Lebenswelt und Sozialstruktur. Um partizipativ-bedürfnisorientierte Angebotsformen zu ermöglichen, sind kleinräumige Sozialraumanalysen erforderlich, die lebensweltliche Wahrnehmungen, Deutungen und Anliegen ebenso einbeziehen wie externe Problemwahrnehmungen und Analysen vorhandener Ressourcen sowie Förderungs- und Hinderungsfaktoren sozialen Wandels. Solche Sozialraumanalysen sollten interdisziplinär sowohl (1) die materielle Raum-

397 Vgl. Bourdieu (1997): 159.

erscheinung (physische Form) als auch (2) die Interaktions- und Handlungsstrukturen der Produktion, Nutzung und Aneignung des Raumes und schließlich (3) das räumliche Zeichen- und Symbolsystem inklusive vorhandener Machtstrukturen einbeziehen.³⁹⁸ Die Bedarfserschätzung ist nicht objektiv, sondern ein Aushandlungs- und Entscheidungsprozess unterschiedlicher Blickwinkel.³⁹⁹

Auch die Erfahrung von Erfolgs- und Machbarkeitsgrenzen der GWA führte in den 1980/90er Jahren zu einem Perspektivwechsel von objektivierend-quantifizierenden Forschungsmethoden auf die Bedürfnisse und Diskurse der Adressat*innen. Die Erfahrung der GWA war, mit sozialstrukturellen und normativ-politischen Analysen und Problembeschreibungen keine ausreichend belastbaren Zugänge zu den Akteuren im Sozialraum zu erlangen. Die Aktionsforschung der GWA reagierte darauf mit einem Rückbezug auf die Dokumentation und Deutung sozialer und kultureller Phänomene der alltäglichen Erfahrungswelt unterhalb messbarer statistischer Indikatoren. In diesem veränderten Sozialraumkonzept ging es vor allem um die Frage, „welche Merkmale des Raumes von den Menschen aus ihrer jeweiligen individuellen Sicht erfasst und mit relativen Bedeutungen aufgeladen werden“.⁴⁰⁰ Der qualitative Bezug auf die Lebenswelt wurde mit einer Fokussierung auf die Sprache als Ort von Interaktion und Sinnaushandlung untermauert.⁴⁰¹ Zusätzlich zu quantifizierbaren Sozialdaten und makrosoziologischen Erhebungen kamen teilnehmende Beobachtung und Formen aktivierender Befragung zum Einsatz. Die für diese veränderte Bedürfnislage geeignetste und am weitesten entwickelte Methodologie war die Soziografie, die ebenfalls in den 1920er Jahren im Rahmen der bekannten Marienthalstudie von der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle der Universität Wien entwickelt wurde.⁴⁰²

3.5.5 *Methoden der empirisch begründeten Aktionsforschung*

In der Aktionsforschung haben sich verschiedene Methoden als geeignet erwiesen. Welche Methode oder welcher Methodenmix für die jeweilige GWA zielführend ist, muss je nach Gemeinwesenstruktur, Beteiligten und Problem neu entschieden werden.

398 Vgl. Riege/Schubert (2002): 42.

399 Vgl. Biesel (2007): 72.

400 Riege/Schubert (2002): 16.

401 Vgl. ebd.: 16f.

402 Vgl. Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel (1975).

Aktivierende Befragung

Aktivierende Befragungen werden häufig in der aktivierenden, auf Aktionsplanung abzielenden und somit handlungsorientierten Sozialraumbeobachtung eingesetzt. Sie verbinden lebensweltliche Verfahren wie Einzel- und Gruppeninterviews oder -gespräche und handlungsgenerierende Techniken, wie aktivierende, auf Perspektiven und kreative Ideen ausgelegte Fragestellungen, mit empirischer Feldforschung, etwa inhaltsanalytische Interview- und Gesprächsauswertung. Aktivierende Befragungen sind erzählgenerierend: Bei allen benannten Problemen wird nach eigenen Lösungsideen oder Verbesserungsvorschlägen gefragt und die Bereitschaft zur Mitwirkung an deren Umsetzung erkundet. Die dafür passenden Fragestellungen werden in einem dialogischen Prozess auf Grundlage der externen Perspektiven der Change Agents auf den Sozialraum (Vorannahmen) mit lokalen Schlüsselpersonen entwickelt. Die so entwickelten Fragen werden einem Prätest unterzogen und bei Bedarf angepasst. Sind die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben, leisten aktivierende Befragungen einen wichtigen Beitrag zur Demokratieentwicklung von unten. Ohne Aktivierung benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die sich mit ihren Interessen in der Regel nicht in den demokratischen Prozess einbringen, ist Demokratie nicht umsetzbar. Aktivierende Befragungen sind nur da sinnvoll, wo es eine Wertschätzung für offene demokratische Prozesse gibt, wo verschiedene Meinungen und eigenständiges Denken erwünscht sind. Vor Beginn der aktivierenden Befragung müssen die Menschenrechtsorientierung der Change Agents und die Bezüge der Projektarbeit zu demokratischen Grundwerten bei Auftraggeber*innen, Finanziers und allen direkt Beteiligten klar dargestellt und in die Aufträge eingebunden werden.⁴⁰³

Ein vereinfachter Ablauf aktivierender Befragungen besteht aus der (1) Voruntersuchung, in der Schlüsselpersonen identifiziert werden. Hier wird überprüft, ob das geplante Vorgehen für das Quartier angemessen ist. Dabei werden mittels teilnehmender Beobachtung allgemeine Aspekte des Lebensalltags (Wo treffen sich Menschen? Wo gibt es Probleme?) erfasst und protokolliert. Die Voruntersuchung wird mit einem Prätest abgeschlossen, dessen besonderer Fokus auf der erzählgenerierenden Wirkung der Fragestellungen liegt. In der (2) Hauptbefragung, die mündlich und persönlich stattfindet, vorher angekündigt und mit ihrer zeitlichen Länge vereinbart wird, werden neben den Interviews mit Schlüsselpersonen und Multiplikator*innen auch deren Einschätzungen und Kontakte zu anderen aus ihrer Sicht wichtigen Akteuren im Sozialraum erfragt und gesondert notiert. Das Interview sollte in zwangloser Atmosphäre, im Idealfall direkt in den Wohnräumen der Schlüsselpersonen stattfinden.

403 Vgl. Lüttringhaus/Richers (2007): 78.

Arbeitsbogen (Leitfadeninterview):

Gesprächspartner*in: Ort: Interview am:

1. Zentrale Fragen:

- Wo liegen besondere Probleme und veränderungswürdige Notwendigkeiten (im Zusammenleben) im Dorf? (Sammeln, erläutern lassen, Themen identifizieren)
- Was sollte unbedingt schnellstmöglich verändert werden?
- Welche Menschen sind im Dorf besonders aktiv/wichtig?
- Wer hat welche Interessen?
- Sind rechte Gewalt, organisierte Neonazis ein Problem?

2. Anschlussfragen, wenn GMF als Problem wahrgenommen wird:

- Sind extrem rechte Orientierungen/Aktivitäten wahrnehmbar?
- Was passiert Ihrer Meinung nach?
- Wer sind die Akteure (zugespielt Jugendproblem...)
- Welchen sozialen und kulturellen Hintergrund könnten die Akteure haben?
- Welche Wirkung hat deren Handeln?
- Gibt es konkret Betroffene/Opfer rechter Gewalt? Wer?
- Was könnten die Ursachen für Rex, Gewalt, Diskriminierung im Dorf sein?
- Was müsste sich ändern?
- Wer könnte / sollte / müsste was tun?

3. Selbst Akteur*in werden:

- Wie würden Sie das beurteilen: Welchen Einfluss hat Ihre eigene Arbeit als ..., Engagement in ... auf Ihre Sicht der Probleme vor Ort?
- Was müsste passieren, damit Sie sich im Dorf richtig gut fühlen?
- Wie würden Sie agieren?
- Wo würden Sie sich gerne einbringen?

4. Unterstützer*innen/Bündnispartner*innen:

- Wer könnte im Ort als Unterstützer*in für ihre Anliegen und Wünsche fungieren?
- Warum würde er/sie Sie unterstützen?
- Wie könnten Sie die Person ansprechen und zur Mitarbeit bewegen?
- Welchen Beitrag/Nutzen versprechen Sie sich von seiner/ihrer Mitarbeit?

5. Gegner*innen/Behinderer*innen:

- Wer im Ort könnte Ihren Anliegen und Wünschen schaden?
- Warum würde die Person Ihre Anliegen und Wünsche zu behindern versuchen?
- Wie könnten Sie dies verhindern?

Ausklang des Interviews:

- Reflexion, Konversationen, Verabredungen (weitere Interviewpartner*innen?)

Nachbereitung der Interviews:

Zeitnahe Transkription (ggf. straffen/systematisieren), Fokus auf markante O-Töne der Gesprächspartner*innen; Zuordnung von Eigenmaterial der Gesprächspartner*innen; Zuordnung von Medienberichterstattung

Abbildung 14: Leitfadeninterview: Aktivierende Befragung

Da die Fragestellungen erzählgenerierend angelegt sind, sollte auch die Raum- und Gesprächsatmosphäre zum störungsfreien und lockeren Plaudern einladen. Ausgedruckte Leerformulare dienen während des Interviews als Notizzettel und Orientierungshilfe. Dies ermöglicht eine schnelle Systematisierung unsortierter Fakten, Befindlichkeiten etc. während des Interviews. Im Unterschied zu qualitativen Befragungen (bei denen Daten und Sichtweisen erfasst werden) wird hier die (Nach-)Wirkung enttäuschter Erwartungen einbezogen und echte, aktive Beteiligung am Analyseprozess ermöglicht.⁴⁰⁴

Der Interviewleitfaden (vgl. Abbildung 14) sollte Spielräume für Nach- und Verständnisfragen lassen (Warum ist das so?). So erhalten die Befragten die Möglichkeit, lebensweltliche Probleme (Social Issues) anzusprechen.⁴⁰⁵ (3) In die Auswertung der Befragung fließen alle bei Voruntersuchung und Hauptbefragung erhobenen Daten ein. Interviews, offiziell zugängliche sozioökonomische Statistiken und Pläne (ökonomische Planungsdaten, Flächennutzungspläne, Sozialplanungsdaten, etc.) werden mit den Interviewergebnissen verglichen und bewertet. (4) Auf einer Bürger*innenkonferenz werden die Befragungsergebnisse vorgestellt und diskutiert. Damit Aktivierungseffekte nicht verloren gehen, sollten solche Versammlungen zeitnah nach der Befragung stattfinden. Ihr zentrales Ziel ist es, gemeinsame Handlungsschritte zu vereinbaren. Für ihre Umsetzung werden Aktionsgruppen gebildet. Wichtig ist, dass Resultate möglichst bald sichtbar werden.⁴⁰⁶

Ziele und Formen aktivierender Befragungen

Das Hauptziel aktivierender Befragungen ist die Veränderung der Situation im Gemeinwesen im Sinne der dort lebenden und betroffenen Bürger*innen durch deren Aktivität.⁴⁰⁷ Ausgewählte Menschen aus allen Altersgruppen und Milieus werden in aktivierenden Befragungen in ihrer Expert*innenrolle als Stadt- bzw. Gemeinderät*in, Sozialarbeiter*in, Lehrer*in, Unternehmer*in, Mitglied relevanter Institutionen (z. B. Feuerwehr, Karnevals-, Tourismus- oder Sportverein), Mitarbeitende in Verwaltung etc. angefragt. Die aktivierende Frageform eröffnet Raum für individuelle Wahrnehmungen, Kompetenzen und Engagementideen. Die Interviews finden im Vier-Augen-Gespräch in möglichst privater Atmosphäre statt und regen dazu an, Ideen zu formulieren und mitzuwirken. Per Schneeballsystem kann das Expertenfeld erweitert werden. Diese Form der Datenerhebung geht zurück auf die Grounded Theory, die eine Praxistheorie in intensiver Auseinandersetzung mit dem konkreten Forschungsgegenstand entwickelt. Sie bietet sich als prozesshafte Analysetechnik an, um relevante lokale Diskurse und Akteure zu identifizieren und soziokulturelle

404 Vgl. ebd.: 79.

405 Vgl. ebd.: 81f.

406 Vgl. ebd.: 84f.

407 Vgl. Hinte/Karas (1989): 47.

Projektideen mit der Chance auf größtmögliche Beteiligung zu erarbeiten. Erfahrungsgemäß erreicht man mit dieser Zugangsform vor allem Ältere. Aktivierungsprozesse können auch Passivität erzeugen, etwa wenn Bedürfnisse erfragt werden, um danach mit Angeboten oder veränderten Strategien der Öffentlichkeitsarbeit die genannten Probleme autoritär anzugehen. Damit Aktivierung wirklich gelingt, müssen folgende Fragen geklärt werden: Wer bestimmt die Ziele?, Was ist das Ziel?, Wem gehören die Ergebnisse?, Was geschieht nach der Befragung?⁴⁰⁸

Meist formulieren Sozialprofessionelle bereits Annahmen, die auch vorläufige Ziele enthalten. Dennoch müssen sie deutlich machen, dass die Aktivitäten nach der Befragung in die Hände der Aktivierten übergehen. Ziel ist konkret, das selbstbestimmte Engagement durch Kontakte zu Bewohner*innen zu fördern und sie zu unterstützen, um eigene Interessen zu erkennen. Außerdem sollen die Befragungsergebnisse zum Beispiel in einer moderierten Bürgerversammlung transparent gemacht werden und potenzielle Mitstreiter*innen gemeinsame Zielformulierungen erarbeiten. Die selbstbestimmten Aktivitäten der Bewohner*innen werden von Fachkräften weiter begleitet.⁴⁰⁹

Ob die Akteure nach der aktivierenden Befragung eigenständig handeln, hängt vom professionellen Vorgehen der Begleitung ab: Werden sie darin unterstützt eigene Organisationsformen zu entwickeln? Werden Schlüsselpersonen als Vertreter*innen gestärkt oder nur als ehrenamtliche Helfer*innen der Professionellen wahrgenommen?

In Sozialraumanalysen werden mit aktivierenden Befragungen qualitative Daten erhoben. Das Ziel ist es, mehr und qualitativ bessere Informationen zu einem Quartier zu erhalten. Wichtig ist zu klären, wem die Ergebnisse der Analyse gehören. Es bedarf einer klaren Abgrenzung des Forschungs- und Datendokumentationsprojekts von Sozialwissenschaftler*innen und dem je eigenen Produkt der Aktivierung mit offenem Ausgang. Daher sind aktivierende Befragungen dann geeignet, wenn in einem bestimmten Sozialraum gemeinsam mit den Bewohner*innen nach geeigneten Wegen zur Lösung lebensweltlicher Probleme gesucht werden soll.⁴¹⁰ Auch NGOs oder Bürgerinitiativen können mit professioneller Unterstützung aktivierende Befragungen nutzen. Ziel ist es dann, Themen und Sichtweisen der Bewohner*innen zu identifizieren, die Aktivitäten und das Programm der NGO zu erneuern oder Anknüpfungspunkte für neue Mitstreiter*innen finden. Da es hier um die Stärkung bestehender Organisationen geht, ist die Vorbereitung und das Training der Befragenden in folgenden Aspekten wichtig: Vertraulichkeit der Gespräche, Respekt vor verschiedenen Meinungen und Offenheit für neue Interessierte, die aktiv werden wollen.

408 Richers (2007): 59

409 Vgl.: Richers (2007): 60

410 Vgl. Richers (2007): 60.

Teilnehmende Beobachtung

Mit dieser Methode (vgl. Auftragsbeispiel in Abbildung 15) können sowohl quantitative als auch qualitative Daten sowie sozialstrukturelle Gegebenheiten als auch Ressourcen erhoben werden. Sie wird sowohl in der empirischen Sozialforschung als auch der ethnologischen Forschung angewandt und eignet sich zur Sozialraumforschung durch Externe und zur empirischen Selbstreflexion lokaler Akteure zu ihrem Gemeinwesen gleichermaßen. Teilnehmende Beobachtung erfordert eine klare empirische Fragestellung, die die Beobachtungen analytisch begrenzt. Als quantitative Daten können zum Beispiel die Häufigkeiten von Kommunikation und sozialen Beziehungen durch Zählungen, Skizzen oder Fotografien dokumentiert werden. Auch die Auswertung von Sekundäranalysen, wie Wirtschaftsdaten, kommunale Entwicklungspläne, Bevölkerungsstatistiken, Kinder- und Jugendhilfepläne oder Statistiken sozialer Einrichtungen kann hier einfließen. Qualitativ können verbale oder schriftliche Dokumente ausgewertet werden. Die Basis sind etwa ausführliche Interviews von Einzelpersonen oder Gruppen. Auch eigene Eindrücke können verarbeitet und bewertet werden, was möglicherweise mit der Unterstützung eines reflektierenden Teams geschieht.

Interview- bzw. Fotostreifzug

<p><u>Forschungsauftrag:</u></p> <p>Sucht drei Orte im Stadtteil/in der Kommune auf.</p> <hr/> <p>Ihr braucht: Tonband, Stift</p> <p>Aufgabe: Befragt Passant*innen auf der Straße zu folgenden Themen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Können Sie/Kannst du uns ein paar Fragen beantworten?2. Wo wohnen Sie?/Wo wohnst Du?3. Was machen Sie in Ihrer Freizeit?/Was machst Du in Deiner Freizeit?4. Was am liebsten?5. Gehen Sie/Gehst du in einen Verein/ein Jugendzentrum?6.

Abbildung 15: Forschungsauftrag Interviewstreifzug

Der Interview- oder Fotostreifzug (vgl. Auftrag in 15) ist eine spielerische Methode der empirischen Datenerhebung in der Aktionsforschung. Er ist für die partizipative Feld- und Aktionsforschung mit Kindern und Jugendlichen ebenso geeignet wie mit Erwachsenen.⁴¹¹ Ein Fotostreifzug ist etwas einfacher

411 Vgl. KBS (2002b).

umzusetzen als ein Interviewstreifzug. Mit Smartphone und den darin integrierten Aufnahme- und Fotoapps sowie einfachen analytischen Fragen werden die Teilnehmenden aufgefordert, ihre Problemwahrnehmungen und Deutungen zum Sozialraum und seinen Entwicklungen in Ton und/oder Bild festzuhalten (vgl. Abbildung 15 und Abbildung 16). Diese Methode kann sozialräumlichen Diskurse und Anliegen innerhalb eines Gemeinwesens (Meinungen und Motivationen) aufdecken. Sie ermöglicht eine spielerisch-niedrigschwellige Kontaktaufnahme zu Menschen im Sozialraum, weckt generationsübergreifend Interesse und animiert Menschen zum Mitdenken und Mitmachen. Besonders gut eignet sie sich, um Akteure und Akteursgruppen im Gemeinwesen miteinander ins Gespräch zu bringen. Wahrnehmungen und Schwerpunkte aus der externen sozialprofessionellen Sicht können in einem solchen spielorientierten Prozess mit lokalen Themen in Übereinstimmung gebracht werden. Beispielsweise können Teilnehmende ihre Lebenswelt aus ihrer Sicht und mit ihren Themenstellungen fotografieren.

Fotoauftrag:
 Fotografiert Orte, die euch Angst machen.
Ihr braucht: Fotoapparat (z.B. Handykamera), Stift

Ort:

Warum macht er euch Angst?

Abbildung 16: Auftrag Fotostreifzug

Die Methode eignet sich zudem gut als Einstieg in ein GWA-Projekt. Vor allem der Fotostreifzug ist gut für artikulationsschwache Personen geeignet. Sie kann verschiedene Fragen bearbeiten: Wie nehmen die Teilnehmenden ihre Lebenswelt wahr? Welche Themen werden angesprochen? Welche Orte suchen sie auf und welche Perspektive haben sie auf diese? Mit welchen lokalen Akteuren treten die Teilnehmenden in Kontakt?

Der Interviewstreifzug erfordert einen hohen Aufwand an Vor- und Nachbearbeitung. So sollte der Fragekatalog gut getestet sein. Der*die Sozialprofessionelle muss sich um eine sinnvolle Ergebnissicherung kümmern. Möglich sind eine Toncollage, Handreichung, Fotoausstellung oder die Kombination dieser Formen. Der Projekttablauf besteht in der Regel aus drei Phasen: (1) Einführung in die Vorgehensweise, einschließlich Zeitplan, (2) Streifzug, eventuell in Begleitung, (3) Austausch der Teilnehmenden, Collagenerstellung oder Materialbearbeitung sowie Ergebnispräsentation etwa in einer Ausstellung.

Heimatbilderrätsel

Das Heimatbilderrätsel ist eine ortsspezifische und besonders für ländliche Gemeinwesen geeignete Variante des Fotostreifzuges. Sie nutzt das Fotografieren als Medium für einen thematischen und beteiligungsorientierten Zugang zum Gemeinwesen, ohne besonderen Wert auf zusätzliche empirische oder sozio-ökonomische Daten zu legen. Der Schwerpunkt und die Chance dieser Methode liegen in der öffentlichen Wahrnehmung und ihrer Rolle als Icebreaker. In geeigneten Medien wie Amtsblatt, Regionalbeilage der ortsüblichen Tageszeitung oder in Aushangkästen an zentralen vielbesuchten Orten (Gemeindeverwaltung, Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr, Sportverein oder Kirchengemeinde) werden Detailaufnahmen prägender Motive aus Ortsgestaltung, -geschichte und Architektur veröffentlicht. Das können außergewöhnlich verzierte Häuserfassaden oder Hofeingänge von Bauernhöfen, prägnante Schlusssteine an Hauseingängen oder landschaftliche Kleinode sein. Auch Defizite lassen sich so problematisieren: besonders heruntergekommene Gebäude, Schutthalden, unwirtliche Orte, exemplarischer Leerstand etc. Bewohner*innen, die sich am Bilderrätsel beteiligen, suchen den jeweiligen Ort auf und finden dort einen oder mehrere Buchstaben, die sich am Ende zu wertschätzend-perspektivorientierten oder auch problemfokussierenden Lösungssätzen zusammensetzen lassen. Mögliche Lösungssätze sind: „Die Heimat von Weltbürgern und ich mittendrin.“⁴¹² „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig.“ (Friedrich Schiller, „Wilhelm Tell“) oder „Man ist nicht bloß ein einzelner Mensch, man gehört einem Ganzen an.“ (Theodor Fontane, „Effi Briest“). Die Lösungen werden an kommunikativen Treffpunkten im Ort (Dorfladen, Gaststätte, Kirchengemeinde, Feuerwehrdepot) eingesammelt und ausgewertet. Aus den richtigen Einsendungen werden Preisträger*innen gelost und in einer eigens einberufenen Bürgerversammlung oder auf einem Dorffest prämiert. Nach dem Vorbild lebendiger Adventskalender können die Fotografien auch vierundzwanzig an der Zahl sein. Bei Bedarf sind dann mehrere Buchstaben des Lösungssatzes an einem Ort zu finden. Das Aufsuchen der Orte kann mit einem Adventskaffee, Posaunenchorblasen, Liedersingen, Puppenspiel oder dergleichen zu einem gemeinschaftsfördernden Event ausgebaut werden.

Subjektives Kartografieren

Beim subjektiven Kartografieren entstehen auf Blättern im Format A4 oder besser A3 Karten, die Kinder, Jugendliche oder Erwachsene zeichnen. Sie skizzieren für sie bedeutsame Lebensräume ihres Wohnortes, Stadtteils oder ihrer Region. Ziel ist die Rekonstruktion individueller Lebensräume und deren

412 Dieser Lösungssatz war der Einstieg in das Dorfentwicklungsprojekt Urlaubsdorf.

subjektiver Relevanz durch die Beteiligten.⁴¹³ Hierzu gehören die eigene Wohnung oder die Schule als Ausgangspunkte lebensweltlicher Betrachtungen sowie darüber hinaus weitere individuell bedeutsame Orte wie beliebte und unbeliebte Plätze oder auch Straßenzüge, (Schul- oder Arbeits-)Wege etc. Der analytische Fokus liegt auf bildlich dargestellten Besonder- und Einzelheiten. An den Karten soll ablesbar sein, wie die Subjekte die Welt erleben, sich Räume mit zunehmender Sicherheit aneignen und selektive räumliche Erfahrungen differenziert verarbeiten. Lern- und Aneignungsfortschritte können durch Längsschnitte (wiederholtes Kartografieren in zeitlichen Abständen) deutlich werden.

Besonders Kinder und Jugendliche zeichnen gern, von sich aus und spontan. Darin sollten sie unbedingt bestärkt werden. Beim subjektiven Kartografieren können auch – besonders in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen – Vermischungen mit virtuellen Räumen und Phantasiewelten vorkommen. Als konkretere Anlässe, Aufgabenstellungen oder Themen haben sich indessen bewährt: Mein Wohnhaus, Meine Schule, Mein Jugendklub (jeweils mit Umgebung); Mein Schulweg, Die Straße, in der ich wohne; Orte und Plätze, die ich mag (die ich nicht mag); Meine Welt, mein Leben.

Alle in Kapitel 4.5. dargestellten praxiswissenschaftlichen Grundlagen und sozialprofessionellen Methoden dienen der Herstellung praxisrelevanten Wissens und mit ihrer partizipativen Projekthaftigkeit insbesondere vertrauensvoller und belastbarer Beziehungen zu den Adressat*innen. Sie ermöglichen, Inhalte, Tempo und Energie der Adressat*innen aufzunehmen und in Aktivitäten für planvollen sozialen Wandel zu übersetzen. Diese Grundlagen und Methoden bleiben aber weitgehend wirkungslos, wenn Adressat*innen im jeweiligen Gemeinwesen einen zu geringen sozialen Status und zu wenig Deutungsmacht haben, um sozialen Wandel gegen Widerstände durchsetzen zu können. Für solche, häufig auftretenden Situationen, wurde die nachfolgend dargestellte Systematik des Empowerments entwickelt.

3.6 Empowerment

Empowerment (wörtlich: Selbstbemächtigung/-befähigung) stammt ebenfalls aus dem Methodenrepertoire der Social Change Theory, ist jedoch auch in der SKA enthalten, wo es im Begriff Animation als „in Bewegung setzen“, „aktivieren“, „initiieren“, „begeistern“ enthalten ist. Ziel des Empowerments ist es, vorhandene und vielleicht verschüttete Ressourcen freizusetzen, mit deren Hilfe Menschen eigene Lebenswege und -räume selbstbestimmt gestalten können. Es ist somit das Anstiften zur (Wieder-)Aneignung von Selbstwirksamkeit

413 Für weitere Anregungen vgl. Daum (2011) sowie Daum/Hasse (2011).

und Selbstbestimmung über die Umstände des eigenen Lebens. In der Binnensilbe *power* steckt zudem ein weiterer Impuls: Die deutsche Übersetzung als (Selbst-)Ermächtigung verweist auf ein Machtgefälle, dass es in sozialräumlichen Veränderungsprozessen zu überwinden gilt.

3.6.1 Grundprinzipien des Empowerment-Konzeptes

Empowerment bricht mit dem Blick auf die Schwächen und Abhängigkeiten lokaler Akteure und vertraut stattdessen auf deren Ressourcen und Kompetenzen. Die Adressat*innen sollen in die Lage versetzt werden, ihre täglichen Belastungen der Lebenswirklichkeit produktiv zu bearbeiten und ständig neu Kontrolle über ihr eigenes Leben zu gewinnen. Es geht gerade nicht darum, dass Sozialprofessionelle unterstützungsbedürftigen Menschen helfen. Empowerment ist vielmehr ein gemeinschaftliches Ergebnis kooperativer Arbeit zwischen Sozialprofessionellen und Adressat*innen hinsichtlich einer gemeinschaftlich definierte Problembearbeitung. Machtlosigkeit, Resignation und Hoffnungslosigkeit sollen überwunden, das Vertrauen in Selbstwirksamkeitskräfte gestärkt werden.⁴¹⁴ Dies kann nicht einfach vermittelt, sondern muss gemeinschaftlich erlebt und erarbeitet werden. Empowerment bedarf dafür eines ethisch begründeten Handlungskontextes, um vor dem Hintergrund der in Kapitel 3.6.2-3.6.5. dargestellten Auseinandersetzungen um Macht innerhalb der Zivilgesellschaft eine emanzipatorisch-menschenrechtsorientierte Perspektive zu befördern, die im nachfolgenden Zitat mit dem Terminus Gemeinwohl umschrieben ist:

Wenn Empowerment von Benachteiligten das zentrale Ziel ist [...], ist zu fragen, was eine Gesellschaft unterschiedlicher Gruppen zusammenhält. Ein Kampf zwischen Gruppen um Macht und Kontrolle ohne gleichzeitige Anerkennung eines Gemeinwohls kann zu Konflikten führen [...].⁴¹⁵

Für die Empowerment-Praxis sind Selbstbestimmung und Lebensautonomie handlungsleitend. Jeder Mensch hat die Fähigkeit, aus Ohnmacht, Resignation und Hilflosigkeit auszubrechen und Selbstverwirklichung und Lebensouveränität zu erstreiten. Die Einlösung dieses Anspruchs erfordert von Sozialprofessionellen eine sensible selbstreflexive Eingrenzung der eigenen Expertenmacht und den Respekt vor der Autonomie der Adressat*innen und Kooperation auf Augenhöhe („sharing power“).⁴¹⁶ Grundlegend ist außerdem soziale Gerechtigkeit. Menschen wird ein kritisches Bewusstsein von der Veränderbarkeit ungleicher Verteilung materieller Lebensgüter (Niveau und Sicherheit des verfügbaren Einkommens und Vermögens) und immaterieller Lebensgüter

414 Vgl. Sickendiek/Engel/Nestmann (2008): 71.

415 Riger (1993): 290.

416 Vgl. Herringer (2014b): 10.

(Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung, Inklusion in tragende soziale Netzwerke) vermittelt. Sie werden sowohl in ihrer individuellen Lebenswirklichkeit als auch ihrer gesellschaftlichen Teilhabe zu sozialer Aktion angestiftet. Empowerment zielt im Sinne demokratischer Partizipation zudem auf die Stärkung der Teilhabe von Menschen an Entscheidungsprozessen, die ihre Lebenswelt betreffen. Ihre Wünsche und Bedürfnisse nach Mitgestaltung lokaler Politik sollen verwirklicht werden. Zivilgesellschaftliches Engagement kann nur durch die sozialpolitische Einmischung, die Eigenverantwortung und Eigenbeteiligung der Bürger*innen in lokalen Angelegenheiten gelingen.

3.6.2 *Ressourcen als Grundlagen des Empowerments und ihre Aktivierung*

Ressourcen sind Potenziale, die Individuen zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, zur Realisierung langfristiger Identitätsziele oder zur gelingenden Bearbeitung belastender Alltagsanforderungen nutzen können. Sie tragen zur Sicherung psychischer Integrität, zur Kontrolle von Selbst und Umwelt sowie zu einem umfassenden biopsychosozialen Wohlbefinden bei.⁴¹⁷ Bereits in Kapitel 2.1.1 wurde mit Rekurs auf Bourdieu auf Ressourcen verwiesen, die in dessen Milieutheorie als (1) strukturelle Ressourcen (ökonomisches, kulturelles, symbolisches und ökologisches Kapital) konzeptioniert werden. Empowerment-Prozesse bedürfen der strategischen Sicherung struktureller Ressourcen wie (Erwerbs-)Arbeit, Bildung, Wohnen. Erst mit dieser Absicherung sind persönliches Wachstum und soziale Integration möglich. Herringer, aber auch Staub-Bernasconi, verweisen in ihren praxis-wissenschaftlichen Perspektiven auf Empowerment in der Soziale Arbeit auf über Bourdieus strukturelle Perspektive hinausgehende individuelle und soziokulturelle Ressourcenebenen: (2) Personale Ressourcen umfassen lebensgeschichtlich gewachsene, persönlichkeitsgebundene Wahrnehmungs-, emotionale Bewältigungs- und Handlungskompetenzen, die Einzelne in kritischen Lebensphasen als Schutz gegen Verletzungen nutzen können. Aus dem Bereich der Persönlichkeitspsychologie liegen empirische Untersuchungen über produktive personale Ressourcen vor, die sich wie folgt systematisieren lassen:⁴¹⁸

- Beziehungsfähigkeit basiert auf Empathie und Sensibilität für Befindlichkeiten und Interessen anderer Menschen. Sie impliziert Offenheit in der Kommunikation von Gefühlen, Bedürfnissen und Wünschen und die Fähigkeit, freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Hierzu gehören auch Verlässlichkeit und Respekt gegenüber anderen sowie die Fähigkeit zu Kritik und balancierter Problem- und Konfliktlösung.

417 Vgl. Obrecht (2001), Herringer (2014b).

418 Vgl. Herringer (2014b)

- Selbst(wirksamkeits)vertrauen ist ein erfahrungsbasierter, fester Glaube an die Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit der eigenen Lebensziele und -werte aus eigener Kraft. Dazu zählt das Vertrauen in die Gestaltbarkeit neuer Lebenssituationen.
- Flexibilität und Anpassungsbereitschaft machen eine aktive und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit Umweltanforderungen möglich. Sie befähigen dazu, Veränderungen in die eigene Lebensplanung zu integrieren.
- Zudem ist die *Veröffentlichungsbereitschaft* oder *Offenheit* relevant, bei Krisen- und Problemsituationen Hilfesignale zu senden und Helfende nicht zu überfordern.

Schließlich verweisen (3) *soziokulturelle Ressourcen* auf das soziale und kulturelle Eingebunden-Sein der Adressat*innen in unterstützende (Verwandtschafts-, Bekanntschafts- und Interessen-)Netzwerke mit folgenden unterstützenden Faktoren:⁴¹⁹

- Emotionale Unterstützung vermindert Ohnmachts-, Abhängigkeits- und Isolationserfahrungen und stärkt die „Ich-stützende Anerkennung“.
- Instrumentelle Unterstützung stellt materielle und handfeste praktische Alltagshilfen bereit und unterstützt Betroffene bei der Suche nach anderen Lebensorientierungen.
- Kognitive (informationelle) Unterstützung klärt über Rechtsansprüche auf und informiert über verfügbare Dienstleistungen. Das schließt Hinweise auf weitere hilfreiche Personen ein. Als Orientierungshilfe werden neue Informationsquellen erschlossen.
- Mit Aufrechterhaltung der sozialen Identität werden der Selbstwert und die soziale Identität durch wertschätzende Kommunikation und Zuwendung gestärkt.
- Die Vermittlung neuer sozialer Kontakte vernetzt Menschen in vergleichbarer Lebenslage und stärkt somit das Gefühl des sozialen Eingebundenseins.

Gelingt es der GWA, diese Ressourcen von Menschen und Gruppen zu identifizieren und mit Ihnen zu arbeiten, Menschen in sorgende Netzwerke einzubinden, schafft dies ein Fundament von Wohlbefinden und Lebensqualität, das biografische Verläufe gegen Verletzungen und psychosoziale Brüche absichert und dauerhaftes Engagement der Adressat*innen ermöglicht.

3.6.3 *Machtsensible Ressourcenanalyse: prozessual-systemische Denkfigur*

Ein Instrument dafür, Ressourcen von Individuen oder Gruppen zu identifizieren, ist die prozessual-systemische Denkfigur, die 1983 von Silvia Staub-Bernasconi für sozialpädagogisch-individuelle Hilfeangebote entwickelt und seitdem mehrfach für unterschiedliche Kontexte angepasst und differenziert

419 Ebd.

wurde.⁴²⁰ Anita Gmeiner etwa verknüpfte die Denkfigur mit Bourdieus Habitus- und Ressourcenkonzept.⁴²¹ Für ihre Anwendung auf die komplexen sozialräumliche Konstellationen der GWA wurde diese Denkfigur vor dem Hintergrund der hier dargelegten Grundprinzipien des Emowerments und der in den Kapiteln 2.6.2 bis 2.6.4 aufgezeigten theoretischen Erörterungen zu Machtbegriff und zur kulturellen Hegemonie demokratischer Werte angepasst (vgl. Abbildung 17).

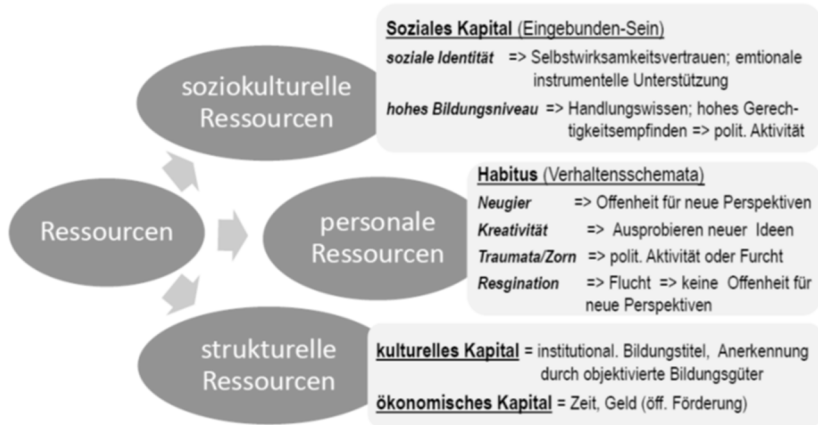


Abbildung 17: Machtsensible Ressourcenanalyse (eigene Darstellung mit Bezug auf Staub-Bernasconi (2000), Geiser (2000))

Die konkrete Bearbeitung der extern wahrgenommenen Social Problems beginnt dieser Methode zufolge mit einer Hypothesenbildung über vorhandene Ressourcen und Möglichkeiten zu deren Stärkung und einer darauf aufbauenden Zielformulierung und strategischen Planung notwendiger Interventionen. Für die hier diskutierte machtsensible Ressourcenanalyse für GWA wurde das Modell inhaltlich und grafisch angepasst und auf die Ressourcenausstattung lokaler Akteure und Gruppen fokussiert. Berücksichtigt werden die eben dargestellten psychischen, strukturell-sozioökonomischen und soziokulturellen Ressourcen.

1. Welche soziokulturellen (Bildungs-)Ressourcen und Kompetenzen, welche Werte (Menschenrechtsorientierung) können als Ressource für eine lebensweltliche Problemwahrnehmung genutzt werden? Welche Faktoren (etwa Verleugern extrem rechter Aktivitäten oder eigene Betroffenheit durch rechte Gewalt) können zu Problemen führen? Welche Erfahrungen wirken

420 Vgl. zuletzt Staub-Bernasconi (2007), Geiser (2000, 2007), Arnegger (2005), Gmeiner (2015).

421 Vgl. Gmeiner (2015): 221.

- belastend (etwa Nichtwirksamkeit in kommunalpolitischen Prozessen)? Welche Mitgliedschaften und sozialen Rollen nehmen Akteure ein oder werden ihnen zugeschrieben? Diese Kompetenzen führen zu Artikulationsmacht.
2. Welche personalen Ressourcen als habituelle Verhaltensschemata (Neugier, Offenheit, Resignation) und Handlungskompetenzen (strategisch-kreatives Handeln, Kommunikationsfähigkeiten) sind bei Adressat*innen vorhanden und wo führt deren Fehlen zu sozialen Problemen? Diese Ressourcen implizieren Körpermacht.⁴²²
 3. Welche ökonomischen, kulturellen, symbolischen Strukturressourcen stehen zur Verfügung? Wie wirken sich kulturelle Eigenschaften auf die soziale Position aus? Wie ist die ökologische Umgebung am Wohnort, am Arbeitsplatz? Wie ist die Freizeitgestaltung? Grundlage für diese Faktoren ist Ressourcenmacht.

Eine Bewertung dieser drei Analysekatoren erfordert eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlich anerkannten Werten. Leitfragen können sein:

Weshalb und unter welchen Umständen bewerten Sozialprofessionelle oder Klient*innen eine bestimmte soziale Situation als „problematisch“? Wie kommen wir dazu, ein bestimmtes Handeln als „ungerecht“ oder die vorhandenen Güter als „ungenügend“ einzuschätzen? Weshalb lässt sich in Bezug auf die Bewertung derselben Situation unterschiedlich argumentieren? Und weshalb werden gewisse individuelle Eigenschaften und soziale Beziehungen als „Ressourcen“ bewertet?⁴²³

Wenn mithilfe der Prozessual-Systemischen Denkfigur und der eben dargestellten Leitfragen in einem 1. Anamneseschritt individuelle und gruppenspezifische Ressourcen ermittelt und in einem 2. Schritt Hypothesen für wirksame Ermächtigungsprozesse und entsprechend einzusetzende sozialprofessionelle Hilfen seitens der GWA gebildet wurden, bedarf es 3. des strategischen Einsatzes sozialprofessioneller Methoden, um in einen Empowermentprozess mit den Adressat*innen zu kommen. Diese werden nachfolgend dargestellt.

3.6.4 *Methoden des Empowerments auf unterschiedlichen Ebenen*

Drei Ebenen des Empowerments mit je eigenen Methoden können unterschieden werden. Methoden, die sich auf der (1) individuellen Empowermentebene eignen, entstammen meist dem Handlungsfeld der Beratung und sozialer Einzelhilfe. Der Kontrakt zwischen Berater*in und Klient*in hat das Ziel, Hilfestellungen zu vermitteln, mit der der*die Betroffene aus einer Situation der Machtlosigkeit, Resignation und Demoralisierung heraus Vertrauen in das eigene Vermögen zur Lebens- und Umweltgestaltung gewinnt, verschüttete

422 Vgl. Geiser (2000): 157ff.

423 Ebd.: 213.

Kraftquellen und Kompetenzen entdeckt und zur Lebensgestaltung einsetzt. Hierfür eignen sich zwei Methoden besonders: a) Narrative Biografiearbeit erlaubt über das biografische Erzählen Selbstvergewisserung, indem es an Würde und Wert der eigenen Lebensgeschichte erinnert, etwa menschenrechtsorientierte Überzeugungen trotz alltagsrassistischer GMF-Normalität zu bewahren.⁴²⁴ So können Kontinuität und Lebenssinn hergestellt und negative Selbsttypisierungen („Wir scheitern doch sowieso.“; „Das wird doch alles nichts.“) überwunden werden. Biografisches Erzählen öffnet „Möglichkeitsräume, in denen Einzelne zur Sprache finden und Werkzeuge für die Bearbeitung des Zurückliegenden und Orientierungen für das Zukünftige gewinnen“.⁴²⁵ b) Unterstützungsmanagement (case management) ist ein Arrangieren unterstützender Ressourcen. Auf Grundlage einer gemeinsamen Verständigung über Zielsetzungen und Schrittfolgen (schriftlich fixierter Beratungsauftrag) werden Ressourcen in privater Lebenswelt und soziokultureller Umwelt zusammengeführt. Auf diese Weise konstituiert sich ein soziales Netzwerk, das in Belastungsphasen Entlastung und Hilfe vermittelt.

In der (2) Gruppen- und Netzwerkarbeit ist Empowerment das gemeinschaftliche Produkt von Menschen, die ihre Kräfte bündeln und gemeinsam aus einer Situation der Machtlosigkeit und Resignation heraus beginnen, ihr Leben zu ändern. Sozialprofessionelle vermitteln hier Aufbauhilfen bei der Gestaltung unterstützender Netzwerke und unterstützen die Selbstorganisation von Adressat*innen und kollektiven Ressourcen für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung. Netzwerkarbeit ist eine Methode der Gruppenarbeit mit dem Ziel, Menschen mit ähnlichen Anliegen in Kontakt zu bringen. Dazu werden lose Verbindungen enghmaschiger gestaltet, belastete Beziehungen harmonisiert und verschiedene Initiativgruppen miteinander verbunden (Vernetzung der Netze). Netzwerkarbeit hat eine analytische und eine fördernde Ebene: Die Netzwerkanalyse identifiziert emotionale Barrieren (Vorbehalte, Ressentiments, Verstrickungen, die Beziehungen belasten). Netzwerkförderung hat die Bündelung einzelner Akteure (Projektpartner*innen; Sympathisant*innen, Freund*innen) und die (Neu-)Inszenierung von Gemeinschaft durch Kontaktvermittlung zum Ziel. Change Agents sind Starthilfe und organisatorisches Rückgrat neu entstehender Selbsthilfegruppen sowie Fachbegleitung in kritischen Etappen des Gruppenprozesses.⁴²⁶

Auf einer organisations- und gemeinwesenbezogenen Ebene (3) entstehen Räume für Bürgerbeteiligung. Hier zielt Empowerment auf die Öffnung von Organisationen und Verwaltungen für organisierten Bürgerwillen ab. Durch die Etablierung partizipativer Verfahren (Sachverständige, Arbeitsgruppen, etc.) werden bürgernahe Steuerungsmodelle von Organisationen und Beteiligungsmodelle für kommunale Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse

424 Vgl. ebd.

425 Vgl.: Hölzle/Jansen (2010), Krüger/Marotzki (2005), Miethe (2011).

426 Ebd.

entwickelt. Die Stärkung von Selbstorganisation und aktiver Einflussnahme der Bürger*innen auf die Gestaltung soziokultureller Prozesse im Gemeinwesen zielt auf eine Verbesserung kommunaler Lebensqualität: Einrichtung von Tauschbörsen und Ehrenamtlichenbüros, Schaffung von Kinder- oder Jugendparlamenten und Senioren-Beiräten mit echter Entscheidungsbefugnis, Beteiligung bei der Stadtplanung etc.⁴²⁷

3.7 Sozialräumliche Demokratieförderung im Kulturbüro Sachsen e.V.

Die Idee, GMF-Reproduktionsmechanismen eine vitale, demokratische Zivilgesellschaft entgegenzustellen,⁴²⁸ fußt auf der Erkenntnis, dass extrem rechte Orientierungen als gesamtgesellschaftliche Herausforderung begriffen und auf Grundlage der im vorhergehenden Kapitel eingehend dargestellten sozialökonomischen, soziokulturellen und sozialpsychologischen Analyse von Ressourcen und Methoden zu deren Empowerment in der normativ-deliberativen Zivilgesellschaft bearbeitet werden müssen. Nicht in der Stärkung sicherheits- und ordnungspolitischer Instanzen, sondern in der Aktivierung und Stärkung einer demokratischen Alltagskultur und der sie tragenden Adressat*innen liegt der Schlüssel zur nachhaltigen Bearbeitung dieser Herausforderung. Empirische Forschungen ebenso wie Wahlergebnisse und Statistiken zu neonazistischer Gewalt machen deutlich, dass in ostdeutschen Gemeinwesen Demokratiedefizite, GMF sowie die Gewaltaffinität in einem weitaus dramatischeren Ausmaß anzutreffen sind als in Westdeutschland. Den Gründer*innen des KBS war daher bewusst, dass sich sozialräumliche Demokratiewerk auf eine ostdeutsche und insbesondere die spezifisch sächsische Situation konzeptionell einstellen muss.

3.7.1 Die spezifisch sächsische Situation sozialräumlicher Demokratiewerk

Die Besonderheit Sachsens wird aus analytischer Perspektive aufgrund verschiedener Aspekte deutlich. Sachsen erweist sich als eine Zivilgesellschaft mit geringer normativ-demokratischer Fundierung. Gerade die strukturelle Schwäche menschenrechtsorientierter zivilgesellschaftlicher Akteure und die hohe Affinität zu GMF sind hier prägend. Extrem rechte Orientierungen sind

427 Ebd.; vgl. weiterführend Herriger (2014a): 181–186.

428 Vgl. Bringt/Korgel (2005): 6.

in Sachsen soziokulturell stark verankert, ebenso wie völkisch-nationalistische Akteure, wie die zuletzt die Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 zeigten.⁴²⁹

Klassische Innovationszentren bürgerschaftlichen Engagements, wie soziokulturelle Zentren oder freie Träger im Sozialbereich und dem Bereich der (non-formalen) politischen Bildung, sind inhaltlich schwach oder in der Fläche kaum vorhanden. Soziale Arbeit wird in der Fläche zumeist von Wohlfahrtsverbänden (Diakonie, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Volkssolidarität, etc.), also oft hierarchischen Strukturen angeboten, die bürgerschaftliches Engagement eher behindern. In der Breite gibt es kaum Fachkräfte der Sozialen Arbeit, dafür aber unterfinanzierte, umgeschulte oder ungelernete Kräfte ohne ausreichende Begleitung und Qualifizierung, wie Supervision, kollegiale Beratung, Fachcoaching, betriebliche Fortbildung, etc.⁴³⁰ Schließlich gibt es in Sachsen kaum Innovationsstätten der zivilgesellschaftlichen Arbeit für demokratische Kultur, wie die Regionalen Arbeitsstellen für Jugendarbeit und Schule. Während die offene Jugendarbeit in der sächsischen Fläche weitgehend fehlt und eine chronisch überlastete Mobile Jugendarbeit die meist ehrenamtlichen Jugendklubs im ländlichen Raum betreut, wurden extrem rechte Strukturen immer stärker und fanden zunehmend auch als Akteure einer illiberalen Jugendarbeit oder in Gemeinschaftsformen Erwachsener Anerkennung (Freiwillige Feuerwehr, Sport, Vereinswesen bis hin zu kommunalen Verantwortungstragenden). Eine extrem rechte Melange aus autonomen Nationalist*innen, deren soziokulturellem Umfeld rechtsnationaler Hooligan-Gruppen bis hin zu terroristischen Strukturen der Hammerskin- und Blood and Honour-Bewegung verankerte sich in Sachsen ab den 2000er Jahren.⁴³¹ Diese Szene baute auf Strukturen aus den späten 1980er Jahren auf, die sich in den 1990er Jahren verfestigten und ist heute in Teilen Sachsens eine dominante subkulturelle Kraft. Dabei verschob sich zuletzt lediglich die Altersstruktur nach oben und die Szenedominanz weg von der NPD zugunsten autonomer Neonazis mit Verflechtungen in das Pegida-Umfeld und zur AfD. Zudem sind zahlreiche extrem rechte mittelständische Unternehmen wie Tatoostudios, Fitnesscenter, Security-Unternehmen, Versandhäuser und Ladengeschäfte mit einem vom Verfassungsschutz geschätzten Umsatz von mehreren Hunderttausend Euro pro Jahr in

429 Vgl. Gorskih/Hanneforth/Nattke (2016): 1.

430 Der aktuelle 5. Kinder- und Jugendbericht für den Freistaat Sachsen aus dem Jahr 2018 weist zwar einen erheblichen Zuwachs von Landeszuweisungen für die Kinder- und Jugendhilfe von mehr als 50 zum Vergleichsjahr 2011 aus. Dieser kommt aber beinahe ausschließlich durch die zusätzliche Förderung von Schulsozialarbeit und Investitionen in da personal von Kindertagesstätten zustande. Dagegen gab es in Sachsen 2014 lediglich 80 Einrichtungen der Kinder- und Jugendsozialarbeit, davon entfielen 26 Einrichtungen auf die drei Kreisfreien Großstädte. Für die Flächenlandkreise Nordsachsen (2 Einrichtungen/k.A.), Görlitz (3/14 Mitarbeiter*innen), Mittelsachsen (3/5) und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (4/18) kann von einer flächendeckenden Versorgung aber keine Rede sein.

431 Vgl. KBS (2016, 2018).

Sachsen aktiv.⁴³² Sie wirken mit hochwertigen Lifestyleprodukten (Musik, Bekleidung, Fanzines) nach innen mobilisierend und mit ihren Einnahmen und Arbeitsplätzen strukturstabilisierend.

Eine weitere Besonderheit Sachsens ist die im Bundesvergleich überdurchschnittliche strukturelle Vernachlässigung des ländlichen Raums. Die staatliche Infrastruktur und Bildungs- oder Ordnungsinstanzen wie Schule und Polizei sind extrem unterrepräsentiert. Zudem ist die Jugendhilfe in den meisten Regionen unterfinanziert. Das Verhältnis in Sachsen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst je 1.000 Einwohner liegt bei lediglich 46,56 gegenüber 57,74 in Bayern.⁴³³ Gesundheitsexpert*innen kritisieren die geringe Pro-Kopf-Versorgung in der sächsischen Fläche durch Hausärzt*innen und deren Überalterung. Beinahe zwei Drittel der Allgemeinmediziner*innen in Sachsen, rund 60 Prozent der Kinderärzt*innen und beinahe 48 Prozent der Frauenärzt*innen sind älter als 50 Jahre.⁴³⁴ Allein zwischen 2007 und 2017 schlossen in Sachsen 483 Hausarztpraxen.⁴³⁵ In keinem Bundesland ist darüber hinaus der Rückzug staatlicher Bildungseinrichtungen aus der Fläche so groß wie in Sachsen. Zwischen 2001 und 2017 wurden in Sachsen knapp 500 Schulen geschlossen. Besonders betroffen sind Oberschulen (Sekundarstufe I), von denen seit 1992 die Hälfte den Kürzungskriterien der sächsischen Schulverwaltung zum Opfer fielen. Parallel wuchs der Anteil freier Schulen innerhalb dieser kurzen Zeitspanne auf 9 Prozent aller Schulformen.⁴³⁶ Während sich die sächsischen Geburtenraten ab 2004 stabilisierten und wieder stiegen, sparte die Landesregierung weiterhin bei Lehrkräften und entsprechenden Studienplätzen.⁴³⁷ Verkehrsexpert*innen kritisieren seit Jahren die über sogenannte Regionalisierungsmittel gesteuerte Verkehrspolitik für den ländlichen Raum im Freistaat. Sie sei zulasten des ÖPNV gegangen und habe zu immer mehr Stilllegungen von Eisenbahn- und Linienbusstrecken geführt.⁴³⁸ Besonders Jugendliche und alte Menschen sind vom Rückzug des öffentlichen Nahverkehrs aus der Fläche betroffen, da sie am geringsten motorisiert sind. Mit der „Jugendhilfepauschale“ führte der Freistaat Sachsen im Jahr 2005 darüber hinaus ein neues Steuerungsmodell für die Förderung der Jugendhilfaufgaben ein, welches mit jährlich 14,30 Euro pro Jugendlichen*r bereits sehr gering ansetzte und im Jahr 2010 trotz starker Proteste auf 10,40 Euro erneut um ein Drittel gekürzt wurde.⁴³⁹ Fachleute kritisierten sowohl das Steuerungsinstrument als solches, als auch dessen geringen Finanzumfang als unverantwortlich und mit-

432 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz (2017).

433 Vgl. dbb (2018).

434 Sächsische Zeitung/dpa (2017).

435 Vgl. Ärzteblatt (2018).

436 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen (2018).

437 Vgl. Friedel (2017).

438 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen (2016).

439 Vgl. Kurzke (2012): 125f., Zill (2010).

ursächlich für die relative Stärke menschenrechtsfeindlicher Orientierungen und Organisierung innerhalb sächsischer Jugendkulturen. Es hat den Anschein, die CDU-Landesregierung verstehe „Jugendpolitik nicht länger als zentralen Bestandteil einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik“. ⁴⁴⁰ Kürzung und Spardiktat – so die einhellige Kritik von Fachverbänden, Professionellen der Jugendhilfe und Oppositionsparteien – führten zu erheblichen Einschränkungen von Angeboten der sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen, des Kinder- und Jugendschutzes, Mobiler Jugendarbeit und Streetwork sowie der Elternberatung. Dies komme mittelbar einer Stärkung extrem rechter Akteure im Jugendbereich gleich. ⁴⁴¹ Besonders von den Kürzungen betroffen sind Ausgaben, die über die erzieherischen Hilfen als kommunale Pflichtaufgaben hinausgehen. Die Jugendpauschale, die der Freistaat pro Jugendlicher*in an die Kommunen überweist, musste bereits bei Einführung zur Hälfte kofinanziert werden. Viele Kommunen konnten sich diese Mittel bereits 2005 nicht leisten und so den weiteren Rückzug des Landes 2010 nicht ausgleichen. Fachpersonalstunden, mit einem über Jahre aufgebauten Vertrauensverhältnis zu Kindern und Jugendlichen, mussten daher reduziert werden.

Doch auch im Bereich der Finanz- und Ordnungspolitik ist Sachsen anders als die übrigen Bundesländer und übertrifft die allgemeine „Substanzkrise des Politischen“ in postdemokratischen Gesellschaften noch. ⁴⁴² Die in weiten Teilen strukturkonservative Verwaltungs- und Institutionenlandschaft argumentiert haushalterisch mit der Vermeidung öffentlicher Schulden und Generationengerechtigkeit. Sie reiht sich damit ein in eine seit Jahren anhaltende neoliberale Politik der Privatisierung öffentlicher Güter und des Verzichts staatlichen Gestaltungsanspruchs. Ihre Verwaltungslogik zeichnet eine hohe Wertschätzung aus gegenüber infrastrukturellen Bauinvestitionen und hohem Mitteleinsatz für Wirtschaftssubventionen bei extremem Sparvolumen zulasten der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. So wurden im Jahr 2008 in einer großen Kreisreform aus damals neunundzwanzig sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten zehn Großkreise und drei kreisfreie Städte. Die damit verbundenen Kosteneinsparungen konnten jedoch nicht erzielt werden. Die Last tragen bis heute ältere und wenig mobile Menschen in den ländlichen Regionen. ⁴⁴³

440 Vgl. Grillenseekerklärung 2010 zitiert in: Kurzke (2012): 130.

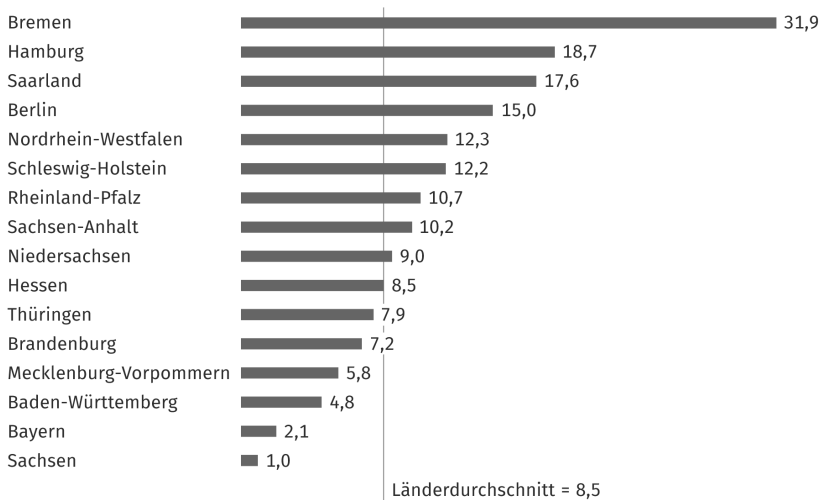
441 Bartsch (2012), LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen (2011).

442 Vgl. Roth (2011): 58.

443 Vgl. Kahls (2018).

Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände je Einwohner/-in 2018

in Tsd EUR



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

Abbildung 18: Schulden deutscher Bundesländer, 2018; Quelle (Statistisches Bundesamt)

Aufgrund von Steuermehreinnahmen durch die robuste Wirtschaftsentwicklung nahm Sachsen seit 2006 keine Neuschulden mehr auf, sondern tilgte jährlich 75 Mio. Euro Altschulden und ist heute das Bundesland mit der geringsten Schuldenlast (vgl. Abbildung 18).⁴⁴⁴ Die seit 1990 CDU-geführte Landesregierung strebte zwischenzeitlich sogar an, zu einem der Geberländer im föderalen Finanzausgleich der Bundesländer zu werden. Über diesen Schuldenabbau hinaus zahlte die Landesregierung aus Überschüssen der Haushaltsjahre 2007 bis 2018 sämtliche Verbindlichkeiten der ehemaligen Landesbank Sachsen i. H. v. 1,87 Milliarden Euro an die Landesbank Baden-Württemberg. Die Sachsen-LB hatte sich mit riskanten Geschäften im 2006 kollabierten US-Immobilienmarkt verspekuliert und konnte 2007 nur durch einen Notverkauf an die LBBW unter Gewährung weitreichender Bürgschaften über 2,75 Milliarden Euro einen wirtschaftlichen Totalverlust verhindern.⁴⁴⁵ Der Sächsische Landtag wurde über den Verkauf lediglich informiert; unter Berufung auf einen drohenden Finanznotstand wurden keine Entscheidungsbefugnisse eingeräumt.

444 Vgl. Sächsische Zeitung (2017).

445 Vgl. MDR (2017).

Die Folge der rigiden Sparpolitik zulasten der Daseinsvorsorge in vielen sozialen Bereichen ist auch eine strukturelle Schwächung der menschenrechtsorientierten Zivilgesellschaft. Partizipative Bestrebungen werden zudem von Verwaltungen behindert oder gar unterbunden.⁴⁴⁶ Das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements wird zwar in öffentlichen Reden befürwortet, meist aber folgenlos. Eine „Vertrauenskrise repräsentativer Demokratie“⁴⁴⁷ ist die Folge.

3.7.2 Mobile Beratung als gemeinwesenorientierter Beratungsansatz zur Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien

In Brandenburg sind bereits seit 1992 Mobile Beratungsteams (MBT) aktiv, die 1998 mit dem Landesprogramm „Tolerantes Brandenburg“ zu einem systematischen sozialräumlichen Angebot ausgebaut wurden. Brandenburg gilt daher als Vorreiter des MBT-Konzeptes, dem Sozialprofessionelle in der Demokratiewerkarbeit einen besonders innovativen und Erfolg versprechenden Arbeitsansatz attestieren.⁴⁴⁸ Die Bundesregierung eröffnete mit dem Bundesmodellprogramm CIVITAS 2001 die Möglichkeit, Mobile Beratung auf Ostdeutschland auszudehnen.⁴⁴⁹ Das KBS konzipierte Mobile Beratung in Sachsen mit einem speziellen kulturorientierten Ansatz. Neben der Beratung und Aktivierung vorhandener zivilgesellschaftlicher Akteure, bedachte das KBS die Initiierung und Begleitung sozialräumlicher Pilotprojekte zur Strukturentwicklung und Stärkung lokaler Akteure. Aufgrund der Erfahrung, dass eine wirkungsvolle Intervention in die GMF-Reproduktion nicht nur an extrem rechten Akteuren scheiterte, sondern vor allem an fehlender Sensibilisierung lokaler Akteure, Blockaden in Verwaltungen, weggebrochenen Strukturen der soziokulturellen Daseinsvorsorge und fehlenden Ressourcen für zivilgesellschaftliche Gegenkräfte, entwickelte das KBS daher neben den klassischen Methoden der Mobilien Beratung⁴⁵⁰ spezielle Gemeindepoträts (Aktionsanalysen) als Grundlage für lokale Handlungskonzepte. Der Schwerpunkt dieser Gemeindepoträts⁴⁵¹ liegt auf soziokulturellen Ressourcen und Anliegen, aber auch Defiziten und Hinderungsfaktoren und ihrem Aktivierungscharakter. Aktivierende Interviews führten dazu, dass die Akzeptanz partizipativer Handlungskonzepte steigt. Darüber hinaus entwickelte das KBS, basierend auf der

446 Vgl. Lynen von Berg/Pollkoks/Vossen (2003): 171.

447 Roth (2011): 59.

448 Vgl. u. a. IKG (2006): 66, Bundesverband Mobile Beratung (2017): 6f.

449 Vgl. BMB (2017): 6f.

450 Zu den allgemeinen Handlungsfeldern und Methoden der Mobilien Beratung vgl. BMB (2017) sowie Bringt/Klare (2019).

451 Eine Einführung in die Sozialraumanalyse in der Mobilien Beratung geben Korgel/Bringt (2005): 13.

SKA, soziokulturelle Angebote für verschiedene lokale Akteure,⁴⁵² die aufgrund ihrer Verknüpfung von politischer Bildung und kultureller Formate herausstachen. Besonders im ländlichen Raum wurde die Erfahrung gemacht, dass MBT für die Überwindung der in Kapitel 4.7.1 beschriebenen Defizite, wie strategische Schwäche oder Marginalisierung menschenrechtsorientierter Akteure, unterentwickelter Demokratischer Alltagskultur etc. eine zu geringe Intensität entfalten und ein größerer Personal-, Ressourcen- und Zeitaufwand notwendig wäre, um eine längerfristige Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion zu ermöglichen. Nachhaltigkeit ist so kaum möglich.⁴⁵³ Im Vordergrund steht vielmehr die anlassbezogene Beratung extrem rechter Vorkommnisse, die Moderation lokaler Verständigungsprozesse und die Vermittlung von Handlungswissen in der Auseinandersetzung mit neonazistischen Akteuren.⁴⁵⁴ So können vitale lokale Zivilgesellschaften in die Lage versetzt werden, selbständig Demokratisierungsprozesse in Gang zu setzen, die MBT punktuell begleitet. Zumeist bleibt es aber den lokalen Akteuren überlassen, angefangene Projekte weiterzuentwickeln. Sind diese jedoch im Gemeinwesen nicht ausreichend durchsetzungsfähig, bedarf es nachhaltigerer Begleitung wie der GWA.

3.7.3 *Gemeinwesenarbeit als konzeptionell-strategische Reaktion auf sächsische Verhältnisse*

Zwar sind zivilgesellschaftliche Institutionen wie Religionsgemeinschaften, Sportvereine, Freiwillige Feuerwehr und Kulturvereine zahlreich vorhanden. Ihre normativ-demokratische Haltung ist jedoch häufig defizitär. In solchen Situationen will die GWA des KBS lokale Zivilgesellschaften durch Vernetzung, Empowerment sowie Projektarbeit in die Lage versetzen, sich selbständig mit GMF-Reproduktion auseinanderzusetzen. Die GWA⁴⁵⁵ des KBS ist damit eine Erweiterung und strategische Ergänzung der Mobilien Beratung.

Drittmittelfinanzierte GWA-Projekte mit zusätzlichen zeitlichen und personellen Ressourcen und einer Fokussierung auf ein spezifisches Gemeinwesen sind – so die Annahme des KBS – in der Lage, tiefer in konkrete Konfliktlagen, Ressourcenausstattungsprobleme und die Interaktion der Akteure einzutauchen und die Beratungsprozesse der MBT zu verstetigen und zu vertiefen.

452 Polizei, Kommunalverwaltung, Hotel- und Gaststättengewerbe, Lehrpersonal an Schulen und Berufsschulen, Sozialprofessionelle in der Jugendarbeit etc.

453 Vgl. BMB (2017): 31.

454 Ebd.: 22ff.

455 Eine sich als Ressource einer menschenrechtsorientierten Zivilgesellschaft begreifende GWA bezieht sich wie die Mobile Beratung auf das Triplemandat der Sozialarbeit von Silvia Staub-Bernasconi (2007, 6f.), deren Mandatierung von den drei Instanzen Beratende, Fördermittelgebende und der fachlich-wissenschaftlichen Fundierung und Menschenrechtsorientierung der Sozialprofessionellen getragen wird (vgl. vertiefend Bringt/Klare (2019): 40f.).

Dazu dienen die verschiedenen, in den vorhergehenden Kapiteln theoretisch erläuterten Systematiken von Gemeinwesenarbeit (Kapitel 4.1.-4.3.) und Social Change Theory (Kapitel 4.4.) sowie spezifischen Methoden von aktivierender Sozialraumanalyse (Kapitel 4.5.) und Empowerment (Kapitel 4.6.). Ihre projektorientierte Aushandlungs- und Vermittlungsstrategie wird in Abbildung 19 schematisch dargestellt. Sie zielt darauf ab, durch GWA beispielhaft Gelegenheitsstrukturen⁴⁵⁶ der Entwicklung demokratischer Alltagskultur über einen längeren Zeitraum zu entwickeln oder zu nutzen. Die so entwickelten Beispielprojekte sollen Nachahmungseffekte bewirken. Offenheit gegenüber der Projektidee, vertrauensbasierte Kontakte und somit Kooperationsbereitschaft von Partner*innen und Adressat*innen der GWA resultieren dabei immer aus Beratungsprozessen der MBTs und werden von diesen an den Fachbereich GWA im KBS – häufig inklusive eines Gemeindeporträts – weitergegeben.

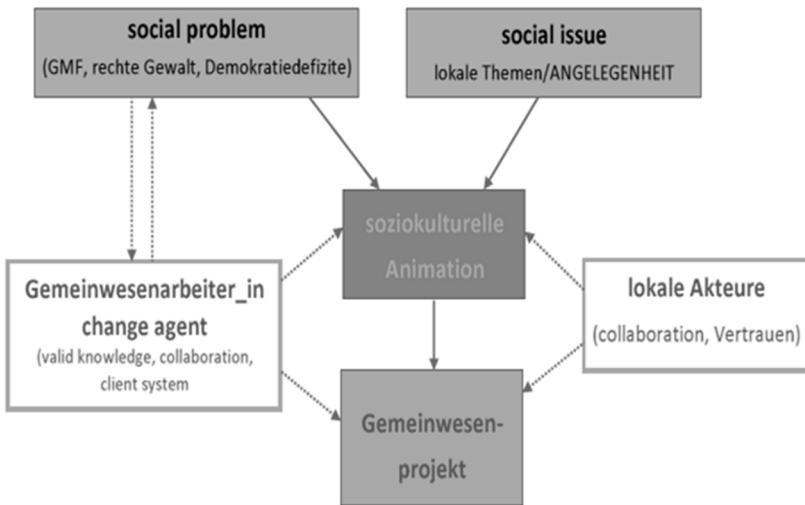


Abbildung 19: Schema der GWA; eigene Darstellung in Anlehnung an Lewin (1947, 1951, 1971) und Müller/Wettstein/Willener (1999)

456 Vgl. Eisinger (1973): 11ff.

4 Sozialräumlicher, konzeptioneller und strategischer Kontext in Projekten der Gemeinwesenarbeit im Kulturbüro Sachsen e.V.

Dieses Kapitel stellt zwei GWA-Projekte des KBS vor, die an verschiedenen Orten, mit entsprechend unterschiedlichen Rahmenbedingungen stattfanden. Differenzen bestanden hinsichtlich der strategischen Ziele und Förderbestimmungen, da die GWA über unterschiedliche Förderprogramme finanziert war. Auch die orts- und regionalspezifischen sozioökonomischen Ausgangslagen, die Problemlagen in Bezug auf Alltagsrassismus und extrem rechte Orientierungen, die Partner*innen der GWA-Projekte und schließlich die lebensweltlichen Problemwahrnehmungen variierten. Um eine grundsätzliche Vergleichbarkeit der Projekte zu gewährleisten, wurden gezielt Projekte des KBS anhand verallgemeinernder vergleichbarer Rahmenbedingungen ausgewählt. Drei Auswahlkriterien waren entscheidend:

1. Die GWA-Projekte folgen einer vergleichbaren konzeptionellen und strategischen Grundausrichtung (SKA mit Aktivierungs- und Empowerment-Charakter als zusätzliches Projekt über die Mobile Beratung hinaus).
2. Die GWA-Projekte fußen auf einer vergleichbaren empirischen Datenerhebung als Handlungsgrundlage sowie lebensweltlichen, qualitativen Problemanalysen (Gemeindeporträts).
3. Die GWA-Projekte konnten mittels externer Finanzierung (Projekt- und Personalmittel für mindestens zwei Jahre) über die Mobile Beratung hinausgehend realisiert werden.

Solche GWA-Projekte im KBS laufen nach der in Abbildung 20 dargestellten Reihenfolge und Systematik ab. Das KBS arbeitet darüber hinaus auch an anderen Orten oder in anderen Beratungsprozessen mit Methoden der GWA. Solche Projekte erfolgen jedoch entweder ohne zusätzliche Projekt- und Personalmittel⁴⁵⁷ durch Ressourcenkonzentration der Mobilien Beratung, sind nicht mit eigenem Büro im Gemeinwesen verortet oder arbeiten mit besonderem Fokus auf alternative Jugendgruppen ohne den Anspruch eines sozialen Wandels für das gesamte Gemeinwesen.⁴⁵⁸

457 Das KBS erstellte 2004 für die Stadt Wurzen, 2008 für den Landkreis Torgau-Oschatz, 2012 für die Stadt Limbach-Oberfrohna, 2013 für die Kleinstadt Burgstädt und ebenfalls 2013 speziell zum Thema Jugend(-beteiligung) für die große Kreisstadt Weißwasser Sozialraumskizzen.

458 Das Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“ wurde 2012 bis 2015 in den sächsischen Gemeinden Limbach-Oberfrohna und Burgstädt aus Fördermitteln der Stiftung Mensch finanziert.

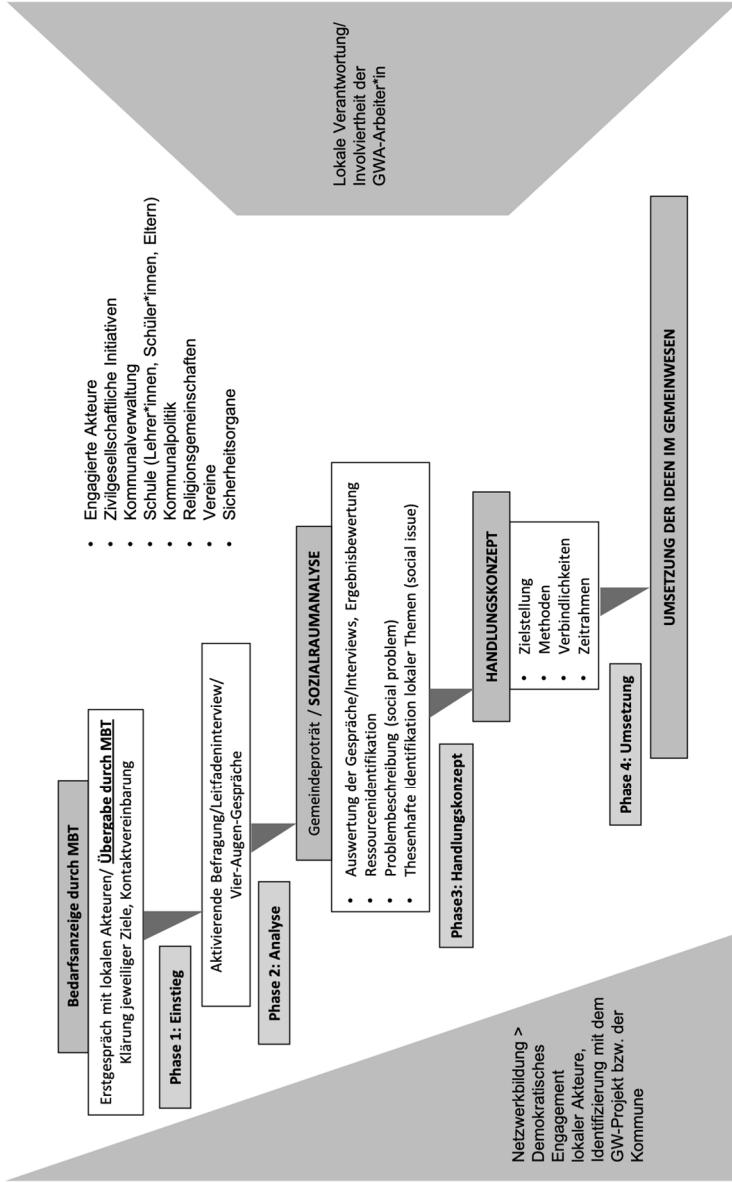


Abbildung 20: Idealtypischer Ablauf von GWA-Projekten im KBS (eigene Darstellung)

Die im Folgenden analysierten Projekte stellen somit nur eine Auswahl der GWA-orientierten Projekte der letzten Jahre dar und können vor dem Hintergrund der in dieser Arbeit dargestellten Prinzipien und Methoden als GWA-Projekte beschrieben und analysiert werden.

Beide nachfolgend analysierten und reflektierten Projekte waren Bestandteil zweier Anträge bei EU-Förderprogrammen zur Strukturentwicklung benachteiligter Regionen, deren Umsetzung über die hier reflektierten Projekte hinaus auch an anderen Standorten stattfand: Das Projekt „Dorfentwicklung in ausgewählten Gemeinden der [Name Projektstandort]“ wurde vom KBS in Kooperation mit den Kommunalverwaltungen von Urlaubsdorf und [Name Projektstandort] im EU-Programm „Leader Plus“ beantragt und in den Jahren 2007 bis 2009 umgesetzt.⁴⁵⁹ Das Projekt „Horizont 21 – Demokratie leben und lernen in Sachsen-Anhalt und Sachsen“ wurde von Miteinander e. V. in Kooperation mit dem KBS beim EU-Programm „XENOS – Integration und Vielfalt“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales beantragt. Es fand 2009 bis 2011 außer in Mittelstädt noch in einem weiteren sächsischen Projektstandort und zwei weiteren in Sachsen-Anhalt statt. Gegenstand dieser Praxisreflexion sind aufgrund der Vergleichbarkeit die GWA-Projekte in Urlaubsdorf und Mittelstädt.

4.1 Der Einfluss von Rahmenbedingungen auf Konzept und Praxis der Gemeinwesenarbeit

Um zu entscheiden, wie die GWA konkret gestaltet sein kann, müssen zunächst auf einer organisatorisch-strategischen Ebene (1) die Programmziele und Förderkriterien in Betracht gezogen werden, welche die Förderprogramme vorgeben. Auf der inhaltlich-konzeptionellen Ebene (2) ist die allgemeine Projektphilosophie für GWA-Projekte im KBS sowie die sächsische Ausgangslage zu beachten. Schließlich spielen auf der sozialräumlichen Ebene (3) die konkreten sozialstrukturellen, soziokulturellen, politischen und lebensweltlichen Rahmenbedingungen an den Projektstandorten eine Schlüsselrolle für die Analyse der GWA des KBS.

459 Die Daten für das dem GWA-Projekt zugrundeliegende Gemeindeporträt wurden bereits 2004/05 erhoben, vgl.: Bringt (2005): 6ff. und Schindler (2007): 6ff.

4.1.1 Organisatorisch-strategische Bedingungen der Förderprogramme

Das GWA-Projekt Lokale Dorfentwicklung konnte von 2006 bis 2007 im Rahmen von Leader Plus in Urlaubsdorf umgesetzt werden. Das EU-Förderprogramm war auf zwei Jahre beschränkt. Der Fokus der EU-Förderung auf Ressourcen und die Erprobung von Handlungsideen für eine nachhaltige Entwicklung benachteiligter ländlicher Regionen ermöglichte einen praxisforschenden Zugang mit Fehlertoleranz. Handlungsansätze für die Aktivierung und Stärkung von Entwicklungspotenzialen konnten so erprobt und als Best Practice beschrieben werden. Das KBS wollte mit dem GWA-Projekt Ideologien der Ungleichwertigkeit und demokratiefeindliche Tendenzen in ausgewählten ländlichen Gemeinden durch die Kreativität und Aktivität lokaler Akteure und eine weltgewandte und plurale Deutung lokaler und regionaler Traditionsbewahrung und Identitätsentwicklung zurückdrängen helfen. Dieser Fokus auf weiche Faktoren nachhaltiger Regionalentwicklung hatte im Projektekanon des Leader Plus-Programms Seltenheitswert und erforderte bereits bei der Antragstellung und in der Kommunikation gegenüber dem Programmbeirat ein hohes Maß an Überzeugungskraft. Als Analyse- und Aktivierungsprojekt war es darauf angelegt, soziokulturelle Entwicklungspotenziale exemplarisch zu beschreiben, zu stärken und zu aktivieren. So sollten demokratisches Bürgerengagement und die Erfahrung seiner Wirksamkeit den vorherrschenden extrem rechten Orientierungen entgegengesetzt werden. Das Projekt war als vergleichendes Forschungs- und Pilotprojekt in zwei ländlichen Gebietskörperschaften eines sächsischen Landkreises konzipiert und sollte praxiswissenschaftliche Aussagen zu Methodenentwicklung und -optimierung im KBS sowie deren Übertragbarkeit auf vergleichbare Gemeinwesen ermöglichen. Dafür sah das KBS eine begleitende wissenschaftliche Beratung durch die Arbeitsstelle für Praxisforschung, Beratung und Entwicklung der Evangelischen Hochschule Dresden bei der Projektumsetzung und der Erarbeitung einer Best Practice vor, die jedoch aufgrund zu geringer Förderung auf eine Praxisreflexion begrenzt wurde.

Im Unterschied zum pilothaften und damit fehlertoleranten Programm bei Leader Plus fokussierte das GWA-Projekt in Mittelstädt stark auf präventive Bildungsangebote für benachteiligte Jugendliche zur „Aufklärung und Sensibilisierung gegen Rechtsextremismus“.⁴⁶⁰ Die Vorgaben des Bundesprogramms XENOS waren sehr auf Strukturen und Institutionen orientiert, das heißt auf Qualifizierung und Weiterbildung in Bildungseinrichtungen am Übergang von Schule zum Beruf. Es sollten Maßnahmen im direkten Umfeld der jeweiligen Bildungseinrichtungen am Projektstandort erarbeitet werden, da die „Förderung von Zivilcourage und Stärkung zivilgesellschaftlicher Struktu-

460 Vgl. Punkt 2 der XENOS-Förderrichtlinie im Anhang.

ren in Kommunen und im ländlichen Raum“ Programmbestandteil waren.⁴⁶¹ Die Sozialraumorientierung konnte jedoch aufgrund ihrer Prozesshaftigkeit und Abhängigkeit von lebensweltlichen Sichtweisen und Anliegen der Adressat*innen zu Projektbeginn nicht benannt werden. Sie fand sich in den stark produktorientierten Umsetzungsphasen des Förderprogramms kaum wieder. Beide EU-finanzierten Förderprogramme begrenzten die Projektlaufzeit auf zwei- bzw. drei Jahre und die Stelle eines*r GWA-Arbeiters*in am Standort auf jeweils 75 Prozent.

4.1.2 Theoretischer und sozialräumlicher Rahmen für ortsspezifische Inhalte und Konzeption der Gemeinwesenarbeit

Auf Grundlage des GMF-Reproduktionsmodells (vgl. Kapitel 1.2.5) entwickelte das KBS eine praxistauglich erscheinende Operationalisierung und Weiterentwicklung für die Projektorte Urlaubsdorf und Mittelstädt. Diese Grundidee wurde in beiden Projekten an die sozialräumlichen, personellen sowie förder-technischen Rahmenbedingungen angepasst.

4.1.2.1 Arbeitshypothesen zur Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion durch Gemeinwesenarbeit

Ausgangspunkt für die GWA-Konzeption im KBS bildeten die dem GMF-Reproduktionsmodell zugrundeliegenden Annahmen und empirischen Befunde, die für die Herausbildung und Reproduktion extrem rechter Orientierungen und für deren Überwindung vier Themenbereiche zentral stellen (vgl. Tabelle 3).⁴⁶²

Heitmeyers in Abbildung 4 und Kapitel 1.2.5 dieser Arbeit ausführlich dargestellte heuristische Denkfigur der GMF-Reproduktion verbindet diese vier auf der Makroebene empirisch nachgewiesenen Problemfelder der (Re-)Produktion extrem rechter Orientierungen mit einem analytischen Blick auf kommunikative Interaktionen sozialräumlicher Akteure und Institutionen sowie Interaktionsprozessen auf der Meso- und Mikroebene.⁴⁶³ Das Modell beschreibt komplexe gesellschaftliche Wirkungszusammenhänge dieser Institutionen und Akteure und deren reproduktive Wirkung zur GMF-Stabilisierung, die lange Zeit weder in der gesellschaftswissenschaftlichen Analyse noch bei politischen Instanzen oder der Praxis der Demokratiewerkarbeit angemessen Berücksichtigung fanden. Jedoch war die Denkfigur nicht empirisch

461 Ebd.

462 Vgl. Decker/Rothe/Weissmann/Geißler/Brähler (2008): 460f.

463 Heitmeyer (2007): 282.

abgesichert und erschien den Praktiker*innen im KBS insgesamt als zu komplex, um als theoretische Grundlage für eine GWA-Konzeption zu dienen. Das Denkmodell wurde während eines von der Freudenbergstiftung im Jahr 2007 organisierten Wissenschaft-Praxis-Austausches unter dem Titel „Weinheimer Gespräche“ ausführlich diskutiert und von Seiten des KBS eine insgesamt intensivere Auseinandersetzung mit Sozialraumkonzepten und spezifischen Methoden zur Erlangung lebensweltlicher Zugänge in unterschiedliche Gemeinwesen vorgeschlagen. Diese theoretischen Vorüberlegungen des KBS flossen in eine konzeptionelle Veränderung des Denkmodells und darauf aufbauende Praxistests ein. Die praktische Erprobung spezifischer GWA-Projekte im KBS hatten eine Überprüfung und Weiterentwicklung sowohl des Denkmodells als auch des GWA-Konzeptes im KBS selbst zum Ziel, die nun in dieser Arbeit vorgelegt werden sollen. Mit Blick auf das Denkmodell wurde bereits in der Konzeptionsphase der GWA im KBS deutlich, dass sich nur ein Teil der dort eingeführten Ebenen mit politischer GWA würde bearbeiten lassen. So sind die Prozesselemente (2) Identitäts- bzw. Integrationskampagnen, (3) Stimmungsmache und Populismus, (4) Diskursvervielfältigung und mediale Konjunkturen und (8) Wahlangebote nicht beeinflussbar. Hierfür sind stattdessen Angebote und Strategien in größeren gesellschaftlichen Kontexten notwendig. Ebenso sind die Strukturelemente oder Akteursgruppen a) politische und ökonomische Eliten und b) öffentliche Diskurse und Bildproduktion durch Medien, im sozial-räumlichen Kontext kaum vorzufinden.

Für die Herausbildung vom GMF relevante Problemebenen	Für Entwicklung demokratischer Einstellungen notwendige Erfahrungen
gesellschaftlicher Normierungsdruck bzw. Sanktionen gegenüber abweichendem Verhalten/Fremdheit	Entwicklung pluralistischer Lebensentwürfe durch wertschätzende Bildungs- und Beziehungsarbeit besonders mit Kindern und Jugendlichen (Sozialisationserfahrung)
Gewalterfahrungen in Kindheit und Familie sowie Erfahrung der Machtlosigkeit und Nicht-Wirksamkeit in politisch-gesellschaftlichen Prozessen	Psychosoziale Erfahrung, gesellschaftliche Gewalt- und Machtverhältnisse hinterfragen, ohne eigene Machtlosigkeit mit (verbaler oder körperlicher) Gewalt an schwächeren Gruppen abzureagieren
Geringschätzung des demokratischen Systems (Unverständnis gegenüber demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie Gefühl oder Erfahrung politischer Einflusslosigkeit)	Ermöglichung von Erfahrungen der Wertschätzung von Empathiefähigkeit, konstruktiver Kritikfähigkeit und Wirksamkeit eigenen Handelns
die bis heute in vielen Familiensystemen unreflektiert wirksame deutsche NS-Vergangenheit	die inhaltliche und emotionale Auseinandersetzung mit möglichen familiären Verstrickungen in der deutschen NS-Geschichte

Tabelle 3: Relevante Themenbereiche für Herausbildung und Überwindung von GMF

Diese Prozess- und Strukturelemente wurden daher in Abbildung 21 grafisch zurückgesetzt. Im Sozialraum vorhanden sind allerdings deren lokale Ausprägungen. Für das Strukturelement a) sind dies lokale Meinungseliten: Geistliche, Bürgermeister*innen, Lehrpersonal, Gemeinderäte, Vereinsvorsitzende, Vertreter*innen lokaler Wirtschaftsunternehmen oder sonstige informelle Schlüsselpersonen. Für das Strukturelement b) erscheinen lokale Medien (Regionalbeilagen von Tageszeitungen, kostenlose Werbeblätter und lokale Radio- und TV-Sender) für sozialprofessionelle Arbeit im Sozialraum erreichbar. Die Akteursgruppen c) ältere Generation plus und d) Jugendliche sind dagegen Hauptzielgruppen sozialprofessioneller Demokratiewerkarbeit. Für Jugendgruppen ohne rechtsaffinen Mainstream und alternative Jugendkulturen bieten sich dabei spezielle, gut begleitete Jugendangebote (als kurzfristiges Projekt oder langfristige kommunale Jugendarbeit), aber auch GWA-Projekte mit Empowerment- und Netzwerkcharakter an. Der Handlungsansatz politischer GWA, der hier näher untersucht wird, richtet sich insbesondere an die Akteursgruppe der Älteren. Hinsichtlich des Strukturelements e) extrem rechter Gruppen gibt es im KBS kein Angebot, da sich diese Perspektive grundlegend vom soziokulturellen Empowerment-Ansatz für menschenrechtsorientierte Akteure der Zivilgesellschaft unterscheidet.⁴⁶⁴ Der hier dargestellte Handlungsansatz will vielmehr extrem rechte Haltungen isolieren und ächten (gepunktete Pfeile) und die Diskurshegemonie für eine demokratische Alltagskultur durch die Organisation von Information, Bildung, Soziokultur in Gelegenheitsstrukturen (grau unterlegte große Pfeile) zurückgewinnen. Der Bielefelder Desintegrationsansatz (vgl. Kapitel 1.2.1) definiert darüber hinaus soziale Desintegration als wahrgenommenen Verlust oder zumindest die Gefährdung materieller Existenz, die Erfahrung politischer Ohnmacht und das Erleben instabiler sozialer Bindung. Aus dieser Sicht müssen zur Gewährleistung sozialer Integration im Gemeinwesen drei Problemfelder gelöst werden: Auf sozialstruktureller Ebene (Reproduktionsaspekt der Makroebene) müssten erstens Akteure gesellschaftliche Teilhabeerfahrungen an den materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen machen können. Solche Erfahrungen in sozialräumlichen GWA-Projekten zu ermöglichen wäre somit zwar ein wichtiges Ziel, könnte jedoch nicht unbedingt entsprechende Defiziterfahrungen auf gesellschaftlicher Makroebene ausgleichen (z. B. Arbeitsplatzverlust aufgrund technologischen Fortschritts und globalisierter Produktionsprozesse).

464 Das KBS war allerdings in der Vergangenheit intensiv in der Fachberatung von Angeboten der Ausstiegs- und Elternberatung in Sachsen tätig. So wurden im Modellprojekt „RECALL – mit Eltern gegen Rechts“ Familienberatungsangebote zur Arbeit mit Eltern von rechtsorientierten Jugendlichen entwickelt und das sächsische Aussteigerprogramm „Steig aus! Raus in die Zukunft“ fachberaten.

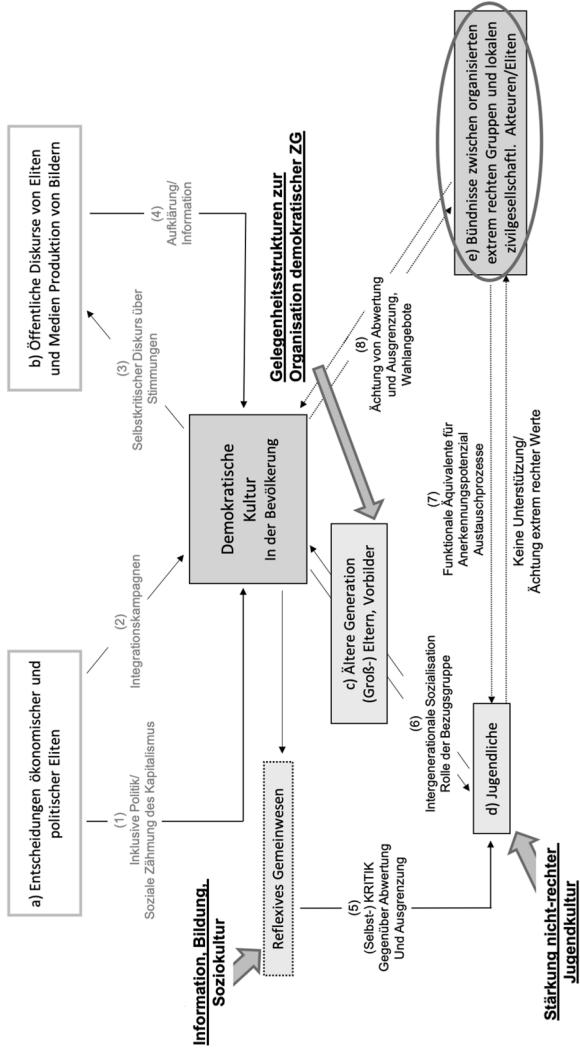


Abbildung 21: Interventionsmodell zur Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion durch GWA (Hanneforth/Bringt 2007 nach Heitmeyer (2007): 283)

Auf der institutionellen oder gesellschaftlich-normativen Ebene (Vergesellschaftungsaspekt auf der Mesoebene) müssten zweitens positive Erfahrungen mit einem demokratischen Interessenausgleich bei Konfliktlagen ermöglicht werden. Auch auf dieser Prozessebene sind jedoch positive sozialräumliche Erfahrungen keine Gewähr dafür, entsprechende Defiziterfahrungen auf makrogesellschaftlicher Ebene auszugleichen. Auf der personalen Ebene (Vergemeinschaftungsaspekt auf der Mikroebene) schließlich müssten GWA-Projekte tragfähige emotionale Beziehungen zwischen Personen herstellen, die individuelle Sinnstiftung und Selbstwertbildung fördern.

Diese drei Integrationsaufgaben sind in sozialprofessionellen Interventionen und Handlungsstrategien jeweils mitzudenken – quer zu den Prozesselementen, Strukturen und Akteursgruppen im Sozialraum, wie sie im Reproduktionsmodell und in Kapitel 1.2.5 genannt werden. Dabei erscheint die individuelle Bearbeitung von Desintegrationserfahrungen durch GWA möglich. So können auf der Mikroebene individuelle Bedrohungsgefühle in individuellen Gesprächen thematisiert und emotionale Anerkennung, persönliche Identitätsbildung sowie die Herstellung emotionaler Beziehungen und eventuell neuer, andere nicht ausgrenzender oder abwertender Gruppenidentitäten projektorientiert zum Gegenstand von Gruppenprozessen gemacht werden. Jede durch sozialprofessionelle Demokratiearbeit initiierte oder begleitete Gründung einer lokalen Initiativgruppe (Selbsthilfegruppe, Telefonkette, Vereinsgründungsinitiative) ist mit dem Mehrniveau-Integrationsansatz gleichzeitig die Bereitstellung einer Gelegenheitsstruktur für Vergemeinschaftungs- und Sozialisationserfahrungen. So können emotionale Beziehungen und Anerkennungsstrukturen auf Grundlage gegenseitiger Achtung und Nichtdiskriminierung ermöglicht werden. Auch eine Bearbeitung gesellschaftlich-normativer Themenstellungen durch sozialprofessionelle Demokratiearbeit auf der Meso- oder Gruppenebene ist, etwa durch die Gewährleistung demokratischer Konflikt-aushandlungen und Wirksamkeitserfahrungen im kommunalpolitischen Kontext, auf sozialräumlicher Ebene möglich. So können in lokalen Gruppenprozessen demokratische Entscheidungsfindungen eingeübt und der Interessenausgleich bei Einhaltung demokratischer Grundprinzipien wie Fairness, Gerechtigkeit, Solidarität ermöglicht und sozialprofessionell begleitet werden. Allerdings ist es nur sehr begrenzt umsetzbar, alle an den materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen für sozialräumliche Demokratiearbeit teilhaben zu lassen, etwa durch eine Stärkung sozialer Kompetenzen durch Empowerment und die Zusammenführung lokaler Akteure mit unterschiedlichen Ressourcen mittels Netzwerkarbeit.

Im Zusammenhang mit dem GMF-Reproduktionsmodell wurden in Kapitel 1.2.5 acht Prozesselemente dargestellt, denen GWA begegnen muss, um zur Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion wirksam sein zu können. Für vier entwickelte das KBS konkrete Bearbeitungsstrategien: (5) Normalisierung von Abwertung und Ausgrenzung (Normalisierungsprobleme), (6) Intergeneratio-

nelle Sozialisation (Sozialisationsprobleme), (7) Organisationsangebote/Anerkennungspotenzial und (8) Legitimationsbeschaffung für Abwertung und Ausgrenzung (Legitimationsprobleme; vgl. auch Abbildung 21). Diese Strategien lassen sich in Ressourcen- und Arbeitshypothesen untergliedern (vgl. Tabelle 3 in diesem Kapitel).

Normalisierungsprobleme (5)

Sozialräumliche Problemanalyse: Zur Bearbeitung dieser Prozessebene der GMF-Reproduktion und Verankerung extrem rechter Akteure im Sozialraum, bedarf es einer eingehenden Analyse lokaler und regionaler Themenstellungen und Akteure. Es ist notwendig, auch die neonazistische Szene und ihre Unterstützungsstrukturen zu kennen, weil sich hiervon sowohl Gefährdungspotenziale für die eigene sozialprofessionelle Arbeit ableiten, als auch lokale Macht- und Netzwerkstrukturen ablesen lassen. Interessant ist auch die Theorie der Schweigespirale, der zufolge „Personen, die den Eindruck haben, sie gehören mit ihrer Meinung zur Mehrheit, ihre Positionen umso vehementer vertreten, als [fühlten sie] sich subjektiv in der Minderheit“.⁴⁶⁵

Ressourcenhypothese: GWA ist bei der Bearbeitung von GMF-Reproduktionsproblemen darauf angewiesen, Personen(-gruppen) als potenzielle Bündnispartner*innen zu identifizieren, die GMF als Problem wahrnehmen und thematisieren. Häufig sind solche Akteure selbst von Abwertung und Diskriminierung betroffen. Externe Informations- und Bildungsangebote und die Herstellung einer GMF-problemorientierten Öffentlichkeit können Probleme und Handlungslogiken des Verschweigens oder gar der Schuldumkehr zwar von außen thematisieren (auch sozialräumliche Demokratiewerkarbeit ist eine Intervention). Jedoch ist in diesem Fall einzukalkulieren, dass solche Prozesse für marginalisierte Gruppen ein Eingriff in das lokale Machtgefüge (Diskursivität) darstellen und Widerstände hervorrufen. Sie bedürfen daher einer großen Ausdauer und Misserfolgstoleranz und sind keineswegs in kurzer Zeit umsetzbar. Vorurteilsforscher konstatieren:

Solange Konsens in den politischen und kulturellen Eliten besteht, auch gegen „die Stammtische“ den Meinungsdruck aufrechtzuerhalten und sich antisemitischer Ressentiments politisch nicht zu bedienen, kann dies den Antisemitismus aus der öffentlichen Kommunikation weitgehend heraushalten und langfristig die Tradierung antijüdischer Stereotype abschwächen.⁴⁶⁶

Diese Aussage zum Antisemitismus ist auf alle GMF-Facetten übertragbar. In jedem Fall ist es also wichtig, lokale politische, ökonomische und sozio-

465 Bergmann/Heitmeyer (2005): 234; Heitmeyer (2007): 287; vgl. auch Noelle-Neumann (1998): 84.

466 Heitmeyer (2007): 225f.

kulturelle Meinungsführende sowie lokale Medien für die sozialräumliche Demokratiewerkarbeit zu gewinnen.

Sozialisationsprobleme (6)

Sozialräumliche Problemanalyse: Die Reproduktion menschenfeindlicher Werte kann eine Form der Identitätsbildung sein, die sich etwa vor dem Hintergrund lokaler Diskurse und Zeitgeschichte dechiffrieren lässt. Die Zugehörigkeit zu einer Dorfgemeinschaft (Ingroup) kann sich im lokalen Raum auch dann tradieren und gegenüber anderen (Outgroup) verwandt werden, wenn die politische Organisationsstruktur sich schon vor Jahrzehnten verändert hat. Lokale Debatten und Gemeinschaften können Erfahrungen von Zusammenhalt und gemeinschaftlich geteilter Ausgrenzung aus der jüngeren deutschen Geschichte (Antisemitismus, Ausgrenzung von Zwangsarbeiter*innen im NS, Ausgrenzung von Gastarbeiter*innen in der DDR) bis heute bewahren und gegenüber neuen Opfergruppen reaktivieren. Dabei kommt der Generation ab 30 eine besondere Bedeutung zu: Den Erfahrungen der „Generation Hoyerswerda“⁴⁶⁷ aus der jüngsten Geschichte zufolge, ist Massenprotest auf der Straße in Verbindung mit aggressiver Gewaltanwendung gegenüber Geflüchteten eine wirksame Strategie zur Erlangung von Diskurshegemonie und politischer Veränderung. Herrscht aufgrund medialer Zuspitzungen und Diskurse ein feindliches Klima gegenüber einzelnen Gruppen (Geflüchtete, Muslime*as etc.), können feindselige Einstellungen auf weitere, bisher noch nicht diskriminierte Gruppen ausgeweitet werden. Vertreten regionale oder nationale Eliten Ideologien der Ungleichwertigkeit offen, kann dies ein solches Überspringen begünstigen.⁴⁶⁸ Menschenfeindliche Haltungen können sogar Bedingung für die Zugehörigkeit zu lokalen Gemeinschaften, Peergroups oder Identitätskonstante lokaler Gelegenheitsstrukturen (Vereine, Nachbarschaften, (fundamentalistisch geprägte) religiöse Gemeinschaften, etc.) sein.

Ressourcenhypothese: Tradierte Themen lokaler Gemeinschaften, die die Lebenswelt von Menschen prägen, können durch biografisches Arbeiten erhoben und im Gruppenprozess analysiert und bewertet werden. Aktuelle Abwertungs- und Ausgrenzungsstrategien aufgrund manifester extrem rechter Orientierungen (Vorhandensein einer neonazistischen Kameradschaft, deren Vorbildfunktion und Anpassungsdruck gegenüber Jüngeren) können durch sozialräumliche Recherchearbeit erkannt werden. In jedem Fall macht erst die öffentliche Auseinandersetzung mit dem konkreten Thema eine adäquate Bearbeitung möglich.

467 Vgl. Kleffner/Spangenberg (2016).

468 Vgl. Heitmeyer (2007): 13.

Attraktivitätsprobleme (7)

Sozialräumliche Problemanalyse: Extrem rechte und rechtspopulistische Akteure bieten Gemeinschaft, Anerkennungsstrukturen und entsprechende Sinnangebote mit einfachen Antworten in einer komplexen Welt. Vor dem Hintergrund relativer Desintegrationserfahrungen oder -wahrnehmungen und tradierter Werte des historischen Nationalsozialismus sowie einer vielfach strukturell rassistischen Gesellschaft bieten sie Identifikation, emotionalen Zusammenhalt und Selbstwertstabilisierung sowohl in Familienverbänden als auch in Peergroups und Vereinen. Mancherorts sind abwertende und minderheitenfeindliche Aussagen in lokalen Diskursen hegemonial. Akteure mit anderen Haltungen unterlassen es häufig, diese gegen den Konformitätsdruck alltagsrassistischer lokaler Gemeinschaften zu äußern und ziehen sich zurück oder gar aufgrund fehlender Weltoffenheit in die Großstadt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn klassische Werte- und Sozialisationsinstanzen im lokalen Raum wie Kirchgemeinde (Nächstenliebe, Demut, Gewaltverzicht), Feuerwehr („Retten, helfen, bergen – ohne Ansehen der Person“) oder Sportverein (fairer Wettkampf, friedliches Kräfteressen) hinsichtlich der Vermittlung ihrer Wertebasis Defizite aufweisen und soziokulturelle Angebote von Diversität und Interkulturalität fehlen.

Ressourcenhypothese: Es bedarf vielfältiger Formen von Freizeitangeboten für die nachwachsende Generation (schon im Kindergartenalter), um menschenrechts- und demokratieorientierte Sozialisierungserfahrungen zu ermöglichen. Dazu ist eine vitale demokratische Wertebasis bei lokalen Akteuren und eventuell externe Unterstützung nötig für den Aufbau und Erhalt von menschenrechtsbasierten Bildungs- und Sozialisationsangeboten (staatliche Förderung, Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit etc.).

Legitimationsprobleme (8)

Sozialräumliche Problemanalyse: Die Delegitimation der Demokratie beruht einerseits darauf, dass demokratische Aushandlungsprozesse nicht eingeübt werden konnten und demokratische Konsensfindung vielfach als Niederlage, nicht als demokratische Errungenschaft gewertet werden. Folgenreiche (Alltags-)Politik gewählter Funktionsträger*innen wird, wie die Analyse des Kulturbüro Sachsen e.V. zeigt, vielfach angeordnet, selten ausgehandelt oder erklärt. Viele Menschen sind darüber hinaus in den autoritären Strukturen des DDR-Staates sozialisiert und erwarten noch immer autoritäre und paternalistische Lösungen oder im Gegenteil Volksherrschaft als direkten Durchgriff von Bürgermeinung auf politische Entscheidungsträger*innen und deren Handeln. Parlamentarische Vermittlungsinstanzen, internationale Vertragsbindungen (Völkerrecht, Flüchtlingskonventionen oder der besondere Schutz von Natur- und Kulturschätzen) werden von Teilen der autoritär geprägten Bevölkerung

(Ost-)Deutschlands, die häufig wenig präsenzte Wirksamkeitserfahrungen mit gelingender demokratischer Mitbestimmung haben, als unnötig, kompliziert und einschränkend gewertet. Erfahrungen gelingender Teilhabe aus dem Herbst 1989 sind sehr oft von ökonomischen und soziokulturellen Frustrationserfahrungen aus den folgenden Jahren überlagert. Angst vor Arbeitsplatzverlust, längere Arbeitslosigkeit, vielfach gescheiterte individuelle berufliche Neuanfänge und (gefühlte) sozioökonomische Schlechterstellung gegenüber westdeutschen Vergleichsmilieus hinterlassen bei vielen Menschen Gefühle kollektiver Deprivation als auch der Demokratieentleerung.⁴⁶⁹ Darüber hinaus ist bei nicht wenigen Akteuren der Generationen über 40 das demokratische Projekt eng mit einem nationalen Einheitsprojekt verbunden, welches ökonomische Vorteile und ein Wiedererstarken des Nationalismus beinhaltet.

Ressourcenhypothese: Demokratie muss, insbesondere im Osten Deutschlands, wo es keinen verlässlichen gesellschaftlichen Konsens über deren Legitimität gibt, als gelebte, lustvolle und direkt erfolgversprechende Alltagsform erfahrbar werden. Demokratisch-menschenrechtsorientierte Angebote benötigen hierzu Rückzugs- und Stabilisierungsräume, externe Protektion, hohe Frustrationstoleranz und Ausdauer im Kampf um ihre Deutungshoheit. GWA bedeutet demnach, demokratische Aushandlungsformen und Kompromissfindungen im Alltag projektorientiert und intergenerationell anzubieten, zu leben und zu erlernen. Hierfür bedarf es aktivierender, partizipativer Projektformate mit individuell-lokalem Legitimationsrahmen (akzeptierte Themenstellungen und Formate). Zudem braucht es nachhaltige und planbare zeitliche und personelle Ressourcen. Mittel- und langfristig müssen solche Pilotprojekte jedoch vor Ort organisatorisch und personell verankert werden können.

Bereits in die Konzeptionsphase der GWA-Projekte flossen die in Kapitel 2.1-2.6 dargelegten methodischen und strukturellen Überlegungen zu lebensweltlichen und sozialräumlichen Zugängen sowie Fragen der Motivation, Aktivierung und Beteiligung von Adressat*innen ein.

4.1.2.2 Einfluss theoretischer Befunde aus Motivationsforschung, Social Change Theory und Gemeinwesenarbeitstheorie auf die Gemeinwesenarbeit im KBS

Die sozialraumbezogenen GWA-Konzepte der Projekte Dorfentwicklung (Urlaubsdorf) und Horizont 21 (Mittelstäd) bündelten die Befunde der Einstellungsforschung und theoretischen Überlegungen aus der lebensweltlichen Aktionsforschung, der Social Change Theory und der soziokulturell-politischen GWA (CO, SKA und katalytisch-aktivierender GWA). Im Fokus standen spezifische, in den Studien benannte Defizite und die lebensweltliche Bereitstellung funktionaler Äquivalente für die fehlende Anerkennung demokratischer

469 Vgl. Heitmeyer (2007): 291; vgl. auch Sachsen-Monitor (2017): 21f.

Normen und Strukturen. Ziel war es, diese Normen und Strukturen möglichst tief zu verankern – mit Chance auf breitere Partizipation. Daher wurden bereits vor Projektstart möglichst viele lokale Schlüsselpersonen aus unterschiedlichen, je nach konzeptionellem Schwerpunkt variierenden soziokulturellen Milieus eingebunden. Dabei waren besonders Orte und Akteursgruppen von Interesse, die sich gegenüber Wirksamkeitserfahrungen demokratischer Verständigungs- und Aushandlungsprozesse und Aktivitäten zur Vitalisierung einer demokratisch-menschenrechtsorientierten Alltagskultur offen zeigten. Eine moderierte, lokal verankerte Entwicklung sollte in beiden Projekten möglich werden, indem im aktivierenden Gespräch Vertrauen aufgebaut wurde und mit einer aktivierenden Befragung Schlüsselpersonen und Themen erkannt wurden. Interessant waren in beiden Projekten die lebensweltlichen Wahrnehmungen lokaler Akteure aus Kommunalverwaltung und -politik, religiösen Gemeinschaften, Vereinen, Bildungseinrichtungen, Jugendarbeit, Nachbarschaftshilfe und Altenarbeit, Betroffene von und Initiativen gegen Rechtsradikalismus. Sie boten als Motivations- und Aktivierungspotenziale lebensweltliche Zugänge und Engagementfelder, mit denen sich Akteure vielleicht aktivieren und zu einer Projektbeteiligung motivieren ließen.

Beiden Projekten wurden partizipative Gemeindeporträts zugrunde gelegt. Die Kriterien waren in beiden Fällen gleich: Ressourcen- und Lebensweltorientierung ermöglicht einen wertschätzenden Zugang zum Sozialraum als Forschungs- und Arbeitsfeld. Die aktivierende Befragung und Experteninterviews gewährleisteten darüber hinaus einen partizipationsorientierten Zugang zu Schlüsselpersonen. Schließlich ermöglichen aktivierende Befragungen mit Schlüsselpersonen im Vier-Augen-Format ein Kennenlernen mit den ortsfremden GWA-Arbeiter*innen. So kann Vertrauen als Voraussetzung für eine mehrjährige Projektarbeit aufgebaut werden. Dieser Zugang ist bereits die erste Stufe der Projektarbeit.

Das begleitende und moderierende Arbeiten der GWA-Arbeiter*innen hatte schließlich zum Ziel, die Akzeptanz lokaler Akteure und Milieus für die Selbstverantwortungsbestrebungen lokaler Initiativgruppen zu stärken. Im Konzept für das Projekt Urlaubsdorf hieß es:

Die Stärkung und Aktivierung eines sozialen und kulturellen Lebens im Ort, an dem sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen, [...] befähigt dazu, demokratiefeindliche Tendenzen zu erkennen und ihnen durch eigenes projektorientiertes Handeln und eine bewusstere Kommunikation in der Gemeinde entschiedener entgegenzutreten zu können. [...] [Die Bewohner*innen] sollen [...] mit der Anerkennung und Aufwertung, die ihr Dorf erfährt, stolz auf Urlaubsdorf sein können.⁴⁷⁰

Das aus dem Gemeindeporträt abgeleitete Handlungskonzept war Grundlage für die Umsetzung konkreter Entwicklungsvorhaben und sollte einen wichtigen Beitrag zur sozialen Dorferneuerung ebenso wie zur Qualifizierung

470 Vgl. KBS (2006): Projektantrag „Lokale Dorfentwicklung“.

zukünftiger GWA-Konzepte im KBS leisten. Folgende Projektstrategien waren Ergebnis dieser Überlegungen:

- Die Begleitung und Entwicklung von Partizipationsformaten für lokale Akteure in unterschiedlichen lebensweltlichen Kontexten (z. B. Bürgerinitiative, Runder Tisch, Gemeinwesenstammtisch, Jugendparlament), in Bildungseinrichtungen (z. B. Schülervertretung, Schulkonferenzen, Schulplanungskonferenzen, Zukunftswerkstätten) dient zur Überwindung von Desintegrationserfahrungen.⁴⁷¹
- Lebensweltliche Zugänge und Themenfelder werden aufgrund partizipativer und aktivierender Analysen entwickelt. Die Wertschätzung lokaler demokratischer Akteure und eine gelebte demokratische Alltagskultur zur Identitätsstiftung stehen im Fokus.⁴⁷²
- Die emotionale Auseinandersetzung mit Betroffenen rechter Gewalt z. B. mit historisch-politischer Bildung, Begegnungen mit Zeitzeug*innen des NS (Filme, Bücher, Multimedia) sowie selbstbestimmten Lernaufträgen an authentischen Orten (Fotostreifzug, Ausstellung, Diskussionsveranstaltungen) dient zur Überwindung der Schweigespirale sowie Abwertungs- und Diskriminierungsnormalisierung.⁴⁷³
- Die generationsübergreifende Perspektive mit Fokus darauf, neue Gelegenheitsstrukturen zu etablieren oder vorhandene zu nutzen, um insbesondere ältere Personen der gesellschaftlichen Mitte zu erreichen, dient der Überwindung eines Komplementärverhältnisses der Gewaltbilligung und -bereitschaft zwischen den Generationen.⁴⁷⁴
- Indem interkulturelle Begegnungen und Partnerschaften auf langfristiger Basis in für alle Seiten ungewohnter Umgebung ermöglicht werden, wird soziokulturelle Heterogenität erfahrbar gemacht.⁴⁷⁵

4.1.2.3 Das Projekt „Lokale Dorfentwicklung“ (Leader Plus)

Im Gebietskonzept des Leader-Gebietes [Region] werden Stärken und Schwächen der Region beschrieben. Für das Dorfentwicklungsprojekt waren einzelne Punkte besonders relevant:

Bevölkerung (hohe Motivation und hohe Abwanderung der Jugend und jüngerer Generationen) [...], Kultur (Gefährdung der kulturellen und sozialen Infrastruktur [...], Wegzug sowie einseitiges Vereinsleben mangels ‚kritischer Masse‘ besonders im Kinder- und Jugendbereich) [...].

471 Vgl. Heitmeyer (2007): 285.

472 Diese Ideen basieren auf Methoden der SKA und ermöglichen eine Vielfalt an Zugängen ins Gemeinwesen, die weit über die Übersetzungswerkstätten oder eine reflexive Stadtgesellschaft mit produktiver Unruhe des SoRA-ZO-Projektes (vgl. Grau/Heitmeyer (2013): 31f.) hinausgehen.

473 Vgl. ebd.: 287.

474 Ebd.: 289.

475 Vgl.: Ebd.

Das Projekt ordnete sich ein in die Handlungsfelder „Erlebarmachung der Kulturlandschaft zur Belebung der regionalen Integrität“ und „Verbesserung des gesamten Kommunikationsprozesses in der Region“.⁴⁷⁶

1. Projektziele, Zielgruppen und Aufbau

Das Ziel des Projektes bestand darin, „die demokratischen Potenziale in Urlaubsdorf weiter zu entwickeln und zu stärken und so einen Dorfentwicklungsprozess zu befördern“. Die „Stärkung eines sozialen und kulturellen Lebens im Ort, an dem sich insbesondere auch Kinder, Jugendliche, Frauen, Seniorinnen und Senioren beteiligen“, sollte dazu befähigen, „demokratiefeindliche Tendenzen zu erkennen und ihnen durch eigene Projekte und Kommunikationsorte in der Gemeinde entschiedener entgegen zu treten“.⁴⁷⁷ Wichtig für eine hohe Akzeptanz des Projektes in Urlaubsdorf war, die Bürger*innen und die Kommunalverwaltung und -politik von Beginn an in die Projektentwicklung einzubeziehen. Dazu wurde eine Kooperationsvereinbarung mit dem ehrenamtlichen Bürgermeister und dem Gemeinderat von Urlaubsdorf getroffen und am 13. Oktober 2004 unterzeichnet.

Das Projekt sah vor, zunächst die strukturellen und soziokulturellen Rahmenbedingungen und Besonderheiten von Urlaubsdorf in einem Gemeindeporträt herauszuarbeiten. Diese Ergebnisse sollten, ergänzt durch lebensweltliche Ideen und Wünsche ausgewählter Bewohner*innen, in eine Aktionsplanung mit konkreten Projektvorschlägen seitens der GWA des KBS münden. Lokale Akteure, insbesondere im kommunalpolitischen Raum wenig vertretene Gruppen wie Kinder und Jugendliche, Frauen und Senior*innen, aber auch Vereine, die Kirchengemeinde, Kommunalpolitik und -verwaltung sollten mit aktivierenden Befragungen und Beteiligungsformaten der GWA bei der Umsetzung der Projektideen begleitet werden.

Bei Projektbeginn gab es bereits erste konkrete Vorstellungen vonseiten des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung. So war ein Bürger- und Vereinshaus verbunden mit einer internationalen Begegnungsstätte und konkreten grenzüberschreitenden Projekten angedacht, das von den zu diesem Zeitpunkt in Urlaubsdorf arbeitenden Vereinen und Gruppen aller Altersstufen und internationalen Gästen genutzt werden sollte. Dieses Kultur- und Vereinszentrum sollte „ein neuer Kommunikationspunkt für die Gemeinde werden, der den Bedürfnissen vieler Gruppen im Gemeinwesen gerecht“⁴⁷⁸ und gleichzeitig eine Neu- bzw. Wiedernutzung einer leerstehenden Immobilie⁴⁷⁹ ermöglichen wür-

476 Vgl. KBS (2006): Projektantrag „Lokale Dorfentwicklung“.

477 Ebd.

478 Ebd.

479 Im Blick war das seit der Schulschließung 2002 leerstehende Schulgebäude in Urlaubsdorf.

de. Weitere Ergebnisse des Projektes sollten neben dem Kultur- und Vereinszentrum sein:

- detaillierte Planung eines Kommunikationszentrums oder einer internationalen Begegnungsstätte
- Ausstellung der Projektergebnisse, Vermarktung in der Region und Präsentation z. B. auf der jährlichen Kirmes
- CD-ROM zu den Projektergebnissen als Image-Tool für die Gemeindeverwaltung
- Homepage mit Präsentation des Dorfentwicklungsprozesses in Urlaubsdorf
- Überarbeitung der bestehenden Homepage des Dorfes zur Nutzung für Tourist*innen
- Video über die Arbeitsphase in Urlaubsdorf und Präsentation der Ergebnisse

Die Erfahrungen in Urlaubsdorf sollten in einem zweiten Dorfentwicklungsprojekt nutzbar gemacht werden.

2. Innovation und Pilothaftigkeit

Das Dorfentwicklungsprojekt wollte keine vorgegebene Ziele umsetzen, sondern – „basierend auf der Analyse der Situation in Urlaubsdorf und der Einbeziehung der Bevölkerung in die Projektentwicklung und -umsetzung [und unter] Nutzung vorhandener lokaler Ressourcen“⁴⁸⁰ – innovative Teilprojekte und Ideen entwickeln. Daher wurde es als pilothaft und für die Region neuartig eingeschätzt. Das Projekt sollte einerseits „Impulsgeber (Aktivierung der Bevölkerung)“ und andererseits „Initiator und Gestalter (Umsetzungsphase) neuer Projektideen“⁴⁸¹ im soziokulturellen Bereich in der Leader-Region sein. Die Gemeinde sollte durch das Dorfentwicklungsprojekt zusätzliche Anerkennung und überregionale Bekanntheit erfahren und „von Außenstehenden als Gemeinde wahrgenommen [werden], die sich in besonderer Weise um ihre Bürgerinnen und Bürger bemüht“⁴⁸². Durch die vorangestellte Sozialraumskizze (Gemeindeporträt), die lokale Bedingungen und Besonderheiten zusammenfasste, und eine aktivierende Einbeziehung von Bewohner*innen in die Projektarbeit sollte ermöglicht werden, zielgenaue, an den lokalen Bedürfnissen orientierte Ideen zu entwickeln und unter Begleitung des KBS und der lokal zuständigen Gremien umzusetzen.

3. Nachhaltigkeit, Vernetzung und Ergebnisorientierung

In der Kommune sollten durch konkrete diskursorientierte Formate (Bürgerstammtisch, Jugendparlament etc.) und neue Kommunikationsorte (z. B. das

480 Ebd.

481 Ebd.

482 Ebd.

beantragte Kommunikations- und Vereinszentrums oder eine internationale Begegnungsstätte) eine Verbesserung der Kommunikation unter den Bürger*innen erreicht werden. Die Gemeinde sollte in die Lage versetzt werden, ihre kulturellen und sozialen Ressourcen nach außen zu präsentieren, etwa Tourist*innen, anderen Gemeinden in der Region oder einer über das Internet erreichbaren Öffentlichkeit. Dazu war bereits vor der Sozialraumskizze und der Aktivierung lokaler Akteure eine projektbezogene Ausstellung geplant in Verbindung mit Informationen für Tourist*innen, einer eigener Projekthomepage und einer Überarbeitung der bestehenden Homepage der Gemeinde. Dies alles sollten die Bürger*innen selbst erarbeiten, was „einen Zugewinn an Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten [...] und darüber hinaus [...] an sozialer und kultureller Handlungskompetenz“ versprach.⁴⁸³ Die Ergebnisse, die über das Projekt hinaus einer Erarbeitung und Begleitung bedürfen, sollten auch nach Projektabschluss in der Region verbleiben und nach Möglichkeit von kommunalen Akteuren selbständig umgesetzt und begleitet werden. Dazu sollte „ein höherer Vernetzungsgrad der Bevölkerung“⁴⁸⁴ hergestellt werden, der vom KBS als weitere in der Region verbleibende Ressource angesehen wurde.

Durch das Dorfentwicklungsprojekt sollte sich die Zusammenarbeit lokaler Vereine verbessern. Auch sollten mehr Bürger*innen für die aktive Mitgliedschaft in Vereinen oder anderen Gruppen interessiert werden.⁴⁸⁵ Das geplante Vereinszentrum, die internationale Begegnungsstätte sollte sich als neuer Kommunikationsort in Urlaubsdorf etablieren, der sowohl für die Bewohner*innen als auch Tourist*innen Anlaufpunkt und Informationsort sein sollte. Hierbei machte sich das KBS den Wunsch zunutze, die der Bürgermeister und einzelne Gemeinderäte in diversen Vorgesprächen äußerten: eine Umnutzung der 1998 geschlossenen Schule. Förderlich für die Idee einer Begegnungsstätte sollte zudem die Stärkung bestehender internationaler Ortspartnerschaften und grenzüberschreitender touristischer Angebote (Partnerschaftsmuseum, Ausstellungsfläche) sein. Bestehende internationalen Kontakte sollten intensiviert und so generationenüberschreitend leichtere Zugänge für die Bewohner*innen für interkulturelle Begegnungen geschaffen werden.

4. Personelle Ausstattung

Für die Umsetzung war im Projekt eine Fachkraftstelle (Sozialarbeiter*in, Politologe*in, Soziologe*in, Ethnologe*in etc.) in Vollzeit beim KBS vorgesehen, die eng mit dem für die Region zuständigen MBT arbeiten sollte. Darüber hinaus erklärte sich die Kommunalverwaltung von Urlaubsdorf bereit, die GWA bestmöglich zu unterstützen und einen Arbeitsplatz sowie einen Sit-

483 Ebd.

484 Ebd.

485 Ebd.

zungsraum in den Räumen der Kommunalverwaltung zur Verfügung zu stellen. Das umfasste unter anderem den Zugang zu Sozialstrukturdaten der Kommune, eine enge Abstimmung mit dem Bürgermeister, die Vorstellung der GWA in den Gremien und Vereinen der Gemeinde und die Gewährleistung eines stetigen Informationsflusses zu Belangen, die das Projekt betrafen (Tourismuskonzepte, Beschlüsse des Gemeinderates oder des Kreisrates, Daten zum soziokulturellen Leben im Ort wie Festtermine, runde Geburtstage etc.).

4.1.2.4 Das Projekt „Horizont 21 – Demokratie leben und lernen in Sachsen und Sachsen-Anhalt“ (XENOS)

Das Projekt Horizont 21 sollte an vier Standorten im ländlichen Raum Sachsens und Sachsen-Anhalts zur Stärkung einer demokratischen Lebens-, Lern- und Arbeitskultur beizutragen. Es stand in gemeinsamer Trägerschaft von Miteinander e.V. in Sachsen-Anhalt und des KBS.

1. Projektziele, Zielgruppen und Aufbau

Mit dem Projekt sollten „Demokratieförderung, GMF und rechts motivierte Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen am Übergang von Schule zu Beruf und bei Erwachsenen im ländlichen Raum“ zurückgedrängt werden.⁴⁸⁶ Grundgedanke war es, an den Standorten, einer davon Mittelstädt, ausgehend von demokratiepädagogischer Projektarbeit an Schulen einen nachhaltigen Impuls für GWA zu leisten. Darüber hinaus sollten „unterschiedliche Akteure im Gemeinwesen befähigt werden, rechtsextreme Erscheinungen und deren Ursachen frühzeitig zu erkennen und miteinander präventive Maßnahmen zu deren Bearbeitung entwickeln“.⁴⁸⁷ Für die Umsetzung kooperierten Miteinander e. V. und KBS mit der Kommunalverwaltung und der Oberschule in Mittelstädt. Im Projekt sollte ausgehend von der Bildungseinrichtung ein „Prozess der Demokratisierung, Partizipation und interkulturellen Öffnung“⁴⁸⁸ sowie der Öffnung ins Gemeinwesen hinein gestaltet werden. Angestrebt wurde „eine langfristige gemeinsame Projektarbeit, statt externer ad hoc-Maßnahmen“.⁴⁸⁹ Das Projekt verfolgte zudem verschiedene Teilziele mit entsprechenden Indikatoren zu deren Erreichung (Tabelle 4).⁴⁹⁰

486 Miteinander/KBS (2008a).

487 Ebd.

488 Miteinander/KBS (2008b).

489 Ebd.

490 Ebd.

Teilziel	Indikatoren, um Ziel zu erreichen
Aktivierung und Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements (besonders bei Jugendlichen) innerhalb der (Berufs-)Bildungseinrichtungen und deren Umfeld	<ul style="list-style-type: none"> • mindestens ein Projekt der Jugendlichen im Sozialraum pro teilnehmender Einrichtung • Strukturen von Schülerbeteiligung sind am Ende des Projektes etabliert
Langfristige Bearbeitung und Abbau von Vorurteilsstrukturen bei Jugendlichen am Übergang von Schule zu Beruf	<ul style="list-style-type: none"> • projektbegleitende Seminare zur Entwicklung einer gegenseitigen Anerkennungskultur • Nachweis durch Befragung der Jugendlichen sowie der beteiligten Multiplikator*innen (etwa Lehrer*innen) bei Evaluation
Vermittlung interkultureller Kompetenzen durch partnerschaftlichen Austausch und grenzüberschreitende Projektarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • projektbegleitende Seminare zur Entwicklung interkultureller Kompetenz • mindestens ein binationales Workcamp pro teilnehmender deutscher Einrichtung • Entsendung von mindestens 15 Austauschschüler*innen pro teilnehmender deutscher Einrichtung in eine ausländische Partnereinrichtung • Nachweise durch Evaluation
Aufbau internationaler Schulpartnerschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Abschluss je eines Partnerschaftsvertrages mit einem internationalen Partner pro teilnehmender deutscher Einrichtung • mindestens fünf gemeinsame thematische Veranstaltungen (etwa Diversity-Trainings)
Entwicklung von Bildungs- und Schuldemokratisierungskonzepten; grenzüberschreitender Ideentransfer mit Partnerländern (z. B. Israel)	<ul style="list-style-type: none"> • mindestens drei Fortbildungen unter Beteiligung der internationalen Partner • dreisprachige Dokumentation der Projekterfahrungen zu Projektende
Entwicklung lokaler Handlungskonzepte für Demokratieentwicklung und Bürgerbeteiligung, ausgehend von berufsbildenden und allgemeinen Bildungseinrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage eines Schulentwicklungskonzeptes (für jede teilnehmende deutsche Einrichtung), welches die Entwicklung des sozialen Nahraums einschließt • Lokale Netzwerke zwischen den Bildungseinrichtungen, Jugendarbeitsträgern und anderen lokalen Akteuren sind bis zum Ende des Projektes etabliert
Integration von Migrant*innen in Schulentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Migrant*innen (besonders Spätaussiedler*innen) und ihre Organisationen sind Teil der lokalen Netzwerke • Migrant*innen (besonders Spätaussiedler*innen) sind in Partizipationsgremien der Einrichtungen vertreten

Tabelle 4: GWA-Projektziele und Indikatoren für Zielerreichung; Quelle Miteinander/KBS (2008b)

Diese Komponenten wurden in einen Zeitplan mit idealisierten Phasen untergliedert.⁴⁹¹ Für diese Untersuchung wurde lediglich die Projektarbeit im sächsischen Mittelstädt analysiert.

491 Ebd.

2. Innovation und Pilothaftigkeit

Das Projekt Horizont 21 verfolgte den anspruchsvollen Ansatz einer projektorientierten Integration von Schulentwicklung und Demokratiepädagogik einerseits und einer schulöffnenden Gemeinwesenperspektive andererseits. Ausgehend von variierenden sozialräumlichen Ausgangssituationen und lebensweltlichen Schwerpunksetzungen sollten unterschiedliche Projekte im Bereich der Schülerpartizipation, der Organisationsentwicklung sowie der GWA entwickelt werden. Im Antrag formulierte Projektideen reichten von Fortbildungsangeboten für Lehrer*innen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und antidemokratischen Haltungen, über Schulprojektarbeit zu gleichen Themen, internationalen Jugendaustauschprojekten wie einer deutsch-israelischen Schulpartnerschaft bis zu Vorschlägen für strukturell-organisatorische Veränderungen im Schulalltag. Dabei sollten Methoden angewandt werden, die Demokratie für junge Menschen erlebbar und Selbstwirksamkeitserfahrungen möglich machen. Horizont 21 sollte Schüler*innen und Auszubildende aktiv an für sie relevanten Entscheidungsprozessen beteiligen und ihnen auch auf längere Sicht Freiräume für Mitbestimmungsformate im Schulsystem schaffen.

Die Besonderheit des Projektes lag in der integrativen Verknüpfung von Schuldemokratisierung und Gemeinwesenorientierung. Der angenommene Zusammenhang zwischen der Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen innerhalb der Schule und im außerschulisch-gesellschaftlichen Bereich⁴⁹² war für Projektbeteiligte jedoch nicht immer leicht darzustellen: So weisen aktuelle Untersuchungen zu Rechtsextremismusprävention und Demokratiepädagogik der Institution Schule eine herausragende Rolle zu, wenn es um die Sozialisation von Jugendlichen geht oder darum, Gelegenheitsstrukturen für Jugendliche zu schaffen.⁴⁹³ Dabei fokussieren einschlägige demokratiepädagogische Handlungskonzepte, welche als nachhaltige und präventive Intervention gegen minderheitenfeindliche Einstellungen diskutiert werden, drei Systemebenen: Auf der (a) individuellen Ebene werden vor allem Entwicklungspotenziale für demokratische Handlungskompetenzen, die Herausbildung und Stärkung eines Demokratie- und Menschenrechtsverständnisses sowie die Förderung von Empathiefähigkeit bei den einzelnen Schüler*innen in den Blick genommen. Auf der (b) strukturellen Ebene wird die Demokratisierung der Schulstruktur thematisiert, verstanden als ermöglichender Erfahrungs- und Partizipationsraum. Die (c) lebensweltliche Ebene schließlich bezieht das soziale Umfeld der Schüler*innen und das sozialräumliche Umfeld der Schule als strukturelles Element (also das Gemeinwesen insgesamt) in eine integrative Schulentwicklungs- und Demokratisierungsplanung ein. Demnach sind langfristige, diese System-

492 Vgl. Rheinhardt/Tillmann (2002).

493 Vgl. Elverich (2011): 12.

ebenen miteinander verbindende pädagogische Formate gefordert. Sie sollen die Schule als Ganzes und ihre verschiedenen Anspruchs- und potenziellen Mitwirkungsgruppen wie Schüler*innen, Pädagog*innen, Eltern, Schulleitung und relevante Akteure im Gemeinwesen in den Blick nehmen. Dieses integrative Demokratiepädagogik versteht die individuelle, lebensweltliche und strukturelle Ebene als Handlungsfelder, die bearbeitet werden müssen, um nachhaltige Demokratisierungserfolge zu erzielen. Ein solches Verständnis bildete die Basis für das Projekt Horizont 21 in Mittelstätt.

Zudem lag dem Konzept der normative Demokratiebegriff Deweys (vgl. Kapitel 1.5) als Lebensform zugrunde, der sowohl demokratische Kompetenzen auf individueller Ebene als auch Fragen des sozialen Miteinanders und das gesellschaftspolitische Ideal einer demokratischen Alltagskultur im Zusammenleben aller umfasst. Demokratische Schulentwicklung wird darüber hinaus als ein Hauptbestandteil präventiver Arbeit gegen nationalchauvinistische und rassistische Neigungen betrachtet, denn Jugendliche, „die eigene Mitwirkung, Verantwortungsübernahme und Anerkennung im demokratischen Handeln erfahren, [sind] weniger anfällig [...] für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt“.⁴⁹⁴

3. Nachhaltigkeit, Vernetzung und Ergebnisorientierung

Der Antrag zum GWA-Projekt Horizont 21 orientierte hinsichtlich der Fragen von Nachhaltigkeit und Ergebnisorientierung auf durch einzelne Projekthinhalte initiierte „nachhaltige Strukturveränderungen bei den teilnehmenden Bildungseinrichtungen“.⁴⁹⁵ Dabei wurde die pädagogische Arbeit mit den Jugendlichen selbst zwar als „wichtiger Bestandteil des Projektes“ angesehen. Eine nachhaltige Wirkung könne aber „erst mit der Einbeziehung des Einrichtungspersonals und der interkulturellen Öffnung der gesamten Schule erreicht werden“.⁴⁹⁶ Das Projekt strebte die Etablierung partizipativer Strukturen an, „die die Weiterentwicklung der jeweiligen Einrichtung gewährleisten und die eine eigenständige Bearbeitung menschenfeindlicher Einstellungen und Vorurteile ermöglichen“.⁴⁹⁷ Darunter wurden konkret beispielsweise „langfristige Schulpartnerschaften“ verstanden, die „in der Abschlussphase des Projektes verbindlich geschlossen [werden und] die im Projekt begonnene grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstetigen [sowie] eine prozessorientierte Weiterentwicklung der begonnenen Partnerprojekte auch nach Ende von Horizont 21“ ermöglichen sollten.⁴⁹⁸ Die Bildungseinrichtungen sollten am Projektende mit ausreichend Know-How ausgestattet sein, um „die Workcamps und Aus-

494 Ebd.: 73.

495 KBS (2009).

496 Ebd.

497 Ebd.

498 Ebd.

tausche eigenständig weiter zu organisieren und die Partnerschaft mit Leben zu füllen“.⁴⁹⁹ Darüber hinaus wurden Synergien der in Horizont 21 aufgebauten Strukturen mit anderen Arbeitsbereichen von Miteinander e. V. und KBS angestrebt, die weitere gemeinsame Aktivitäten ermöglichen könnten.

Die an den Projektstandorten etablierten Projektbeiräte und Netzwerke sollten nach Abschluss eine Plattform bilden, auf der verschiedene Akteure vertrauensvoll zusammenarbeiten können.⁵⁰⁰ Insbesondere durch die Einbeziehung vorhandener Netzwerke und Synergien wurde ein Transfer in andere Einrichtungen der Regionen angestrebt. Die produktorientierte Dokumentation der Meilensteine und Konfliktpunkte im Prozessverlauf sollte schließlich die Übertragbarkeit der Projekterfahrungen und -ergebnisse auf andere Bildungseinrichtungen möglich machen sowie eine fachspezifische Diskussion auch über das Projektende hinaus erlauben. Um die Projektziele zu erreichen, nannte der Antrag relevante Ereignisse:⁵⁰¹

- Eine Situationsanalyse bildet die Grundlage für die Bearbeitung schulischer Entwicklungspotenziale. Veränderungs- und Beteiligungswünsche von Schüler*innen, Lehrpersonal und Eltern werden dokumentiert.
- Jugendliche erweitern ihre interkulturelle Kompetenz und ihre Fremdsprachenkenntnisse.
- Pädagogen*innen sind gegenüber menschenfeindlichen und rechtsextremen Erscheinungsformen sensibilisiert, verfügen über Methodenkenntnisse zur Bearbeitung von GMF. Sie kennen themenbezogene Akteure in ihrer Region und haben Kontakt zu ihnen.
- Die Jugendlichen teilen am Ende des Projektes weniger menschenfeindliche und extrem rechte Einstellungen als zu Beginn.
- Projektbeteiligte Einrichtungen verfügen über Partizipationsstrukturen.
- Gemeinwesen profitieren von Projektarbeit und internationalen Kontakten der Bildungseinrichtungen.
- Schulen etablieren nachhaltige internationale Partnerschaften.
- Die Methoden und Ergebnisse des Projektes sind dokumentiert und werden in anderen, nicht am Projekt beteiligten Einrichtungen angewandt.

4. Personelle Ausstattung

Für Horizont 21 stand pro Projektstandort eine 75-prozentige Fachkraftstelle zur Verfügung. Darüber hinaus wurden beiden Trägern für die Koordination dieser Fachkräfte und der Projektarbeit in den Projektstandorten eine 75-prozentige Fachreferentenstelle und eine 50-prozentige Verwaltungsstelle finanziert.

499 Ebd.

500 Ebd.

501 Ebd.

4.1.3 *Soziokultureller und politischer Rahmen*

Die sozialstrukturellen Daten geben den Ist-Stand vor Beginn dieser Projektarbeit an den jeweiligen Standorten wieder. Sie stammen, soweit nicht anders ausgewiesen, aus sozialräumlichen Recherchen und qualitativen Befragungen des KBS im Zuge der Erstellung eines Gemeindeporträts.

Projekt 1: Urlaubsdorf

1. Kommunalpolitischer Kontext und soziokulturelle Infrastruktur

In Urlaubsdorf wurden beide Oberschulen bereits Mitte der 1990er Jahre geschlossen. Geblieben ist ein Kindergarten. Zu Beginn des GWA-Projektes hatte Urlaubsdorf einen Bürgermeister, der der CDU angehörte und seit 1990 amtierte. Der Gemeinderat setzte sich zu diesem Zeitpunkt zusammen aus dem Oberbürgermeister (CDU), der Wählervereinigung 94 mit fünf Sitzen, der NPD mit drei Sitzen (davon waren jedoch lediglich zwei besetzt), der CDU mit zwei und der PDS mit ebenfalls zwei Sitzen.⁵⁰²

Von Bedeutung war, dass die beiden NPD-Gemeinderäte bis zur Kommunalwahl im Jahr 2004 bereits als Gemeinderäte der sogenannten Wählervereinigung 94 amtiert hatten. Sie traten erst im Kommunal- und Landtagswahlkampf 2004 in die NPD ein und wurden von vielen Menschen im Ort weiterhin als wählbare politische Akteure wahrgenommen. Anzunehmen ist, dass sich die Gesinnung der beiden NPD-Gemeinderäte über die Jahre nur geringfügig veränderte, Ungleichwertigkeitsideologien und demokratiefeindliche Haltungen also in der Wählervereinigung nicht problematisiert wurden. Augenscheinlich waren diese Orientierungen nicht nur bei den nun für die NPD agierenden Personen vorhanden. Der Bürgermeister musste 2007 aus Altersgründen inmitten der Legislaturperiode in den Ruhestand gehen. Bei den anstehenden Neuwahlen zum Bürgermeisteramt bestand die Befürchtung, ein NPD-Kandidat könne gewinnen. Zudem befürwortete die Verwaltung in Sachsen eine Zusammenlegung von Gebietskörperschaften. Daher wurde der Gemeinderat vom Landkreis gedrängt, sich der angrenzenden Kleinstadt anzuschließen. Das lehnten jedoch viele Bewohner*innen ab, was der NPD zu einem noch größeren Wahlerfolg verhalf. Die Partei inszenierte sich als Anwältin der Bewohner*innen und Bewahrerin der Eigenständigkeit. Die Gefahr wuchs, Urlaubsdorf könne die erste Gemeinde mit NPD-Bürgermeister in Deutschland werden.⁵⁰³

502 Vgl. Schindler (2007): 8.

503 Vgl. Richter (2009): 14f.

2. Alltagsrassismus, GMF und neonazistische Organisation

Urlaubsdorf fiel zu Beginn der 2000er Jahre immer wieder durch gewalttätige Übergriffe auf (zumeist westdeutsche) Besucher*innen des ansässigen Jugendgästehauses auf. Der Jugendklub im Ort wurde von extrem rechten Jugendlichen dominiert und galt als Rekrutierungsort der in Abbildung 22 erläuterten SSS. Im November 2002 wurde der Jugendklub nach extrem rechten Veranstaltungen (u. a. Rechtsrockkonzerte) geschlossen. Ein neuer Klub sollte in der seit 1998 leerstehenden Oberschule entstehen. Da sich am Aufbau des neuen Klubs vor allem Jugendliche aus dem SSS-Umfeld beteiligten, entzog das Amt für ländliche Neuordnung dessen weitere Finanzierung. Die Jugendlichen trafen sich daraufhin an Bushaltestellen, im Freibad, beim Getränkehandel und in einem Container auf einem privaten Grundstück. In der Jugendszene blieben Personen aus dem SSS-Umfeld tonangebend.⁵⁰⁴

Die SSS war eine 1997 gegründete militante Neonazigruppe aus dem Umfeld des *Blood and Honour*-Netzwerkes mit seinem terroristischen Arm *Combat 18*. Ihr erklärtes Ziel war es, Migrant*innen und politische Gegner*innen mit Gewalt zu bekämpfen. Ihre Gründungsmitglieder kamen u. a. von der 1994 verbotenen Wiking Jugend. Mit ca. 125 Mitgliedern war sie die stärkste und organisierteste Neonazi-Gruppe Sachsens. Auf ihr Konto gingen Überfälle auf zahlreiche Personen und Jugendklubs, Brandanschläge, Drohbriefe an Politiker*innen und Hetzschriften gegen Migrant*innen. Im Zuge der Ermittlungen gegen die SSS stieß der polizeiliche Staatsschutz auf umfangreiche Waffenlager mit Sprengstoff, Zündern, Granaten, Patronen und Waffenteilen.

Hauptinitiator der SSS war der damalige Hoffnungsträger der sächsischen NPD, Uwe Leichenring. Der 2006 bei einem Autounfall verstorbene NPD-Kreisgeschäftsführer und Landtagsabgeordnete hatte beste Kontakte zu Jugendgruppen in der gesamten Region und förderte deren Anliegen und völkisch-nationalistische Gesinnung. In enger Abstimmung mit ihm übernahm die SSS den Schutz von NPD-Veranstaltungen und Wahlkampfhilfe. Leichenring bedankte sich nach der Bundestagswahl 1998, bei der die sächsische NPD mit mehr als 9% der Wählerstimmen erstmalig in einen bundesdeutschen Landtag einzog, bei „den Kameraden der SSS und der SSS/AO“ für die Unterstützung.

Die Kameradschaft gliederte sich in fünf lokale Riegen. Zunächst erfolgt die Aufnahme jüngerer Kameraden in die SSS/AO (Aufbauorganisa-

504 Auch nach dem Verbot der rechtsterroristischen SSS im Jahr 2004 existierten Netzwerke und Ressourcen weiter. Verschiedene Personen aus dem SSS-Umfeld wurden 2005 vom Dresdner Amtsgericht verurteilt, weil sie die Vereinigung weitergeführt haben sollen.

tion), in der sie sich bewähren sollten. Die SSS produzierte die Zeitungen *Froindschaft* für ältere und *Parole* für jüngere Mitglieder.

Die SSS wurde am 5. April 2001 durch das sächsische Innenministerium verboten. Ab 2003 wurde sie am Dresdner Landgericht in insgesamt drei Verfahren gegen 82 Personen als „kriminelle Vereinigung“ eingestuft. Außer den Rädelsführern Sattelberg und Rackow, die wegen Weiterbetätigung Haftstrafen verbüßen mussten, wurden gegen alle Angeklagten nur Bewährungs- oder Geldstrafen verhängt.

Abbildung 22: Skinheads Sächsische Schweiz

Im Frühjahr 2003 mehrten sich rassistische verbale und tätliche Angriffe auf Schüler*innen aus Berlin oder Westdeutschland. Die Angreifer*innen waren rechte Jugendliche. Für das Jugendgästehaus war die Situation angesichts massiver Belästigungen und Zerstörungen und eines Rückgangs von Gästen um 80 Prozent nicht mehr hinnehmbar. Es bat verschiedene Organisationen um Beratung. Das MBT übernahm die Moderation dieser Arbeitsgruppe. Im Herbst 2003 wurden zwei Gemeinderäte⁵⁰⁵ in den Vorstand der NPD im Landkreis gewählt. Beide waren zuvor für die 1994 entstandene Wählervereinigung angetreten. Neonazis unterstützen den Wahlkampf der NPD in der Gemeinde im Frühsommer und Herbst 2004 mit Plakatierung. Wahlwerbung anderer Parteien war kaum zu sehen. Hakenkreuzschmierereien an Wanderwegen, diverse weitere Propagandadelikte oder die Feier eines germanischen „Julfestes“ mit Duldung des Heimatvereins verdeutlichten die extrem rechte Dominanz im Ort. Gewalttaten kamen nicht zur Anzeige, Angst bestimmte das Klima. Das war die Situation, die durch die Wahlerfolge der NPD bei den Kommunal- und Landtagswahlen im Jahr 2004⁵⁰⁶ mit einem Mal in den Blick der überregionalen Medienöffentlichkeit geriet. Schlagzeilen wie „Die braunste Kommune in Ostdeutschland“ (RTL-Sendung „Spiegel TV“, 8.7.2004), oder „Rechter Spuk im Märchenland“ (Süddeutsche Zeitung, 19.6.2004) beherrschten die Berichterstattung. Das Ergebnis überwältigte selbst die NPD: Sie hatte nur zwei Kandidaten benannt. Ähnliche Wahlerfolge (23,1 Prozent) errang die NPD in Urlaubsdorf bei der Landtagswahl im September 2004, solche Werte hatte sie bis dahin nie zuvor in einer Kommune erreicht.

505 Ein Gemeinderat musste sein Mandat im Zusammenhang mit Ermittlungen im SSS-Prozess später niederlegen.

506 Bei der Kommunalwahl wurde die NPD trotz relativ hoher Wahlbeteiligung zweitstärkste Kraft (25,2 %); in einem Ortsteil erreichte sie sogar 36 Prozent und hätte damit drei von zwölf Sitzen im Gemeinderat besetzen können.

3. Ressourcen für Demokratieentwicklung

Kommunale Infrastruktur: Seit den 1990er Jahren wurden mit rund 30 Millionen Euro umfangreiche Mittel aus öffentlicher Förderung in die bauliche Infrastruktur der Gemeinde investiert. Mit diesem Geld wurde sowohl marode Bausubstanz zurückgebaut, als auch neue Infrastruktur errichtet. So am Platz der abgerissenen Dorfgaststätte eine aus Sandstein gestaltete kleine Parkanlage neu angelegt. Im Jahr 2004 konnte nach längerer Bauzeit die grundständig sanierte und ausgebauten Verbindungsstraße in die benachbarte Kleinstadt eingeweiht werden. Eine moderne Mehrzweckhalle für kulturelle und sportliche Nutzung mit integriertem Bühnenanbau und Panoramagaststätte wurde als kulturelles Gemeindezentrum und Treffpunkt für Vereine und Tourist*innen im Dorfkern neu erbaut. Die beiden äußerst aktiven und mitgliederstärksten Vereine der Gemeinde, der Karnevalsclub und der Sportverein, nutzen bis heute die Mehrzweckhalle für ihre Aktivitäten. Für den Sportverein wurde darüber hinaus im Jahr 2000 ein neues Vereinshaus mit modernen Sanitäreinrichtungen und Umkleidekabinen sowie ein moderner Kunstrasenplatz für die Fußballsektion errichtet. Das Waldstadion mit 165 Sitzplätzen bietet Sportler*innen nun beste Bedingungen.

Milieus demokratischer Kultur im Gemeinwesen: In der Gemeinde ist eine Vielzahl an Vereinen und Interessengemeinschaften aktiv. Die Heimatvereine in zwei Ortsteilen leisten in erster Linie Beiträge zur Pflege der Kultur und Heimatverbundenheit. „Gelegentlich werden auch Themenbereiche wie Politik und Gesellschaftsbildung aufgegriffen und kontrovers diskutiert.“⁵⁰⁷ Die Vereinsbandbreite reicht von der Kirchengemeinde über eine Country-Tanzgruppe, den Reiterstammtisch, selbstverwaltete Seniorentreffs bis hin zu den Großvereinen Sportverein, Karnevalsclub und Freiwillige Feuerwehr. Das Potenzial dieser Vereine besteht in der Vielfalt kultureller Ausdrucksmöglichkeiten und im Nachbarschaftsengagement für die Dorfgemeinschaft: „Die Flutlichtmasten haben wir selber gesetzt. Also der ganze Platz ist nicht nur von Fördermitteln gebaut worden, sondern in Eigeninitiative [...]“⁵⁰⁸

Projekt 2: Mittelstädt

1. Kommunalpolitischer Kontext und soziokulturelle Infrastruktur

Mittelstädt hat neun Kindertagesstätten, von denen sich drei in städtischer Trägerschaft und sechs in freier Trägerschaft befinden. Darüber hinaus finden sich im Ort vier Grundschulen, eine Oberschule, ein Gymnasium, eine Förderschule für Lernbehinderte, eine Förderschule für Menschen mit Behinderung,

507 Vgl. ebd.: 92f.

508 Bringt (2005): 31.

eine Musik- und Kunstschule, eine Außenstelle eines beruflichen Schulzentrums, eine private Berufsschule sowie eine Volkshochschule. Das seit 1935 bestehende Stadtmuseum bezog 1974 rekonstruierte Räume im mittelalterlichen Stadttor. Mit der Sanierung eines angrenzenden Gebäudes konnte es 1999 erweitert und mit einer Galerie auch im soziokulturellen Bereich tätig werden. Zu Projektbeginn setzte sich der 2009 gewählte Stadtrat zusammen aus der Oberbürgermeisterin (Die Linke), zusätzlichen acht Sitzen für Die Linke, der CDU mit sechs Sitzen, der SPD mit fünf Sitzen, zwei Sitzen für die Freien Wähler, zwei für die FDP, zwei Fraktionslosen und einem Sitz für die NPD.

2. Alltagsrassismus, GMF und neonazistische Organisation

Seit 2004 konnte eine Reorganisation der Neonaziszene in Mittelstädt beobachtet werden: Die extrem rechte Jugendkultur organisierte sich nun in Form von Kameradschaften. 2005 existierte in Mittelstädt mindestens eine Kameradschaft.⁵⁰⁹ Dieser Szene zuzuordnende Jugendliche sammelten sich unter anderem in einem Sportverein und einem in Privaträumen selbstverwalteten Jugendklub, der 2006 aus dem Kreisjugendring austrat.⁵¹⁰

Der 1992 im westfälischen Vlotho gegründete Verein mit etwa 50 Mitgliedern hat sich der Etablierung einer geschichtsrevisionistischen Erinnerungskultur und NS-Verherrlichung durch Informations- und Schulungsprogramme verschrieben. Der Verein wurde maßgeblich von Akteuren des 2008 vom Bundesinnenministerium verbotenen, ebenfalls in Vlotho ansässigen, völkisch-neonazistischen Collegium Humanum (CH) initiiert. Zunächst agierte dessen ehemalige Vorsitzende, Ursula Haverbeck-Wetzel, als Vereinsvorsitzende.

Der Verein ist ein Netzwerk reaktionärer Akteure mit Neonazis und neurechten Medien. Das revisionistische Konzept erarbeitete das ehemals in Solingen aktive CDU-Mitglied Wolfhard Welzel, der die revisionistische Erinnerungsidee 2008 im extrem rechten Grabert-Verlag unter dem Titel *Ein deutsches Trauerspiel* veröffentlichte. Der ehemalige Assistent des wegen antisemitischer Ausfälle aus der CDU ausgeschlossenen und heute in der AfD aktiven ehemaligen MdB Martin Hohmann, Peter Hild, firmiert als „Wissenschaftlicher Leiter der Gedächtnisstätte“. Ebenfalls zum Vereinsumfeld gehört der ehemalige Geschäftsführer des Studienzentrums Weikersheim, Albrecht Jebens. Die der Neuen Rechten zuzurechnende *Junge Freiheit* bewarb das Projekt mehrfach.

Nachdem sich im thüringischen Beichlingen 2002 die Kirchengemeinde dem Verkauf einer Liegenschaft verweigerte und der Erwerb eines

509 Vgl. Bon Courage/RAA Sachsen/KBS (2008): 1.

510 Vgl. KBS (2008).

Schlosses im sächsischen Noschkowitz scheiterte, ersteigerte der in der extremen Rechten gut vernetzte Ludwig Limmer 2005 in Mittelstädt ein Gebäude samt Grundstück. Trotz Hinderungsversuchen seitens der Stadtverwaltung wurde die „Gedächtnisstätte“ im März 2007 eingeweiht, musste sich starker Proteste seitens der Stadtverwaltung und Teilen der Bevölkerung vor Ort erwehren und konnte im Gemeinwesen nicht Fuß fassen. Das Gebäude wurde dem geschichtsrevisionistischen Verein schließlich 2011 abgekauft. Im gleichen Jahr erwarb der Verein erneut eine Immobilie in Landeseigentum im thüringischen Guthmannshausen.

Abbildung 23: Der Verein Gedächtnisstätte e.V.

Ab 2005 kam es vermehrt zu extrem rechten Übergriffen und teilweise schweren Körperverletzungen. Neben körperlichen und seelischen Verletzungen bei Betroffenen führte dies zur Entstehung von Angstzonen. Bereits die Präsenz neonazistischer Jugendlicher an bestimmten Orten führte dazu, dass manche Bewohner*innen diese Orte mieden. Als solche Orte wurden vor allem der Marktplatz, der Bahnhof und einer der Jugendklubs beschrieben.⁵¹¹ Auch eine im Ort durchgeführte SoRA-ZO-Analyse des IKG Bielefeld zeigte, dass extrem rechte Störungen des öffentlichen Raumes von 21,4 Prozent der Befragten im Ort wahrgenommen wurden.⁵¹² Es gab ein hohes Mobilisierungspotenzial der extrem rechten Szene in Mittelstädt. Der in Abbildung 23 dargestellte Verein Gedächtnisstätte e. V. unterhielt enge Kontakte zur örtlichen Neonaziszene, die wiederum eng mit Gruppen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und anderen Regionen Sachsens verbunden war.⁵¹³

Bei einer Zustimmung von 65,3 Prozent der Mittelstädter Befragten zu der Aussage, „Rechtsextremismus existiert in Mittelstädt“ konnte davon ausgegangen werden, dass die Existenz extrem rechter Akteure und Gruppen im Ort allen bekannt war. Gleichzeitig stimmten 17,7 Prozent der Aussage zu, sie hätten „nichts gegen den Rechtsextremismus“ und signifikant überdurchschnittliche 24,9 Prozent meinten, die NPD sei „eine Partei wie jede andere“.⁵¹⁴ Dennoch waren 63 Prozent der Ansicht, die Polizei unternehme zu wenig gegen Rechtsextremismus.⁵¹⁵ Die Bereitschaft von Mittelstädter*innen, sich selbst gegen GMF und Aktivitäten von Neonazis allgemein zu engagieren, war im Vergleich zu allen anderen in der SoRA-ZO-Studie analysierten Gemeinwesen am geringsten. Sie lag zudem mit 56,9 Prozent erheblich unter dem in den bundesweiten GMF-Surveys der Jahre 2002 bis 2012 gemessenen Werten von 78,4 Prozent für ostdeutsche und 81,9 Prozent für westdeutsche Befragte.⁵¹⁶ Dabei

511 Vgl. Hammer/Göpner (2011): 16ff.

512 Vgl. Borstel et al. (2009): 27.

513 Vgl. Bon Courage/RAA Sachsen/KBS (2008): 2.

514 Vgl. Borstel et al. (2009): 29.

515 Ebd.

516 Ebd.: 35.

fällt auf, dass sich vor allem erwerbsfähige Erwachsene kaum soziokulturell engagierten. Frauen waren in Mittelstädt mit 39 Prozent deutlich unterdurchschnittlich im lokalen Vereinsleben aktiv (Männer: 50 Prozent).⁵¹⁷ Möglichkeiten, vor Ort auf politische Prozesse und Entscheidungen Einfluss zu nehmen, sahen mit rund 58,5 Prozent der Befragten signifikant weniger Mittelstädter*innen als in anderen Kommunen (63 Prozent bis 75 Prozent). 51 Prozent gaben sogar an, keinen Einfluss auf kommunalpolitische Prozesse zu haben.⁵¹⁸ So verwunderte es nicht, dass auch die Wahlbeteiligung in Mittelstädt unterdurchschnittlich blieb: Sie lag bei der Kommunalwahl 2009 bei nur 40,8 Prozent und bei der Landtagswahl im gleichen Jahr bei 47,2 Prozent gegenüber einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 52,2 Prozent in Sachsen, die im Vergleich zu 2004 ebenfalls um 7,4 Prozent sank.⁵¹⁹ Solche Zahlen verdeutlichen, dass in Mittelstädt die gefühlte „politische Machtlosigkeit auf lokaler Ebene ein Problemfeld darstellte, was für die Entwicklung von Handlungsstrategien unbedingt berücksichtigt“ werden sollte.⁵²⁰

3. Ressourcen für Demokratieentwicklung

Kommunale Infrastruktur: In Mittelstädt waren vor Beginn des GWA-Projektes zwei Jugendfreizeitstätten und eine Streetworkerin tätig. Bedingt durch die Kürzungen in der Jugendhilfe durch die sächsische Regierung wurden alle Angebote der offenen Jugendarbeit in kommunaler oder freier Trägerschaft geschlossen. Zu Beginn des Projektes Horizont 21 existierten am Ort lediglich noch jeweils ein Jugendhilfeangebot der katholischen und der evangelischen Kirche.⁵²¹ Ein einhergehender eklatanter Mangel an Räumen und Gelegenheiten für eine sinnvolle Freizeitgestaltung für die Mehrzahl der konfessionslosen Jugendlichen war einer der Ausgangspunkte für das GWA-Projekt.

Das 1935 gegründete Mittelstädter Stadtmuseum unterhält Räume für soziale und kulturelle Veranstaltungen. In einer Dauerausstellung zeigt es für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Stadt bedeutende Aspekte unter besonderer Berücksichtigung des Braunkohlebergbaus. Anhand vielfältiger Grabungsfunde wird auch ein Exkurs in die Ur- und Frühgeschichte der Region möglich. Eine Museumsgalerie präsentiert wechselnde Arbeiten regionaler Künstler*innen sowie Sonderausstellungen und Vorträge. Thematische Museums- und Stadtführungen sowie der Verkauf von regionalkundlicher Literatur und Andenken ergänzen das Angebot, welches durch einen Verein unterstützt wird.

517 Ebd.: 20.

518 Ebd.: 22.

519 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen (2009).

520 Borstel et al. (2009): 22.

521 KBS (2008)

Eine Oberschule war neben der Stadtverwaltung Mittelstädt zentrale Partnerstruktur im GWA-Projekt. An der Schule lernten zur Projektzeit rund 300 Schüler*innen. Die Schüler*innenzahlen sanken dort aufgrund demografischer Faktoren und erhöhter Konkurrenz unter den Oberschulen der Region. Eltern entscheiden sich häufig für andere Schulen, aufgrund des schlechten Rufes der Schule, der in zurückliegenden Vorfällen begründeten war. Dies war für den gesamten Ort problematisch, da sinkende Schülerzahlen zu schlechteren Bewertungen im Schulnetzplan des Kreises führten und die Existenz der Schule insgesamt bedrohten. Die Probleme der Schule mit Ungleichwertigkeitsideologien in der Vergangenheit waren eine Motivation der Schule für die Zusammenarbeit mit dem KBS. Solche Einstellungen traten jedoch, wie an vielen anderen Schulen im Freistaat Sachsen, auch zu Projektbeginn zutage. Die Mittelstädter Oberschule wandte sich diesem Thema offensiv zu und wollte es in gemeinsamer Anstrengung mit Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern überwinden.

Milieus demokratischer Kultur im Gemeinwesen: In Mittelstädt existierte ein breites Vereinsangebot. In rund hundert Vereinen, darunter besonders Sportvereinen, engagierten sich Menschen. In einer repräsentativen SoRA-ZO-Analyse bejahten 52,1 Prozent der Mittelstädter*innen ihre generelle Bereitschaft, sich für eine bestimmte Sache aktiv zu engagieren.⁵²² Wenngleich dies im Vergleich mit anderen durch SoRA-ZO untersuchten Sozialräumen der niedrigste Wert war (höchstes Engagementpotenzial lag bei 68,5 Prozent), zeigte sich in diesem Wert dennoch eine Ressource für GWA. Die Bereitschaft, sich für die Belange der Lebenswelt einzusetzen, fand sich vor allem bei den bereits Aktiven.⁵²³ Schon im lokalen Vereinsleben engagierte Personen waren eher bereit, gezieltes Engagement in der Zukunft zu zeigen. Gleichzeitig zeigte die Untersuchung, dass 46,9 Prozent der Nichtengagierten bereit waren, sich stärker einzubringen.⁵²⁴ Konkrete Engagementfelder, in denen sich Mittelstädter*innen stärker einbringen wollten, waren der Kinder- und Jugendbereich sowie der Sozialbereich. Darüber hinaus gab es eine große Gruppe unspezifisch engagementbereiter Personen.⁵²⁵ Das normativ-demokratische Potenzial klassischer Vereine war jedoch keineswegs gegeben. Vor dem Hintergrund der Demokratiedefizite in der Region, aufgrund etablierter demokratiefeindlicher Haltungen und extrem rechter Orientierungen, brauchte es Gelegenheitsstrukturen, in denen sich lokale Akteure offensiv mit GMF auseinandersetzen und sich für eine gelebte demokratische Alltagskultur einsetzen konnten. Netzwerke und Initiativen, die sich bereits des Themas GMF annahmen waren daher von besonderem Interesse für die GWA: Ein partei- und konfessionsübergreifendes Bündnis, das 2004 mithilfe des MBT gegründet wurde und eine

522 Vgl. Borstel et al. (2009): 34.

523 Ebd.

524 Vgl. ebd.

525 Ebd.: 35.

zivilgesellschaftliche Jugendinitiative. Ihre thematisch breit angelegten und auf dem ehrenamtlichen Engagement junger Menschen beruhenden Veranstaltungen wie Festivals, Konzerte, Vorträge und thematische Filmabende waren im Landkreis einzigartig. Sie boten die Möglichkeit, Mittelstädt als lebenswerte und offene Stadt für junge Menschen zu erleben und führten dazu, dass sich einzelne Jugendliche aus der ländlichen Umgebung in bestehenden Projekten in Mittelstädt engagierten. Ihr Beitrag für ein (sub-)kulturelles Leben schuf nicht nur ein freieres Klima und Identitätsangebote für marginalisierte Gruppen. Vielmehr stellte es eine Ressource für soziale und kulturelle Heterogenitätserfahrungen dar.

Eine aufgrund fehlender anderweitiger Treffpunkte stark frequentierte Gelegenheitsstruktur für Geselligkeit und thematischen Austausch bildete ein von der evangelischen Kirchengemeinde betriebenes Café im Stadtzentrum. Eine ehrenamtliche Betreiberin beschrieb den Spagat zwischen Cafébetrieb und offenem Gesprächsangebot als begrenzte Aufgabe an der

noch anderes dranhängt [...], Tür aufschließen, Hinterraum auszusaugen, Kaffee auszuschenken, [...] dass die Frauen plötzlich vor seelsorgerischen Herausforderungen stehen. Das ist eine Sache, die entwickelt sich [...] seit zwei Jahren jetzt und es ist, wie gesagt, eine ausschließlich ehrenamtliche Initiative, wo ungefähr dreißig Mitarbeiter eingebunden sind.⁵²⁶

Das von Stadtverwaltung und Jugendhilfe initiierte Jugendparlament war eine weitere wichtige Struktur für Jugendbeteiligung in Mittelstädt. Es arbeitete als beratendes Gremium des Stadtrates und stellte zu Beginn des GWA-Projektes mit seinen politisch-kulturellen Veranstaltungen und Projekten ein Alleinstellungsmerkmal in der Region dar. Von unterschiedlicher Seite wurde der Bedarf einer besseren Einbindung in politische Entscheidungsprozesse und von direkterer Partizipation als Voraussetzung für eine bessere Annahme bei den Kindern und Jugendlichen im Ort artikuliert. Ebenfalls für das GWA-Projekt interessant war der Senior*innenbeirat, dessen Haupttätigkeitsfeld das soziokulturelle Miteinander von Senior*innen im Ort und darüber hinaus ein politisches Engagement in der Stadt war. Darüber hinaus bestand seitens der Senior*innen ein echtes Interesse an Kontakten und Austauschformaten mit Jugendlichen. So organisierte der Beirat Fortbildungen zu jugendspezifischen und politischen Themen. Solche altersübergreifenden Ansätze boten für ein in Mittelstädt zu etablierendes GWA-Projekt die Chance, lebensweltlich beschriebene Probleme wie mangelnde Beteiligung oder Ausgrenzung generationsübergreifend zu lösen.

Projektvorgeschichte in Mittelstädt

Auch in Mittelstädt konnte das GWA-Projekt auf bereits in der Vergangenheit durch die Arbeit des zuständigen MBT entstandene Kontakte und Beratungsergebnisse zurückgreifen. Begleitet durch das MBT entwickelten sich über einen längeren Zeitraum hinweg unterschiedliche Gelegenheitsstrukturen, die eine Auseinandersetzung lokaler Akteure mit Aktivitäten der Neonazis im Ort ermöglichten. Das 2005 gegründete zivilgesellschaftliche Bündnis verstand sich als Netzwerk für Vereine, Parteien, Kirchen, Schulen, Polizei und Verwaltung und wollte Demokratieverständnis, Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement fördern. Es war vor Projektbeginn stark von ordnungspolitischen Debatten Erwachsener dominiert. Daher gründeten alternative Jugendliche, die aufgrund rechter Gewalt und Dominanzbestrebungen in der Jugendkultur starken Leidensdruck verspürten, im Jahr 2004 ein eigenes Aktionsbündnis. Gerade die Betroffenen rechter Angriffe klagten zu Projektbeginn über mangelnde Anerkennung durch ihre Umgebung. Bleibt eine Solidarisierung politischer Akteure und lokaler Gruppen mit Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt aus, kann dies zu zusätzlicher Stigmatisierung und Isolation führen. Für Jugendliche in strukturschwachen Regionen führte dies darüber hinaus oft zu Resignation und dem Wegzug an anonymere und heterogenere Orte. Der aktionsorientierte Verein war somit eine jugendgemäße Antwort auf die empfundene Untätigkeit kommunal Verantwortungstragender sowie ein positives Bekenntnis zum Ort und einer eigenen Identität. Das MBT unterstützte den Verein, dessen erstes Projekte die Erstellung einer Chronik zu rechter Gewalt in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt und dem MBT war.⁵²⁷

Darüber hinaus wählte das KBS Mittelstädt aus, da sich hier sowohl in der Stadtverwaltung, insbesondere bei der Bürgermeisterin, aber auch in Teilen des Stadtrates und vor allem in der Schulleitung der Oberschule Akteure fanden, die an einer Zusammenarbeit mit dem KBS in Form eines GWA-Projektes Interesse hatten. Ein Kooperationsvertrag besiegelte die projektorientierte Partnerschaft und verbindliche Absprachen ebneten den Weg zur Vermittlung erster Interviewkontakte zu Schlüsselpersonen im Gemeinwesen. Stadtverwaltung und Oberbürgermeisterin betonten ein Interesse an intensiverer Kommunikation mit lokalen Bürgervereinigungen und entwickelten die Idee eines „Hauses der Demokratie“ (Arbeitstitel) als neues Kommunikations- und Vereinszentrum. Dieser Ort sollte die Jugendhilfeangebote der Stadt bündeln und eine generations- und themenübergreifende Zusammenarbeit unterschiedlicher Gelegenheitsstrukturen und Vereine im Ort ermöglichen: „Es gibt einen alten Traum, den träumen wir schon seit 1990. Das wäre, dass Mittelstädt ein

527 Vgl. Bon Courage/RAA Sachsen/KBS (2008).

richtiges Vereinshaus hat, wo die offene Jugendarbeit, die Vereine und Verbände, zusammenkommt.“⁵²⁸

Beide soziokulturell und politisch analysierten Gemeinwesen hatten langjährige Erfahrungen mit extrem rechten Akteuren und je individuell entwickelte Strategien des Umgangs damit. In beiden Gemeinwesen war die Mobile Beratung des KBS bereits seit Jahren aktiv und hatte belastbare Vertrauensverhältnisse zu einzelnen zivilgesellschaftlichen Akteuren und zur Gemeindeverwaltung aufgebaut. Beide Gemeinwesen boten aufgrund der vorhandenen soziokulturellen Infrastruktur und individueller oder gemeinschaftlicher Ressourcen für Demokratieentwicklung diverse Anknüpfungspunkte für die Etablierung eines GWA-Projektes und die Aktivierung lokaler Akteure, deren inhaltliche Ausrichtung entsprechend der in Kapitel 4. dargestellten theoretischen Grundlagen von GWA und Sozialem Wandel entlang der nachfolgend dargestellten lebensweltlichen Bedürfnisse der Menschen erfolgen muss.

4.2 Lebensweltanalyse und Aktivierung mit Gemeindeporträt

Nachfolgend wird der in Kapitel 3.5 theoretisch dargestellte Methodenmix aus soziokultureller Strukturanalyse, externer Hypothesenbildung zum Sozialraum, daraus entwickelter Leitfragen für Experteninterviews, wertschätzendem Zugang und aktivierender Befragung zur Erhebung lebensweltlicher Anliegen anhand zweier Praxisbeispiele konkretisiert.

4.2.1 Feldzugang und methodisches Vorgehen

Mit diesem Methodenmix können lebensweltliche Wahrnehmungen und Wertungen von Schlüsselpersonen unterschiedlicher Themenfelder identifiziert und zu einer Handlungsplanung unter möglichst breiter Beteiligung sozialräumlicher Akteure verdichtet werden. Der Interviewleitfaden wurde in Vorbereitungsrunden des GWA-Projektteams und der Projektleitung im KBS für jeden Sozialraum spezifisch erarbeitet. Der in Abbildung 24 dargestellte Ablauf der Aktivierung startete mit Testinterviews, in dessen Folge der Interviewleitfaden angepasst wurde. Alle Interviewpartner*innen hatten aufgrund einer offen formulierten Eingangsfrage die Gelegenheit, eigene Themen zur Sprache zu bringen. Fragestellungen wie die allgemeine Situation im Ort, Demokratie und Bürgerrechte im Gemeindekontext, Sozialabbau, DDR und Transformationszeit ab 1990 oder Ortsgeschichte kamen hier auf. Die jeweiligen GWA-

528 Hammer/Göpner (2011): 28.

Arbeiter*innen forderten die Schlüsselpersonen zu direkten Positionierungen auf und konfrontierten sie mit den anonymisierten Aussagen anderer Interviewpartner*innen. Die Gespräche wurden als diskursive Interviews geführt.⁵²⁹ Die Interviews fanden in entspannter Atmosphäre und bei höchstmöglicher Offenheit in von den Interviewpartner*innen ausgesuchten dienstlichen oder privaten Räumen statt und wurden digital aufgenommen (zur Alters- und Geschlechterverteilung vgl. nachfolgende Tabelle 5).

Ein Themenkatalog identifizierte Fragstellungen, die zu einer lebensweltlichen Situationsbeschreibung, zu Darstellungen von Selbstwirksamkeitserfahrungen, Zukunftsperspektiven, aber auch Ängsten und Diskriminierungserfahrungen animierten (vgl. Abbildung 25). Interessante Aspekte wurden nach den Gesprächen protokolliert, die Mitschnitte transkribiert und entsprechend der Prinzipien der Grounded Theory ausgewertet (vgl. Kapitel 3.5.3). Dabei wurde zuerst für jedes Interview ein Leitsatz gebildet, der die Grundtendenz des Gesprächs wiedergab – zum Beispiel: „Wir leben dort, wo andere Urlaub machen.“ Anschließend wurden mit einem offenen Codiersystem Kategorien für die Gesprächsthemen gebildet und diese regelmäßig zwischen den GWA-Arbeiter*innen abgeglichen.



Abbildung 24: Ablauf aktivierende Befragung, Quelle: KBS (2012)

529 Vgl. Ullrich (1999).

In der Auswertung der Interviews und Gruppendiskussionen wurden aus den erhobenen Hauptthemenfeldern übergeordnete Kategorien gebildet. Aus diesen leiteten die GWA-Arbeiter*innen schließlich Thesen für eine mögliche Entwicklung des Gemeinwesens ab die auf Bürgerkonferenzen öffentlich vorgestellt und mit den Interviewten und anderen Interessierten im Ort diskutiert wurden. Schließlich ergaben sich aus diesem diskursiven Prozess der Kategorienbildung und Interpretation von Häufigkeiten und Zusammenhängen Defizite und Ressourcen, die in Handlungsansätze übersetzt und erneut diskursiv zu konkreten Projektideen weiterentwickelt wurden. Parallel versuchte die GWA-Arbeit bereits in der Interviewphase, bei den Befragten eigene Stärken und Mitwirkungsanliegen sichtbar zu machen. Diesem Zweck diente die aktivierende, offene Frageform. Sie folgte keinem feststehenden Fragekatalog, sondern stellte lediglich einen Leitfaden für die Interviews dar. Diese hatten somit die Erhebung qualitativer Daten zum Ziel, die Problemfelder und Mentalitätsbestände im Gemeinwesen aus der lebensweltlichen Sicht der Akteure identifizierten. Gleichzeitig sollten damit lebensweltliche Ressourcen und Handlungsoptionen ermittelt sowie Schlüsselpersonen zur Mitwirkung im Projekt animiert werden. Die GWA-Arbeiter*innen verzichteten aus zwei Gründen auf ein enges Transkriptionssystem: Zum einen erschien ein solches im Kontext der hiermit grundierten GWA (Aktionsforschung) nicht zielführend. Vielmehr kam es auf die erfolgreiche Gestaltung von Feldzugängen und die partizipative Ermittlung von Problemfeldern und Lösungspotenzialen an. Zum anderen blieben die Texte für die partizipative Problembeschreibung und Entwicklung von Handlungsplänen nutzbar.

Die mithilfe externer Hypothesen zum Ort entwickelten Themenbereiche sind Abbildung 25 entnehmbar. Zusätzlich kamen als speziell aktivierendes und beteiligungsorientiertes Projektformat der Lebenswelterkundung Foto-streifzüge für lokale Jugendgruppen in beiden GWA-Projekten zum Einsatz. Bei dieser spielerischen Form der Lebensweltanalyse erkundeten die Jugendlichen gemeinsam den Ort und machten Fotografien von Plätzen, an denen sie sich gern oder ungerne aufhielten. Die Aufnahmen wurden im Anschluss in einer Gruppendiskussion analysiert.

Altersspanne	Anzahl
14–20	2
20–30	3
30–45	2
45–60	3
60–75	4
Geschlechterverteilung	
Männlich	Weiblich
7	7

Tabelle 5: Alters- und Geschlechterverteilung im Sample Urlaubsdorf

<p>Situationsbeschreibung (Empfinden)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Was findest du/finden Sie an deiner/Ihrer Schule/Ihrem Gemeinwesen gut? 2. (Worauf möchtest du/möchten Sie auf keinen Fall verzichten?) 3. Was stört dich/Sie an der Schule/im Gemeinwesen? 4. Was müsste passieren, damit du/Sie sich an diesem Ort richtig wohl fühlst/fühlen? 5. Was sollte in der Zusammenarbeit der Akteure (Schüler*innen/Lehrer*innen/Ausbilder*innen) oder Aktiven im Gemeinwesen (Vereine, Kirchen, Stadtrat, Institute) anders werden? <p>Selbstakteur</p> <ol style="list-style-type: none"> 6. Was siehst du/sehen Sie für Möglichkeiten sich einzubringen/mitzubestimmen? 7. Was würdest du/würden Sie tun, um Dinge zu verändern? 8. Welchen Einfluss hat deine/Ihre Rolle (Schüler*in/Lehrer*in/Eltern/Sozialpädagog*in/Akteur) auf deine/Ihre Sicht der Probleme? 9. Welche Menschen sind in der Schule/im Gemeinwesen besonders aktiv/wichtig? <p>Zukunftsperspektiven</p> <ol style="list-style-type: none"> 10. Wo siehst du dich/sehen Sie sich in 5 Jahren? 11. Was müsste sich ändern, damit du/Sie hier bleibst/bleiben? 12. Was könnte zu weiterem Engagement führen? 13. In welcher Art und Weise fühlst du dich/fühlen Sie sich auf deine/Ihre Zukunft vorbereitet? 14. (Bezug auf 12/13) Was würdest du dir/würden Sie sich wünschen? 15. (Hast du/Haben Sie Hoffnungen oder Ängste?) <p>Diskriminierungen/Angst</p> <ol style="list-style-type: none"> 16. Kannst Du/Können Sie sich überall in der Schule und deiner/Ihrer Umgebung sicher bewegen? 17. Hast du/Haben Sie schon Gewalt erlebt? <p>Evtl. Anschlussfragen (wenn GMF als Problem vorhanden)</p> <ol style="list-style-type: none"> 18. Was sind mögliche Gründe? 19. Was müsste sich ändern?
--

Abbildung 25: Interviewleitfaden Projekt Horizont 21

4.2.2. Gemeindeporträt für Urlaubsdorf

In ausführlichen Gesprächen berichteten die Schlüsselpersonen vom Leben in Urlaubsdorf, eigenen Stärken, Schwächen und Wünschen. Hinsichtlich historischer Hintergründe, soziokultureller und struktureller Besonderheiten für das Verständnis vom Zusammenleben im Dorf, waren diese Gespräche überaus informativ und vertrauensbildend.

4.2.2.1 Sample

Alle Informationen flossen in das Gemeindeporträt und einen lokalen Aktionsplan am Ende des zweijährigen Projektes ein. Aufgrund der Begrenzungen der Projektzeit und personeller Ressourcen konnten nur ausgewählte Personen in der hier beschriebenen Tiefe interviewt werden. Insgesamt wurden 14 Interviews mit 17 Expert*innen geführt und eine Reihe von Protokollen zu teilnehmenden Beobachtungen bei Veranstaltungen und Festen angefertigt. Darüber hinaus protokollierte der*die GWA-Arbeiter*in Eindrücke, Ideen und Überlegungen, die ihm*ihr während der Interviews, anderen Begegnungen oder Erkundungen im Ort kamen. Die Auswahl der Schlüsselpersonen wurde durch die Feldkenntnis des MBT erheblich erleichtert. Die Interviewpartner*innen wurden nach ihrem Zugang zu systematischem Sonderwissen zu verschiedenen Themenfeldern der Dorfgemeinschaft sowie nach Generationszugehörigkeit, Geschlechterparität und Wohnort (Ortsteilparität) ausgewählt. Es sollten Schlüsselpersonen erreicht werden, die nicht so sehr im Vordergrund stehen wie Bürgermeister*in, Vereinsvorstände oder Gemeinderät*innen. Zusätzlich ließen sich alle Expert*innen weiteren funktionalen und für die Dorfentwicklung relevanten Themenfeldern zuordnen.

Feld	Zahl	Personen
Gemeinderat	2	2
Sport	2	3
kulturelle Vereine	4	5
Ortshistorie/Chronik	1	1
Sozialarbeit/Jugendarbeit/Junge Gemeinde	1	1
Wirtschaft/Handwerk	2	2
Kirche/Kirchenvorstand	2	3
Gesamt	14	17

Tabelle 6: Erarbeitete Funktions- und Themenfelder

Einige Personen waren in mehreren Feldern aktiv, woraus sich die vom Sample abweichenden Zahlen ergeben. Bis auf ein Expertengespräch, bei dem die

Personen zu ihrer kulturellen Arbeit in der Kommune und ihren konkreten Projektideen befragt wurden, gestalteten sich alle anderen als leitfadengestützte Expert*inneninterviews.

4.2.2.2 Ergebnisse – Lebensweltperspektive

Mit dem Methodenmix konnten lebensweltliche Deutungsmuster zu den Schlüsselkategorien (1) kulturelle Subversion extrem rechter Akteure/fehlende Gegenwehr, (2) Hinderungsgründe für Dorfentwicklung, (3) Dorfidentität als Ressource und Hinderungsfaktor, (4) Ressourcen für bürgerschaftliches Engagement und demokratische Kultur und (5) wertebasierte Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zusammengefasst werden. Die wichtigsten Muster werden im Folgenden auszugsweise und durch Interviewzitate belegt wiedergegeben.⁵³⁰

a) Kulturelle Subversion extrem rechter Akteure und fehlende Gegenwehr

In den meisten Interviews wurden eingangs Perspektiven und Einschätzungen zum Themenkomplex extrem rechter Handlungen und Gesinnungen geäußert. Das ergab sich, obwohl der Interviewleitfaden erzählgenerierend gehalten war, vom*von der Interviewer*in lediglich als Gedankenstütze genutzt wurde und Fragen zu Alltagsrassismus und rechter Gewalt erst am Schluss des Leitfadens zu finden waren. Dafür sind aus Sicht der GWA die Kommunalwahlen in der Interviewphase (Juli 2004 bis November 2004) verantwortlich. Dass die NPD im Ort jeweils ihre bis dato bundesweit besten Ergebnisse erzielte, erzeugte öffentliche Aufmerksamkeit und in der Reaktion Rechtfertigungs- und Erklärungsdruck im Ort selbst.

Menschenfeindliche Haltungen und Diskurse entstehen nach und nach. Neonazistische Gruppierungen organisieren sich nicht über Nacht. Das Tragen neonazistischer oder faschistischer Symbole, das Skandieren rassistischer oder antisemitischer Parolen (auch eine Form von Codes) sind Folge solcher Prozesse. Es sind Anzeichen, auf die eine sensibilisierte (Dorf-)Gemeinschaft reagieren können sollte. Bleiben solche Testphasen ohne nennenswerten Widerstand, verstärken sich extrem rechte Dominanzbestrebungen in der Regel. Auch Gewalt zur Durchsetzung extrem rechter Ordnungsverständnisse und Dominanz nimmt sowohl gegenüber Sachen als auch Personen zu. Am Ende eines solchen, mehrjährigen Prozesses stehen Diskursmacht und Verankerung bei Neonazis, Desinteresse und Unsicherheit bei der schweigenden Mehrheit und Angst und Resignation bei Demokrat*innen. Gesinnung tritt oft über symbolhafte oder diskriminierende Handlungen zutage. Je sicherer sich Neonazis fühlen, desto eher nehmen symbolische Handlungen Bezug zum NS:

530 Eine Übersicht der Schlüsselkategorien findet sich im Anhang.

Als wir wieder hergezogen sind, war ich [...] ziemlich erschrocken, was hier so los ist. Also so kannte ich das nicht, [...] die uniformierten Jugendlichen mit Springerstiefeln, schwarzen Jeans, Bomberjacke und Glatze. (Person 1.1-16/18-21)

[...] wo die Polizei den Jugendclub geschlossen hat. Die haben ja gegenüber [...] gestanden mit Hitlergruß und Rufen und so (...) Das zeigt, wie die unterwegs waren (Person 1.1-19/26-28)

Als es z.B. um 2000 rum darum ging, ein Julfest zu veranstalten zur Wintersonnenwende und Wagenräder mit brennendem Stroh die [Name Landmarke] runterrollen zu lassen. Also das Wagenrad runterrollen, wo man dieses Hackenkreuz dann sieht, wenn es rollt, hat es hier noch nie gegeben. Das ist einfach eine Idee von dem [Name] gewesen [...]. Ich hatte [...] große Angst [...], dass das die zentrale Veranstaltung der Rechten wird [...]. (Person 1.2-32/25-32)

Symbolischen Handlungen folgt die physische oder nur gefühlte Dominanz einzelner Räume. Angstzonen, in die sich bestimmte Personengruppen (Migrant*innen, alternative Jugendliche etc.) nicht allein trauen, bezeichnen subjektiv-lebensweltliche Wahrnehmungen. Sie müssen nicht zu jeder Tageszeit vorhanden oder für alle Bewohner*innen nachvollziehbar sein:

Ich habe [...] an den Wochenenden beobachtet, wie die Karawanen nach [Name Ortsteil] gefahren sind: [Name Landkreis], [Name Landkreis] Kennzeichen. Dann kam [...] immer mehr Organisation auf uns zu, wie die mitgekriegt haben, dass wir was Anderes machen. (Person 1.1-16/27-30)

Gerade in der Jugendarbeit sind Rauman eignungen rechter Gruppen und der Rückzug alternativer Jugendlicher aufgrund der Sorge um die eigene Unversehrtheit zu beobachten:

[...] irgendwann kam dann mal die Sache mit den Rechten. Da hatte ich zum Beispiel keine Lust mehr, in den Jugendklub zu gehen. Weil ich der einzige war, der nicht so gedacht hat und keinen Bock hatte, mir den ganzen Tag denen ihre Sachen anzuhören oder mich sogar beeinflussen zu lassen. (Person 1.3-45/13-16)

[...] wenn man halt einfach mal die Hauptstraße mit dem Fahrrad lang fährt und dir einer entgegenkommt, aber auf deiner Seite und einen Meter vor dir rüber macht oder man halt aus dem Auto angebläkt wird. (Person 1.1-24/6-8)

Die Untätigkeit der Mehrheit aufgrund fehlender Sensibilisierung für die Ernsthaftigkeit des Problems oder aufgrund von Wissensdefiziten verschärft das Problem:

Natürlich darf man den Rattenfängern das Feld nicht überlassen. Das hat man aber gemacht. Auch weil man zu wenig gewusst hat, was Rechtsextremismus bedeutet. Das weiß man jetzt teilweise noch nicht. (Person 1.2-38/22-24)

Die waren ja damals noch alle freie Wähler, die das verharmlost haben und für nicht so schlimm gehalten. So war mehr oder weniger durch die Bank die Stimmung bei den einzelnen Abgeordneten. Ich habe auch den Verdacht, dass einige direkt mit denen sympathisieren. (Person 1.4-54/27-30)

Ich war letztens [...] beim Spiel und da stand einer an der Seitenlinie mit seiner Montur und hat dort Flagge gewunken. Da habe ich mir gedacht, das kann doch nicht sein. Bei einem Sportverein da soll der seine Sportsachen anziehen. (Person 1.5-65/16-19)

Die Berichterstattung über die NPD-Wahlergebnisse wurde in der Gemeinde mehrheitlich als undifferenziert empfunden (Person 1.5-63/27-28; OE-133/33-36, Person 1.2-37/11-16).

Ich habe ja beim Hitlergeburtstag [...] gesehen, wie 7/8 Journalisten vor solchen Hänflingen von 14/15 Jahren standen. Das zieht natürlich und wertet auf. (Person 1.9-104/27-29)

Besonders der langjährige Bürgermeister und die Mehrzahl der Gemeinderäte wurden für ihre Verharmlosungs- und Leugnungsstrategien kritisiert.

Auf der einen Gemeinderatssitzung hab ich den gefragt: [...] Sagt der: Nein, bei uns gibt es keine Rechten [...]. Genau wie der Bürgermeister am Anfang auch drauf war. (Person 1.1-26/9-12)

Ich laste ihm das an, dass er in den Anfangsjahren das Problem [...] totgeschwiegen hat. [...]er ist großer Meinungsbildner im Ort und hätte viel mehr bewirken können. (Person 1.2-38/1-4)

[...] es war gar nicht so schlecht, dass das mit der Wahl jetzt so kam, denn das hat alle mal aufgeschreckt, einschließlich Bürgermeister, der auch zu mir gesagt hat, wo sehen Sie hier denn Rechtsradikale? (Person 1.8-101/7-9)

Extrem rechte Handlungen wie das Wahlverhalten gelten als Protest gegenüber Transformation und fehlender lebensweltlicher Kompensationsperspektiven:

„Hier muss sich was ändern. Jetzt ist Schluss mit lustig!“ Das ist für mich das Oberproblem hier: Wer hier rechts wählt, ist im Leben nicht rechts! Also ich weiß auch von ein paar, die hauen durch. Das gibt es überall. Aber hier haben ein paar Probleme, dass die heile Welt zerstört werden könnte und versuchen das zu verhindern, indem sie was wählen, was sie gar nicht wollen. (Person 1.6-85/31-35)

Das ist wirklich krass, diese Akzeptanz, die jetzt aufgebaut wird zur NPD. Also ich habe da natürlich nach der Wahl auch nachgeforscht, ob in meinem Familienkreis jemand gewählt hat und war erst mal erschrocken, weil sich einer total entlarvt hat, [...] bei einer Familienfeier plötzlich hast du so raus gehört, dass er halt die ganzen Schlagwörter, die halt von der NPD gesagt wurden, dass er die halt alle verwendet hat. (Person 1.3-48/19-23)

Eine deutliche Positionierung gegenüber GMF und rechter Dominanz unterbleibt aufgrund von Angst vor Gewalt, aber auch sozialem Ausschluss.

Es ist unheimlich schwer, weil keiner sich traut, öffentlich was zu sagen: „Ich bin da dagegen.“ oder „Ich hab da `ne andere Meinung.“ (Person 1.7-88/3-4)

Manchmal denke ich, es war gar nicht so schlecht, dass das mit der Wahl jetzt so kam, denn das hat alle mal aufgeschreckt, einschließlich Bürgermeister, der auch zu mir gesagt hat, wo sehen Sie hier denn Rechtsradikale? (Person 1.8-101/7-9)

[...] die Akzeptanz gegenüber den Gemeinderäten, die halt jetzt in der NPD sind. Dass man einfach das nicht hinterfragt, finde ich so furchtbar. (Person 1.5 64/6-7)

Neonazis sind anerkannte Mitglieder der Dorfgemeinschaft und Nachbarn:

Ich weiß nicht, warum man das hier so verharmlost. Ich meine, 25,2 Prozent kann man doch nicht mehr mit jugendlichem Leichtsinn abtun [...]. Das ist das, wo ich denke, dort muss man ansetzen und vielleicht die Leute auch ausgrenzen. Also dass man wirklich die Rechten ausgrenzt, dass man denen wirklich Grenzen setzt. (Person 1.13-147/25-32)

[...], dass wir ihn als NPD-Vertreter [...] nicht plötzlich ausgrenzen wollen. Er ist noch nach wie vor ein Mitglied der Dorfgemeinschaft und auch ein engagiertes Mitglied; und schon von daher soll er auch seinen Platz im Verein haben. (Person 1.2-32/21-24)

[...] es ist ja so, dass da einige Söhne mit drin stecken, wo die Eltern vielleicht gut mit ihm zusammen arbeiten. Wie weit lehne ich mich da raus, um es mir nicht mit denen zu verscherzen oder so. Das ist schon eine Gratwanderung. (Person 1.5-75/9-11)

Es gab vielfältige Versuche, die von der Dorfgemeinschaft angebotenen Sinnmuster und Organisationsstrukturen mit revanchistischen Interpretationen aufzuladen:

Es ist jetzt so, dass auch jetzt im Heimatverein der Gedanke da ist, ein Denkmal zu setzen für die Gefallenen im Zweiten Weltkrieg. Bisher steht in Urlaubsdorf nur ein Denkmal für die Verfolgten des Naziregimes. [...] die Mehrzahl der Leute, die in dieser Zeit umgekommen sind, sind Leute gewesen, die im Krieg gewesen sind. Die sind dorthin gegangen, nicht etwa weil sie begeistert waren, [...], sondern weil sie mussten. (Person 1.2-36/14-16+20-23)

[...] Vertreibung, die auch hier im Dorf eine wahnsinnige Prägung hinterlassen hat, weil sich viele Leute hier niedergelassen haben, die einfach aus dem Sudetenland gekommen sind oder einfach nur kurz über die Grenze aus [Name Ort] oder aus [Name Ort]. (Person 1.2-35/33-36)

Eine zentrale Rolle spielte die Debatte, wie der aus der Gemeinde kommenden Opfer des Zweiten Weltkrieges und der Vertreibung gedacht werden soll.

Ich neige selbst dazu zu sagen: „Wir lassen das jetzt erst mal.“ Weil, wenn wir jetzt so ein Denkmal setzten und da stehen Soldaten drauf und das wird zum Wallfahrtsort für die Rechte im Dorf, dann werden wir noch mehr in den Medien zerrissen als es jetzt schon ist. (Person 1.2-37/2-4)

Solche extrem rechten Subversionsstrategien konnten im Gemeinwesen auch an reaktionäre Haltungen anknüpfen, die aus der DDR-Geschichte rühren:

Wir haben als DDR ein Teil Deutschland mit reingebracht und sollen die Amerikanisierung im Westen in fast totalitärer Weise übernehmen. Das läuft aber nicht. Dagegen setze ich die Rückbesinnung auf traditionelle Werte. Wir waren ja nicht nur Faschisten. (Person 1.9-107/2-5)

Ein gesundes Nationalgefühl ist wichtig, weil das ein Volk zusammenschweißt. Dort kommen wir her. Das Volk der Dichter und Denker ist für mich jetzt ein Volk der Schwätzer geworden. Es ist nicht mehr da. Kulturelle Werte werden in Größenordnungen vernichtet. Und wo Kultur kaputtgeht, muss der Knüppel geschwungen werden. (Person 1.9-107/5-9)

Die hier auszugsweise wiedergegebenen Interviewsequenzen zeigen exemplarisch sowohl die Anschlussfähigkeit extrem rechter Ideologieangebote an latente oder offene Diskurse im Gemeinwesen, als auch Ängste, die die von extrem rechten Akteuren gefahrene Strategie der Dominanzerlangung durch kulturelle Subversion bei Einzelnen hervorrufen.

b) Hinderungsgründe für Dorfentwicklung

Sozioökonomische Transformation I: Perspektivmangel, Abwanderung

Viele Interviewpartner*innen frustrierte der sozioökonomische Wandel der letzten Jahre:

Man lebt sich wirklich auseinander. Man sieht zwar, was im Dorf passiert, aber bei der Straßeneinweihung letzten Monat waren so wenig Leute da. Das zeigt schon, dass die Leute gerade nur auf meckern eingestellt sind hier. (Person 1.10-117/17-20)

Das kommt aus der sozialen Befindlichkeit [...]. Wer keine Arbeit hat, büßt auch einen Teil des Kulturlebens ein, weil er den Museumsbesuch [...] nicht mehr bezahlen kann. Dann bleibt einem als einziges Kulturerlebnis nur noch das kleine Spektakel im Dorf [...]. (Person 1.9-106/4-8)

Wenn wir uns [...] treffen, wird nicht liebevoll gelacht, sondern da wird allgemein gemeckert. Da ist allgemeine Unzufriedenheit, die Leute bangen um die Zukunft. (Person 1.10-117f./35-36+4-5)

Der Weggang gut ausgebildeter junger Menschen wurde beklagt. Wenige studierten oder arbeiteten in den Städten der näheren Umgebung. Die meisten waren jedoch als Arbeitsemigrant*innen nach Westdeutschland, Österreich oder in die Schweiz gezogen.

Wir haben doch das Haus für die Kinder gebaut. [...] eigentlich sollte einer von denen dort mit seiner Familie wohnen [...] jetzt sitzen wir da, alleine in der riesengroße Bude. Ich habe 22 Fenster zu putzen! Das sollte meine Schwiegertochter machen – nicht ich. (Person 1.10-118/22-26)

Die Eltern trauern natürlich den Kindern nach, die nicht mehr da sind, [...]. Die sind drüben, nicht hier. Trauriger kann ein Elternteil gar nicht sein, als wenn die Kinder fort sind! Wenn du fort musst aber nicht willst – das ist wie eine Zwangsumsiedlung. (Person 1.6-83/18-22)

Ich gehe soweit zu sagen: Es sind neue Heimatvertriebene, die Arbeit im Westen gesucht haben. Die wollten ja nicht weg, die mussten. (Person 1.9-111/30-31)

Für eine Rückkehr der Weggezogenen seien die regionalen Perspektiven zu düster und die Verdienstmöglichkeiten zu gering. Infolge des Substanzverlustes kämpft die Region mit einem doppelten Geburtendefizit und Überalterung:

Früher warst du froh, wenn du eine Wohnung bekamst, da hast du drum kämpfen müssen. Jetzt steht viel leer: [...] da versuchen sie dann eine Ferienwohnung draus zu machen und hoffen, dass sie sich damit noch einen Pfennig nebenbei verdienen. (Person 1.11-122/22-26)

[...] wenn ich Sonntagnachmittags zur Kaffeezeit in unterschiedlichen Dörfern zum Fotografieren unterwegs war. Da kommt man sich richtig einsam vor. Man macht ein paar Aufnahmen und es ist keine Seele zu sehen. Es ist menschenleer geworden, obwohl noch Leute hier leben. Das sind für mich Erscheinungsformen kultureller Zerstörung. Wenn der Druck von außen zu stark wird, beginnt das im Volk zu gären. (Person 1.9-110/7-12)

[...] viele junge Leute [fahren] [...] bis München [...] Es sind wirklich viele weg und die kommen ja dann auch nicht wieder. Die bleiben drüben hängen und hier werden keine Kinder geboren und so sukzessive wird die Jugend immer dünner. (Person 1.11-122/19-22)

Ein weiteres Symptom für den Perspektivmangel war für viele die vor einigen Jahren nach langer Gegenwehr vollzogene Schulschließung und der Verlust von Infrastruktur und Angeboten:

Ruhiger ist es geworden dadurch. Eindeutig. Das hat viele Ursachen, aber hauptsächlich durch die Schule, würde ich mal sagen, dadurch, dass die Kinder ja auch nicht mehr vor Ort sind. Das war – für meine Begriffe – ein großer Einschnitt, hat viel verändert. (Person 1.12-129/12-14)

[...] als meine Frau hier her kam waren es noch zwei Schulen. Die wurden dann [...] zusammengelegt. Davon ist jetzt keine mehr übrig. [...] das ist ein Skandal. Unsere Kinder hier, die sind davon besonders betroffen. Wir leben ja nun ganz am Rand hier, da müssen die Kinder bis hinter nach [Name Ort] (Person 1.4-53/17-22)

Die wenigen im Ort lebenden Kinder waren bis zu drei Stunden, zusätzlich zu Schule und Hausaufgaben, mit dem Schulbus unterwegs. Sie nahmen kaum Angebote lokaler Vereine wahr, hatten Freunde aus der gesamten Region und entwickelten nicht mehr die Bindung zum Heimatort, wie Generationen vor ihnen. Dies hatte Einfluss auf das Engagement im Ort:

Das hat mich immer viehisch belastet, die weiten Wege. Da warst Du am Tag schon mal drei Stunden mit allem Drum und Dran, also mit dem Bus nach [Name Nachbarort], Umsteigen in den Zug nach [Name Kreisstadt], zur Schule laufen, unterwegs. (Person 1.3-45/30-32)

[...] wir haben uns da auf dem Schulhof getroffen und das ‚Doppelte E‘ gespielt. Es waren richtig viele Jugendliche. Aber das fällt jetzt langsam. [...] Wir hatten halt damals kein Handy oder keinen Computer und durften nicht so viel Fernsehen gucken, da sind wir halt rausgegangen und haben irgendwas gemacht. (Person 1.3-44/20-24)

Erst ist die Schule in [Name Ortsteil] zu gemacht worden, dann die in [...]. Das sind die Schnitte, die uns am meisten die Grundlage entziehen. Wenn ich die Chance gehabt hätte, würde ich [...] auch mit meinen drei Kindern mehr in die Nähe einer Schule ziehen. (Pers.1.12-129/24-27)

Der vergebliche Kampf um den Erhalt der Oberschule war für viele ein Grund, sich aus der Kommunalpolitik zurückzuziehen. Die Erfahrung, dass fernab im sächsischen Kultusministerium über so wichtige Belange des Ortes entschieden wurde und der eigene politische Einfluss gering blieb, erschien als frustrierendes Schlüsselerlebnis:

Der Bürger muss das Gefühl haben, ich bin etwas wert. Dieses Wertgefühl ist nicht mehr da. Das ist natürlich für ein Kulturvolk, wie es Deutschland sein will, verheerend und daraus entwickelt sich natürlich dann auch Radikalismus. (Person 1.9-109/12-14)

Sozioökonomische Transformationsprozesse im Gemeinwesen seit 1989, besonders die Abwanderung vieler Bewohner*innen aufgrund des in den Interviewsequenzen beschriebenen Perspektivmangels und der in dessen Folge einsetzende Rückbau sozialer und kultureller Infrastruktur, erscheinen in vielen Interviews als negative Schlüsselerlebnisse und Begründung für einen Rückzug ins Private und den Rückgang kommunalpolitischen Engagements.

Sozioökonomische Transformation II: Ablehnung der Demokratie

Eine Folge lebensweltlicher Wahrnehmung von Transformationsprozessen ist fehlendes Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie:

Die Leute haben nach der Wende nie gelernt, was es bedeutet Demokratie vor Ort zu haben und mit zu gestalten. Und das ist das Grundproblem, was uns jetzt auf die Füße fällt. „Der blöde Staat.“ ist dann immer die Aussage. Der Staat kann es nicht und deswegen brauchen wir jetzt was Neues. (Person 1.2-27/24-27)

Gerade junge Ostdeutsche zeigen in Umfragen eine deutliche Distanz zum demokratischen System. Dies zeigt auch der immer höher werdende Anteil von Nichtwähler*innen. So zeichnet sich ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Wandel ab, der für Neonazis und Rechtspopulist*innen zusätzliche Chancen

eröffnet. Ein Teil insbesondere junger Wähler*innen wendet sich Parteien zu, die reaktionäre und demokratiefeindliche Lösungen vertreten, etwa der NPD.⁵³¹ Das bestätigen auch Aussagen in den Interviews:

Der Staat kann es nicht und deswegen brauchen wir jetzt was Neues. Leute, die handeln, die die Sachen durchziehen. Die die Kraft haben, das System zu überwäl-tigen, um das zu schaffen, was wir wollen. (Person 1.2-27/26-28)

Es besteht aber auch ein strukturelles Defizit gelebter demokratischer Kultur im Alltag. Es fehlen Orte gelebter Alltagsdemokratie jenseits von Gemein-de-ratssitzungen, die viele in Urlaubsdorf negativ bewerteten:

Seitdem der [damalige Bürgermeister, d. Verf.] am Ruder ist, herrscht einfach eine besondere Art von Demokratie. Er entscheidet oder lässt den Gemeinderat so ent-scheiden, wie er es für richtig hält. (Person 1.2-27/20-21)

Alle hetzen sie auf das Abwasser – nur keiner hat was gemacht dagegen. Alle zah-len sie fleißig den Beitrag von mehreren tausend Euro, nahezu jedes Grundstück. Aber, man hetzt, aber man tut nichts. (Person 1.2-28f/35+1-2)

Gerade Personen, die sich in den ersten Jahren nach 1989 im Gemeinwesen engagiert hatten, sind häufig aufgrund erlittener Niederlagen frustriert:

Das sind auch die Leute, die früher in der Bürgerbewegung aktiv waren, die nach der Wende gesagt haben: „Okay, wir machen jetzt was. Wir sehen jetzt, wir müssen das Heft in die eigene Hand nehmen.“ Die aber dann auch irgendwann resigniert und gesagt haben: „Scheiß drauf! Ich ziehe mich zurück. (Person 1.2-40/27-30)

Viele beklagten fehlende Verantwortungsübernahme anderer Bewohner*in-nen. Ressourcenverschleiß bei den Engagierten (in Vereinen und Gemein-de-rat) sei die Folge:

[...] es gibt die Einen, die machen alles und andere nichts. [...] das sind vielleicht Mentalitätsfragen. (Person 1.6-84/24-25)

Mich stört an Vereinen, dass nur der harte Kern was macht. Also sage ich mal, fünf Leute vom Vorstand sind immer da, das sehe ich auch am Heimatverein hier, und die anderen 20 Mitglieder die kommen dann, wenn es was zu essen und zu feiern gibt. (Person 1.13-144/15-18)

Gerade im Vereinsleben könne demokratisches Aushandeln und Partizipation erlernt werden:

[...] es ein guter Schritt wäre, wenn man die Vereine zum Ansatzpunkt nehmen würde, um zu zeigen: jetzt mehr Abstimmungen, weniger Vorgaben von den Vor-

531 Bei der sächsischen Landtagswahl 2009 wählten 18 Prozent der 18- bis 29-Jährigen die NPD. Bei den Landtagswahlen 2014 erhielt die AfD mit 13 Prozent mehr Erstwählerstimmen (18- bis 23-Jährige) als die SPD mit 11 Prozent (vgl.: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2009)).

ständen her. Also, dass man einfach Diskussionsprozesse anschiebt. (Person 1.2-28/27-29)

Dies scheiterte jedoch am Unverständnis für demokratische Prozesse und der Vorstellung, durch Autokratie würden lange Diskussionen abgekürzt und notwendige Entscheidungen schneller getroffen. Auch der Politikstil des Bürgermeisters spielte eine hindernde Rolle:

[...] dass man mal so einen Bundespolitiker dazu holt. Also [Name], der CDU-Bundestagsabgeordnete hier, der einfach mal berichtet, was so läuft. [...] aber das wollen sie eben nicht. Also einfach mit der Begründung, dass man mit Politik nichts zu tun haben will. (Person 1.2-35/23-27)

Vertreter des Nachbarortes [...] im Heimatverein zu einem Vortrag eingeladen, damit der uns erzählt, was da so alles läuft. – Wir waren baff, was alles laufen kann. Also nicht nur rein bauliche Veränderungen, sondern auch eine Mitwirkung bei so was. (Person 1.2-27/9-12)

Insbesondere die beiden sich unpolitisch sehenden Kommunikations- und Interaktionskerne im Gemeinwesen, Sportverein und Faschingsverein, könnten sich mit demokratischen Formen mehr in die gesellschaftlichen Belange des Ortes einbringen, forderten die Interviewpartner*innen:

Wenn man so groß ist und so viel Einfluss haben könnte, weiß ich nicht, warum die nicht mal in eine andere Richtung gehen. Gut, die haben sich vielleicht dafür nicht gegründet, aber trotzdem (...) Ich meine, die profitieren ja auch [...] und dann könnten die meiner Meinung nach auch was für die Gemeinde tun. (Person 1.13-144/21-26)

Darüber hinaus wurde ein Defizit bei der Beteiligung älterer Menschen im Ort gesehen, die ihre Erfahrungen und Ressourcen zu wenig einbringen würden.

[...] viele Ältere, die mitmachen, die einfach sagen: „Die Jüngeren müssen das machen.“ [Dabei haben gerade die] [...] ja auch Erfahrung und vielleicht auch die Weisheit, um verschiedene Sachen anzubringen, zu diskutieren und Dinge voran zu schieben. (Person 1.2-30/4-8)

Allgemein war in den Interviews eine weit verbreitete Demokratieverdrossenheit spürbar. Das Politische und viel mehr noch gelebte Demokratie im Alltäglichen waren für die Adressat*innen nicht sichtbar, auch weil es besonders in den Vereinen nicht als politisches Handeln verhandelt wurde. Im Sichtbarmachen solcher Prozesse könnte demnach eine wichtige Funktion der GWA liegen.

c) Dorfgemeinschaft als Ressource und Hinderungsfaktor

Die GWA interessierte die Beurteilung der Qualität des Zusammenlebens im Dorf und der Identifikation mit dem Gemeinwesen (Dorfidentität), da ange-

nommen wurde, Kommunikation und Wertediskurse verliefen anders als in städtischer Anonymität. Für die Interviewpartner*innen hat das Dorfleben eine besondere Qualität: Nachbar*innen zu kennen, mehr Zeit miteinander zu verbringen und sich gegenseitig zu helfen, sei Luxus:

Die Leute machen eigentlich noch einen zufriedeneren Eindruck als in der Stadt, weil sie alle auch so ihr Häuschen und ihren Garten haben und da haben sie zu tun. (Person 1.8-103/1-3)

Es wurde deutlich, dass die Vereinbarung darüber, wer zur Dorfgemeinschaft gehört, informeller Natur ist. Die Zugehörigkeit zu einer ansässigen (Groß-)Familie entscheidet, wer dazu gehört oder nicht. Zugezogene gelten über Jahrzehnte als fremd. Oft gelten erst ihre Kinder als gleichberechtigte Diskursteilnehmende. Angeheiratete Partner*innen haben es leichter als Paare, die nicht aus dem Dorf stammen.

Nun kommen wir aus dem Osten auch aus einem Dorf, aus der [Ortsangabe], das ist schon ein Pluspunkt, aber wie werden hier nie zur Gemeinschaft gehören. (Person 1.8-97/23-24)

Andererseits fiel es der Dorfgemeinschaft schwer, Grenzen gegenüber Personen zu ziehen, die den demokratischen Wertekontext verlassen.

[...] was gerade hier in Urlaubsdorf passiert, ist ja nur Blödsinn. Das sind die, die in der Schule nicht aufgepasst haben. Ein, zwei, drei aus Trotz dazu, der vierte, fünfte, ich zeige euch mal und dann ist schon wieder eine große Menge hier von Leuten, die überhaupt sich hin und her schmeißen und nicht wissen, wohin mit sich. Am Ende sind sie überhaupt nicht verkehrt und haben sich in so eine Sache verstrickt, wo die nicht raus können. (Person 1.10-119/3-8)

Neonazis waren im Ort integrierte und anerkannte Persönlichkeiten. Ihre Ausgrenzung kam nur wenigen in den Sinn. Erst, als sich zwei von ihnen als NPD-Mitglieder vorstellten, war das für einige Bewohner*innen ein Problem. Die offen vertretene rechte Gesinnung war es nicht. Ein öffentlicher Umgang mit Konflikten durch die Einbeziehung von Institutionen außerhalb der Dorfgemeinschaft schien tabu:

Um zu zeigen, dass wir ihn als NPD-Vertreter [...] nicht plötzlich ausgrenzen wollen. Er ist noch nach wie vor ein Mitglied der Dorfgemeinschaft und auch ein engagiertes Mitglied; und schon von daher soll er auch seinen Platz im Verein haben. (Person 1.2-32/21-24)

Weil viele eben hier untereinander versippt und verschwägert sind und weil das zum Teil Angehörige aus dem Verwandtenkreis sind, wo die Kinder dann dazu gehören. Da führt man seinen Schwager oder Schwägerin nicht vor. (Person 1.8-101/17-19)

Der Zusammenhalt der Ortschaften wirkte konfliktbeladen. Eine Identifikation mit der Verwaltungsgemeinschaft bestand nicht (Pers.1.5-19/8+11; Pers.1.12-2/7-8; Pers.1.7-5/18):

Ich habe noch die Erzählung von meinem Großvater oder meiner Großmutter im Ohr, dass die im Nachbardorf die faulen Eier an den Kopf gekriegt haben [...]. (Person 1.2-33/8-10)

Das fängt bei solchen Kleinigkeiten an, dass man zwei Weihnachtsmärkte macht. Wo ich mir denke, lasst uns doch einfach die Initiativen zusammenlegen. Dann macht den Weihnachtsmarkt halt in [Name Ortsteil]. Da kann ich als Urlaubsdorfer gut darauf verzichten, wenn der in [Name Ortsteil] ist. Ich gehe auch nach [Name Ortsteil], wenn ich das will. Und lasst uns die Kirmes dann in Urlaubsdorf machen. (Person 1.5-70/22-26)

Es gibt die Feuerwehr in [Name Ortsteil], die Feuerwehr in [Name Ortsteil] und es gibt die Feuerwehr in [Name Ortsteil]. Da sind, von früher her schon, ein paar alte Stiefel, die halt ihre Ansichten haben. Ein Ortsteil gegen den anderen, so geht das schon seit Generationen. Die hauen sich nicht den Schädel ein, aber zusammen geht nichts. (Pers.1.6-82/6-10)

Da gab ja noch Konfirmandenunterricht [...]. Da haben die einen den anderen aufgelauert, wenn sie Wut hatten, und haben sie sich gegenseitig verklöppt. (Person 1.11-122/33-35)

Die Kategorie Dorfgemeinschaft kann offensichtlich sowohl positiver als auch negativer Faktor für die GWA sein. Einerseits kann ein großer Zusammenhalt und ein vergleichsweise hohes zivilgesellschaftliches Engagement für die GWA nutzbar gemacht werden. Andererseits gibt es tradierte Ressentiments zwischen den Ortschaften, die die GWA überwinden helfen müsste und – für die GWA noch viel relevanter – ein großes Unbehagen gegenüber einem offenen Austragen von Konflikten, das in der GWA auch immer innerhalb von Familienverbänden zu fördern wäre.

d) Ressourcen für zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Kultur

Bauliche und formelle Infrastruktur

In den vergangenen Jahren investierte die öffentliche Hand hohe Summen in die lokale Infrastruktur. Es gibt eine neue Straßenanbindung in die benachbarte Kleinstadt. Eine Mehrzweckhalle für Sport und Kultur mit angebaute Gaststätte ist Treffpunkt eines regen Vereinslebens. Die Halle wird vornehmlich vom Sportverein und vom Faschingsverein genutzt (Pers.1.5-21/19-20), wofür extra ein zusätzlicher Bühnenanbau finanziert wurde. Der Sportverein hat ein neues Vereinshaus und ein Fußballfeld mit Kunstrasen. Manche der Interview-

ten fragten sich allerdings, ob die Investitionen von rund 30 Millionen Euro auch genügend Nutzer*innen finden:

Ich hoffe immer, dass vielleicht der Weihnachtsmarkt dort stattfindet. Aber für einmal im Jahr ist das eigentlich zu schade, [...]. Aber es sieht wieder ordentlich aus (Person 1.8-96/22-24)

Schön ist z.B., dass das Waldbad noch da ist und so kleine Sachen. Das wird nicht so viel besucht, weil es kein Erlebnisbad ist. Aber dass man wenigstens ein was halten konnte und sagen kann: Ja, man kann sich mal auf's Fahrrad setzen und muss nicht fünfzehn Euro Eintritt bezahlen. (Person 1.12-129f./33-35+1)

Die bestehenden Vereine sind sehr rege. Es gibt bei den Engagierten allerdings häufige Personalüberschneidungen, was ein Grund für die relativ gute Zusammenarbeit der Vereine untereinander ist. Vereinsleben heißt auch Kampf um Fördermittel. Hier haben sich die Vereine ein großes Reservoir an Managementkompetenzen erworben:

Die Flutlichtmasten hier, die haben wir selber gesetzt, alles in Eigeninitiative. Also der ganze Platz ist nicht nur von Fördermitteln gebaut worden, sondern viel in Eigeninitiative, weil das Geld gefehlt hat. (Person 1.6-77f./34-35+1)

Besonders bei Bauvorhaben unterstützen sich die Bewohner*innen in Urlaubsdorf untereinander beinahe vorbehaltlos. Dies scheint eine tradierte Ressource aus Zeiten zu sein, als die DDR-Mangelwirtschaft solche Nachbarschaftshilfe zwingend erforderlich machte und die die GWA unbedingt für sich nutzbar machen sollte.

Soziokulturelle, generationsübergreifende Ressourcen

Das Gemeinwesen bietet ein großes Reservoir soziokultureller Ressourcen. Im Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure wie Naturschutzbehörde, Kindergarten, Kinder, Eltern und Feuerwehr wurde zum Beispiel ein Waldspielplatz gestaltet, mit dem Kinder von landschaftlichen Gegebenheiten in Verbindung mit einem pädagogischen Konzept profitieren:

Weil wir Nationalparkregion sind haben wir fünf Leute im Forstamt, die sich mit Waldpädagogik, Öffentlichkeitsarbeit und Naturschutz befassen. Da gehen die Kindergartenkinder [...] mit denen raus zum Waldspielplatz. Der wurde nur mit dem eingerichtet, was sich im Wald finden lässt. Wurzeln zum Beispiel von geworfenen Bäumen, hat die Feuerwehr abgespritzt, dass die schön sauber sind und die Eltern haben mit dem Forst Hütten gebaut. (Person 1.7-87/5-10)

Auch eine weitere Projektidee verbindet die natürlichen Gegebenheiten der Gemeinde mit Bedürfnissen einzelner Vereine und Interessengruppen und hat mit dem Tourismus auch ökonomische Interessenlagen im Blick:

Zum Beispiel hab ich jetzt hier eine Idee für die Renaturierung des Baches vorgeschlagen. Der Gemeinderat ist dafür, es fehlen aber noch die Fördermittel. Das soll über Leader Plus finanziert werden, aber da wird so viel geredet – nur passieren tut nichts. Das könnte auch ein Touristenmagnet und ein Treffpunkt werden. Da will ich [...] ein Kneippbecken bauen und einen Abenteuerspielplatz für die Kinder [...] eine Sumpflandschaft als Laichgewässer und hier unten soll ein naturnaher Feuerlöschteich [...]. (Person 1.7-29/13-23)

Eine beginnende deutsch-polnische Gemeindepartnerschaft mündete im Sommer 2008 in eine Jugendbegegnung. Hier engagierten sich Dorfbewohner*innen mit familiären Beziehungen nach Polen und guten Sprachkenntnissen, eine wichtige, aber selten genutzte Ressource:

[Beim FDGB] habe ich als Dolmetscher angefangen. [...] Das hab ich dann bis zur Wende gemacht [...] Ich beherrsche vier Sprachen [...] Russisch, Tschechisch, Polnisch und Slowakisch. (Person 1.10-113/1-15)

Die große Vielfalt bestehender Gelegenheitsstrukturen war das wohl überraschendste positive Ergebnis des Gemeindeporträts. Die lange Liste solcher Interessenvereinigungen reicht von der achtköpfigen Countrydance-Gruppe (Person 1.1-20f./30-35+12) bis zum Jägerstammtisch (Person 1.7-91/5-7). Hier liegt ein bisher nur ansatzweise ausgeschöpftes Potenzial bürgerschaftlicher Interessenvertretung:

Es sind auch einige neue Vereine entstanden, also gerade meine Mutter und mein Bruder sind im Heimatverein. Dann gibt es einen Reitverein, Feuerwehrverein, Tanzverein, Faschingsverein, mehrere Kirmesvereine, Schifferverein. (Person 1.13-139/13-15)

Auch bei den etablierten Vereinen waren positive Entwicklungen zu verzeichnen. So baute die Freiwillige Feuerwehr in einem Ortsteil eine Jugendfeuerwehr auf. Die Fußballsektion des Sportvereins stellte trotz sozioökonomischer und demografischer Probleme als einziger im Landkreis seit Jahren in jeder Altersgruppe von 6 bis 60 Jahren eine Mannschaft auf:

[...] mittwochs 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr Talentetraining. Dahin kommen die besten Fußballer, die wir haben von 7 Jahren bis 14/15 Jahre. Das sind so 15 Mann, die ich einmal in der Woche trainiere. Die kriegen die Gelegenheit zusätzlich reine Technik, Schusstechnik und solche Sachen, zu trainieren. (Person 1.6-76f./34-36+1)

Dies erfordert ehrenamtliches Engagement bei Eltern, Übungsleiter*innen, Schiedsrichter*innen, Sportwart*innen und Vereinsvorständen sowie hohe organisatorische Fähigkeiten:

Da muss jeder versuchen das zu machen, was er am besten kann. Wenn einer halt mit dem Computer umgehen kann, schreibt er die Einladungen. (Person 1.6-78/32-33)

Der jährliche Faschingsumzug ist nicht nur ein kulturelles Highlight für viele Menschen der Region, sondern auch ein beeindruckendes Beispiel für das generationsübergreifende Zusammenspiel organisierter Vereinsarbeit mit Institutionen (Person 1.6-85/20-26): Familien nähen Faschingskostüme (Person 1.5-71/27-28), es gibt Schauspiel- und Tanzveranstaltungen und ähnliches. Diese logistische Herausforderung bringt verschiedene Akteursgruppen zusammen:

Wir sind einer der letzten Vereine, die hier noch Umzug machen – jedes Jahr! Wir haben 40 Bilder in einem Umzug, das ist eine riesen Tradition hier. [...] Das machen ganz viele Familien, auch Arbeitslose und Jugendliche. Also Hut ab! (Person 1.6-85/21-22+25-26)

Politische Bildung greift insbesondere ein Heimatverein auf, wenn auch teilweise mit der beschriebenen unklaren Abgrenzung gegenüber völkisch-neuheidnischen oder chauvinistischen Sinnangeboten. Er organisiert den laufenden Betrieb des Heimatmuseums und eine Vielzahl heimatkundlicher Feste (vgl. Person 1.2-34/5-16):

Wir [haben] ein Informationstafelprojekt angefangen, d.h. wir haben an heimatkundlich interessanten Stellen in der Ortslage Informationstafeln hingestellt. [...]. Die Texte stammen von so einem heimatkundlich interessierten Menschen, der da auch wirklich die gesamten Zusammenhänge kennt. [...; und] eine Vortragsreihe [mit] heimatkundliche[n] und gesellschaftliche[n] Themen. (Person 1.2-34/15-29)

Schließlich liegt im Vereinsleben auch ein Potenzial an generationsübergreifender Arbeit und Einbeziehung von Senior*innen ins Gemeindeleben:

Jedenfalls haben wir einmal im Monat so einen Seniorentreff mit 30 Leuten, der findet hier draußen in der Sporthalle statt. Dort gibt es ja eine Gaststätte und der Gastwirt freut sich, wenn wir kommen. (Person 1.11-122/6-8; 123/8-9)

Die Interviews gaben, sicherlich auch aufgrund der aktivierenden Fragestellung, Aufschluss über vielfältige bestehende soziokulturelle und generationsübergreifende Aktivitäten, Potenziale für diesbezügliche Projektangebote mit der die GWA an vorhandene Ideen im Gemeinwesen anschließen könnte.

e) Wertebasierte Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Wichtigste Ressource in der Arbeit für eine demokratische Kultur und gegen extrem rechte Einstellungen und GMF ist das klare Benennen des Problems und eine Zuordnung. Im GWA-Projekt hat dieser Verständigungsprozess begonnen, aber es war schnell deutlich, dass es Zeit braucht, um ihn weiterzuführen und zu verbreitern. Eine Gruppe bürgerschaftlich Engagierter formulierte das Problem bereits früh während des Projekts und die extrem rechten Protagonist*innen waren bekannt.

Ich weiß nicht, warum man das hier so verharmlost. Ich meine, 25,2 Prozent kann man doch nicht mehr mit jugendlichem Leichtsinn abtun [...]. (Person 1.13-147/25-26)

Das dort drüben bei [Name], das reißt schon ewig. Also das steckt bei denen so tief drin. [...] Die fangen da an von Germanen zu reden und lauter so ein Zeug [...]. (Person 1.13-146/7-9)

Im Zuge des Projekts und aufgrund des erhöhten öffentlichen Drucks fanden sich verschiedene Gesprächskreise zusammen, um eine eigene Definition der Situation in der Gemeinde und mögliche Schritte aus der Krise zu diskutieren. Sie trafen sich schließlich und formulierten die nächsten Möglichkeiten:

[...] es müssen sich [...] jetzt die [...] Demokraten [zusammenfinden]. [...] es muss ein Netzwerk gebildet werden. Damit [...] die Rechten sehen, dass die Dorfbevölkerung das nicht einfach hinnimmt und [damit] die anderen sehen, dass es andere Leute gibt [...]. (Person 1.2-42/22-27)

Aufklärungsarbeit leisten. Das ist wichtig. Einfach halt den Leuten deutlich machen, was hinter [...] der NPD steht. (Person 1.5-73/29-30)

Einfach viel mehr Info- und Aufklärungsarbeit und so Sachen halt. Es sind halt viele Kleinigkeiten, was man halt machen muss, um an die Leute ran zu kommen (Person 1.1-23/19-20)

Es gab eine ganze Reihe von Ideen für lokale Projektarbeit gegen GMF: Allen voran stand die Idee, Jugendliche für die Arbeit an demokratischen Werten zu gewinnen.

Ich würde mich freuen, wenn wir sehr viele Jugendliche gewinnen könnten, die hier wirklich demokratische Kultur hochbringen würden. Wenn man so eine Gruppe hier haben könnte, wo wirklich aktive Leute dabei sind. Das würde mir sehr gefallen. (Person 1.4-57/5-8)

Hier gibt es halt die Jugendlichen, die für die NPD die Wahlwerbung zu Hause aufhängen. Und Platz für die Jugendlichen müsste her, damit der Brandherd rechter Treff irgendwo [...] zurückgedrängt wird. (Person 1.3-50/23-26)

Durch die Interviewauswertung und Kategorisierung lebensweltlicher Potenziale und Diskurse konnte einerseits eine subversive Verankerung extrem rechter Codes und Themen und eine diesbezüglich weitgehend fehlende Problempassung im Gemeinwesen nachgezeichnet werden. Andererseits ergab die aktivierende Befragung auch eine Vielzahl möglicher lebensweltlicher Anknüpfungspunkte für die GWA des KBS, mit der diese kulturelle Subversion extrem rechter Orientierungen im Lebensalltag der Menschen transparent gemacht und öffentlich bearbeitet werden könnte. Dabei stellten sich insbesondere die Kategorien Nachbarschaftshilfe und soziokulturelle Aktivitäten als Ressource für eine lebensweltliche Auseinandersetzung mit GMF-Reprodu-

tion heraus, deren Anknüpfungspunkte besonders im Heimat- und im Fachsingsverein lagen.

4.2.2.3 Perspektiven der Gemeinwesenentwicklung

Nachfolgend werden einige der aus der Interviewauswertung destillierten Themen- und Anknüpfungsfelder für die GWA mit ihren jeweiligen Potenzialen aufgelistet:

Nachbarschaftshilfe: Die Gemeinde verfügte, trotz der relativ geringen Einwohner*innenzahl, über eine erstaunliche Vielzahl an Vereinen und aktiven Interessengruppen. Diese arbeiteten weitestgehend zusammen, zumindest dann, wenn eine Form nachbarschaftlicher Hilfe angefragt wurde, die mit den Ressourcen und Kompetenzen der Partner*innen erbracht werden konnten (vor allem Bauprojekte mit handwerklichen Leistungen; kein finanzieller Aufwand) und ein direkter Nutzen für die Dorfgemeinschaft erkennbar war (Tourismusentwicklung, Dorfverschönerung, Projekte mit sichtbarem Erfolg).

Infrastruktur/bauliche Projekte: Zwischen 1996 und 2006 flossen rund 30 Millionen Euro in Bauprojekte, mehr als in den meisten anderen Gemeinden der Region. Dafür nahmen Gemeinderat und Kommunalverwaltung viele Verwaltungshürden. Viele Bewohner*innen wollten jedoch statt teurer Infrastrukturprojekte einfache, alltagsnahe Lösungen, die im Ort zu mehr Beschäftigung führten (sanfter Ganzjahrestourismus, familienspezifische [Wellness-]Angebote). Hier könnten naturnahe Projekte mit Bewusstsein für sanfte, der örtlichen Lebenswelt angepasste touristische Angebote wichtige Ansatzpunkte für eine intensivere Kommunikation zwischen den Akteuren und die Einbeziehung neuer, bisher weniger engagierter Personen sein.

SKA: Bereits vor Projektbeginn wurde lebensnahe Vermittlung politischer und (inter-)kultureller Bildung vom Heimatverein, der Bürgerinitiative und dem Rentnertreff angeboten. Ein Ausbau dieser Themen und eine Ausweitung auf andere Akteure und Institutionen könnte besonders junge Menschen stärker in demokratiebildende Prozesse einbeziehen.

Jugendarbeit: Da es im Gemeinwesen keine offene Jugendarbeit mehr gab, wünschten sich viele Interviewpartner*innen deren Wiederbelebung. Dabei überwog die Diskussion um ein geeignetes Gebäude. Das leerstehende Schulgebäude könnte so wieder genutzt werden. Die Fokussierung auf einen Jugendklub und dessen bauliche Ausstattung versperrte jedoch die Weiterentwicklung vorhandener Ansätze und delegierte das Defizit an Adressat*innen. Eine intensivere Auseinandersetzung mit fachlicher Kinder- und Jugendarbeit, in Form eines generations- und milieuübergreifenden Vereinszentrums, hätte förderlich sein können.

Grenzüberschreitende Partnerschaft(en): Die grenznahe Lage Urlaubsdorfs führte bei einigen Adressat*innen zum Interesse an grenzüberschreitenden Beziehungen, was auch EU-Fördermittel generieren könnte. Es gab bereits

Erfahrungen mit einer Dorfpartnerschaft mit Polen, ebenso wie Familienverbindungen und sprachliche Kompetenzen. Diese Ressourcen könnten interkulturelle, die Alltagswelt erweiternde Entwicklungs- und Bildungschancen eröffnen.

Öffentliche Orte/Treffpunkte: Eine gelingende ortsteilübergreifende Verständigung über lebensweltliche Alltagsanliegen bedarf keiner teuren Infrastrukturbauten, sondern situativer Räume im täglichen Vereinsleben. Gelegenheitsstrukturen können lebensweltliche Verständigung ermöglichen. Dennoch sollten konkrete Orte besser nach ihren Potenzialen und den Bedürfnissen der Bewohner*innen genutzt werden. So kann die Mehrzweckhalle für weitere Initiativen wie die Countrydance-Gruppe geöffnet und der neue Dorfplatz belebt werden (Kulturevents mit Chor, Bläsergruppe oder Volksschauspiel). Die Expert*innen machten eine Reihe interessanter Vorschläge, die auch Entwicklungschancen im Tourismus oder für Kommunikationsorte antizipieren.

4.2.3 *Gemeindeporträt für Mittelstädt*

4.2.3.1 **Sample**

Die vorhandenen Kontakte in Mittelstädt ermöglichten, wie in den anderen Projektstandorten, eine schnelle und vertrauensvolle Vermittlung erster Akteure und Interviewpartner*innen, die eine lebensweltnahe analytische Beschreibung des Sozialraums möglich machten. Im Rahmen von einleitenden Gesprächen mit dem Schulleiter und der Schulsozialarbeiterin der Oberschule ließen sich bereits vor Beginn der Experteninterviews einige Themenfelder identifizieren, die sowohl für die Schule als auch für das Gemeinwesen wichtig waren. Auf dieser Grundlage wurden Annahmen für einen Interviewleitfaden erstellt:

- Es existieren kaum altersgruppenübergreifende Kontakte im Ort.
- Es bestehen kaum Kontakte zwischen Bewohner*innen der einzelnen Wohngebiete.
- Die Jugendmitwirkung ist gering, Möglichkeiten dazu werden nicht wahrgenommen.

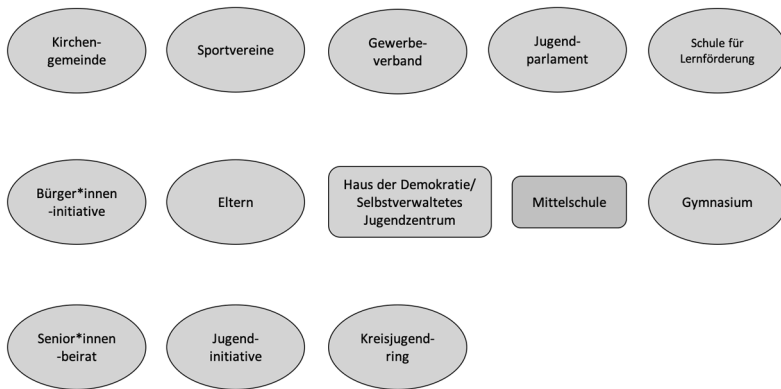


Abbildung 26: Sample Mittelstadt, Quelle Miteinander e.V./KBS (2011): 94

Der Leitfaden wurde in zwei Probeinterviews getestet, angepasst und bei sieben Experteninterviews verwandt. Die Interviews wurden durch zwei lebensweltliche Fotostreifzüge mit unterschiedlichen Jugendgruppen mit Gruppenauswertung ergänzt, von denen einer aufgezeichnet wurde und als Transkription vorliegt, während der andere aufgrund der Erfahrungen beim ersten Fotostreifzug nachträglich protokolliert wurde. Um ein möglichst umfassendes soziokulturelles Bild der lebensweltlichen Lagen verschiedener Milieus im Sozialraum zu erhalten, wurden im Vorfeld der aktivierenden Befragung die in Abbildung 26 als Sample dargestellten Themen- und Akteursfelder identifiziert, die in die Befragung einbezogen werden sollten. Dabei bildete sowohl die Oberschule als zentrales konzeptionelles Element des Projektes Horizont 21 als auch das bei Projektstart im Stadtrat diskutierte Haus der Demokratie und ein selbstverwaltetes Jugendzentrum einen thematischen Mittelpunkt der Sozialraumanalyse. Nach der Transkription der Interviews wurden mithilfe einer mehrgängigen Paraphrasierung Themenfelder lebensweltlicher Anliegen (social issues), sozialräumlicher Probleme sowie Mitwirkungspotenziale für eine gemeinwesenorientierte Projektarbeit identifiziert. Anhand dieser Themenbereiche, Problembeschreibungen und Partizipationsinteressen konnten thesehaft Lösungen herausgearbeitet und die wichtigsten Themenfelder im Sommer 2010, als „Thesen zum Gemeinwesen“ und „Thesen zur Oberschule“ zusammengefasst und öffentlich diskutiert werden. In der Bürgerversammlung und der Bearbeitung in zwei Arbeitsgruppen entstand ein erster Handlungsplan für das Projekt.

4.2.3.2 Ergebnisse – Lebensweltperspektive

Die Schlüsselkategorien im Bereich unterstützende Faktoren waren für den Bereich a) Oberschule: „Interesse der Schulleitung für Schulentwicklungs- und GWA-Projekt“, „sensibilisierte Schulsozialarbeiter*in“ sowie „Projektarbeit und offene Angebote“ und für den Bereich b) Gemeinwesen: „bauliche Infrastruktur“, „soziokulturelle Ressourcen“, und „individuelle Kompetenzen“ beschrieben. Als Entwicklungsbedarfe wurden speziell für die Oberschule a) als Schwerpunkt im Projekt Horizont 21, vor allem in den Kategorien „Ausgrenzung/Diskriminierung“, „Projektarbeit und offene Angebote“, „Frontalunterricht und überaltertes Lehrpersonal“ und „Zusammenwirkung von Eltern und Schule“ ausgemacht. Als Entwicklungsbedarfe im Gemeinwesen b) wurden die Kategorien „extrem rechte Erscheinungen“, „Exklusion von Minderheiten“, „Defizite in der Jugendarbeit“ und „bürgerschaftliches Engagement“ und „Perspektivlosigkeit“ identifiziert.

a) Entwicklungsbedarfe in der Oberschule

Das Schulklima und die Lehrer-Schüler-Beziehung wird insgesamt, verglichen mit Problemzeiten einige Jahre zuvor, als positiv beschrieben:

Das Schöne an der Schule heute ist, dass es sich im Moment sehr gut hier arbeiten lässt. Wir sind [...] auf jetzt 300 Schüler geschrumpft. Dass macht das Klima an der Schule wirklich sehr angenehm. Es ist Platz da, mehr Zeit für den einzelnen Schüler, die Schüler nehmen die Schule auch als ihre Schule an. (Person 2.2-159/12-16)

Dennoch fallen beim zweiten Blick eine Reihe weiterbestehender oder sich verschärfender Probleme auf, zum Beispiel werden verschiedene Personen ausgegrenzt oder diskriminiert.⁵³² Als Problem wird von Schüler*innen und Lehrpersonal andauerndes Mobbing bis hin zu Ausgrenzung und Diskriminierung beschrieben:

Das Klima unter den Schülern ist vielleicht so ein Punkt. Weil die Großen, ja gut, das ist eigentlich überall so, haben hier das Machtwort. Das merkt man auf den Gängen, wenn den Kleinen aus der Fünften, die neu an der Schule sind, das Bein gestellt wird oder die geschubst wird. Wenn das aber die Ältesten in der Schule machen und nicht die Schüler aus der gleichen Klassenstufe, ist das mies und feige. (Person 2.6-189/28-32)

Diese Interviewsequenz zeigt, dass es Übergriffe älterer Schüler*innen gegenüber jüngeren gibt, welche sich offenbar nicht auf Schüler*innenebene lösen lassen. Zwar existiert an der Schule ein „Streitschlichter“-Programm, in dem Schüler*innen dazu ausgebildet werden, alternative Problemlösungen zu

532 Vgl. Hammer/Göpner (2011): 30ff.

körperlichen Auseinandersetzungen zu finden. Offenbar entfaltet dieses Programm jedoch bisher nicht genügend Schubkraft. Weitere Fälle von Ausgrenzungen zeigt folgende Interviewpassage:

Na jetzt ist es gerade mit den Ausländern ziemlich schlimm, weil wir ja auch die DAZ-Schüler⁵³³ haben und die halt wirklich richtig ausgeschlossen werden und das ist halt ziemlich extrem bei uns in der Klasse. Das geht gar nicht. (Person 2.6-190/17-20)

Diese Situation wird zwar als Diskriminierung wahrgenommen. Es scheint jedoch an Interventionsmöglichkeiten zu mangeln. Eine andere Deutung könnte sein, dass ein gefühlter

Konformitätsdruck oder die Angst vor Bedrohung ein Einschreiten erschwert:

Ja, ich würde gerne für die DAZ-Schüler mehr tun. Aber was will man da jetzt so mit drei/vier Mann gegen 100 Schüler machen. Es ist ja nicht jeder dagegen oder so, aber wenn man das so offen sagt, dann wird man selbst ausgeschlossen. (Person 2.6-191/11-13)

Auch Wahrnehmungen erwachsener Interviewpartner*innen deuten in diese Richtung:

Und ich habe es letztes Jahr selber mal erlebt, dass zwei Schüler einer 8. Klasse zu mir kamen und sich massiv mit rechten Sprüchen und Abwertungen über DAZ-Schüler ausgelassen haben: „Der ist doch unmöglich. Der soll wieder nach Hause gehen.“ und wir haben eine ganze Stunde diese Argumente auseinandergepflückt. Das waren ein Junge und ein Mädchen und das Mädchen hat dann zu dem Jungen gesagt, weißt du, du hörst dich richtig an wie ein Nazi. (Pers.2.2-166/4-8)

Kleinere Auseinandersetzungen werden zwar registriert, jedoch nicht als problematisch wahrgenommen. Das spiegelt sich auch im Umgang zwischen Schüler*innen wieder:

Die tun sich auch selbst als Gruppe zusammen, weil die ja gegenüber den anderen wirklich nicht viel zu sagen haben. Ich denke mal, die haben dann auch ein bisschen Angst, sich mit den anderen zu verständigen, weil sie halt wirklich oft zurückgewiesen werden. Die Lehrer sagen ja auch, wir sollen die in Ruhe lassen und sie nicht provozieren. (Person 2.6-190/28-31)

Die Äußerung zeigt letztlich, dass Ausgrenzungen nicht immer erkannt und thematisiert werden. Bei massiveren und sichtbarerem Diskriminierungen reagierte einzelne Lehrer*innen jedoch und suchten mit den Schüler*innen das Gespräch. Bei der Integration der Schüler*innen mit Migrationshintergrund

533 DAZ, Deutsch als Zweitsprache, ist eine spezielle Klassenform für Schüler*innen, deren Familien nach Deutschland zuwanderten und die Deutsch als Zweitsprache lernen. Sie sollen schrittweise in die Klassen integriert werden.

gab es noch Potenziale, was eine offene Auseinandersetzung mit Formen der Ausgrenzungen und Diskriminierung bedingt hätte.

Projektarbeit und offene Angebote

Die Oberschule bietet viele unterschiedliche unterrichtsergänzende Projekte an: Schülerrat, die Projekte „Streitschlichter“, „Identifikation mit Schule“, „Soziales Lernen“, „Genial-Sozial“, den Girlsday, Schulsport, ein Schulmusical, eine Theatergruppe, verschiedene Ganztagesangebote, Praktika, die Zusammenarbeit mit dem örtlichen Jugendparlament (Mittelschüler*innen stellen einen Großteil der Kandidat*innen), ein Toleranzprojekt, Projekttage zu verschiedenen Themen rund um Demokratie und GMF sowie die Projekttage „Arbeit und Leben“. Dennoch nehmen einige Schüler*innen die vielfältigen Angebote nicht an. Die Lernleistungen sind nach Einschätzung der Lehrer*innen nachlassend⁵³⁴ und die erhoffte positive Außenwirkung auf das Schulimage tritt nur unzureichend ein. Als eine Ursache für diese Diskrepanz zwischen Aufwand und Wirkung sah die GWA die mangelnde Einbindung der Projekte in den Schulalltag. Wenn (außer-)schulische Projekte und Angebote einen anderen Stellenwert haben als der reguläre Unterricht, wenn die in solchen offenen Angeboten vermittelten Werte von Mitgestaltung und -bestimmung für den Unterrichtsalltag kaum gelten, werden sie kaum wirkmächtig sein. Daher wäre es sinnvoll, an der Schule verstärkt auf freiere Unterrichtsformen zu setzen und Methoden und Ideen aus den Projekten in den regulären Unterricht einfließen zu lassen. Darüber hinaus wurden außerschulische Angebote nur von einem aktiveren, aufgeschlosseneren Teil der Schüler*innen wahrgenommen, während andere nicht erreicht wurden:

Mir gefällt die schwere Motivierbarkeit der Bevölkerung überhaupt nicht, muss ich sagen. Ich finde es wirklich schwer, Mittelstädter zu mobilisieren – auch Schüler – an Dingen teilzunehmen, die nicht wirklich Pflicht sind. Ob das ein Fußball- oder Volleyballturnier oder etwas Anderes ist, es ist ganz schwer, dafür eine ausreichende Anzahl von Leuten zu finden. Das zieht sich wirklich auch so durch die Altersgruppen durch, ist meine Wahrnehmung. (Pers.2.2-158/18-22)

Frontaler Unterricht und überaltertes Lehrpersonal

Aufgrund geringer Neueinstellungen von Lehrkräften in Sachsen war das Kollegium der Oberschule überaltert. Dies wirkte sich auch auf den Erziehungsstil aus. Freiere Vermittlungsformen, die über die eigentliche inhaltliche Vermittlung des Lehrplans hinausgehen, fanden an der Schule nur selten statt:

534 Interviewauszug mit Schulleiter am 6.9.2011, zitiert in Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 36.

Was noch dazu beiträgt, dass das Verhältnis Schüler-Lehrer lockerer wird, sind Ganztagsangebote, die von Lehrern durchgeführt werden. Denn da gibt es keine Noten und da erleben auch Schüler den Lehrer mal in einer ganz anderen Position. Ich meine, klar wird es immer das Sie geben. Ich glaube, das wäre eine Illusion, zumindest, aus heutiger Sicht, dass Lehrer geduzt werden. Aber es ist förderlich für das Klima, dass die Lehrer und die Schüler sich in anderen Situationen kennen lernen. Und das haben wir mit den Ganztagsangeboten. (Pers.2.2-164/1-6)

Zusammenwirkung von Eltern und Schule

Die Schule erkannte das Thema Elternmitwirkung bereits als Schlüsselthema. Neue Veranstaltungsformate (Schulmusical, Lehrer-Eltern-Schüler-Sportfest etc.) sollen Eltern enger an die Schule binden. Auch in der Elternvertretung wurde dieses Thema bearbeitet:

Im Elternbeirat, wo ich mitmache, engagiert sich wirklich jeder, die sind eigentlich alle wunderbar. (Person 2.5-184/23-24)

Es wurde jedoch die fehlende Beteiligung anderer Eltern bemängelt:

Na das ist denen wahrscheinlich zu viel Arbeit. Das war auch beim Schulverein, der gegründet werden sollte, so. [...] Frau [Name] meinte, wir haben gar keine Zeit. Da war ich baff und hab geagt: Moment mal, dein Mann ist zuhause auf Hartz-IV, [...] irgendwo muss da Zeit sein. [...] Das wird immer auf irgendjemanden abgewälzt. [...] Da werde ich schief angeguckt: Da machst du mit, da machst du dich zum Clown? Ich sage, ich mache mich nicht zum Clown, das macht ganz einfach Spaß, mit den Kindern was zu machen. (Person 2.5-184/1-10)

Elternvertretung, Lehrpersonal und Schulsozialarbeit berichten von Desinteresse bei Eltern:

Bei einzelnen Klassen ist das wirklich so, die gucken alle nur nach unten und auf ihre Uhren. (Person 2.5-184/20-21)

[...] da werden ja auch Eltern reingeholt und die eingespannt, sofern sie Lust und Zeit haben. Also das ist wirklich ein Prozess, der länger braucht, wir sind da noch nicht am Ende angekommen. (Person 2.2-159/8-10)

Wir als Schule versuchen uns ja zu öffnen. Das habe ich irgendwann mal angeregt, als ich hier ganz neu war. Zum Beispiel indem wir die Eltern mit ins Boot zu holen, die sonst immer so ein bisschen außen vor sind. Das wir da ganz niedrigschwellige Angebote machen, wie Sportveranstaltungen und angeschlossen gibt es was zu trinken und eine Bratwurst. Es ist immer gekoppelt an Versorgung. Und da kommen die auch, da haben wir einen Zuspruch. (Pers.2.2-158/27-31)

Die Elternmitwirkung sowie Kommunikation zwischen Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern erschien hinsichtlich der Schulentwicklung, aber auch der Öffnung ins Gemeinwesen hinein als eines der Schlüsselthemen, in welchem

das GWA-Projekt einen von allen drei Seiten gewünschten Impuls setzen und sich der Mitwirkung dieser Ebenen versichern könnte.

b) Entwicklungsbedarfe im Gemeinwesen

Extrem rechte Erscheinungen

Im Verlauf des Jahres 2010 häuften sich Übergriffe extrem Rechter auf nicht-rechte Jugendliche im Ort. Zumeist wurden diese Übergriffe jedoch nicht angezeigt, weil die Opfer befürchteten, sich so noch mehr in den Fokus der Gewalttäter*innen zu bringen.⁵³⁵

A: Ich finde das nicht schön, weil die halt ständig Ärger machen. So lange die mich in Ruhe lassen, habe ich nichts gegen die, aber ich finde das passt nicht.

D: Die ich kenne, sind halt jeden Tag am Saufen und prügeln sich übelst oft und machen Leute an, wenn jetzt z.B. irgendein Ausländer vorbei läuft und so ein Scheiß.

B: Das kann ich auch nicht leiden. (Person 2.1-157/13-17)

In seiner Wahrnehmung war diese Situation eine Alltäglichkeit, weshalb er keine Hilfe in Anspruch nahm. Gerade für Jugendliche in alternativen Subkulturen gehören Übergriffe und Bedrohungen zur Normalität. Fast beiläufig schilderten sie massive Bedrohungen:

Ich musste halt damals selber jeden Tag mittags zum Bahnhof laufen, also von der Schule durch die ganze Stadt, und jeden zweiten Tag hatte ich eine Gruppe von fünf Nazis hinter mir. Ich hatte Glück, ich hatte damals ein paar Freunde mit breiten Schultern, aber ich habe dort halt immer ziemlich gezittert und das ging so weit, dass man mit Eisenstangen hinter uns hergelaufen ist. Also das war Psycho-terror. (Person 2.4-180/13-18)

C: Wo Stadtfest war, da bin ich dann mit zwei Freunden um 11 los und da sind so drei Nazis auf uns los, sind uns dann übelst hinterher gerannt. Wir sind dann in irgendeine Gasse und haben die irgendwie abgehängt zum Schluss. (Person 2.1-157/5-7)

Exklusion: Diskriminierung, Rassismus und soziokultureller Ausschluss von Minderheiten

In der aktivierenden Befragung mit Schlüsselpersonen traten rassistische Einstellungen zutage. Besonders gegenüber „Russlanddeutschen“, die im Ort an-

535 Vgl. Hammer/Göpner (2011): 16f.

gesiedelt worden waren, wurden immer wieder rassistische Zuschreibungen gebraucht.⁵³⁶

Wir als Erwachsene [...] machen ja auch Fehler und leider Gottes kriegen es die Kinder dann mit, gerade mit Ausländern. Es ist ja nicht jeder so. Also [Name Sohn] hat auch viele ausländische Freunde, aber es gibt halt solche, die kriegen alles in den Hintern geschoben. Und da gibt es halt Stress mit Ausländerkindern, gerade größtenteils mit den Russen. Also da ist er auch schon ganz schön involviert. Hier gibt es auch schon richtige kleine Gangs, aber das sind meistens die Ausländerkinder, also das kriegt man schon mit. Ich habe immer gesagt, denken kannst du dir deinen Teil, aber sprich nicht aus, was du denkst. (Person 2.5-186/29-35)

Ein durch den öffentlichen Diskurs verstärkter Effekt ist, dass Betroffene von rassistischen Diskriminierungen selbst zum Teil des Problems gemacht wurden:

Man reißt sich den Arsch für irgendwas auf und dann behauptet irgendwer irgendwas Falsches und es landet in der Presse und auf einmal darf man keinen Weihnachtsmarkt mehr machen, weil man ein extremistischer Verein ist oder muss in der Zeitung lesen: „Die Kinder der Familie [Name] lösen Probleme mit Gewalt auf der Straße“ [...]. Oder so ein Typ von der Polizeidirektion schreibt der Stadt und dem Landratsamt einen Brief, dass die nicht mehr mit uns zusammenarbeiten dürfen, weil wir mit der ‚Roten Hilfe‘ zusammenarbeiten würden, statt direkt das Gespräch mit uns zu suchen. (Person 2.4-179/17-24)

Das Zitat weist den Betroffenen von Diskriminierung die Verantwortung zu: Wäre ihre Gruppe größer und auffälliger, gäbe es Rassismus, für den sie verantwortlich wären.

Defizite in der Jugendarbeit

In Mittelstädt gab es zu Projektbeginn eine vergleichsweise große Angebotspalette für junge Menschen. So wurden zwei Jugendtreffs betrieben, ein Kinder- und Jugendhaus richtete sich an ein jüngeres Klientel, im Freizeitzentrum gab es ein eher sportorientiertes Angebot sowie ein Jugendcafé mit Billard. Darüber hinaus unterhielten die katholischen und evangelischen Kirchengemeinden Jugendprogramme.⁵³⁷ Dennoch mangelte es insbesondere alternativen Jugendlichen an Freizeitgestaltungsmöglichkeiten. Dies zeigten die Fotostreifzüge und anschließenden Gruppendiskussionen. Demnach schienen die bestehenden Angebote zu wenig auf die Bedürfnisse der Jugendlichen ausgerichtet.

I: Was müsste denn dort sein in den Jugendklubs, damit es euch dort gefällt?

A: Nicht so viele kleine Kinder. [...]

536 Vgl. Hammer/Göpner (2011): 20ff.

537 Hammer/Göpner (2011): 8ff.

B: Aber vorher hatten die auch die Computer und so, da war eigentlich übelst viel los. Das haben die ja nicht mehr, das haben sie ja abgeschafft und dadurch, was will ich denn da? (Person 2.1-154/5-6+11-12)

Als weiteres Problem erschien, dass bestimmte (Alters-)Gruppen die Angebote dominierten:

C: Aber das ist alles mehr was für Kleinere in Ost und das ist dann blöd. In [Name Ortsteil] sind zum Teil noch so über 20-Jährige drin und das ist dann auch nicht unser Ding.

B: Ja wir waren da schon mal und wurden raus gejagt, aber warum, weiß keiner. [...] die haben uns übelst vollgemault, dass wir [...] uns verpissen sollen. (Person 2.1-153f./31-33+1-3)

Neben den Jugendtreffs gab es im Ort weitere Angebote für Jugendliche. So wurde eine Skateranlage auch als Treffpunkt einer Jugendclique genutzt, die nicht skatet und so mit den skatenden Jugendlichen in Konflikt geriet:

A: Da waren auch Ältere und wenn die abends was getrunken hatten, ging das ziemlich übel zu.

B: Ja, entweder die haben sich übelst geprügelt oder die haben mit Graffiti immer gemacht und so und da kam halt Polizei. (Person 2.1-156/30-33)

Das Fehlen von Angeboten für Jugendliche einer bestimmten Altersgruppe nahmen auch Eltern war. Eine Mutter beschrieb die Situation:

Mittelstädt hat kein Freibad, obwohl wir eine Kreisstadt sind, das ist ein sehr großes Thema hier. Die Kinder sind ja gezwungen, am Gängelband geführt zu werden. Man kann sie ja nicht mal irgendwohin alleine gehen lassen. Jetzt haben sie immerhin in Mittelstädt-Nord einen Zweifelderplatz und einen neuen Spielplatz gebaut. Es mangelt ja hier selbst an Spielplätzen oder die, die es gibt sind keine: Da hast du bloß ein Klettergerüst und wehe, du machst laut, dann rufen die Anwohner das Ordnungsamt und dann ist auch das weg. Also für Kinder sehe ich hier momentan gar nichts. (Person 2.5-182/16-22)

Manche Jugendliche wollen sich Freiräume schaffen, in denen sie sich selbst verwirklichen können und haben konkrete Vorstellungen:

Mittelstädt muss an Attraktivität gewinnen. Das Problem ist, dass es kaum Angebote gibt. Vielleicht gibt es auch welche und man weiß es einfach nur nicht. Es gibt weder ein Kino noch ein Freibad noch irgendwelche Orte, wo ich mich als Jugendlicher treffen kann. Ich meine, einen Jugendklub gibt es, aber einen Freiraum, wo ich hingehen und den selber mit gestalten würde, gibt es halt nicht. Da müsste ich mir irgendwo eine Räumlichkeit mieten und selbst Mieträumlichkeiten, die ich noch erschwinglich bekommen würde, gibt es auch nicht. Mittelstädt braucht einfach ein bisschen einen Kulturschub, eine neue Jugendszene. (Person 2.4-175/21-27)

Um diesen Traum zu verwirklichen, braucht es nicht nur einen konkreten Ort, sondern insgesamt Freiräume zur Selbstgestaltung und Mitbestimmung.

Partizipation im Gemeinwesen

Partizipation war für das Projekt Horizont 21 schon aufgrund der Projektidee und der im Antrag formulierten Hypothesen ein zentraler Themenbereich. Der besondere Bedarf bestätigte sich in der Auswertung der Interviews. Positiv erschien mit Blick auf die Website der Stadt die Vielfalt von rund einhundert Vereinen, die auf ein großes Mitwirkungsinteresse schließen ließ.⁵³⁸ Diese Wahrnehmung bestätigten auch die Ergebnisse der parallel zum GWA-Projekt des KBS stattfindenden SORa-ZO-Studie: So nahmen nur 16 Prozent der Befragten regelmäßig (mindestens zwei Mal im Monat) an Veranstaltungen vor Ort teil. Ebenso war die generelle Bereitschaft der Mittelstädter, sich für eine bestimmte Sache aktiv zu engagieren, deutlich geringer als in den anderen Sozialräumen.⁵³⁹ Mehrere Interviewpartner*innen im GWA-Projekt beschrieben, dass besonders die Beteiligung älterer Einwohner*innen an öffentlichen Veranstaltungen schwierig sei:

Was für mich ein großes Fragezeichen ist, ist, wie man so einen Querschnitt der Menschen zusammenbringt, also das auch die Bevölkerung zwischen 25 und 55 irgendwie mit macht. Meist bekommt man entweder die Jugend oder die Alten, da hat man auch Ansprechpartner. Aber die Querschnittsgesellschaft zu erreichen, dass man den Hasenzüchterverein und die ganzen anderen Vereine einfängt, ist schwer. (Person 2.4-177/12-17)

Hier stellten sich Fragen nach alternativen Kommunikationswegen zwischen Aktiven und Bewohner*innen. An diesem Thema arbeitete sowohl die Stadtverwaltung mit mehreren Projekten als auch die Oberschule. So sollte ein Schulförderverein eine stärkere Einbindung von Eltern und Bürger*innen in die Belange der Schule erreichen. Die Stadtverwaltung vertrat unterschiedliche Ansätze: Es arbeitete ein Jugendparlament als Beratungsgremium des Stadtrates, ein Seniorenbeirat engagierte sich für soziale, kulturelle und politische Belange älterer Menschen und für Kontakte zu Jugendlichen. Er organisierte Fortbildungen zu jugendspezifischen und politischen Themen. Solche altersübergreifenden Ansätze böten aus Sicht der GWA eine gute Chance, mangelnde Beteiligung oder Ausgrenzungsmechanismen im Dialog unterschiedlicher Anspruchs- und Akteursgruppen im Ort zu überwinden.

538 Vgl. Hammer/Göpner (2011): 21f.

539 Borstel et al. (2009): 34ff.

4.2.3.3 Perspektiven der Gemeinwesenentwicklung

a) Thesen zur Oberschule⁵⁴⁰

Schulprojekte benötigen Verankerung: Die Angebote an der Oberschule haben nicht genügend Einfluss auf das Schulklima. Eine bessere Verknüpfung mit dem Unterricht und den Eltern wäre sinnvoll. Sie sollten sich daher auf die Zeit nach dem Unterricht erstrecken.

Gutes Schulklima braucht Freiheit: Das Schulklima konnte in den letzten Jahren stark verbessert, viele Probleme angegangen werden. Dennoch bestand eine negative Außenwahrnehmung der Schule trotz intensivierter Öffentlichkeitsarbeit fort. Ein neuer Ansatz könnte die Schaffung freier, auf Autonomieentwicklung der Jugendlichen zielender Lernorte unter Einbeziehung von Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen sein.

*Lehrer*innen benötigen Gesprächsebenen:* Lehrkräfte der Oberschule haben große Potenziale bei der Fächervernetzung und Schaffung kreativer Lernorte, an denen Inhalte gemeinsam diskutiert und neue Methoden ausprobiert werden. Um solche Lernorte zu entwickeln, bedarf es kreativer Räume für Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen.

b) Thesen zum Gemeinwesen⁵⁴¹

Menschenverachtendes Denken betrifft alle: Es gibt in Mittelstädt sowohl Alltagsrassismus als auch eine Bedrohung durch organisierte Neonazigruppen. Menschen, die nicht selbst bedroht sind, nehmen dieses beängstigende Klima häufig nicht wahr. Junge Betroffene wollen aus Mittelstädt wegziehen. Dies betrifft dann alle Einwohner*innen.

Mut zur Transparenz und Debatte: Entscheidungen der Politik und Verwaltung überblicken die Einwohner*innen häufig nicht genügend. Sie wünschen sich zielgerichtete Informationsvermittlung und offeneren Austausch.

Selbstbestimmte Räume für Jugendliche: Angebote für Jugendliche werden nicht genügend genutzt, da sie nicht attraktiv wirken. Jugendliche vermischen Freiräume, in denen sie selbst gestalten können. Solche Angebote würden auch Anreize schaffen, in Mittelstädt zu bleiben. Eine Umstrukturierung der Jugendangebote hin zu mehr aufsuchenden Strukturen und mehr Partizipationsmöglichkeiten wäre hilfreich. Ziel müsste es sein, die Gestaltungsräume zu erweitern, indem Jugendliche stärker eingebunden werden.

Übergreifende Begegnung schaffen: Es gibt Interesse an intergenerationalen und Stadtviertel übergreifenden Begegnungen. Auch die Integration

540 Vgl. Hammer/Göpner (2011): 39ff.

541 Vgl. ebd.

Asylsuchender und Spätaussiedler*innen bedarf einer stärkeren Thematisierung, die durch spezielle Angebote erreicht werden kann.

In der auf diese Thesen folgenden Diskussion mit lokalen Akteuren wurden Vorschläge für Veränderungen im Ort und an der Oberschule entwickelt. Es bildeten sich zwei Arbeitsgruppen, die sich mit offenen Angeboten für Jugendliche bzw. mit qualitativen Veränderungen an der Oberschule befassten und eine Reihe von Lösungen vorschlugen. Auf konzeptioneller Ebene wurden bereits im Projektantrag die Erweiterung interkultureller Kompetenzen in Form internationaler Begegnungen als wichtige Projektziele benannt. Die Ergebnisse der Analyse in Mittelstädt und die daraus formulierten Thesen bestätigten Handlungsbedarf für diesen Bereich, woraus die Idee einer internationalen Jugendbegegnung für Mittelstädt erwachsen ist.

c) Thesen für die (offene) Jugendarbeit

Am Standort fand sich eine Gruppe von Jugendlichen, deren Ziel ein selbstverwalteter Jugendklub war, da ihrer Meinung nach zu wenige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Mitbestimmung existierten. Ausgelöst durch die Diskussionen um das Gemeindeporträt und die Ergebnisse der SoRA-ZO-Studie fand ein Treffen verschiedener Jugendinitiativen statt, in dem die Erfahrungen Jugendlicher als Betroffene von Diskriminierung und rechter Gewalt zentral waren. Daraus entstand ein kontinuierliches Austausch- und Vernetzungsforum, das eine verbesserte Zusammenarbeit und Kommunikation zu Problemen und Vorfällen im Ort ermöglichte. Das maßgebliche Projekt der GWA war die Durchführung einer deutsch-israelischen Jugendbegegnung, der sich eine Ausstellung zu Erinnerungskultur und Menschenrechten anschloss. Dadurch wurde eine Erweiterung der interkulturellen Kompetenzen der Teilnehmenden sowie eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Schule und Akteuren im Gemeinwesen ermöglicht. Das Austauschprojekt und eine Schulpartnerschaft sollte durch lokale Akteure eigenständig weitergeführt werden. Die GWA-Arbeiter*innen standen zudem Bürger*innen aller Altersgruppen als Beratende und Unterstützende für konkrete Ideen zur Seite. Horizont 21 begriff Ansätze einer Schuldemokratisierung mit denen einer Demokratieentwicklung im Gemeinwesen, die Schule (Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern) als kommunizierende Röhren.

5 Praxisreflexion der GWA im Kulturbüro Sachsen e.V.

Eine formative Praxisreflexion der im vorangegangenen Kapitel dargestellten GWA-Projekte erscheint geeignet, um eine Qualifizierung der GWA im KBS insgesamt zu erreichen. Dafür konnte der Autor auf das vom IKG Bielefeld für das Bundesmodellprogramm CIVITAS 2002 bis 2007⁵⁴² entwickelte Konzept „Kommunale Kontextanalysen“ zurückgreifen. Dessen Systematik wurde um Analysekatégorien ergänzt, die sich aus meta- und praxistheoretischen Erörterungen des Autors zu politischer und sozialwissenschaftlicher Problembeschreibung, zur Sozialraum- und normativer Zivilgesellschaftsorientierung und zu Demokratiewerk als GWA ableiten. So ermöglicht zum Beispiel der Bezug auf die prozessual-systemische Denkfigur zur GMF-Reproduktionsunterbrechung (vgl. Kapitel 1.2.5) eine stringente Erörterung sozialräumlicher Bedingungen, Handlungsstrategien und Zielgruppen für die GWA. Die Sozialraumtopologie mit Milieubildung und Machtgefälle nach Bourdieu (vgl. Kapitel 2.1) ermöglicht es, den Sozialraum nicht nur hinsichtlich seiner sozialstrukturellen und lebensweltlichen Rahmung, sondern auch hinsichtlich des für sozialen Wandel im Gemeinwesen notwendigen Ressourcenbedarfs zu interpretieren. Eine daraus abgeleitete Fokussierung auf soziale Milieus und deren ökonomische, soziokulturelle und symbolische Ressourcendisposition ermöglicht eine realistische Einschätzung von Stärken und Schwächen lokaler Akteure sowie von Gelingensbedingungen für die GWA. Die Handlungstheorien der GWA, wie Aktionsforschung mit besonderem Fokus auf eine partizipative Zieldefinition, CO mit Blick auf Empowerment-Strategien sowie die SKA mit Schwerpunkt auf soziokulturelle Methoden der intergenerationell-partizipativen Bildungs- und Projektarbeit (vgl. Kapitel 3.2), bilden die handlungstheoretischen und methodologischen Grundlagen für die zu evaluierende GWA-Praxis.

542 Das Programm CIVITAS wurde 2002 bis 2007 von einer Forschungsgruppe des IKG Bielefeld im Auftrag des BMFSFJ extern evaluiert. Zu den Ergebnissen vgl. Lynen von Berg/Pallos/Steil (2007).

5.1 Kommunale Kontextanalysen als Grundlage für die Praxisreflexion

Die Kommunalen Kontextanalysen verbinden die projektbezogene Analyse der Qualität von Arbeitsprozessen mit „soziologischen Tiefenbohrungen“⁵⁴³ der soziokulturellen Kontexte der Projekte. Sie verfolgen eine an der Grounded Theory orientierte Entwicklung einer gegenstandsbezogenen Theorie.⁵⁴⁴ Die Ergebnisse wurden systematisch für eine Optimierung von Programm- und Projektabläufen nutzbar gemacht.⁵⁴⁵ Das Evaluationsteam ging davon aus, dass sich der Erfolg der GWA nur im konkreten Gemeinwesen selbst beurteilen lasse und nahm die Spezifik des Sozialraumes als konkrete Lebenswelt in den Blick, die von gesamtgesellschaftlichen Prozessen geprägt ist. Mit der Analyse objektiver (materieller und soziokultureller Ressourcen) und diskurstheoretischer (Wahrnehmungen, Deutungen, Selbst- und Fremdbilder) Bedingungen sozialprofessionellen Handelns wurde eine Bewertung dessen möglich, was GWA-Projekte mit hoher Konzept- und Prozessqualität in diesem Interventionsfeld erreichen können.⁵⁴⁶ Die Kommunalen Kontextanalysen leisten in bisher einmaligem Umfang eine Evaluation sozialräumlicher Demokratietarbeit, die zeigt, dass eine Bewertung von Erfolg und Misserfolg der Projekttaktivitäten nur unter Einbeziehung der sozialräumlichen Ausgangslage möglich ist.⁵⁴⁷ Da GWA-Projekte aus den drei Ebenen Intervention und Interaktion im Sozialraum bestehen, muss auch die Analyse ihrer Kerntätigkeiten dreidimensional als Struktur-, Interaktions- und Akteursanalyse erfolgen (vgl. Kapitel 5.6).⁵⁴⁸ Die Reflexion der unterschiedlichen Perspektiven von GWA-Arbeiter*innen, Adressat*innen und sonstigen Anspruchsgruppen ermöglicht die Identifizierung wichtiger Prozessbedingungen und damit begründbare Einschätzungen, ob eine konkrete Intervention angemessen ist. Das Ziel, Erfolgsmaßstäbe gelingender Intervention und Interaktionen im sozialräumlichen Kontext zu definieren, setzt voraus, dass

*diejenigen, bei denen und mit denen etwas bewirkt werden soll, angemessen beteiligt werden. Denn die [...] Betroffenen [...] sind es letztlich, die über die Kompetenz und das Wissen verfügen zu entscheiden, ob eine professionelle Maßnahme etwas gebracht hat.*⁵⁴⁹

543 Palloks (2007): 22.

544 Vgl. Glaser/Strauss zitiert in Lynen von Berg/Palloks/Steil (2007): 347.

545 Vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil (2007): 345ff.

546 Vgl. ebd.:

547 Vgl. Palloks (2007): 25.

548 Vgl.: Lynen von Berg/Palloks/Steil (2007): 357.

549 Roth (2004b): 9.

Dafür sind Ziele nötig, die transparent gemacht werden müssen und die alle Beteiligten teilen.⁵⁵⁰ Das Evaluationsinstrumentarium ermöglicht es schließlich auch, kontroverse Bewertungen von Projektleistungen einzuordnen, indem die Deutungsmuster und Perspektiven, die diesen Einschätzungen zugrunde liegen, rekonstruiert werden. Schließlich erscheint es wichtig, das IKG-Evaluationsteam auch hinsichtlich einer wichtigen Einschränkung zu zitieren:

Die Entwicklung von Erfolgsmaßstäben [...] darf nicht mit einer Wirkungsanalyse verwechselt werden. Das mechanistische Schema von Einfluss und Wirkung ist mit der Untersuchungsperspektive [...] nicht vereinbar. „Wirkungen“ und „Folgen“ unterscheiden sich danach, wie streng sie in eindeutig-lineare Kausalitätsrelationen eingebunden werden.⁵⁵¹

„Wirkung“ beschreibt ein Geschehen, das auf bestimmte Interventionen zurückzuführen ist. GWA-Projekte haben aber auch „Folgen“, die sich nicht monokausal auf strategische Handlungen zurückführen lassen. Ob eine Projektstrategie zum Erfolg führt, bestimmen strukturelle Rahmenbedingungen und unkalkulierbare Dynamiken mit.

5.2 Reflexionsdesign

Von wesentlicher Bedeutung ist bei einer formativen Praxisreflexion die systematische Dokumentation, Diskussion und damit reflexive Begründung aller wesentlichen Schritte bezüglich der Informationssammlung und -bewertung und der dafür ausschlaggebenden Reflexionskriterien. Der Bewertungsgegenstand kann stets nur vorläufig interpretiert werden und muss im Dialog über die Wirksamkeit und Plausibilität einer konkreten Aktion mit den Anspruchsgruppen eines GWA-Projektes im Verlauf der Untersuchung neu konturiert werden. Für die hier vorgelegte Reflexion erscheint allerdings eine stärker interpretative Vorgehensweise aus zweierlei Gründen angebracht:

1. Unterschiedliche sozialräumliche Gegebenheiten der beiden GWA-Projekte bildeten sehr verschiedene Ausgangssituationen.
2. Unterschiedliche inhaltliche, zeitliche und personelle Rahmenbedingungen aufgrund der Logiken der finanzierenden EU-Förderprogramme bedurften einer spezifischen Einarbeitung in das Reflexionsdesign.

Die GWA-Konzepte orientierten sich stark an den inhaltlichen und strukturellen Rahmungen der Förderprogramme. Das Projekt in Urlaubsdorf, als Bestandteil des modellhaften Antrags Lokale Dorfentwicklung, wurde in den Jahren 2005 bis 2007 mit einer 75-Prozent-Stelle und einer externen wissen-

550 Vgl.: Palloks (2007): 25

551 Ebd.

schaftlichen Beratung durch die Arbeitsstelle für Praxisforschung, der Evangelischen Hochschule Dresden (FH) durchgeführt. Das Projekt in Mittelstädt war Bestandteil des Antrages Horizont 21 und wurde in den Jahren 2009 bis 2012 mit einer Projektmitarbeiterstelle mit 75 Prozent, einer internen Prozessreflexion und einer externen wissenschaftlichen Begleitung durch das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) in Berlin durchgeführt. In beiden Projektanträgen wurde über die hier vorgelegte Reflexion hinaus in anderen Gemeinwesen gearbeitet. Aus Kapazitätsgründen und aufgrund der besseren Datenlage analysiere ich hier jedoch nur die Projekte Urlaubsdorf und Mittelstädt. Sie ermöglichen, trotz Unterschieden in Projektausrichtung und sozialräumlicher Situation der Standorte, eine Vergleichbarkeit in der Projektidee.

Für die Praxisreflexion wurden qualitative Methoden der Datenerhebung und -analyse zu Zielen, Zieloperationalisierung, Prozessqualität und Projektergebnissen genutzt: rekonstruktive Dokumentenanalyse, teilnehmende Beobachtung, leitfadengestützte Interviews und Gruppendiskussionen mit GWA-Arbeiter*innen und projektbeteiligten Adressat*innen sowie Kooperationspartner*innen. Diese Methodik wurde in beiden Fällen sowohl von der externen wissenschaftlichen Begleitung als auch der internen Prozessreflexion und dem Controlling verwendet (vgl. Kapitel 5.2). So konnten unterschiedliche Einflussgrößen und Umsetzungspraktiken im Projektverlauf ermittelt und die in den Interviews aufgefallenen Widersprüche oder Veränderungen von Sichtweisen und Strategien erfasst und reflexiv in den Dialog über das Projekt eingebunden werden. Die Befragung von nicht direkt projektbeteiligten Partner*innen, wie Mitarbeiter*innen in der Jugendarbeit, Aktive in relevanten gesellschaftlichen Institutionen (Altenarbeit, Kirche, Kulturverein etc.) ermöglichte außerdem eine Außeneinschätzung, ob die Projekte, ihre Funktion und Angebote akzeptiert und angenommen wurden, sowie eine Einschätzung der GWA-Arbeiter*innen, wie zufrieden die Adressat*innen waren. Aus dem Material wurden Aussagen von Projektmitarbeiter*innen und Adressat*innen über eine gelungene Projektumsetzung gewonnen.

5.2.1 Die externe wissenschaftliche Begleitung

Beide Projekte beinhalteten eine externe wissenschaftliche Analyseebene. Das externe Fachcoaching durch die Arbeitsstelle für Praxisforschung, Beratung und Entwicklung im Projekt Lokale Dorfentwicklung war jedoch zeitlich und finanziell geringer ausgestattet, als die etwas breiter angelegte und besser ausgestattete externe wissenschaftliche Begleitung durch das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration im Projekt Horizont 21. In beiden Fällen sollten im Projektverlauf diagnostizierte Fehler und Erkenntnisse die Projekte selbst sowie die GWA-Konzepte des KBS insgesamt qualifi-

zieren. Dabei konzentrierte sich die externe wissenschaftliche Begleitung aufgrund ihrer beschränkten Kapazitäten auf die Analyse herausgehobener Aktivitäten. Die Fachbereichsleitung der GWA organisierte in beiden Projekten eine Selbstreflexion der GWA-Arbeiter*innen, wobei auch hier deren Umfang im Projekt Horizont 21 größer war und als angeleiteter Qualitäts- und Wirksamkeitsdialog gelten kann. In beiden Projekten fanden regelmäßige Reflexionstreffen mit den GWA-Arbeiter*innen statt, die im Dorfentwicklungsprojekt als protokollierte Reflexionsgespräche, im Projekt Horizont 21 als leitfadengestützte Interviews oder Gruppengespräche stattfanden. In diesen Treffen wurden die Perspektiven der Mitarbeiter*innen auf die Einzelaktivitäten und Projekthinhalte ausgewertet. Dabei sollten aus individuellen Äußerungen verallgemeinerbare Deutungen und eine „Bewertung der konzeptionellen Elemente und ihrer Umsetzung“⁵⁵² destilliert werden. Im Projekt Horizont 21 konnte die wissenschaftliche Begleitung die Wirksamkeit ausgewählter Ideen anhand von Einzelinterviews mit Adressat*innen der Projektarbeit, wie Schüler*innen, Lehrer*innen und Kooperationspartner*innen, analysieren.⁵⁵³ Für diese Arbeit greift der Autor, soweit sich diese von anderen Projekten trennen lassen, lediglich auf Daten und Erkenntnisse aus dem Modellprojekt Horizont 21 in Mittelstädt zurück.

5.2.2 Interne Prozessreflexion und Controlling im Projektverlauf

Das Projekt Horizont 21. Demokratie leben und lernen war als Modellprojekt mit einer vergleichsweise intensiven Reflexion angelegt. Es sah einen projektbegleitenden internen Wirksamkeitsdialog vor, der die Projektaktivitäten und Erfahrungen dokumentieren, aufbereiten und kritisch reflektieren sollte. Diese praxisbegleitende Dokumentation unter Einbeziehung unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen sollte die Erarbeitung von „Handlungsempfehlungen zur Übertragbarkeit von Ansätzen und Konzepten“ erleichtern.⁵⁵⁴

Im Rahmen des Projektes Lokale Dorfentwicklung gab es dagegen kein so ausgeprägtes projektbegleitendes internes Controlling. Die Projektmitarbeiterin stellte den Projektverlauf, seine Meilensteine und Schlüsselstellen nach etwa einem Jahr Projektlaufzeit dem KBS im Rahmen eines Workshops vor. Diese zweitägige reflektierende Teamberatung bereitete sie in intensiver Beratung mit der externen formativen Projektevaluation vor; Fokus lag auf der internen Evaluation des Projekts. Die Ergebnisse des Reflexionsworkshops flossen direkt in die Strategiebildung für die zweite Projektphase und die Anpassung des Projektverlaufes ein. Das Protokoll der Teamdiskussion war eine

552 Vgl. Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 4.

553 Ebd.: 62.

554 Nattke (2011): 90.

Datengrundlage für die Erarbeitung der Abschlussdokumentation des Projektes und für diese Dissertation.

Ein Jahr nach Projektstart gab es an jedem Standort eine Ortsbegehung mit dem*der Projektmitarbeiter*in und der Projektleitung, die gleichzeitig für die interne Praxisreflexion und das Controlling im Projekt zuständig war. Diese teilnehmende Beobachtung ermöglichte es, zusätzliche Informationen über ortsspezifische Rahmenbedingungen wahrzunehmen. Im Verlauf des Projektes Dorfentwicklung fand diese Ortsbegehung mit dem zuständigen MBT statt, da die Projektleitung zu diesem Zeitpunkt in Elternzeit war. Im Projekt Horizont 21 wurde innerhalb des KBS ein projektbegleitender Wirksamkeitsdialog, in Form von zu Projektbeginn und gegen Projektende geführten Interviews mit den GWA-Arbeiter*innen, etabliert. Je Standort war das ein qualitatives Interview mit einem*r Projektmitarbeiter*in nach einem einheitlichen Leitfaden. Die erste Interviewphase fand nach etwa einem Jahr Projektarbeit im zweiten Halbjahr 2010 statt. Inhaltliche Schwerpunkte waren Reflexionen zum Projektstart, Erkenntnisse während der Aktivierung vor Ort, Widerstände im ersten Jahr der Projektlaufzeit und die Identifizierung von Differenzen. Unter Differenzen wurden in der internen Praxisreflexion erkannte Unterschiede zwischen geplantem Projektverlauf (Phasenplan) und Ist-Zustand verstanden, die sich in einer Diskrepanz zwischen Anspruch und realer Umsetzung von Projektzielen ausdrückten. Die Ergebnisse der ersten Phase der Controlling-Interviews wurden im Oktober 2010 mit den GWA-Arbeiter*innen diskutiert. Diese interne Bestandsaufnahme führte unter anderem zur Prüfung der eigenen Vorgehensweisen, zur Entwicklung neuer Ideen und zur Ermittlung von Fortbildungsbedarfen im Team. Die zweite Interviewphase fand zwischen Mai und September 2011 statt und umfasste sechs Leitfadeninterviews mit allen GWA-Arbeiter*innen und der Projektleitung. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten die Projektaktivitäten der Umsetzungsphase, die Überwindung von Widerständen und Auflösung von Differenzen im Projektverlauf, Umsetzungsprobleme durch Vakanzen und Personalwechsel und das Thema Nachhaltigkeit der während der GWA entstandenen Projekte und Ideen. Diskutiert wurden die ausgewerteten Ergebnisse im Oktober 2011.

Eine weitere wichtige Datenquelle für die Auswertung der praktischen Erfahrungen bildete das Berichtswesen der GWA-Arbeiter*innen. Diese Arbeitsberichte stellen das Grundgerüst des internen Berichtswesens aller Arbeitsbereiche im KBS dar. Sie dokumentieren Erfahrungen aus Sicht der Projektverantwortlichen, reflektieren wichtige Meilensteine im Projekt und informieren die Mitarbeitenden aller anderen Projektbereiche im KBS über den Projektverlauf und Fragen ans Gesamtteam. Ergebnisse mit oder Erfahrungen aus Interaktionen mit Adressat*innen oder Anspruchsgruppen der GWA-Projekte konnten so dokumentiert und zur Grundlage für strategische Veränderungen werden. Im Projekt Horizont 21 flossen die Monatsberichte von Juni 2009 bis Juni 2011 in die Auswertungen zur internen Evaluation ein. Im Modellprojekt

Lokale Dorfentwicklung flossen die Monatsberichte von September 2005 bis März 2007 in die Abschlussdokumentation ein. Beide Datensammlungen wurden hier ausgewertet. Wechselwirkungen zwischen GWA-Arbeiter*innen und Adressat*innen oder weiteren Anspruchspersonen ließen sich aus den Befragungen und durch Dokumentenanalysen rekonstruieren und aus unterschiedlichen Perspektiven abbilden.

5.2.3 Beurteilungskriterien zur Prozessqualität

In der Analyse der Ziele der GWA im KBS kann die „Befähigung lokaler Akteure zur Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion mittels partizipativer Bildungs- und Projektarbeit zur Stärkung demokratischer (Aus-)Handlungsformen und eines vitalisierten sozialen und kulturellen Zusammenlebens“ als Metazielstellung identifiziert werden.⁵⁵⁵ Als operationalisierte Mittlerziele und Inhalte der Interventionen ergeben sich im Lichte der in den Kapitel 2 bis 4 umfanglich dargelegten Theorielage folgende verschiedene Handlungsformen:

- Zugänge und Vertrauen zu Adressat*innen im Gemeinwesen aufbauen
- sozialräumliche Ressourcen (Stärken) und Probleme (social problems) analysieren, wertschätzend transparent und zur Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion nutzbar machen
- lebensweltliche Anliegen (social issues) identifizieren und bei ihnen ansetzend Adressat*innen zur Mitarbeit animieren
- Hegemonie normativ-deliberativer Menschenrechtsorientierung gewährleisten und Diskursmacht von extrem rechten Orientierungen und GMF verringern
- emanzipatorische Selbstbestimmung und demokratische Aushandlungsfähigkeit stärken
- Meinungsvielfalt tolerieren, Widersprüche und Konflikte konstruktiv bearbeiten⁵⁵⁶

Für die Bewertung, ob diese operationalisierten Allgemeinziele erreicht wurden, ob Inhalte vermittelt und Adressat*innen mit den gewählten Ansprachestrategien und Formaten eingebunden werden konnten, wurden die Schlüsselkategorien ‚Sensibilisieren‘, ‚Aktivieren‘, ‚Empowern‘ und ‚Vernetzen‘ erarbeitet.⁵⁵⁷ Diese Kategorien zur Beurteilung der Prozessqualität wurden mit unterschiedlichen Wertedimensionen als Bewertungskriterien operationalisiert.⁵⁵⁸

Die Partizipationsorientierung umfasst die Beteiligung der Adressat*innen bei der Planung, Durchführung und Auswertung der GWA-Projekte und die

555 Vgl. auch Lynen von Berg/Palloks/Steil (2007): 354.

556 Vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil (2007).

557 Vgl. Berg/Palloks/Steil (2007): 353.

558 Wertedimensionen in Anlehnung an ebd.: 354f.

prinzipielle Fokussierung auf deren lebensweltliche Anliegen. Die Sozialraumsensibilität beschreibt, ob Adressat*innen unterschiedlicher sozialer Milieus durch offene und flach hierarchisierte Projekt- und Kommunikationsformen der Zugang zur Mitwirkung ermöglicht wurde. Die ‚Intergenerationalität‘ fragt danach, ob spezifische Ansprachestrategien und -formate die Herstellung von Gelegenheitsstrukturen ermöglichen, in denen sich sowohl jüngere als auch ältere Menschen wohlfühlen und Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können. Die ‚Nachhaltigkeit‘ beschreibt eine Situation, in der Adressat*innen durch die GWA angestoßene Projekte und Ideen weitertragen oder sich Strukturen und Prozesse verselbstständigen. Um diese vier Wertedimensionen schließlich auf Projektebene evaluieren zu können, sind folgende Analysekatégorien wichtig.⁵⁵⁹

Organisationsprinzipien: Die Offenheit und Wertschätzung gegenüber Adressat*innen (und deren Freiwilligkeit) muss Beachtung finden; Selbstorganisation sollte gefördert und Engagement ermöglicht werden.

Rollenverständnis und Handlungsprinzipien: Vorhandene individuelle und sozialräumliche Ressourcen sollten nutzbar gemacht werden (Ressourcenorientierung); die Orientierung liegt konsequent auf der Lebenswelt und den Anliegen der Adressat*innen (Überwältigungsverbot⁵⁶⁰). Hilfe zur Selbsthilfe gilt als methodisches Prinzip; Empathiefähigkeit, Wertschätzung und Augenhöhe sowie Wahrung gleicher Distanz zu allen projektrelevanten Anspruchspersonen muss gegeben sein; Selbstreflexivität und die Wahrnehmung der eigenen Vorbildfunktion bilden eine wichtige Basis und auf unterschiedliche Projektverläufe muss flexibel reagiert werden können.

Diskurs- und Interaktionsprinzipien: Dem Respekt und der Wertschätzung unterschiedlicher Meinungen liegt die Universalität der Menschenrechte zugrunde; gegenüber allen Akteuren muss ein Vertrauensschutz gewährleistet sein; Konflikte werden offen thematisiert und ausgehandelt (bei diesem Kontroversitätsgebot sind sozialräumliche Machtverhältnisse auszugleichen; milieu- und altersunterschiedsadäquate Gesprächskultur und Angebote sind gefordert, um Ausgrenzung zu vermeiden).

5.2.4 *Die drei Dimensionen der formativen Evaluation*

Vielfältige externe Faktoren beeinflussen die Wirkung und den Ablauf von GWA-Projekten. Roland Roth plädiert deshalb für einen pragmatischen Umgang mit Kausalitätsproblemen:

„Niemand im Feld glaubt an strikte Kausalität, aber doch an mögliche und wahrscheinliche Wirkungszusammenhänge, die vielleicht mit den nächsten Forschungs-

559 Vgl. ebd.: 355f.

560 Vgl. bpb (2011).

*ergebnissen revidiert werden müssen. [...] Evaluationsergebnisse müssen m. E. nicht in einer höheren Spielklasse erzielt werden, sondern es kann nützlich sein, in einigen Dimensionen gezielte Rückmeldungen aus dem Feld zu organisieren, um zu prüfen, ob sich die vermuteten und erhofften Wirkungen eingestellt haben“.*⁵⁶¹

In diesem Verständnis kann von Wirkungen also bereits dann gesprochen werden, wenn die Befragten glauben, dass etwas wirksam ist, somit über die Zuschreibung von Kausalität eine Wirksamkeit unterstellt wird. Um also Ergebnisse der Projektarbeit als (Miss-)Erfolge bestimmen zu können, bedarf es eines Analysedesigns, das die unterschiedlichen sozialstrukturellen und lebensweltlichen Bedingungen der Gemeinwesen reflektiert und Erkundigungen über Wirkungszusammenhänge bei Projektbeteiligten einholt. Die Kommunalen Kontextanalysen schlagen hierzu drei Analyseebenen vor,⁵⁶² die für die Bewertung der GWA-Projekte des KBS in dieser Arbeit aufgrund der weitgehend identischen Zielstellung und Handlungsfeldorientierung übernommen und angepasst werden.

Die Strukturanalyse interpretiert die Interaktionen und ihre Resultate im Projektverlauf vor dem Hintergrund sozialräumlicher, im Gemeindeporträt zu einem Sozialprofil verdichteter Strukturmerkmale. Aus diesen ergeben sich relevante Fragestellungen für die Projektevaluation, etwa: Werden die Interaktionen im GWA-Projekt durch objektive Sozialraumeigenschaften (Größe, Sozialstruktur, ökonomische und demografische Entwicklung) und lebensweltliche Diskurse, Machtverhältnisse, Mentalitäten und Einstellungen (GMF) beeinflusst? Eventuell muss hier das Konzept der GWA angepasst werden.⁵⁶³ Sind die Projekte in der Lage, spezifische individuelle und sozialräumliche Ressourcen im Gemeinwesen zu identifizieren und diese zu ihrem Vorteil zu nutzen? Leisten die Projekte (un-)mittelbar einen Beitrag zu einer Auseinandersetzung (vielleicht auch zu einer Enttabuisierung) mit und zur Unterbrechung von GMF-Reproduktionsprozessen?

Die Akteursanalyse beschreibt die Projektarbeit aus der Perspektive der strategisch handelnden Akteure, also der GWA-Arbeiter*innen, der Adressat*innen und sonstiger Anspruchsgruppen (Kooperationspartner*innen oder andere in der demokratischen Kultur engagierte Personengruppen). Fragen die sich in diesem Bereich ergeben können, sind zum Beispiel: Werden lokale Anliegen in der Analysephase erfasst, in die Projektplanung einbezogen sowie mit übergeordneten Zielen aus dem Projektantrag (Social Problems) verknüpft? Hier handelt es sich um eine strategische Kompromissbildung. Ermöglicht GWA verschiedene milieu- und altersübergreifende Gelegenheitsstrukturen (mit einfachen Zugängen und vielfältigen Beteiligungsoptionen) für die Entwicklung von Zielen und Strategien und für die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, demokratische Mitbestimmung und Teilhabe bei den Adressat*innen?

561 Roth (2004b): 8

562 Vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil (2007): 357f.

563 Vgl. ebd.: 358.

Tragen die Projektformate durch unterschiedliche Ansprachestrategien und Themensetzungen dazu bei, GMF-Reproduktion zu thematisieren oder gar zu unterbrechen?

Die Interaktionsanalyse fragt, aufgrund welcher Ansprachestrategien und Gelegenheitsstrukturen Adressat*innen und Anspruchspersonen durch die Projektarbeit erreicht und in Kooperationen eingebunden werden konnten sowie wo und mit wem es Konflikte im Projektverlauf gab und ob diese eventuell durch einen klugen Kompromiss im Dialog zwischen GWA-Arbeiter*innen und Adressat*innen gelöst werden konnten. Dabei ist von besonderer Bedeutung, welche Wahrnehmungen und Erkenntnisse zu Anpassungen im Projektverlauf führten. Folgende Fragen wurden der Interaktionsanalyse der GWA-Projekte zugrunde gelegt: Tragen die Interaktionen zwischen GWA-Arbeiter*innen und Adressat*innen im Projekt zu einer reflexiven Auseinandersetzung bei und ermöglichen sie vielleicht eine Überwindung von Vorurteilen und GMF? Welche Ursache haben Konflikte im Projektverlauf? Vor dem Hintergrund welcher strategischen Ziele und habituellen Dispositionen treffen die Adressat*innen und andere Anspruchspersonen welche Bewertungen der Projektarbeit? Wie ist die Projektresonanz im Detail?⁵⁶⁴ Welche zur Erreichung der Projektziele relevanten Adressat*innen konnten im Projektverlauf erreicht und in Kooperationen eingebunden werden? Unter welchen Bedingungen und mit welchen Strategien gelangen Kooperationen? Welche Ursachen hatte deren Misslingen? Wie waren der Interaktionsradius und -niveau?⁵⁶⁵

5.3 Hinderungsfaktoren im Prozessverlauf der Gemeinwesenprojekte

Der Fokus auf Hinderungsfaktoren im Prozessverlauf sollte Projektsteuerung und strategische Anpassungen im kollegialen Dialog ermöglichen. Die Identifizierung ortsspezifischer Widerstände sollte darüber hinaus Verallgemeinerungen ermöglichen, welche generellen Widerstände gegenüber GWA-Projekten zu erwarten seien. Diese Arbeit verwendet eine sehr offene Definition von Hinderungsfaktoren, die alle Widerstände aus Sicht der GWA-Arbeiter*innen umfasst.⁵⁶⁶ Interne Praxisreflexionen im Projekt Horizont 21 identifizierten vier Hinderungsfaktoren, die als generelle Widerstände für GWA-Projekte gelten können.⁵⁶⁷ Sie wurden auch für die Praxisreflexion des Projekts Lokale Dorfentwicklung angewandt.

564 Vgl. ebd.: 358f.

565 Vgl. ebd., vgl. auch Palloks (2007): 23.

566 Nattke (2011): 98f.

567 Vgl. auch Korgel/Bringt (2005): 13f.

1. Hinderungsfaktor: Akteure sehen Ortsimage durch offene Thematisierung von GMF und Demokratiedefiziten bedroht

Sowohl Urlaubsdorf als auch Mittelstädt waren zum Zeitpunkt der GWA-Projekte Schwerpunkte neonazistischer Strukturen in Sachsen.⁵⁶⁸ Diesen Fakt offen zu diskutieren – beispielsweise sogar vor israelischen Gästen des Austauschprojektes in Mittelstädt –, traf bei politisch Verantwortlichen an beiden Standorten auf große Widerstände. Insbesondere die mehrfach mit neonazistischen Vorfällen bekannt gewordene Oberschule in Mittelstädt hatte ein starkes Bedürfnis, solche Ereignisse in der jüngeren Geschichte nicht zu benennen und stattdessen intensiv an einer Verbesserung des Schulimages zu arbeiten. Dennoch war gerade dieses Thema der Ausgangspunkt für das GWA-Projekt und diverse Einzelformate, etwa den deutsch-israelischen Schüleraustausch oder die soziokulturelle Bildungsarbeit der Bürgerinitiative in Urlaubsdorf.

2. Hinderungsfaktor: Skepsis gegenüber Offenheit und Prozessorientierung des Projektes

In der ersten Projektphase empfanden alle Projektreferent*innen die einem persuasiven GWA-Projekt innewohnende Offenheit und Prozessorientierung als Hinderungsfaktor, insbesondere in solch geschlossenen Systemen wie dem der Schule. Sowohl Schüler*innen als auch das Lehrpersonal, aber auch andere Projektpartner*innen vor Ort und teilweise die Projektmitarbeiter*innen selbst hatten große Schwierigkeiten damit, ein Projekt anzunehmen, welches nicht mit vorgefertigten Lösungen oder Projektangeboten daherkam, sondern sich als lernendes System verstand. Mit diesem konzeptionellen Zugang sollte erreicht werden, dass die Projektidee und deren Inhalte nicht von außen diktiert, sondern bei den Akteuren vor Ort als ihre eigene Idee verankert blieb und entwickelt wurde. In der ersten Projekthälfte entwickelte das Projektteam unterschiedliche Vorschläge, mit diesen Widerständen konstruktiv umzugehen. So entwickelten die GWA-Arbeiter*innen erste Themenvorschläge und Projektideen, an denen plastisch werden sollte, wie sozialräumliche Projektarbeit unter Begleitung des KBS ablaufen könnte. Die GWA-Arbeiter*innen betonten, dass die Perspektiven und konkreten Ideen der Menschen vor Ort Ausgangspunkt der Projektarbeit sein würden.

*3. Hinderungsfaktor: Fehlende Zeitressourcen von Schüler*innen und Jugendlichen führt zu Diskontinuitäten in der Zusammenarbeit*

Dieses Problem schätzten GWA-Arbeiter*innen beider Projekte als zentral ein. In Urlaubsdorf waren die Jugendlichen aufgrund weiter Schulwege und

568 Vgl. auch IKG (2009): 17ff., 55f.

langer Verweilzeiten aufgrund von Ganztagsschulangeboten nur am späten Nachmittag und Abend im Gemeinwesen anzutreffen. In Mittelstädt wurden fehlende Zeitressourcen von Schüler*innen als bedeutender Hinderungsfaktor zur Mitwirkung bei partizipativen und damit besonders zeitintensiven GWA-Projekten eingeschätzt.

4. Hinderungsfaktor: Vorurteile und fehlende interkulturelle Kompetenz

In beiden GWA-Projekten prägten Vorurteile und fehlende interkulturelle Kompetenz die Orientierungen und das Verhalten auch von (potenziellen) Adressat*innen der Arbeit. In Urlaubsdorf waren solche Vorurteilsstrukturen trotz der Grenznähe aufgrund negativer Erzählungen über das Handeln tschechischer Milizen am Ende des Zweiten Weltkrieges noch immer virulent. In Mittelstädt waren solche Einstellungen als diskriminierendes Verhalten im Alltag der Oberschule und als allgemeine Einstellung im Bevölkerungsdurchschnitt durch die SoRA-ZO-Studie explizit als problematisch erhoben worden.⁵⁶⁹

5.4 Projektaktivitäten zur Überwindung behindernder Faktoren

In der internen Praxisreflexion wurden auf Grundlage der Monatsberichte, Beratungsprotokolle und Einzelgespräche Projektaktivitäten⁵⁷⁰ identifiziert. Als solche wurden alle Einzelmaßnahmen, „die in direktem Zusammenhang mit der [Konzeption und] Durchführung des Projektes“⁵⁷¹ standen, begriffen. Besonders wichtig waren jedoch im Projektverlauf konzipierte Aktivitäten, die Hinderungsfaktoren (vgl. Kapitel 5.3) überwinden oder ihnen gegensteuern sollten. Sie wurden im Projektteam intensiv diskutiert.⁵⁷² Damit sollten in einem Wirksamkeitsdialog sowohl Kriterien für das Gelingen oder Misslingen einzelner Aktivitäten erarbeitet, als auch – soweit noch möglich – der Projektverlauf angepasst werden. Es wurde qualitativ zwischen kurzzeitigen (ein- oder zweimaligen) und langzeitigen Aktivitäten unterschieden, um für zukünftige vergleichbare Projekte Rückschlüsse auf den für solche Aktivitäten zu erwartenden Ressourcenbedarf (Arbeitszeit, Kreativität, Aufbau und Erhalt vertrauensvoller Beziehungen etc.) ziehen zu können. Im Wirksamkeitsdialog von

569 Vgl. Borstel et al. (2009): 31.

570 Nattke (2011): 105.

571 Ebd.

572 Ebd.: 106.

Horizont 21 wurden dreißig solcher Aktivitäten ermittelt.⁵⁷³ Für das Projekt Dorfentwicklung ist eine solche Analyse nur begrenzt erfolgt. Nachfolgend wird der Verlauf exemplarisch an sieben in beiden Projekten als relevant benannten Aktivitäten dargestellt.

1) Aktivierende Befragung und Gemeindeporträt

Aktivierende Befragungen fanden für die Erstellung eines Gemeindeporträts (Sozialraumanalyse) an beiden Projektstandorten statt. Ihr außerordentlicher und auch für die hier analysierten Projekte maßgeblicher Vorteil liegt in der Erhebung unterschiedlicher Perspektiven und Ideen zu einem Thema, die bei anderen Erhebungsmethoden in dieser Mischung und Varianz nicht zusammenkommen würden. Darüber hinaus ermöglicht diese Methode der Datenerhebung eine direkte Einbindung unterschiedlicher lokaler Akteure in eine Projektplanung und -umsetzung. Damit ist sie bereits in sich selbst eine erste und für ein partizipatives Projekt grundlegende Projektphase. Sie ermöglichte darüber hinaus einen Perspektivwechsel einer zumeist auf die eigenen Probleme fokussierten Bildungseinrichtung hin zu den Belangen des Gemeinwesens.

Die Erstellung des Gemeindeporträts nahm viel Arbeitszeit in Anspruch: die Befragung, Auswertung und Erhebung sämtlicher für die Sozialraumanalyse relevanter Daten. Im Ergebnis muss festgestellt werden, dass diese Startphase zu viel Raum einnahm. Erste Zwischenergebnisse aus der aktivierenden Befragung wurden erst nach achtmonatiger Projektlaufzeit und das vollständige Gemeindeporträt erst zur Mitte des dreijährigen Projektes präsentiert. Jugendgerechtere und dabei ebenso partizipative Erhebungsmethoden (z. B. Fotostreifzüge mit Auswertung) hätten außerdem an allen Projektstandorten zur Anwendung kommen müssen, um eine bessere Einbindung von Jugendlichen in das Projekt zu erreichen.

2) Thesenvorstellung und -diskussion zum Gemeindeporträt

An beiden Projektstandorten fand eine öffentliche Vorstellung der Thesen aus dem Gemeindeporträt (Analysephase) in Form einer Bürgerversammlung als kurzzeitige Projektaktivität statt. Ihr Ablauf war an beiden Orten gleich:

1. Thesenvorstellung
2. Arbeit in zwei Arbeitsgruppen
3. Präsentation der Arbeitsergebnisse
4. Resümee und Ausblick

An diesen Versammlungen nahmen Menschen teil, die sonst nicht in dieser Zusammensetzung zusammenkommen würden, um gemeinsame Problem-

573 Ebd.: 105.

stellung zu bearbeiten. Dabei zielten Projektformat und Arbeitsweise auf eine Perspektivenveränderung bei den Beteiligten (von der Schulfokussierung im Projekt Horizont 21 zu einem Blick auf das Gemeinwesen; im Projekt Dorfentwicklung von einer Fixierung auf einen Jugendklub zu einer Neukonzeption der Jugendarbeit insgesamt). Neue Projektideen konnten auf Grundlage moderierter Diskussionen zu besonderen Thesen und Schwerpunkten in der Arbeit in Kleingruppen entwickelt werden. So entstanden konkrete Handlungsschritte für die Weiterarbeit im Ort und in der Schule. Der Verlauf der Versammlung und ihre Ergebnisse wurde schließlich in beiden Standorten in der lokalen Presse diskutiert und dadurch für andere interessierte Bürger*innen transparent gemacht.

Allerdings erschien der Umfang der Gemeindeporträts von jeweils rund 40 Seiten den Projektbeteiligten zu groß. Schließlich erwies sich das Porträt auch aus anderen Gründen als wenig sinnvoll: Die Ergebnisse wurden erst im zweiten und dritten Drittel des Projekts präsentiert und ein Personalwechsel wirkte sich auf die Kontinuität aus. Unterschiedliche Einzelprojekte liefen zu diesem Zeitpunkt bereits ohne eine Situationsanalyse und partizipative Diskussion. Dadurch entstanden unnötige Widerstände aufgrund von Irritationen, Misstrauen oder Verstimmungen.

3) Ausdauer bei Offenheit und Prozessorientierung

Bestand dem offenen Ansatz gegenüber bei den Adressat*innen beider Gemeinwesen zu Beginn der Projektarbeit spürbare Skepsis, bewerteten sie die offene Prozessorientierung am Ende der Umsetzungsphase positiv. Die Gründe lagen insbesondere darin, dass ihnen der partizipative GWA-Ansatz des KBS aufgrund positiver Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Deutungs- und Gestaltungsmacht plausibel wurde. Somit können die Projektaktivitäten als positive und glaubhafte Vermittlung einer partizipativ-basisdemokratischen Grundhaltung gelten. Schritt für Schritt wurde die offene Prozessorientierung von immer mehr Beteiligten vor Ort als Chance erkannt und als Ressource für die Entwicklung neuer Themen genutzt. Projektbeteiligte, die einen Projektentwicklungs- und Umsetzungsprozess miterlebt hatten, wurden zu Übermittler*innen und Befürworter*innen dieser Arbeitsweise.

4) Ressourcensensible Projektarbeit mit Jugendlichen

Die GWA reagierte auf das Dilemma der hohen zeitlichen Eingebundenheit von Schüler*innen und Jugendlichen durch das jeweilige schulische Pflichtprogramm und Ganztagsangebote mit dem Versuch, die eigene Projektarbeit sowohl innerhalb der Schulzeiten (als Blockformat mit möglichst geringem Zeitaufwand bei Horizont 21) oder als Wochenendprojekte oder Abendveranstaltungen (Dorfentwicklung) anzubieten. Während diese Strategie im Projekt

Dorfentwicklung erfolgreich war und die Jugendlichen durch Gruppenarbeit am Wochenende erreicht wurden, war dies im Projekt Horizont 21 komplizierter: Trotz der Offenheit der Oberschule gegenüber dem GWA-Projekt und dessen Strategieveränderung auf unterrichtsbegleitende Blockveranstaltungen konnte die externe Projektarbeit nur schwer in den Schulalltag mit langen Planungsintervallen integriert werden. Die GWA bemühte sich daher intensiv um Unterstützung durch die Direktions- und Fachlehrer*innen, um die Schüler*innenbeteiligung mit Unterrichtsfreistellungen oder Projektunterrichtszeiten für die GWA zu ermöglichen. Insgesamt mussten die GWA-Arbeiter*innen Erwartungen an die kontinuierliche Mitarbeit der Schüler*innen mehrfach überdenken und anpassen.

5) **Bildungsveranstaltungen mit relevanten Adressat*innen**

a) Lehrkräftefortbildung⁵⁷⁴

Diese Einzelaktivität war Antragsgegenstand für das Projekt Horizont 21 in Mittelstädt gewesen und für sämtliche Kooperationspartner*innen im Projekt von besonderer Bedeutung. Als Thema der Fortbildung wurde zwischen GWA und Schulleitung „Umgang mit alltagsrassistischen oder rechtsorientierten Vorfällen an der Schule“ gewählt, um an konkreten Vorfällen der Vergangenheit anzusetzen. Der Umgang mit diesen Vorfällen sollte in Form einer kollegialen Beratung unter Moderation der GWA-Arbeiterin analysiert und Alternativen diskutiert werden. Unterstützend wurde eine vom KBS mit Partnern erarbeitete Handreichung⁵⁷⁵ mit Handlungsanleitungen und Informationen für externe Beratung genutzt. Die lediglich dreistündige Lehrkräftefortbildung war als Auftakt für weitere Veranstaltungen geplant und fand als zusätzliche Arbeitseinheit im Anschluss einer Dienstberatung des gesamten Kollegiums mit der Schulsozialarbeiterin statt. In der Fortbildung wurden außerdem lebensweltliche Problemwahrnehmungen und Themen der Lehrer*innen als Anknüpfungspunkte für zukünftige Veranstaltungen gesammelt.

Der zeitliche Rahmen war viel zu eng gesteckt. Einerseits hätte eine Themensammlung und Vorbereitung auf Folgeveranstaltungen bereits eine dreistündige Veranstaltung völlig ausgefüllt. Durch die Koppelung mit der partizipativen Methode der kollegialen Beratung blieb aber für die Themensammlung zu wenig Zeit. Andererseits waren durch die an sich strategisch günstige Anbindung an eine turnusmäßige Dienstberatung auch andere Themen im Raum, die eigentlich die Fortbildung nicht betrafen. Die offene, prozesshafte Gestaltung des Workshops zur Erarbeitung eigener Lösungen im Umgang mit Vorfällen erweist sich als inkompatibel mit den Erwartungen des

574 Diese Aktivität fand nur im Projekt Horizont 21 statt.

575 Vgl. KBS (2003).

Lehrpersonals, konkrete Handlungsempfehlungen und -schemata zu erhalten. Dadurch entstand Unzufriedenheit auf beiden Seiten und eine Atmosphäre, in der die Etablierung eines weiterführenden Prozesses mit konkreten Terminabsprachen für weitere Fortbildungen nicht mehr möglich waren. Aufgrund dieser negativen Umstände kam der geplante Prozess mehrerer aufeinander aufbauender mehrstündiger Fortbildungen in Mittelstädt nicht zustande.

b) Erarbeitung einer Handreichung für Lehrkräfte⁵⁷⁶

Die Erarbeitung einer Handreichung für die Lehrkräfte war als Langzeitaktivität unter Beteiligung des Lehrpersonals angelegt. So sollte eine bedarfsgerechte und an der Lebenswelt der Lehrer*innen orientierte Empfehlung entstehen, die eine offene Auseinandersetzung mit der schulischen Situation und der Situation der Lehrkräfte erfordert hätte. Ein entsprechend thematisch ausgerichteter Projektschulntag fand trotz intensiver Versuche, auch seitens der Schulsozialarbeiterin, nicht statt. Da ein bedarfsgerechter Zuschnitt der Handreichung unter Mitarbeit des Lehrpersonals nicht möglich war, erschien die Verteilung einer fertigen Broschüre als sinnvoll. Sie informierte über extrem rechte Symbolik und Umgangsstrategien mit neonazistischen Vorfällen. Die Beteiligung des Lehrpersonals und der Schülervertretung wurde nicht erreicht. Dies stellt für das Gesamtkonzept von Horizont 21 ein erhebliches Defizit dar, da ein Programmziel die „Qualifizierung und Weiterbildung in Schule, Ausbildung und Beruf [sowie deren Wirkung als] „Sensibilisierung gegen Rechtsextremismus“⁵⁷⁷ war. Der implizierte Anstoß für demokratieorientierte Diskussionen im Schulalltag, eine offenere Zusammenarbeit zwischen Schüler*innen und Lehrkräften und hierfür notwendige methodische und konzeptionelle Überlegungen wurden im Projekt nicht erreicht.

Die Analyse zeigt, dass dieser schulorientierte Demokratieimpuls von der GWA zu zaghaft verfolgt wurde. Besonders der als misslungen bewertete Erstkontakt mit dem Lehrpersonal in Mittelstädt erwies sich als nicht tragfähige Ausgangsbasis für die Entwicklung eines ergebnisoffenen Demokratieprojektes. Allerdings waren auch die durch den Kooperationspartner Oberschule Mittelstädt zur Verfügung gestellten Rahmenbedingungen ungenügend: So gelang eine mehrfach durch die GWA angemahnte stärkere Verzahnung der Projektarbeit mit den Schulabläufen (Planung von Schulkonferenzen und Lehrerfortbildungen, Einbeziehung des GWA-Projektes im Fach Gesellschaftskunde etc.) aufgrund geringen zeitlichen Vorlaufes und fehlender Aufmerksamkeit durch die Schulleitung nicht. Im internen Wirksamkeitsdialog des Projektes wurden folgende Möglichkeiten zur Verbesserung identifiziert: Die angedachte Lehrer*innenmitwirkung sollte als Projektidee in die Vorbereitungs-

576 Auch diese Aktivität fand nur im Projekt Horizont 21 statt.

577 Lawatz-Stiftung (2013): 30

woche des Lehrpersonals einer Bildungseinrichtung eingebracht werden. Die Handreichung sollte als Produkt/Projektziel vorab miteinander vereinbart werden und trotz der allgemeinen Ergebnisoffenheit solcher Demokratieprojekte ein verbindendes Element sein. In jedem Fall müsste bei zukünftigen Projekten in Bildungseinrichtungen eine Einbindung von Lehrkräften bereits bei der Planung des Projektes stattfinden und hierfür in der Kooperation ausreichend Vorlauf und Gelegenheit für gemeinsame Planungsprozesse eingeräumt werden.

c) Bildungsarbeit mit jugendlichen Adressat*innen

Im Projektes Horizont 21 fand Bildungsarbeit insbesondere mit Schüler*innen und in unterschiedlichen Formaten statt: sowohl kurzfristig anberaumte einmalige Workshops, als auch längerfristig geplante und in mehrstufige Aktivitäten eingebettete Projektschultage. Themen der Workshops waren: „Vorurteile, Diskriminierung, Rassismus und GMF“, „NS-Geschichte und Shoa“, „Was bedeuten Menschenrechte Jugendlichen heute?“, „Couragiertes Handeln für ein demokratisches und nicht-diskriminierendes Miteinander“ sowie „Demokratische Beteiligung im Schulalltag“. Ziel der Bildungsaktivitäten war eine lebensweltliche und reflexive Auseinandersetzung mit GMF. Die konkreten Themen bestimmten die Schüler*innen selbst. Die mit der Themenselbstfindung verbundene Wertschätzung wurde von den Schüler*innen ebenso honoriert wie der von der GWA vertretene niedrigschwellige Ansatz mit interaktiven Methoden. Im Ergebnis konnten neue Perspektiven auf ein komplexes Themenfeld, Ideen für eine intensivere Schülermitwirkung in der Schule angestoßen sowie Handlungskompetenzen bei konkreten Vorfällen in der Schule (Verweisungswissen) gestärkt werden. Die Verknüpfung der Workshops mit einem konkreten Projekt (internationale Begegnung und Schüleraustausch) erwies sich als besonders fruchtbar. Dadurch wurde das Nachdenken über teilweise abstrakte Werte und Normen und Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte konkret.

Im Projekt Dorfentwicklung war direkte Jugendbildungsarbeit nur auf den Teilaspekt der partizipativen Entwicklung von Regeln im Umgang miteinander (Ziel war die Erstellung einer Hausordnung) und der partnerschaftlichen Raumgestaltung für den Jugendklub im Themenfeld „Neukonzeption der Jugendarbeit“ beschränkt. Sämtliche anderen Bildungsmaßnahmen waren generations- und milieuübergreifend angelegt. Mit einer engagierten Gruppe jugendlicher entwickelte die GWA „Ideen für ein Konzept der Jugendarbeit sowie eine an demokratischen Standards [orientierte] Hausordnung, die im Gemeinderat vorgestellt wurde“. ⁵⁷⁸ Bildungsveranstaltungen fanden in Zusammenarbeit mit dem MBT statt und hatten immer auch Gruppenfindungs- und Gruppenstärkungsprozesse durch gemeinsame Erlebnisse zum Ziel. Folgende

578 Schindler (2007): 157.

Themen waren Gegenstand der Bildungsarbeit: „Rechte Kleidung, Codes und Symbole“, „Fotostreifzug: Orte, die ich gern/nicht gern aufsuche“.⁵⁷⁹

d) Milieu- und generationsübergreifende Bildungsarbeit mit Adressat*innen

Die GWA arbeitete in Urlaubsdorf mit dem dort bekannten MBT zusammen sowie mit der Bürgerinitiative [Name]. Sie organisierten mehrere gemeinsame interne Weiterbildungen mit unterschiedlichen Projektbereichen des KBS, aber auch mit externen Fachkräften. Die Inhalte waren eng an den jeweiligen Bedarf der Bürgerinitiative zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Projektarbeit geknüpft. Anfangs ging es um Struktur und Organisationsentwicklung der Initiative, verbunden mit einer Formulierung mittel- und langfristiger Ziele, die GWA und MBT partizipativ mit den Mitgliedern der Initiative erarbeiteten. Später standen Fragen der Finanzierung und Organisation öffentlicher Bildungsveranstaltungen sowie der Zusammenarbeit der Initiative mit den im Zuge der GWA initiierten Arbeitsgruppen „Ortsgestaltung und Tourismusentwicklung“ und „Jugendarbeit“ im Fokus.

In einer Reihe von Treffen mit der Bürgerinitiative wurde darüber hinaus an der Frage gearbeitet, wie der Einfluss eines NPD-Abgeordneten im Heimatverein des Ortes begrenzt und mittelfristig dessen Ausschluss aus dem Verein bewirkt werden könne. Hierzu fand – unterstützt durch spielerische und theaterpädagogische Methoden – eine intensive Planungs- und Strategiarbeit statt, die schließlich zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Heimatvereins und einem Austritt des NPD-Kaders aus dem Verein führte.

e) Öffentliche Informations- und Bildungsveranstaltungen

Die Bürgerinitiative in Urlaubsdorf organisierte in enger Abstimmung mit der GWA-Arbeiterin und dem MBT im Projektverlauf öffentliche Bildungs- und Informationsveranstaltungen. Zwischen 2007 bis 2010 wurden jährlich 3 bis 4 solcher Themenabende angeboten. Dies setzte die Initiative auch nach Beendigung des GWA-Projektes fort. Themen dieser Veranstaltungen im ersten Projektjahr waren: „Wahl- und Parteiprogramm der NPD“, „Die Gemeinde in der Zeit des NS“, Vortrag und Diskussion „Fair gehandelte Produkte aus Afrika“ mit Verkostung und auch ein Krippenspiel zum Thema „Rechte Gewalt und NPD-Wahlergebnis“ vor rund 250 Gottesdienstbesucher*innen an Heilig Abend in der Kirche. Das Krippenspiel war Auftakt für eine ganze Reihe soziokultureller Bildungsveranstaltungen, unter anderem das Theaterstück „Der Kick“ des Schauspielhauses Dresden, das sich mit rassistischer Gewalt auseinandersetzt, im Kulturhaus der Gemeinde mit vom MBT moderierter Dis-

579 Vgl. ebd.

kussion, eine Buchlesung „Moderne Nazis“ mit dem Autor Thoralf Staudt, ein Multimediavortrag mit Diskussion „Jude bleiben – Deutscher werden“ mit dem Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Dresden, Dr. Herbert Lappe, ein Film- und Diskussionsabend „Aufruf letzter Zeugen – Spuren in die Vergangenheit“ in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein usw.⁵⁸⁰

In Mittelstädt fanden öffentliche Informations- und Bildungsveranstaltungen insbesondere mit der Vorstellung der Thesen für die Gemeinwesenentwicklung und des Gemeindeporträts sowie mit der Vorstellung des deutsch-israelischen Schüleraustausches statt. An der Vorstellung erster Zwischenergebnisse und Thesen für die GWA nahmen ebenso wie an der Vorstellung des vollständigen Gemeindeporträts jeweils 20 Menschen teil, darunter Mitglieder des Stadtrates, Jugendliche, Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen. Ein mit Schüler*innen organisierter Infostand am Tag der Offenen Tür der Oberschule informierte über den deutsch-israelischen Schüleraustausch und fand reges Interesse bei Schüler*innen anderer Jahrgangsstufen, deren Eltern und Lehrer*innen.

6) Internationaler (Jugend-)Austausch

Als langfristige Projektaktivität wurde ein internationaler (Jugend-)Austausch in beiden GWA-Projekten auf Grundlage der lebensweltlichen Situation und sozialräumlichen Ressourcen konzipiert. Auch dieses Projektformat war in Reaktion auf den Hinderungsfaktor „Vorurteile und fehlende interkulturelle Kompetenz“ entwickelt worden.

In Urlaubsdorf bestand die Projektaktivität in unterschiedlichen, aufeinander aufbauenden Formaten, wie Wiederbelebung der Dorfpatenschaft, Organisation eines grenzüberschreitenden Sandsteinworkshops für Bewohner*innen aus Urlaubsdorf und Gästen aus Tschechien,⁵⁸¹ aber auch dem Bau grenzüberschreitender Wanderwege. In Mittelstädt wurde ein deutsch-israelischer Schüleraustausch in Zusammenarbeit mit einer auf solche Reisen spezialisierten israelischen Partnerorganisation und finanziert über einen Drittmittelantrag bei der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft angeboten.⁵⁸² Besonders wichtig, da milieu- und generationsübergreifend, war die Einbindung von Gastfamilien in beiden Ländern, bei denen die jeweils anderssprachigen Jugendlichen untergebracht wurden. Dadurch wurden die Familien intensiv in die grenzüberschreitenden Projekte einbezogen und gleichzeitig für den Themenzusammenhang aktiviert. In Vorbereitung auf das Austauschprojekt fanden mehrere außerschulische Workshops mit Schüler*innen der Oberschule und des Gymnasiums in Mittelstädt statt, in die auch eine Gruppe interessierter Lehrer*innen aus der Oberschule einbezogen wurden. So wurde die

580 Vgl. Richter (2009): 29ff.

581 Vgl. Schindler (2007): 157.

582 Vgl. Nattke (2011): 111.

Veranstaltung erfolgreich mit den Belangen der Schule und dem Schulalltag verzahnt. Die Schulleitung stand dem Projekt aufgrund der zu erwartenden positiven Wirkungen bei Schüler*innen und Eltern und für das Image der Schule äußerst aufgeschlossen gegenüber. Der Gemeinwesenbezug wurde durch die Einbindung lokaler Vereine wie Jugendparlament und Heimatmuseum sowie die wohlwollende Berichterstattung in der Lokalpresse hergestellt.⁵⁸³ Neben der Vermittlung lokalthistorischer und gesellschaftspolitischer Fakten sowie interkultureller Kompetenzen, wie Anwendung englischer Sprachkenntnisse, gelang es mit diesem Projekt, Einfluss auf die Sozialkompetenzen, Organisationskompetenzen und die Persönlichkeitsentwicklung der Schüler*innen zu nehmen.⁵⁸⁴ Aus dem Austausch ergaben sich Freundschaften und im Nachgang des Projektes waren konkrete Veränderungen im Umgang der Jugendlichen untereinander und mit der GWA-Arbeiterin spürbar, was den weiteren Projektverlauf positiv beeinflusste. Es war Vertrauen gewachsen, der Projekterfolg hatte die Machbarkeit partizipativer Projekte mit offenem Charakter bestätigt und stärkte insgesamt die Rolle der GWA im Projektstandort. Positiv war, dass für dieses Teilprojekt genügend Zeit und Raum für Methodenvielfalt und die Arbeit mit unterschiedlichen Medien zur Verfügung stand, etwa Dokumentation durch die Jugendlichen in Form von „Audio, Text, Foto; Workshops in und außerhalb [der] Schule; Arbeit außerhalb [der] Schule; gemeinsame Gedenkstättenbesuche, Synagogenbesuche, Stadtführungen“.⁵⁸⁵

In der Folge des Austauschprojektes konnte mithilfe engagierter Lehrer*innen der Oberschule ein Schulförderverein für die weitere Betreuung der angebahnten deutsch-israelischen Schulpartnerschaft gegründet werden. Eine Projektpräsentation in Form einer Ausstellung, die die Schüler*innen gestalten und im Mittelstädter Rathaus eröffneten, stellte einen kommunikativen und erneut aktivierenden Abschluss des Projektes dar, welches zweifelsohne in das Gemeinwesen ausstrahlte.⁵⁸⁶ Einzelne Jugendliche fanden über das Projekt Anknüpfungspunkte zu anderen Bündnissen im Ort, wie die Initiative für einen Gedenkort an Zwangsarbeit und Vernichtung, und arbeiten dort weiter. Mehrere schulische und nicht-schulische lokale Akteure arbeiten an der Fortsetzung des Austauschprojektes und verstetigen eine Zusammenarbeit zwischen lokalen Vereinen, Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen. Dennoch bleiben aus Sicht der GWA auch kritische Aspekte zu beleuchten: Die Vor- und Nachbereitung des Teilprojektes Schüler*innenaustausch und die Antragstellung, Abrechnung und intensive Kommunikation mit israelischen Partner*innen erwies sich als äußerst zeitaufwendig, band erhebliche Ressourcen und führte zu einer „Vernachlässigung anderer Projekteinhalte“.⁵⁸⁷

583 Vgl. ebd.: 112.

584 Vgl. ebd.

585 Ebd.

586 Vgl. ebd.

587 Ebd.: 113.

7) **Intensivierung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Trägern der Region**

Netzwerkarbeit mit Institutionen, Kommunalämtern, Lokalpolitik und -wirtschaft sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen im Gemeinwesen und der Region ist eine langfristige Projektaktivität und fand in beiden Standorten in unterschiedlicher Form statt. Sie nahm – wie in GWA-Projekten des KBS Standard – den größten Raum der Gremien- und Kommunikationsarbeit ein und ist zur Verankerung des Projektes in den Sozialraum unerlässlich.⁵⁸⁸ Die GWA kann von der langjährigen Gremien- und Vorarbeit der MBT profitieren, da jedes Projekt im KBS als strukturelle Weiterentwicklung und sozialräumliche Vertiefung der Mobilien Beratung angelegt ist. Immer bestehen tragfähige und vertrauensvolle Kontakte, die vom MBT an die GWA übergeben werden und den Ausgangspunkt ihrer Projekt- und Netzwerkarbeit darstellen. In Mittelstädt konnte auf bestehende Kontakte zur Schulsozialarbeit, Einem Netzwerk für Erinnerungskultur, einer zivilgesellschaftlichen Initiative, einer Jugendinitiative und nicht zuletzt zur Bürgermeisterin und der Stadtverwaltung aufgebaut werden. Die Rolle der GWA in solchen Netzwerken bestand in erster Linie im konstruktiven und vertrauensvollen Austausch, hin und wieder aber auch in der Moderation oder Beratung bestimmter Prozesse oder Projektideen lokaler Kooperationspartner. Im internen Wirksamkeitsdialog des KBS zur Projektaktivität Netzwerkarbeit schätzte die GWA-Arbeiterin ein, dass ihre Einbindung und die des GWA-Projektes in solche lokalen Netzwerke von Beginn notwendig und projektrelevant sei, deren Zeitaufwand begrenzt, aber lohnenswert erscheint.⁵⁸⁹ Im Ergebnis gelingender Netzwerkarbeit könne die Nutzung bisher unbekannter lokaler Infrastruktur (Räume, Kommunikationswege, Kontakte), größerer Kommunikationsnetzwerke (größerer Akteursgruppen) und die Adaption neuer Impulse und Themen in den Prozess des GWA-Projektes stehen.⁵⁹⁰ Ein weiterer Hinweis für zukünftige GWA-Projekte bestand darin, auf die für solche Netzwerkarbeit notwendig zeitaufwendige Beziehungsarbeit und die eventuell nötige Mitbearbeitung von Konflikten unter lokalen Akteuren sowie dem möglichen Spannungsfeld zwischen Akteursrolle einerseits und Beratungs- oder Mediationsrolle der GWA andererseits hinzuweisen. Im Ergebnis wird eine intensivere praxiswissenschaftliche Analyse projektrelevanter Netzwerkarbeit in einem Folgeprojekt empfohlen. Ziel dieses Wissenschaft-Praxis-Austausches ist die Verbesserung der Wirksamkeit der Kommunikation, des Rollenverständnisses und projektspezifischer Netzwerkaktivitäten der GWA.

588 Ebd.

589 Vgl. Nattke (2011): 113.

590 Ebd.: 113f.

5.5 Defizite in den Gemeinwesenarbeitsprojekten und ihre Bearbeitung

Die interne Praxisreflexion der beiden GWA-Projekte ergab auf Grundlage der Berichte und Reflexionsgespräche eine Reihe von Schwerpunkten. Als solche wurden im internen Wirksamkeitsdialog im Projekt Horizont 21 identifizierte Differenzen zwischen konzeptioneller Vorgabe und Ist-Zustand des Projektverlaufes betrachtet, soweit sie von den Projektmitarbeitenden als solche wahrgenommen wurden.⁵⁹¹ Für die hier vorgelegte Praxisreflexion werden Soll-Ist-Differenzen im Projektverlauf als Defizite bezeichnet. Sie können sowohl in den Rahmenbedingungen und Vorgaben, als auch in Problemen der Prozessqualität der Projektarbeit begründet sein und erfordern unterschiedliche Bearbeitungs- und Überwindungsstrategien. Eine möglichst frühzeitige Identifizierung und Bearbeitung von Defiziten im Projektverlauf in einem lernenden System verbessert die Chancen zur Zielerreichung. Nachfolgend werden vier ausgewählte Defizite dargestellt, die für beide Projekte gelten.

1) Adressat*innen werden nicht erreicht

Die Gewährleistung eines stabilen und vertrauensvollen Zugangs zu den Adressat*innen ist eine Hauptvoraussetzung für ein Gelingen der GWA. Die GWA-Arbeiter*innen in beiden Projekten nahmen Defizite wahr, die auf einen Schwachpunkt der GWA-Konzepte des KBS hindeuteten. Im Projekt Dorfentwicklung war dieses Defizit Gegenstand intensiver Beratung bereits zu Projektbeginn nach ersten Vor-Ort-Gesprächen mit Adressat*innen.⁵⁹² Auch im Projekt Horizont 21 wurde die Adressatenerreichung insbesondere für das Lehrpersonal der Oberschule defizitär eingeschätzt.⁵⁹³ In der Startphase des Projekts Dorfentwicklung gelang es, diese Soll-Ist-Differenz durch intensive Aktivitäten wie ein Heimatbilderrätsel zu bearbeiten. Einige Zeit später schätzte die GWA die Adressatenerreichung im Projekt weitaus positiver ein. Im Projekt Horizont 21 konnte das Defizit jedoch bis zum Projektende trotz ebenfalls intensiver Bemühungen nicht überwunden werden, wie auch die Bewertung der externen wissenschaftlichen Begleitung zum Projektende zeigt.⁵⁹⁴ Trotz einer Vielzahl von Bemühungen gelang die konzeptionell vorgesehene Verzahnung der GWA mit dem Schulalltag und den schulischen Adressat*innen nur sehr eingeschränkt. Die Projektaktivitäten der GWA wurden seitens der Oberschule als ergänzendes Angebot betrachtet. „Das System Schule wurde in seiner Geschlossenheit und hierarchischen Struktur durch die Projekt-

591 Ebd.: 101.

592 Vgl. Schindler (2007): 137f.

593 Ebd.

594 Vgl. Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 35f.

arbeit von Horizont 21 nicht tangiert.⁵⁹⁵ Als Ursache für dieses bis zum Projektende fortbestehende Defizit wurden sowohl vom Projektteam als auch der wissenschaftlichen Begleitung einerseits strategische Fehler der ersten Projektphase identifiziert (vgl. Projektaktivitäten 1 und 2 in Kapitel 5.4). Vor allem aber müssen konzeptionelle und strukturelle Defizite des Projektes als Ursache für dieses Defizit angesehen werden. So seien die personellen und zeitlichen Ressourcen aufgrund der überkomplexen aktivierenden und empirischen Analysephase und der konzeptionellen Überfrachtung des Projektes insgesamt unzureichend gewesen.⁵⁹⁶ Das Projekt Horizont 21 war weder konzeptionell noch strukturell in der Lage, eine Antwort auf die Frage zu finden, welche Stimuli Lehrerkollegien und Schulleitungen vor dem Hintergrund einer auf klassische Bildungsinhalte fokussierten, hierarchisch geprägten Schulkultur benötigen, um offene Lernformate und GWA-Projektangebote nachhaltig in den Schulalltag integrieren zu können.

2) Migrantische und marginalisierte Milieus nicht genügend in GWA eingebunden

Die zu geringe Einbindung von Migrant*innen und marginalisierten Milieus in die Projektaktivitäten beschrieben GWA-Arbeiter*innen beider Projekte als Defizit im Projektverlauf. Trotz intensiver Diskussionen im GWA-Team und eines im Projekt Horizont 21 eigens organisierten Strategieworkshops konnten in diesem Bereich lediglich kleinere Verbesserungen und kein durchschlagender Erfolg verbucht werden. Es gelang, zwei Workshops zum Thema Diskriminierung und Schuldemokratisierung mit DAZ-Klassen und einen Fachaus-tausch mit betreuenden Lehrer*innen zu veranstalten. Für eine längerfristige Bearbeitung dieses Defizites fehlten zeitliche und personelle Ressourcen, zumal migrantische Communities weder in Mittelstadt und noch weniger in Ur-laubsdorf anzutreffen waren. Hier hätte es eines zeitintensiven aufsuchenden Arbeitsformates und der Vernetzung mit entsprechenden Arbeitsstellen und Fachkräften (Migrationsbeauftragte, Ausländerrat, Fachberatungsstellen etc.) bedurft.

3) Unzureichende Personalausstattung

Die unzureichende Personalausstattung wurde in beiden GWA-Projekten wiederholt als Defizit beschrieben. Die auf sich gestellten GWA-Arbeiter*innen hatten keinen fachlichen Austausch mit kurzen Kommunikationswegen und keine Reflexionsebene über Projektverläufe und strategische Entscheidungen. Im Projekt Dorfentwicklung reagierte die GWA mit der Einrichtung eines

595 Ebd.: 37.

596 Vgl. Nattke (2011): 102, Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 26, 46, 56.

zweiten Büroplatzes. Neben dem Büro in der Gemeindeverwaltung von Urlaubsdorf wurde ein weiterer Arbeitsplatz im Büro des zuständigen MBT mit festen Bürozeiten eingerichtet. Diese Lösung war im Projekt Horizont 21 aufgrund der Entfernung des MBT-Büros zum Projektstandort nicht möglich. Der ohnehin komplexe GWA-Ansatz im KBS mit seiner Aufgabenvielfalt war für die Einzelperson im Projekt kaum zu bearbeiten.⁵⁹⁷ Informations- und Prozessübergaben waren sehr erschwert, kurzfristige Vertretung im Fall von Krankheit oder Personalwechsel kaum möglich. In der Analyse beider Projekte muss die Unterdimensionierung der Personalressourcen als konzeptioneller Fehler bewertet werden.

4) Kommunikations- und Reflexionsebenen im Projektteam

Zu Beginn der Projektarbeit waren zu seltene Gelegenheiten und fehlende Zeit für teaminterne Kommunikation und projektbezogene Reflexion seitens der GWA-Arbeiter*innen beklagt worden.⁵⁹⁸ Dieses Defizit konnte durch strukturelle Anpassungen mit festen Terminen für regelmäßige Treffen im Projektteam, der Einführung regelmäßiger zweitägiger Teamklausuren mit Fallsupervision sowie Einzelsupervisionen bei Bedarf bereits in der ersten Projektphase behoben werden. Als Defizit blieb jedoch die fehlende tägliche Praxisreflexion am Projektstandort bestehen, die ein nicht auflösbares strukturelles Problem darstellte.

5.6 Externe Perspektive: Reflexion der Prozessqualität

Die für die Beurteilung von Prozessqualität ausschlaggebenden Wertedimensionen Partizipationsorientierung, Sozialraumsensibilität, Intergenerationalität und Nachhaltigkeit und projektorientierten Analysekatégorien Organisationsprinzipien, Rollenverständnis und Handlungsprinzipien sowie Diskurs- und Interaktionsprinzipien flossen in die Beantwortung der Analyse- und Reflexionsfragen ein, die auf Grundlage der kommunalen Kontextanalysen für die GWA im KBS angepasst wurden.

597 Vgl. Nattke: (2011): 119, Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 56.

598 Vgl. Nattke (2011): 102f.

5.6.1 Strukturanalyse

In diesem Kapitel werden die Interaktionen und ihre Resultate im Projektverlauf vor dem Hintergrund sozialräumlicher, im Gemeindeporträt zu einem Sozialprofil verdichteter Strukturmerkmale interpretiert.

1. Wurden die Interaktionen im GWA-Projekt durch objektive Sozialraumeigenschaften (Größe, Sozialstruktur, ökonomische/demografische Entwicklung) und lebensweltliche Diskurse, Machtverhältnisse und Einstellungen (GMF) beeinflusst? Wurde das Konzept angepasst?

Ausgangspunkt für die konzeptionelle Ausrichtung beider GWA-Projekte waren externe Analysen zur Sozialraumstruktur und sozioökonomischen Entwicklung hinsichtlich der soziokulturellen Verankerung extrem rechter Akteure in den Gemeinwesen (Analysen und Deutungen durch die im Träger angesiedelten MBTs sowie in einem Fall durch eine SoRA-ZO-Studie) sowie lebensweltliche Deutungen von Adressat*innen hinsichtlich spezifischer GMF-Reproduktionsmechanismen im Gemeinwesen (Informationen aus leitfadengestützter aktivierender Befragung). Sozialstrukturelle, ökonomische und demografische Ausgangsbedingungen flossen zwar in die Projektplanung ein. Sie spielten jedoch für die konkrete Projektstrategie und den Ablauf keine entscheidende Rolle. Die allgemeine GWA-Strategie im KBS, als Reaktion auf spezifisch sächsische ökonomische, soziale, kulturelle und politische Rahmenbedingungen, legt ihren Schwerpunkt auf die lebensweltlichen Perspektiven der Adressat*innen und somit auf den Gestaltungswillen zivilgesellschaftlicher Akteure. Diese Fokussierung erschien sinnvoll, weil sie eine stärkere Einbindung der Adressat*innen in den partizipativen Umsetzungsprozess der Projekte erhoffen ließ.

Gleichwohl flossen sowohl objektive Sozialraumeigenschaften als auch lebensweltliche Diskurse und Machtverhältnisse in die Strategieentwicklung und -anpassung im Projektverlauf permanent ein. So wurde etwa in der Praxisreflexion mit der wissenschaftlichen Begleitung im Projekt Dorfentwicklung deutlich, wie unterschiedlich der „Umgang mit und die Auswirkung von Konflikten“ in ländlichen Gemeinden abläuft, die auf sozialen Nahbeziehungen mit spezifischen „Regelsystemen“ und insbesondere „Konformitäts- und Loyalitätserwartungen“ aufbauen.⁵⁹⁹ Um die Adressatenerreichung für das GWA-Projekt nicht zu gefährden, wurde hier explizit mit einer Ziel-Mittel-Reflexion zwischen Projektleitung, MBT, GWA und wissenschaftlicher Begleitung das methodische Vorgehen und unterschiedliche Rollen miteinander abgestimmt. Die GWA verzichtete auf eine konfrontative Thematisierung von GMF und

599 Vgl. Schindler (2007): 123.

neonazistischen Vorkommnissen im Gemeinwesen oder überließ diese Rolle dem MBT.⁶⁰⁰

2. Waren die Projekte in der Lage, spezifische individuelle und sozialräumliche Ressourcen im Gemeinwesen zu identifizieren und diese zu ihrem Vorteil zu nutzen?

In beiden GWA-Projekten wurden die Perspektiven und lebensweltlichen Anliegen der Projektbeteiligten, deren individuelle Stärken und die strukturellen Ressourcen der involvierten Einrichtungen und Akteure ausführlich analysiert und in die Projektkonzeption eingebunden. So wurde im Dorfentwicklungsprojekt explizit auf die dörfliche Gemeinschaft als Hinderungsfaktor und Ressource für nachbarschaftliche Hilfe abgehoben. Wichtig erschien auch, den starken emotionalen Bezug zum Gemeinwesen mit seiner Geschichte und der engen landschaftlichen Verwurzelung als Ressource für die Projektentwicklung zu nutzen.

3. Leisteten die Projekte (un-)mittelbar einen Beitrag zu einer Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktionsprozessen?

Der Fokus beider Projekte lag auf einer Auseinandersetzung mit GMF, die aus der Perspektive des KBS nur durch diskursfähige, starke und vernetzte lokale zivilgesellschaftliche Akteure mit intrinsischer Motivation zur Projektarbeit nachhaltig möglich wird. Daher lag der Schwerpunkt der Projektarbeit nicht allein auf der Informationsvermittlung und Reflexion zu GMF-Facetten im Sozialraum, sondern auf einer lokalen Bildungs-, Beziehungs- und Vernetzungsarbeit von Bewohner*innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Gemeinwesen. Es ging in der Projektarbeit darum, anhand persönlicher Kontakte und Erfahrungen Entsolidarisierungs- und Exklusionsprozesse, etwa gegenüber alternativen Jugendlichen, Bewohner*innen mit Migrationshintergrund, Menschen mit nichtrechten Orientierungen, aber auch gegenüber älteren Menschen zu hinterfragen und zu unterbinden. Insbesondere ging es in der Projektarbeit darum, Erfahrungen der Wirksamkeit von Vernetzungsarbeit und eigenes lokalpolitisches Handeln in Gruppen zu vermitteln und dadurch Bewohner*innen wieder oder stärker für die Mitarbeit an den eigenen Belangen und Themen zu interessieren. Gleichzeitig beinhaltete die Bearbeitung anderer lebensweltlicher Anliegen die Vermittlung demokratischer Grundstandards und Haltungen. So wurden mit der Frage, wie Tourist*innen von längeren Urlieben im Ort überzeugt werden könnten, etwa indem das Dorf verschönert wird oder Themenwanderwege erschlossen werden, auch Minderheitenvoten einbezogen und unterschiedliche Meinungen ausgehalten zur Herstellung eines organisier-

600 Der Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass das Einnehmen unterschiedlicher Rollen bei Vertreter*innen des gleichen Trägers im Gemeinwesen selten unterschieden werden kann und der Erfolg der hier beschriebenen strategischen Rollenverteilung eher begrenzt ausfiel.

ten, abgestimmten Willens der jeweiligen Gruppen inklusive der Vertretung dieses Willens gegenüber anderen Gruppen und im Gemeinde- oder Stadtrat.

5.6.2 *Akteursanalyse*

In diesem Kapitel wird der Projektverlauf aus Perspektive der GWA-Arbeiter*innen, Adressat*innen und sonstiger Anspruchsgruppen (Kooperationspartner*innen) interpretiert.

1. Wurden lokale Probleme in der Analysephase erfasst, in die Projektplanung einbezogen sowie mit übergeordneten Zielen aus dem Projektantrag verknüpft? Gab es eine strategische Kompromissbildung?

Die Projektarbeit des KBS orientierte sich stark an den lebensweltlichen Deutungen sozialräumlicher Anliegen, die in Gemeindeporträts erhoben wurden. Ebenso intensiv wurden sozialräumliche Ressourcen in der Analysephase erhoben und in die Handlungsplanungen einbezogen. Die Projektarbeit basierte darüber hinaus auf externen Analysen und Deutungen zu GMF und extrem rechten Akteuren und Schwerpunkten in den Gemeinwesen. Im Falle Mittelstäd konnten mit der SoRA-ZO-Studie durch das IKG Bielefeld sogar aktuelle GMF-Forschungsbefunde in die Strategiebildung und Handlungsplanung einbezogen werden.

In beiden Projekten wurde deutlich, dass es zwischen den lebensweltlichen Anliegen der Adressat*innen und den extern ermittelten sozialen Problemlagen eine teils erhebliche Diskrepanz zu überbrücken gab. Dies stellte eine der größten Herausforderungen in der Projektarbeit dar, weil die damit verbundene strategische Kompromissbildung in Einzelgesprächen, (Klein-)Gruppendiskussionen und öffentlichen Bürgerversammlungen mit den Projektbeteiligten und interessierten Bewohner*innen notwendigerweise die Überwindung von Konflikten um Deutungshoheiten und strategische Entscheidungen sowie entsprechende partizipative Konzeptanpassungen bedeuteten. Besonders deutlich wurde ein solcher Konflikt während der Präsentation des Einrichtungs- und Gemeindeporträts in Mittelstäd, durch das sich die projektbeteiligte Schulleitung und Teile der Lehrerschaft diskreditiert fühlten. In der Folge wurde die Strategie- und Handlungsplanung in mehreren Einzelgesprächen in der beteiligten Oberschule partizipativ überarbeitet und konnte schließlich partnerschaftlich umgesetzt werden.

2. Ermöglichte die GWA verschiedene milieu- und altersübergreifende Gelegenheitsstrukturen (Zugänge und Beteiligungsoptionen) für die Entwicklung übereinstimmender Ziele und zu verfolgender Strategien und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, demokratischer Mitbestimmung und Teilhabe bei den Adressat*innen?

In beiden Projekten bestand eine zentrale Strategie darin, milieu- und altersübergreifend zu arbeiten und insbesondere die Altersgruppen über 35 Jahre mit Angeboten zu erreichen. Gleichwohl bot der schulbezogene Ansatz des Projektes Horizont 21 dafür weitaus weniger Optionen als der klassische gemeinwesenorientierte Ansatz im Projekt Dorfentwicklung, weil hier schwerpunktmäßig schulbezogen gearbeitet wurde und auch der im KBS vertretene GWA-Bezug sich aus der Perspektive der örtlichen Bildungseinrichtung heraus entwickeln sollte. Daher wurde seitens der GWA-Arbeiterin in diesem Projekt zwar mit dem deutsch-israelischen Austausch und der perspektivisch zu entwickelnden Schulpartnerschaft auf milieu- und altersgruppenübergreifendes Arbeiten orientiert und Schüler*innen und Eltern sowohl aus der Oberschule als auch aus dem örtlichen Gymnasium in die Projektarbeit einbezogen. Dennoch verblieb ein starker Fokus auf der Begleitung von Klassenräten und der Schülervvertretung, gruppenspezifischen Kooperationsprojekten mit der Schulsozialarbeit (Schulgruppenarbeit zum Thema Antirassismus und Menschenrechte) und der Arbeit mit Lehrpersonal auf die projektbeteiligte Oberschule und die dortigen altershomogenen Gruppen.

Im Projekt Dorfentwicklung konnte dagegen weitaus freier gearbeitet werden. Hier entstanden die projektspezifischen Arbeitsgruppen aus der Beteiligung der Bewohner*innen mit aktivierender Befragung und der Bürgerversammlung heraus und orientierten sich anhand der lebensweltlichen Themen von Tourismusentwicklung, Ortsgestaltung und Neukonzeption der Jugendarbeit.

3. Trugen die Projektformate durch unterschiedliche Ansprachestrategien und Themensetzungen dazu bei, GMF-Reproduktion zu thematisieren oder zu unterbrechen?

Menschenfeindliche Haltungen wurden innerhalb der Projektformate und Ansprachestrategien der GWA immer offensiv angesprochen und kritisiert sowie zum Gegenstand der Arbeit gemacht. So lag in beiden Projekten ein inhaltlicher Schwerpunkt auf der grenzüberschreitenden Arbeit, genauer in der Anbahnung und Stärkung internationaler Partnerschaften, der Konzeption und Unterstützung grenzüberschreitender, internationaler Aktivitäten. Ebenso wurde die Ortsgeschichte in beiden Projekten mit unterschiedlichen Formaten thematisiert, etwa bei Informationsabenden mit Ortschronist*innen, Lesungen mit Regionalhistoriker*innen, themen- und altersgruppenbezogene Ortserkundungen (historische Wanderungen, Aufarbeitung lokaler NS-Bezüge etc.) oder Dauerprojekten wie der Unterstützung einer Geschichtswerkstatt zu einem ehemaligen lokalen Zwangsarbeiterlager. Schließlich standen beide Projekte im Fokus der lokalen und überregionalen Öffentlichkeit und in direkter Konfrontation mit damaligen Kommunalpolitiker*innen der NPD oder konservativ-reaktionären Abgeordneten anderer Provenienz. Die GWA-Arbeiter*innen des KBS vertraten die antirassistische und auf Demokratie als Lebensform im

Alltag abzielende Grundhaltung des KBS offensiv in Stadt- und Gemeinderatssitzungen, in Bürgerversammlungen, in der Kooperation mit lokalen anti-rassistischen Bündnissen und nicht zuletzt gegenüber Kooperationspartner*innen im Projekt selbst. Sie gerieten dadurch einige Male auch in Konflikt mit den Eigeninteressen (insbesondere nach Imagepflege) von Partner*innen der Projektarbeit.

5.6.3 Interaktionsanalyse

In diesem Kapitel wird analysiert, aufgrund welcher Ansprachestrategien und Gelegenheitsstrukturen Adressat*innen und andere Anspruchspersonen für die GWA erreicht und in Kooperationen eingebunden werden konnten.

1. Trugen die Interaktionen zwischen GWA-Arbeiter*innen und Adressat*innen im Gemeinwesenprojekt zu einer reflexiven Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktionsprozessen und deren Überwindung bei?

Die Interaktionen der GWA-Arbeiter*innen mit den Projektbeteiligten, Kooperationspartner*innen und Adressat*innen der GWA trugen weitgehend zu einer reflexiven Auseinandersetzung mit GMF bei. Um eine qualifizierte Aussage zu deren Überwindung treffen zu können, hätte es einer Befragung der Beteiligten einige Zeit nach Projektbeendigung bedurft, die leider aus Kapazitätsgründen nicht erfolgte. Eine Vielzahl von Aktivitäten innerhalb der beiden GWA-Projekte hatte eine reflexive Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktionsprozessen oder eine öffentliche Auseinandersetzung mit extrem Rechten zum Ziel. So waren mehr als 50 Prozent der schulspezifischen Aktivitäten im Projekt Horizont 21 auf eine Reflexion von GMF-Facetten ausgerichtet. In Schulprojekttagen setzten sich die Schüler*innen sowohl jahrgangsübergreifend als auch im Klassenverband mit Vorurteilen, Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus, aber auch anderen GMF-Facetten auseinander. Mit lokalhistorischen Aspekten lebensweltlich und am Forschergeist der Mitwirkenden angebunden wurden menschenfeindliche Aspekte der NS-Herrschaft und die Geschichte der Zwangsarbeit und menschenverachtenden Ausbeutung in lokalen Wirtschaftsunternehmen beleuchtet und in Bezug zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und einer modernen Menschenrechtsethik für heute gesetzt. Diese lokalhistorischen Studien und Entdeckungsprojekte mündeten schließlich in einer Präsentation während des Aufenthaltes israelischer Schüler*innen in Mittelstätt.

Die GWA im Dorfwirkungsprojekt in Urlaubsdorf begleitete Akteure, die die leitende Mitgliedschaft eines NPD-Abgeordneten innerhalb des lokalen Heimatvereins kritisch reflektierten und schließlich eine vereinsinterne Debatte und den freiwilligen Rückzug des NPD-Kaders erreichten. Der partizipative Prozess um die Neukonzeption der Jugendarbeit in Urlaubsdorf hatte eine klar formulierte Abgrenzung von extrem rechten Orientierungen und GMF

zum Ziel. Er konnte mit einer entsprechend gestalteten Hausordnung öffentlich, transparent und nachprüfbar gemacht werden.

2. Projektresonanz: Welche Ursache hatten Konflikte im Projektverlauf? Vor dem Hintergrund welcher strategischen Ziele und habituellen Dispositionen trafen Adressat*innen und Kooperationspartner*innen ihre Bewertungen?

Konflikte mit Projektbeteiligten traten insbesondere dann auf, wenn unterschiedliche strategische Interessen der Kooperationspartner*innen aufeinandertrafen. So kam es im Projekt Horizont 21 zu einem erheblichen Konflikt zwischen Schulleitung und GWA, als letztere bei der öffentlichen Vorstellung des Sozialraumporträts und der Thesen für die weitere Projektarbeit unter Beisein von Vertreter*innen aus Kommunalpolitik, Jugendarbeit, zivilgesellschaftlichen Initiativen und der Presse die nach wie vor anzutreffenden GMF-Ideologiefacetten bei Schüler*innen thematisierte und auf den insgesamt schlechten Ruf der Schule verwies. Die eigentlich konstruktiv und als Ausgangspunkt für eine sachgerechte Problembearbeitung gedachte Kritik führte zu starkem Protest der Schulleitung und einiger Lehrer*innen, die, wie sich bei Klärungsgesprächen herausstellte, besorgt um den Ruf ihrer Schule waren und das Eigeninteresse einer Imageverbesserung durch die Projektkooperation mit dem KBS konterkariert sah.

Im GWA-Projekt Dorfentwicklung waren die Konfliktlinien nicht projektgefährdend, aber dennoch präsent. Ein sich durch die Anfangsphase der Projektarbeit ziehender strategischer Konflikt bestand in der Herangehensweise an die Neugestaltung der Jugendarbeit im Gemeinwesen. Während für weite Teile der Kommunalpolitik dieses Thema nach der Schließung des Jugendklubs ein Imageproblem darstellte, das möglichst schnell aus der Welt geschafft werden sollte, beharrte das KBS auf einem strukturellen Neuanfang der Jugendarbeit unter enger Einbeziehung des Kreisjugendamtes und insbesondere der Anstellung einer*s professionellen Sozialarbeiters*in. Aus Sicht des KBS erschien es nicht möglich, in einer bislang von der neonazistischen Kameradschaft SSS/AO dominierten Jugendszene ohne fachliche Expertise und zusätzliche Personalstelle zu arbeiten. Unterstützung kam vom Ortsbürgermeister und von Teilen des Gemeinderates, während dessen Mehrheit weder die Analyse des KBS oder des Staatsschutzes und des Jugendamtes teilte, noch eine menschenrechtsorientierte Jugendarbeit als vordringliches Ziel akzeptierte. Hier konnte sich die Expertise der GWA im Verbund mit dem Kreisjugendamt jedoch durchsetzen und für zwei Jahre eine halbe Stelle für kommunale Sozialarbeit durch die Mobile Jugendarbeit des Landkreises ermöglichen, die leider nach diesen beiden Jahren bereits wieder personell zurückgefahren wurde.

3. Interaktionsradius und -niveau: Welche Adressat*innen konnten erreicht und in Kooperationen eingebunden werden? Unter welchen Bedingungen

und mit welchen Strategien entstanden gelungene Kooperationen? Welche Ursachen hatte deren Misslingen?

Für keines der GWA-Projekte muss ein Misslingen der Kooperationen oder der Interaktionen mit den Adressat*innen konstatiert werden. Dennoch fällt die Bewertung von Gelingensfaktoren in diesem Bereich im Vergleich beider Projekte unterschiedlich aus: So konnte im Verlauf des lediglich zweijährigen Dorfentwicklungsprojektes trotz der Kürze ein Großteil der konzeptionell eher allgemein gehaltenen Projektziele und auch eine weitgehende Zufriedenheit bei den Kooperationspartner*innen (Kommunalverwaltung) und den Adressat*innen (Bewohner*innen, Bürgerinitiative sowie Engagierte in Vereinen und Organisationen, insbesondere Kirche) erreicht werden. Es gelang zum Beispiel, zuerst drei, später zwei sehr aktive Arbeitsgruppen unter generations- und milieübergreifender Beteiligung zu etablieren, die teilweise auch nach Beendigung der Projektarbeit weiterarbeiteten und sichtbare Veränderungen im Erscheinungsbild des Gemeinwesens bewirkten. Diese Veränderungen waren sowohl virtuell (neue Homepage und Imagebroschüre der Kommune) als auch lebensweltlich (Skulpturenrundweg mit Lapidarium und Kneippbecken, neu eingerichteter Jugendklub mit veränderter Jugendgruppe und professioneller Begleitung). Wichtiger als diese Ergebnisse gelungener Kooperationsarbeit waren weniger sichtbare, wie die Wahl eines Bürgermeister, den die Bürgerinitiative, aber auch die Wählerinitiative unterstützte und mit dem die Wahl eines NPD-Kandidaten verhindert werden konnte. Auch die Abwahl eines NPD-Abgeordneten vom Vorstandsposten im Heimatverein, die nachhaltige Etablierung der Bürgerinitiative mit regelmäßigen Kultur- und Bildungsangeboten und schließlich der gelungene Partizipationsprozess mit einer neu zusammengesetzten Jugendgruppe zur Neukonzeption der Jugendarbeit mit hauptamtlicher Begleitung durch die Mobile Jugendarbeit gehören dazu. Zu diesen Erfolgen trugen in Arbeitsgruppen und Gesprächskreisen organisierte Bewohner*innen des Gemeinwesens bei, die ihre Belange eigenständig angingen und Unterstützung der Gemeindeverwaltung und der GWA intensiv nutzten. Rückblickend muss besonders das Bilderrätsel hervorgehoben werden, das das strategische Ziel, die Adressat*innen zu erreichen und einzubinden, eindrucksvoll erreichte.

Während die Bewertung der Adressatenerreichung und der Interaktions- und Kooperationsprozesse im Dorfentwicklungsprojekt weitgehend positiv ausfällt, sind in der Bewertung des Projektes Horizont 21 mehr Defizite zu konstatieren. Hier gelang eine Verknüpfung schulischer Aktivitäten und Themen mit denen des Gemeinwesens insgesamt nur bei wenigen Formaten und unter weitaus größerem Ressourceneinsatz. Als besonders schwierig stellte sich die Erreichung der Lehrkräfte im Projekt heraus. Die Gründe dafür sahen die GWA-Arbeiter*innen in der zu geringen Ansprache des Lehrpersonals während der ersten Projektphase sowie nicht ausreichend bedachten Forma-

ten.⁶⁰¹ Der Fokus des Projektes sei zu stark auf Schüler*innen und externe Multiplikator*innen gelegt gewesen. Dieses Defizit wirkte über den gesamten Projektzeitraum nach.⁶⁰² Die GWA-Arbeiter*innen merkten auch an, dass die eigenen Vorurteile gegenüber dem Berufsstand der Lehrer*innen und dem System Schule im Projektverlauf nicht ausreichend oder zu spät reflektiert worden seien. So kam es in Mittelstädt zu Fehlern in der Interaktion mit dem Lehrpersonal: Die unter schwierigen Rahmenbedingungen organisierte Projektvorstellung während eines pädagogischen Tages wurde vorzeitig abgebrochen. Die konstruktiv gemeinte kritische Bewertung der GMF-Situation im schulischen Kontext durch die GWA-Arbeiterin bei der Vorstellung des Sozialraumporträts wurde von Schulleitung und einigen Lehrer*innen als Affront aufgefasst und „geriet zum Eklat“.⁶⁰³ Da bereits vor Beginn der GWA vermutet wurde, dass Lehrpersonal und Schulverwaltung nur schwer zu erreichen sein würden, hätte es eines ähnlich wertschätzenden Zugangsformates bedurft wie das Bilderrätsel im Dorfentwicklungsprojekt. Mit diesem Defizit befasste sich auch ein eigens konzipierter Workshop für die Mitarbeiter*innen im GWA-Projekt. Dieser verfolgte das Ziel, Lösungen für eine intensivere Einbindung von Lehrer*innen in das Projekt, sowohl als kurzfristige Aktivität im Projektverlauf, als auch als dokumentierte Erkenntnis aus dem Modellprojekt für zukünftige GWA-Projekte zu erarbeiten.⁶⁰⁴ Darüber hinaus wurde ein Fachgespräch mit Expert*innen zum Thema Lehrermitwirkung als Fortbildung für die GWA-Arbeiter*innen geführt.

Dennoch blieb die geringe Erreichung und Einbindung des Lehrpersonals eines der Hauptprobleme im Projekt Horizont 21, wenngleich es der GWA-Arbeiterin in Mittelstädt, besonders mit dem erfolgreichen deutsch-israelischen Schüleraustausch, gelang, eine größere Kooperationsbereitschaft zumindest in Teilen des Lehrpersonals zu erreichen. In der zweiten Projekthälfte konnte in Mittelstädt zum Beispiel eine Lehrerfortbildung zum Thema Lehrermitwirkung angeboten werden. Allerdings konnte dieser verbesserte Kooperationsstatus mit der Oberschule und die bessere Adressateninteraktion mit dem Lehrpersonal erst zu einem Zeitpunkt erreicht werden, als das dreijährige Projekt kurz vor seinem Ende stand.

Auch die unzureichende Einbindung der Adressatengruppe der Migrant*innen und marginalisierter Milieus konnte trotz intensiver Bemühungen nicht grundlegend behoben werden. Auch für dieses Defizit wurde im Projektteam nach dem Zwischenbericht der externen Praxisreflexion zur Projekthälfte ein interner Workshop zur Erarbeitung ortsspezifischer Lösungen anberaumt, in dessen Ergebnis zumindest in Mittelstädt ein Workshop mit der

601 Vgl. Nattke (2011): 102.

602 Vgl. Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 37.

603 Ebd.: 25.

604 Das Projektteam erarbeitete in einem Workshop einen Kriterienkatalog mit Mindeststandards für neue Projekte mit Schulbezug mit dem Titel „Lessons learnt“.

DAZ-Klasse und ein Austauschprozess mit den verantwortlichen Lehrer*innen zustande kam.

5.7 Nachhaltigkeit

Die zweite Phase des internen Wirksamkeitsdialoges fand etwa acht Monate vor dem Abschluss des Projektes Horizont 21 statt. Hierfür wurden vor allem standardisierte Interviews geführt, transkribiert und entlang zentraler Themenfelder und benannter Problemlagen im Zweierteam evaluiert. Im Zentrum dieser zweiten Phase standen Fragen nach Nachhaltigkeit und Ergebnissicherung der Projektarbeit. Im Förderantrag wurde Nachhaltigkeit mit folgenden Kriterien untersetzt:⁶⁰⁵

- Fortführung und Verstetigung der Projektergebnisse
- Verankerung des Handlungsansatzes auf lokaler und regionaler Ebene
- Netzwerkarbeit
- Beitrag der Projektpartner*innen zur dauerhaften Implementierung des Vorhabens

Darüber hinaus entwickelten die Hauptamtlichen in einem teaminternen Workshop zur Ergebnissicherung einen relativ weitreichenden Impulsbegriff zur Verifizierung von Nachhaltigkeit. Unter Nachhaltigkeit verstanden die GWA-Arbeiter*innen Impulse, die das Projekt setzte und die bei einzelnen lokalen Akteuren oder Akteursgruppen zur Fortführung begonnener Projekte oder Vernetzungen über die Projektlaufzeit hinaus führte. Zudem umfasste der Begriff gesicherte (verschriftlichte) Erfahrungen aus dem Projekt, etwa in Form projektbezogener Publikationen oder Sachberichte. Diese Erweiterung des Nachhaltigkeitsbegriffes auf Aspekte der Ergebnissicherung wurde mit der Pilothaftigkeit des Projektes und der damit gegebenen Notwendigkeit zur Sicherung von Best Practice begründet. Schließlich wurde auch die Veränderung von Einstellungen oder mindestens der Perspektiven auf Problemlagen durch die Beteiligten vor Ort sowie der Aufbau von Handlungs- und Verweisungswissen im Projektteam als Nachhaltigkeitsimpuls verstanden.

Nachhaltigkeit im Themenfeld Schule und Jugendarbeit

In der projektinternen Praxisreflexion durch die GWA-Arbeiter*innen wurde eingeschätzt, dass die an der Oberschule in Mittelstädt arbeitende Schulsozialarbeiterin durch Horizont 21 stärker für das Thema Beteiligung und Vorurteile sensibilisiert werden konnte. Als Verifizierung dafür diente die Tatsache, dass

605 Vgl. Antrag zum Projekt Horizont 21 im Anhang.

sie auch nach Projektende weiter Schulprojektstage zu beiden Themen anbot, ihr ganz offensichtlich an deren Kontinuität gelegen war und sie dabei von der Schulleitung unterstützt wurde. Auch die externe wissenschaftliche Begleitung von Horizont 21 kommt in einer Zwischenauswertung zu dem Schluss, dass Schulsozialarbeiter*innen „aufgrund ihres beruflichen Rollenverständnisses und ihrer Einblicke in soziale Dynamiken an der Schule“⁶⁰⁶ eine hohe Bereitschaft zur Kooperation mit der GWA von Horizont 21 habe. Damit konnte ein Impuls aus dem GWA-Projekt vor Ort an eine vorhandene Struktur angebunden werden.

Die deutsch-israelische Schulpartnerschaft, die die Oberschule Mittelstädt in den Jahren 2010 und 2011 mit dem Gymnasium in [Name Stadt in Israel] startete, konnte im Jahr 2012 mit erweitertem Trägerkreis und unter Federführung des Flexiblen Jugendmanagements des Landkreises weitergeführt werden.⁶⁰⁷ In der Oberschule Mittelstädt gab es nach Projektende ein Gremium aus Lehrer*innen und Eltern, das in Kooperation mit der Schulsozialarbeit und unter Mithilfe des KBS weitere Kooperationspartner*innen im Landkreis fand, um die Schülerbegegnung auch im Folgejahr zu ermöglichen. Im Jahr 2013 entstand unter Vermittlung des kommunalen Jugendpflegers und des Jugendwartes der Evangelischen Kirche eine Ausweitung des Schüleraustausches und der ebenfalls vom KBS während des GWA-Projektes initiierten lokalen Geschichtswerkstatt (NS-Zwangsarbeit in der Region) in Trägerschaft des Flexiblen Jugendmanagements des Landkreises. Diese strukturelle Anbindung ermöglichte die Weiterführung des Begegnungsprojektes für die Folgejahre bis 2015, wobei der konkrete Schüleraustausch und die zeitgeschichtlichen Vorbereitungsseminare zur NS-Zwangsarbeit in der Region nun mit wechselnden Schulen im Landkreis durchgeführt wurde.⁶⁰⁸

Nachhaltigkeit im Themenfeld Gemeinwesen

Die Auseinandersetzung mit dem als Anliegen identifizierten Thema Tourismusentwicklung führte in Urlaubsdorf unter anderem zu einer Wiederbelebung der bis dahin verschütteten grenzüberschreitenden Partnerschaften, zu internationalen Sandsteinworkshops und durch die Arbeit in thematischen Arbeitsgruppen zur Erfahrung eigener Wirksamkeit in kommunalen Verständigungsprozessen. Von den Ergebnissen, wie Themenwanderweg und Lapidarium, mehr noch aber von der veränderten öffentlichen Wahrnehmung und den entstandenen Vertrauensbeziehungen über enge Milieugrenzen hinweg, zehrt die Gemeinde noch heute. Das Thema Jugendbeteiligung in und mit lokalen Netzwerken wurde in beiden GWA-Projekten intensiv bearbeitet. Die Voraussetzungen dafür waren sehr unterschiedlich: Das Jugendparlament Mittelstädt

606 DESI (2011): 2.

607 Vgl. FJM (o. J.).

608 Vgl. ebd.

arbeitete bereits seit mehreren Jahren. Es bestand eine gute Vernetzung der Jugendgruppen mit anderen Akteuren im Ort. Durch Impulse der GWA konnte die Einbindung einer politischen Jugendgruppe in die kommunale Gremienstruktur verbessert werden. In Urlaubsdorf bestand ein Hauptziel der GWA darin, die Jugendarbeit im Gemeinwesen nach der Schließung des von Neonazis dominierten Jugendklubs mit demokratischen Standards neu zu beleben und einen neuen Klub zu initiieren. Dieses Ziel konnte nach einigen Anfangshürden umgesetzt und ein neuer Jugendklub mit professioneller Begleitung durch die Mobile Jugendarbeit des Landkreises eingeweiht werden.

In Mittelstädt ermöglichte die GWA mithilfe vieler Akteure wie Schüler*innen, Eltern, Lehrer*innen, Schulleitung, Fachkräfte der interkulturellen Arbeit und der Erinnerungspädagogik sowohl den strukturellen Aufbau einer deutsch-israelischen Schulpartnerschaft als auch die partizipative Entwicklung einer menschenrechtsorientierte Erinnerungsarbeit zum ehemaligen NS-Zwangsarbeiterlager. Das Projekt Horizont 21 setzte auch bei Bürgerbeteiligung und Selbstwirksamkeitserfahrungen nachhaltige Impulse. So bemühen sich Stadträt*innen in Mittelstädt infolge des GWA-Projektes regelmäßig um mehr Transparenz für kommunale Belange mittels lokalpolitischer Info- und Planungstreffen mit Bewohner*innen. Die Netzwerktreffen einer zivilgesellschaftlichen Initiative, in denen sich Akteure aus Kirchen, Gewerkschaften und Kommunalverwaltung treffen, arbeiteten auch aufgrund von Impulsen aus dem GWA-Projekt strukturierter und projektorientierter. Es gibt feste Absprachen zu Protokollführung und -kontrolle sowie zur Erstellung von Tagesordnungen. Das Jugendparlament konnte durch die GWA stärker mit Jugendinitiativen oder -gruppen vernetzt und deren Belange, vermittelt über die GWA, dort eingebracht werden.

5.8 Gemeinwesenarbeit oder gemeinwesenorientierte Demokratieförderung?

Die Praxisreflexion legt deutliche Unterschiede in der Bewertung der GWA-Projekte in Urlaubsdorf und Mittelstädt nahe: Die Rahmenbedingungen und Handlungsabläufe im Dorfentwicklungsprojekt waren dezidiert auf das Gemeinwesen insgesamt bezogen und an die erhobenen lebensweltlichen Anliegen gebunden, an die die externen Wahrnehmungen sozialer Problemlagen über Vermittlungs- und Projektarbeit der GWA anschlussfähig gemacht wurden. Das Projekt Horizont 21 war hingegen durch starke programmatische Setzungen durch das Bundesprogramm XENOS und das darauf abgestimmte Konzept des KBS vorbestimmt. Hier stellte der Schwerpunkt der Demokratisierung schulischer Abläufe am Übergang von der Schule zur Berufswelt eine konzeptionelle Überforderung der GWA dar, die darüber hinaus inhaltlich

durch das KBS zu wenig durchdacht war. Die Projektlaufzeit erwies sich als zu kurz für die ohnehin voraussetzungsvollen und hochkomplexen Vorgänge von GWA-Projekten, das hier mit dem Thema Schuldemokratisierung noch komplexer wurde. Ein zeitlich befristetes, externes Projekt verfügt „grundsätzlich über schwierige Bedingungen, um die strukturelle Übermacht des Systems Schule ‚en passant‘ zu verändern“.⁶⁰⁹ Jedoch erfordert die Veränderung der Strukturen an den Schulen eine beharrliche und auf den Schulkontext fokussierte Arbeit. Darüber hinaus ist kritisch anzumerken, dass viele Ideen, die im Projektverlauf bezogen auf das System Schule entstanden, nicht intensiv genug weiterbegleitet werden konnten, da aufgrund der engen Einbindung von Schüler*innen in den klassischen Schulalltag und der Freiwilligkeit der Angebote kaum Gelegenheiten für die dafür notwendige Beziehungs- und Projektarbeit bestanden. Das GWA-Projekt wurde von den Bildungseinrichtungen als außerschulisches Angebot verstanden und blieb bis zum Schluss zu wenig mit dem klassischen Schulalltag verzahnt. Die von der GWA favorisierte langfristige Projektarbeit hätte jedoch tragfähigere Beziehungen gebraucht, um nachhaltige Prozesse zu entwickeln. Aufgrund der konzeptionellen und personellen Überlastung ergaben sich trotz „durchaus gute[r] und richtige[r] Akzente“⁶¹⁰ personelle Unzufriedenheiten, die in überdurchschnittlich hohe Personalfluktuations- und dadurch zusätzliche zeitliche Verzögerungen im geplanten Projektverlauf mündeten. Trotz einer erfolgreichen Aktivierung unterschiedlicher Akteure einer demokratischen Schulkultur in Mittelstädten über Schulungen für die Schülervertretung, Projektschulitage zu Themen wie Antidiskriminierung, GMF und Menschenrechte unter intensiver Beteiligung von Vertrauenslehrer*innen und Schulsozialarbeit kann nach Beendigung des GWA-Projektes in diesem Themenfeld von Nachhaltigkeit nicht gesprochen werden. Um das Ziel der Verstärkung einer partizipativen (Weiter-)Entwicklung einer gelebten demokratischen Schulkultur zu erreichen, hätte es der Mitwirkung weiterer relevanter Akteure (Elternvertretung, Lehrerkollegium) bedurft sowie einer stärkeren Positionierung der Schulsozialarbeit. Schließlich spielte auch der durch das Gemeindeporträt zutage tretende Machtkonflikt zwischen Schulleitung und GWA eine ausschlaggebende Rolle für Prozessqualität und Projektverlauf. Hätte dieser Konflikt intensiver und zeitnaher bearbeitet werden können (so gab es Defizite durch einen Personalwechsel in dieser Projektphase), hätte die Konfliktbearbeitung sich positiv auf das Vertrauensverhältnis der Partner*innen, die sie tragenden Strukturen und schließlich den Projektverlauf ausgewirkt. Insbesondere auf den gelingenden Umgang mit (Macht-)Konflikten wird daher an späterer Stelle näher eingegangen. Dieses erstgenannte Defizit ist also aus Sicht der Praxisreflexion auf unzureichende Rahmenbedingungen und Ressourcen für die GWA-Projektarbeit zurückzuführen.

609 Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 38.

610 Ebd.

Im Ergebnis ist zu konstatieren, dass die Projektarbeit in Mittelstädt nicht als GWA im eigentlichen Sinne bewertet werden kann, sondern vielmehr als persuasive gemeinwesenorientierte Demokratiearbeit. Die Versuche, schulische Abläufe und Inhalte durch Projektarbeit zu demokratisieren und stärker mit den Themen und Akteuren im Gemeinwesen zu verzahnen, müssen als insgesamt gescheitert angesehen werden.⁶¹¹ Nachhaltige Veränderungseffekte im Sinne eines Social Change lassen sich nur für Einzelaktivitäten erkennen, wie die mittelfristig etablierte deutsch-israelische Schulpartnerschaft oder die stärkere Verankerung alternativer Jugendkultur innerhalb der kommunalen Jugendarbeit. Dagegen hatten die meisten anderen schulbezogenen Projektaktivitäten, wie Schulprojektstage, Coaching der Schülervertretung, Kooperation mit der Schulsozialarbeit und die Bildungs- und Demokratisierungsarbeit mit den Lehrkräften, keine nachhaltige Wirkung.

Es erscheint vor diesem Hintergrund für zukünftige GWA im KBS wichtig festzuhalten, die ohnehin voraussetzungsvollen und komplexen Vorgänge und Ziele persuasiver GWA nicht zusätzlich durch weitergehende konzeptionelle Vorgaben zu erschweren oder zu verunmöglichen. Soll das GWA-Konzept des KBS eine Chance auf erfolgreiche Umsetzung haben, bedarf es einer Offenheit durch Förderprogramme und einer konsequenten Bezugnahme auf die lebensweltlichen Anliegen der Adressat*innen. Daraus folgt, dass bei der Planung und der Beantragung zukünftiger GWA-Projekte stärker auf die Passfähigkeit von Programminhalten und Leitlinien öffentlicher und privater Förderung zu den konzeptionell-politischen Grundüberlegungen der GWA im KBS geachtet werden sollte.

5.9 Persönliche Bemerkung zur formativen Praxisreflexion

Zum Abschluss der Praxisreflexion soll noch einmal auf den im Verlauf dieser Arbeit genannten Umstand verwiesen werden, dass er Autor selber an der Konzeption und Umsetzung beider GWA-Projekte beteiligt war. Für die hier vorgelegte Arbeit war es eine Herausforderung, eine wissenschaftliche Distanz zum Forschungsgegenstand zu schaffen. Die Erfahrung, selbst als Praxisforschender im Feld und an der Projektumsetzung beteiligt gewesen zu sein, ermöglichte einerseits eine tiefere Kenntnis der Projektabläufe und -inhalte sowie der Widerstände und Meilensteine im Projektverlauf. Der zeitliche Abstand zur Projektarbeit, die in der Praxisreflexion verwandten Methoden sowie das im Lichte der in den Kapiteln 1. bis 4. dargestellten theoretischen und organisatorischen Hintergründe weiterentwickelte Reflexionsformat der »Kommunalen Kontextanalysen« ermöglichten es, einen distanzierteren, wissen-

611 Vgl. Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 35.

schaftsbasierten Blick auf die Praxis einzunehmen. Dennoch ist die Involviert-
heit des Autors in die konzeptionellen und strategischen Grundentscheidungen
und die Prozessumsetzung der GWA-Projekte sicherlich deutlich geworden.
Diese Ambivalenz ist nicht grundsätzlich aufzulösen. Es erscheint aber not-
wendig, sie transparent zu machen und als Normalität eines der Tradition der
Aktionsforschung und der Sozialen Arbeit als Handlungswissenschaft ver-
pflichteten Professionsverständnisses zu begreifen.

Die reflektierten Wahrnehmungen von Adressat*innen, Projektmitarbei-
tenden und Kooperationspartner*innen zum Prozessverlauf werden im nächs-
ten Kapitel mit eigenen Bewertungen zu Empfehlungen für eine konzeptionelle
Weiterentwicklung der GWA im KBS verdichtet.

6 Empfehlungen für zukünftige Gemeinwesenarbeitsprojekte

Die Praxisreflexion, die sich auf die Theorie aus den Kapiteln 1 bis 3 und das Analyseschema Kommunalen Kontextanalysen in Kapitel 5.1 stützt, zeigt, dass mit GWA sozialräumliche Akteure, Netzwerke und Kommunikation erfolgreich im Sinne einer normativ-menschenrechtsorientierten Demokratiewerkarbeit aktiviert, empowert und unterstützt werden können. Längerfristige Auseinandersetzungen mit der Reproduktion und Stabilisierung von Ideologien der Ungleichwertigkeit in der gesellschaftlichen Mitte der Gemeinwesen konnten angestoßen oder gestärkt werden. Einzelne solcher persuasiven Aktivitäten wurden von lokalen Akteuren zumindest für einige Zeit nach dem Ende des GWA-Projektes fortgeführt. GWA-Projekte können also wirksam und nachhaltig sein und einen wertvollen Beitrag zur Auseinandersetzung mit extrem rechten Orientierungen leisten. Partizipative Methoden der kulturellen und politischen Bildung, kommunalpolitische Verständigungsprozesse und interkulturelle Projekte können vorhandene soziale und kulturelle Kompetenzen stärken und zur selbstreflexiven Beschäftigung mit Vorurteilen und diskriminierenden Stereotypen oder gesellschaftlichen Ausgrenzungsmechanismen anregen und Erfahrungen von Selbstwirksamkeit ermöglichen. Die theoriebasierte Praxisreflexion zeigt somit, dass es sich lohnt, einzelne Projekte über einen längeren Zeitraum auf ein geografisch eingegrenztes Territorium und inhaltlich definiertes Themenfeld zu konzentrieren und mit Ressourcen auszustatten. In beiden Projekten gelang die Vernetzung menschenrechtsorientierter zivilgesellschaftlicher Akteure sowohl mit anderen Gruppen und Milieus im Sozialraum als auch mit überregionaler Beratungs- und Bildungsarbeit. Jeweils bestanden lokale Initiativ- oder Selbsthilfegruppen, die eine inhaltlich-politische Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion vor Ort betrieben, bereits vor Projektbeginn. Netzwerke, die diese Akteure stützen, konnten durch die GWA ausgebaut und der Einfluss lokaler Initiativgruppen auf kommunalpolitische Prozesse vergrößert werden. Dies gelang insbesondere durch eine Aktivierung sozialräumlicher Anerkennungsstrukturen, stärkere Vernetzung und größeres Vertrauen aufgrund erfolgreicher Einzelaktivitäten. Diese zivilgesellschaftlichen Akteure und Netzwerke leisteten einige Jahre nach Projektende in beiden Gemeinwesen noch aktive Demokratiewerkarbeit oder tun dies teilweise bis heute. Eine solche längerfristige selbstbestimmte Weiterarbeit galt in der formativen Praxisreflexion als Kriterium für Nachhaltigkeit. Aus der Praxisreflexion ergeben sich Empfehlungen für zukünftige GWA-Projekte im KBS.

Im Nachfolgenden Kapitel werden nun, vor dem Hintergrund der Praxisreflexion, Empfehlungen für Ausgangsbedingungen zukünftiger GWA-Projekte im KBS gegeben.

6.1 Ausgangsbedingungen zukünftiger Gemeinwesenarbeit

Im internen Wirksamkeitsdialog wurden Verbesserungsvorschläge zum ursprünglich geplanten Projektablauf formuliert, die die nachfolgend um Ergebnisse aus der Praxisreflexion erweitert werden.

1) Konzeptionell-politische Ausgangsbedingungen

GWA-Projekte sind, wenn sie nicht unabhängig von politischen Förderprogrammen finanziert werden können, abhängig von den politischen Rahmenbedingungen und Zielen. So war die GWA in Mittelstädten stark von der Vorgabe dominiert, Jugendliche am Übergang von der Schule zum Berufsleben zu erreichen und mit Bildungsangeboten rechte Orientierungen und GMF zu bearbeiten. Demzufolge musste sich die GWA in diesem Projekt stark auf (Berufs-)Schulen und deren sozialräumliche Öffnung und Vernetzung konzentrieren. Diese enge Fokussierung widersprach allerdings den praxistheoretischen Überlegungen zur GWA im KBS, dessen Tradition eher im sozialräumlich-soziokulturellen Bereich als in der schulischen Bildung anzusiedeln ist. Eine stärkere Konzentration auf diese Kernkompetenzen hätte die Projektarbeit selbst, aber auch die Außenwahrnehmung des Projektes bei lokalen Partner*innen gestärkt. Allerdings war das Konzept von Horizont 21 aufgrund der Vorgaben durch das finanzierende Bundesprogramm anders ausgerichtet, sodass die Kooperationspartner*innen im GWA-Projekt einschließlich des KBS andere Zielvorstellungen hatten. Im Ergebnis des Projektes in Mittelstädten muss dessen Annahme infrage gestellt werden, dass von Bildungseinrichtungen aus das Gemeinwesen erreichbar sei. Bei zukünftigen GWA-Projekten sollte daher auf konzeptionelle Klarheit geachtet und gegebenenfalls auf einen Projektantrag in einem eher unpassenden Förderprogramm verzichtet werden.

Ein wichtiger und dauerhafter Zielkonflikt der GWA besteht auch zwischen ihren ressourcenorientierten sozialräumlichen Ansätzen und den gesamtgesellschaftlichen – durch GWA kaum beeinflussbaren – Auswirkungen neoliberaler Governancestrategien, struktureller Ungleichbehandlungen in der politischen Öffentlichkeit und Ausgrenzungsmechanismen von Verwaltungsbehörden auf sozialräumlicher Ebene. So wirken sich gesellschaftliche Exklusionsmechanismen entlang einer besonders in Sachsen wirksamen Rechts-Links-Dichotomie auch auf die Gemeinwesenebene aus: Zivilgesellschaftlich Engagierte einer Bürger- und einer Jugendinitiative in Mittelstädten sehen sich Linksradikalismusvorwürfen ausgesetzt und mit Ablehnung von Fördermittelanträgen, Kontaktabbruch seitens potenzieller Partner*innen und dergleichen mehr konfrontiert. Die fachlich angemessene Forderung nach einer öffentlich finanzierten Jugendsozialarbeitsstelle für Urlaubsdorf wurde vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Sachsen, die von einer

strukturellen Unterversorgung mit Angeboten der freien Jugendhilfe gekennzeichnet ist, von Verantwortungstragenden in Landkreis und Jugendhilfe als Naivität abgetan. Sowohl in Mittelstädt als auch in Urlaubsdorf bedurfte es größerer argumentativer Anstrengungen und verstärkter Lobbyarbeit. Dies kann GWA nur dann leisten, wenn sie ihr Handeln nicht allein auf den Sozialraum beschränkt, sondern auf den politisch-gesellschaftlichen Raum ausweitet und somit lokale Anliegen auf andere gesellschaftliche Systemebenen transformiert. GWA ist keine Lösung für strukturelle Defizite in der Daseinsvorsorge und sollte dies auch nicht leichtfertig in der Hoffnung auf bessere Zugänge und Fördermittel suggerieren. Unterschiedliche Systemebenen in die GWA zu integrieren, kann sich leicht als konzeptionelle Überfrachtung herausstellen, wie die Erfahrung mit dem System Schule im Projekt Horizont 21 zeigt. Andererseits entwickelt sich gerade entlang der Diskrepanz zwischen der Rolle von Regelsystemen (wie Jugendarbeit oder Schule) in der sozialräumlichen Realität und Wirksamkeitserfahrungen von GWA ein politisches Feld, welches im GWA-Konzept intensiver durchdacht werden müsste. Das schließt personelle und zeitliche Ressourcen ein.

2) Projektidee

Die offene, partizipativ-lebensweltliche und prozessorientierte Herangehensweise für GWA-Projekte im KBS hat sich, trotz vielfältiger Widerstände bei Adressat*innen, insgesamt als tragfähig und sinnvoll erwiesen. Die konkrete Planung und Projektumsetzung nicht durch zu viele Setzungen oder gar strikte Themenvorgaben einzuengen, erscheint im Ergebnis der Praxisreflexion für zukünftige GWA-Projekte im KBS angeraten.

In beiden Projekten bestand bereits zu Beginn erheblicher öffentlicher Druck auf die Projektarbeit. In Urlaubsdorf war der lokale Jugendklub nach neonazistischen Vorkommnissen gegen den Widerstand des Gemeinderates geschlossen worden. In Mittelstädt entstand nach der Veröffentlichung lokaler GMF-Befunde aus dem SoRA-ZO-Projekt eine polarisierende lokalgesellschaftliche Debatte, in der sich die vehemente Ablehnung der GMF-Befunde im Allgemeinen und eine selbstreflexive Auseinandersetzung mit den Forschungsbefunden recht unversöhnlich gegenüberstanden. Da der Prozess, um von einer „interventionsnahen Sozialraumanalyse“ zu einer „reflexiven Stadtgesellschaft“ zu gelangen,⁶¹² im SoRA-ZO-Projekt inhaltlich-konzeptionell nicht vorgesehen war, konnte – zumindest im Falle der Projektumsetzung in Mittelstädt – von einer planvoll initiierten oder gar selbstermächtigten Herstellung „produktive[r] Unruhe“⁶¹³ keine Rede sein. Vielmehr war sowohl bei den lokalpolitisch Verantwortlichen als auch den zivilgesellschaftlichen Akteuren

612 Marth (2008): 195, 197.

613 Ebd.

eine „unproduktive Verunsicherung“ zu spüren. In beiden GWA-Projekten bestand zunächst eine konflikthafte Ausnahmesituation, die einen ruhigen und schrittweisen Aufbau des GWA-Projektes, den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen und aktivierende Befragungen und Projektformen erheblich erschwerte. Dies war in Mittelstätt besonders spürbar. Hier kamen zu der Verunsicherung ein besonders umfängliches und zeitintensives Gemeindeporträt sowie ein mitten in die Erstellung des Porträts fallender Personalwechsel erschwerend hinzu. Die Dauer der Porträterstellung rief bei einigen Projektbeteiligten und Partner*innen Unmut hervor. Zudem erschloss sich einigen lokalen Akteuren der aktivierende Ansatz eines Gemeindeporträts gegenüber der Sozialraumanalyse im SoRA-ZO-Projekt nicht. Das erschwerte den Aufbau einer gerade in der sensiblen Anfangsphase des Projektes wichtigen vertrauensvollen Atmosphäre. Bei der Planung zukünftiger GWA-Projekte sollte für solche sozialraumspezifischen Situationen auf größere methodische Vielfalt in der Analysephase geachtet und auf zeitliche Kürze und Projekthaftigkeit der Methoden geachtet werden.

3) Projektvorlauf und -verankerung

Wie die Analyse der beiden Pilotprojekte zeigt, ist ein ausreichender Projektvorlauf etwa durch eine mehrmonatige Beratungsarbeit der MBTs im Gemeinwesen sehr zu empfehlen. Die voraussetzungsvolle und komplexe GWA ist ohne eine solche Vorarbeit, ohne die Kontakte, das Vorwissen zum Gemeinwesen und das Vertrauen nicht möglich. Es empfiehlt sich daher, GWA-Projekte immer an bereits bestehende Beratungsfälle der MBTs anzubinden und als Vertiefungsprojekte zu konzipieren. Sinnvoll erscheint es, wie die Praxisreflexion zeigt, ein Vertrauensverhältnis zu mehreren Schlüsselakteuren im Gemeinwesen zu nutzen (Gemeindeverwaltung, Kirche, Akteure in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Jugendgruppe). Dies kann die GWA strukturell verankern. Die Schlüsselakteure können wiederum als Kooperationspartner*innen in das GWA-Projekt eingebunden und in verantwortliche Positionen gebracht werden. Eine solche Einbindung erfordert jedoch eine regelmäßige Kommunikation und Rückbindung strategischer Entscheidungen im Projekt. Schließlich ist es unbedingt notwendig, dass die GWA im Sozialraum durch ein GWA-Büro vor Ort mit festen Sprechzeiten persönlich ansprechbar ist, um auch für informelle Kommunikation verfügbar zu sein.

4) Einbindung zukünftiger GWA-Projekte in KBS-Strukturen

Die strategische und inhaltliche Einbindung von GWA-Projekten in die Trägerstrukturen erscheint im Ergebnis der Praxisreflexion als Schlüsselement für eine erfolgreiche GWA. Ein systematisches Ineinandergreifen unterschiedlicher Handlungsfelder im KBS als Unterstützung für die GWA scheint hilf-

reich. Dabei ist insbesondere eine enge Anbindung mit festen Kommunikationspunkten für den Fachaustausch an das regional zuständige MBT sowie die Fachreferentenebene im KBS notwendig, um sowohl externe Perspektiven auf die Projektarbeit regelmäßig reflexiv einzubringen, als auch einer Vereinzelung der GWA-Perspektive im Gesamtträger vorzubeugen. Da GWA-Projekte sinnvollerweise auf bestehenden Beratungsfällen, Kontakten, Kooperationen und Vertrauensverhältnissen der Mobilen Beratung aufbauen sollten, ist eine enge Verzahnung der GWA mit dem zuständigen MBT und dem Fachbereich Mobile Beratung insgesamt von herausgehobener Bedeutung. Die dadurch mögliche Nutzung vorhandener Kontakte und Kooperationen der Mobilen Beratung für die Anbahnung und Umsetzung von GWA-Projekten kann in ihrer Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Als erfolgreich und sinnvoll stellten sich in beiden GWA-Projekten Projektaktivitäten dar, die mit der Erhebung lebensweltlicher Perspektiven lokaler Akteure fungierten. Der Start der GWA mit umfassenden Sozialraumporträts ermöglichte über die Kontakte und Milieukennntnis aus Beratungsprozessen der MBT hinaus tragfähige und weiter ausdifferenzierte Zugänge zum Gemeinwesen.

5) Zielgruppe und Adressat*innen

Wie die Praxisreflexion zeigt, kann eine konzeptionelle Engführung der Adressat*innen der GWA auf eine Altersgruppe oder ein Milieu (etwa Schüler*innen am Übergang von der Schule zum Beruf oder nichtrechte Jugendliche) keine GWA-adäquate Rahmung sein. Es ist vielmehr, wie die theoretischen Grundlagen in dieser Arbeit gezeigt haben, eine Voraussetzung von GWA, milieu- und zielgruppenübergreifend zu planen, die Potenziale von bridging capital (vgl. Kapitel 2.6.4) für die Belange marginalisierter Gruppen zu nutzen und die GWA mit möglichst vielen relevanten Akteuren und Milieus im Gemeinwesen umzusetzen. Für eine nachhaltige Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit ist die Erlangung von Diskursmacht im Sinne einer demokratischen Alltagskultur im Sozialraum notwendig, wofür die Potenziale und Netzwerke der Generation ab 30 Jahren notwendig sind.

6) Personelle Rahmenbedingungen

Als nicht praktikabel stellte sich die Umsetzung eines mehrjährigen GWA-Projektes mit nur einer*m GWA-Arbeiter*in am Projektstandort dar. Kurze Kommunikations- und Reflexionsebenen und der fachspezifische Austausch in der täglichen Arbeit sind für Einzelpersonen nicht herstellbar. Sie bleiben in vielen kleinen Entscheidungsprozessen und spannungsgeladenen Situationen, die gerade in persuasiven Projekten häufig sind, auf sich allein gestellt. So fehlt es den GWA-Arbeiter*innen auch an der für Selbstbewusstsein und Zutrauen

in die eigene Urteilskraft notwendigen Sicherheit und Wertschätzung für die kleinteilige Arbeit, die sich durch einen strukturellen Ausbau der Kommunikation mit anderen Arbeitsbereichen im Träger nur teilweise ersetzen lässt. Schließlich sind Personalwechsel am Projektstandort auf diese Art und Weise nur äußerst schwer zu realisieren. Sie führen aufgrund der erneut aufzubauenen vertrauensvollen Beziehungen zwischen GWA-Arbeiter*in und lokalen Akteuren zu nicht kompensierbaren zeitlichen Verzögerungen und zu personellen Verlusten bei lokalen Akteuren in der Projektarbeit. Nicht zuletzt war diese Einzelposition auch eine Ursache für den Personalwechsel im GWA-Projekt Mittelstätt.

Für zukünftige GWA-Projekte im KBS schlägt der Autor daher ein gemischtgeschlechtliches Team pro Standort mit jeweils 80- bis 100-Prozent-Stellen vor. Mit einem Zweierteam am Projektstandort ließe sich Verweisungswissen auch bei Personalwechsel oder Krankheit bewahren und die hohen professionellen Anforderungen bei mehrjährigen und hochkomplexen GWA-Projekten besser verteilen.

Förderliche bzw. defizitreduzierende Faktoren für eine möglichst schnelle Eingliederung neuer GWA-Arbeiter*innen wurden aus der Praxisreflexion extrahiert:

- Es gibt direkte Ansprechpartner*innen im Gemeinwesen und im Projektträger.
- Offenheit für Fragen und Fehlertoleranz im Projektteam ist gewährleistet.
- Konzeptionelle und antragsformelle Ziele werden nachvollziehbar operationalisiert (z. B. als Leitziele, Mittlerziele, kurzfristige Projektziele).
- Ein professionelles Berichtswesen ist im Projekt etabliert (Gesprächsnotizen, Protokollvermerke, Monatsberichte, Sachberichte).
- Kooperationspartner*innen und Adressat*innen im Projekt sind auf Personalwechsel vorbereitet.

Darüber hinaus erbrachte die interne Praxisreflexion weitere Faktoren, die im Projekt bei zukünftigen GWA-Projekten beachtet werden sollten:

- Es gibt klar formulierte Arbeitsaufgaben für die ersten Wochen im Projekt (etwa konkrete Arbeitsanweisungen).
- Die Trägerstruktur ist bei Arbeitsantritt deutlich (dafür besonders wichtig: regelmäßiger Austausch mit Mobiler Beratung und Projektleitung).
- Bei Projektbeginn oder Trägerwechsel findet eine gemeinsame Ortsbegehung mit dem kompletten Projektteam einschließlich des*r Vorgänger*in im Projekt statt.

Die größte Verunsicherung löste bei neu eingestellten GWA-Arbeiter*innen die Offenheit und Prozessorientierung des Projektes aus. Sie vermittelte einen strukturlosen Eindruck.

7) Projektdauer

Die Praxisreflexion zeigt deutlich die große Relevanz einer ausreichend lang geplanten und finanzierten Projektdauer. Die Laufzeit beider Projekte müssen mit ihrer Laufzeit von zwei (Dorfentwicklungsprojekt) und drei Jahren (Horizont 21) hinsichtlich der Erreichung der Adressat*innen, deren lebensweltlicher Perspektiven und Anliegen, einer partizipativen Themenerarbeitung und -umsetzung sowie der Erreichung der Projektziele als deutlich zu kurz eingeschätzt werden. In Urlaubsdorf war insbesondere die Stabilisierung entstandener Projektansätze und Arbeitsgruppen und die Übertragung erfolgreicher Herangehensweisen auf ein zweites Gemeinwesen (Dokumentation von Best Practice) aufgrund der zu kurzen Projektdauer und zu geringer Personalkapazitäten nicht zufriedenstellend. Eine längere Projektlaufzeit und eine bei größerem Personaleinsatz mögliche intensivere Bearbeitung des Themenfeldes Schuldemokratisierung hätte in Mittelstätt zu einem größeren Effekt und zu einer besseren Überwindung anfänglicher Widerstände im Sozialraum geführt. Eine Projektlaufzeit von mindestens fünf Jahren für persuasive GWA-Projekte erscheint für die Umsetzung angemessen und wird daher für zukünftige GWA-Projekte im KBS empfohlen.

6.2 Thesen für eine Erziehungswissenschaft als Praxisförderung

Aus der formativen Praxisreflexion der beiden GWA-Projekte und der kritischen Auseinandersetzung mit den SoRA-ZO-Studien des IKG Bielefeld lassen sich Hinweise und Thesen für eine Erziehungswissenschaft als Praxisförderung gewinnen, die nachfolgend dargestellt werden. Dabei gewinnt der Autor den Zugang zu dieser Frage aus seinem Rollenverständnis eines Praktikers, der in seinem Berufsalltag die Chancen und gegenseitigen Bereicherungen, die aus einem intensiven Wissenschaft-Praxis-Austausch resultieren, erfahren hat.

Die kritische Auseinandersetzung mit der SoRA-ZO-Forschung des IKG hat zudem gezeigt, dass wissenschaftliche Untersuchungen nach festgelegtem Muster und ohne ernsthaft betriebene Verzahnung sowohl mit der Sozialarbeitswissenschaft als auch mit der zivilgesellschaftlichen Praxis in den beforschten Sozialräumen kein hilfreiches Instrument für einen soziokulturellen Wandel vor Ort sind. Gleichwohl wollte die SoRA-ZO-Forschung aber genau solche Verzahnungs- und Befruchtungseffekte bewirken, wenn sie als Ziel der Studie angab:

[...] wissenschaftlich-empirische Ergebnisse für örtliche Akteursgruppen zur Verfügung zu stellen, um ausgehend von den je lokalspezifischen Besonderheiten eine

*gezielte Veränderung des Zusammenlebens vor Ort zu erreichen, d. h. über die vor Ort existierenden Institutionen (Vereine, Schulen, lokale Politik etc.) insbesondere das soziale Klima zu verbessern.*⁶¹⁴

Die Studie war jedoch nicht in der Lage, lokalspezifische Besonderheiten zu definieren und empirisch zu belegen, die über eine quantitative Einschätzung ehrenamtlichen Engagements und politischer Machtlosigkeit hinausging. Damit war es ihr unmöglich, Ansätze für eine prozesshafte Veränderung der erhobenen quantitativen Befunde zu identifizieren. Der SoRA-ZO-Forschung fehlte eine interdisziplinäre Koppelung mit klassischen qualitativen Methoden der Sozialarbeitswissenschaft und -praxis, wie sie für diese Arbeit handlungsleitend war. Darüber hinaus ließ SoRA-ZO auch die Idee, einer längerfristigen praktischen Auseinandersetzung mit den erhobenen Befunden in den beforschten Sozialräumen vermissen. Im Ergebnis dessen standen lokale zivilgesellschaftliche Akteure nach der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse im Gemeinwesen alleine da, von der Wissenschaft verlassen und von veränderungsunwilligen lokalen Eliten als Nestbeschmutzer*innen verpönt. Solch folgenloses Forschen kann die Mut- und Machtlosigkeit lokaler Akteure zusätzlich potenzieren, wenn klar wird, dass ein soziokultureller Wandel nicht angestrebt wird oder allein den lokalen Akteuren überlassen bleibt. Vor diesem Hintergrund erscheint es für die erziehungswissenschaftliche Forschung angeraten, stärker als bisher qualitative Erhebungsmethoden und Aktivierungsformate in das eigene Forschungsdesign einzubeziehen. So könnten lokale Diskurse und Deutungshegemonien ebenso, wie lebensweltliche Einschätzungen erhoben und für eine zivilgesellschaftliche Handlungsplanung einbezogen werden. Wenig sinnvoll erscheint der Versuch, eine quantitative Erhebung ehrenamtlichen Engagements über Vereinsmitgliedschaften zu verwirklichen, ohne den normativen Demokratiegehalt solchen Engagements qualitativ zu überprüfen. Wie wenig aussagekräftig solche quantitativen Erhebungen sind, hat die Auseinandersetzung mit der normativen Zivilgesellschaft in Kapitel 1.5 in dieser Arbeit deutlich gemacht. Praxisrelevanter erscheinen kleinteilige qualitative Forschungsformate, die mit Einzelinterviews und Kleingruppendiskussionen sowohl näher an die lebensweltlichen Erfahrungen der Menschen herankommen, als auch eine aktivierende Komponente einspielen können.

Insgesamt plädiert diese Arbeit für einen stärkeren Praxisbezug und eine stärkere interdisziplinäre Vernetzung insbesondere mit der Sozialarbeitswissenschaft. Der an der Universität Bielefeld wie an kaum einer anderen Universität im deutschsprachigen Raum praktizierte interdisziplinäre praxisbezogene Forschungsansatz der Erziehungswissenschaften sollte sich auch in Forschungsprogrammen des IKG stärker niederschlagen. Wie das Oberstudienkolleg als wissenschaftliche Einrichtung der Universität Bielefeld „neue Lernziele, Unterrichtsinhalte, Lernvorgänge, Verfahren der Leistungsentwicklung

614 Marth/Grau (2010): 154

und -beurteilung sowie unterrichtsorganisatorische Strukturkonzepte⁶¹⁵ praktisch entwickelt und erprobt, könnte dies auch stärker im IKG durch Vernetzung mit der zivilgesellschaftlichen Praxis verwirklicht werden.

Die Erziehungswissenschaften stehen ebenso wie die Gemeinwesenarbeit als drittes Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit im Zuge sich abzeichnender neuer gesellschaftspolitischer Agenden vor großen Herausforderungen. Eine strategische Allianz beider Berufsfelder – für den Themenzusammenhang dieser Arbeit besonders mit dem Berufsfeld der nonformalen politischen Bildung – wäre in der politischen Debatte um die Gestaltung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Transformationsprozesse (u.a.: Kohleausstieg, Digitalisierung der Industrieproduktion) wünschenswert. Denn diese Transformationsprozesse und die damit verbundenen Folgen für die Arbeitswelt werden ähnlich wie die in Ostdeutschland gerade noch verarbeiteten und im Kapitel 3.7.1 dargestellten Transformationsfolgen für neue (Re-)Produktionsschübe von Ungleichwertigkeitsideologien sorgen. Auf diese sollten sich Wissenschaft und Praxis frühzeitig vorbereiten und dafür Sorge tragen, dass dieser gesamtdeutsche Transformationsprozess zu weniger großen gesellschaftlichen Verwerfungen führt. Eine strategische Kooperation von Erziehungswissenschaft und zivilgesellschaftlicher Praxis könnte dafür Sorge tragen, dass Investitionen in strukturschwache oder abgehängte Regionen, wie sie nun im Zuge des Kohleausstieges für die ehemaligen Braunkohleförderregionen avisiert werden, nicht nur in Infrastruktur und Gewerbeansiedlung sondern insbesondere in die Bildung der lokalen Bevölkerung fließen. Denn lokale Akteure könnten durch die Förderung interkultureller Kompetenzen und von Weltoffenheit – also die Auseinandersetzung mit GMF – befähigt werden, die Herausforderungen der Zukunft besser bewältigen zu können. Solche persuasiven Bildungssettings müssten umfassend verstanden und konzipiert werden: (Inter-)kulturell, sozial, politisch und schließlich auch berufsbezogen. Damit Menschen, besonders in ländlichen Räumen ihre eigenen schöpferisch-kreativen Potenziale erkennen und besser nutzen können, benötigen sie wertschätzende und empowernde Zugänge, auch und vor allem in Bildungskontexten. Lokale Akteure sollen aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelt mitwirken und die durch Transformationsprozesse hervorgerufenen Veränderungen dieser Lebenswelt, wie sie neue Berufe mit veränderter Arbeitsweise, aber auch Zuwanderung und Flucht darstellen, nicht als Angriff, sondern vor allem auch als Chance begreifen. Dafür benötigen sie statt primärer, sekundärer oder tertiärer Konzepte der Extremismusprävention niedrigschwellige und an ihrer Lebenswirklichkeit ansetzende und stärkende Formate des lebenslangen Lernens, die die Vermittlung anwendbaren Erfahrungswissens in den Mittelpunkt stellen. Ein defizitärer Blick auf die Bildungssituation und das Lebensumfeld der Menschen, den eine vordergründige präventive Ausrichtung auf bildungsferne Schichten, Arbeit gegen

615 Homepage des Oberstufenkollegs; Im Internet unter: https://www.weos-bielefeld.de/?page_id=47 [aufgefunden: 8.6.2020]

Ideologien der Ungleichwertigkeit und dergleichen mit sich bringen würde, verbaut solche Zugänge. Er steht vielmehr in der Gefahr, entsprechende Bildungs- und soziale Gestaltungsangebote einem linearen Abhängigkeitsverhältnis (Lehrende – Lernende; Wissende – Unwissende; Gestaltende – Empfangende; etc.), zu unterwerfen. Damit können aber nachhaltige, in den Regionen längerfristig wirksame, soziokulturelle Veränderungen nicht ermöglichen werden.

Die Erziehungswissenschaften und besonders die politische Bildung muss daher ihre Sinnangebote und Bildungsinhalte an die Lebenswelt der Adressat*innen sowohl in Sprache und Duktus, als auch hinsichtlich der Formatgestaltung anpassen. Sollen Menschen, die für GMF-Facetten empfänglich sind, durch GWA erreicht werden, sind fertige Bildungsangebote von der Stange und klassische Großgruppenformate mit Komm-Struktur kein sinnvoller Weg. Wie langjährige Praxiserfahrungen sowohl in der politischen Bildung als auch in der Mobilen Beratung zeigen, bedarf es dafür vielmehr aufsuchender, niedrigschwelliger, prozesshafter, lebensweltorientierter Formate der politischen Bildung für kleinere generationsübergreifende Gruppen.⁶¹⁶ Der dafür notwendige Bildungsbegriff ist schließlich der eines pädagogischen Prozesses, in dem Lehrende und Lernende sich in einem wechselseitigen, dialogischen Verhältnis auf Augenhöhe und diesem Format entsprechend in kleinen Gruppen begegnen.⁶¹⁷

6.3 Empfehlungen zum Verlauf zukünftiger Gemeinwesenarbeitsprojekte

Neben Empfehlungen zu den Ausgangsbedingungen gelingender GWA im KBS ist es ebenso notwendig, auch die Verlaufsbedingungen der GWA mit Bezug auf die Praxisreflexion genauer zu betrachten. Im Nachfolgenden Kapitel werden entsprechende Empfehlungen für den Projektverlauf und dafür unverzichtbare Elemente und Projektformate zukünftiger GWA-Projekte im KBS gegeben.

1) Aktionsforschung als Zugang zur Lebenswelt und ihren Akteuren

Um den komplexen Anforderungen gelingender GWA gerecht zu werden, benötigt Mobile Beratung eine ganzheitliche Analyse des Gemeinwesens

616 Vgl. dazu Klare (2019): 34 ff., Höppner (2019): 61f. sowie Bringt (2019): 117

617 Paolo Freire beschreibt dieses dialektisch-dialogische Verhältnis von Lehrenden und Lernenden bereits 1973 mit Bezug auf Martin Bubers bereits 1925 erschienene dialogische Erziehungsethik. Vgl. Freire (1973): 64f.; Vgl auch: Buber (1961 [1925]).

bezüglich des Veränderungspotenzials für demokratieorientiertes Handeln (Akteure, Diskurse, Interaktionen, Ressourcen etc.) inklusive eventuell behindernder Machtstrukturen einerseits und bezüglich des Problempotenzials an demokratiegefährdendem, rassistischem, antisemitischem und völkisch-nationalistischem Handeln (Akteure, Interaktionen, Machtverteilung, etc.) andererseits. Solche Analysen bilden eine Verknüpfung zwischen struktureller Raumbene und individueller Handlungsebene in den Beratungsräumen.⁶¹⁸ Sie umfassen folgende Schritte:

- Beschreibung sozialer Systeme, insbesondere von Kommunikation, Interaktionen und Machtpotenzialen zielorientiert interagierender Menschen⁶¹⁹ sowie Verhinderungsmacht derer, die keine Veränderung wollen
- Untersuchung von Kompetenzen und soziokulturellen Ressourcen⁶²⁰
- Untersuchung sozialräumlicher Vernetzungsstrukturen hinsichtlich der Bedeutung für eine Problemlösung
- Untersuchung der Stärken und Schwächen von Beteiligten im Beratungsprozess hinsichtlich ihrer Problemstabilisierungs- oder Lösungspotenziale

GWA verbindet somit, auf die Deutung der Adressat*innen zu hören und die lokalen und gesellschaftlichen Förderungs- und Behinderungsfaktoren machtsensibel zu analysieren. Die Methoden der Grounded Theory, wie qualitative Interviews, Felderschließung nach dem Schneeballprinzip und größtmögliches Eintauchen in die Lebenswelt der Adressat*innen, ermöglichen es, lokale Diskurse und bedeutsame Akteure zu identifizieren und schrittweise kennenzulernen. So können Handlungsstrategien unter maximaler Beteiligung der Menschen im Sozialraum entwickelt werden.⁶²¹ Datenerhebungsmethoden wie die teilnehmende Beobachtung, der Fotostreifzug, das Leitfadenterview oder die aktivierende Befragung haben darüber hinaus jeweils selbst interventiven Aktivierungs- und Empowerment-Charakter. Sie stellen somit bereits erste Projektformate der GWA dar, auch wenn sie von den Adressat*innen nicht unbedingt als solche wahrgenommen werden. Sie machen die lebensweltlichen Perspektiven ausgewählter lokaler Schlüsselpersonen⁶²² unterschiedlicher Altersgruppen und Milieus zum Ausgangspunkt für Handlungsempfehlungen. Die konkreten Interviewsettings (Büro- oder Wohnzimmergespräche) ermöglichen durch private Atmosphäre, individuelles Sicherheitsgefühl und Vertrauensaufbau (Gesprächs-)Räume für individuelle Wahrnehmungen, kreative Ideen und Mitwirkungsperspektive.

Probleme in der Analyse- und Aktivierungsphase bestanden, wie die Reflexion der GWA-Praxis zeigt, vor allem im Ressourcenaufwand, der für die Umsetzung von zehn bis fünfzehn qualitativen Interviews notwendig ist. Das

618 Hamm (1984): 282ff.

619 Vgl. Alinsky (1984): 70, 108ff.

620 Vgl. Riege/Schubert (2002): 183.

621 Vgl. Korgel/Bringt (2004): 14f.

622 Vgl. Alinsky (1984): 101.

Gespräch selbst, die Transkription, Auswertung, Themenverdichtung, Texterstellung sowie Ergebnispräsentation im Rahmen zweier Einwohnerversammlungen (im konkreten Fall die Thesenpräsentation und die Vorstellung des rund 40-seitigen Gemeindeporträts) sind zu aufwendig und bedürfen mehrerer Monate Projektarbeit. Das erscheint bei der zwei- bis dreijährigen Laufzeit der hier reflektierten GWA-Projekte unausgewogen viel. Bei parallel beginnenden Projektaktivitäten, die sich zum Beispiel aufgrund des Engagements einzelner örtlicher Beteiligter nicht verschieben lassen, besteht dadurch die Gefahr der Überlastung der GWA. Um eine personell und zeitlich zu starke Beanspruchung der Startphase zu vermeiden, sind mehrere Wege vorstellbar: so schlagen sowohl interner Wirksamkeitsdialog als auch externe wissenschaftliche Praxisreflexion des Projektes Horizont 21 eine konzeptionelle Vereinfachung der Startphase für GWA-Projekte vor.⁶²³ Die Interviews könnten beispielsweise nicht aufwendig transkribiert, sondern eine „Auswertung entlang zentraler Themenfelder und benannter Problemlagen im Zweierteam“⁶²⁴ erarbeitet werden. Auch wäre es vorstellbar, die Interviews nicht generell digital aufzuzeichnen, sondern in der Regel als Memo direkt nach dem Gespräch zu protokollieren. Damit entfele allerdings die umfassende und transparente empirische Datenerhebung zugunsten ausgewählter empirischer Daten und einer individuellen Sortierung durch den*die GWA-Arbeiter*in. Schließlich bedürfe es für eine gelingende GWA keines 40-seitigen Gemeindeporträts. Vielmehr sei auch eine „thesenartige Beschreibung der Situation vor Ort auf wenigen Seiten (max. 10–12 Seiten)“⁶²⁵ und die Transkription lediglich ausgewählter Interviewpassagen ausreichend. Ressourcensparend wäre es außerdem, die Interviews der aktivierenden Befragung nicht wörtlich zu transkribieren, sondern ebenfalls nur in einem Memo zu dokumentieren und auszuwerten. Ziel wäre eine thesenartige Beschreibung der Situation vor Ort statt eines ausformulierten Textporträts. Der Textumfang war teilweise sogar hinderlich, da er nur von wenigen Adressat*innen gelesen wurde. Die Bezeichnung Gemeindeporträt schien darüber hinaus bei einigen Akteuren überzogene Erwartungshaltungen zu wecken. Angemessener sei der Begriff Sozialraumskizze.⁶²⁶ Als weitere Variante für die Verschlinkung der Analyse und Startphase wurde ein Outsourcing von Arbeitsgängen bei erhöhtem finanziellen und personellen Aufwand empfohlen. So können etwa die Experteninterviews, die Transkriptionen und Fotodokumentationen an externe Honorarkräfte vergeben werden.

Die Projektanalyse zeigt schließlich, dass Kooperationspartner*innen und lokale Akteure durch die Trennung der Präsentation von Thesen und des Gemeindeporträts verunsichert wurden, was zu Widerständen führte, die den gesamten Projektverlauf erschwerten. Daher sollte die Präsentation von Thesen

623 Vgl. Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 26, Nattke (2011): 96.

624 Nattke (2011): 96.

625 Ebd.

626 Ebd.

für die Gemeinwesenarbeit und des Gemeindeporträts selbst zusammen in derselben Veranstaltung erfolgen sowie als eigentlicher Start des GWA-Projektes markiert werden. Als sehr positiv und erhaltenswert hat sich erwiesen, jede öffentliche Präsentation von Ergebnissen oder Teilergebnissen zuvor ausführlich mit den Kooperationspartner*innen abzustimmen und gegebenenfalls Rollen zu verteilen.

2) Fokus auf Ressourcen und Gelingenbedingungen von GWA

Im Vergleich der beiden hier reflektierten GWA-Projekte wird ein wichtiger Unterschied in der Perspektive auf die jeweiligen Gemeinwesen und Adressat*innen damit die Herangehensweise im Projektverlauf deutlich: Die GWA in Urlaubsdorf zeichnet eine starke Ressourcenorientierung aus. Diese zieht sich – trotz prekärer Ausgangslage hinsichtlich extrem rechter Akteure im Sozialraum und fehlender Wahrnehmung durch relevante Akteure im Gemeinwesen – durch den gesamten Projektverlauf. Sie wird in der Form der Fragestellungen in den aktivierenden Interviews, den Thesen für die GWA als Grundlage der Bewohner*innenversammlung und nicht zuletzt durch den nachfolgend beschriebenen wertschätzenden Zugang ins Projekt deutlich. Die GWA in Mittelstädt ist dagegen von einem eher problemfokussierten Zugang, verbunden mit häufig den Gesprächsfluss unterbrechenden Fragestellungen in den Interviews und insgesamt von einer weniger aktivierenden Grundhaltung geprägt. Über die konzeptionelle Überfrachtung des Projektansatzes für Mittelstädt und das eigenständige System Schule mit kaum im lokalen Schulkontext veränderbaren Rahmenbedingungen ist in Kapitel 5.5 schon geschrieben worden. Diese Problematik hatte sicher auch Einfluss auf die Fragestellungen und Grundhaltungen der GWA-Arbeiter*in. Dennoch erscheint es mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Verläufe beider GWA-Projekte von Bedeutung, die in Kapitel 2.6 theoretisch dargelegte Ressourcenorientierung als Grundvoraussetzung für einen gelingenden Empowermentprozess noch einmal hervorzuheben. Damit Sozialprofessionelle eine solche Ressourcenorientierung annehmen können ist es notwendig, die Vorannahmen der GWA (Social Problem), die im Falle von Mittelstädt mit Bezug auf die Ergebnisse der dort durchgeführten SoRA-ZO-Studie sowie eigener Wahrnehmungen bezüglich extrem rechter Aktivitäten und Akteure durchaus eine Problemfokussierung rechtfertigen, zugunsten der lebensweltlichen Anliegen der Bewohner*innen und Mitarbeitenden der Mittelschule zurückzustellen und den Anliegen der Interviewpartner*innen ein stärkeres Gewicht in der Thesenbildung und der Projektarbeit zu geben. Es fällt auf, dass die in der Interviewauswertung in Mittelstädt genannten Schlüsselkategorien sämtlich als Entwicklungsbedarfe, also in der Tendenz defizitär beschrieben werden und in einigen Kategorien ebenso implizierten Ressourcen (etwa „Projektarbeit und vorhandene Angebote“ im Ganztagsschulprogramm der Projektbeteiligten Oberschule) nicht zum Tragen

kommen. Darüber hinaus fehlen gewichtige Schlüsselkategorien, wie „sensibilisierte Schulsozialarbeit“, „interessierte Schulleitung“, „baulich-formelle Infrastruktur“, „soziokulturelle Ressourcen“ oder „individuelle Kompetenzen“. Gerade die letztgenannte Schlüsselkategorie hätte aber beispielsweise (vgl. hierzu die Kapitel 2.6.3 und 3.6.3) einiges an Potenzial für die strategische Planung der GWA und die Projektarbeit in deren Folge gehabt.

3) Wertschätzende Projektformen als Opener im GWA-Projekt

Mit dem Projektformat Heimatbilderrätsel verband das GWA-Projektteam im KBS das Ziel, die Kommunikation lokaler Akteure über Ortschaften und Nachbarschaften hinweg zu aktivieren. Darüber hinaus sollte das Gemeinwesen die Inhalte des GWA-Projektes über einen längeren Zeitraum medial positiv darstellen. Das war insbesondere deswegen von großem Interesse, weil sich das KBS dadurch eine mediale Wahrnehmungsverschiebung von Urlaubsdorf als Ort mit überproportional hohen Wahlerfolgen für die NPD hin zu einem Ort, der mit seinen Einwohner*innen Wege aus dieser Misere sucht, erhoffte. Schließlich sollte durch diese positive Berichterstattung das Interesse der Bewohner*innen am GWA-Projekt geweckt werden. Durch das Heimatbilderrätsel, dessen Fotos mit historisch-kulturellen Artefakten als Adventsbilderrätsel in der Tageszeitung veröffentlicht wurden, konnte sich die GWA-Arbeiterin bereits während der Fotoaufnahmen in den Ortschaften bekanntmachen und projektbezogen Mitwirkende beim Bilderrätsel suchen und spontane Gespräche führen.

Dieses Format der wertschätzenden Projekteröffnung ist in unterschiedlichen Adaptionen als spielerische Einführung und Felderschließung auch für zukünftige GWA-Projekte empfehlenswert. Es ist dafür geeignet, ein GWA-Projekt lokal ins Gespräch zu bringen und Neugier zu wecken. Dabei sollte eine konzeptionell-inhaltliche Überfrachtung des Formates mit hintergründigen Wertevermittlungsversuchen unterbleiben. Der im Kapitel 3.5.5 im Praxisbeispiel „*Heimatbilderrätsel*“ verwandte Lösungssatz beinhaltete beispielsweise die Gefahr der inhaltlichen Überfrachtung. Gleichzeitig erscheint es jedoch notwendig, mit solchen Projektformen eine normative Haltung zu verknüpfen und auch hinsichtlich der persuasiven Ziele der GWA transparent und authentisch zu sein.

4) Spielerische Projektangebote

Die Analyse der GWA-Projekte zeigt, dass eine alters- oder milieuspezifische Anpassung von Projektformaten, wie Sozialraumerkundungen, interkulturelle Begegnungen oder Informationsabende, gewinnbringend ist. Der Fotostreifzug hat sich als erfolgreiche Möglichkeit zur Einbindung Jugendlicher erwiesen. Es wird der GWA damit möglich, neben dem Informationsgewinn aus den

Interviews die Perspektive von Jugendlichen in geeigneter Form zu erfassen. Solche Formate sind sowohl Mitwirkungs- und Aktivierungsangebote als auch empirische Datenquellen und sollten als solche im GWA-Prozess transparent gemacht werden. Sie sind damit in der Lage, als Projektaktivitäten die ansonsten angebotsarme Analyse- und Auswertungsphase interaktiver zu gestalten. Es wird für zukünftige GWA-Projekte des KBS von Interesse sein, einerseits Adressat*innen stärker als bisher sowohl in Definitionsprozesse der Konzeptionsphase als auch in Aktionsplanungsprozesse einzubeziehen. Dies könnte beispielsweise durch die verstärkte Nutzung unterschiedlicher Planungs- und Aktivierungsmethoden mit (Groß-)Gruppen geschehen, etwa Ortserkundungen, Planungszellen, Zukunftskonferenzen, Open-Space-Konferenzen. Um solche Prozesse qualitativ hochwertig und effizient anleiten zu können, bedarf es im KBS zusätzlicher fachlicher Ressourcen, die über Weiterbildung oder Einstellungspraxis erarbeitet werden müssten: Methodenkompetenz für Großgruppenprozesse, wie Open Space oder Zukunftswerkstätten.

5) Rolle der sozialprofessionellen Person in der GWA

Weil die öffentliche Auswertung einer aktivierenden Befragung im Kontext der demokraticorientierten Beratung und GWA zwangsläufig den konkreten Umgang mit GMF und extrem rechten Einstellungen im lokalen Raum thematisiert, ist die persönliche Haltung der Sozialprofessionellen von besonderer Bedeutung. In manchen Fällen kann es hilfreich sein, weniger umstrittene Themen zu platzieren, um eine Themenbearbeitung indirekt zu ermöglichen. Auch der spielerische Zugang zum Themenfeld kann hilfreich sein, um Ängste und Misstrauen zu überwinden. Die mehrjährige Beratungs- und GWA-Praxis des KBS zeigt, dass die meisten Projektpartner*innen und Akteure, insbesondere im ländlichen Raum, eng mit ihrer Gemeinde und Region verbunden sind. Daran lässt sich sehr gut thematisch und strategisch anknüpfen. Dabei sollte der*die GWA-Arbeiter*in sich dessen bewusst sein, dass GWA anders als in der Regel Mobile Beratung eine Akteursrolle einnimmt. GWA macht sich aktiv für den Lebensweltbezug der Aktivitäten und Projektstrategien stark und fördert die Wertschätzung gegenüber allen Beteiligten mit einer konsequenten Adressat*innenorientierung, soweit diese auf Grundlage der Gleichwertigkeit aller Beteiligten und ohne Diskriminierung oder Unterdrückung miteinander interagieren. GWA regt Selbstverständigungs- und Reflexionsprozesse der Adressat*innen mit dem Ziel an, dass sie sich ihrer Situation bewusst werden und diese entsprechend geteilter Interessen verändern.⁶²⁷ Dafür muss sich GWA Selbstreflexivität und eine weitgehende Ermöglichungs- und Moderationsrolle bewahren.

627 Vgl. Hinte/Karas (1989): 23, Munsch (2005): 144f.

Im Verlauf beider hier reflektierten GWA-Projekte wurde teamintern über das sozialprofessionelle Rollenverständnis und die fachlichen und taktischen Unterschiede zwischen Mobiler Beratung und GWA debattiert. Dabei wies die GWA mehrfach darauf hin, dass ein Entwicklungsprozess im Gemeinwesen nur über eine wertschätzende, die konkreten Anliegen der Bürger*innen im Ort aufgreifende Arbeit gelingen könne. Dem schien das GWA-Konzept des KBS zu widersprechen, das klar auf das Problemfeld GMF-Reproduktion fokussiert war und sich parteilich auf der Seite Betroffener neonazistischer Gewalt platzierte. Vor dem Hintergrund der Praxisreflexion kann konstatiert werden, dass eine mögliche Konfrontation mit Ungleichwertigkeitsideologien auch bei Projektbeteiligten nicht mit der eingangs dargelegten Rolle der GWA kollidiert.

6) Haltung der sozialprofessionellen Person in der GWA

Die Reflexion beider GWA-Projekte zeigt die Notwendigkeit, viel Energie und Zeit in die Beziehungsarbeit mit den Adressat*innen der GWA und weiteren projektrelevanten Akteuren zu investieren um etwa bestehende Konflikte zwischen Adressat*innen zu bearbeiten oder auch bestehendes Misstrauen in die GWA selbst oder die GWA-Arbeiter*innen zu überwinden. Diese Notwendigkeit intensiver Beziehungsarbeit führt zu einem möglichen Spannungsverhältnis zwischen einer moderierenden Grundhaltung der GWA einerseits und einer – zumindest im Gemeinwesen eventuell so wahrgenommenen – interventiven Akteursrolle andererseits. GWA darf sich nicht in persönliche Konflikte ziehen lassen und zum Spielball der Interessen einzelner Akteure oder Interessengruppen werden. Dieses Rollenverständnis umfasst auch eine Vorbildfunktion für die Kommunikation und den Umgang mit Konflikten für andere Projektbeteiligte. GWA ist allerdings nicht konfliktscheu und verharrt auf einem allparteilichen Moderationsverständnis. Sie nutzt vielmehr kontroverse Themen zur konstruktiven Auseinandersetzung und – wenn möglich – Klärung strittiger Fragen. Bereits in der wissenschaftlichen Bewertung des ersten Bundesprogramms CIVITAS hieß es, der offene, moderierende Ansatz sei weniger ideologisch geprägt und am ehesten in der Lage, eine demokratische Auseinandersetzung unter Einbezug möglichst aller Akteure vor Ort zu befördern sowie „„zuhörend“ die Sichtweisen der Akteure vor Ort zu erfragen [...], den Akteuren durch eine spezifische Gesprächsführung [zu helfen], ihre bereits vorhandenen Kompetenzen zu erkennen und in einer gemeinsamen Entwicklung von Handlungsstrategien umzusetzen“. Der konfrontative Ansatz hingegen zeichne sich durch ein reaktives Vorgehen und eine Fixierung auf extrem rechte Orientierungen aus, sei daher weniger integrativ und aus diesem Grund im Gemeinwesen weniger leistungs- und gestaltungsfähig. Bekämpfungsstrategien führten zu einer unterkomplexen Themenbearbeitung, da in Dichotomien (Gut und Böse) gedacht und gehandelt werde. Positiv formulierte Strategien zur Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft und die Frage,

wie diese beschaffen sein müsste, damit sich antidemokratische Erscheinungen nicht verfestigen, kämen so weniger zur Geltung. Möglicherweise handelte es sich bei der in der Evaluation zum CIVITAS-Programm verwandten gut-böse-Dichotomie auch um eine klassische Übertragung eigener Denkmuster: Denn unter Verweis auf diese Dichotomie wird seit nunmehr achtzehn Jahren unverzüglich über moderierende und konfrontative Ansätze bei persuasiven Programmen debattiert. Im Lichte der hier dargestellten Praxisreflexion wird stattdessen ein eher pragmatischer Weg vorgeschlagen, der sowohl eine moderierende Grundhaltung betont, ohne sich gänzlich der Möglichkeit konfrontativer Strategien zu berauben. Denn die in den Kapiteln 2 bis 4 erläuterte Praxistheorie stellt eine große Bandbreite macht- und ressourcensensibler, partizipativer und edukativer Methoden des sozialräumlichen Veränderungsmanagements dar, in denen sowohl, wie etwa im GWA-Konzept bei Saul Alinsky konfrontativ und konflikthaft, aber ebenso auch moderierend, wie in der Integrativ-affirmativen GWA (zu beiden Ansätzen vgl. Kapitel 3.3) gearbeitet wird. Sozialprofessionelle Fachlichkeit zeichnet sich – so der hier vertretene Standpunkt – dadurch aus, unterschiedliche theoretische Zugänge zu reflektieren, mit unterschiedlichen Methoden zu arbeiten und offen zu bleiben für das ganze Spektrum der Interventionsmöglichkeiten – auch für konfrontative Strategien. Erst die Analyse des jeweiligen Sozialraumes, der jeweiligen lokalen Ressourcen- und Probleme, ermöglicht es, fachlich begründet geeignete Interventionsformen abzuleiten.

7) Notwendigkeit einer formativen Evaluation als wissenschaftliche Begleitung der GWA

Im Ergebnis der selbstreflexiven Bewertung der GWA durch die Projektmitarbeiter*innen selbst wurde für eine gelingende Auseinandersetzung mit der Grundhaltung von GWA-Arbeiter*innen und ihrem immer wieder neu auszuhandelndem Rollenverständnis eine intensivere praxiswissenschaftliche Analyse projektrelevanter Aktivitäten, Netzwerke für zukünftige GWA-Projekte im KBS empfohlen. Ziel dieses projektbegleitenden Wissenschaft-Praxis-Austausches sollte einerseits eine Verbesserung der Wirksamkeit der Kommunikation, des Rollenverständnisses und der projektspezifischen Aktivitäten der GWA in Netzwerkprozessen für das jeweilige GWA-Projekt selbst sein. Andererseits erscheint eine damit verbundene Analyse der Wirksamkeit einzelner Projektmaßnahmen und ganzer Komplexe und eine Verlaufskontrolle der Aussagen über die Wirksamkeit bei Projektmitarbeiter*innen, Kooperationspartner*innen, Adressat*innen und sonstigen Projektbeteiligten über einen Zeitraum von mehreren Jahren nach Projektende schon deshalb sinnvoll, weil für diese Arbeit auf keinerlei solche empirischen Daten zurückgegriffen werden konnte. Zukünftige GWA Projekte sollten deshalb durch das KBS nur dann umgesetzt werden, wenn ausreichend Mittel für eine wissenschaftliche

Begleitforschung im Sinne einer formativen Evaluation und einer Analyse der Wirksamkeit mit Verlaufskontrolle zur Verfügung stehen.

6.4 Plädoyer für eine langfristige Implementierung menschenrechtsorientierter Diskurse durch Gemeinwesenarbeit

Die Symbiose von aktivierender Befragung und wertschätzender Lebensweltanalyse ermöglicht im GWA-Konzept eine Verknüpfung von Analyse und Einstiegsstrategie. Sie vermag es, erstens mit wertschätzenden, neugierigen und perspektivischen Fragestellungen Adressat*innen für die GWA zu interessieren, zur Mitwirkung zu animieren und partizipative Projektarbeit zu initiieren. Zweitens kann sie aus den lebensweltlichen Perspektiven befragter Schlüsselpersonen eine macht- und ressourcensensible Perspektive auf die GWA destillieren, hinderliche und fördernde Faktoren im Gemeinwesen identifizieren und Strategien zur Stärkung fördernder und zur Marginalisierung hinderlicher Faktoren entwickeln.

In der Bewertung des GWA-Projektes in Mittelstädt durch die externe Evaluation und die GWA-Arbeiter*innen selbst wurde die Analysephase mit Experteninterviews, Themenclustering und Thesenbildung für die Projektarbeit einerseits und die Strategieplanung andererseits als Überforderung beschrieben:⁶²⁸

Der Anspruch, gestützt auf eine detaillierte Lokalanalyse strategisch ausgerichtet in vielen örtlichen Bereichen [...] gleichzeitig lokale Demokratie zu entwickeln, [hat] sowohl die eigenen Ressourcen für die Projektarbeit als auch die Möglichkeiten der lokalen Projektpartner überschätzt.⁶²⁹

Der Vorschlag, die Analysephase künftiger GWA-Projekte deutlich zu verkürzen, greift jedoch zu kurz. Solche stark beschleunigten und komplexitätsreduzierten Analysen sind im Licht der hier vorgelegten Praxisreflexion kaum in der Lage, machtsensible Strategieentscheidungen zu begründen und eine nachhaltige Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion zu ermöglichen. Ihr Fokus liegt stattdessen auf einer vereinfachten Lebensweltperspektive mit Hinweisen für Projektideen und Handlungsansätzen. Die Auseinandersetzung mit Machtstrukturen, die Zugänge zu bestimmten Ressourcen verhindern oder ermöglichen, der durch das Gespräch am Kaffeetisch entwickelte Vertrauensvorschuss und nicht zuletzt die Vernetzung projektförderlicher Akteure auf Grundlage der aktivierenden Befragung, ist aber das weitaus gewichtigere und

628 Vgl. Nattke (2011): 95f., 119.

629 Aumüller/Gesemann/Roth (2012): 55.

nachhaltigere strategische Interesse der Gemeindeporträts. Insofern sollten sie Einstieg in und Grundlage für GWA-Projekte bleiben. Eine GWA, die sich zum Ziel setzt, Gemeinwesen in Richtung von mehr Demokratie und Menschenrechtsorientierung und einer strategischen Einhegung neonazistischer Werte und Akteure zu verändern, braucht eine machtsensible Analyse und eine darauf aufbauende umfassende Strategieplanung ebenso wie eine intensive Aktivierungsphase projektförderlicher Akteure. Besteht, wie im Falle des Praxisbeispiels Urlaubsdorf eine lokaler Bürgerinitiative, die die Themen von Demokratieentwicklung und Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit aufgreift, kann an diese der Prozess zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes und konkreter Maßnahmenplanungen angebunden werden. Erscheint eine solche Initiativegruppe zu schwach und strategisch unzureichend vernetzt, sollte die Implementierung normativ-menschenrechtsorientierter Diskurse in das Gemeinwesen durch andere strategische Partner erfolgen. Im Praxisbeispiel Urlaubsdorf wurden hierfür auf der Bewohner*innenversammlung zur Vorstellung des Gemeindeporträts Arbeitsgruppen mit interessierten Bewohner*innen gegründet in die sich die Akteure der Bürgerinitiative strategisch verteilten. Gibt es zu Beginn der Projektarbeit keine Initiativegruppe, die einen menschenrechtsorientierten Diskurs im Gemeinwesen tragen kann, muss sie im Zuge der Aktivierungsphase entwickelt werden. In diesem Fall fällt die Analyse- und Aktivierungsphase deutlich länger aus. Gleichwohl wird GWA keine Wirkung für die Unterbrechung von GMF-Reproduktion entfalten können, wenn es keine lokalen Akteure gibt, die sich in die Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit begeben.

6.5 Bedingungen und Chancen für die Auseinandersetzung mit der Reproduktion Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Ergebnisse aus der Reflexion der Gemeinwesenarbeitsprojekte im Kulturbüro Sachsen e.V.

Für eine nachhaltige Zurückdrängung von Ideologien der Ungleichwertigkeit durch GWA bedarf es der Stärkung demokratisch-menschenrechtsorientierter Akteure und der projektorientierten Auseinandersetzung mit GMF-Einzelfacetten und ihren Reproduktionsbedingungen⁶³⁰ im Alltag der Menschen. Ziel ist es, solche Einstellungen zu marginalisieren. Abbildung 27 stellt eine vor dem Hintergrund der hier beschriebenen Projekterfahrungen entwickelte prozessual-systemische Denkfigur dar, die sowohl die machtsstrategische Aus-

630 Vgl. Heitmeyer (2007): 283.

einandersetzung mit GMF einbezieht (Pfeile und Unterstreichungen), als auch in besonderer Weise die durch GWA zu leistenden Aktivitäten und Rahmenbedingungen (kursiv markiert).

Zwischen den unterstrichenen und den kursiv markierten Elementen der Denkfigur herrscht dabei ein beständiger Kampf um Deutungsmacht im Gemeinwesen, insbesondere zwischen den Aktivitäten ‚Ächtung extrem rechter Werte‘ und ‚Menschenrechtsorientierung – Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit‘ sowie dem gewünschten Zustand ‚Hegemonie demokratischer Werte‘. Die Denkfigur fußt auf den in Kapitel 1.2.5 dargestellten Grundannahmen in Heitmeyers heuristischem Denkmodell der GMF-Reproduktion im Sozialraum. Ebenso sind die in Abbildung 21 in Kapitel 4.1.2 dargelegten Vorüberlegungen des KBS hinsichtlich der Interventionsmöglichkeiten von GWA zur Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit in die Entwicklung der hier vorgelegten Denkfigur eingeflossen. Die Grafik fasst schließlich die Erkenntnisse der in Kapitel 5 dargelegten Praxisreflexion der beiden GWA-Projekte bildlich zusammen. Über die kursiv markierten Interventionen von GWA in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und die unterstrichenen Aktivitäten zur Marginalisierung extrem rechter Akteure und zur Zurückdrängung extrem rechter Orientierungen und Ungleichwertigkeitsideologien hinaus wird in der Grafik der besondere Fokus der GWA auf die deutungsmächtige Generation 30plus oder „die Älteren“ deutlich, den die GWA des KBS hat. Die Grafik macht somit deutlich, was GWA in solchen persuasiven Programmkontexten zu leisten in der Lage ist. Heitmeyers Modell stellt funktionale Äquivalente für rechte Jugendliche und eine Selbstreflexivität von Gemeinwesen hinsichtlich ihrer GMF-Stabilisierungsprozesse zentral.

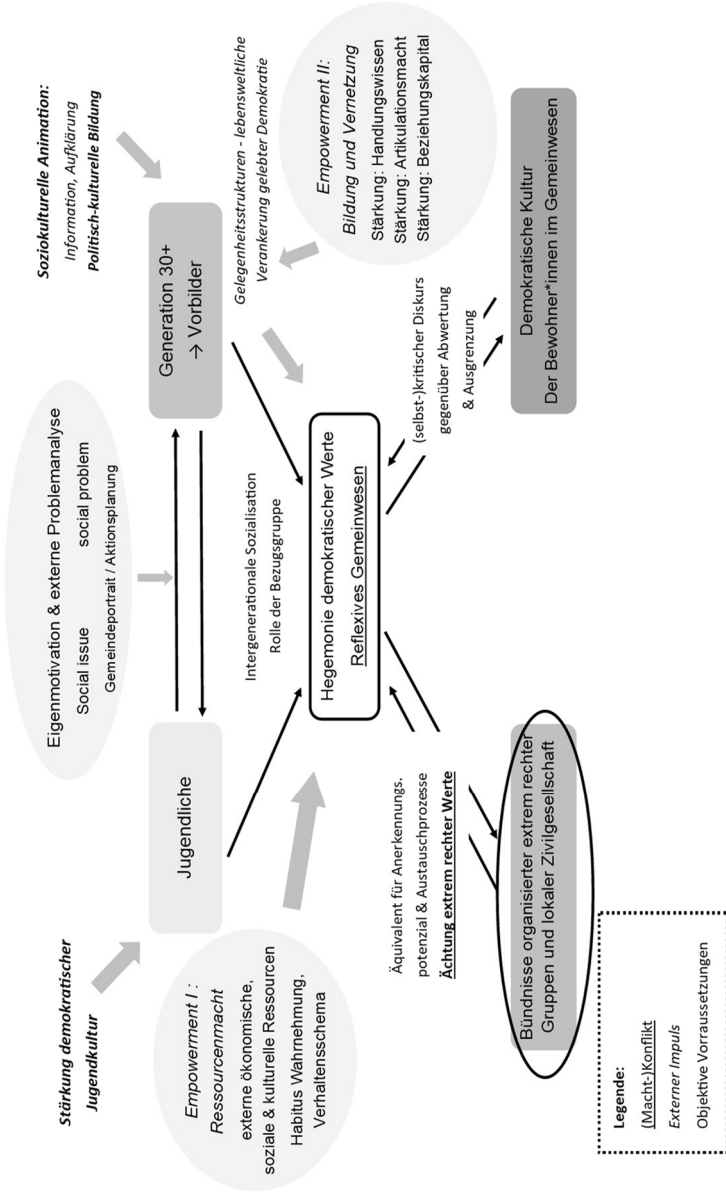


Abbildung 27: Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion durch GWA (Bringt 2019)

Damit reproduziert er einen durch Wissenschaft und Praxis überholten Fokus auf die Auseinandersetzung mit Jugendlichen. In dieser Arbeit ist jedoch – nicht zuletzt an Praxisbeispielen – gezeigt worden, dass GMF und extrem rechte Orientierungen kein exklusives Problem Jugendlicher⁶³¹ oder gesellschaftlicher Ränder sind. Die durch Heitmeyer und mehr noch die SoRA-ZO-Konzeption avisierte Herstellung selbstreflexiver Gemeinwesen ist jedoch weder bei Heitmeyer noch in der SoRA-ZO-Konzeption des IKG Bielefeld praxistheoretisch untersetzt. Die Erfahrung aus den GWA-Projekten zeigt, dass eine solche Selbstreflexivität bestenfalls durch eine mehrjährige GWA erreicht werden kann, keinesfalls jedoch durch eine sozialräumliche GMF-Analyse mit angeschlossener quantitativer Erhebung von Potenzialen bürgerschaftlichen Engagements und einmalige „Übersetzungswerkstätten“, wie im SoRA-ZO-Projekt. Dagegen steht in der hier anhand der Reflexion der GWA erarbeiteten prozessual-systemischen Denkfigur die Erlangung einer Diskurshegemonie für menschenrechtsorientiert-demokratische Themen und Akteure im Zentrum (unterstrichener Text). Dafür, so die Erfahrung aus den GWA-Projekten des KBS, ist die Organisation neuer und die Nutzung vorhandener Gelegenheitsstrukturen für die Vitalisierung demokratischer Grundwerte notwendig. Ziel dieser Strategie ist die Erreichung deutungs- und handlungsmächtiger Akteure der Generation 30plus in bestehenden Vereinen oder in durch die GWA initiierten neuen Arbeitsgruppen oder Initiativen.

6.6 Gelingensfaktoren für Gemeinwesenarbeit als Demokratieförderung

Es scheint, als sei vielerorts in Ostdeutschland der Machtkampf um die öffentliche Deutungshoheit eines demokratisch-humanistischen und eines reaktionären Wertesystems (unter Duldung oder gar Unterstützung extrem rechter Werte) entschieden. Ungleichwertigkeitsideologische Identitätskonstruktionen scheinen gesellschaftliche Hegemonie erlangt zu haben und Menschen mit anderen Haltungen in der Minderheit. Ein als aggressiv empfundener globalisierter Wettbewerb auf von der eigenen Lebenswelt weit entfernten Politikfeldern führt zur Verachtung einer politischen und ökonomischen Elite, die als handlungsunfähig oder -willig wahrgenommen wird. Die Reproduktion von GMF kann vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Situation als ein Symptom für die Abwendung einer prekarierten Mitte von deliberativ-humanistischen Demokratiekonzepten und Alltagsnormen wie Mitmenschlichkeit, Solidarität und demokratischer Kultur gesehen werden. GWA trifft in einer

631 So zeigen Einstellungsbefragungen, dass die Zustimmung zu Gewalt als Mittel der Konfliktlösung mit zunehmendem Alter ansteigt, vgl. IKG (2012b): 10.

solchen gesellschaftlichen Realität auf Skepsis, kann von Adressat*innen als fremdbestimmter Eingriff einer feindlich empfundenen Elite verstanden, von Lokalpolitiker*innen wegen ihrer normativen Grundhaltung als rufschädigend interpretiert, von Kooperationspartner*innen aufgrund voraussetzungsvoller sozialräumlicher Veränderungsstrategien als uneinlösbar begriffen und schließlich von Kolleg*innen in der persuasiven Demokratieförderung als zu wenig konfliktiv und zu langwierig abgelehnt werden.

Gemeinwesenarbeit kann aber – das hat diese Praxisreflexion gezeigt – gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit wirken, wenn sie auf vertrauensvollen Kontakten aufbauen kann. Hierzu bedarf es einer längerfristigen Vorarbeit im Sozialraum. Für zukünftige GWA-Projekte des KBS bieten sich demnach Gemeinwesen an, in denen bereits eine längerfristige Beratungsarbeit durch ein MBT stattgefunden hat. Vertrauen seitens Adressat*innen und Kooperationspartner*innen in die Arbeit des KBS und in die Ergebnisoffenheit und Prozesshaftigkeit von GWA sind notwendige Voraussetzungen. Besonders in Ostdeutschland ist dies eine große Herausforderung, da die gesellschaftlichen Debatten um soziale, kulturelle und politische Sicherheitsbedürfnisse in Zeiten sozioökonomischen Wandels oder Diskussionen zu Migration und Integration demokratisch-humanistische Werte infrage stellen. Dieser Herausforderung kann am ehesten mit Vertrauen begegnet werden, das aus langjährigen Kontakten und Wirksamkeitserfahrungen in der Projektkooperation erwächst und zumindest bei projektrelevanten Kooperationspartner*innen und Adressat*innen im Gemeinwesen selbst eine Grundhaltung sein sollte. Vertrauen und Zuversicht entstehen allerdings nicht in einzelnen Projektmaßnahmen und einmaligen „Übersetzungswerkstätten“. Sie erwachsen nicht aus der schieren Überwältigung quantitativer Erhebungen zu GMF und bürgerschaftlichem Engagement (vgl. Kapitel 1.3 und 1.4). Vertrauen und Zuversicht bedürfen vielmehr eines prozesshaften Vorgehens unter stetiger Beteiligung der Adressat*innen und der Offenheit, deren lebensweltlichen Anliegen (Social Issues) ernst zu nehmen und zu bearbeiten. Förderlich hierfür sind vermittelnde Einstiegsstrategien, macht- und ressourcensensible Analysen der Startbedingungen, (potenziellen) Unterstützer*innen und Hinderungsfaktoren. Alle diese komplexen Voraussetzungen und Handlungsebenen sind (zumindest potenziell) Bestandteil von GWA-Projekten. Besonders der Fokus auf strukturelle, individuelle und soziokulturelle Ressourcen im Sozialraum der im Empowermentansatz zentral steht und prozesshaft entfaltet werden muss, macht GWA zu einem wertvollen Handlungsansatz trotz der in Kapitel 3.7 und hier eingangs beschriebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit besonderer sächsischer Prägung. Das Ziel der in dieser Arbeit reflektierten GWA war es, durch die Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit im lebensweltlichen Alltag der Menschen Diskursmacht für menschenrechtsorientierte und deliberativ-demokratische Werte im Gemeinwesen zurückzuerlangen und dadurch GMF einzudämmen und an Grenzen gegenüber extrem rechten

Diskursen und Akteuren zu arbeiten. Solche Machtkämpfe sind natürlich nur dann erfolgreich, wenn es ein Organizing von Macht, also einen Empowermentprozess und eine strategische Planung der Auseinandersetzung um Diskursmacht gegeben hat (vgl. unterstrichene und fett markierte machstrategische Elemente in Abbildung 27). Auch diese Facette von GWA unterscheidet den Ansatz des KBS von dem des SoRA-ZO-Projektes. Allerdings sind gerade diese ressourcen- und machtsensiblen Analyse- und Planungsprozesse auch in den beiden hier reflektierten GWA-Projekten sehr unterschiedlich verlaufen. Während die Auseinandersetzung um Gestaltungsmacht im Projekt Urlaubsdorf einen breiten Raum einnahm, gelang sie im Projekt Mittelstädt aufgrund konzeptioneller Überfrachtung mit dem Thema Schuldemokratisierung und einem zu Starken defizitären Fokus in der Analysephase nur bedingt. Insgesamt hat diese Arbeit aber gezeigt, dass ein solches Vorgehen – wenngleich an komplexe Gelingensbedingungen geknüpft – wirksam und eine sinnvolle Ergänzung und Vertiefung von Mobiler Beratung sein kann. Der strategische Fokus der Projektarbeit sollte dabei auf der Implementierung neuer bzw. Nutzung vorhandener Gelegenheitsstrukturen im Alltag der Adressat*innen liegen. Solche Gelegenheitsstrukturen für das Erproben demokratischer Aushandlungsprozesse und die Vermittlung demokratischer und menschenrechtsorientierter Werte durch (politische) Bildungs- und Projektarbeit können vorhandene Vereine, Institutionen (Kirchgemeinde, Schule, Jugendklub etc.) und Kommunikationsorte (soziokulturelle Bildungs- und Informationsangebote im Gemeinwesen) oder eigens für diese werteorientierte Auseinandersetzung geschaffene Projekte (thematische Arbeitsgruppen, grenzüberschreitende Jugendaustausche und Workshops) sein. Um Diskursmacht für menschenrechtsorientierte und deliberativ-demokratische Werte im Gemeinwesen (wieder) zu erlangen, ist schließlich über die bereits erwähnten Empowerment-Aktivitäten der GWA eine Auseinandersetzung mit lebensweltlich passfähigen Bildungsangeboten durch spezifische Formate der Soziokulturellen Animation (vgl. Kapitel 3.2) notwendig. Kulturell-nonformale Formen der Vermittlung von Kenntnissen und Werten (Theaterveranstaltung, Lesung oder Kinovorführung mit Diskussion) erscheinen hierfür, wie die Praxisreflexion gezeigt hat, besonders für ländliche Gemeinwesen geeigneter, als klassisch pädagogische Formate (Workshop, Themenabend, Informationsveranstaltung). Insbesondere der deutsch-israelische Jugendaustausch hat im Projekt Mittelstädt Potenziale bei Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen gehoben, die in der aktivierenden Befragungsphase noch nicht ersichtlich waren. Mit Verweis auf die Auseinandersetzung mit Putnams bridging capital-Konzept in Kapitel 2.6.4 ist es darüber hinaus eine Erfolgsvoraussetzung für GWA, Brückenverbindungen zwischen der Initiativegruppe der GWA und ideologisch bzw. altersspezifisch weiter entfernt befindlichen Akteursgruppen und Milieus aufzubauen und zu erhalten. Hierfür können Bildungs- und Projektangebote hilfreich sein, die an den lebensweltlichen Diskursen und Bedürfnissen der Adressat*innen ansetzen und

spektrumübergreifend im Gemeinwesen auf Interesse stoßen. Ein Schwerpunkt solcher Angebote sollte auf der Aktivierung und Beteiligung der Altersgruppe 30 plus liegen. Wie Angebote für diese Altersgruppe aussehen können, ist in der Reflexion der GWA im KBS in Kapitel 5 dieser Arbeit am Beispiel zweier Projekte gezeigt worden. Da GWA jenseits der Schule immer altersgemischte bzw. themenspezifische Gruppen antrifft, bedürfen ihre Angebote entsprechender Anknüpfungspunkte, die mit geschlechter- und generationenübergreifenden soziokulturellen Methoden eine (Wieder-)Aneignung von Partizipationswillen und Gestaltungskraft der Adressat*innen ermöglichen und deren Positionierungen gegen Ungleichwertigkeitsideologien fördern.

Internetquellen

- AfD (2018): Aktuelle Beschlusslage des AfD-Bundesverbandes zu PEGIDA (Dresden), afdkompakt.de/2018/03/05/beschlusslage-auf-der-ebene-des-afd-bundesverbandes-zu-pegida-dresden [aufgef.: 8.6.2020].
- Amadeu Antonio Stiftung (o. J. a), Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field*date*value[value][year]=2015, [aufgef.: 8.6.2020].
- Amadeu Antonio Stiftung (o. J. a), Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field*date*value[value][year]=2016, [aufgef.: 8.6.2020].
- Amadeu Antonio Stiftung (o. J. a), Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field*date*value[value][year]=2017, [aufgef.: 8.6.2020].
- Ärzteblatt (2018): Mehr als 300 zusätzliche Ärzte versorgen Patienten in Sachsen. In: Ärzteblatt, 23.3.2018; aerzteblatt.de/nachrichten/92066/Mehr-als-300-zusaetzliche-Aerzte-versorgen-Patienten-in-Sachsen [aufgef.: 8.6.2020].
- Attia, Iman (2014): „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Wie gesellschaftskritisch ist das Modell?; lotta-magazin.de/ausgabe/55/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit [aufgef.: 8.6.2020].
- Bartsch, Michael (2012): Nazis springen in die Bresche. In: taz vom 23.5.2012; <https://taz.de/Archiv-Suche!/5093320&s=Nazis%2Bspringen%2Bin%2Bdie%2BBresche/> [aufgef.: 8.6.2020].
- Bundesverband Mobile Beratung (2017): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze; bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsaeetze_DinA5_web.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- BMFSfJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, bmfjsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratieforderung-data.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- BMI, Bundesministerium des Innern (2016): Politisch motivierte Kriminalität 2015. Bundesweite Fallzahlen, bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2016/pmk-2015.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [aufgef.: 8.6.2020].
- BMI, Bundesministerium des Innern (2017): Polizeiliche Kriminalstatistik und Fallzahlen. Politisch motivierte Kriminalität 2016 vorgestellt. Pressemitteilung, 24. 4.2017, bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html [aufgef.: 8.6.2020].
- Böhmer, André (2018): „So geht sächsisch“ nach hinten los, in: LVZ, 13.8.2018, lvz.de/Region/Mitteldeutschland/So-geht-saechsisch-nach-hinten-los [aufgerufen: 8.6. 2020].
- BPB, Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Beutelsbacher Konsens, bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens [aufgef.: 8.6.2020].

- BPB, Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Glossar, Eintrag „Identitäre Bewegung“, bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=31 [aufgef.: 8.6.2020].
- BPB, Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Beutelsbacher Konsens, bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens [aufgef.: 8.6.2020].
- BPB, Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Glossar, Eintrag „Identitäre Bewegung“, bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=31 [aufgef.: 8.6.2020].
- Brasam, Anna (2017): Todesopfer rechter Gewalt seit 1990; mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990 [aufgef.: 8.6.2020].
- Brinker, Trude/Dittrich, Miro (2016): „Ein Prozent für unser Land“, in: Belltower News vom 31. Mai 2016, <https://www.belltower.news/ein-prozent-fuer-unser-land-ngoder-neuen-rechten-42110/> [aufgef.: 8.6.2020].
- Bundeswahlleiter (2017): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen (Heft 2); https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/12d53093-cd70-4645-824a-228961412aa5/btw17_heft2.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Bündnis 90/Die Grünen (2016): 50 Mio. Euro mehr Regionalisierungsmittel für Sachsen – GRÜNE kritisieren: Nur 10 Prozent davon gehen zusätzlich an die Zweckverbände, Pressemitteilung, 7.9.2016, gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2016/50-mio-euro-mehr-regionalisierungsmittel-fuer-sachsen-gruene-kritisieren-nur-10-prozent-davon-gehen-zusaetzlich-an-die-zweckverbaende [aufgef.: 8.6.2020].
- Burgess, Ernest (1925): Chapter II. The Growth of the City. In: Burgess, Ernest/Park, Robert/McKenzie, Roderick (Hg.): *The City*. Chicago/London, S. 47–64; https://shekhar.cc/wp-content/uploads/2017/05/burgess_ch2.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Derr, Maria/Hohlweg, Jelena/Salentin, Kurt (2014): Datenhandbuch Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort. IKG Technical Report Series, https://pub.uni-bielefeld.de/download/2726334/2726438/Datenhandbuch_SoRA_ZO.v1.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Deutscher Bundestag (2018a): Drucksache 19/1622, 12.4.2018, dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901622.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Deutscher Bundestag (2018b): Drucksache 19/2769, 15.6.2018, dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/027/1902769.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Dresdner Neuste Nachrichten (2018): Polizei lässt sich NPD-Streifen in Gorbitz nicht gefallen. In: DNN vom 16.8.2018, dnn.de/Dresden/Polizeiticker/Polizei-laesst-sich-NPD-Streifen-in-Gorbitz-nicht-gefallen [aufgef.: 8.6.2020].
- EU-Grundrechtecharte; http://www.europarl.de/resource/static/files/europa_grundrechtecharta/_30.03.2010.pdf, [aufgef.: 8.6.2020].
- FJM, Flexibles Jugendmanagement (o. J.): Abgeschlossene Projekte, fjm-ikleipzig.de/index.php/projekte/abgeschlossene-projekte/9-jugendaustausch-israel-born-a-22-31-07-2012 [aufgerufen: 8.6.2020].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2015): Deutsche trauen Politik keine Lösung der Flüchtlingskrise zu. In: FAZ vom 21.10.2015, faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/zweifel-an-loesung-der-fluechtlingskrise-durch-die-politik-13866897.html [aufgef.: 8.6.2020].

- Friedel, Sabine (2017): Aktuelles zum Lehrermangel, Rede am 22.6.2017 im Sächsischen Landtag; spd-fraktion-sachsen.de/lehrermangel-2017 [aufgef.: 8.6.2020].
- Gmeiner, Anita (2015): Systemtheoretische Betrachtung des Übergangs Schule/Beruf. In: Soziales Kapital. Wissenschaftliches Journal österreichischer Fachhochschulstudiengänge Soziale Arbeit 14, S. 217–233, soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/378/683 [aufgef.: 8.6.2020].
- Haug, Sonja (1997): Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand. Arbeitspapiere Arbeitsbereich II, 15, hg. v. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES); <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp2-15.pdf> [aufgef.: 8.6.2020].
- Häusler, Alexander/Roeser, Rainer/Scholten, Lisa (2016): Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, slu-boell.de/de/2016/08/26/programmatik-themensetzung-und-politische-praxis-der-partei-alternative-fuer-deutschland [aufgef.: 8.6.2020].
- Heinrich Böll Stiftung (2013): MID-Dossier „Empowerment“; https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier_empowerment.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Herber, Hans-Jörg/Vásárhelyi, Éva (2002): Lewins Feldtheorie als Hintergrundparadigma moderner Motivations- und Willensforschung. Im Vergleich zu Behaviorismus, Psychoanalyse, Gestalt- und Kognitionspsychologie. <https://docplayer.org/10280344-Lewins-feldtheorie-als-hintergrundparadigma.html> [aufgef.: 8.6.2020].
- Hochschule Luzern (2017): Charta der Soziokulturellen Animation. soziokultur-schweiz.ch/wp-content/uploads/2018/01/171211_Charta_Dez_2017.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Herriger, Norbert (2014b): Grundlagentext Empowerment; empowerment.de/grundlagen [aufgef.: 8.6.2020].
- Holubec, Britt (2005): Gemeinwesenarbeit als 3. Methode, hg. von LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V., 14.5.2005; stadtteilarbeit.de/themen/theorie-stadtteilarbeit/lp-stadtteilarbeit.html?id=93-dritte-methode-lp [aufgef.: 8.6.2020].
- International Federation of Social Workers (2014): Global Definition of Social Work, <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/> [aufgef.: 8.6.2020].
- IKG Bielefeld (2006): Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Evaluierung des CIVITAS-Programms. Berlin; vielfalt-mediathek.de/data/abschlussbericht_zum_aktionsprogramm.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- IKG Bielefeld (2010): Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland; https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Jansen, Frank/Kleffner, Heike/Radke, Johannes/Staud, Toralf (2018): Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Interaktive Karte. In: Tagesspiegel vom 27.9.2018, tagesspiegel.de/politik/interaktive-karte-todesopfer-rechter-gewalt-in-deutschland-seit-der-wiedervereinigung/23117414.html [aufgef.: 8.6.2020].
- Kahls, Daniela (2018): Zehn Jahre Kreisreform in Sachsen – eine Bilanz. In: MDR, zuletzt aktualisiert 1.8.2018, mdr.de/sachsen/kreisgebietsreform-sachsen-bilanz-100.html [aufgef.: 8.6.2020].
- KBS, Kulturbüro Sachsen e.V. (2006): Projektantrag „Lokale Dorfentwicklung“ [Handablage]

- KBS, Kulturbüro Sachsen e. V. (2016): Sachsen rechts unten 2016, hg. v. der Friedrich Ebert Stiftung, <https://kulturbuero-sachsen.de/dokumente/> [aufgef.: 8.6.2020].
- KBS, Kulturbüro Sachsen e. V. (2018): Sachsen rechts unten 2018; <https://kulturbuero-sachsen.de/dokumente/> [aufgef.: 8.6.2020].
- Kemper, Andreas (2016): „Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebenzig Jahren befinden“. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der historischen Mission Björn Höckes. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Thüringen, Erfurt, th.rosalux.de/fileadmin/ls_thuringen/dokumente/publikationen/RLS-Heft-MissionHoecke-Feb16.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Küpper, Beate/Zick, Andreas (2009): Antisemitismus in Deutschland – Resistente Ressentiments, heimatkunde.boell.de/2009/06/01/antisemitismus-deutschland-resistente-ressentiments, [aufgef.: 8.6.2020].
- LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen (2011): Die Kürzungsdebatte der Jugendhilfe in Sachsen. Auswirkungen auf die jungen Menschen und das Arbeitsfeld Mobile Jugendarbeit (MJA)/Streetwork, mja-sachsen.de/mja-sachsen/material/kuerzung-und-die-konsequenzen-fuer-die-mja.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Landesamt für Verfassungsschutz (2017): Verfassungsschutzbericht 2017, verfassungsschutz.sachsen.de/1950.htm [aufgef.: 8.6.2020].
- MDR Sachsen (2009): Ergebnisse der Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009; <https://www.mdr.de/sachsen/politik/wahlen/kommunalwahlen/buendelgruppe2450.html> [aufgef.: 8.6.2020].
- MDR (2018): Der Braunkohleabbau im Mitteldeutschen und Lausitzer Revier, 24.10.2018, zuletzt aktualisiert 25.1.2019, mdr.de/zeitreise/braunkohleabbau-mitteldeutschland-lausitz-100.html [aufgef.: 8.6.2020].
- dokmz (2019): Bürgerinitiative kündigt Demo gegen Bloggerin an, 21.2.2019, <https://www.dokmz.com/2019/02/22/burgerinitiative-kundigt-demo-gegen-bloggerin-an-schauhin-kaltland-marcowruck-schmanle/> [aufgef.: 8.6.2020].
- Mobile Jugendarbeit Sachsen (2010): <http://www.mja-sachsen.de/mja-sachsen/material/kuerzung-und-die-konsequenzen-fuer-die-mja.pdf> [aufgef.: 8.6.2020].
- Moritz, Tino (2016): Welche Zukunft hat „So geht sächsisch“? In: Freie Presse, 10.3.2016, freipresse.de/WIRTSCHAFT/WIRTSCHAFT-REGIONAL/Welche-Zukunft-hat-So-geht-saechsisch-artikel19458706.php [aufgef.: 8.6.2020].
- NDR (2015): Pressemitteilung vom 17.9.2015, ndr.de/der*ndr/presse/mitteilungen/Fremdenhass-Aufklaerungsquote-bei-Brandanschlaegen-gering.pressemeldung ndr16270.html [aufgef.: 8.6.2020].
- Pro Asyl (2015): Asylpaket I in Kraft: Überblick über die ab heute geltenden asylrechtlichen Änderungen. 23.10.2015, proasyl.de/hintergrund/asylpaket-i-in-kraft-ueberblick-ueber-die-ab-heute-geltenden-asylrechtlichen-aenderungen [aufgef.: 8.6.2020].
- Pro Asyl (2018): GroKo-Beschlüsse weitreichender als öffentlich wahrgenommen. Pressemitteilung, 6.7.2018, proasyl.de/pressemitteilung/groko-beschluesse-weitreichender-als-oeffentlich-wahrgenommen [aufgef.: 8.6.2020].
- RAA Sachsen, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V. (2016): Pressemitteilung der Opferberatung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e. V., Pressemitteilung, 29.2.2016,

- raa-sachsen.de/pressemitteilung/pressemitteilung-der-opferberatung-fuer-betroffene-rechtmotivierter-und-rassistischer-gewalt-des-raa-sachsen-ev-3069.html [aufgef.: 8.6.2020].
- Rietzschel, Antonie (2019): Geh doch weg. In: Süddeutsche Zeitung 9.2.2019, sueddeutsche.de/politik/bautzen-ostdeutschland-stimmung-1.4323482 [aufgerufen 8.6.2020].
- Roth, Roland (2011): Die Blockade zwischen Staat und Bürgern. In: DLF, 1.1.2011, dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1349042/ [aufgef.: 8.6.2020].
- Rothschuh, Michael (2010): Community Organizing. Selbst bestimmen statt beteiligt werden. Im Internet unter: http://www.seniorenbueros.org/fileadmin/user_upload/Fachtagung_2010/CO-2010-Rothschuh-2-3.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Sächsische Zeitung (2017): Sachsen soll Schulden halbieren. In: Sächsische Zeitung, 20.4.2017, <https://www.saechsische.de/sachsen-soll-schulden-halbieren-3662707.html> [aufgef.: 8.6.2020].
- Sächsische Zeitung/dpa (2017): Medizinische Unterversorgung droht. In: Sächsische Zeitung, 31.12.2017; <https://www.saechsische.de/medizinische-untersorgung-droht-3849232.html> [aufgef.: 8.6.2020].
- Sinus-Institut (2017): Informationen zu den Sinus-Milieus sinus-institut.de/fileadmin/user_data/sinus-institut/Dokumente/downloadcenter/Sinus_Milieus/2017-01-01_Informationen_zu_den_Sinus-Milieus.pdf [aufgerufen: 25.12.2018].
- Stadtteilarbeit (o. J.): Was ist CO? stadtteilarbeit.de/97-lp-stadtteilarbeit/lp-hauptseiten/90-comunity-organizing-lp.html [aufgerufen: 25.12.2018].
- Statistisches Landesamt Sachsen (2019): Bildung in Sachsen 2019; https://www.statistik.sachsen.de/download/statistisch-betrachtet/broschur_statistisch-betrachtet_bildung.pdf [aufgef.: 8.6.2020].
- Stövesand, Sabine (2019): Gemeinwesenarbeit. In: socialnet Lexikon. Bonn, socialnet, socialnet.de/lexikon/Gemeinwesenarbeit [aufgef.: 8.6.2020].
- Ulrich, Sarah (2018): 200 Angreifer hatten leichtes Spiel. In: taz, 16.8.2018, <https://taz.de/Nazi-Angriff-in-Leipzig-vor-Gericht!/5525171/> [aufgerufen: 8.6.2020].
- Zill, Peggy (2010): Kürzung der Jugendpauschale ist amtlich. In: Sächsische Zeitung, 18.2.2010, sz-online.de/nachrichten/kuerzung-der-jugendpauschale-ist-amtlich-121176.html [aufgef.: 28.6.2019].
- UN-Generalversammlung (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; <http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>; [aufgef.: 8.6.2020].
- Statistisches Landesamt Sachsen: Wahlergebnisse 2009-heute im Vergleich; <https://www.wahlen.sachsen.de/LWbis09-5022.html>; [aufgef.: 8.6.2020].
- Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz Sachsen (2018): Fünfter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht; <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/10658> [ausgef.: 8.6.2020].

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1995): Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a. M.
- Alinsky, Saul D. (1989 [1971]): Rules for Radicals. A Practical Primer for Realistic Radicals. New York.
- Alinsky, Saul D. (1974): Die Stunde der Radikalen. Gelnhausen/Berlin.
- Alinsky, Saul D. (1984): Anleitung zum Mächtig sein. Göttingen.
- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München, S. 17–75.
- Anhut, Reimund (2002): Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie. In: Bonacker, Thomas (Hg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen, S. 381–407.
- Arendt, Hannah (1970): Macht und Gewalt. Bd. 1. München.
- Arnegger, Manuel (2005): Soziale Arbeit als MR-Profession in diagnostischer Praxis. In: Neue Praxis 6, S. 682–694.
- Arnegger, Manuel/Moser, Benjamin (2004): Soziale Arbeit und Menschenrechte. Die Bedeutung der Menschenrechte für Handlungsfelder der Sozialen Arbeit zwischen Individuum und (Welt-)Gesellschaft. [unveröffentlichte Masterarbeit am ZPSA Berlin].
- Attia, Iman (2013): Das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Einige kritische Anmerkungen. Soziologische Revue 2013 (Band 36, Heft 1), 3–9.
- Aumüller, Jutta/Gesemann, Frank/Roth, Roland (2011): Evaluation des Projekts „Horizont 21 – Demokratie leben und lernen“ Zwischenbericht zur externen wissenschaftlichen Begleitung für das Jahr 2011, DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Berlin.
- Aumüller, Jutta/Gesemann, Frank/Roth, Roland (2012): Evaluation des Projekts „Horizont 21 – Demokratie leben und lernen“. Abschlussbericht zur externen wissenschaftlichen Begleitung, DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Berlin.
- Backes Uwe (2006): Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Göttingen.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1989): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1. Bonn.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 4. Aufl., Bonn.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (2005): Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden.
- Backes, Uwe/Mletzko, Mathias/Stoye, Jan (2010): NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Köln.
- Backhaus-Maul, Holger/Ebert, Olaf/Jakob, Gisela/Olk, Thomas (2003): Institutionelle Lücken und günstige Gelegenheiten. Zum aktuellen Stand der Debatte über

- bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. In Olk, Thomas/Gensiecke, Thomas (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Opladen, S. 5–18.
- Barber, Benjamin R. (1994[1984]): *Starke Demokratie: Über Teilhabe am Politischen*. Berlin.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.
- Becker, Julia/Wagner, Ulrich/Christ, Oliver (2007): Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände*. Folge 5. Frankfurt a. M., S. 131–149.
- Bendel, Petra (2002): Extremismus. In: Nohlen, Dieter/Schultze Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*. Bd. 1., München.
- Bennis, Warren G. (1966): *Changing Organizations*. Cambridge.
- Bergmann, Werner/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Antisemitismus: Verliert die Vorurteilsrepression ihre Wirkung?. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände*, Folge 3. Frankfurt a. M.
- Bessette, Joseph M. (1980): *Deliberative Democracy: The Majoritarian Principle in Republican Government*. In: Goldwin, Robert A. (Hg.): *How Democratic is the Constitution*. Washington, S. 102–116.
- Bessette, Joseph M. (1994): *The Mild Voice of Reason. Deliberative Democracy and American National Government*. Chicago.
- Beywl, Wolfgang (1990): Zukunftsforschung in Gruppen. Der responsive Ansatz. In: Schwencke, Olaf (Hg.): *Menschenbeben. Neue Aufgaben und Felder der Zukunftsforschung (Loccum Protokolle 61)*. Loccum, S. 203–207.
- Biesel, Kay (2007): *Sozialräumlich Soziale Arbeit. Historische, theoretische und programmatische Fundierungen*. Wiesbaden.
- Blake, Robert R./Shepard, Herbert A./Mouton, Jane S. (1964): *Managing Intergroup Conflict*. Houston.
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003): *Leitlinien zur Umsetzung des Programms „civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ für das Jahr 2003*. Berlin.
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): *Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ 2001–2006*, Berlin.
- BMI, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2018): *Verfassungsschutzbericht 2017*. Berlin.
- BMI, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2019): *Verfassungsschutzbericht 2018*. Berlin
- Bolte, Karl M./Kappe, Dieter/Neidhardt, Friedhelm (1967): *Soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Bolte, Karl M. (Hg.): *Deutsche Gesellschaft im Wandel*. 2. Aufl., Opladen, S. 233–343.
- Bundesverband Mobile Beratung (2017): *„Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“*. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen. Dresden.
- Bon Courage e. V./RAA Sachsen e. V./KBS (2008): *Chronik – Borna & Rechtsextremismus*. Borna.

- Borstel, Dierk/Grau, Andreas/Legge, Sandra/Marth, Julia (2009): Modellprojekt „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“ (SoRA-ZO), Einzelbericht Borna. Unveröffentlicht.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt. Sonderband 2. Göttingen, S. 183–198.
- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und „Klassen“. Frankfurt a. M.
- Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a. M.
- Bourdieu, Pierre (1992): Die Verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur 1. Hamburg.
- Bourdieu, Pierre (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt a. M.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J. D. (1996): Reflexive Anthropologie. Frankfurt a. M.
- Bradford, Leland P./Gibb, Jack R./Benne, Kenneth D. (1972): Gruppen-Training. T-Gruppentheorie und Laboratoriumsmethode. Stuttgart.
- Bringt, Friedemann (1999): Rechtsextreme Jugendkulturen als Herausforderung sozialpädagogischer Bildungskonzepte. [unveröffentlichte Diplomarbeit, Hochschule für Soziale Arbeit. Dresden].
- Bringt, Friedemann (2005) „Wir leben da, wo andere Urlaub machen.“ Auswertung von Experteninterviews zu Ressourcen und Problemen der Dorfentwicklung in Reinhardtshof-Schöna. Kulturbüro Sachsen e. V.
- Bringt, Friedemann (2007): Rechtsextremismus als Herausforderung Sozialprofessionellen Handelns in sozialräumlichen Aktivierungsprozessen. [unveröffentlichte Masterthesis, Zentrum Postgraduale Studien Sozialer Arbeit, Berlin].
- Bringt, Friedemann (2019): Statt eines Fazits. Thesen zur weiteren Diskussion über Mobile Beratung und politische Bildung; In: BMB (2019): Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention, Dresden [Eigenverlag].
- Bringt, Friedemann/Klare, Heiko (2019): Mobile Beratung als Gemeinwesenarbeit. In: Becker, Reiner/Schmidt, Sophie (Hg.): Becker, Reiner/Schmidt, Sophie (Hg.): Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen. Frankfurt a. M., S. 39–58.
- Bringt, Friedemann/Korgel, Dominik (2005): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur. In: Wahrnehmen – Deuten – Handeln. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus. Stuttgart, S. 6–20.
- Buber, Martin (1969 [1925]): Reden über Erziehung, Verlag Lambert Schneider, Heidelberg.
- Budde, Wolfgang/Früchtel, Frank (2005): Sozialraumorientierte Soziale Arbeit – ein Modell zwischen Lebenswelt und Steuerung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (NDV), 7, S. 238–242 und 8, S. 287–292.

- Budde, Wolfgang/Früchtel, Frank (2006): Die Felder der Sozialraumorientierung. Ein Überblick. In: Budde, Wolfgang/Früchtel, Frank/Hinte, Wolfgang (Hg.): Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis. Wiesbaden, S. 27–50.
- Buderus, Andreas (1998): Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten: Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Köln.
- Bundesverband Mobile Beratung (BMB) (2019): Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention, Dresden [Eigenverlag].
- Butterwegge, Christoph (1996): Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt.
- Butterwegge, Christoph (2002): Rechtsextremismus. Freiburg i. B./Zürich/Wien.
- Butterwegge, Christoph (2008): Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Opladen, S. 11–77.
- Coleman, James S. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology, 94, S. 95–120.
- Dahrendorf, Ralf (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Friedrich Ebert Stiftung Berlin.
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Friedrich Ebert Stiftung Berlin.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Weißmann, Marliese/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Friedrich Ebert Stiftung Berlin.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2015): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Gießen.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen.
- Dewey, John (2008 [1900]): School and Society, New York.
- Dewey, John (2015 [1916]): Democracy and Education. CreateSpace Independent Publishing Platform, New York.
- Dewey, John (1996 [1927]): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Bodenheim.
- Dewey, John (2011 [1930]): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Weinheim.
- Dewey, John (1991 [1937]): Democracy is radical. In: Center for Dewey Studies (Hg.): The later works 11, 1935–1953, Chicago, S. 296–299.
- Dewey, John (1991 [1939]): Creative Democracy. The Task Before Us, Chicago In: Center for Dewey Studies (Hg.): The Later Works 14, 1925–1953, Carbondale/Edwardsville, S. 224–230.
- Dietze, Gabriele (2006): Critical Whiteness Theory und Kritischer Okzidentalismus. Zwei Figuren hegemonialer Selbstreflexion, in: Tißberger, Martina et al. (Hg.): Weiß – Weißsein – Whiteness. Kritische Studien zu Gender und Rassismus. Frankfurt a.M., S. 219–247.
- Dimap, Institut für Markt- und Politikforschung (2017): Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht. Bonn/Berlin.
- Druwe, Uwe (1996): Rechtsextremismus. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff. In: Falter, Jürgen W./Jaschke Hans-Gerd/Wink-

- ler, Jürgen W. (1996): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen, S. 66–80.
- Eickhof, Ilka (2010): Antimuslimischer Rassismus in Deutschland. Berlin.
- Eisinger, Peter K. (1973): The Conditions of Protest Behaviour in American Cities. *American Political Science Review* 67, S. 11–28.
- Elverich, Gabi (2011): Demokratische Schulentwicklung. Potenziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus. Wiesbaden.
- Entorf, Horst/Lange, Martin (2019): Refugees Welcome? Understanding the Regional Heterogeneity of Anti-Foreigner Hate Crimes in Germany. Leibnitz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung. Mannheim.
- Fehren, Oliver (2008): Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Baden-Baden.
- Fehren, Oliver (2009): Was ist ein Sozialraum? Annäherung an ein Kunstwerk. In: *Soziale Arbeit* 8, S. 286–293.
- FOCO, Forum für Community Organizing e. V./Stiftung Mitarbeit (2014, Hg.): Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Bonn.
- Freiere, Paolo (1973): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbeck.
- Galuske, Michael (2007): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim/München.
- Geiser, Kaspar (2000): Problem- und Ressourcenanalyse in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in die Systemische Denkfigur und ihre Anwendung. Luzern.
- Geiser, Kaspar (2007): Kaspar Geiser: Problem und Ressourcenanalyse in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in die Systemische Denkfigur und ihre Anwendung. 2., überarbeitete Auflage. Luzern
- Geißler, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz der Vereinigung. 2. Aufl., Wiesbaden.
- Glaser, Barney/Strauss, Anselm L. (1977): The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. 8. Aufl., Chicago.
- Glaser, Michaela/Schuster, Silke (2007, Hg.): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Deutsches Jugendinstitut e. V., Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Halle/Saale.
- Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2019): Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesvergleich. Bielefeld.
- Gorskih, Anna/Hanneforth, Grit/Nattke, Michael (2016): Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens, Hg. v. Bildungswerk Weiterdenken. Dresden.
- Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (2013): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden. Weinheim/Basel.
- Grumke, Thomas (2008) Die rechtsextremistische Bewegung, in; Roth, Roland /Rucht, Dieter (Hg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a.M., S. 475–492.
- Gutmann, Amy/Thompson, Dennis (2004): Why Deliberative Democracy? Princeton.
- Habermas, Jürgen (1987a [1981]): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1 Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. 4. Aufl., Frankfurt a. M.

- Habermas, Jürgen (1987b [1981]): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2 Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. 4. Aufl., Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (1983): Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (1994 [1973]): Erkenntnis und Verstehen. Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (2007): Kommunikative Rationalität und grenzüberschreitende Politik: Eine Replik. In: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik. Berlin, S. 406–459.
- Hall, Stuart (1994): Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In: Hall, Stuart (Hg.): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg, S. 137–179.
- Hall, Stuart (2000): Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften 3. (Hg. v. Nora Rätzel.). Hamburg.
- Hamm, Bernd (1984): Aktuelle Probleme sozialökologischer Analyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36/36, S. 277–299.
- Hammer, Franz/Göpner, Franziska (2011): „Irgendwann mal so im Warmen sitzen und Tischtennis und Kicker spielen. Ja, das ist so der Traum“. Gemeindeportrait der Stadt Borna im Gemeinwesenarbeitsprojekt „Horizont 21 – Demokratie leben und lernen in Sachsen und Sachsen-Anhalt“, Hg. v. Kulturbüro Sachsen. Dresden.
- Heitmeyer, Wilhelm (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Weinheim/München.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002, Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm (2007, Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm/Buhse, Heike/Liebe-Freund, Joachim/Möller, Kurt/Müller, Joachim/Ritz, Helmut/Siller, Gertrud/Vossen, Johannes (1993): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim/München.
- Hellbrück, Jürgen/Fischer, Manfred (1999): Umweltpsychologie. Göttingen.
- Hentges, Gudrun (2013): Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“. Wiesbaden.
- Herriger, Norbert (2014): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 5. Aufl., Stuttgart.
- Hinte, Wolfgang/Karas, Fritz (1989): Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung für Ausbildung und Praxis. Neuwied/Frankfurt a. M.
- Höppner, Solvejg (2019): Gemeinsam, freiwillig, gleichberechtigt. Mobile Beratung als kritisch-politischer Bildungsprozess: Ein Fall aus der Beratungsarbeit; In: BMB (2019): Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention, Dresden [Eigenverlag].
- Hofstadter, Richard (1965): The Paranoid Style in American Politics, and Other Essays, New York.
- Holtmann, Elisabeth (2001): Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zum Thema „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung 12.

- Hölzle, Christina/Jansen, Irma (2010): Ressourcenorientierte Biografiearbeit. Grundlagen – Zielgruppen – Kreative Methoden. Wiesbaden.
- Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M.
- Honneth, Axel (1995): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt a. M.
- Hopf, Christel (1992): Eltern-Idealisierung und Autoritarismus. Kritische Überlegungen zu einigen sozialpsychologischen Annahmen. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungspsychologie 12(1), S. 52–65.
- IKG Bielefeld (2008): Interventionsnahe Lokalanalysen zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in belebten Sozialräumen. SoRA-ZO-Konzept [unveröffentlicht/Handablage].
- IKG Bielefeld (2009): Modellprojekt „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“ (SoRA-ZO) – Einzelbericht Borna, [unveröffentlicht/Handablage].
- IKG Bielefeld (2011a): Deutsche Zustände. Das entscherte Jahrzehnt. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, [unveröff./Handablage].
- IKG Bielefeld (2011b): Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort (SoRA-ZO) in Gemeinden und Städten, [unveröffentlicht/Handablage].
- IKG Bielefeld (2012a): Arbeitspapier „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen“; Fachreferat „Deutsche Zustände. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) – regionale Beispiele und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus“, Fachtagung Rechtsextremismus am 18. April 2012 in Zwickau.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V./Camino (2011): Endbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für den Berichtszeitraum 01.02.2008 bis 31.12.2010 „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, Frankfurt a. M./Berlin, [unveröffentlicht/Handablage].
- Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F./Zeisel, Hans (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch. Frankfurt a. M.
- Jaques, Elliott (1951): The Changing Culture of a Factory: A Study of Authority and Participation in an Industrial Setting. London.
- Jaschke, Hans-Gerd (1991): Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik. Opladen.
- Jesse, Eckhard (2003): Linksextremismus. In: Holtmann, Everhard (Hg.): Politik-Lexikon. München/Wien, S. 356–360.
- Jesse, Eckhard (2004): Formen des politischen Extremismus. In: Bundesministerium des Inneren (Hg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahmen. Berlin, S. 7–24.
- Jungwirth, Ingrid (2004): „Zur Konstruktion von ‚Weiß-Sein‘ – ein Perspektivenwechsel in der Auseinandersetzung mit Rassismus“, in: Hertzfeldt, Hella; Schäffgen, Katrin; Veth, Silke (Hrsg.): GeschlechterVerhältnisse. Analysen aus Wissenschaft, Politik, Praxis. Berlin, S. 77–91.
- Kahn, Si (1982): Organizing, a guide for grassroots leaders. New York.
- Kalb, Peter E./Sitte, Karin/Petry, Christian (1999, Hg.): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun? 5. Weinheimer Gespräch. Weinheim/Basel.
- Kaletta, Barbara (2008) Anerkennung oder Abwertung: Über die Verarbeitung sozialer Desintegration. Wiesbaden.

- Klare, Heiko (2019): Schwestern im Geiste. Grenzen, Schnittmengen und Kooperationsmöglichkeiten von Mobiler Beratung und politischer Bildung; In: BMB (2019): Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention, Dresden [Eigenverlag].
- Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (2016): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg. Berlin.
- KBS, Kulturbüro Sachsen e. V. (2002a): Definition – Soziokulturelle Animation; [unveröffentlicht/Handablage].
- Kulturbüro Sachsen e. V. (2002b): Handbuch „Methoden der Mobilen Beratungsarbeit“, [unveröffentlicht/Handablage].
- KBS, Kulturbüro Sachsen e. V. (2003): „Wo wenn nicht hier?“ Informationen zum Umgang mit Rechtsextremen an Schulen; [unveröffentlicht/Handablage].
- KBS, Kulturbüro Sachsen e.V. (2006): Projektantrag „Lokale Dorfentwicklung“ [unveröffentlicht/Handablage].
- KBS, Kulturbüro Sachsen e. V. (2008): Sozialstrukturdatenformular für Antrag zum SoRA-ZO-Projekt des IKG Bielefeld, [unveröffentlicht/Handablage].
- KBS, Kulturbüro Sachsen e. V. (2009): Konzept zum Projekt „Horizont 21 – Demokratie leben und lernen in Sachsen und Sachsen-Anhalt“, Auszüge aus dem Projektantrag, [unveröff./Handablage].
- Kessel, Fabian/Krasmann, Susanne (2005): Sozialpolitische Programmierungen. In: Kessel, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (2005) Handbuch Sozialraum. Wiesbaden
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (2006): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg.
- Kopke, Christoph/Rensmann, Lars (2000): Die Extremismusformel. Zur politische Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12, S. 1451–1462.
- Korgel, Lorenz/Bringt, Friedemann (2004): Mobile Beratung. In: ZDKultur Berlin (Hg.): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung. Grundlagen Analysen Beispiele. Berlin, S. 7–14.
- Kraushaar, Wolfgang (1994): Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur. In: Lohmann, Hans-Martin (Hg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Frankfurt a. M.
- Krüger, Heinz-Hermann/Marotzki, Winfried (2005): Handbuch erziehungswissenschaftliche Biografieforschung. Opladen.
- Kurzke, Christian (2012): Sozialarbeit vs. Handwerk. Erfahrungen mit der Kinder- und Jugendarbeit sowie -politik in Sachsen. In: Lindner, Werner (Hg.): Political (Re)Turn? Impulse zu einem neuen Verständnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik. Wiesbaden.
- Labuhn, Andju Sarah/Wagner, Ulrich/Dick, Rolf van/Christ, Oliver (2004): Determinanten zivilcouragierten Verhaltens: Ergebnisse einer Fragebogenstudie. Zeitschrift für Sozialpsychologie 35(2), S. 93–103.
- Langhanky, Michael/Fries, Cornelia/Hußmann, Markus/Kunstreich, Timm (2004): Erfolgreich sozialräumlich handeln. Eine Evaluation der Hamburger Kinder- und Familienhilfzentren. Bielefeld.

- Lawaetz-Stiftung (2013): Evaluation des Bundesprogramms XENOS – Integration und Vielfalt. Abschlussbericht zur 1. Förderrunde der Programmevaluation im Auftrags des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Hamburg.
- Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen (2008): Islamophobie oder Kritik am Islam? In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Bd. 6, Frankfurt a. M., S. 95–115.
- Lengfeld, Holger/Dilger, Clara (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozioökonomischen Panel 2016. Zeitschrift für Soziologie 47(3). Bielefeld, S. 181–199.
- Lewin, Kurt (1968 [1953]): Die Lösung sozialer Konflikte. Ausgewählte Abhandlungen über Gruppendynamik. Bad Nauheim.
- Lewin, Kurt (1969 [1936]): Grundzüge der topologischen Psychologie. Bern.
- Lewin, Kurt (1971 [1930/31]): Der Übergang von der aristotelischen zur galileischen Denkweise in Biologie und Psychologie. Darmstadt.
- Lipset Seymour Martin (1962): Soziologie der Demokratie. Neuwied.
- Löw, Martina (2001): Raumsociologie. Frankfurt a. M.
- Lüttringhaus, Maria/Richers, Hille (2007): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. 2. Aufl., Hg. v. der Stiftung Mitarbeit, Arbeitshilfen 29. Bonn.
- Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Vossen, Johannes (2003): Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung über die Modellphase der Strukturprojekte des Programms „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ für das Jahr 2003. Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.
- Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/
- Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil, Armin (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim/München.
- Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (2003, Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen.
- Marth, Julia/Grau, Andreas/Legge, Sandra (2010): Fremdenfeindlichkeit. Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 9. Frankfurt a. M., S. 61–81.
- Marth, Julia (2008): Empirische Sozialraumanalysen zu Mentalitäten und Strukturen vor Ort. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4, S. 194–199.
- Marth, Julia/Grau, Andreas (2010): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum: Zur Rolle der politischen Kultur. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 3, S. 153–156.
- Mayring, Phillip (1990): Einführung in die qualitative Sozialforschung. München.
- MDR (2017): Chronik der Sachsen-LB. Zuletzt aktualisiert 18.08.2017, mdr.de/sachsen/chronik-sachsenlb100.html [aufgef.: 8.6.2020].
- Menzies, Isabel E. P. (1960): Case-Study in the Functioning of Social Systems as a Defence against Anxiety: A Report on a Study of the Nursing Service of a General Hospital. In: Human Relations 13, S. 95–121.
- Merton, Robert K. (1968): Social Theory and Social Structure. New York. Free Press of Glencoe.

- Miethe, Ingrid(2011): Biografiearbeit: Lehr- und Handbuch für Studium und Praxis. Weinheim
- Miles, Robert (1999): Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg.
- Miles, Robert (2000): Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: Räthzel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, S. 17–33.
- Miteinander e. V./Kulturbüro Sachsen e. V. (2008a): Interessenbekundung zum Bundesprogramm „XENOS – Integration und Vielfalt“, 28.05.2008.
- Miteinander e. V./Kulturbüro Sachsen e. V. (2008b): Hauptantrag zum Bundesprogramm „XENOS – Integration und Vielfalt“, 18. 12. 2008.
- Moser, Heinz/Müller, Emanuel/Wettstein, Heinz/Willener, Alex (1999): Soziokulturelle Animation: Grundlagen, Grundlagen, Grundsätze. Luzern.
- Möller, Kurt (2000): Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15-Jährigen, Weinheim-München.
- Morrison, Toni (1992): *Playing in the Dark. Whiteness and the Literary Imagination.* New York.
- Müller, Carsten/Szynka, Peter (2014): Community Organizing – was ist das? In: Forum Community Organizing/Stiftung Mitarbeit (Hg.): *Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland.* Bonn, S. 16–20.
- Müller, Wolfgang C. (1971): Die Rezeption der Gemeinwesenarbeit in Deutschland. In: Müller, Wolfgang C./Nimmermann, Peter (Hg.): *Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente.* München, S. 228–240.
- Nattke, Michael (2011): Wie Fuchs und Hase beginnen auszuhandeln. Interne Evaluation des Projektes Horizont 21. In: Miteinander e. V./Kulturbüro Sachsen e. V. (Hg.): „Demokratie hin oder her ...“. Erfahrungen mit Demokratieentwicklung im ländlichen Raum. Magdeburg.
- Nationaldemokratischer Hochschulbund (1991): Schafft befreite Zonen. In: *Vorderste Front 1*, [Handablage].
- Neugebauer, Gero (2000): Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz.* Opladen, S. 13–37.
- Neugebauer, Gero (2006): *Politische Milieus in Deutschland.* Bonn.
- Neugebauer, Gero (2010): „Der Fächer des Bösen – Was wir mit Extremismus alles zu meinen meinen.“ Eine kurze Befassung mit Begriffen und Thesen. In: *Weiterdenken e. V./Kulturbüro Sachsen e. V. (Hg.): Gibt es Extremismus? Extremismusan-satz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen.* Dresden, S. 11–16.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1998): *Die Schweigespirale: öffentliche Meinung – unsere öffentliche Haut.* Stuttgart.
- Obrecht, Werner (2001): *Das Systemtheoretische Paradigma der Sozialen Arbeit als Disziplin und als Profession. Eine transdisziplinäre Antwort auf die Situation der Sozialen Arbeit im deutschsprachigen Bereich und die Fragmentierung des professionellen Wissens.* Zürich.
- Oelschlägel, Dieter (2014): Community Organizing und Gemeinwesenarbeit. In: *Forum Community Organizing/Stiftung Mitarbeit (Hg.): Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland.* Bonn, S. 229–238.

- Offe, Claus/Fuchs, Susanne (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In: Putnam, Robert D. (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh, S. 417–514.
- Open Society Institute (2010): Muslime in Berlin. New York/London/Budapest.
- Pallas, Anne (2013): Bestandsaufnahme Teil II – Zum Selbstverständnis der sächsischen Soziokultur, Vortrag auf dem 3. Sächsischen Fachtag Soziokultur, 29.11.2012, Kulturfabrik Leipzig.
- Palloks, Kerstin (2007): Große Erwartungen – zur Wirkungsfrage bei der Evaluation von Modellprogrammen. In: Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hg.): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Deutsches Jugendinstitut e. V., Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Halle/Saale, S. 14–31.
- Palloks, Kerstin/Steil, Armin (2008): Von Blockaden und Bündnissen. Weinheim/München.
- Park, Robert (1987 [1925]): The City. Suggestions for Investigation of Human Behaviour in the Urban Environment. Chicago/London.
- Putnam, Robert D. (1993): Making democracy work: Civic traditions in modern Italy. Princeton.
- Putnam Robert D. (1995a): Bowling alone: America's declining social capital In: Journal of Democracy, 6(1), S. 65–78.
- Putnam Robert D. (1995b): Turning In, Turning Out: the Strange Disappearance of Social Capital in America. In: Political Science and Politics, 28(4), S. 664–683.
- Putnam, Robert D. (2000): Bowling alone. The collapse and revival of American community. New York.
- Putnam, Robert D. (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh.
- Reich, Kersten (2005): Demokratie und Erziehung nach J. Dewey aus praktisch-philosophischer und pädagogischer Sicht. In: Burckhardt, Holger/Sikora, Jürgen (Hg.): Praktische Philosophie – Philosophische Praxis. Darmstadt, S. 51–64.
- Rheinhardt, Sibylle/Tillmann Frank (2002): Politische Orientierung, Beteiligungsformen und Wertorientierungen. In: Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicole/ Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (Hg.): Jugend und Demokratie – politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen, S. 43–74.
- Rice, Kenneth A. (1963): The Enterprise and its Environment: A System Theory of management organization. London.
- Richers, Hille (2007): Aktivierende Befragungen – Ziele, kritische Punkte und ihre Mindeststandards. In: Lüttringhaus, Maria/Richers, Hille (Hg.): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. 2. Aufl., Stiftung Mitarbeit, Arbeitshilfen 29, Bonn. S. 57–65.
- Richter, Bianca (2009): Rechter Alltag – Ein Bericht über die „deutschen Zustände“ in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel. Amadeu Antonio Stiftung, Berlin/Freudenberg Stiftung. Weinheim.
- Riege, Marlo/Schubert, Herbert (2002): Sozialraumanalyse. Grundlagen, Methoden, Praxis. Opladen.
- Rieker, Peter (2002): Ethnozentrismus und Sozialisation – Zur Bedeutung von Beziehungserfahrungen für die Entwicklung verschiedener Ausprägungen ethnozentrischer Orientierungen, in: Klaus Boehnke/Daniel Fuß/John Hagan (Hg.),

- Jugendgewalt und Rechtsextremismus, Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive. Weinheim-München. S. 143–161.
- Riger, S (1993): Wats Wrong with Empowerment. In: *American Journal of Community Psychology*, 21, S. 279–292.
- Rippl, Susanne/Baier, Dirk/Boehnke, Klaus (2012): Desintegration, Deprivation und die Erklärung rechtsextremer Einstellungen. In: Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hg.): *Desintegrationsdynamiken. Integrationsstrategien auf dem Prüfstand*. Wiesbaden, S. 289–315.
- Ross, Murray G. (1968): *Gemeinwesenarbeit. Theorie, Prinzipien, Praxis*. Freiburg i. B.
- Roßteutscher, Sigrid (2008): Undemokratische Assoziationen. In: Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary (Hg.): *Bedrohungen der Demokratie*. Wiesbaden, S. 61–76.
- Roth, Roland (2004a): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft – Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*. Wiesbaden, S. 41–64.
- Roth, Roland (2004b): Reden Sie mit dem Pferd. Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen Demokratischer Evaluationskultur in Deutschland. In: *Sozial Extra* 6, S. 6–9.
- Roth, Roland (2009): *Handlungsoptionen zur Vitalisierung der Demokratie*. Gütersloh.
- Roth, Roland (2010a): *Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus*. Hg. v.: Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Roth, Roland (2010b): *Engagementförderung als Demokratiepoltik: Besichtigung einer Reformbaustelle*. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.): *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*. Frankfurt a. M.
- Saage, Richard (2007): *Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte*. Wiesbaden.
- Scherschel, Karin (2006): *Rassismus als flexible symbolische Ressource: Eine Studie über rassistische Argumentationsfiguren*. Bielefeld.
- Schickert, Petra (2003): *Möglichkeiten und Grenzen sozialer Arbeit in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus am Beispiel des Neubeginns der offenen Jugendarbeit in der sächsischen Kleinstadt Bernsdorf*. Diplomarbeit an der Evangelischen Hochschule Dresden. Unveröffentlicht.
- Schindler, Marion (2005): *Gemeinsam für ein demokratisches Miteinander. Handlungskonzept zur Gemeinwesenentwicklung in Bernsdorf*. Hg. v. RAA Hoyerswerda e.V.
- Schindler, Marion (2007): „Das ist eben unsere Scholle ...“ Chancen und Grenzen soziokultureller Dorfentwicklungsprojekte. Abschlussdokumentation zum Modellprojekt Dorfentwicklung 2005–2007. Hg. v. Kulturbüro Sachsen e. V., Dresden.
- Schuringa, L. (1997) *Sociaal agogische Projecten. De Tweetrapsraket als Methode*. Nellen/Baarn.
- Schwan, Alexander/Sontheimer, Kurt (1969): *Die Demokratisierung der Universität*. In: Schwan, Alexander/Sontheimer, Kurt (Hg.): *Reform als Alternative*. Berlin, S.63–73.
- Schwingel, Markus (1998): *Pierre Bourdieu zur Einführung*. 2. Aufl., Hamburg.

- Sickendieck, Ursel/Engel, Frank/Nestmann, Frank (2008): *Beratung: Eine Einführung in sozialpädagogische und psychosoziale Beratungsansätze*. Weinheim.
- Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (1992): *Bestandsaufnahme Soziokultur*. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Sinus Markt- und Sozialforschung (2019): *Auswertung der Sinus-Milieudaten für Sachsen (Datengrundlage: Best for Planning (b4p) 2018)*. [unveröffentlicht/Handablage]
- Spierts, Marcel (1998): *Balancieren und Stimulieren. Methodisches Arbeiten in der soziokulturellen Animation*. 3. Aufl., Luzern.
- Staub-Bernasconi, Silvia (1995): *Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international oder: Vom Ende der Bescheidenheit*. Bern/Stuttgart/Wien.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft*. Stuttgart.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2013): *Integrale soziale Demokratie als gemeinwesenbezogener Lernprozess und soziale Vision: Jane Adams*. In: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.): *Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden*. Opladen/Berlin/Toronto, S. 37–43.
- Steinrück, Margareta (1992): *Pierre Bourdieu. Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur*. Hamburg.
- Stöss, Richard (2000): *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*. Berlin.
- Stöss, Richard (2003): *Möglichkeiten und Grenzen der Evaluierung von persuasiven Programmen*. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.): *Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen*. Opladen, S. 95–102.
- Stöss, Richard (2010): *Rechtsextremismus im Wandel*. Hg.: Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (2013, Hg.): *Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden*. Opladen/Berlin/Toronto.
- Strobel, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana (2003): *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Weinheim.
- Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf (2009): *Die Problemstellung Rechtsextremismus in der Kommune*. In: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hg.): *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Berlin, S. 15–28.
- Szynka, Peter (2006): *Theoretisch und Empirische Grundlagen des Community Organizing bei Saul D. Alinsky (1909–1972)*. Bremen.
- Szynka, Peter (2014): *Wurzeln des Community Organizing bei Saul D. Alinsky*. In: *Forum Community Organizing/Stiftung Mitarbeit* (Hg.): *Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland*. Bonn, S. 11–15.
- Taylor, Charles (1993): *Wie viel Gemeinschaft braucht die Demokratie?* In: *Transit 5*, S. 5–20.
- Ullrich, Carsten G. (1999): *Deutungsmusteranalyse und diskursives Interview. Leitfadenkonstruktion, Interviewführung und Typenbildung*. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 3. Mannheim.
- Vehrkamp, Robert/Wegschaidner, Klaudia (2017): *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*, Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): PEGIDA – Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden.
- Wagner, Wolf (1999): Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick. Hamburg.
- Widmaier, Benedikt (1987): Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung. Frankfurt a. M.
- Widmaier, Benedikt (2018): Strukturwandel der non-formalen politischen Bildung. In: Besand, Anja/Gessner, Susann (Hg.): Politische Bildung mit klarem Blick. Frankfurt/M.
- Wippermann, Wolfgang (1997): Wie die Zigeuner. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich. Berlin.
- Wippermann, Wolfgang (2005): Auserwählte Opfer? Shoah und Porrajmos im Vergleich. Berlin.
- Zentrum Demokratische Kultur (1999): Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Berlin.
- Zentrum Demokratische Kultur (2000): Zivilgesellschaft und Barbarei. Positionen und Akteure im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie. Berlin.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Hg. v. der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Zick, Andreas/Klein, Anna (2014): Fragile Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Hg. v. der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Hg.: Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Hg. v. der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Zick, Andreas/Wolf, Carina/Küpper, Beate/Davidov, Eldad/Schmidt, Peter/Heitmeyer, Wilhelm (2008): The Syndrome of group-focused enmity: Theory and test. In: Special Issue on Prejudice and Discrimination in Europe, Journal of Special Issues 64, S. 363–383.
- Zimmer, Annette (2002): Dritter Sektor und soziales Kapital. Münster.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (2004): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Opladen.

Abkürzungsverzeichnis

CO	Community Organizing
FDGO	Freiheitlich Demokratische Grundordnung
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
GWA	Gemeinwesenarbeit
IKG	Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Uni Bielefeld
KBS	Kulturbüro Sachsen e.V.
MBT	Mobiles Beratungsteam/Mobile Beratungsteams
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
RAA	Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. (Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt)
SKA	Soziokulturelle Animation
SoRA-ZO	IKG-Projekt „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ziele/Beurteilungskriterien für erfolgreiche soziale Integration	35
Tabelle 2:	GMF-Werte in Sachsen	45
Tabelle 3:	Relevante Themenbereiche für Überwindung von GMF	153
Tabelle 4:	GWA-Projektziele/Indikatoren Für Zielerreichung	167
Tabelle 5:	Alters- und Geschlechterverteilung, Sample Urlaubsdorf	184
Tabelle 6:	Erarbeitete Funktions- und Themenfelder	185

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Extremismusmodell	26
Abbildung 2:	Rechtsextremismus-Modell nach Stöss	29
Abbildung 3:	GMF-Forschungsmodell	31
Abbildung 4:	Denkfigur GMF-Reproduktion	48
Abbildung 5:	SoRA-ZO-Denkfigur	50
Abbildung 6:	sozialraumnahe Intervention im SoRa-ZO-Projekt	53
Abbildung 7:	Sozialraum-/Schichtungsschema nach Bourdieu	73
Abbildung 8:	Wertewandel und habituelle Orientierung in Milieus ..	76
Abbildung 9:	Soziokulturelle Milieus in Sachsen	85
Abbildung 10:	Autoritär-reaktionäre Hegemonie im Sozialraum	88
Abbildung 11:	Dimensionen des Community Organizing	103
Abbildung 12:	Arbeitsbereiche und Funktionen der Soziokulturellen Animation	109
Abbildung 13:	Phasen organisierten Wandels nach Lewin/Bennis	115
Abbildung 14:	Leitfadeninterview: Aktivierende Befragung	127
Abbildung 15:	Forschungsauftrag Interviewstreifzug	130

Abbildung 16: Auftrag Fotostreifzug	131
Abbildung 17: Machtsensible Ressourcenanalyse	137
Abbildung 18: Schulden deutscher Bundesländer, 2018	144
Abbildung 19: Schema der Gemeinwesenarbeit	147
Abbildung 20: Idealtypischer Ablauf von GWA-Projekten im KBS ...	149
Abbildung 21: Interventionsmodell zur Auseinandersetzung mit GMF	155
Abbildung 22: Skinheads Sächsische Schweiz	172
Abbildung 23: Der Verein Gedächtnisstätte e.V.	175
Abbildung 24: Ablauf aktivierende Befragung	182
Abbildung 25: Interviewleitfaden Projekt Horizont 21	184
Abbildung 26: Sample Mittelstädt	203
Abbildung 27: Auseinandersetzung mit GMF-Reproduktion durch Gemeinwesenarbeit	272

Soziale Arbeit und Menschenrechte



Band 1

2019 • 450 Seiten • Kart. •

29,90 € (D) • 30,80 € (A)

ISBN 978-3-8474-0166-7

eISBN 978-3-8474-0438-5



Band 3

2016 • 341 Seiten • Kart. •

39,90 € (D) • 41,10 € (A)

ISBN 978-3-8474-0799-7

eISBN 978-3-8474-0927-4

Der Anstoss, sich mit der Menschenrechtsthematik in der Sozialen Arbeit auseinanderzusetzen, kam von der UNO. Unübersehbar ist, dass deren AdressatInnen fast identisch sind mit dem, was in den UNO-Dokumenten als „verletzbare Individuen und Gruppen“ bezeichnet wird, u.a. diskriminierte Arme, Menschen mit Behinderungen, MigrantInnen und ihre Familien, Flüchtlinge, Gefolterte, kulturelle Minderheiten usw. Die Reihe „Soziale Arbeit und Menschenrechte“ ist kein Aufruf zur Moralisation. Sie möchte eine Plattform für die Auseinandersetzung zur Frage sein, was „kritische Professionalität“ unter dem Dach der Menschenrechte sein könnte.



www.shop.budrich.de

Beiträge zur Sozialraumforschung



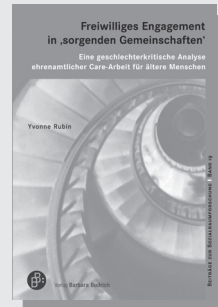
Band 22

2019 • 211 Seiten • Kart. •
29,90 € (D) • 30,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-2337-9
eISBN 978-3-8474-1508-4



Band 20

2019 • 204 Seiten • Kart. •
28,00 € (D) • 28,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-2276-1
eISBN 978-3-8474-1308-0



Band 19

2018 • 260 Seiten • Kart. •
34,00 € (D) • 35,00 € (A)
ISBN 978-3-8474-2242-6
eISBN 978-3-8474-1307-3

In der Schriftenreihe „Beiträge zur Sozialraumforschung“ werden Sammelbände und Monografien veröffentlicht, die Prozesse der Sozialraumentwicklung und -organisation in Beziehung setzen zu aktuellen, gesellschaftlich hoch relevanten Themen wie Inklusion, Segregation, Migration, Gender und Fragestellungen aus den verschiedenen Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit.

Die Reihe dokumentiert die lebendige und vielfältige Sozialraumforschungslandschaft.



www.shop.budrich.de

Umkämpfte Zivilgesellschaft

Es lässt sich ein Trend verzeichnen, nachdem gewalttätig rassistische Haltungen sowohl von extrem rechten als auch reaktionär-bürgerlichen Milieus geteilt werden und sich im öffentlichen Diskurs normalisieren. Diese Situation spiegelt wider, was die soziologische Einstellungsforschung seit Jahren attestiert: Zivilgesellschaften sind nicht unbedingt progressiv, demokratisch und gemeinwohlorientiert. Sie können reaktionär, antidemokratisch und aggressiv eigenwohlorientiert sein.

Mit Blick auf diese „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“ untersucht die Arbeit speziell für solche Problemkonstellationen konzipierte Projekte einer menschenrechtsorientierten Gemeinwesenarbeit (GWA). Dabei untersucht die Arbeit Gelingensbedingungen für sozialräumliche Veränderungsprozesse zu mehr demokratischer Alltagskultur durch GWA und entwickelt Vorschläge für deren konzeptuelle Weiterentwicklung.

Der Autor:

Dr. Friedemann Bringt, Fachreferent für Qualitäts- und Berufsfeldentwicklung, Bundesverband Mobile Beratung e.V.

ISBN 978-3-8474-2535-9



www.budrich.de